STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

Einladung
zur 23. Sitzung

des Haupt- und Finanzausschusses

am Dienstag, dem 06.12.2022,
um 17:45 Uhr in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein,
Paaltjessteege 1, 46446 Emmerich am Rhein

Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie wird allen Teilnehmer*innen das Tragen einer Maske (medizinische Maske oder FFP2-Maske) empfohlen. Zur Teilnahme ist kein Nachweis einer Immunisierung oder einer Negativtestung erforderlich.

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
2	01 - 17 0791/2022/1	IT; Digitalisierung und Organisation; hier: Vorstellung des Konzeptes zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung der Aufgabenbereiche
3	02 - 17 0862/2022	HH-Begleitbeschluss zur nachhaltigen Konsolidierung der Finanzen der Stadt Emmerich am Rhein; hier: Beschluss des Konsolidierungspaketes (Maßnahmenliste) für die Jahre 2023 ff.
4	02 - 17 0856/2022	Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuern der Stadt Emmerich am Rhein; hier: Beschluss der Hebesatzsatzung; Anpassung der Hebesätze der Grundsteuer A und der Grundsteuer B
5	02 - 17 0833/2022	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 200 - "Fachbereich 2 - Finanzen"
6	02 - 17 0790/2022	Sportstättenentwicklungsplan (SEP) der Stadt Emmerich am Rhein; hier: Antrag Nr. V/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
7	02 - 17 0838/2022	Antrag zum Antrag Nr. VI/2022 - Prüfung der beiden technischen Betriebe; hier: Antrag Nr. VII/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
8	02 - 17 0859/2022	Evaluierung der aktuell bestehenden Verträge zwischen KBE, TWE und Gelsenwasser; hier: Antrag Nr. XI/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

9	02 - 17 0842/2022	Prüfauftrag zur Fusionierung der EGD mit KBE und TWE in einer Emmericher Holding GmbH zum HH 2023; hier: Antrag Nr. VI/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
10	03 - 17 0834/2022	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 300 - "Fachbereich 3 - Immobilien"
11	03 - 17 0772/2022	Behinderten-Toiletten am Rathaus / Stadtpark durch selbstreinigende Toiletten ersetzen; hier: Eingabe Nr. 23/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
12	03 - 17 0839/2022	Machbarkeitsstudie zum Haushalt 2023 - Wirtschaftlichkeit der Bestandssanierung oder Neubau einer Kleinschwimmhalle in Elten; hier: Antrag Nr. VIII/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
13	06 - 17 0835/2022	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 600 - "Fachbereich 6 - Bürgerservice und Ordnung"
14	06 - 17 0773/2022	Sitzbänke mit Notfallnummern versehen; hier: Eingabe Nr. 24/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
15	06 - 17 0840/2022	Schaffung kostenfreier Pkw-Parkplätze im Parkplatzbereich des Geistmarktes; hier: Eingabe Nr. 34/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
16	13 - 17 0836/2022	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 013 - "Öffentlichkeitsarbeit"
17	14 - 17 0831/2022	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 014 - "Örtliche Rechnungsprüfung"
18	15 - 17 0837/2022	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 015 - "Gleichstellung"
19	01 - 17 0832/2022	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 100 - "Fachbereich 1 - Zentrale Dienste"
20	01 - 17 0771/2022	Initiierung einer Stellenausschreibung für die Betriebsleitung der KKK, inkl. der Rückführung der KKK in die Kernverwaltung; hier: Antrag Nr. IV/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
21	01 - 17 0858/2022	Externe Unterstützung während der Einführungs- und Realisierungsphase im Projekt "Digitalisierung und IT"; hier: Antrag Nr. X/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
22	01 - 17 0860/2022	Stellenplan 2022; hier: 1. Änderung

23	04 - 17 0830/2022	Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Suchtberatungsstelle des Caritasverbandes Kleve e.V. ab dem Jahr 2023
24	05 - 17 0812/2022	ISEK 2025: Verfügungsfonds; hier: Verlängerung des Förderzeitraums
25	05 - 17 0857/2022	Straßen- und Wegekonzept
26	03 - 17 0864/2022	Benutzungsordnung für die Benutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort "Grollscher Weg" (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums des Willibrord-Gymnasiums (PZ), sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort "Paaltjessteege" und die Mensa der Gesamtschule am Schulstandort "Brink" in der Stadt Emmerich am Rhein
27	03 - 17 0865/2022	Satzung für die Überlassung und Benutzung der städtischen Turnhallen in der Stadt Emmerich am Rhein und die Entgeltordnung für die Turnhallen der Stadt Emmerich am Rhein
28	03 - 17 0866/2022	Benutzungsordnung für die Benutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein
29	04 - 17 0774/2022/1	Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung; hier: Entwurf der Endfassung
30	04 - 17 0827/2022	Entscheidung gem. § 83 Abs. 2 GO NRW; hier: Kosten im Bereich Hilfen zur Erziehung
31	06 - 17 0861/2022	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein
32		Mitteilungen und Anfragen
33		Einwohnerfragestunde

II. Nichtöffentlich

34	05 - 17 0814/2022	Vorkaufsrecht der Stadt Emmerich am Rhein; hier: Bruchweg 15
35		Mitteilungen und Anfragen

46446 Emmerich am Rhein, den 25. November 2022

Peter Hinze
Vorsitzender

Ö 2

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**01 - 17 0791/2022/1**	**22.11.2022**

Betreff

IT; Digitalisierung und Organisation;
hier: Vorstellung des Konzeptes zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung der Aufgabenbereiche

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur organisatorischen Weiterentwicklung der Aufgabenbereiche IT, Digitalisierung und Organisation zur Kenntnis und stimmt der erweiterten personellen Ausstattung zu.

Sachdarstellung :

A. Rückblick

Mit Antrag vom 29.11.2021 (Anlage 1: Antrag Nr. LVIII 2021) zur „Neustrukturierung der Verwaltung“ regt die CDU-Ratsfraktion u. a. die Erarbeitung eines Vorschlags „zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung der Aufgabenbereiche IT, Digitalisierung und Organisation“ an. Innerhalb dieses Vorschlags sollen „die steigenden Anforderungen an die Bereiche sowie die Notwendigkeit der strategischen Entwicklung und operativen Führung der Informationstechnik für die Gesamtverwaltung betrachtet werden.“

Verwaltungsseitig erfolgte mit Vorlage Nr. 01 - 17 0513/2021 zur Sitzung des Rates am 14.12.2021 die Würdigung. Der erarbeitete Vorschlag zur Umsetzung der Anregung wurde in gleicher Sitzung einstimmig beschlossen. (Auszug aus der Vorlage)

„II.2.2 organisatorische und personelle Weiterentwicklung

Handlungsfelder Verwaltung und Bildung
Die Aufgabenbereiche Organisation und IT koordinieren die digitale Transformation innerhalb der Stadtverwaltung. Zur Umsetzung bedarf es weiterhin der Einbindung der zuständigen Fachbereiche und Stabsstellen. Daher ist im Sinne einer dauerhaft funktionierenden Digitalisierungsarbeit ein Fokus darauf auszurichten, kurzfristig Multiplikatoren in jeder Organisationseinheit auszubilden. Diese Personen koordinieren die Digitalisierungsprojekte innerhalb des eigenen Fachbereichs und dienen gleichzeitig als verbindliche Ansprechpersonen für Organisation und IT.

In diesem Zusammenhang gilt es u.a. Rollenverständnisse zu definieren sowie die für diese zusätzliche Aufgabe notwendigen Ressourcen zu ermitteln und den Organisationseinheiten zur Verfügung zu stellen.

Gesamtstädtische Handlungsstrategie „Smart City“
Über die vorstehend abgebildeten Handlungsfelder hinaus gilt es aber zugleich, die Voraussetzungen zur Umsetzung der weiteren Themenfelder einer „Smart City“ (u.a. Smart Mobility; Smart Living & Education, Smart Environment) zu schaffen. Die digitale Stadt wird durch Vernetzung und den Einsatz moderner Technologien effizienter und klimaschonender, intelligenter und lebenswerter. In diesem Kontext gilt es, die Rolle des Akteurs „Stadtverwaltung“ zu den weiteren einzubindenden Beteiligten (städt. Gesellschaften, Wirtschaft etc.) zu klären und daran anknüpfend entsprechende Strukturen (organisatorisch / personell) aufzubauen.

II.2.3 Erarbeitung eines Vorschlages zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung

Verwaltungsseitig wird in Umsetzung der Erarbeitung eines Vorschlages zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung die partielle Hinzuziehung externen Sachverstandes (z.B. Coaching durch GPA NRW, KGSt, Kommunalagentur o.a.) - wie im Antrag der CDU-Fraktion- angeregt, als erforderlich und zielführend qualifiziert.
Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, im Budget des FB 1 - Zentrale Dienste - zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 Euro bereit zu stellen.“

B. Status Quo

In den vergangenen Jahren sind die Anforderungen an die zu untersuchenden Bereiche IT, Organisation und Digitalisierung stark gestiegen. Technische Entwicklungen sowie die Verpflichtung zum Aufbau eines digitalen Angebots aller Verwaltungsdienstleistungen führen zu einer kontinuierlichen Veränderung der Arbeitsabläufe und einem Anstieg des Aufgabenumfangs. Gleichzeitig führt die demographische Entwicklung und die damit verbundene erhöhte Fluktuation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem massiven Wegfall von Praxiserfahrung und Prozesswissen. Altersbedingt werden in den nächsten zehn Jahren 28 % der derzeitigen Mitarbeiterschaft der Verwaltung durch Pensionierung und Verrentung aus dem Dienst der Stadt Emmerich am Rhein ausscheiden. Die altersbedingte Fluktuation betrifft alle Bereiche und Ebenen. Darüber hinaus ist mit einer nicht altersbedingten Fluktuationsrate von jährlich mindestens 1 % zu rechnen, so dass bis zu 40 % der heutigen Beschäftigten in zehn Jahren nicht mehr vorhanden sein werden. Verwaltungsweit, insbesondere jedoch auf dem Gebiet der Informationstechnik, ist der Fachkräftemangel bei der Rekrutierung des notwendigen Personals spürbar, die Nachbesetzung entstehender Vakanzen wird zunehmend schwerer.

Das Delta zwischen steigenden Anforderungen und verfügbarer personeller Ausstattung erfordert einen effizienteren Einsatz der verbleibenden Ressourcen und eine klare strategische Ausrichtung aller Aufgabenbereiche. Ein strategisches Management entwickelt dabei die langfristigen Zielsetzungen für die Kommune, leitet daraus mögliche Planungs- und Entscheidungsvorschläge ab und richtet das kommunale Handeln an diesen Vorgaben aus. Zweck des strategischen Managements ist es, eine kontinuierliche Fokussierung und eine Bindung an die eigene Agenda zu erreichen und dadurch zielorientierte, vorausschauende und ressourcenschonende Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig gilt es interne und externe Entwicklungen zu identifizieren, die die Zielerreichung behindern könnten, um frühzeitig zu reagieren und nach Möglichkeit entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Diese Grundsätze sind auch auf das Management der kommunalen IT zu übertragen. Neben der Schaffung der grundsätzlichen Rahmenbedingungen liegt die Aufgabe in der Ausrichtung des IT-Handelns und deren Ressourcen auf die strategischen Ziele der Kommune. Durch ein internes Controlling wird die Effizienz der Arbeit ständig überprüft und ggfs. durch entsprechende Anpassung erhöht. Ein IT-Sicherheitsmanagement führt dazu, dass Risiken frühzeitig erkannt und bestenfalls vermieden oder deren Auswirkungen bei Eintreten auf ein Minimum reduziert werden können. Ziel ist die Entwicklung der strukturellen Fähigkeit, sich möglichen unerwarteten Entwicklungen anzupassen und trotz sich ständig ändernder Rahmenbedingungen handlungs- und leistungsfähig zu bleiben. Der Ausbau des strategischen IT-Managements stellt damit einen wesentlichen Faktor in der personellen und organisatorischen Weiterentwicklung der zu untersuchenden Bereiche dar.

1. Rahmenbedingungen

1.1 Aktuelle Verwaltungsstruktur

Aktuell sind die Bereiche Organisation, IT und Digitalisierung strukturell im Fachbereich 1 angesiedelt. Die Kommunikation aus diesen Bereichen mit dem Hauptverwaltungsbeamten erfolgt hierarchisch in der Linienorganisation. Ebenso werden Impulse und Innovationen offiziell auf dem Dienstweg aus den Fachbereichen an die zuständigen Ansprechpartner kommuniziert. In einem schnelllebigen Umfeld wie der Digitalisierung stößt eine hierarchische Organisationsform aber an ihre Grenzen und erweist sich als zeitweise langsam und unflexibel.

Für die folgenden Ausführungen werden die Aufgaben der Organisation thematisch in die Bereiche Aufbau- und Ablauforganisation getrennt. Der Bereich der Aufbauorganisation beschäftigt sich im Allgemeinen mit dem hierarchischen Gerüst einer Organisation, sowie dem Informations- und Direktivenfluss. Die Ablauforganisation beschäftigt sich mit den Prozessen und Produkten, die nahezu horizontal durch die Aufbauorganisation fließen. Aktuell findet die Umsetzung der Digitalisierung oder auch digitale Transformation vor allem in den Prozessen und der Ablauforganisation statt.

Die Bereiche Organisation & Digitalisierung sind seit Januar 2020 in einem eigenen Sachgebiet innerhalb des Fachbereichs 1 verortet. Das Aufgabenspektrum umfasst die Organisation des allgemeinen Dienstbetriebs anhand interner Regelwerke, die Aufgabenverteilung und Verwaltungsgliederung, die Raumverwaltung, die Durchführung von Stellenbewertungen, Personalbedarfsbemessungen und Organisationsuntersuchungen. Die durch den digitalen Wandel zusätzlich zu absolvierenden Aufgaben wurden in den vergangenen Jahren in enger Zusammenarbeit mit dem Team IT bearbeitet. Eine ursprünglich im Sachgebiet „Organisation und Digitalisierung“ angesiedelte Stelle für das Prozessmanagement wurde im Jahr 2021 vom Sachgebiet „Organisation und Digitalisierung“ in das Team IT verschoben, da die technische Expertise bei der Überprüfung, Optimierung und ggfs. Automation von Arbeitsabläufen zunehmend an Bedeutung gewinnt und die Betrachtung und Verwaltung von Prozessen an einer zentralen Stelle innerhalb der IT erfolgen soll. Der Schwerpunkt des Sachgebietes „Organisation und Digitalisierung“ liegt somit weiterhin in den o. g. Aufgaben der Aufbauorganisation. Dieser Bereich wird im Folgenden nicht näher betrachtet.

Die IT ist ein Team im Fachbereich 1 - Zentrale Dienste und dort direkt der Fachbereichsleitung unterstellt. Sie besteht aus insgesamt fünf Vollzeitstellen. Drei Mitarbeiter im IT-Service arbeiten Vollzeit an der Bereitstellung und dem Support aller IT-Services (Basisinfrastruktur Netze, Basisinfrastruktur Plattform, Basisinfrastruktur Systemumgebung, IT-unterstützte Arbeitsplätze, IT-unterstützte Fachbereiche, Telekommunikation) der Kernverwaltung, der angeschlossenen Eigenbetriebe (Eigenbetrieb Kultur, Künste, Kontakte; teilweise Eigenbetrieb Kommunalbetriebe Emmerich) und der acht Schulen in Trägerschaft der Stadt Emmerich am Rhein.

Zusätzlich sind zwei weitere VZÄ für die Administration der pädagogischen Netze an den Schulen als Dienstleistung von KRZN (Kommunales Rechenzentrum Niederrhein) eingekauft. Zwei weitere Mitarbeiter arbeiten Vollzeit im Bereich des Prozess- und Projektmanagements. Neben den Projekten Umsetzung OZG (Onlinezugangsgesetz), Einführung E-Akte, Einführung digitale Eingangsrechnung und Umsetzung Digitalpakt Schule werden an dieser Stelle auch Steuerungs- und Leitungsaufgaben wahrgenommen.

1.2 Digitalisierung und anstehende Aufgaben

Während über viele Jahre die Aufrechterhaltung der IT-Services die Kernaufgabe der TUIV – Abteilungen (Technikunterstützenden Informationsverarbeitung) in den Kommunalverwaltungen war, sind die Anforderungen an die kommunale IT durch die Digitalisierung enorm gestiegen. Für ein einheitliches Verständnis des Begriffs „Digitalisierung“ sei an dieser Stelle auf den Vortrag zum Thema Digitalisierung in der HFA-Sitzung vom 02.11.2021 verwiesen (Vorlage Nr. 01-17 0441/21). In Zeiten von sich schnell ändernden Voraussetzungen nehmen Vorhersagbarkeit und Berechenbarkeit ab. Erfahrungen und Prognosen aus der Vergangenheit verlieren ihre Relevanz und Aussagekraft für die Zukunft. Diese Merkmale werden charakteristisch unter dem Begriff VUCA (volatile / unberechenbar, uncertain / unsicher, complex / komplex, ambiguous / mehrdeutig) zusammengefasst und beschreiben die von ständigen Veränderungen geprägte Welt, in der u.a. Kommunalverwaltungen vor viele Herausforderungen gestellt werden. Als essentielle Eigenschaften, um Herausforderungen zu meistern, werden in diesem Zusammenhang Resilienz und Agilität angesehen. Die Digitalisierung novelliert viele Prozesse, Routinen sowie die Zusammenarbeit und die Kommunikation in einem großen Veränderungsprozess (Digitale Transformation). Sie verändert nicht nur die Arbeit an sich, sondern auch die Rolle des Menschen bei der Arbeit und damit verinnerlichte Verhaltensweisen, Routinen und Gewohnheiten. Um diesen Veränderungen angemessen begegnen zu können, braucht es eine Digitale Haltung, die u.a. von Offenheit, Vertrauen und Neugier geprägt ist (Vgl. KGSt-Bericht 8/2018, S. 13ff.).

Die Digitalisierung ist gleichzeitig als Chance zu verstehen. Effektive, schnelle digitale Prozesse machen die Stadtverwaltung als Arbeitgeber attraktiver und können, in Kombination mit weiteren Maßnahmen, Talente anziehen, um dem viel diskutierten Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Die Digitalisierung dient gleichsam dazu, Arbeitsabläufe zu optimieren und Stellenbedarfe zu reduzieren.

Die fortschreitende Digitale Transformation schlägt sich auch in den Aufgaben der kommunalen IT nieder. Neben den vorstehend beschriebenen Aufgaben der IT kommen kurz- und mittelfristig weitere Aufgaben hinzu. Exemplarisch in diesem Kontext genannt seien:

- **Technologiewechsel und Betrieb CMS (Drupal)**
- **Betrieb DMS (Fabasoft)**
- **Ausbau IT-Support an den Schulen /w gestiegener Anzahl Endgeräte**
- **Fortschreibung Medienentwicklungsplanung**
- **IT-Sicherheits- / Risikomanagement als Daueraufgabe**
- **Einführung und Betrieb WMS**
- **Digitale, bzw. hybride Gremiensitzungen und Bürgerbeteiligungen**
- **Open Data**
- **Smart City / Smart Region**
- **Open Source / Digitale Souveränität**
- **Synergien im IT-Betrieb (aus Projekt Haushaltskonsolidierung)**
- **Aufbau Multiprojektmanagement**

Die Erläuterungen der einzelnen Aufgaben erfolgen im Rahmen der Präsentation (s. Anlage 2 - Foliensatz “Neustrukturierung IT, Digitalisierung & Organisation“).

1.3 Rollendefinitionen lt. KGSt / Empfehlungen gpaNRW

Die KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) und die gpaNRW (Gemeindeprüfungsanstalt NRW) haben, vor dem beschriebenen Hintergrund, für die zu prüfenden Bereiche Organisation, IT und Digitalisierung verschiedene Rollenmodelle und Aufgabenprofile erarbeitet.

In diesen Modellen wird die Gesamtverantwortung auf oberster Verwaltungsebene angesiedelt. Dort werden u.a. Entscheidungen zum IT-Betriebsmodell (z.B. Wertschöpfungstiefe, Make-or-Buy-Entscheidungen) oder mit fachbereichs-übergreifender Relevanz (z.B. Einführung DMS) getroffen sowie hausinterne Standards und Strategien (insbesondere IT- und Digitalstrategie) verabschiedet. In diesem Zusammenhang ist häufig die Rede von einem CIO (Chief Information Officer) und einem CDO (Chief Digital Officer). Als CIO, bzw. CDO bezeichnet die KGSt die Führungskräfte im Verwaltungsvorstand, welche die IT aus gesamtkommunaler Perspektive steuern, bzw. die ganzheitliche digitale Entwicklung verantworten und koordinieren. Durch die Ansiedlung auf oberster Verwaltungsebene wird die Bedeutung des digitalen Wandels unterstrichen und gleichzeitig der Boden für anstehende Veränderungen im Rahmen der Transformation bereitet. Die o. g. Rollen übernehmen somit die Funktion des Innovators und Enablers, der durch ein klares Bekenntnis motivieren kann, wenn im Rahmen der digitalen Transformation eingeübte Prozesse in Frage gestellt werden (müssen) (vgl. KGSt Bericht 06/2022 Verwaltungsdigitalisierung organisieren und messen, S. 6).

Für den Bereich der kommunalen IT beschreibt die KGSt die Rolle einer IT-Steuerung / eines IT-Managements. Dort werden strategische Entscheidungen vorbereitet, die dann von der Verwaltungsführung verabschiedet werden. Je nach Delegationsgrad können auch Entscheidungsbefugnisse ganz oder teilweise auf diese Rolle übergehen. An dieser Stelle sind u. a. die Aufgaben IT-Controlling, IT-Risikomanagement und ein Multiprojektmanagement für den IT-Bereich angesiedelt.

Nicht zu verwechseln mit der IT-Steuerung bzw. dem IT-Management ist die Rolle der IT-Leitung. Laut Rollenbild der KGSt ist das die oberste Führungskraft des IT-Betriebs. Die Kernaufgabe ist das operative Management des IT-Services und die wirtschaftliche, zuverlässige Bereitstellung der Services. Außerdem hat die IT-Leitung eine beratende und impulsgebende Funktion.

Die Rolle der Fachbereichsmanager*innen, bei der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein sind das die Fachbereichsleiter/innen, enthält die inhaltliche Gestaltungsverantwortung für Prozesse und Leistungen im Fachbereich. Unter Einhaltung zentraler Rahmenvorgaben, wie z.B. Strategien oder IT-Standards, ist es ihre Aufgabe, die Einführung von Innovationen und die Digitalisierung des Fachbereichs voranzutreiben. Dabei können Sie maßgeblich von digitalen Lotsen und Lotsinnen unterstützt werden. Diesen fällt in der digitalen Transformation eine ganz wesentliche Rolle zu. Sie sind als Fachexperten in den Fachbereichen im Einsatz und sind dort gleichzeitig qualifizierte Multiplikatoren für die Digitalisierung. Sie fördern die „Digitale Haltung“, um die transformativen Prozesse aushalten und sich offen und positiv darauf einlassen können. Sie sind dezentral der erste Ansprechpartner für die Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben und gleichzeitig Impulsgeber für digitale, fachbezogene Ideen und Maßnahmen. Über die digitalen Lotsen und Lotsinnen wird die Zusammenarbeit für eine wirksame Digitalisierung organisiert. Diese Rolle hat sich in den Kommunalverwaltungen in den verschiedensten Ausrichtungen manifestiert. In kleinen und mittleren Kommunen ist es häufig so, dass die Digitalen Lotsen gleichzeitig auch Multiplikatoren im Bereich Prozessmanagement sind.

1.4 Ziele der Neustrukturierung

Unter Berücksichtigung der Empfehlungen von KGSt und GPA NRW ist das primäre Ziel der Neustrukturierung in den Bereichen Digitalisierung, IT und Ablauforganisation eine zukunftsorientierte Verwaltungsstruktur zu schaffen, in der alle aktuell und zukünftig anfallenden Aufgaben aus den untersuchten Bereichen bearbeitet werden können. Die Umstrukturierung soll Planungssicherheit für die kommenden Jahre bieten. Neue Aufgaben sollen dabei flexibel in die Struktur integriert werden können, ohne das weitere Strukturänderungen erforderlich sind. Intern sowie extern soll es dauerhaft klare Ansprechpartner für die einzelnen Themen aus den Bereichen geben.
Gleichzeitig soll die neue Struktur den höheren Stellenwert verdeutlichen, den die Digitalisierung zukünftig für die Stadtverwaltung, bzw. die Stadt Emmerich am Rhein hat. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ausbau der IT-Steuerung und der Integration in eine Gesamtkommunale Steuerung.

Intern wächst die IT immer mehr über die einfache Bereitstellung der IT-Services hinaus. Durch den Einsatz der IT in den Prozessen können die Abläufe verschlankt werden und wichtige Ressourcen werden frei für eine höherwertige Verwendung. Für die Umstrukturierung ist es ein wesentliches internes Ziel Ansprechpartner für die Fachbereiche zu werden. Ebenso wie die Verkürzung der internen Kommunikationswege und die Zusammenführung aller Tätigkeiten in den untersuchten Bereichen in einem Punkt.

2. Neustrukturierung

2.1 Organisatorische Ausrichtung

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele wird eine neue Stabsstelle „Digitalisierung und IT“ geschaffen. Die Stabsstelle wird direkt dem Hauptverwaltungsbeamten zugeordnet. Die Ansiedlung am Hauptverwaltungsbeamten verdeutlicht den hohen Stellenwert der Digitalisierung für die zukünftige strategische Entwicklung der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein und unterstreicht dessen Funktion Innovationen zu ermöglichen und Veränderungen zu begleiten.

Die Durchführung der Steuerungsaufgaben sowie die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen (inkl. Bedarfs-, Kosten-Nutzen- und Risikoanalysen) für die betrachteten Themengebiete werden vom Hauptverwaltungsbeamten an die neue Stabsstelle delegiert. Dort wird dafür ein Bereich IT-Steuerung geschaffen. Die Entscheidungsbefugnis für die organisatorischen Rahmenbedingungen verbleibt beim Verwaltungsvorstand. Die IT-Steuerung berichtet regelmäßig im Rahmen des IT-Controllings, Risikomanagements und Projektmanagements direkt an den Hauptverwaltungsbeamten und berät bei Bedarf mit digitaler Expertise. Zu den weiteren Aufgaben der Stabsstelle gehören federführend die Fortschreibung und Neuausrichtung der IT- und Digitalstrategie für die Stadt Emmerich am Rhein. Inklusive der Koordination, Kommunikation und Moderation der Themen innerhalb der Verwaltung als auch in Richtung der Stadtgesellschaft sowie der dazugehörigen Netzwerkpflege.

Gleichzeitig werden die bisher im Fachbereich 1 – Zentrale Dienste angesiedelten Bereiche des IT-Betriebs und des Prozess- und Projektmanagements in der Stabsstelle zusammengeführt. Die Stabsstelle besteht somit zukünftig aus den Bereichen IT-Steuerung, Prozess-/Projektmanagement und IT-Betrieb. Alle Tätigkeiten aus den betrachteten Bereichen werden dort zentralisiert. Aktuell noch dezentral durchgeführte Tätigkeiten werden zukünftig in der Stabsstelle zusammengeführt. So wird sichergestellt, dass sich Steuerungsentscheidungen immer auf die gesamtkommunale Perspektive beziehen.

2.2 Personelle Ressourcen

Zur Ausstattung mit Personalressourcen werden die bestehenden fünf Vollzeitstellen des heutigen IT-Teams aus dem Fachbereich 1 - Zentrale Dienste in die neue Stabsstelle „Digitalisierung und IT“ überführt. Im Zuge dieser Umstrukturierung wird der Aufgabenzuschnitt Stelle “Teamleiter/in IT“ dergestalt angepasst, dass der Schwerpunkt zukünftig auf der IT-Steuerung, der Koordination der Digitalen Lotsinnen und Lotsen sowie dem Multiprojektmanagement für IT- und Digitalisierungsprojekte liegt. An der Aufgabenzuordnung der Stellen des Prozessmanagements und des IT-Services werden keine Änderungen vorgenommen.

Um die zukünftig anfallenden Aufgaben im betrachteten Bereich vollumfänglich bearbeiten zu können, besteht folgender zusätzlicher Stellenbedarf:

- **1,0 VZÄ im Bereich Prozess- / Projektmanagement als Koordinator*in Schuldigitalisierung (EG 11 TVöD - VKA):**

Im Bereich des Prozess- und Projektmanagement wird eine weitere Stelle für die zukünftige Digitalisierung der Emmericher Schulen benötigt. Der erste Digitalpakt Schule hat den Emmericher Schulen einen enormen Digitalisierungsschub gebracht. Die Anzahl der betreuten Endgeräte hat sich dadurch vervielfacht und er hat die Ausstattung auf ein vergleichbar sehr hohes Niveau gehoben. Gleichzeitig hat der erste Digitalpakt die Erkenntnis gebracht, dass seine Umsetzung eine Vollzeitaufgabe ist. Die Umsetzung ist zwar weitestgehend beendet, aber die Wartung und der Austausch der vorhandenen Geräte bedarf auch zukünftig einer Koordination. Sollte, wie angekündigt, ein zweiter Digitalpakt Schule kommen, wird auch für dessen Umsetzung ein Koordinator benötigt. Selbst ohne weiteren Digitalpakt wird es insbesondere in diesem Bereich weitere Fördermittel geben, die von der neuen Stelle akquiriert und abgerufen werden sollen. Das würde in diesem Bereich auch die Sachgebietsleitung Schule aus dem Fachbereich 4 entlasten. Zudem besteht kontinuierlicher Bedarf an der Optimierung der schulischen Prozesse (z.B. Digitalisierung der Schulanmeldung) und der Fortschreibung des Medienentwicklungsplans. Mit Übernahme der Tätigkeiten durch die neue Stelle, werden für die Stelle „Teamleiter/in IT“ Kapazitäten frei, um die Aufgaben der IT-Steuerung übernehmen zu können.

1,0 VZÄ „Koordination Schuldigitalisierung“
HHJ 2023: halbjährig, AG Bruttopersonalkosten in Höhe von rd. 35.000 Euro
HHJ 2024 ff: ganzjährig, AG Bruttopersonalkosten in Höhe von rd. 70.000 Euro

- **2,0 VZÄ Mitarbeiter IT-Betrieb (EG 9a TVöD - VKA):**

  Des Weiteren werden zwei neue Stellen im Bereich des IT-Betriebs benötigt. Diese Stellen sollen zukünftig hauptsächlich Tätigkeiten aus den Bereichen des First Level Supports übernehmen. Angefangen bei einer qualifizierten Störungsannahme, Installation- und Wartungsarbeiten, Benutzerpflege sowie den Einsatz an der zentralen Scanstation. Durch die Übernahme dieser Tätigkeiten sollen die bereits vorhandenen Stellen im IT-Service teilweise entlastet werden, damit diese sich um andere Tätigkeiten und Projekte (z.B. Technologiewechsel Drupal, Einführung und Betrieb WMS) kümmern können, die Spezialwissen und Erfahrung benötigen. Gleichzeitig werden die neuen Kapazitäten benötigt, um die hinzukommenden Aufgaben für den IT-Betrieb bewältigen zu können. Die Anforderung an die Qualifikation für diese neuen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter sind niedriger im Vergleich zu den bereits vorhandenen Stellen im Bereich IT-Betrieb. Als fachliche Qualifikation reicht eine abgeschlossene Ausbildung im IT-Bereich aus. Eine dieser neuen Stellen soll dem Auszubildenden angeboten werden, der voraussichtlich 2023 seine Ausbildung zum Fachinformatiker für Systemintegration bei der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein abschließen wird.

  2,0 VZÄ „Mitarbeiter IT-Betrieb“
  HHJ 2023: halbjährig, AG Bruttopersonalkosten in Höhe von rd. 58.000 Euro
  HHJ 2024 ff: ganzjährig, AG Bruttopersonalkosten in Höhe von rd. 115.000 Euro

- **7 x 0,2 VZÄ Digitale Lotsinnen und Lotsen:**

  Wie ebenfalls in der Vorlage Nr. 01-17 0513 2021 thematisiert werden zur Einbindung der Fachbereiche in die Digitalisierung entsprechende Vollzeitäquivalente für Digitallotsinnen und -lotsen in den Fachbereichen benötigt. Sie sollen Multiplikatoren für die Themen Digitalisierung und Prozessmanagement in den Fachbereichen sein. Im Rahmen der Einführung des Prozessmanagements wurden seitens der Picture GmbH für die Multiplikatortätigkeiten im Endausbau ein VZÄ von 0,2 empfohlen. Durch die enge Verzahnung von Digitalisierung und Prozessen ist es möglich, mit diesen Stellenanteilen beide Funktionen in Personalunion auszuüben. Für beide Funktionen werden die Mitarbeiter/innen entsprechend qualifiziert.

  Diese Stellenanteile sollen nicht zwingend mit neuen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern besetzt werden. Vielmehr geht es darum, IT-affinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Interesse an digitalen Themen innerhalb der Fachbereiche Möglichkeiten einzuräumen, die Digitalisierung dezentral mitzugestalten. Für diese Stellenanteile werden sie teilweise von ihren Linienaufgaben entlastet.

  1,4 VZÄ „Digitale Lotsinnen und Lotsen“
  HHJ 2023: halbjährig, AG Bruttopersonalkosten in Höhe von rd. 34.000 Euro
  HHJ 2024 ff: ganzjährig, AG Bruttopersonalkosten in Höhe von rd. 67.000 Euro

- **Befristete Stelle im Prozess-/Projektmanagement als Smart City – Koordinator*in (EG 12 TVöD – VKA):**

  Wie in Vorlage Nr. 01-17 0513 2021 zur Sitzung des Rates am 14.12.2021 beschrieben, werden zur Schaffung der Voraussetzungen für die Umsetzung der anstehenden Aufgabe Smart City / Smart Region zusätzliche Personalressourcen benötigt. Die Hauptaufgaben eines Smart City-Koordinators sind: Eine Bestandsaufnahme aller Aktivitäten in den verschiedenen Handlungsfeldern einer Smart City (u.a. Gesundheit, Energie, Mobilität) durchzuführen, die Pflege und Koordination des dabei entstehenden Netzwerkes sowie, basierend auf den Ergebnissen der Bestandsaufnahme und gemeinsam mit den Akteuren im Netzwerk, die Erstellung einer Digitalstrategie. Die Rolle der Stadtverwaltung im Netzwerk ist dabei in erster Linie koordinierend und moderierend, um Leute mit entsprechenden Anliegen zusammenbringen, damit daraus neue Digitalprojekte für die Stadt entstehen können. Parallel dazu soll für diese Projekte ein Multiprojektmanagement aufgebaut werden. Für diese Aufgaben ist auch eine Teilzeitbeschäftigung denkbar. Die Stelle sollte zunächst im Rahmen des Projektes (Aufbau Netzwerk, Digitalstrategie) befristet besetzt werden.

  „Smart-City-Koordinator“ (befr. Ausschreibung in Vollzeit)
  HHJ 2023: halbjährig, AG Bruttopersonalkosten in Höhe von rd. 38.000 Euro
  HHJ 2024 ff: ganzjährig, AG Bruttopersonalkosten in Höhe von rd. 75.000 Euro

Nach erfolgter Umstrukturierung und Stellenbesetzung gilt es kontinuierlich, ggfs. unter Hinzuziehung externen Sachverstandes, die Zielerreichung zu evaluieren.

Die Vorstellung des Konzeptes zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung der Aufgabenbereiche ”IT”, ”Digitalisierung” und ”Organisation” erfolgte in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 8. November 2022.
Die politischen Entscheidungsträger machten Beratungsbedarf geltend; mithin gilt es, die Beschlussfassung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2022 herbeizuführen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Siehe Ausführungen unter 2.2 - Personelle Ressourcen

Die ermittelten Aufwände sind im Haushalt 2023 anteilig sowie im Haushalt 2024 ff. zusätzlich bereitzustellen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.1.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
01 - 17 0791/2022/1 _ A 1 _ Antrag Nr. LVIII 2021
01 - 17 0791/2022/1 _ A 2 _ Präsentation - Neustrukturierung Digitalisierung

Ö 2

CDU-Ratsfraktion - Geistmarkt 1 - 46446 Emmerich am Rhein

An den Bürgermeister der Stadt
Emmerich am Rhein
Peter Hinze

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 30. Nov. 2021
Bgm.: X
Dez.:
FB: 1
Anl.: PWZ: €

CDU
Dr. Matthias Reintjes
FRAKTIONSVORSITZENDER
Telefon: 0163 / 234 926 1
E-Mail: info@cdu-emmerich.de

29.11.2021

Eingabe/Antrag an den Rat
Nr. LV III / 20 21
Eingang am 30.11.21
zur Kenntnis an
I X
II o. III
FB (o. e.) 1
Vorlage zur Sitzung VV -
Vorstand am
Anlage (n)

Antrag an den Rat

Neustrukturierung der Verwaltung

Der Rat der Stadt Emmerich beschließt:

1. nach § 73 GO NRW die Geschäftsverteilung der Dezernate für die Stadt Emmerich am Rhein im Einvernehmen mit dem Bürgermeister wie folgt zu ändern: Es wird ein drittes Dezernat mit den Fachbereichen FB 4 (Schule, Jugend, Sport) FB 7 (Arbeit und Soziales) FB 18 Demografie und Integration gebildet.

2. für das benannte dritte Dezernat die Stelle eines/einer Beigeordnete/n (A 15 LBesG NRW) als Dezernatsleitung zeitnah auszuschreiben. Die Hauptsatzungsänderung (§ 15) und Anpassung des Stellenplans sollen zur Haushaltsverabschiedung am 14.12.21 durch die Verwaltung vorbereitet werden. Der Wortlaut der Ausschreibungsunterlagen soll in der ersten Ratssitzung im Jahr 2022 beschlossen werden.

3. beauftragt die Verwaltung einen Vorschlag zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung der Aufgabenbereiche IT, Digitalisierung und Organisation zu erarbeiten. Hierbei sollen die steigenden Anforderungen an die Bereiche sowie die Notwendigkeit der strategischen Entwicklung und operativen Führung der Informationstechnik für die Gesamtverwaltung beachtet werden.

Begründung

Die letztmalig durchgeführte Verwaltungsreform in Emmerich liegt bereits über ein Jahrzehnt zurück. Die CDU-Fraktion ist der Überzeugung, dass die Schaffung eines dritten Dezernates für die Fachbereichen FB 4 (Schule, Jugend, Sport) FB 7 (Arbeit und Soziales) FB 18 Demografie und Integration die Verwaltungsprozesse insgesamt optimieren wird.

Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein
Telefon: 0163 / 234 926 1

E-Mail: info@cdu-emmerich.de
Homepage: www.cdu-emmerich.de
Facebook: www.facebook.com/CDUEmmerich

Sparkasse Rhein-Maas
IBAN: DE20 3245 0000 0000 1384 12
BIC: WELADED1KLE

Des Weiteren ist vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen in diesen Bereichen die Neufassung wichtig, um eine inhaltliche und konzeptionelle Klammer zu schaffen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion soll es die Aufgabe des/der Beigeordneten sein, die gesellschaftlichen Herausforderungen Emmerichs in Zukunft verstärkt auch konzeptionell in den Blick zu nehmen. Beispielhaft zu nennen wären die Entwicklung der kommunalen Betreuungs- und Schulangebote, Steuerung der örtlichen Jugendarbeit, Umgang mit osteuropäischen Arbeitsmigranten.

Die CDU-Fraktion sieht vor dem Hintergrund der steigenden Anforderungen dringenden Handlungsbedarf zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung der Aufgabenbereiche IT, Digitalisierung und Organisation. Aufgrund der Bedeutung für die zukünftige Funktionsweise und Effektivität der Gesamtverwaltung nach Innen sowie des digitalen Bürgerservices (im Sinne des OZG) nach Außen, ist dieser Schritt, trotz der aktuellen Haushaltslage unverzichtbar.

Wohlwissen, dass es nicht den einen Weg der wirksamen Digitalisierung von Kommunen gibt, wird eine Prüfung der Verwaltung erbeten. Die Prüfung sollte die Empfehlungen der KGSt und gpaNRW zur Rollen- und Weiterentwicklung kommunaler IT (z.B. durch einen CIO) berücksichtigen und auch die Schaffung eines eigenen Amtes und/oder einer Stabsstelle beleuchten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Matthias Reintjes
Vorsitzender

Ö 2

STADT EMMERICH AM RHEIN

Neustrukturierung IT, Digitalisierung & Organisation

Haupt- und Finanzausschuß

08.11.2022

TOPS

Prüfauftrag Politik

Ausgangssituation

Empfehlungen – u.a. KGSt, gpa.NRW

Anstehende Aufgaben

Konkrete Planungen

Prüfauftrag & Ausgangssituation

Prüfauftrag

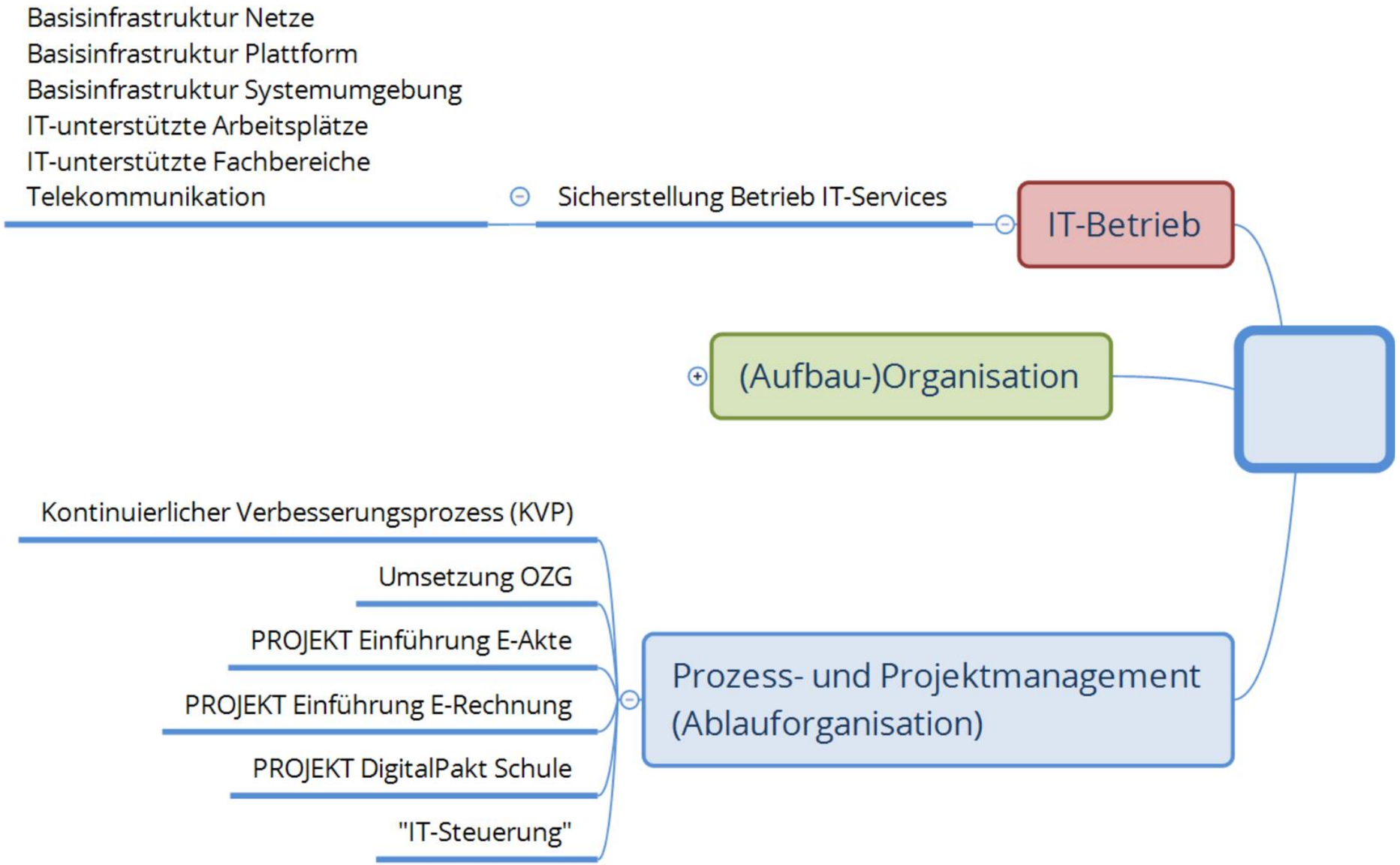
…beauftragt die Verwaltung…

unter **Beachtung der steigenden Anforderungen** an die Aufgabenbereiche IT, Digitalisierung und Organisation sowie der **Notwendigkeit der strategischen und operativen Führung** der Informationstechnik für die Gesamtverwaltung einen **Vorschlag zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung** dieser Bereiche zu erarbeiten.

Exkurs: Strategisches IT-Management ⇔ IT-Governance / IT-Steuerung

- Schaffung der Rahmenbedingungen
- IT auf strategische Ziele der Kommune ausrichten
- Wertbeitrag der IT bestimmen / Performance messen (IT-Controlling)
- IT-Ressourcen managen
- Risiken der IT managen / IT-Sicherheitsmanagement

Situation IT, Digitalisierung und Organisation



Aktuelle Situation

Entscheidungs- & Kommunikationswege

Agilität / VUCA-Welt (volatility, uncertainty, complexity, ambiguity)

Sachgebiet Organisation & Digitalisierung, bzw. Team IT

„Digitalisierung ist Chefsache“

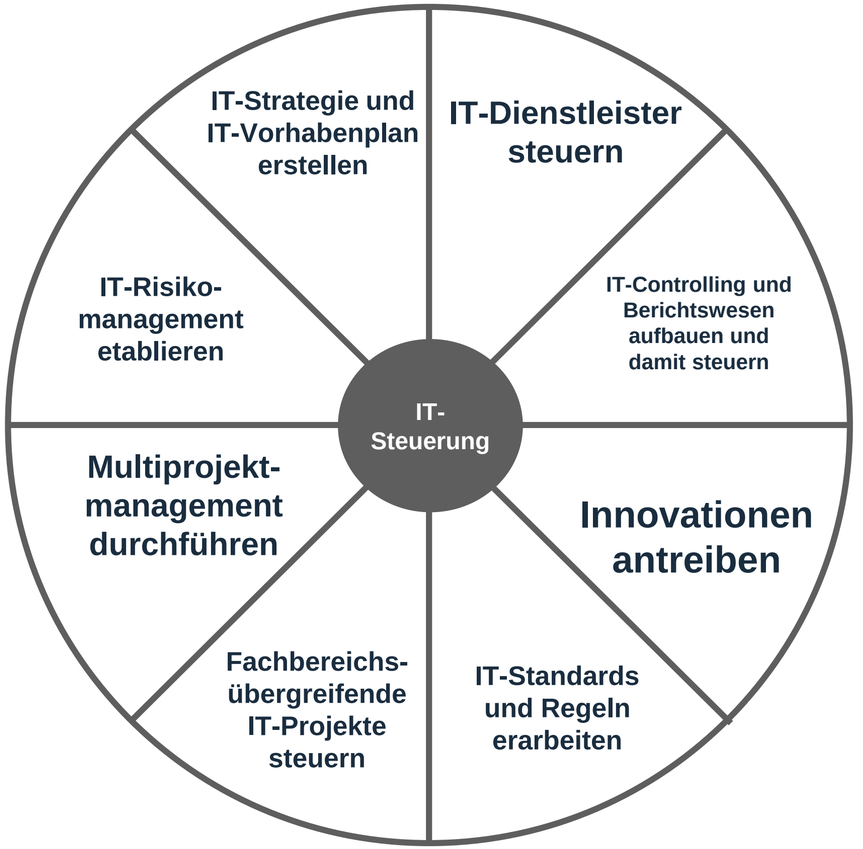
Immer neue Aufgaben und steigende Anforderungen aus Bevölkerung und Politik

gpa.NRW – Empfehlungen aus IT-Prüfungen

- IT-Steuerung etablieren (u.a. IT-Kosten senken)
- IT-Strategie entwickeln
  - Weg zur digitalen Transformation
  - IT-Vorhabenplanung
  - Einbindung der Mitarbeiter vorsehen
- Strukturierte, verwaltungsweite Einführung E-Akte
- Musterprozess Rechnungsbearbeitung etablieren
- Einführung eines Prozess- & IT-Sicherheitsmanagement
- Schul-IT (MEP, Ressourcenüberblick, klare Zuständigkeiten, Austausch)

KGSt – Rollenbilder Kommunale IT

- Gesamtverantwortung im Verwaltungsvorstand
  - CIO = Führungskraft im VV, welche die IT aus gesamtkommunaler Sicht steuert
- IT-Steuerer / IT-Management
  - Entscheidungsbefugnis für bestimmte Steuerungsaufgaben (Delegationsgrad)
  - Fachbereichsübergreifende Steuerung
- IT-Leiter
  - Operatives Management IT-Service
- Fachbereichsmanager / -leiter



„Die **Fachbereichsmanager** spielen in der IT-Steuerung eine wichtige Rolle, da sie **die inhaltliche Gestaltungsverantwortung für Prozesse und Leistungen haben**. Unter der Einhaltung zentraler Rahmenvorgaben, wie z.B. IT-Standards, ist es ihre Aufgabe, die Einführung von IT-bezogenen Innovationen voranzutreiben."

KGSt – Rollenbilder Digitalisierung

- CDO
  - Verantwortlich für digitale Entwicklung im ganzheitlichen Sinne

> „Beim CDO geht es im Vergleich zum CIO weniger um das Management der Technologie als vielmehr **um den Blick über die Grenzen der Kommunalverwaltung hinaus und um das Netzwerk in der Digitalen Kommune**. Die beiden Rollen haben damit unterschiedliche Verantwortungsbereiche, wenngleich es insbesondere in der Technotrendanalyse und strategischen Ausrichtung der IT Schnittmengen gibt, die mit einem klaren Rollenverständnis gemeinsam ausgestattet werden müssen.“

  - Netzwerker / Koordinator / Innovator / Begleiter
  - Digitale Kultur schaffen (Transparenz, Kommunikation und Beteiligung)
  - Beratung HVB (Verständnis neuer Technologien / Nutzerszenarien, soziokulturelle Entwicklungen, org. Rahmenbedingungen, usw.)
  - Empfehlung KGSt: Ansiedlung als Stabsstelle am HVB
- Digitale Lotsen

Ziele der Neustrukturierung

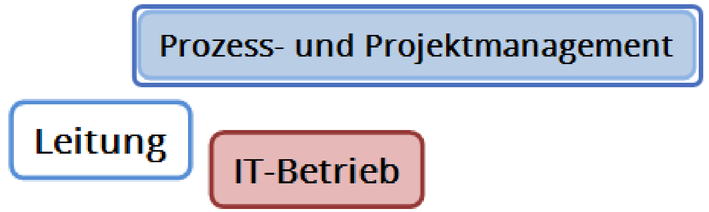
unter diesen Rahmenbedingungen / Voraussetzungen

Externe Ziele	Interne Ziele
Zukunftsorientierte Struktur, in der alle anfallenden Aufgaben (Digitalisierung, Organisation Prozesse, IT-Service, usw.) bearbeitet werden können.	
Ausbau **IT-Steuerung**	
Klare **Ansprechpartner**	
Stellenwert Digitalisierung	
	IT als „**Möglichmacher**“
	Strukturen optimieren (kurze Wege / **Zentralisierung)**
	Skalierbarkeit

Anstehende Aufgaben

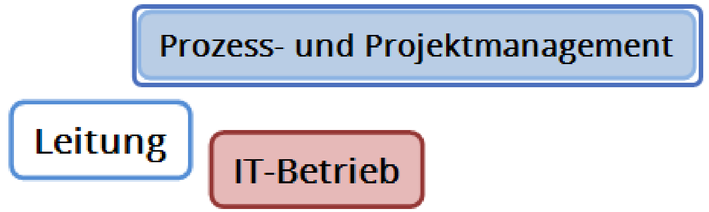
Anstehende Aufgaben – kurzfristig

- Schwerpunkt IT-Steuerung
  - IT-Controlling (internes Kontrollsystem)
  - IT-Risiko- / Sicherheitsmanagement (Daueraufgabe)
  - IT-Strategie
- PROJEKT Migration Drupal
- Betrieb Drupal
- Betrieb DMS
- Ausbau Support Schul-IT
- PROJEKT Fortschreibung Medienentwicklungsplan



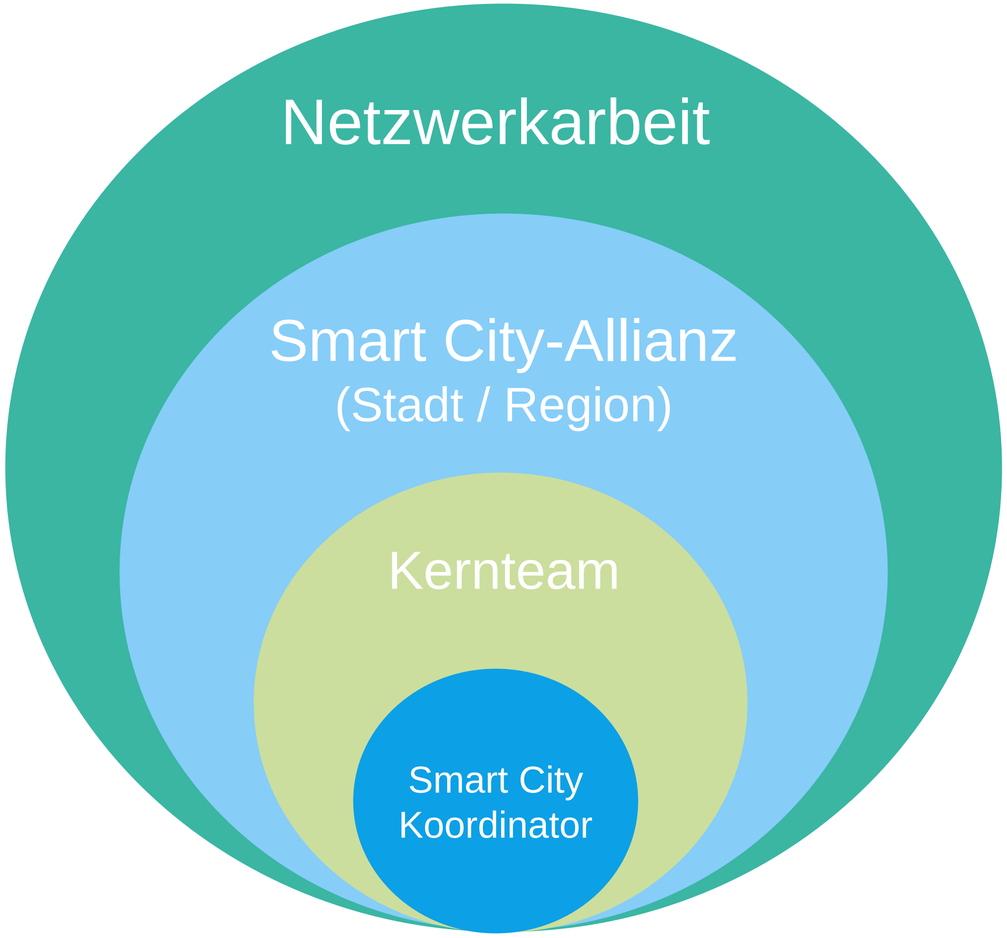
Weitere (denkbare) Aufgaben – mittelfristig

- PROJEKT Einführung Workflowmanagement-System
- Betrieb WFS / Prozessautomation (RPA / KI)
- OpenData / Geodaten (GIS) (aktuell FB 5 / Kr. Kleve)
- Open Source in der Verwaltung / Digitale Souveränität
- Digitale, bzw. hybride, Gremiensitzungen
- Bürgerbeteiligungen
- Übernahme IT-Service KBE / TWE
  (aus Haushaltskonsolidierung / Synergieeffekte)
- (Aufbau) Zentrales Projektmanagement



Smart City / Smart Region

- NETZWERK aus Akteuren verschiedener Handlungsfelder, u.a.
  - Verwaltung & Bildung
  - Mobilität
  - Gesundheit
- Inhaltliche + organisatorische Koordination
- Erstellung einer Digitalstrategie
  - Bsp. Digitalstrategie Kreis Coesfeld
- Fördermittelaquise
- Öffentlichkeitsarbeit / Markenbildung / Bürgerbeteiligung



Smart City / Smart Region

Netzwerkarbeit
Akteure: Koordinator, Einzelne Mitglieder Smart City-Allianz, Akteure anderer Städte
Funktion: Überregionale Vernetzung, fachlicher Input + Inspiration, Wissenstransfer

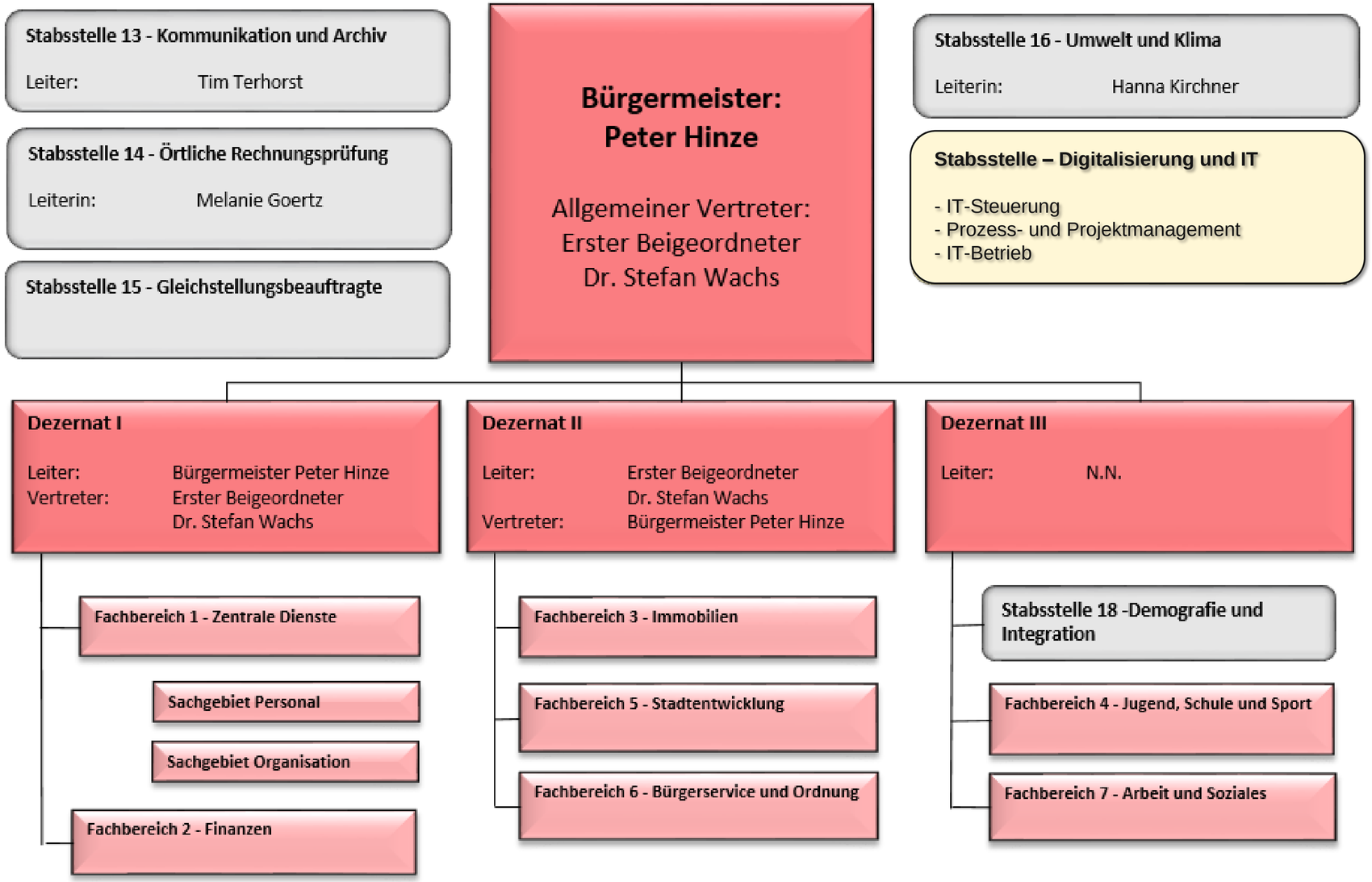
Smart City-Allianz
Akteure: Koordinator, Kernteam, Unternehmen/Wirtschaft, Schulen, Hochschule, u.ä.
Funktion: Vernetzung innerhalb der Stadtgesellschaft,
Identifikation + Umsetzung gesamtstädtischer smarter Projekte

Kernteam
Akteure: Koordinator, Leiter IT, SGL Orga, SL Kommunikation und Archiv, weitere MA je Thema
Funktion: Moderation, Fachübergreifende Expertise / Input, Schnittstelle zu parallelen städtischen Prozessen

Smart City Koordinator
Akteure: Koordinator
Funktion: Inhaltliche + organisatorische Koordination und Steuerung des Gesamtprozesses, Aufspüren von Fördermöglichkeiten, usw.

Konkrete Planung

Konkrete Planung



Planung – IT-Steuerung

IT-Steuerung → **1,0 VZÄ (Vollzeitäquivalente)** 1x EG 12

- Leitung Organisationseinheit
- Neuer Schwerpunkt: IT-Steuerung
    - IT-Controlling (ggf. gemeinsam mit dem FB 2)
    - IT-Sicherheits- und IT-Risikomanagement
    - IT-Strategie
- Multiprojektmanagement
- Projekt- und Prozessmanagement
- Change Management / Digitale Lotsen

Planung – Prozess- & Projektmanagement

Prozess- und Projektmanagement → **2,0 VZÄ** 2x EG 11

- **NEU:** Koordinator „**Schuldigitalisierung**“ → **1,0 VZÄ (EG 11)**
  - Fortschreibung & Umsetzung Medienentwicklungsplan (kontinuierlich)
  - Umsetzung DigitalPakt (DP 2.0 bis 2030) / Fördermittelmanagement
- **NEU** (befristet)**: Smart City –** Koordinator → **0,5 – 1 VZÄ (EG 12)**
  - Netzwerken!!!
  - Digitalstrategie
  - Multiprojektmanagement Digitalisierung

Planung – IT-Betrieb

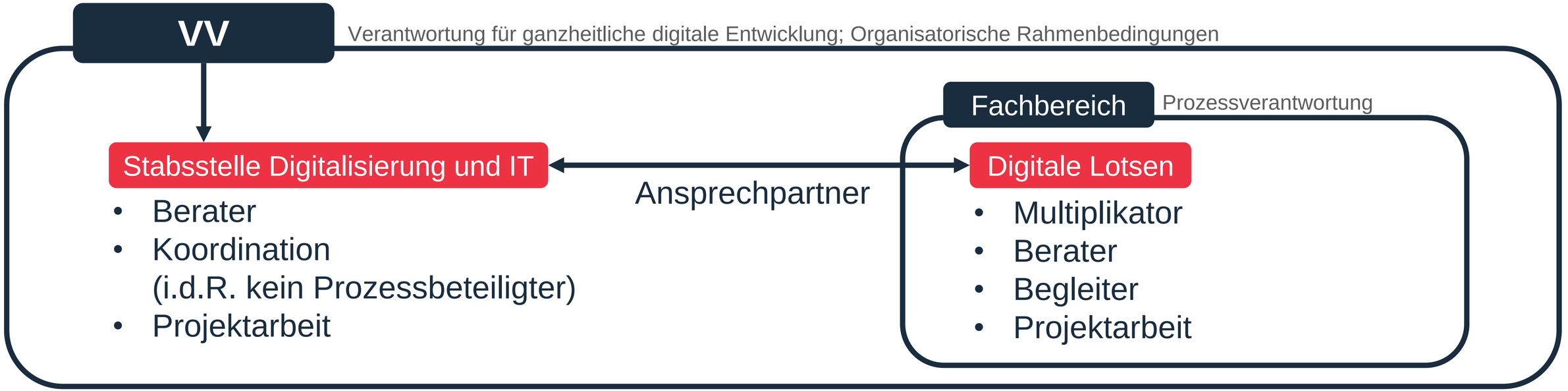
IT-Betrieb → **3,0 VZÄ**
+ 1 Auszubildender

3x EG 10

- **NEU:** 2x Mitarbeiter IT-Betrieb → **2,0 VZÄ (EG 9a)**
  - First Level IT-Support (Installationen, Scanstelle, u.ä.)
  - Eingabe: „IT-Administration Schule“
  - Übernahme Auszubildender

- Komplette Übernahme IT-Support an den Schulen (ab Januar 2024)
  + 2,0 VZÄ (EG 9a, EG 10) (bisher 188 TEUR Dienstleistung „Administrator vor Ort“)
- Synergieeffekte im „Konzern Stadt“
  + x VZÄ (EG 9a – EG 10)

Planung – Digitale Lotsen



Digitale Lotsen

- **NEU: 0,2 VZÄ pro Fachbereich**
    - Multiplikatoren Digitalisierung und Prozessmanagement
    - Gemeinsames Verständnis vermitteln, Digitale Haltung leben und vermitteln
    - Digitalisierung ist nicht (nur) IT, sondern bedeutet Veränderung, Ängste nehmen

Planung – Zusammenfassung

IT-Betrieb	Prozess- und Projektmanagement	IT-Steuerung
5,0 VZÄ + Ausz. 3x EG 10 2x EG 9a	4,0 VZÄ 1x EG 12 3x EG 11	1,0 VZÄ 1x EG 12

Davon neu:

- **EG 9a (Auszubildender)**
- **EG 9a (N.N., „Schuladmin“)**
- **EG 11 (N.N., Schulen)**
- **EG 12 (N.N., befristet auf das Projekt Smart City, <u>keine Auswirkungen auf den Stellenplan</u>)**

Skalierbar:

Support Schulen (EG 9a, EG 10) Synergieeffekte	„Tempo Verwaltungsdigitalisierung“ OZG 2.0	Steuerungsunterstützung

pro Fachbereich jeweils 0,2 für Digitale Lotsen

Vorschlag weiteres Vorgehen

- Anpassung Stellenplan
- Stellen (befristet) ausschreiben
- Initiierung „Projekt Smart City / Digitalstrategie“
- Übernahme weiterer Aufgaben prüfen:
  - Koordination Datenplattform (GIS / Open Data)
  - Kompletter Support Schul-IT
  - Synergien im „Konzern Stadt“
- Evaluierung nach Umstrukturierung
  - Controlling Zielerreichung
  - Personalbedarfsermittlung / Stellenbewertung
  - Aufgabenkritik

Ö 3

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**02 - 17 0862/2022**	**23.11.2022**

Betreff

HH-Begleitbeschluss zur nachhaltigen Konsolidierung der Finanzen der Stadt Emmerich am Rhein;
hier: Beschluss des Konsolidierungspaketes (Maßnahmenliste) für die Jahre 2023 ff.

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen, der Prüfaufträge und der Grundsatzbeschlüsse entsprechend des anliegenden Konsolidierungsprogramms.

Sachdarstellung :

Bereits in den letzten Jahren war mit den jeweiligen Haushaltsaufstellungen ersichtlich, dass die Aufwendungen stärker steigen werden als die Erträge und somit ein Ausgleich nur über den Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage erfolgen kann. Auch der Haushaltsplanentwurf 2023 ff. weist für die Folgejahre jeweils strukturelle Defizite aus. Selbst unter der Annahme einer deutlichen wirtschaftlichen Erholung in späteren Jahren wird sich die Entwicklung negativer Haushaltsergebnisse nicht umkehren, sondern nur verlangsamen. Daher sollten durch aktives Gestalten und Modernisieren im sog. Konzern Stadt Emmerich am Rhein Defizite abgebaut und Spielräume für Neues geschaffen werden (s. Haushaltsbegleitbeschluss vom 12.12.2021).

In der Arbeitsgruppe Haushalt haben alle Fraktionen gemeinsam mit der Verwaltung konstruktiv und einvernehmlich ein umfangreiches Arbeitsprogramm erarbeitet. Mit der Erstellung des vorliegenden Konsolidierungspaketes ist eine wichtige Entscheidung Richtung Haushaltsstabilisierung erreicht.

Für die weiteren Schritte sind - basierend auf den Vorgaben des Haushaltsbegleitbeschlusses des Rates der Stadt Emmerich am Rhein vom 12.12.2021 - folgende Punkte zu fixieren:

Umsetzungsphase

- Die Verwaltung erstellt basierend auf den Ratsbeschlüssen zu den Einzelmaßnahmen einen Umsetzungsplan. Hier wird auch die zeitliche Realisierung von Konsolidierungsmaßnahmen geplant. Dieser Umsetzungsplan wird vom Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschlossen.

- Die Verwaltung erarbeitet die entsprechenden Vorlagen, die für eine Umsetzung erforderlich sind.

- Die Verwaltung berichtet quartalsweise über den Umsetzungsstand der Maßnahmen.

- Falls Maßnahmen nicht oder nicht in voller Höhe umzusetzen sind, müssen Kompensationen erfolgen.

Finanzziel und Zeitziel

- Die Konsolidierungsmaßnahmen sollen insgesamt ein Volumen von 5 Mio. Euro erreichen.

- Da sich einige Maßnahmen erst nach intensiver Vorlauf- und Beratungszeit realisieren lassen, ist eine längere Zeitspanne zur Umsetzung einzuplanen.

Eine vollständige Realisierung ist bis 2026 anzustreben.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Je nach Beschlussfassungen werden sich Auswirkungen auf die jeweiligen Haushalte ergeben.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
02 - 17 0862/2022 _ A 1 _ Konsolidierungspaket

Ö 3

Konsolidierungspaket (Maßnahmenliste)

Priori-sierung	Nr.	Schlagwort	Beschreibung	Verant-wortlich	voraussichtlicher Konsolidierungseffekt			
					2023	2024	2025	2026
	M1	Ressourcenschonende Gestaltung verwaltungsinterner Arbeitsabläufe	Arbeitsabläufe und Vorgänge sollen hinsichtlich Zeit- und Ressourcenersparnis überprüft werden, um so frei werdende Kapazitäten in anderen Bereichen mit Vakanzen einsetzen zu können.	FB1 + FB2	- €	100.000 €	200.000 €	200.000 €
	M2	Ganzheitliches Raumkonzept	Durch die Kombination von Arbeitsplätzen, Etablierung flexibler Arbeitsformen (z.B. mobiles Arbeiten/Homeoffice) und neuen Strukturen können Verwaltungsräume besser genutzt bzw. eingespart werden.	FB1	- €	100.000 €	200.000 €	200.000 €
	M3	Digitalisierung/IT	Digitalisierung der Prozesse, Einrichtung DMS, Ausweitung Online-Angebote. Wirtschaftliche Nutzung von Angeboten des KRZN. Optimierung Telekommunikation. Ziel: Finanzielles Potenzial nutzen.	FB1	50.000 €	100.000 €	200.000 €	300.000 €
+	M4	Druckerkonzept	Zentrale Multifunktionsgeräte sollen Drucker am Arbeitsplatz ersetzen.	FB1	50.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
	M5	Geldverkehr	U.a. ist die Einführung von Cashpooling zu überprüfen.	FB2	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
	M6	Fahrzeugkonzept	Städtische Fahrzeuge sollen zukünftig zentral bewirtschaftet werden. Die Notwendigkeit einzelner Fahrzeuge ist zu prüfen; Mitarbeiter könnten alternativ städtische Fahrräder oder Privat-Pkw gegen Nutzungsentschädigung verwenden.	FB1	- €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
+	M7	Neuaufbau Verwaltungsstruktur	Die Verwaltungsstrukturen sollen überprüft werden (z.B. Stabstellen, Anzahl Fachbereiche).	FB1	- €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
	M8	Sanierung von städtischen Gebäuden	Die städtischen Gebäude sind insbesondere energetisch zu optimieren (LED, Thermostate, Durchlauferhitzer, PV).	FB3	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
-	M9	Bürgerbüro	Es ist geplant, das Bürgerbüro in das Postgebäude zu verlegen. Es sollen Optimierungen durch Anpassung der Prozesse, Öffnungszeiten etc. stattfinden.	FB1	- €	- €	- €	10.000 €
	M10	Reinigung Verwaltungsgebäude	Die Reinigungsstandards und -abläufe sind zu überprüfen.	FB3	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
+	M11	Politische Arbeit	Die Ausschussstruktur soll überprüft werden, Aktualisierungen gem. der aktuellen Gesetzeslage, Hauptsatzung ist anzupassen.	FB1	20.000 €	20.000 €	30.000 €	30.000 €
	M12	Kosten der Unterkunft (KdU)	Die KdU sollen durch erfolgreiche Arbeitsmarktintegration reduziert werden.	FB7	- €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
	M13	Hilfe zur Erziehung (HZE)	Durch unterschiedliche Maßnahmen sollen die Kosten HZE reduziert werden.	FB4	- €	100.000 €	200.000 €	200.000 €
	M14	Schüler-Tablets	Tablets für die Schüler werden von der Stadt finanziert. Hier ist zu prüfen, ob eine sozialverträgliche Beteiligung durch die Eltern erfolgen kann.	FB4 + FB1	- €	5.000 €	20.000 €	20.000 €
	M15	Reinigung Schulen	Die Reinigungsstandards und -abläufe sind zu überprüfen.	FB3	- €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
	M16	Intensivierung von Projekten zum Klimaschutz (Verwaltung und Schulen)	Maßnahmenpaket ist zu bilden und zügig umzusetzen; z.B. Wettbewerb zum Energiesparen an Schulen könnte eingeführt werden.	Stabstelle 16		5.000 €	5.000 €	5.000 €
	M17	Gebühren	Sämtliche Gebührensatzungen und -kalkulationen sind regelmäßig zu aktualisieren.	FB2	50.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
	M18	Überprüfung Parkraumkonzept	Das Parkraumkonzept ist zu überprüfen, um vorhandene Flächen (ertragreich) zu bewirtschaften. Dabei ist auch Mitarbeiterparken zu berücksichtigen.	FB6	- €	10.000 €	20.000 €	20.000 €

					voraussichtlicher Konsolidierungseffekt			
Priori-sierung	**Nr.**	**Schlagwort**	**Beschreibung**	**Verant-wortlich**	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**
-	M19	Hallennutzungsgebühr	Bis zum Jahr 2020 waren die Emmericher Sportvereine verpflichtet (Ausnahme Kinder und Jugendliche) Hallennutzungsgebühren zu entrichten. Durch eine Satzungsänderung wurde ein Wegfall für Emmericher Sportvereine eingeführt, dies könnte rückgängig gemacht werden.	FB3	- €	- €	- €	1 €
	M20	Marktkonzept	Die Verwaltungsabläufe sollen überprüft werden.	FB6	- €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
	M21	Hundebestandsaufnahme	Eine Hundebestandsaufnahme ergäbe einen aktuellen Hundebestand und eventuell mehr Steuereinnahmen.	FB2	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
	M22	Hundesteuer	Die Hundesteuer kann auf die Durchschnittswerte kreisangehöriger Kommunen angehoben werden.	FB2	- €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
	M23	Vergnügungssteuer	Die Vergnügungssteuer (Automatenbesteuerung) könnte erhöht werden.	FB2	- €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
-	M24	Wettbürosteuer	Eine Wettbürosteuer soll eingeführt werden. (OVG-Urteil muss abgewartet werden.)	FB2	- €	- €	- €	10.000 €
	M25	Kommunaler Ordnungsdienst	Der kommunale Ordnungsdienst soll neu aufgestellt werden, um diverse Überwachungsaufgaben wahrzunehmen. Ein entsprechendes Konzept ist durch die Verwaltung vorzustellen.	FB6	- €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
	M26	Mieterträge von Dritten	Die bestehenden Mietverträge sind regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen.	FB3	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
+	M27	Fördermittelmanagement	Fördermöglichkeiten sind frühzeitig zu eruieren und die Mittel ggf. ziel- und zweckgerichtet zu beantragen.	FB2	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
	M28	Synergien im städtischen Konzern	Überprüfungen von Aufgabenverlagerungen (z.B. Finanz-/ Personalwesens und IT); Schwimmbäder, Straßenbeleuchtung, Gebäudesanierung; Überprüfung steuerlicher Effekte.	FB2	- €	100.000 €	150.000 €	200.000 €
	M29	Zuschuss WfG	Konsolidierungsmaßnahmen werden durch die WfG selbst umgesetzt; im Zuge dessen kann der städtische Zuschuss reduziert werden.	WfG	10.000 €	50.000 €	100.000 €	100.000 €
	M30	Zuschuss KBE	Konsolidierungsmaßnahmen werden durch die KBE selbst umgesetzt; Ziel: Reduzierung des städtischen Zuschuss.	KBE	50.000 €	100.000 €	150.000 €	200.000 €
	M31	Zuschuss KKK	Konsolidierungsmaßnahmen werden durch die KKK selbst umgesetzt; Ziel: Reduzierung des städtischen Zuschuss.	KKK	- €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
	Summe	**Einzelmaßnahmen**			**305.000 €**	**1.175.000 €**	**1.760.000 €**	**1.980.001 €**
	M32	Realistische/risikoorientierte Haushaltsplanung (konsumtiv)	Die Ansätze werden nach niedriger Umsetzungserwartung geplant. Auch bereits beschlossene Maßnahmen werden überprüft und eventuell verschoben, überplant oder gestrichen.	FB2/VV	3.000.000 €	3.000.000 €	3.000.000 €	3.000.000 €
	M33	Realistische Haushaltsplanung (investiv)	Investitionsmaßnahmen werden überprüft; ggf. gestrichen oder verschoben, dabei Standards reduzieren.	FB2/VV	200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €
	Summe	**Gesamt**			3.505.000 €	4.375.000 €	4.960.000 €	5.180.001 €

Priori-sierung	Nr.	Schlagwort	Beschreibung
		Prüfaufträge	
	P1	Rückführung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (KKK, KBE) in den städtischen Haushalt	Synergien durch eine Eingliederung in den städtischen HH sind zu nutzen. Hierbei sind Vor- und Nachteile zu betrachten. (Entsprechende Anträge liegen vor.)
	P2	Evaluierung Verträge zur Abwasserbeseitigung (KBE/TWE/Gelsenwasser) wegen Auslaufens in 2028	Die finanziellen Auswirkungen der bestehenden Vertragskonstellationen auf den städtischen Haushalt sind für die Zeit nach 2028 bei der Vertragsevaluierung zu berücksichtigen. (Entsprechender Antrag wird vorgelegt.)
	P3	Interkommunale Zusammenarbeit	Die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen soll durch erhöhten Austausch und ggf. Aufgabenteilung verbessert werden (z.B. Fuhrpark, Zahlungsabwicklung).
	P4	Kultureinrichtungen	Für die Kultureinrichtungen (Theater, PAN und Rheinmuseum, Veranstaltungsorte usw.) sind ganzheitliche Konzepte hinsichtlich des Fortbestandes zu entwickeln.
	P5	Schwimmbäder	Embricana und Lehrschwimmbecken Elten sind zusammen zu betrachten. (Entsprechende Anträge liegen vor.)
	P6	Spielplatzentwicklungskonzept	Überprüfung von Spielplätzen insgesamt: Ziel Verbesserung der Qualität, Reduzierung der Unterhaltungskosten.
		Grundsatzbeschlüsse	
	G1	Gewerbesteuer	Der Hebesatz der Stadt Emmerich am Rhein entspricht mindestens dem fiktiven Satz.
	G2	Grundsteuer B	Der Hebesatz der Stadt Emmerich am Rhein entspricht mindestens dem fiktiven Satz.
	G3	Grundsteuer A	Der Hebesatz der Stadt Emmerich am Rhein entspricht mindestens dem fiktiven Satz.

Ö 4

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**02 - 17 0856/2022**	**21.11.2022**

Betreff

Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuern der Stadt Emmerich am Rhein;
hier: Beschluss der Hebesatzsatzung; Anpassung der Hebesätze der Grundsteuer A und der Grundsteuer B

Beratungsfolge

Rechnungsprüfungsausschuss	06.12.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die anliegende Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuern in der Stadt Emmerich am Rhein, entsprechend der Anhebung der fiktiven Hebesätze durch das Land NRW.

Sachdarstellung :

Die Steuersätze werden gemäß § 78 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) grundsätzlich durch die Haushaltssatzung festgesetzt.

Am 18.10.2022 wurde mit der Vorlage Nr. 02-17 0761/2022 über die Änderung des GFG 2023 und den damit verbundenen finanziellen Auswirkungen auf die Grundsteuer A und B informiert. Im Haushaltsentwurf wurden die vom Land NRW geänderten fiktiven Hebesätze der Grundsteuer A entsprechend von 250 v.H. auf 254 v. H. und der Grundsteuer B von 479 v.H. auf 493 v.H. angepasst.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Umsetzung des Beschlusses führt ab 2023 zu einer jährlichen Ertragsverbesserung von rd. 170 TEURO.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
02 - 17 0856/2022 _ A 1 _ Entwurf Hebesatzsatzung 2023

Satzung
über die Festsetzung der Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuern in der Stadt Emmerich am Rhein (Hebesatzsatzung)

Aufgrund der §§ 7, 41 Abs. 1 S. 2 f) und 77 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV. NRW. S. 490), in Verbindung mit § 25 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16.07.2021 (BGBl. I S. 2931), und § 16 des Gewerbesteuergesetzes vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2022 (BGBl. I S. 911), hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein in seiner Sitzung am 13.12.2022 folgende Satzung zur Festsetzung der Hebesätze für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen:

§ 1

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	254 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	493 v.H.
2.	Gewerbesteuer auf	425 v.H.

§ 2

Diese Satzung tritt mit Wirkung zum 01.01.2023 in Kraft.

Ö 5

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**02 - 17 0833/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 200 - "Fachbereich 2 - Finanzen"

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 200 ”Fachbereich 2 - Finanzen” für das Jahr 2023 im Ergebnishaushalt auf 1.526.307 Euro und im Finanzhaushalt auf 1.417.365 Euro fest.

Sachdarstellung :

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit Haushaltsplan und Anlagen wurde in der Sitzung des Rates am 18.10.2022 eingebracht und zur weiteren Beratung an die einzelnen Fachausschüsse verwiesen.

In seiner Sitzung am 06.12.2022 wird der Haupt- und Finanzausschuss das Budget beraten, die Ziele, Schwerpunkte und den Zuschussbedarf für das Budget 200 ”Fachbereich 2 - Finanzen” für das Haushaltsjahr 2022 festlegen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2023 vorgesehen. Produkt: 1.100.01.08.01 (siehe Anlage).

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
02 - 17 0833 2022 _ A 1 _ Budget 200 - Fachbereich 2 Finanzen -

DEZ.I Dezernat I
BUDGET.200 Fachbereich 2 - Finanzen
1.100.01.08.01 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Beschreibung
Das Produkt Finanzmanagement und Rechnungswesen betrifft die Bereiche Finanzbuchhaltung/Geschäftsbuchhaltung (Kämmerei), Zahlungsabwicklung (Stadtkasse) sowie Steuern und Abgaben.
Die Finanzbuchhaltung beschäftigt sich mit der Aufstellung und Abwicklung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Aufstellung der Jahresrechnung und des Gesamtabschlusses. Hinzu kommt die Verwaltung der Nebenbuchhaltungen (Anlagen-, Bilanz- und Geschäftsbuchhaltung).
Die städtischen Beteiligungen werden überwacht, die daraus resultierenden Rechte wahrgenommen und die kommunalverfassungsrechtlichen Vorgaben (Gesellschafterverträge, Ratsbeschlüsse, Anzeigeverfahren bei der Kommunalaufsicht u. ä.) veranlasst.
Daneben wird durch den Fachbereich die Geschäftsführung der selbständigen Eugen- und Elisabeth-Reintjes-Stiftung sowie der Rudolf W. Stahr - Sozial- und Kulturstiftung Emmerich gegen einen Verwaltungskostenbeitrag wahrgenommen.

Neben der Zahlungsabwicklung für die gesamte Verwaltung mahnt bzw. vollstreckt die Kasse sowohl städtische als auch fremde Forderungen im Wege der Amtshilfe.

Im Bereich Steuern und Abgaben werden die Gewerbesteuer, die Grundbesitzabgaben (teilweise. für die KBE) sowie die Hunde- und Vergnügungssteuern festgesetzt und erhoben.

Zielgruppe
Rat und Verwaltung, Bürger, Beteiligungen. Stiftungsvorstände, -begünstigte und -aufsicht, Aufsichtsbehörden allgemein, (säumige) Zahlungspflichtige und Zahlungsempfänger, Amtshilfeersuchende, Vollstreckungsgläubiger, Gerichte, Gewerbetreibende, Erbbauberechtigte, Veranstalter von Tanzveranstaltungen u. ä., Aufsteller von Automaten/Geldspielgeräten, Sexclubs, Hundehalter.

Allgemeine Zielsetzung
Dauerhafte Sicherstellung der Finanzausstattung und Koordination der Haushaltswirtschaft. Anpassung unterjährige Haushaltswirtschaft an aktuelle Veränderungen/Bedarfe (apl./üpl. Mittel, Nachtrag) und Erstellung von unterjährigen Finanzberichten für den Rat.
Beteiligungsmanagement unter Berücksichtigung der Interessen der Stadt Emmerich am Rhein und Generierung von positiven Finanzeffekten aus Gewinnen für die Stadt als Muttergesellschafter.
Zielgenaues und zeitnahes Verbuchen sämtlicher Kassenvorgänge, schnellstmögliche Beitreibung der Zahlungsrückstände unter Berücksichtigung der persönlichen Umstände des Schuldners.
Zur Stärkung der städtischen Finanzkraft (siehe Produkt 1.100.16.01.01) Erzielung von Gewerbesteuer- und Grundsteuereinnahmen durch zeitnahe und vollständige Verarbeitung der Messbescheide und Anträge, Erzielung von Steuereinnahmen durch zeitnahe und vollständige Heranziehung zur Hunde- und Vergnügungssteuern. Anpassung von Steuersatzungen an geänderte Rechtslage und an schwindende Finanzkraft des Haushaltes.

Schwerpunktsetzung Planjahr(e)
Vordringliches Ziel in 2023 ist die Aufarbeitung der Rückstände der Jahresabschlusserstellung 2020 und 2021 sowie die Erstellung des Jahresabschlusses 2022.
Darüber hinaus ist der Aufbau eines Beteiligungsmanagements geplant.
Das Aufgabenfeld „zentrale Steuerung/Controlling“ wird entwickelt.
Die Umsetzung § 2b UStG steht weiterhin im Fokus der Kämmerei. Die Einhaltung des aufgebauten Tax Compliance Management Systems steht im Vordergrund.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	1.294	4.125	2.758	1.032	1.032
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	1.294	4.125	2.758	1.032	1.032
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	220,00	200	200	200	200	200
		43110000 Verwaltungsgebühren	220,00	200	200	200	200	200
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	70.420,63	71.400	41.400	41.400	41.400	41.400
		44820000 Ertr. Kostener. Gem.	422,63	0	0	0	0	0
		44850000 Ertr. Kostener. verU	24.100,00	29.100	24.100	24.100	24.100	24.100
		44870000 Ertr. Kostener. priv	14.300,00	14.300	14.300	14.300	14.300	14.300
		44880000 Ertr. Kostener. übBe	31.598,00	28.000	3.000	3.000	3.000	3.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	166.572,54	158.550	158.050	158.050	158.050	158.050
		45620000 Verzinsung, Mahn- und Vollstreckungsgebü	44.623,83	60.000	50.000	50.000	50.000	50.000
		45620001 Verz., Mahn- u. Vollstr.-Geb. manuell	46,69	50	50	50	50	50
		45620002 Verz., Mahn- u. Vollstr.-Geb. PhinAVV AH	24.973,17	20.000	15.000	15.000	15.000	15.000
		45620003 Verz., M.- u. V.-Geb. PhinAVV eig. Auftr	95.322,83	75.000	90.000	90.000	90.000	90.000
		45831000 Auflösung von Wertberichtigungen	0,00	500	1.500	1.500	1.500	1.500
		45911001 Weiterbelastung der Bankgebühren	1.606,02	3.000	1.500	1.500	1.500	1.500
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**237.213,17**	**231.444**	**203.775**	**202.408**	**200.682**	**200.682**
11	-	Personalaufwendungen	-979.136,72	-1.219.694	-1.233.000	-1.208.700	-1.114.600	-1.085.500
		50110000 Bezüge Beamte	-101.857,58	-101.387	-131.200	-133.100	-135.100	-137.200
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-684.954,05	-882.346	-859.200	-838.900	-764.400	-740.300
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-53.482,30	-68.203	-66.700	-65.100	-59.400	-57.500
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-138.842,79	-167.758	-175.900	-171.600	-155.700	-150.500
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-38.451,84	-104.000	-54.000	-34.000	-34.000	-34.000
		52510000 Haltung von Fahrzeugen	-716,94	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
		52810000 Sonstige Sachleistungen	-37.734,90	-32.000	0	0	0	0
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	0,00	-70.500	-52.500	-32.500	-32.500	-32.500
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	-4.505.757,37	-112.294	-105.544	-54.355	-27.829	-13.029
		57116000 AfA auf Fahrzeuge	0,00	-960	-960	-960	-960	-960
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-1.134	-3.484	-2.295	-769	-969
		57311000 AfA auf uneinbringliche Forderungen	-4.500.000,00	0	0	0	0	0
		57312000 Sonstige Abschreibungen auf Forderungen	-5.757,37	-110.200	-101.100	-51.100	-26.100	-11.100
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-264.222,49	-359.838	-338.050	-317.450	-319.250	-321.150
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-5.278,30	-12.500	-12.000	-7.000	-7.000	-7.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-10.253,92	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
		54312000 Porto	-17.704,82	-16.000	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000
		54313000 Telefon	-5.383,06	-4.500	-5.500	-5.500	-5.500	-5.500
		54314000 Mitgliedsbeiträge	-168,00	-168	-150	-150	-150	-150
		54315000 EDV-Aufwendungen	-36.997,84	-175.670	-189.500	-183.900	-185.700	-187.600
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	-133.623,66	-67.500	-40.000	-35.000	-30.000	-30.000
		54450000 sonstige Steuern	-22,00	-100	-100	-100	-100	-100
		54460000 Versicherungen	-1.198,57	-1.400	-800	-800	-800	-800
		54730000 Wertveränderungen beim Umlaufvermögen	0,00	-10.000	-10.000	-15.000	-20.000	-20.000
		54850000 Ausb. Kleinbetrag/Aufwand	-4,00	0	0	0	0	0
		54891001 Aufwand aus Bankgebühren	-53.588,32	-62.000	-52.000	-42.000	-42.000	-42.000
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-5.787.568,42**	**-1.795.826**	**-1.730.594**	**-1.614.505**	**-1.495.679**	**-1.453.679**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-5.550.355,25**	**-1.564.382**	**-1.526.819**	**-1.412.097**	**-1.294.997**	**-1.252.997**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
19	+	Finanzerträge	511,30	512	512	512	512	512
		46180000 Zinserträge so. inländischer Bereich	511,30	512	512	512	512	512
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**511,30**	**512**	**512**	**512**	**512**	**512**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-5.549.843,95**	**-1.563.870**	**-1.526.307**	**-1.411.585**	**-1.294.485**	**-1.252.485**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-5.549.843,95**	**-1.563.870**	**-1.526.307**	**-1.411.585**	**-1.294.485**	**-1.252.485**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-5.549.843,95**	**-1.563.870**	**-1.526.307**	**-1.411.585**	**-1.294.485**	**-1.252.485**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	18.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	18.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-5.549.843,95**	**-1.545.870**	**-1.526.307**	**-1.411.585**	**-1.294.485**	**-1.252.485**

Erläuterungen zu Zeile 6 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen:
Erträge Kostenerstattung von verbundenen Unternehmen (44850000):
Verwaltungskostenerstattung von den Kommunalbetrieben Emmerich am Rhein für die Erhebung von Abfall- und Straßenreinigungsgebühren.
Erträge Kostenerstattung vom privaten Bereich (44870000):
Kostenerstattung für die Geschäftsführung von Stiftungen.
Erträge Kostenerstattung übrige Bereiche (44880000):
Hebegebühren. Ab 2023 ohne Gebühren für die Beitreibung des Rundfunkbeitrages (ist nicht mehr seitens der Stadt Emmerich am Rhein vorzunehmen).
Erläuterungen zu Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Sonstige Sachleistungen (52810000):
Ansätze wurden nun teilweise unter 52910000 gebildet.

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (52910000):

	2023	2024	2025	2026
Erstellung Gesamtabschlüsse	12.000 Euro	12.000 Euro	12.000 Euro	12.000 Euro
Steuerberatung	10.000 Euro	10.000 Euro	10.000 Euro	10.000 Euro
Wartung Banking-Software	500 Euro	500 Euro	500 Euro	500 Euro
Pauschale	10.000 Euro	10.000 Euro	10.000 Euro	10.000 Euro
Hundebestandsaufnahme	20.000 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Summe	52.500 Euro	32.500 Euro	32.500 Euro	32.500 Euro

Erläuterungen zu Zeile 14 – Bilanzielle Abschreibungen:
Sonstige Abschreibungen auf Forderungen (57312000):
Insbesondere Niederschlagung von Kasseneinnahmeresten. Aufgrund der Aufarbeitung verringert der Betrag sich in den Folgejahren.

Erläuterungen zu Zeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen:
Sonstige Geschäftsaufwendungen (54319000):

	2023	2024	2025	2026
Gerichtsvollzieher	15.000 Euro	15.000 Euro	15.000 Euro	15.000 Euro
Zwangsversteigerungen	15.000 Euro	15.000 Euro	15.000 Euro	15.000 Euro
IG Greensill	10.000 Euro	5.000 Euro	0 Euro	0 Euro
Summe	40.000 Euro	35.000 Euro	30.000 Euro	30.000 Euro

Aufwand aus Bankgebühren (54891001):
Laufende Kontoführungs- und Verwahrentgelte.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	200,00	200	200	0	200	200	200
		63110000 Verwaltungsgebühren	200,00	200	200	0	200	200	200
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	46.098,63	71.400	41.400	0	41.400	41.400	41.400
		64820000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. Gemeinden	422,63	0	0	0	0	0	0
		64850000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. verb Unter	0,00	29.100	24.100	0	24.100	24.100	24.100
		64870000 Erträge aus Kostenerstattungen etc.private Untern	14.300,00	14.300	14.300	0	14.300	14.300	14.300
		64880000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. übr. Bereich	31.376,00	28.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
7	+	Sonstige Einzahlungen	171.416,11	158.050	156.550	0	156.550	156.550	156.550
		65620000 Erträge aus Säumniszuschläge	169.612,33	155.000	155.000	0	155.000	155.000	155.000
		65620001 Verzinsung, Mahn- und Vollstreckungsgeb. manuell	48,70	50	50	0	50	50	50
		65911001 Weiterbelastung der Bankgebühren	1.755,08	3.000	1.500	0	1.500	1.500	1.500
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	511,30	512	512	0	512	512	512
		66180000 Zinserträge vom Sonstiger inländischer Bereich	511,30	512	512	0	512	512	512
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**218.226,04**	**230.162**	**198.662**	**0**	**198.662**	**198.662**	**198.662**
10	-	Personalauszahlungen	-979.723,51	-1.219.694	-1.233.000	0	-1.208.700	-1.114.600	-1.085.500
		70110000 Bezüge Beamte	-101.957,36	-101.387	-131.200	0	-133.100	-135.100	-137.200
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-685.251,10	-882.346	-859.200	0	-838.900	-764.400	-740.300
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-53.482,30	-68.203	-66.700	0	-65.100	-59.400	-57.500
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-139.032,75	-167.758	-175.900	0	-171.600	-155.700	-150.500
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-41.191,15	-104.000	-54.000	0	-34.000	-34.000	-34.000
		72510000 Haltung von Fahrzeugen	-533,05	-1.500	-1.500	0	-1.500	-1.500	-1.500
		72810000 Sonstige Sachleistungen	-40.658,10	-32.000	0	0	0	0	0
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	-70.500	-52.500	0	-32.500	-32.500	-32.500
15	-	Sonstige Auszahlungen	-257.100,78	-349.838	-328.050	0	-302.450	-299.250	-301.150
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-5.278,30	-12.500	-12.000	0	-7.000	-7.000	-7.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-10.239,00	-10.000	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000
		74312000 Porto	-21.267,48	-16.000	-18.000	0	-18.000	-18.000	-18.000
		74313000 Telefon	-5.383,06	-4.500	-5.500	0	-5.500	-5.500	-5.500
		74314000 Mitgliedsbeiträge	-168,00	-168	-150	0	-150	-150	-150
		74315000 EDV-Auszahlungen	-36.997,84	-175.670	-189.500	0	-183.900	-185.700	-187.600
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	-123.025,21	-67.500	-40.000	0	-35.000	-30.000	-30.000
		74450000 sonstige Steuern	-22,00	-100	-100	0	-100	-100	-100
		74460000 Versicherungen	-1.198,57	-1.400	-800	0	-800	-800	-800
		74891001 Aufwand aus Bankgebühren	-53.521,32	-62.000	-52.000	0	-42.000	-42.000	-42.000
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.278.015,44**	**-1.673.532**	**-1.615.050**	**0**	**-1.545.150**	**-1.447.850**	**-1.420.650**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.059.789,40**	**-1.443.370**	**-1.416.388**	**0**	**-1.346.488**	**-1.249.188**	**-1.221.988**
22	+	Sonstige Investitionseinzahlungen	1.022,60	1.023	1.023	0	1.023	1.023	1.023
		68683000 Rückfl. Ausleihungen sonst. inl. Bereich LZ > 5J.	1.022,60	1.023	1.023	0	1.023	1.023	1.023
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**1.022,60**	**1.023**	**1.023**	**0**	**1.023**	**1.023**	**1.023**
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000
		78310000 Ausz. für den Erwerb von Vermögensgegenst.	0,00	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-2.000**	**-2.000**	**0**	**-2.000**	**-2.000**	**-2.000**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**1.022,60**	**-977**	**-977**	**0**	**-977**	**-977**	**-977**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
unterhalb Wertgrenze:											
5	+	Sonstige Investitionseinzahlungen	1.022,60	1.023	1.023	0	1.023	1.023	1.023	0	0
		68683000 Rückfl.Ausl. sIB >5J	1.022,60	1.023	1.023	0	1.023	1.023	1.023	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**1.022,60**	**1.023**	**1.023**	**0**	**1.023**	**1.023**	**1.023**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	0,00	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-2.000**	**-2.000**	**0**	**-2.000**	**-2.000**	**-2.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**1.022,60**	**-977**	**-977**	**0**	**-977**	**-977**	**-977**	**0**	**0**

Investitionsprojekt 7.002000:
Pauschalansatz in Höhe von 2.000 Euro p.a.

Investitionsprojekt 7.002002:
Von einer Neuanschaffung wird abgesehen. Insofern wurden die ursprünglichen Ansätze zum Verkauf des vorhandenen und Erwerb des neuen Dienstwagens entfernt.

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.08.01: Finanzmanagement und Rechnungswesen							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	18,75	18,75	18,75	18,75	18,75

Ö 6

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

BGE-Fraktion
im Rat der Stadt Emmerich am Rhein

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**02 - 17 0790/2022**	**26.10.2022**

Betreff

Sportstättenentwicklungsplan (SEP) der Stadt Emmerich am Rhein;
hier: Antrag Nr. V/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Thematik Sportstättenentwicklungsplan zurück zu stellen.
Mittelfristig sollte eine Konzeption zur Sicherstellung von Sportangeboten zusätzlich zu Schwimmbädern entwickelt werden, soweit dies mit kommunalen Mitteln darstellbar ist.

Sachdarstellung :

Der akute Handlungsbedarf besteht bei dem Thema Schwimmbädern. Dieses soll auch vorrangig und zeitnah behandelt werden.

Hinsichtlich der übrigen Sportstätten gibt es eine bewährte Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund, den Vereinen und der Stadt, die derzeit nicht geändert werden soll.

Begründung im Einzelnen:

1. Die Übertragung von Sportstätten (2019) an die Vereine war eine Konsolidierungsmaßnahme, die sich inzwischen bewährt hat.

2. Die Stadt Emmerich am Rhein gewährt jährlich zusätzliche Mittel über die vom Land NRW gezahlte Sportpauschale. (2023: Sportpauschale 114.575 Euro; Zuschuss an den Stadtsportbund 211.940 Euro).

3. Die Nutzung von Schulsporthallen ist eine nachhaltige Nutzung von Gebäuden und dient der Ressourcenschonung im Rahmen des Klimaschutzes. Die Unterhaltungs- und Betriebskosten werden von der Stadt finanziert; eine Nutzungsgebühr wird nicht erhoben.

4. Mit Blick auf die angespannte Finanzlage der Stadt Emmerich am Rhein ist eine Ausweitung des Sportstättenangebotes als freiwillige Leistung derzeit aus finanzieller Sicht nicht vorstellbar.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Antrag Nr. V/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 6

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 13. Sep. 2022
Bgm.:
Dez.:
FB:
Anl.: PWZ: €

BürgerGemeinschaft Emmerich

...zum Wohle unserer Stadt!

Fraktion BürgerGemeinschaft Emmerich, Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Eingabe/Anfrage an den Rat
Nr. V /2022
Eingang 13.9.22
zur Kenntnis an
I
II u. III 2
FB (u. a.)
Vorlage zur Sitzung Vwr
Versand am
Anlage (n)

Emmerich am Rhein, 13. September 2022

Sportstättenentwicklungsplan (SEP) der Stadt Emmerich am Rhein

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinze,

die Ratsfraktion der Bürger Gemeinschaft Emmerich (BGE) beantragt, dass die Verwaltung unter Einbindung des Stadtsportbundes und mittels einer ausführlichen Bevölkerungsbefragung einen aktuellen Sportstättenentwicklungsplan (SEP) für die Stadt Emmerich am Rhein erstellt, um so zukünftig Planungssicherheit für den nachhaltigen und zukunftsfähigen Sportstättenbetrieb in der Kommune sowie eine solide Grundlage für den städtischen Haushalt zu schaffen.

Begründung:

Eine langfristige Sportstättenentwicklungsplanung trägt zur Attraktivitätssteigerung der Stadt Emmerich am Rhein bei. Die Attraktivität einer Stadt wird unter anderem an dem ausreichenden Angebot an Sportstätten gemessen. Angesichts knapper öffentlicher Haushalte ist eine Bedarfsprüfung notwendig, wie die aktuelle Diskussion um die Sanierung und den Erhalt des Bürgerbades in Elten zeigt. Der von der Verwaltung neu zu erstellende Sportstättenentwicklungsplan (SEP) soll unter Einbindung des Stadtsportbundes und der Vereine neben der Erhebung und Bewertung der kommunalen Sportstätten auch die Ergebnisse einer ausführlichen Bevölkerungsbefragung zum Thema Sport in Emmerich am Rhein einbeziehen.

Der SEP der Stadt Emmerich am Rhein soll unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und gesellschaftlichen Trends eine strategische Planung der künftig erforderlichen Sportstätten auf dem Emmericher Stadtgebiet beinhalten.

Für die Erstellung des SEP für die Stadt Emmerich am Rhein kann der Leitfaden für die Sportstättenplanung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BISp.)[1] herangezogen werden.

Bei der Erstellung des SEP der Stadt Emmerich am Rhein soll analog der Spielplatzkommission eine Begehung und Bewertung aller Emmericher Sportstätten erfolgen, um neben dem Bedarf zeitgerecht den Sanierungs- bzw. Investitionsstau zu ermitteln und diesen planerisch zu erfassen, um zukünftig zeitgerecht Vorsorge im städtischen Haushalt zu treffen.

Der SEP der Stadt Emmerich am Rhein sollte zu den Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2024, d.h. in etwa einem Jahr vorliegen. Hierzu sind entsprechende Haushaltsmittel im Haushalt 2023 einzustellen, die der Höhe nach durch die Verwaltung zu ermitteln sind. Der SEP der Stadt Emmerich am Rhein ist anlassbezogen und regelmäßig fortzuschreiben.

Nicht zuletzt können mit dem SEP der Stadt Emmerich am Rhein durch seine vorausschauende Planung öffentliche Fördermittel besser beantragt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Sigmund

Fraktionsvorsitzender

[1] Köhl/Bach: Kommentar zum Leitfaden für die Sportstättenplanung, Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp), Schriftenreihe „Sportanlagen und Sportgeräte", 1. Auflage 2006, ISBN 3-939390-78-X

Ö 7

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

SPD-Fraktion

		TOP Vorlagen-Nr.	Datum
Antrag	**öffentlich**	**02 - 17 0838/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Antrag zum Antrag Nr. VI/2022 - Prüfung der beiden technischen Betriebe;
hier: Antrag Nr. VII/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, die Betriebsleitungen der KBE und die Geschäftsführung der EGD mbH damit zu beauftragen, ggf. mit Hilfe externer Berater und unter Beteiligung der Kämmerei, Kooperationsmöglichkeiten der beiden technischen Betriebe unter gemeinwirtschaftlichen und steuerrechtlichen Aspekten zu prüfen.

Sachverhalt :

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Konsolidierungsprogramms (Maßnahmenliste); hier Maßnahme M28 ”Synergien im städtischen Konzern”. Dabei ist auch der Prüfauftrag P1 ”Rückführung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in den städtischen Haushalt” zu berücksichtigen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Externe Beratungsleistungen werden von der EGD mbH eingeplant.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Antrag Nr. VII/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 7

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 02. Nov. 2022
Bgm.:
Dez.:
FB:
Anl.: PWZ: €

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
RATSFRAKTION EMMERICH AM RHEIN

SPD
EMMERICH AM RHEIN

SPD-Ratsfraktion Emmerich am Rhein • Geistmarkt 1 (Rathaus) • 46446 Emmerich am Rhein

Eingabe/Antrag an den Rat
Nr. VII / 20 22
Eingang am:
zur Kenntnis an
I 1
II o. III
FB (o. a.) 2
Vorlage zur Sitzung VW.-
Vorstand am
Anlage (n):

SPD-Ratsfraktion Emmerich am Rhein
Fon: 02822 / 75-1996
ratsfraktion@spd-emmerich.de
www.spd-emmerich.de

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

31.10.2022

Antrag der SPD Fraktion zum Antrag VI/2022

Der Rat beauftragt die Betriebsleitung der KBE und die Geschäftsführung der EGD, ggf. mit Hilfe externer Berater und unter Beteiligung der Kämmerei Kooperationsmöglichkeiten der beiden technischen Betriebe unter gemeindewirtschaftsrechtlichen und steuerlichen Aspekten zu prüfen. Ziel sind die Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse und Kosteneinsparungen, die zumindest mittelfristig den städtischen Haushalt entlasten.

Begründung:
Es ist Konsens, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung alle Möglichkeiten der strukturellen Entlastung des städtischen Haushalts zu prüfen sind. Die im Antrag der BGE vom 20.09.2022 angesprochene Prüfung einer „Fusion" der städtischen Betriebe KBE, TWE und EGD ist aus gemeindewirtschaftsrechtlichen und vertraglichen Gründen so (noch) nicht umsetzbar. Dennoch sollten im Interesse der Haushaltskonsolidierung vorhandene Möglichkeiten der Kooperation ausgelotet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Mölder

Manfred Mölder
Vorsitzender

Ö 8

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

BGE-Fraktion

		TOP Vorlagen-Nr.	Datum
Antrag	**öffentlich**	**02 - 17 0859/2022**	**22.11.2022**

Betreff

Evaluierung der aktuell bestehenden Verträge zwischen KBE, TWE und Gelsenwasser;
hier: Antrag Nr. XI/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Evaluierung der Vertragsbeziehungen zwischen KBE, TWE und Gelsenwasser durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die über die notwendige Expertise und Erfahrung bezüglich der komplexen technischen Materie verfügt.

Sachverhalt :

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Konsolidierungsprogramms (Maßnahmenliste); hier Prüfauftrag P2 ”Evaluierung Verträge zur Abwasserbeseitigung (KBE/TWE/Gelsenwasser) wegen Auslaufens in 2028”. Die Koordinierung erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings im Fachbereich 2 - Finanzen -.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Externe Beratungsleistungen werden über die Änderungsliste für den Haushalt 2023 ff. zusätzlich eingeplant.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Antrag Nr. XI/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 8

BürgerGemeinschaft Emmerich

...zum Wohle unserer Stadt!

Fraktion BürgerGemeinschaft Emmerich, Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Eingabe/Antrag an den Rat
Nr. XI / 20 LL
Eingang am: 21.11.2
zur Kenntnis an
I
II o. III
FB (o. a.) 1
Vorlage zur Sitzung Vw.-
Vorstand am
Anlage (n):

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 21. Nov. 2022
Bem.:
Dez.:
FB:
Art.: PWZ €

Emmerich am Rhein, 21. November 2022

Evaluierung der aktuell bestehenden Verträge zwischen KBE, TWE und Gelsenwasser

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinze,

anknüpfend an die Aktualisierung der Haushaltskonsolidierungsliste während der 14. Arbeitsgruppe Haushalt (14.11.2022), beantragt die BürgerGemeinschaft Emmerich (BGE) zur Maßnahmen-Nr. P 3 im Jahr 2023 die „Evaluierung aller aktuell bestehenden Vertragsbeziehungen zwischen KBE, TWE und Gelsenwasser" durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer. Die Federführung soll im Fachbereich 2, Finanzen liegen und im Rahmen des Beteiligungscontrollings koordiniert werden.

Hierbei sind folgende Prüffragen zu beantworten:

1. Status der Verträge: Wo stehen wir heute?
2. Gibt es Veränderungsbedarf?

Der Prüfauftrag mit der Maßnahmen-Nr. P 3 der Haushaltskonsolidierungsliste wird durch den BGE-Antrag konkretisiert. Die Federführung der Bearbeitung soll - außerhalb der Geschäftsführungs- und Betriebsleitungstätigkeiten von KBE und TWE - verantwortlich im Fachbereich 2, Finanzen liegen. Zur Unterstützung der Prüfung im Jahr 2023 ff. ist ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer zu beauftragen.

Entscheidungsreife Unterlagen sollen dem Rat im Sommer 2025 vorgelegt werden. Zwischenergebnisse sind vorzustellen.

Für diese Evaluierung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer unter Federführung des Fachbereichs 2, Finanzen sind im Haushalt 2023 und in den Folgejahren notwendige Haushaltsmittel über die Veränderungsliste zusätzlich einzuplanen und durch den Rat zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Sigmund
Fraktionsvorsitzender

Ö 9

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**02 - 17 0842/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Prüfauftrag zur Fusionierung der EGD mit KBE und TWE in einer Emmericher Holding GmbH zum HH 2023;
hier: Antrag Nr. VI/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, den Prüfauftrag zur Fusionierung der EGD mit KBE und TWE in einer Emmericher Holding GmbH zurückzustellen.

Sachdarstellung :

Im Rahmen des Konsolidierungsprogramms (Maßnahmenliste) kann diese organisatorische Frage zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.

Vorab werden die Anträge Nr. VII/2022 - ”Auftrag zur Überprüfung von Kooperationsmöglichkeiten zwischen KBE und EGD” - der SPD vom 31.10.2022 und Nr. XI/2022 - ”Auftrag zur Evaluierung aller aktuell bestehenden Vertragsbeziehungen zwischen KBE, TWE und Gelsenwasser durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer” der BGE vom 21.11.2022 bearbeitet.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Antrag Nr. VI/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 9

BürgerGemeinschaft Emmerich

...zum Wohle unserer Stadt!

Fraktion BürgerGemeinschaft Emmerich, Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Eingabe/Antrag an den Rat
Nr. VI / 20 22
Eingang am:
zur Kenntnis an
I 1
II o. III
FB (o. ä.) 2
Vorlage zur Sitzung Vw.-
Vorstand am
Anlage (n):

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 20. Sep. 2022
Bgm.:
Dez.:
FB:
Anl.: PWZ: €

Emmerich am Rhein, 20. September 2022

Prüfauftrag zur Fusionierung der EGD mit KBE und TWE in einer Emmericher Holding GmbH zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinze,

die Ratsfraktion der Bürger Gemeinschaft Emmerich (BGE) beantragt zum Haushalt 2023 die Prüfung, ob und wie die EGD[1] mit KBE[2] und TWE[3] so in einer „Emmericher Holding GmbH" fusioniert werden können, dass damit ein wesentlicher Beitrag zur Konsolidierung für zukünftige Haushalte geleistet wird.

Begründung:

Die Fusionierung der EGD mit KBE und TWE zu einer „Emmericher Holding GmbH" könnte einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Erwartet werden durch den Zusammenschluss Synergien, Steuerersparnisse, Streuung sowie Beschränkung von Risiken und damit ein hohes Einsparpotential für zukünftige Haushalte.

Um der Zielsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses nachzukommen, ist der Prüfauftrag kurzfristig, d.h. zum Haushalt 2023 durch den Rat der Stadt Emmerich am Rhein zu erteilen, um eine Fusionierung möglichst bis zum Ende dieser Wahlperiode, d.h. im Jahr 2025 vollziehen zu können. Bei der Prüfung dieser komplexen Materie und des dabei erwarteten hohen Prüfumfanges ist die umfassende fachliche Unterstützung durch einen externen Wirtschaftsprüfer angezeigt. Hierzu sind im Haushalt 2023 die notwendigen Haushaltsmittel einzuplanen und durch den Rat zu genehmigen.

Joachim Sigmund
Fraktionsvorsitzender

[1] EGD = Emmericher Kommunale Dienstleistungen GmbH
[2] KBE = Kommunalbetriebe Emmerich
[3] TWE = Technische Werke Emmerich am Rhein

Ö 10

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**03 - 17 0834/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 300 - "Fachbereich 3 - Immobilien"

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 300 ”Fachbereich 3 - Immobilien“ für das Jahr 2023 im Ergebnishaushalt auf 7.894.716 € (zzgl. Nachtragsliste) und im Finanzhaushalt auf 6.726.288 € (zzgl. Nachtragsliste) fest.

Sachdarstellung :

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit Haushaltsplan und Anlagen wurde in der Sitzung des Rates am 18.10.2022 eingebracht und zur weiteren Beratung an die einzelnen Fachausschüsse verwiesen.

Dem Haupt- und Finanzausschusses als beratender Fachausschuss wurden am 06.12.2022 die Ziele und Schwerpunkte sowie das Budget (Seiten 297 - 329 des Haushaltsentwurfes) durch den budgetverantwortlichen Fachbereichsleiter Immobilien vorgestellt und erläutert - dem vorgeschaltet eine Präsentation für alle im Rat vertretenden Mitglieder am 28.10.2022 im PAN.

Die bereitgestellten (konsumtiven) Mittel für den Bauunterhalt überschreiten 2023 (erneut) die Grenze von 2.5 Mio. €.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahmen sind im Haushaltsjahr 2023 vorgesehen - Budget 300.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
03 - 17 0834/2022 _ A 1 _ Budget 300 - Fachbereich 3 Immobilien -

Haushaltsplan 2023

DEZ.II Dezernat II
BUDGET.300 Fachbereich 3 - Immobilien

lfd. Nr.		Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.800,00	1.129.969	1.123.735	1.129.474	1.145.066	1.127.126
3	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.657,55	47.400	6.400	6.400	6.400	6.400
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	457.142,10	500.204	509.000	509.000	509.000	509.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.723,67	10.150	5.000	5.000	5.000	5.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	2.130	15.083	15.083	15.083	15.083
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0
9	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**509.323,32**	**1.689.853**	**1.659.218**	**1.664.957**	**1.680.549**	**1.662.609**
11	-	Personalaufwendungen	-2.002.912,80	-2.041.721	-1.907.000	-1.935.500	-1.964.500	-1.993.500
12	-	Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.776.807,42	-4.905.859	-6.965.800	-6.886.500	-6.301.500	-6.297.500
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-1.811.422	-1.980.830	-1.988.861	-2.059.515	-2.460.251
15	-	Transferaufwendungen	-16.000,00	-11.000	0	0	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-465.951,07	-805.790	-1.236.100	-1.718.600	-1.716.200	-1.716.800
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-5.261.671,29**	**-9.575.792**	**-12.089.730**	**-12.529.461**	**-12.041.715**	**-12.468.051**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-4.752.347,97**	**-7.885.940**	**-10.430.512**	**-10.864.504**	**-10.361.167**	**-10.805.442**
19	+	Finanzerträge	9.500,00	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	-93.776	-144.896	-71.356	-84.700	-171.260
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**9.500,00**	**-83.776**	**-134.896**	**-61.356**	**-74.700**	**-161.260**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-4.742.847,97**	**-7.969.716**	**-10.565.407**	**-10.925.860**	**-10.435.866**	**-10.966.703**
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-4.742.847,97**	**-7.969.716**	**-10.565.407**	**-10.925.860**	**-10.435.866**	**-10.966.703**
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (48er)	0,00	0	0	0	0	0
28	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (9er)	0,00	0	0	0	0	0
29	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (58er)	-18.529,28	-20.000	0	0	0	0
30	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (9er)	0,00	0	0	0	0	0
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-4.761.377,25**	**-7.989.716**	**-10.565.407**	**-10.925.860**	**-10.435.866**	**-10.966.703**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	95.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-4.761.377,25**	**-7.894.716**	**-10.565.407**	**-10.925.860**	**-10.435.866**	**-10.966.703**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.800,00	12.000	0	0	0	0	0
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.310,99	47.400	6.400	0	6.400	6.400	6.400
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	427.690,29	500.204	509.000	0	509.000	509.000	509.000
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	723,67	10.150	5.000	0	5.000	5.000	5.000
7	+	Sonstige Einzahlungen	-2.209,96	0	0	0	0	0	0
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	9.500,00	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**477.814,99**	**579.754**	**530.400**	**0**	**530.400**	**530.400**	**530.400**
10	-	Personalauszahlungen	-2.003.702,34	-2.041.721	-1.907.000	0	-1.935.500	-1.964.500	-1.993.500
11	-	Versorgungsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.766.797,66	-5.005.859	-6.965.800	0	-6.886.500	-6.301.500	-6.297.500
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-101.067,50	-93.776	-59.650	0	-71.356	-84.700	-86.015
14	-	Transferauszahlungen	-16.000,00	-11.000	0	0	0	0	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-466.568,66	-805.790	-1.236.100	0	-1.718.600	-1.716.200	-1.716.800
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-5.354.136,16**	**-7.958.146**	**-10.168.550**	**0**	**-10.611.956**	**-10.066.900**	**-10.093.815**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-4.876.321,17**	**-7.378.392**	**-9.638.150**	**0**	**-10.081.556**	**-9.536.500**	**-9.563.415**
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	1.400.000	0	0
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	118.869,70	1.835.000	50.500	0	50.000	50.000	50.000
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0
22	+	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**118.869,70**	**1.835.000**	**50.500**	**0**	**1.450.000**	**50.000**	**50.000**
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-196.155,60	-2.461.941	-1.126.288	0	-217.182	-206.488	-207.877
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.918.838,26	-13.108.000	-5.530.000	-36.288.000	-19.894.000	-16.394.000	-2.000.000
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-18.222,98	-196.000	-70.000	0	-5.000	-5.000	-5.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
29	-	Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-6.133.216,84**	**-15.765.941**	**-6.726.288**	**-36.288.000**	**-20.116.182**	**-16.605.488**	**-2.212.877**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-6.014.347,14**	**-13.930.941**	**-6.675.788**	**-36.288.000**	**-18.666.182**	**-16.555.488**	**-2.162.877**

DEZ.II Dezernat II
BUDGET.300 Fachbereich 3 - Immobilien
1.100.01.09.01 Grundstücksverwaltung und -verkehr

Beschreibung
Das Produkt Grundstücksverwaltung und -verkehr umfasst im Rahmen des Immobilienmanagements den Erwerb und Verkauf von bebauten und unbebauten Flächen zwecks Weiterentwicklung oder aus kommunalem Interesse, so z.B. für Gewerbeflächen, Wohnbebauung, Straßenland und sonstige Arrondierungsgeschäfte. Des Weiteren, die Vermietung und Verpachtung von städtischen Grund und Boden bzw. Gebäuden im öffentlichen, gewerblichen, kulturellen sowie privatem Bereich. Analog dazu die Anmietung von fremden Flächen oder Gebäuden für öffentliche Zwecke.

Zielgruppe
Gewerbetreibende, Landwirte, Grundstückseigentümer, Bau- und Kaufinteressenten bzw. deren jeweilige Vertreter.

Allgemeine Zielsetzung
Stärkung der Standortqualitäten Emmerichs. Vorausschauende Verwaltung des städtischen Immobilienportfolios zur Unterstützung/ Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bereitstellung von landwirtschaftlichen Nutzflächen in ausreichendem Umfang. Bereitstellung von notwendigen Flächen für die Umsetzung bauplanungsrechtlichen Anforderungen - z. B. Ausgleichsmaßnahmen.

Schwerpunktsetzung Planjahr
Es sind keine besonderen Schwerpunktsetzung geplant – weiterhin wird versucht, eine Aufstockung des Immobilienportfolios im Bereich landwirtschaftlicher Flächen zu erreichen.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	529	929	808	604	603
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	449	849	728	524	523
		41614000 Ertr.SoPo-Aufl. so. öffentlicher Bereich	0,00	80	80	80	80	80
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.376,21	6.400	6.400	6.400	6.400	6.400
		43110000 Verwaltungsgebühren	260,00	400	400	400	400	400
		43210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	25.116,21	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	159.455,48	145.000	151.000	151.000	151.000	151.000
		44110000 Mieten und Pachten	159.455,48	145.000	151.000	151.000	151.000	151.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	723,67	0	0	0	0	0
		44870000 Ertr. Kostener. priv	723,67	0	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**185.555,36**	**151.929**	**158.329**	**158.208**	**158.004**	**158.003**
11	-	Personalaufwendungen	-80.458,64	-70.097	-64.500	-65.500	-66.500	-67.400
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-62.811,96	-54.512	-50.200	-50.900	-51.700	-52.400
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-4.891,72	-4.275	-3.900	-4.000	-4.100	-4.100
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-12.754,96	-11.310	-10.400	-10.600	-10.700	-10.900
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-141.837,89	-182.015	-166.000	-171.000	-176.000	-176.000
		52410000 Unterh. und Bew. der Grundstücke und bau	-2.798,40	-41.900	-22.000	-22.000	-23.000	-23.000
		52416000 Aufwendungen für Steuern/Abgaben	-129.643,16	-130.115	-137.000	-142.000	-146.000	-146.000
		52510000 Haltung von Fahrzeugen	-9.396,33	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	0,00	-3.000	0	0	0	0
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-27.166	-9.666	-12.012	-11.808	-11.207
		57111000 AfA auf immaterielle Vermögensgegenst.	0,00	-2.588	-2.670	-2.670	-2.670	-2.069
		57113000 AfA auf Gebäude	0,00	-24.022	-4.825	-4.825	-4.825	-4.825
		57116000 AfA auf Fahrzeuge	0,00	-123	-1.606	-4.073	-4.073	-4.073
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-434	-566	-445	-241	-241
15	-	Transferaufwendungen	-5.000,00	0	0	0	0	0
		53170000 Zuweis.lfd.Zw. privater Bereich	-5.000,00	0	0	0	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-88.141,53	-133.070	-142.100	-133.600	-134.200	-134.800
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-3.619,96	-10.000	-17.000	-17.000	-17.000	-17.000
		54220000 Mieten und Pachten	-17.445,00	-20.000	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-5.026,57	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
		54312000 Porto	-322,94	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
		54313000 Telefon	-8.179,63	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
		54315000 EDV-Aufwendungen	-45.944,92	-64.120	-64.100	-55.600	-56.200	-56.800
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	-5.042,39	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
		54450000 sonstige Steuern	-609,00	-600	-600	-600	-600	-600
		54460000 Versicherungen	-1.951,12	-2.350	-2.400	-2.400	-2.400	-2.400
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-315.438,06**	**-412.348**	**-382.266**	**-382.112**	**-388.508**	**-389.407**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-129.882,70**	**-260.419**	**-223.938**	**-223.904**	**-230.504**	**-231.404**
19	+	Finanzerträge	9.500,00	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
		46910000 Sonstige Finanzerträge	9.500,00	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	-55.259	-144.896	-71.356	-84.700	-171.260
		55991000 Aufw. für Leibrentenverträge	0,00	-55.259	-144.896	-71.356	-84.700	-171.260
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**9.500,00**	**-45.259**	**-134.896**	**-61.356**	**-74.700**	**-161.260**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-120.382,70**	**-305.678**	**-358.833**	**-285.260**	**-305.204**	**-392.664**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-120.382,70**	**-305.678**	**-358.833**	**-285.260**	**-305.204**	**-392.664**
29	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (58er)	-18.529,28	-20.000	0	0	0	0
		58110000 Aufwendungen aus ILV	-18.529,28	-20.000	0	0	0	0
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-138.911,98**	**-325.678**	**-358.833**	**-285.260**	**-305.204**	**-392.664**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-138.911,98**	**-321.678**	**-358.833**	**-285.260**	**-305.204**	**-392.664**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	24.429,65	6.400	6.400	0	6.400	6.400	6.400
		63110000 Verwaltungsgebühren	260,00	400	400	0	400	400	400
		63210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	24.169,65	6.000	6.000	0	6.000	6.000	6.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	146.410,77	145.000	151.000	0	151.000	151.000	151.000
		64110000 Mieten und Pachten	146.410,77	145.000	151.000	0	151.000	151.000	151.000
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	723,67	0	0	0	0	0	0
		64870000 Erträge aus Kostenerstattungen etc.private Untern	723,67	0	0	0	0	0	0
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	9.500,00	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
		66910000 Sonstige Finanzerträge	9.500,00	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**181.064,09**	**161.400**	**167.400**	**0**	**167.400**	**167.400**	**167.400**
10	-	Personalauszahlungen	-80.477,54	-70.097	-64.500	0	-65.500	-66.500	-67.400
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-62.830,86	-54.512	-50.200	0	-50.900	-51.700	-52.400
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-4.891,72	-4.275	-3.900	0	-4.000	-4.100	-4.100
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-12.754,96	-11.310	-10.400	0	-10.600	-10.700	-10.900
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-140.263,56	-182.015	-166.000	0	-171.000	-176.000	-176.000
		72410000 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen	-2.798,40	-41.900	-22.000	0	-22.000	-23.000	-23.000
		72416000 Aufwendungen für Steuern und Abgaben	-128.243,23	-130.115	-137.000	0	-142.000	-146.000	-146.000
		72510000 Haltung von Fahrzeugen	-9.221,93	-7.000	-7.000	0	-7.000	-7.000	-7.000
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	0,00	-3.000	0	0	0	0	0
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-58.561,03	-55.259	-59.650	0	-71.356	-84.700	-86.015
		75991000 Auszahlungen für Leibrentenverträge	-58.561,03	-55.259	-59.650	0	-71.356	-84.700	-86.015
14	-	Transferauszahlungen	-5.000,00	0	0	0	0	0	0
		73170000 Zuweis. und Zuschüsse für laufende Zwecke an Priv	-5.000,00	0	0	0	0	0	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-89.143,48	-133.070	-142.100	0	-133.600	-134.200	-134.800
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-3.263,26	-10.000	-17.000	0	-17.000	-17.000	-17.000
		74220000 Mieten und Pachten	-18.885,39	-20.000	-22.000	0	-22.000	-22.000	-22.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-5.008,21	-7.000	-7.000	0	-7.000	-7.000	-7.000
		74312000 Porto	-319,56	-1.000	-1.000	0	-1.000	-1.000	-1.000
		74313000 Telefon	-8.179,63	-8.000	-8.000	0	-8.000	-8.000	-8.000
		74315000 EDV-Auszahlungen	-45.944,92	-64.120	-64.100	0	-55.600	-56.200	-56.800
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	-5.042,39	-20.000	-20.000	0	-20.000	-20.000	-20.000
		74450000 sonstige Steuern	-549,00	-600	-600	0	-600	-600	-600
		74460000 Versicherungen	-1.951,12	-2.350	-2.400	0	-2.400	-2.400	-2.400
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-373.445,61**	**-440.441**	**-432.250**	**0**	**-441.456**	**-461.400**	**-464.215**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-192.381,52**	**-279.041**	**-264.850**	**0**	**-274.056**	**-294.000**	**-296.815**
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	118.869,70	1.835.000	50.500	0	50.000	50.000	50.000
		68210000 Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken	118.869,70	1.835.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000
		68310000 Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenst.	0,00	0	500	0	0	0	0
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**118.869,70**	**1.835.000**	**50.500**	**0**	**50.000**	**50.000**	**50.000**
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-195.286,90	-2.461.941	-1.126.288	0	-217.182	-206.488	-207.877
		78210000 Auszahlungen für Erwerb Grundstücken und Gebäude	-195.286,90	-2.461.941	-1.126.288	0	-217.182	-206.488	-207.877
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-125.656,11	0	0	0	0	0	0
		78520000 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-125.656,11	0	0	0	0	0	0
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	-35.000	0	0	0	0
		78310000 Ausz. für den Erwerb von Vermögensgegenst.	0,00	0	-35.000	0	0	0	0

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-320.943,01**	**-2.461.941**	**-1.161.288**	**0**	**-217.182**	**-206.488**	**-207.877**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-202.073,31**	**-626.941**	**-1.110.788**	**0**	**-167.182**	**-156.488**	**-157.877**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7000078: Erlös aus Grundstücksverkäufen											
2	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	118.869,70	1.835.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	0	0
		68210000 Einz.GS-Veräußerung	118.869,70	1.835.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**118.869,70**	**1.835.000**	**50.000**	**0**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**0**	**0**
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**118.869,70**	**1.835.000**	**50.000**	**0**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**0**	**0**

2023 – 2026: jeweils pauschaler Ansatz für diverse kleinere Flächen.

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7000086: Erwerb von Gebäuden											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-80.239,54	-275.000	0	0	0	0	0	0	0
		78210000 Ausz. Grund+Gebäude	-80.239,54	-275.000	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-80.239,54**	**-275.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-80.239,54**	**-275.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7000087: Erwerb von Grundstücken											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	-2.100.000	-1.000.000	0	-100.000	-100.000	-100.000	0	0
		78210000 Ausz. Grund+Gebäude	0,00	-2.100.000	-1.000.000	0	-100.000	-100.000	-100.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-2.100.000**	**-1.000.000**	**0**	**-100.000**	**-100.000**	**-100.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**-2.100.000**	**-1.000.000**	**0**	**-100.000**	**-100.000**	**-100.000**	**0**	**0**

2023-2026 jährlicher Pauschalansatz (100 T€) für sonstige evtl. Ankäufe.

Geplanter Kauf in 2023 einer landwirtschaftlichen Fläche sowie Ansatz für den Kauf des Pfarrheimes in Leegmeer.

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7000203: Erwerb von Büroflächen Fährstraße Schröd											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-25.392,89	0	-36.000	0	-36.000	-36.000	-36.000	-25.393	-169.393
		78210000 Ausz. Grund+Gebäude	-25.392,89	0	-36.000	0	-36.000	-36.000	-36.000	-25.393	-169.393
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-25.392,89**	**0**	**-36.000**	**0**	**-36.000**	**-36.000**	**-36.000**	**-25.393**	**-169.393**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-25.392,89**	**0**	**-36.000**	**0**	**-36.000**	**-36.000**	**-36.000**	**-25.393**	**-169.393**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003056: Entwässerung Hohenzollernstr. Garagenhof											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-125.656,11	0	0	0	0	0	0	0	0
		78520000 Ausz Tiefbau	-125.656,11	0	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-125.656,11**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-125.656,11**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
unterhalb Wertgrenze:											
2	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	500	0	0	0	0	0	0
		68310000 Einz.VG-Veräuß.	0,00	0	500	0	0	0	0	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-89.654,47	-86.941	-90.288	0	-81.182	-70.488	-71.877	0	0
		78210000 Ausz. Grund+Gebäude	-89.654,47	-86.941	-90.288	0	-81.182	-70.488	-71.877	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	-35.000	0	0	0	0	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	0,00	0	-35.000	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-89.654,47**	**-86.941**	**-125.288**	**0**	**-81.182**	**-70.488**	**-71.877**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-89.654,47**	**-86.941**	**-124.788**	**0**	**-81.182**	**-70.488**	**-71.877**	**0**	**0**

Investitionsprojekt 7.000085:
2023-2026: Pauschalansatz für allgemeine Erwerbe von Straßenparzellen in Höhe von 20.000 Euro pro Jahr.

Investitionsprojekt 7.003001:
Ersatz für einen abgeschriebenen und abgängigen Dienst-PKW des Fachbereiches 3 im Jahr 2023 (Kauf: 35.000 Euro; Verkauf: 500 Euro).

Investitionsprojekt 7.7750001 – 7.7750005:
Es existieren drei Leibrentenverträge. Diese werden aus datenschutzrechtlichen Gründen als Investitionen unterhalb der Wertgrenze ausgewiesen.

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.09.01: Grundstücksverwaltung und -verkehr							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06

DEZ.II Dezernat II
BUDGET.300 Fachbereich 3 - Immobilien
1.100.01.10.01 Bewirtschaftung Verw.- u. sonst. Gebäude

Beschreibung
Bereitstellung und Bewirtschaftung von Verwaltungs- und kulturell genutzten Gebäuden, Feuerwehrgerätehäusern und Asylbewerberwohnheimen bzw. -wohnungen.
Technisches, kaufmännisches und zum Teil infrastrukturelles Gebäudemanagement. Zu den Aufgaben zählt insbesondere der Werterhalt der Gebäudesubstanz (Instandhaltung). Einkauf unterschiedlicher Energieträger sowie Optimierung der Verbräuche. Zahlung von Steuern, Abgaben und Versicherungen, Überwachung und Sicherstellung der Reinigungsleistung. Personalmanagement der eingesetzten Hausmeister und städtischen Reinigungskräfte. Pflege des städtischen Gebäudekatasters.

Zielgruppe
Fachbereiche, Eigenbetriebe, Vereine; Steuerbehörden und Deichverbände, Versicherungen, sonstige Nutzer und Besucher der Objekte, Bau- und Handwerksunternehmen.

Allgemeine Zielsetzung
Bereitstellung von funktionstüchtigen, zeitgemäßen Gebäuden, Gewährleistung einer wirtschaftlichen Auslastung des vorhandenen Raumes und des eingesetzten Personals (Hausmeister bzw. Reinigungskräfte). Bedarfs- und termingerechte sowie wirtschaftliche Erfüllung vereinbarter Leistungen, Optimierung der Energieverbräuche durch fachliche Beratung und Kontrolle, dauerhafte Erhaltung der baulichen Anlagen und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit der jeweiligen Gebäudeteile und technischen Anlagen.

Schwerpunktsetzung Planjahr
Nach Vorliegen eines Brandschutzkonzeptes und einer Kostenschätzung für die Erneuerung der haustechnischen Anlagen soll die weitere Überplanung des Stadttheaters erfolgen. Weiterführung der Genehmigungs- und Ausführungsplanung für den Wetten Telder bis hin zu ersten Ausschreibungen.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.800,00	230.720	225.756	222.468	221.944	221.791
		41410000 Zuw.lfd.Zw. Land	4.800,00	0	0	0	0	0
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	227.965	221.295	218.008	217.483	217.330
		41615000 Erträge a. d. SoPO-Auflösung Zusch. verb	0,00	111	111	111	111	111
		41617000 Ertr.SoPo-Aufl. priv. Unternehmen	0,00	2.532	2.532	2.532	2.532	2.532
		41618000 Erträge aus der SoPO-Auflösung Zuschüsse	0,00	111	1.817	1.817	1.817	1.817
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	881,34	1.000	0	0	0	0
		43210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	881,34	1.000	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	254.008,84	322.393	325.000	325.000	325.000	325.000
		44110000 Mieten und Pachten	238.320,19	322.393	325.000	325.000	325.000	325.000
		44210000 Erträge aus Verkauf	750,00	0	0	0	0	0
		44610000 Sonstige privatr. Leistungsentgelte	14.938,65	0	0	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.000,00	10.150	5.000	5.000	5.000	5.000
		44870000 Ertr. Kostener. priv	5.000,00	10.150	5.000	5.000	5.000	5.000
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**264.690,18**	**564.263**	**555.756**	**552.468**	**551.944**	**551.791**
11	-	Personalaufwendungen	-512.407,68	-538.669	-636.300	-645.800	-655.500	-665.200
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-398.622,58	-426.397	-498.100	-505.600	-513.100	-520.800
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-31.777,20	-32.870	-38.700	-39.200	-39.900	-40.400
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-82.007,90	-79.402	-99.500	-101.000	-102.500	-104.000
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-875.675,55	-2.022.257	-2.148.800	-2.336.000	-2.198.000	-2.201.000
		52150000 Instandhaltung der Grundstücke und baul.	-304.597,30	-1.294.150	-727.800	-770.000	-618.000	-601.000
		52411000 Aufwendungen Strom	0,00	0	-515.000	-573.000	-578.000	-588.000
		52412000 Aufwendungen für Gas	0,00	0	-568.000	-654.000	-659.000	-669.000
		52413000 Aufwendungen für Wasser	0,00	0	-38.000	-38.000	-38.000	-38.000
		52414000 Aufwendungen für Reinigungsmaterial	-203,98	0	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000
		52415000 Aufwendungen für Fremdreinigung	0,00	0	-135.000	-135.000	-135.000	-135.000
		52416000 Aufwendungen für Steuern/Abgaben	0,00	0	-101.000	-102.000	-105.000	-105.000
		52417000 Aufwend für gebäudebezogene Versicherung	0,00	0	-41.000	-41.000	-42.000	-42.000
		52510000 Haltung von Fahrzeugen	-870,75	0	0	0	0	0
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	-902,35	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-3.782,34	-9.500	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
		96525241 Umlage Bewirtschaftung Grdst.u.baul.Anl.	-565.318,83	-717.607	0	0	0	0
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-460.990	-468.352	-498.672	-569.241	-637.077
		57113000 AfA auf Gebäude	0,00	-456.642	-464.302	-494.371	-564.689	-634.235
		57115000 AfA auf Maschinen u. technische Anlagen	0,00	-526	-526	-377	-228	-228
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-3.822	-3.524	-3.924	-4.324	-2.614
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-241.206,05	-515.975	-412.000	-327.000	-324.000	-324.000

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-458,01	-750	0	0	0	0
		54220000 Mieten und Pachten	-240.639,91	-515.225	-412.000	-327.000	-324.000	-324.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-42,80	0	0	0	0	0
		54313000 Telefon	-65,33	0	0	0	0	0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-1.629.289,28**	**-3.537.891**	**-3.665.452**	**-3.807.472**	**-3.746.741**	**-3.827.277**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.364.599,10**	**-2.973.628**	**-3.109.696**	**-3.255.003**	**-3.194.797**	**-3.275.486**
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	-38.517	0	0	0	0
		55150000 Zinsaufwendungen verb.Unternehmen/Beteil	0,00	-38.517	0	0	0	0
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**-38.517**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.364.599,10**	**-3.012.145**	**-3.109.696**	**-3.255.003**	**-3.194.797**	**-3.275.486**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.364.599,10**	**-3.012.145**	**-3.109.696**	**-3.255.003**	**-3.194.797**	**-3.275.486**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-1.364.599,10**	**-3.012.145**	**-3.109.696**	**-3.255.003**	**-3.194.797**	**-3.275.486**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	35.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	35.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-1.364.599,10**	**-2.977.145**	**-3.109.696**	**-3.255.003**	**-3.194.797**	**-3.275.486**

Erläuterung zu Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Bei der baulichen Unterhaltung (Konto 52150000 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) sind neben der allgemeinen Unterhaltung im Planungszeitraum 2023 bis 2026 folgende besondere Unterhaltungsmaßnahmen geplant:

Gebäude/Maßnahme	2023	2024	2025	2026
	-in EUR-			
Allgemeine Unterhaltung	270.000	350.000	600.000	600.000
Feuerwehr Vrasselt:				
Instandsetzung Fliesen Sanitärbereich	15.000			
Malerarbeiten Torbereich Fahrzeughalle und Umkleiden	10.000			
Bodenbelag Umkleide erneuern	2.800			
PAN:				
Aktualisierung Einsatzpläne Flucht- u. Rettungswege	2.000	2.000		
Treppengeländer	30.000			
Instandsetzung Sanitäranlagen		9.000		
Belüftung Kellerräume	12.000			
Stadttheater:				
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne	2.000	2.000		
Stadttheater Büro:				
Dachsanierung	1.000	42.000		
Rheinmuseum:				
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne	1.000	1.000		
Schlösschen Borghees:				
Erhaltungsanstrich	11.000	11.000	11.500	
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		1.000		
Mühle Elten:				
Deckensanierung nach Marderschaden (Mühlencafe)	12.000			

Asylbewerberheim Tackenweide 19:				
Heizung/Warmasser	25.000			
Speelbergerstraße 71:				
Erneuerung Dachrinnen	2.500			
2. Jugendeinrichtung:				
Aufwendungen für Herrichtung zum Erstbezug	53.000	1.000	1.000	1.000
Rathaus Geistmarkt:				
Wartung und Anstrich Fenster Altbau	5.500	5.500	5.500	
Umgestaltung Europasaal u. Trauzimmer		105.000		
Umgestaltung Ratssaal u. BTZ		138.000		
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		2.500		
Bauliche Umsetzung Raumkonzept	50.000			
Umgestaltung Flure		100.000		
Reparatur Fenster	150.000			
Beleuchtung LED (Flur FB 5)	25.000			
Rathaus Bücherei:				
Beleuchtung LED	48.000			

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.800,00	0	0	0	0	0	0
		61410000 Zuw.u. Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	4.800,00	0	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	881,34	1.000	0	0	0	0	0
		63210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	881,34	1.000	0	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	243.905,69	322.393	325.000	0	325.000	325.000	325.000
		64110000 Mieten und Pachten	229.217,17	322.393	325.000	0	325.000	325.000	325.000
		64210000 Erträge aus Verkauf	750,00	0	0	0	0	0	0
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	13.938,52	0	0	0	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	10.150	5.000	0	5.000	5.000	5.000
		64870000 Erträge aus Kostenerstattungen etc.private Untern	0,00	10.150	5.000	0	5.000	5.000	5.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**249.587,03**	**333.543**	**330.000**	**0**	**330.000**	**330.000**	**330.000**
10	-	Personalauszahlungen	-512.077,09	-538.669	-636.300	0	-645.800	-655.500	-665.200
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-398.291,99	-426.397	-498.100	0	-505.600	-513.100	-520.800
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-31.777,20	-32.870	-38.700	0	-39.200	-39.900	-40.400
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-82.007,90	-79.402	-99.500	0	-101.000	-102.500	-104.000
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-904.812,56	-2.022.257	-2.148.800	0	-2.336.000	-2.198.000	-2.201.000
		72150000 Instandhaltung der Grundstücke und baul. Anlagen	-308.831,63	-1.294.150	-727.800	0	-770.000	-618.000	-601.000
		72411000 Aufwendungen für Strom	-159.031,64	-213.770	-515.000	0	-573.000	-578.000	-588.000
		72412000 Aufwendungen für Gas	-167.997,82	-209.250	-568.000	0	-654.000	-659.000	-669.000
		72413000 Aufwendungen für Wasser	-30.415,85	-36.820	-38.000	0	-38.000	-38.000	-38.000
		72414000 Aufwendungen für Reinigungsmaterial	-10.204,70	-12.000	-12.000	0	-12.000	-12.000	-12.000
		72415000 Aufwendungen für Fremdreinigung	-112.032,19	-119.350	-135.000	0	-135.000	-135.000	-135.000
		72416000 Aufwendungen für Steuern und Abgaben	-82.999,76	-95.520	-101.000	0	-102.000	-105.000	-105.000
		72417000 Aufwendungen für Gebäudeversicherungen	-26.547,68	-30.897	-41.000	0	-41.000	-42.000	-42.000
		72510000 Haltung von Fahrzeugen	-870,75	0	0	0	0	0	0
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	-898,68	-1.000	-1.000	0	-1.000	-1.000	-1.000
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-4.981,86	-9.500	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-42.506,47	-38.517	0	0	0	0	0
		75150000 Zinsaufwendungen verb.Unternehmen/Beteil./Sonderv.	-42.506,47	-38.517	0	0	0	0	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-241.376,28	-515.975	-412.000	0	-327.000	-324.000	-324.000
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-562,87	-750	0	0	0	0	0
		74220000 Mieten und Pachten	-240.705,28	-515.225	-412.000	0	-327.000	-324.000	-324.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-42,80	0	0	0	0	0	0

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
		74313000 Telefon	-65,33	0	0	0	0	0	0
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.700.772,40**	**-3.115.418**	**-3.197.100**	**0**	**-3.308.800**	**-3.177.500**	**-3.190.200**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.451.185,37**	**-2.781.875**	**-2.867.100**	**0**	**-2.978.800**	**-2.847.500**	**-2.860.200**
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	1.400.000	0	0
		68110000 Investitionszuweisungen vom Land	0,00	0	0	0	1.400.000	0	0
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**1.400.000**	**0**	**0**
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-55.976,87	-1.614.000	0	-5.288.000	-3.894.000	-1.394.000	0
		78510000 Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	-55.976,87	-1.614.000	0	-5.288.000	-3.894.000	-1.394.000	0
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-5.130,09	-193.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000
		78310000 Ausz. für den Erwerb von Vermögensgegenst.	-5.130,09	-193.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-61.106,96**	**-1.807.000**	**-2.000**	**-5.288.000**	**-3.896.000**	**-1.396.000**	**-2.000**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-61.106,96**	**-1.807.000**	**-2.000**	**-5.288.000**	**-2.496.000**	**-1.396.000**	**-2.000**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003014: Umgestaltung Rathaus											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	-192.000	0	0	0	0	0	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	0,00	-192.000	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-192.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**-192.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003045: Masterplan Hoch-Elten-Err. Info+ öff. WC											
1	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
		68180000 Invest.-Zuw.übrBerei	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.807,05	0	0	0	0	0	0	0	0
		78510000 Ausz Hochbau	-3.807,05	0	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-3.807,05**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-3.807,05**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003057: Aufstockung Neubau Rathaus											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-150.000	0	0	0	0	0	0	0
		78510000 Ausz Hochbau	0,00	-150.000	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003060: Wette Telder - Umbau											
1	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	1.400.000	0	0	0	0
		68110000 Invest.-Zuw.Land	0,00	0	0	0	1.400.000	0	0	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**1.400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-52.169,82	-1.000.000	0	-2.500.000	-2.500.000	0	0	0	0
						davon 2024 -2.500.000 2025 0 2026 0					
		78510000 Ausz Hochbau	-52.169,82	-1.000.000	0	-2.500.000	-2.500.000	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-52.169,82**	**-1.000.000**	**0**	**-2.500.000**	**-2.500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-52.169,82**	**-1.000.000**	**0**	**-2.500.000**	**-1.100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Umbau des denkmalgeschützten Gebäudes De Wetter Telder zu einer Bildungs- und Begegnungsstätte im Quartier bis Ende 2024.

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003062: Sanierung Stadttheater											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-400.000	0	-2.788.000	-1.394.000	-1.394.000	0	0	0
						davon 2024 -1.394.000 2025 -1.394.000 2026 0					
		78510000 Ausz Hochbau	0,00	-400.000	0	-2.788.000	-1.394.000	-1.394.000	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-400.000**	**0**	**-2.788.000**	**-1.394.000**	**-1.394.000**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**-400.000**	**0**	**-2.788.000**	**-1.394.000**	**-1.394.000**	**0**	**0**	**0**

Kosten für den Bau einer Balustrade im Stadttheater.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
unterhalb Wertgrenze:											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-64.000	0	0	0	0	0	-64.000	-64.000
		78510000 Ausz Hochbau	0,00	-64.000	0	0	0	0	0	-64.000	-64.000
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-5.130,09	-1.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-5.130,09	-1.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-5.130,09**	**-65.000**	**-2.000**	**0**	**-2.000**	**-2.000**	**-2.000**	**-64.000**	**-64.000**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-5.130,09**	**-65.000**	**-2.000**	**0**	**-2.000**	**-2.000**	**-2.000**	**-64.000**	**-64.000**

Investitionsprojekt 7.003200:
Jährlicher Pauschalansatz in Höhe von 2.000 Euro.

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.10.01: Bewirtschaftung Verw.- u. sonst. Gebäude							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	8,40	8,38	8,38	8,38	8,38
BAUUNT	Kosten Bauunterhaltung pro m² (Euro)	0,97	13,00	60,07	63,07	66,23	69,54
FREREI	Kosten Fremdreinigung pro m² (Euro)	0,30	3,00	5,91	6,21	6,52	6,84
GAS	Gaskosten pro m² (Euro)	0,49	7,30	23,48	24,65	25,89	27,18
STROM	Stromkosten pro m² (Euro)	0,54	7,18	20,69	21,72	22,81	23,95
WASSER	Wasserkosten pro m² (Euro)	0,09	0,87	1,84	1,93	2,03	2,13

DEZ.II Dezernat II
BUDGET.300 Fachbereich 3 - Immobilien
1.100.01.10.02 Bewirtschaftung Schulgebäude

Beschreibung
Bereitstellung von Gebäuden für die sechs Grundschulen, das Gymnasiums und die Gesamtschule. Technisches, kaufmännisches und zum Teil infrastrukturelles Gebäudemanagement der Schulen. Zu den Aufgaben zählen insbesondere der Werterhalt der Gebäudesubstanz (Instandhaltung), die Sicherstellung einer zeitgemäßen Beschulung durch fortwährende Anpassung der Gebäudestruktur und Gebäudeflächen (Um-, Erweiterungs-, Rückbauten). Einkauf unterschiedlicher Energieträger sowie Optimierung der Verbräuche, z.B. durch Einsatz einer Gebäudeleittechnik (Energiemanagement). Zahlung von Steuern, Abgaben und Versicherungen, Vergabe der Fremdreinigung sowie Überwachung und Sicherstellung der Reinigungsleistung. Personalmanagement der Schulhausmeister und der an den Schulen eingesetzten städtischen Reinigungskräfte. Pflege des städtischen Gebäudekatasters.

Zielgruppe
Schulleitungen sowie sonstige Schulvertreter, Stadtsportbund, Sport- und Musikvereine, Volkshochschule, Steuerbehörden und Deichverbände, Versicherungen, Bau- und Handwerksunternehmen.

Allgemeine Zielsetzung
Bereitstellung von funktionstüchtigen, zeitgemäßen Gebäuden, Gewährleistung einer wirtschaftlichen Auslastung des vorhandenen Raumes und des eingesetzten Personals (Hausmeister bzw. Reinigungskräfte). Bedarfs- und termingerechte sowie wirtschaftliche Erfüllung vereinbarter Leistungen, Optimierung der Energieverbräuche durch fachliche Beratung und Kontrolle, dauerhafte Erhaltung der baulichen Anlagen und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit der jeweiligen Gebäudeteile und technischen Anlagen.

Schwerpunktsetzung Planjahr
Planung der Erweiterung der Liebfrauenschule, mit Unterstützung durch einen externen Planer. Die Genehmigungsplanung zum Schulgebäude Grollscher Weg soll abgeschlossen werden.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	805.982	816.313	825.461	841.781	850.285
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	773.529	780.836	762.765	762.755	758.397
		41611001 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	32.109	35.372	62.590	78.921	91.782
		41617000 Ertr.SoPo-Aufl. priv. Unternehmen	0,00	239	0	0	0	0
		41618000 Erträge aus der SoPO-Auflösung Zuschüsse	0,00	105	105	105	105	105
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	36.316,21	26.410	27.000	27.000	27.000	27.000
		44110000 Mieten und Pachten	25.277,24	26.410	27.000	27.000	27.000	27.000
		44610000 Sonstige privatr. Leistungsentgelte	11.038,97	0	0	0	0	0
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	2.130	15.083	15.083	15.083	15.083
		45710000 Erträge sonstige SoPo-Auflösung	0,00	2.130	15.083	15.083	15.083	15.083
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**36.316,21**	**834.522**	**858.396**	**867.544**	**883.864**	**892.368**
11	-	Personalaufwendungen	-1.396.871,45	-1.420.715	-1.194.200	-1.212.000	-1.230.100	-1.248.400
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-1.096.814,84	-1.114.190	-934.700	-948.600	-962.800	-977.200
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-84.755,98	-82.677	-73.300	-74.300	-75.500	-76.500
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-215.300,63	-223.848	-186.200	-189.100	-191.800	-194.700
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.633.916,93	-2.389.617	-4.360.000	-3.707.500	-3.220.500	-3.179.500
		52150000 Instandhaltung der Grundstücke und baul.	-395.164,25	-914.850	-1.672.000	-1.187.500	-666.500	-605.500
		52350000 Aufw. lfd.Verw. verbundene Unternehmen	-4.000,00	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000
		52411000 Aufwendungen Strom	0,00	0	-562.000	-463.000	-463.000	-473.000
		52412000 Aufwendungen für Gas	0,00	0	-1.376.000	-1.287.000	-1.314.000	-1.324.000
		52413000 Aufwendungen für Wasser	0,00	0	-14.000	-14.000	-14.000	-14.000
		52414000 Aufwendungen für Reinigungsmaterial	0,00	0	-32.000	-32.000	-32.000	-32.000
		52415000 Aufwendungen für Fremdreinigung	0,00	0	-400.000	-415.000	-418.000	-418.000
		52416000 Aufwendungen für Steuern/Abgaben	0,00	0	-141.000	-144.000	-147.000	-147.000
		52417000 Aufwend für gebäudebezogene Versicherung	0,00	0	-97.000	-99.000	-100.000	-100.000
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	-1.470,39	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-1.496,63	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
		96525241 Umlage Bewirtschaftung Grdst.u.baul.Anl.	-1.231.785,66	-1.408.767	0	0	0	0
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-1.222.979	-1.402.564	-1.379.524	-1.379.814	-1.748.803
		57113000 AfA auf Gebäude	0,00	-1.221.457	-1.398.248	-1.375.603	-1.375.903	-1.746.962
		57115000 AfA auf Maschinen u. technische Anlagen	0,00	-573	-573	-573	-563	-446
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-948	-3.742	-3.348	-3.348	-1.395
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-136.569,77	-156.595	-682.000	-1.258.000	-1.258.000	-1.258.000
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-595,37	-2.100	0	0	0	0
		54220000 Mieten und Pachten	-135.916,09	-154.495	-682.000	-1.258.000	-1.258.000	-1.258.000
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	-58,31	0	0	0	0	0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-3.167.358,15**	**-5.189.906**	**-7.638.764**	**-7.557.024**	**-7.088.414**	**-7.434.703**

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-3.131.041,94**	**-4.355.383**	**-6.780.368**	**-6.689.481**	**-6.204.549**	**-6.542.335**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-3.131.041,94**	**-4.355.383**	**-6.780.368**	**-6.689.481**	**-6.204.549**	**-6.542.335**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-3.131.041,94**	**-4.355.383**	**-6.780.368**	**-6.689.481**	**-6.204.549**	**-6.542.335**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-3.131.041,94**	**-4.355.383**	**-6.780.368**	**-6.689.481**	**-6.204.549**	**-6.542.335**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	52.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	52.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-3.131.041,94**	**-4.303.383**	**-6.780.368**	**-6.689.481**	**-6.204.549**	**-6.542.335**

Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
In den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind die Kosten für die Bewirtschaftung (Reinigung, Heizung, Beleuchtung) und der baulichen Unterhaltung der einzelnen Gebäude enthalten.

Bei der baulichen Unterhaltung (Konto 52150000 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) sind neben der allgemeinen Unterhaltung im Planungszeitraum 2023 bis 2026 folgende besondere Unterhaltungsmaßnahmen geplant:

Gebäude/Maßnahme	2023	2024	2025	2026
	-in EUR-			
Allgemeine Unterhaltung	20.000	600.000	600.000	600.000
Rheinschule:				
Putz- und Anstricharbeiten	5.500	5.500	6.000	
Neugestaltung Schulhof (z. T. aus Instandhaltungsrück.)	150.000			
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne	2.000	2.000		
Amokbeschilderung für Klassenräume		1.000		
GLT Anbindung	5.500			
Leegmeerschule:				
Putz- und Anstricharbeiten	5.500	5.500	4.500	
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		2.000		
Amokbeschilderung für Klassenräume		1.000		
Dachsanierung	115.000			
Erweiterung Lehrerzimmer	70.000			
Sanierung Schulhof	150.000			
Liebfrauenschule:				
Putz- und Anstricharbeiten	5.500	5.500	5.500	
Amokbeschilderung für Klassenräume		1.000		
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne	1.500	1.500		
St.-Georg-Schule:				
Putz- und Anstricharbeiten	5.500		5.500	
Sanierung WC-Anlage		5.500		5.500
Markisen Hauptgebäude	44.000	45.000		
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne	2.000		2.000	
Amokbeschilderung für Klassenräume	1.000		1.000	
Brandmeldeanlage	4.500			
Michaelschule:				
Putz- und Anstricharbeiten	11.000	11.000	11.500	
Sanierung der Lehrertoiletten im Verwaltungsgebäude		25.000		
Verfugung Klinker		6.000		
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne	2.000	2.000		
Amokbeschilderung für Klassenräume		500		

Luitgardisschule:				
Putz- und Anstricharbeiten	5.500	5.500	5.500	
Austausch Waschbecken Klassenräume	2.000	2.000	2.000	
Anstrich Fenster Flure Pausenhalle	30.000			
Aktualiserung Flucht-Rettungswegepläne		2.000		
Amokbeschilderung für Klassenräume		1.000		
Beleuchtung LED	60.000			
Gesamtschule (Paaltjessteege):				
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		2.000		
Amokbeschilderung für Klassenräume		1.000		
Eingangsbereich pflastern (Terrasse)	110.000			
Willibrord-Gymnasium:				
Reparaturen Pflaster Schulhof	11.000	11.000	12.000	
Putz- und Anstricharbeiten	11.000	11.000	11.000	
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		2.000		
Amokbeschilderung für Klassenräume	1.000			
ELA-Anlage inkl. Planung	100.000			
Austausch Beleuchtung Aula	80.000			
Austausch Deckenfelder Aula	130.000			
Austausch Sonnenschutzanlagen	50.000			
Anstrich/Reparatur Fenster	25.000			
Einzelraumregelung	45.000			
Lüftung Aula	400.000	400.000		
Hansahalle:				
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne	1.000	1.000		
Austausch Boden Umkleideräume		25.000		
Turnhalle Leegmeerschule				
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		1.000		
Turnhalle Liebfrauenschule:				
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		1.500		
Turnhalle Städt. Hanse-Realschule:				
Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		1.500		
Erneuerung Türblätter	10.000			

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	29.691,02	26.410	27.000	0	27.000	27.000	27.000
		64110000 Mieten und Pachten	21.410,56	26.410	27.000	0	27.000	27.000	27.000
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	8.280,46	0	0	0	0	0	0
7	+	Sonstige Einzahlungen	-1.612,54	0	0	0	0	0	0
		65910000 Andere sonstige ordentliche Erträge	-1.612,54	0	0	0	0	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**28.078,48**	**26.410**	**27.000**	**0**	**27.000**	**27.000**	**27.000**
10	-	Personalauszahlungen	-1.397.966,87	-1.420.715	-1.194.200	0	-1.212.000	-1.230.100	-1.248.400
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-1.097.910,26	-1.114.190	-934.700	0	-948.600	-962.800	-977.200
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-84.755,98	-82.677	-73.300	0	-74.300	-75.500	-76.500
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-215.300,63	-223.848	-186.200	0	-189.100	-191.800	-194.700
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.622.268,73	-2.489.617	-4.360.000	0	-3.707.500	-3.220.500	-3.179.500
		72150000 Instandhaltung der Grundstücke und baul. Anlagen	-446.023,80	-1.014.850	-1.672.000	0	-1.187.500	-666.500	-605.500
		72350000 Aufwandserst. lfd. Verwaltungstätig. an verb. Unt	-4.000,00	-4.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000
		72411000 Aufwendungen für Strom	-200.947,98	-258.900	-562.000	0	-463.000	-463.000	-473.000
		72412000 Aufwendungen für Gas	-401.851,61	-546.260	-1.376.000	0	-1.287.000	-1.314.000	-1.324.000
		72413000 Aufwendungen für Wasser	-9.446,35	-13.350	-14.000	0	-14.000	-14.000	-14.000
		72414000 Aufwendungen für Reinigungsmaterial	-29.927,47	-31.100	-32.000	0	-32.000	-32.000	-32.000
		72415000 Aufwendungen für Fremdreinigung	-338.034,38	-357.200	-400.000	0	-415.000	-418.000	-418.000
		72416000 Aufwendungen für Steuern und Abgaben	-125.837,70	-135.757	-141.000	0	-144.000	-147.000	-147.000
		72417000 Aufwendungen für Gebäudeversicherungen	-63.470,41	-66.200	-97.000	0	-99.000	-100.000	-100.000
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	-1.232,40	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-1.496,63	-60.000	-60.000	0	-60.000	-60.000	-60.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	-136.015,18	-156.595	-682.000	0	-1.258.000	-1.258.000	-1.258.000
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-603,11	-2.100	0	0	0	0	0
		74220000 Mieten und Pachten	-135.353,76	-154.495	-682.000	0	-1.258.000	-1.258.000	-1.258.000
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	-58,31	0	0	0	0	0	0
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-3.156.250,78**	**-4.066.927**	**-6.236.200**	**0**	**-6.177.500**	**-5.708.600**	**-5.685.900**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-3.128.172,30**	**-4.040.517**	**-6.209.200**	**0**	**-6.150.500**	**-5.681.600**	**-5.658.900**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-868,70	0	0	0	0	0	0
		78210000 Auszahlungen für Erwerb Grundstücken und Gebäude	-868,70	0	0	0	0	0	0
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.737.205,28	-11.494.000	-5.530.000	-31.000.000	-16.000.000	-15.000.000	-2.000.000

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
		78510000 Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	-5.737.205,28	-11.494.000	-5.530.000	-31.000.000	-16.000.000	-15.000.000	-2.000.000
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-13.092,89	-3.000	-33.000	0	-3.000	-3.000	-3.000
		78310000 Ausz. für den Erwerb von Vermögensgegenst.	-13.092,89	-3.000	-33.000	0	-3.000	-3.000	-3.000
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-5.751.166,87**	**-11.497.000**	**-5.563.000**	**-31.000.000**	**-16.003.000**	**-15.003.000**	**-2.003.000**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-5.751.166,87**	**-11.497.000**	**-5.563.000**	**-31.000.000**	**-16.003.000**	**-15.003.000**	**-2.003.000**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7000207: Planung Vorplatz Luitgardisschule											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-30.000	-30.000	0	0	0	0	-30.000	-60.000
		78510000 Ausz Hochbau	0,00	-30.000	-30.000	0	0	0	0	-30.000	-60.000
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-30.000**	**-30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-30.000**	**-60.000**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**-30.000**	**-30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-30.000**	**-60.000**

Investitionsprojekt 7.000207:
Planung Vorplatz Luitgardisschule Elten in 2023.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zahlungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7000209: Weiterarbeit Phase 0 Liebfrauen											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-50.000	-1.500.000	-1.000.000	-1.000.000	0	0	-50.000	-2.550.000
						davon 2024 -1.000.000 2025 0 2026 0					
		78510000 Ausz Hochbau	0,00	-50.000	-1.500.000	-1.000.000	-1.000.000	0	0	-50.000	-2.550.000
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-50.000**	**-1.500.000**	**-1.000.000**	**-1.000.000**	**0**	**0**	**-50.000**	**-2.550.000**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**-50.000**	**-1.500.000**	**-1.000.000**	**-1.000.000**	**0**	**0**	**-50.000**	**-2.550.000**

Planungskosten Sanierung Liebfrauenschule.

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zahlungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003049: Geb. Brink-Umb. Gesamtsch.											
1	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
		68170000 Invest.-Zuw.private	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.187.770,92	-7.170.000	0	0	0	0	0	0	0
		78510000 Ausz Hochbau	-5.187.770,92	-7.170.000	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-5.187.770,92**	**-7.170.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-5.187.770,92**	**-7.170.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003050: Geb. Grollscher Weg-Umb. Gesamtsch.											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-266.098,31	-4.000.000	-4.000.000	-30.000.000	-15.000.000	-15.000.000	-2.000.000	0	0
						davon 2024 -15.000.000 2025 -15.000.000 2026 0					
		78510000 Ausz Hochbau	-266.098,31	-4.000.000	-4.000.000	-30.000.000	-15.000.000	-15.000.000	-2.000.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-266.098,31**	**-4.000.000**	**-4.000.000**	**-30.000.000**	**-15.000.000**	**-15.000.000**	**-2.000.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-266.098,31**	**-4.000.000**	**-4.000.000**	**-30.000.000**	**-15.000.000**	**-15.000.000**	**-2.000.000**	**0**	**0**

Für die Herrichtung der Gesamtschule im Gebäude Grollscher Weg werden, entsprechend Ratsbeschluss vom 21.06.2022, auf der Basis der V2 über den Betrachtungszeitraum 37,5 Mio. € (aktuelle Kostenschätzung 25,9 Mio. €) bereitgestellt. Die Entwurfsphase (LPH 1,2 und 3) ist abgeschlossen. Die Erarbeitung der Ausführungs- und Genehmigungsplanung (LPH 4 und 5) wird voraussichtlich bis Sommer/ Herbst 2023 in Anspruch nehmen. Der Baubeginn ist ab Beginn des Jahres 2024 vorgesehen - Bauzeit 2,5 bis 3 Jahre.

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003051: Geb. Paaltjessteege-Umb. Gesamtsch.											
1	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
		68110000 Invest.-Zuw.Land	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-9.444,33	-90.000	0	0	0	0	0	0	0
		78510000 Ausz Hochbau	-9.444,33	-90.000	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-9.444,33**	**-90.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-9.444,33**	**-90.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7003052: Gebäudeübergreifende Kosten-Umb. GesamtS											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-868,70	0	0	0	0	0	0	0	0
		78210000 Ausz. Grund+Gebäude	-868,70	0	0	0	0	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-273.891,72	-100.000	0	0	0	0	0	0	0
		78510000 Ausz Hochbau	-273.891,72	-100.000	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-274.760,42**	**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-274.760,42**	**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
unterhalb Wertgrenze:											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-54.000	0	0	0	0	0	0	0
		78510000 Ausz Hochbau	0,00	-54.000	0	0	0	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-13.092,89	-3.000	-33.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-13.092,89	-3.000	-33.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-13.092,89**	**-57.000**	**-33.000**	**0**	**-3.000**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-13.092,89**	**-57.000**	**-33.000**	**0**	**-3.000**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**0**

Investitionsprojekt 7.003300:
Pauschalansatz 2023-2026 je 3.000 Euro sowie die Anschaffung einer Küche für die Ogata der Leegmeerschule in 2023 in Höhe von 30.000,-.

Haushaltsplan
2023

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.10.02: Bewirtschaftung Schulgebäude							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	23,59	23,61	23,61	23,61	23,61
BAUUNT	Kosten Bauunterhaltung pro m² (Euro)	0,59	7,00	22,60	23,73	24,92	26,16
FREREI	Kosten Fremdreinigung pro m² (Euro)	0,64	5,80	9,02	9,47	9,94	10,44
GAS	Gaskosten pro m² (Euro)	0,57	13,50	31,31	32,88	34,52	36,25
STROM	Stromkosten pro m² (Euro)	0,26	4,60	12,45	13,07	13,73	14,41
WASSER	Wasserkosten pro m² (Euro)	0,02	0,20	0,37	0,39	0,41	0,43

DEZ.II Dezernat II
BUDGET.300 Fachbereich 3 - Immobilien
1.100.08.02.01 Sportanlagen und Bäder

Beschreibung
Bereitstellung und Bewirtschaftung von Sportanlagen (Eugen-Reintjes-Stadion, Turnhalle Dreikönige, Kleinschwimmhalle Elten und sonstige Sportanlagen). Zu den Aufgaben zählen insbesondere der Werterhalt und die Sicherstellung der Nutzungsfähigkeit (Instandhaltung). Abwicklung der Energiebelieferungen sowie die Optimierung der Verbräuche, z.B. durch Einsatz einer Gebäudeleittechnik. Zahlung von Steuern, Abgaben und Versicherungen. Pflege des städtischen Gebäudekatasters.

Zielgruppe
Stadtsportbund, Sportvereine, Steuerbehörden und Deichverbände, Versicherungen, sonstige Nutzer und Besucher der Objekte, Bau- und Handwerksunternehmen

Allgemeine Zielsetzung
Bereitstellung von funktionstüchtigen Gebäuden, Gewährleistung einer wirtschaftlichen Auslastung des vorhandenen Raumes. Bedarfs- und termingerechte sowie wirtschaftliche Erfüllung vereinbarter Leistungen, Optimierung der Energieverbräuche durch fachliche Beratung und Kontrolle, dauerhafte Erhaltung der baulichen Anlagen und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit der jeweiligen Gebäudeteile und technischen Anlagen. Überwachung der Wasserqualität der Kleinschwimmhalle Elten.

Schwerpunktsetzung Planjahr
Es sind nur bauliche Unterhaltungen der Sportstätten im geringen Umfang für 2023 geplant. Für das Lehrschwimmbecken in Elten soll eine Kostenberechnung und für einen möglichen Neubau eine Kostenschätzung erarbeitet werden.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.000,00	92.737	80.737	80.737	80.737	54.446
		41470000 Zuw.lfd.Zw. privater Bereich	12.000,00	12.000	0	0	0	0
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	80.737	80.737	80.737	80.737	54.446
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.400,00	40.000	0	0	0	0
		43210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	3.400,00	40.000	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.361,57	6.401	6.000	6.000	6.000	6.000
		44110000 Mieten und Pachten	6.136,10	6.401	6.000	6.000	6.000	6.000
		44610000 Sonstige privatr. Leistungsentgelte	1.225,47	0	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**22.761,57**	**139.138**	**86.737**	**86.737**	**86.737**	**60.446**
11	-	Personalaufwendungen	-13.175,03	-12.240	-12.000	-12.200	-12.400	-12.500
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-10.232,38	-9.386	-9.200	-9.400	-9.500	-9.600
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-782,47	-761	-800	-800	-800	-800
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-2.160,18	-2.093	-2.000	-2.000	-2.100	-2.100
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-125.377,05	-311.970	-291.000	-672.000	-707.000	-741.000
		52150000 Instandhaltung der Grundstücke und baul.	-20.623,77	-186.350	-35.000	-302.000	-300.000	-300.000
		52411000 Aufwendungen Strom	0,00	0	-51.000	-109.000	-122.000	-120.000
		52412000 Aufwendungen für Gas	0,00	0	-164.000	-220.000	-243.000	-279.000
		52413000 Aufwendungen für Wasser	0,00	0	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
		52414000 Aufwendungen für Reinigungsmaterial	0,00	0	-500	-500	-500	-500
		52415000 Aufwendungen für Fremdreinigung	0,00	0	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000
		52416000 Aufwendungen für Steuern/Abgaben	0,00	0	-19.000	-19.000	-20.000	-20.000
		52417000 Aufwend für gebäudebezogene Versicherung	0,00	0	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-1.091,85	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
		96525241 Umlage Bewirtschaftung Grdst.u.baul.Anl.	-103.661,43	-123.120	0	0	0	0
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-100.288	-100.247	-98.653	-98.653	-63.163
		57112000 AfA auf unbebaute Grundstücke	0,00	-48.463	-48.463	-48.463	-48.463	-48.463
		57113000 AfA auf Gebäude	0,00	-50.230	-50.190	-50.190	-50.190	-14.700
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-1.594	-1.594	0	0	0
15	-	Transferaufwendungen	-11.000,00	-11.000	0	0	0	0
		53170000 Zuweis.lfd.Zw. privater Bereich	-11.000,00	-11.000	0	0	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-33,72	-150	0	0	0	0
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-33,72	-150	0	0	0	0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-149.585,80**	**-435.648**	**-403.247**	**-782.853**	**-818.053**	**-816.663**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-126.824,23**	**-296.509**	**-316.510**	**-696.116**	**-731.316**	**-756.217**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-126.824,23**	**-296.509**	**-316.510**	**-696.116**	**-731.316**	**-756.217**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-126.824,23**	**-296.509**	**-316.510**	**-696.116**	**-731.316**	**-756.217**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-126.824,23**	**-296.509**	**-316.510**	**-696.116**	**-731.316**	**-756.217**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-126.824,23**	**-292.509**	**-316.510**	**-696.116**	**-731.316**	**-756.217**

Erläuterung zu Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
In den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind die Kosten für die Bewirtschaftung (Reinigung, Heizung, Beleuchtung) und der baulichen Unterhaltung der einzelnen Gebäude enthalten.

Bei der baulichen Unterhaltung (Konto 52150000 Instandhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen) sind neben der allgemeinen Unterhaltung im Planungszeitraum 2023 bis 2026 folgende besondere Unterhaltungsmaßnahmen geplant:

Gebäude/Maßnahme	2023	2024	2025	2026
	-in EUR-			
Allgemeine Unterhaltung	10.000	300.000	300.000	300.000
Turnhalle Dreikönige Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne		1.000		
Kleinschwimmhalle Elten: Aktualisierung Flucht-Rettungswegepläne Kostenübernahme Hubbodentreppe	25.000	1.000		

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.000,00	12.000	0	0	0	0	0
		61470000 Zuw.u. Zuschüsse für laufende Zwecke von Privaten	12.000,00	12.000	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	40.000	0	0	0	0	0
		63210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	0,00	40.000	0	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.682,81	6.401	6.000	0	6.000	6.000	6.000
		64110000 Mieten und Pachten	6.277,83	6.401	6.000	0	6.000	6.000	6.000
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.404,98	0	0	0	0	0	0
7	+	Sonstige Einzahlungen	-597,42	0	0	0	0	0	0
		65910000 Andere sonstige ordentliche Erträge	-597,42	0	0	0	0	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**19.085,39**	**58.401**	**6.000**	**0**	**6.000**	**6.000**	**6.000**
10	-	Personalauszahlungen	-13.180,84	-12.240	-12.000	0	-12.200	-12.400	-12.500
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-10.238,19	-9.386	-9.200	0	-9.400	-9.500	-9.600
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-782,47	-761	-800	0	-800	-800	-800
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-2.160,18	-2.093	-2.000	0	-2.000	-2.100	-2.100
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-99.452,81	-311.970	-291.000	0	-672.000	-707.000	-741.000
		72150000 Instandhaltung der Grundstücke und baul. Anlagen	-21.633,09	-186.350	-35.000	0	-302.000	-300.000	-300.000
		72411000 Aufwendungen für Strom	-18.280,18	-22.500	-51.000	0	-109.000	-122.000	-120.000
		72412000 Aufwendungen für Gas	-50.744,20	-64.600	-164.000	0	-220.000	-243.000	-279.000
		72413000 Aufwendungen für Wasser	377,59	-6.200	-6.000	0	-6.000	-6.000	-6.000
		72414000 Aufwendungen für Reinigungsmaterial	-450,25	-700	-500	0	-500	-500	-500
		72415000 Aufwendungen für Fremdreinigung	0,00	-10.226	-12.000	0	-12.000	-12.000	-12.000
		72416000 Aufwendungen für Steuern und Abgaben	-6.927,31	-17.979	-19.000	0	-19.000	-20.000	-20.000
		72417000 Aufwendungen für Gebäudeversicherungen	-858,89	-915	-1.000	0	-1.000	-1.000	-1.000
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-936,48	-2.500	-2.500	0	-2.500	-2.500	-2.500
14	-	Transferauszahlungen	-11.000,00	-11.000	0	0	0	0	0
		73170000 Zuweis. und Zuschüsse für laufende Zwecke an Priv	-11.000,00	-11.000	0	0	0	0	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-33,72	-150	0	0	0	0	0
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-33,72	-150	0	0	0	0	0
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-123.667,37**	**-335.360**	**-303.000**	**0**	**-684.200**	**-719.400**	**-753.500**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-104.581,98**	**-276.959**	**-297.000**	**0**	**-678.200**	**-713.400**	**-747.500**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.08.02.01: Sportanlagen und Bäder							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
BAUUNT	Kosten Bauunterhaltung pro m² (Euro)	0,70	42,99	91,62	15,00	15,75	16,54
FREREI	Kosten Fremdreinigung pro m² (Euro)	0,00	0,00	5,03	5,28	5,55	5,82
GAS	Gaskosten pro m² (Euro)	1,80	22,40	72,18	75,79	79,58	83,56
STROM	Stromkosten pro m² (Euro)	0,58	18,40	20,11	21,12	22,17	23,28
WASSER	Wasserkosten pro m² (Euro)	0,07	2,68	4,05	4,25	4,47	4,69
NZSCHU	Nutzungszeiten Schulen (Stunden)	136,00	750,00	700,00	750,00	750,00	750,00

Ö 11

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**03 - 17 0772/2022**	**18.10.2022**

Betreff

Behinderten-Toiletten am Rathaus / Stadtpark durch selbstreinigende Toiletten ersetzen;
hier: Eingabe Nr. 23/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss befindet die öffentlichen WC-Anlagen als ausreichend und lehnt eine Neubeschaffung von zwei selbstreinigen WC-Anlagen für die Standorte Rheinpark und Rathausvorplatz ab.

Sachdarstellung :

Die bestehenden Anlagen am Rheinpark und am Rathausvorplatz wurden im Jahr 2001 errichtet und können auch von gehbehinderten Personen genutzt werden. Die Anlage der Tourist-Info Elten wurde im Jahr 2020 errichtet. Die beiden erstgenannten WC-Anlagen sind in einem für Ihr Alter entsprechend guten Zustand (Handwaschbecken, WC-Sitz, Urinal aus Edelstahl) und werden täglich gereinigt. Die Anlage in Hoch-Elten wird in der Hauptsaison täglich und in der Nebensaison jeden zweiten Tag gereinigt - hier könnte, auch auf Hinweis des beauftragten Dienstleisters, eine tägliche Reinigung ganzjährig sinnvoll sein. Die Benutzungsgebühr für die Anlagen am Rheinpark und am Rathausvorplatz beträgt 20 Cent.

Um sich einen Eindruck von selbstreinigenden WC-Anlagen zu verschaffen wurde im Stadtgebiet Rees die 2022 neu errichtete Anlage am Rathaus besichtigt und ein Informationsgespräch mit der für die Bauausführung/ Bauüberwachung zuständigen Mitarbeiterin geführt. Diese Anlage ist zusammen mit einer zweiten Anlage an der Trauerhalle für insgesamt über 200 T€ realisiert worden. Bei den Toilettenanlagen handelt es sich um selbstreinigende WC-Anlagen. Nach dem Verlassen der WC-Anlage erfolgt eine kurze automatische Reinigung und Desinfektion der Brille, allerdings keine automatische Reinigung des Bodens. Eine händische Reinigung durch einen externen Dienstleister erfolgt zweimal am Tag (Reinigung, Kontrolle, Bestückung/Nachfüllen) und kostet rund doppelt so viel, wie die einmal tägliche Reinigung der Anlagen in Emmerich. Die Anlagen können ausschließlich bargeldlos genutzt werden können - Zahlung von einem Euro erfolgt mit EC- oder Kreditkarte über ein fest installiertes Lesegerät. Die WC-Anlagen sind behindertengerecht.

Der Fachbereich Immobilien prüft aktuell eine Umstellung des Bezahlsystems: (anonymes) Münzgeld auf (personalisierte) Kartenzahlung, da zu vermuten ist, dass Beschädigungen, unsachgemäße Nutzung und Vandalismus dadurch abnehmen würden.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Eingabe Nr. 23/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 11

[redacted]

Emmerich,25.06.2022

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 27. Juni 2022
Bgm.:
Dez.:
FB:
Anl.: PWZ: €

Herr Bürgermeister Peter Hinze
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Anregung gemäß §24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen und §4 der Hauptsatzung der Stadt Emmerich:
Die behinderten Toiletten durch selbstreinigende Toiletten zu ersetzen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinze,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

Hiermit **stelle ich den Antrag die behinderten Toiletten am Rathaus und** in der Nähe vom Stadtpark durch selbstreinigende Automatiktoiletten zu ersetzen..

Begründung:

Die Toiletten sind meistens verdreckt und stinken enorm nach Urin. Da Gehandicapte mehr auf die Hygiene achten müssen, da sie sich immer auf die Toilette setzen müssen und sich nicht freistehend irgendwo fest halten können

Eine solche Anlage bietet folgende Vorteile.

Barrierefrei:
Sie ist offen zur Nutzung von Frauen, Männern, Menschen im Rollstuhl und es ist auch ein Wickeltisch vorhanden.

Vandalismussicher:
Die Verweildauer bis zum automatischen Öffnen der Türe ist einstellbar, ebenso wie die Menge der Seife und des Toilettenpapiers. Die Spiegel bestehen aus poliertem, rostfreiem Stahl.

Hygienekonzept:
Ein Bodendrucksensor registriert das Verlassen oder auch ein „Nachgehen" einer weiteren Person und stellt somit sicher, dass der Reinigungsvorgang erst eingeleitet wird, wenn sich keine Person mehr in der Anlage befindet.

Mit entsprechendem Wasserdruck werden die Wände sauber gespritzt und vom Boden Papierreste oder auch liegen gelassene Spritzen oder Dosen in Abfallsammelbehälter gespült.

Das WC Becken wird eingefahren um ebenfalls mit Wasserdruck abgespritzt und zusätzlich desinfiziert zu werden. Anschließend wird alles per Druckluft getrocknet. Dieser Vorgang dauert ca. 45 Sekunden und erfolgt nach jeder Benutzung der Toilette.:

Nach jeder Benutzung erfolgt während des Reinigungs- und Desinfektionsvorgangs der Austausch der kompletten Raumluft.

Finanzierung:
Die Anlagen können gekauft oder gemietet werden und es besteht außerdem die Möglichkeit, eine Benutzungsgebühr zu erheben.

Verschiedene Hersteller solcher Toilettenanlagen bieten vielfältige Möglichkeiten auf höchstem technischen (Sicherheits-/Hygiene-) Standard, darüber hinaus eine Fernwartung, Zugangskontrolle, vielfältige Bezahlmöglichkeiten und die Nutzung eines elektronischen Schlüssels zur kostenfreien Nutzung für Menschen mit Schwerbehinderung.

Ich bitte um Überprüfung meines Anliegens!

Mit freundlichen Grüßen

Ö 12

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

BGE-Fraktion

		TOP Vorlagen-Nr.	Datum
Antrag	**öffentlich**	**03 - 17 0839/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Machbarkeitsstudie zum Haushalt 2023 - Wirtschaftlichkeit der Bestandssanierung oder Neubau einer Kleinschwimmhalle in Elten;
hier: Antrag Nr. VIII/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, mit externer Unterstützung, eine Bedarfsanalyse hinsichtlich der Emmericher Schul-, Sport- und Gesundheitslandschaft erstellen zu lassen, auf deren Basis eine Sollkonzeption modelliert wird. Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt ferner, die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Kleinschwimmhallte Elten vorerst zurückzustellen und ggf. in einem zweiten Schritt zu beauftragen.

Sachverhalt :

Der Antrag der BGE ”Machbarkeitsstudie Kleinschwimmhalle Elten” greift die auf Seiten der Verwaltung offenen Fragen auf und folgt der Empfehlung, eine Untersuchung durch Dritte in Auftrag zu geben.
Die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Kleinschwimmhallte Elten (Bestandssanierung oder Neubau) sollte dabei aber erst in einem nachgelagerten Schritt erfolgen, da vorerst eine Bedarfsanalyse hinsichtlich der Emmericher Schul-, Sport- und Gesundheitslandschaft erstellen werden muss, auf deren Basis eine Sollkonzeption modelliert wird. In dem noch zu beschließenden Konsolidierungspaket (Maßnahmenliste) wird unter Prüfauftrag 3 (P3) bereits vorgeschlagen, die beiden Schwimmbäder Embricana und Elten zusammen zu betrachten.
In einem ersten Schritt sollte daher zunächst der Bedarf der verschiedenen Nutzergruppen ermittelt werden. Auf der Basis könnte dann der zweite Schritt, die Bedarfsdeckung durch die vorhandenen Flächenangebote erfolgen. Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen, können die weiteren Schritte angegangen werden, um gem. der Soll-Konzeption die baulichen Voraussetzungen zur zukunftsfähigen und nachhaltigen Nutzung zu ermöglichen, d. h. ggf. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Schwimmbad (Sanierung - Neubau). Abschließend ist auch die organisatorische Einbindung eines möglichen Schwimmbades in Elten zu betrachten.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Zusätzliche Mittel zur Erstellung einer Bedarfsanalyse/Sollkonzeption und einer darauf aufbauenden technischen Machbarkeitsstudie werden im Haushaltsplan 2023 ff. im Rahmen der Änderungsliste eingeplant.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Antrag Nr. VIII/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 12

BürgerGemeinschaft Emmerich

...zum Wohle unserer Stadt!

Fraktion BürgerGemeinschaft Emmerich, Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Eingabe/Antrag an den Rat
Nr. VIII / 20 22
Eingang am:
zur Kenntnis an
I 1
II o. III
FB (o. a.) 2
Vorlage zur Sitzung Vw.-
Vorstand am
Anlage (n):

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 10. Nov. 2022
Bgm.:
Dez.:
FB:
Anl.: PWZ: €

Emmerich am Rhein, 8. November 2022

Machbarkeitsstudie zum Haushalt 2023 in der Frage der Wirtschaftlichkeit der Bestandssanierung oder des Neubaus einer Kleinschwimmhalle in Elten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinze,

anknüpfend an das Gespräch der BGE-Fraktion mit dem Vorsitzenden des Eltener Bürgerbades, Herrn Theo Berndsen vom 24. Oktober 2022 und dem Vorschlag von Herrn Glapski (Fachbereichsleiter 3, Immobilien) im Rahmen der Haushaltsklausurtagung am 28. Oktober 2022, beantragt die BürgerGemeinschaft Emmerich (BGE) die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Frage der Wirtschaftlichkeit der Bestandssanierung oder des Neubaus eines Kleinschwimmbeckens in Elten durch den Rat der Stadt Emmerich zum Haushalt 2023. Hierbei ist die Fördermittelsituation sowie ggfs. eine Überführung des Bades in die Emmericher Holding zu untersuchen.

Für die Emmericher Bürgerschaft nimmt das Eltener Bürgerbad als freiwillige Leistung eine wichtige Rolle in der Emmericher Schul-, Sport- und Gesundheitslandschaft ein. Das Kleinschwimmbecken wird von Schulen, Vereinen und Reha-Gruppen bis an die aktuell mögliche Auslastungsgrenze frequentiert. Das in den frühen 1960er Jahren erbaute Bad muss bekanntermaßen in den kommenden Jahren sowohl im Bereich der Technik als auch in der Außenhülle aufwändig modernisiert bzw. energetisch saniert werden. In Anlehnung an den Vorschlag von Herrn Glapski vom 28. Oktober 2022, nämlich eines Kostenvergleichs zwischen einer Sanierung des Bades und einem Neubau, beantragt die BGE eine ganzheitliche Untersuchung in Form einer Machbarkeitsstudie durch einen Fachgutachter. Die Studie soll den Kostenvergleich zwischen Sanierung und Neubau über eine Nutzungsdauer von 30 Jahren beinhalten. Darüber hinaus soll neben der Fördermittellandschaft geprüft werden, ob die Kleinschwimmhalle in ihrer Funktion in die Emmericher Holding überführt werden kann und ggf. perspektivisch eine zukunftsfähige und nachhaltige Nutzung möglich wird.

Für diese Untersuchungen sind im Haushalt 2023 notwendige Haushaltsmittel über die Veränderungsliste zusätzlich einzuplanen und durch den Rat zu genehmigen.

Joachim Sigmund
Fraktionsvorsitzender

Ö 13

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**06 - 17 0835/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 600 - "Fachbereich 6 - Bürgerservice und Ordnung"

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 600 - ”Fachbereich 6 - Bürgerservice und Ordnung” für das Jahr 2023 im Ergebnishaushalt auf 1.507.295 €, im Finanzhaushalt der laufenden Verwaltungstätigkeit auf 1.406.645 € und im Finanzhaushalt der Investitionstätigkeit auf 372.800 € fest.

Sachdarstellung :

Am 18.10.2022 wurde der Entwurf des Haushaltsplanes 2023 durch den Bürgermeister und die Stadtkämmerin in den Rat eingebracht und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2023 wird im Haupt- und Finanzausschuss am 6.12.2022 zur weiteren Beratung vorgestellt und zur Kenntnis gegeben. Weiterhin wurden die entsprechenden Seiten des Haushaltsplanentwurfes 2023 verteilt bzw. in das Ratsinformationssystem eingestellt. Als Anlage ist der Haushaltsplanentwurf des Dezernates II / Budget 600 - ”Fachbereich 6 - Bürgerservice und Ordnung” beigefügt (S. 353 - 384).

Erläuterungen zum Budget erfolgen im Rahmen der o.g. Sitzung.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2023 vorgesehen. Produkt: s. Anlage

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
06 - 17 0835/2022 _ A 1 _ Budget 600 - Fachbereich 6 Bürgerservice und Ordnung -

Haushaltsplan
2023

DEZ.II Dezernat II
BUDGET.600 Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung

lfd. Nr.		Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.953,51	180.282	183.191	185.124	192.434	200.118
3	+	Sonstige Transfererträge	880,60	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	827.057,83	944.900	962.900	962.900	962.900	962.900
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.604,78	9.300	10.500	10.500	10.500	10.500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	28.725,10	18.700	32.500	32.500	32.500	32.500
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	321.907,80	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0
9	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**1.195.129,62**	**1.353.182**	**1.389.091**	**1.391.024**	**1.398.334**	**1.406.018**
11	-	Personalaufwendungen	-1.370.621,57	-1.663.443	-1.569.000	-1.549.600	-1.572.900	-1.596.600
12	-	Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-407.644,16	-449.233	-724.000	-469.000	-466.000	-469.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	-6.473,83	-281.251	-281.241	-269.245	-274.273	-276.685
15	-	Transferaufwendungen	-7.539,62	-6.400	-6.500	-6.500	-6.500	-6.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-220.362,03	-285.465	-315.645	-299.245	-300.745	-301.945
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-2.012.641,21**	**-2.685.792**	**-2.896.386**	**-2.593.590**	**-2.620.418**	**-2.650.730**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-817.511,59**	**-1.332.610**	**-1.507.295**	**-1.202.566**	**-1.222.084**	**-1.244.712**
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-817.511,59**	**-1.332.610**	**-1.507.295**	**-1.202.566**	**-1.222.084**	**-1.244.712**
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-817.511,59**	**-1.332.610**	**-1.507.295**	**-1.202.566**	**-1.222.084**	**-1.244.712**
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (48er)	0,00	0	0	0	0	0
28	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (9er)	0,00	0	0	0	0	0
29	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (58er)	0,00	0	0	0	0	0
30	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (9er)	0,00	0	0	0	0	0
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-817.511,59**	**-1.332.610**	**-1.507.295**	**-1.202.566**	**-1.222.084**	**-1.244.712**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	26.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-817.511,59**	**-1.306.610**	**-1.507.295**	**-1.202.566**	**-1.222.084**	**-1.244.712**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.953,51	2.600	2.600	0	2.600	2.600	2.600
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	802.622,28	944.900	962.900	0	962.900	962.900	962.900
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.624,46	9.300	10.500	0	10.500	10.500	10.500
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	33.170,69	18.700	32.500	0	32.500	32.500	32.500
7	+	Sonstige Einzahlungen	272.618,77	200.000	200.000	0	200.000	200.000	200.000
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.124.989,71**	**1.175.500**	**1.208.500**	**0**	**1.208.500**	**1.208.500**	**1.208.500**
10	-	Personalauszahlungen	-1.369.600,89	-1.663.443	-1.569.000	0	-1.549.600	-1.572.900	-1.596.600
11	-	Versorgungsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-393.263,71	-449.233	-724.000	0	-469.000	-466.000	-469.000
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
14	-	Transferauszahlungen	-7.419,62	-6.400	-6.500	0	-6.500	-6.500	-6.500
15	-	Sonstige Auszahlungen	-223.304,71	-285.465	-315.645	0	-299.245	-300.745	-301.945
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.993.588,93**	**-2.404.541**	**-2.615.145**	**0**	**-2.324.345**	**-2.346.145**	**-2.374.045**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-868.599,22**	**-1.229.041**	**-1.406.645**	**0**	**-1.115.845**	**-1.137.645**	**-1.165.545**
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	148.733,97	69.000	85.000	0	85.000	85.000	85.000
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0
22	+	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**148.733,97**	**69.000**	**85.000**	**0**	**85.000**	**85.000**	**85.000**
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-5.000	0	0	0	0
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-679.676,59	-130.600	-452.800	-50.000	-114.800	-55.800	-55.800
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
29	-	Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-679.676,59**	**-130.600**	**-457.800**	**-50.000**	**-114.800**	**-55.800**	**-55.800**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-530.942,62**	**-61.600**	**-372.800**	**-50.000**	**-29.800**	**29.200**	**29.200**

Haushaltsplan
2023

DEZ.II **Dezernat II**

BUDGET.600 **Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**

BUDGET.601 **Bürgerservice und Ordnung allgemein**

lfd. Nr.		Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR 1	Ansatz 2022 EUR 2	Ansatz 2023 EUR 3	Planung 2024 EUR 4	Planung 2025 EUR 5	Planung 2026 EUR 6
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	5.758	6.336	4.437	4.437	4.437
3	+	Sonstige Transfererträge	880,60	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	795.537,32	901.900	921.900	921.900	921.900	921.900
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.032,32	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	23.544,71	8.700	21.700	21.700	21.700	21.700
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	321.907,80	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0
9	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**1.144.902,75**	**1.117.858**	**1.151.436**	**1.149.537**	**1.149.537**	**1.149.537**
11	-	Personalaufwendungen	-1.113.021,49	-1.256.959	-1.307.000	-1.283.600	-1.303.000	-1.322.700
12	-	Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-234.304,87	-197.500	-239.500	-239.500	-239.500	-239.500
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	-6.233,83	-13.098	-12.273	-10.631	-11.031	-11.363
15	-	Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-120.639,05	-165.615	-175.585	-161.685	-162.985	-163.985
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-1.474.199,24**	**-1.633.172**	**-1.734.358**	**-1.695.416**	**-1.716.516**	**-1.737.548**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-329.296,49**	**-515.314**	**-582.922**	**-545.879**	**-566.979**	**-588.011**
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-329.296,49**	**-515.314**	**-582.922**	**-545.879**	**-566.979**	**-588.011**
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-329.296,49**	**-515.314**	**-582.922**	**-545.879**	**-566.979**	**-588.011**
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (48er)	0,00	0	0	0	0	0
28	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (9er)	0,00	0	0	0	0	0
29	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (58er)	0,00	0	0	0	0	0
30	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (9er)	0,00	0	0	0	0	0
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-329.296,49**	**-515.314**	**-582.922**	**-545.879**	**-566.979**	**-588.011**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	15.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-329.296,49**	**-500.314**	**-582.922**	**-545.879**	**-566.979**	**-588.011**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	774.409,24	901.900	921.900	0	921.900	921.900	921.900
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.032,32	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	22.765,93	8.700	21.700	0	21.700	21.700	21.700
7	+	Sonstige Einzahlungen	272.618,77	200.000	200.000	0	200.000	200.000	200.000
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.072.826,26**	**1.112.100**	**1.145.100**	**0**	**1.145.100**	**1.145.100**	**1.145.100**
10	-	Personalauszahlungen	-1.111.788,42	-1.256.959	-1.307.000	0	-1.283.600	-1.303.000	-1.322.700
11	-	Versorgungsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-224.559,59	-197.500	-239.500	0	-239.500	-239.500	-239.500
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
14	-	Transferauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-119.384,38	-165.615	-175.585	0	-161.685	-162.985	-163.985
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-1.455.732,39**	**-1.620.074**	**-1.722.085**	**0**	**-1.684.785**	**-1.705.485**	**-1.726.185**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-382.906,13**	**-507.974**	**-576.985**	**0**	**-539.685**	**-560.385**	**-581.085**
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0
22	+	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-3.858,20	-39.500	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
29	-	Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-3.858,20**	**-39.500**	**-10.000**	**0**	**-10.000**	**-10.000**	**-10.000**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-3.858,20**	**-39.500**	**-10.000**	**0**	**-10.000**	**-10.000**	**-10.000**

Haushaltsplan
2023

DEZ.II	**Dezernat II**
BUDGET.600	**Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**
BUDGET.601	**Bürgerservice und Ordnung allgemein**
1.100.02.02.01	**Ordnungsangelegenheiten**

Beschreibung

a) Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
Einleitung und Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung unter Berücksichtigung der verschiedenen Rechtsgrundlagen (Gefahrenabwehr) schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen:
- Unterbringung von Personen nach dem PsychKG
- Maßnahmen nach dem Bestattungsgesetz
- Maßnahmen nach dem Landeshundegesetz
- Schädlings- und Seuchenbekämpfung
- Präventive Kampfmittelbeseitigung, Kampfmittelfunde
- Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten
- Ordnungsbehördliche Maßnahmen im Bereich Immissionsschutz und Jugendschutz

b) Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten
- Gewerbean-, -ab- und –ummeldungen
- Festsetzung von Spezialmärkten
- Erteilung von Aufstellererlaubnissen für Geldspielgeräte
- Erlaubnisse nach dem Glücksspielstaatsvertrag
- Konzessionierung und Überwachung der Gaststätten nach dem Gaststättengesetz, dem Landesimmissionsschutzgesetz und dem Nichtraucherschutzgesetz

c) Veranstaltungen
- Zentraler Ansprechpartner für die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen
- Koordinierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Planung, Durchführung und Nachbereitung von Großveranstaltungen

d) Verkehrsangelegenheiten
- Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für öffentliche Verkehrsflächen
- Ausnahmegenehmigungen vom Sonntagsfahrverbot, vom Ferienreiseverbot
- Ausnahmegenehmigungen für Schwer- und Großraumtransporte
- Genehmigung von Baustelleneinrichtungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen
- Überwachung des ruhenden Verkehrs

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emmerich am Rhein, Gewerbetreibende, Veranstalter, Verkehrsteilnehmer

Allgemeine Zielsetzung

- Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch präventive und repressive Maßnahmen
- Beseitigung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emmerich am Rhein
- Rechtssichere und bürgernahe Erledigung aller genehmigungspflichtigen Angelegenheiten

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	1.724	2.326	782	782	782
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	1.724	2.326	782	782	782
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	367.156,56	458.000	488.000	488.000	488.000	488.000
		43110000 Verwaltungsgebühren	343.736,56	400.000	430.000	430.000	430.000	430.000
		43210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	23.420,00	58.000	58.000	58.000	58.000	58.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.579,32	0	0	0	0	0
		44610000 Sonstige privatr. Leistungsentgelte	1.579,32	0	0	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21.363,17	7.000	20.000	20.000	20.000	20.000
		44820000 Ertr. Kostener. Gem.	411,76	0	0	0	0	0
		44860000 Ertr. Kostener. Sond	0,00	2.000	0	0	0	0
		44880000 Ertr. Kostener. übBe	20.951,41	5.000	20.000	20.000	20.000	20.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	318.246,07	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
		45610000 Bußgelder	318.246,07	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**708.345,12**	**666.724**	**710.326**	**708.782**	**708.782**	**708.782**
11	-	Personalaufwendungen	-549.198,84	-663.271	-721.300	-688.900	-699.300	-709.800
		50110000 Bezüge Beamte	-167.193,39	-167.460	-158.300	-160.700	-163.100	-165.600
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-293.732,19	-393.245	-448.200	-421.400	-427.800	-434.200
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-24.891,26	-28.195	-38.000	-35.900	-36.500	-37.000
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-63.382,00	-74.371	-76.800	-70.900	-71.900	-73.000
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-94.641,00	-95.500	-105.500	-105.500	-105.500	-105.500
		52510000 Haltung von Fahrzeugen	-4.879,24	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	-816,34	-500	-500	-500	-500	-500
		52810000 Sonstige Sachleistungen	-82,95	0	0	0	0	0
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-88.862,47	-90.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	-790,90	-6.373	-6.389	-5.102	-5.502	-5.902
		57115000 AfA auf Maschinen u. technische Anlagen	0,00	-440	-561	-561	-561	-561
		57116000 AfA auf Fahrzeuge	0,00	-5.273	-4.058	-3.500	-3.500	-3.500
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-659	-1.770	-1.041	-1.441	-1.841
		57312000 Sonstige Abschreibungen auf Forderungen	-790,90	0	0	0	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-114.184,61	-156.450	-171.420	-157.520	-158.820	-159.820
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-15.362,73	-11.000	-17.000	-12.000	-12.000	-12.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-15.523,50	-17.000	-17.000	-17.000	-17.000	-17.000
		54312000 Porto	-15.694,80	-13.500	-13.500	-13.500	-13.500	-13.500
		54313000 Telefon	-9.679,68	-8.500	-8.500	-8.500	-8.500	-8.500
		54315000 EDV-Aufwendungen	-47.220,02	-100.730	-107.600	-98.600	-99.600	-100.600
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	-9.486,05	-3.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
		54450000 sonstige Steuern	-72,00	-220	-220	-220	-220	-220
		54460000 Versicherungen	-1.145,83	-2.500	-2.600	-2.700	-3.000	-3.000
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-758.815,35**	**-921.594**	**-1.004.609**	**-957.022**	**-969.122**	**-981.022**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-50.470,23**	**-254.870**	**-294.283**	**-248.240**	**-260.340**	**-272.240**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
21	=	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	=	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-50.470,23**	**-254.870**	**-294.283**	**-248.240**	**-260.340**	**-272.240**
25	=	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	=	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-50.470,23**	**-254.870**	**-294.283**	**-248.240**	**-260.340**	**-272.240**
31	=	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-50.470,23**	**-254.870**	**-294.283**	**-248.240**	**-260.340**	**-272.240**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	9.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	9.000	0	0	0	0
33	=	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-50.470,23**	**-245.870**	**-294.283**	**-248.240**	**-260.340**	**-272.240**

Erläuterungen zu Zeile 4 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:
Verwaltungsgebühren (43110000):

Verwaltungsgebühr	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
Gebühren Gewerbe- und Gaststättenwesen	30.000	30.000	30.000	30.000
Gebühren verkehrsrechtl. Maßnahmen	400.000	400.000	400.000	400.000
Summe	**430.000**	**430.000**	**430.000**	**430.000**

Die Benutzungsgebühren (43210000) beinhalten die Gebühren für Sondernutzungserlaubnisse.

Erläuterungen zu Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Aufwendungen für ordnungsbehördliche Maßnahmen wie z.B. Abschleppkosten abgemeldeter Kraftfahrzeuge, Bestattung Verstorbene ohne Angehörige, Unterbringung Fundtiere, Untersuchungen i.R. Einweisung nach PsychKG, Aufwendungen für Seuchen- und Schädlingsbekämpfung

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	364.787,94	458.000	488.000	0	488.000	488.000	488.000
		63110000 Verwaltungsgebühren	341.250,94	400.000	430.000	0	430.000	430.000	430.000
		63210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	23.537,00	58.000	58.000	0	58.000	58.000	58.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.579,32	0	0	0	0	0	0
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.579,32	0	0	0	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	20.584,39	7.000	20.000	0	20.000	20.000	20.000
		64820000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. Gemeinden	387,26	0	0	0	0	0	0
		64860000 Erträge aus Kostenerstattungen etc.Sonderrechnung	0,00	2.000	0	0	0	0	0
		64880000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. übr. Bereich	20.197,13	5.000	20.000	0	20.000	20.000	20.000
7	+	Sonstige Einzahlungen	271.412,65	200.000	200.000	0	200.000	200.000	200.000
		65610000 Bußgelder	271.412,65	200.000	200.000	0	200.000	200.000	200.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**658.364,30**	**665.000**	**708.000**	**0**	**708.000**	**708.000**	**708.000**
10	-	Personalauszahlungen	-550.072,09	-663.271	-721.300	0	-688.900	-699.300	-709.800
		70110000 Bezüge Beamte	-167.537,95	-167.460	-158.300	0	-160.700	-163.100	-165.600
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-294.260,88	-393.245	-448.200	0	-421.400	-427.800	-434.200
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-24.891,26	-28.195	-38.000	0	-35.900	-36.500	-37.000
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-63.382,00	-74.371	-76.800	0	-70.900	-71.900	-73.000
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-96.790,05	-95.500	-105.500	0	-105.500	-105.500	-105.500
		72510000 Haltung von Fahrzeugen	-4.571,55	-5.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	-816,34	-500	-500	0	-500	-500	-500
		72810000 Sonstige Sachleistungen	-82,95	0	0	0	0	0	0
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-91.319,21	-90.000	-100.000	0	-100.000	-100.000	-100.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	-113.418,77	-156.450	-171.420	0	-157.520	-158.820	-159.820
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-14.382,65	-11.000	-17.000	0	-12.000	-12.000	-12.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-15.854,71	-17.000	-17.000	0	-17.000	-17.000	-17.000
		74312000 Porto	-15.577,83	-13.500	-13.500	0	-13.500	-13.500	-13.500
		74313000 Telefon	-9.679,68	-8.500	-8.500	0	-8.500	-8.500	-8.500
		74315000 EDV-Auszahlungen	-47.220,02	-100.730	-107.600	0	-98.600	-99.600	-100.600
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	-9.486,05	-3.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000
		74450000 sonstige Steuern	-72,00	-220	-220	0	-220	-220	-220
		74460000 Versicherungen	-1.145,83	-2.500	-2.600	0	-2.700	-3.000	-3.000
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-760.280,91**	**-915.221**	**-998.220**	**0**	**-951.920**	**-963.620**	**-975.120**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-101.916,61**	**-250.221**	**-290.220**	**0**	**-243.920**	**-255.620**	**-267.120**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-3.858,20	-39.500	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000
		78310000 Ausz. für den Erwerb von Vermögensgegenst.	-3.858,20	-39.500	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-3.858,20**	**-39.500**	**-10.000**	**0**	**-10.000**	**-10.000**	**-10.000**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-3.858,20**	**-39.500**	**-10.000**	**0**	**-10.000**	**-10.000**	**-10.000**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
unterhalb Wertgrenze:											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-3.858,20	-39.500	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-3.858,20	-39.500	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-3.858,20**	**-39.500**	**-10.000**	**0**	**-10.000**	**-10.000**	**-10.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-3.858,20**	**-39.500**	**-10.000**	**0**	**-10.000**	**-10.000**	**-10.000**	**0**	**0**

Investitionsprojekt 7.006017:
Anschaffung von Urnengrabplatten im Wert von 10.000 EURO pro Jahr für die Jahre 2023 – 2026.

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.02.02.01: Ordnungsangelegenheiten							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	12,59	12,59	12,59	12,59	12,59
OBMGHV	Ord.-beh. Maßn. Landeshundegesetz (Stück)	0,00	35,00	35,00	37,00	37,00	37,00
OBMUPK	Ord.-beh. Maßn. Unterbr. psych. Kranker (Stück)	0,00	75,00	75,00	70,00	70,00	70,00
BESTOA	Bestattungen ohne Angehörige (Stück)	0,00	16,00	18,00	20,00	20,00	20,00
ÜRVVV	Überw. ruh. Verkehr Verstöße/Verwarn. (Stück)	0,00	10.000,00	10.000,00	12.500,00	12.500,00	12.500,00
STVOG	Verkehrsregelnde Entscheid. nach STVO (Stück)	0,00	4.000,00	4.500,00	4.500,00	5.000,00	5.000,00
STVOSL	Verkehrsreg. Ent. STVO Schwerlastverkehr (Stück)	0,00	600,00	650,00	700,00	750,00	750,00
STVOSV	Verkehrsr. Ent. STVO Sonntagsfahrverbote (Stück)	0,00	2.500,00	3.000,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
STVOPG	Verkehrsr. Ent. STVO Parkgenehmigungen (Stück)	0,00	1.750,00	1.800,00	1.850,00	1.900,00	1.900,00

Haushaltsplan
2023

DEZ.II	**Dezernat II**
BUDGET.600	**Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**
BUDGET.601	**Bürgerservice und Ordnung allgemein**
1.100.02.02.02	**Bürgerbüro**

Beschreibung
Schwerpunktmäßig werden im Bürgerbüro derzeit die Aufgaben der städtischen Einwohnermeldebehörde wahrgenommen. Das Aufgabenspektrum im Ganzen umfasst folgende Tätigkeitsbereiche:

- Melde- und Passwesen
- Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Führungszeugnissen
- Ausstellung und Verlängerung von Fischereischeinen
- Erteilung von Anlieger-, Bewohner- und Handwerkerparkausweisen
- Entgegennahme und Weiterleitung von Führerscheinanträgen
- Bearbeitung von Fundsachen
- Schöffen- und Schiedswesen
- Amtliche Beglaubigungen

Zusätzlich wird eine Vielzahl von Formularen bereitgehalten, die auf Wunsch auch angenommen und weitergeleitet werden.

Zielgruppe
Einwohner/innen der Stadt Emmerich am Rhein, Auskunftssuchende

Allgemeine Zielsetzung
Behördendienstleistungen "aus einer Hand": Zahlreiche Produkte der Stadtverwaltung sowie Formulare und Auskünfte zu vielen Produkten anderer Behörden sollen zentral und digital erhalten werden.

- Umfassender Bürgerservice "auf kurzem Weg" und ohne lange Wartezeit
- Besonders kundenfreundliche Öffnungszeiten

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	171	519	519	519	519
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	171	519	519	519	519
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	175.780,05	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000
		43110000 Verwaltungsgebühren	175.780,05	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	533,14	0	0	0	0	0
		44870000 Ertr. Kostener. priv	533,14	0	0	0	0	0
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.661,73	0	0	0	0	0
		45610000 Bußgelder	3.587,33	0	0	0	0	0
		45910000 andere sonstige ordentliche Erträge	74,40	0	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**179.974,92**	**155.171**	**155.519**	**155.519**	**155.519**	**155.519**
11	-	Personalaufwendungen	-308.930,94	-325.335	-294.700	-299.100	-303.600	-308.100
		50110000 Bezüge Beamte	-48.755,65	-36.655	-33.500	-34.000	-34.500	-35.000
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-203.347,39	-224.655	-202.500	-205.500	-208.600	-211.800
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-15.578,94	-17.282	-15.700	-16.000	-16.200	-16.400
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-41.248,96	-46.743	-43.000	-43.600	-44.300	-44.900
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-111.067,91	-80.000	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-111.067,91	-80.000	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-171	-519	-519	-519	-519
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-171	-519	-519	-519	-519
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.830,46	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500
		54312000 Porto	-2.863,46	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
		54314000 Mitgliedsbeiträge	-967,00	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-423.829,31**	**-409.006**	**-408.719**	**-413.119**	**-417.619**	**-422.119**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-243.854,39**	**-253.835**	**-253.200**	**-257.600**	**-262.100**	**-266.600**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-243.854,39**	**-253.835**	**-253.200**	**-257.600**	**-262.100**	**-266.600**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-243.854,39**	**-253.835**	**-253.200**	**-257.600**	**-262.100**	**-266.600**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-243.854,39**	**-253.835**	**-253.200**	**-257.600**	**-262.100**	**-266.600**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-243.854,39**	**-249.835**	**-253.200**	**-257.600**	**-262.100**	**-266.600**

Erläuterungen zu Zeile 4 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:
Verwaltungsgebühren (43110000):
Die Verwaltungsgebühren umfassen Gebühren für Dienstleistungen in Bezug auf Meldeangelegenheiten, Ausweisdokumente, Führungszeugnisse, Führerscheinangelegenheiten, Fischereischeine sowie für den Einsatz von Schiedspersonen.

Erläuterungen zu Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (52910000):
Dieser Ansatz beinhaltet die Kosten der Schiedsmänner/-frauen sowie die Kosten der Pässe und Ausweise.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	166.379,95	155.000	155.000	0	155.000	155.000	155.000
		63110000 Verwaltungsgebühren	166.379,95	155.000	155.000	0	155.000	155.000	155.000
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	533,14	0	0	0	0	0	0
		64870000 Erträge aus Kostenerstattungen etc.private Untern	533,14	0	0	0	0	0	0
7	+	Sonstige Einzahlungen	1.206,12	0	0	0	0	0	0
		65610000 Bußgelder	1.131,72	0	0	0	0	0	0
		65910000 Andere sonstige ordentliche Erträge	74,40	0	0	0	0	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**168.119,21**	**155.000**	**155.000**	**0**	**155.000**	**155.000**	**155.000**
10	-	Personalauszahlungen	-306.071,32	-325.335	-294.700	0	-299.100	-303.600	-308.100
		70110000 Bezüge Beamte	-46.915,88	-36.655	-33.500	0	-34.000	-34.500	-35.000
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-203.375,09	-224.655	-202.500	0	-205.500	-208.600	-211.800
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-15.578,94	-17.282	-15.700	0	-16.000	-16.200	-16.400
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-40.201,41	-46.743	-43.000	0	-43.600	-44.300	-44.900
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-109.168,26	-80.000	-110.000	0	-110.000	-110.000	-110.000
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-109.168,26	-80.000	-110.000	0	-110.000	-110.000	-110.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	-3.884,69	-3.500	-3.500	0	-3.500	-3.500	-3.500
		74312000 Porto	-2.917,69	-2.500	-2.500	0	-2.500	-2.500	-2.500
		74314000 Mitgliedsbeiträge	-967,00	-1.000	-1.000	0	-1.000	-1.000	-1.000
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-419.124,27**	**-408.835**	**-408.200**	**0**	**-412.600**	**-417.100**	**-421.600**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-251.005,06**	**-253.835**	**-253.200**	**0**	**-257.600**	**-262.100**	**-266.600**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.02.02.02: Bürgerbüro							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	6,20	6,20	6,20	6,20	6,20
ANMELD	Anmeldungen (Personen)	0,00	1.950,00	1.950,00	1.975,00	2.000,00	2.000,00
ABMELD	Abmeldungen (Personen)	0,00	2.000,00	2.000,00	2.050,00	2.050,00	2.050,00
MELDBE	ausgestellte Meldbescheinigungen (Stück)	0,00	4.200,00	4.200,00	4.250,00	4.250,00	4.250,00
MELRAS	Melderegisterauskünfte (schriftlich) (Stück)	0,00	10.000,00	10.000,00	10.500,00	10.500,00	10.500,00
MELRAM	Melderegisterauskünfte (mündlich) (Stück)	0,00	900,00	950,00	1.000,00	1.150,00	1.150,00
POLFZ	Ausstellung polizeil. Führungszeugnisse (Stück)	0,00	1.500,00	1.550,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
BPA	Ausstellung Bundespersonalausweise (Stück)	0,00	2.900,00	3.100,00	3.200,00	3.300,00	3.300,00
EPA	Ausstellung Europässe (Stück)	0,00	1.050,00	1.050,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00
AFAHR	Anträge auf Fahrerlaubnis (Stück)	0,00	3.000,00	3.100,00	3.300,00	3.300,00	3.300,00
FUND	Fundsachen allgemein (Stück)	0,00	200,00	220,00	220,00	250,00	250,00

Haushaltsplan
2023

DEZ.II	**Dezernat II**
BUDGET.600	**Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**
BUDGET.601	**Bürgerservice und Ordnung allgemein**
1.100.02.02.03	**Personenstandswesen**

Beschreibung
Im Standesamt werden folgende Angelegenheiten bearbeitet:

- Beurkundung von Geburten
- Eheanmeldung und Eheschließung
- Nachbeurkundung von Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen im Ausland
- Beurkundung von Sterbefällen
- Fortführen von Personenstandsbüchern einschließlich Testamentskartei
- Informationen und Nachweise aus Personenstandsbüchern
- andere Beurkundungen, öffentliche Beglaubigungen
- Mitwirkung in Nachlassangelegenheiten
- behördliche Namensänderungen
- Vaterschaftsanerkennung

Zielgruppe
Alle Menschen, deren Personenstandsfälle in Emmerich am Rhein beurkundet werden unabhängig von deren Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit.

Allgemeine Zielsetzung
Das Standesamt erbringt Leistungen, die durch bestimmte Lebenslagen wie Geburt, Eheschließung, Todesfall, etc. geprägt sind.

Die Anmeldung eines Kindes nach der Geburt erfolgt beim Standesamt der Stadt, in der das Kind zur Welt gekommen ist. Spätestens fünf Werktage nach der Geburt sollte die Anmeldung erfolgt sein. Da das Willibrord-Spital in Emmerich am Rhein über keine eigene Entbindungsstation mehr verfügt, werden die meisten Emmericher "Neubürger" in anderen Städten geboren und somit auch in den dortigen Standesämtern angemeldet.

Die standesamtliche Trauung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Entsprechend hat das Standesamt sein Angebot an Dienstleistungen erweitert. Trauungen im Trauzimmer des Rathauses werden während der üblichen Öffnungszeiten sowie an ausgewählten Freitagnachmittagen und Samstagvormittagen angeboten. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich an bestimmten Sonderterminen auf Gut Falkenstein im Ortsteil Hüthum oder in der historischen Mühle im Ortsteil Elten das Ja-Wort zu geben. Im Dezember bietet das Standesamt außerdem die Möglichkeit für eine besonders romantische Candlelight-Trauung bei Kerzenschein auf Gut Falkenstein an.

Seit 2017 erfolgt die Nacherfassung der papiergebundenen Geburtsregister und Eheregister in elektronische Personenstandsregister (§ 69 Personenstandsverordnung). Die Erfassung des Geburtsjahrgangs 2001 sowie des Heiratsjahrgangs 1997 ist abgeschlossen. Weitere Jahrgänge werden sukzessive folgen.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.944,66	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
		43110000 Verwaltungsgebühren	35.944,66	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.453,00	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
		44210000 Erträge aus Verkauf	1.453,00	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**37.397,66**	**51.500**	**51.500**	**51.500**	**51.500**	**51.500**
11	-	Personalaufwendungen	-189.504,31	-171.032	-205.400	-208.500	-211.600	-214.800
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-150.155,34	-133.217	-160.000	-162.400	-164.800	-167.300
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-10.286,24	-10.424	-12.500	-12.700	-12.900	-13.100
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-29.062,73	-27.391	-32.900	-33.400	-33.900	-34.400
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.740,54	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
		52810000 Sonstige Sachleistungen	-6.740,54	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-165,00	-165	-165	-165	-165	-165
		54314000 Mitgliedsbeiträge	-165,00	-165	-165	-165	-165	-165
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-196.409,85**	**-179.197**	**-213.565**	**-216.665**	**-219.765**	**-222.965**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-159.012,19**	**-127.697**	**-162.065**	**-165.165**	**-168.265**	**-171.465**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-159.012,19**	**-127.697**	**-162.065**	**-165.165**	**-168.265**	**-171.465**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-159.012,19**	**-127.697**	**-162.065**	**-165.165**	**-168.265**	**-171.465**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-159.012,19**	**-127.697**	**-162.065**	**-165.165**	**-168.265**	**-171.465**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	2.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	2.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-159.012,19**	**-125.697**	**-162.065**	**-165.165**	**-168.265**	**-171.465**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	37.477,66	50.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000
		63110000 Verwaltungsgebühren	37.477,66	50.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.453,00	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
		64210000 Erträge aus Verkauf	1.453,00	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**38.930,66**	**51.500**	**51.500**	**0**	**51.500**	**51.500**	**51.500**
10	-	Personalauszahlungen	-190.152,78	-171.032	-205.400	0	-208.500	-211.600	-214.800
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-150.803,81	-133.217	-160.000	0	-162.400	-164.800	-167.300
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-10.286,24	-10.424	-12.500	0	-12.700	-12.900	-13.100
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-29.062,73	-27.391	-32.900	0	-33.400	-33.900	-34.400
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.268,74	-8.000	-8.000	0	-8.000	-8.000	-8.000
		72810000 Sonstige Sachleistungen	-6.268,74	-8.000	-8.000	0	-8.000	-8.000	-8.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	-165,00	-165	-165	0	-165	-165	-165
		74314000 Mitgliedsbeiträge	-165,00	-165	-165	0	-165	-165	-165
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-196.586,52**	**-179.197**	**-213.565**	**0**	**-216.665**	**-219.765**	**-222.965**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-157.655,86**	**-127.697**	**-162.065**	**0**	**-165.165**	**-168.265**	**-171.465**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.02.02.03: Personenstandswesen							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	2,20	2,20	2,20	2,20	2,20
EHESA	Anträge Eheschließung (Stück)	0,00	130,00	140,00	145,00	150,00	150,00
EHES	Eheschließungen (Stück)	0,00	125,00	130,00	130,00	140,00	140,00
STERBE	Sterbefälle (Stück)	0,00	470,00	450,00	400,00	400,00	400,00

Haushaltsplan
2023

DEZ.II	**Dezernat II**
BUDGET.600	**Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**
BUDGET.601	**Bürgerservice und Ordnung allgemein**
1.100.05.05.01	**Obdachlosenangelegenheiten**

Beschreibung
Das Produkt Obdachlosenangelegenheiten umfasst die Einweisung in Obdachlosenunterkünfte bei drohender oder eingetretener Obdachlosigkeit. Die Stadt Emmerich am Rhein unterhält zur vorübergehenden und nicht dauerhaften Unterbringung obdachloser Personen die Notunterkunft an der Tackenweide 17. Für Familien mit Kindern wird im Bedarfsfall eine separate Notunterkunft zur Verfügung gestellt. Die Bereitstellung eines Obdaches erfolgt im öffentlich-rechtlichen Rahmen, d.h. für die Bereitstellung wird eine Benutzungsgebühr erhoben, wodurch sich jedoch kein Mietverhältnis begründet.

Zielgruppe
Von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen

Allgemeine Zielsetzung
Vorübergehende und nicht dauerhafte Unterbringung in Notunterkünften

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	387	355	0	0	0
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	387	355	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	880,60	0	0	0	0	0
		42910000 Andere sonstige Transfererträge	880,60	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34.966,52	40.000	30.000	30.000	30.000	30.000
		43210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	34.966,52	40.000	30.000	30.000	30.000	30.000
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**35.847,12**	**40.387**	**30.355**	**30.000**	**30.000**	**30.000**
11	-	Personalaufwendungen	-37.522,55	-37.311	-30.300	-30.800	-31.200	-31.700
		50110000 Bezüge Beamte	-20.621,76	-20.575	-19.100	-19.400	-19.700	-20.000
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-13.256,79	-13.098	-7.600	-7.800	-7.900	-8.000
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-1.068,05	-1.064	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-2.575,95	-2.574	-2.600	-2.600	-2.600	-2.700
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.423,46	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	-6.397,38	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-6.026,08	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	-5.431,68	-586	-457	-102	-102	-34
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-586	-457	-102	-102	-34
		57312000 Sonstige Abschreibungen auf Forderungen	-5.431,68	0	0	0	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-2.500	0	0	0	0
		54290000 Sonst. Aufw. Inanspr. Rechte u. Dienste	0,00	-2.500	0	0	0	0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-55.377,69**	**-49.397**	**-39.757**	**-39.902**	**-40.302**	**-40.734**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-19.530,57**	**-9.010**	**-9.402**	**-9.902**	**-10.302**	**-10.734**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-19.530,57**	**-9.010**	**-9.402**	**-9.902**	**-10.302**	**-10.734**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-19.530,57**	**-9.010**	**-9.402**	**-9.902**	**-10.302**	**-10.734**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-19.530,57**	**-9.010**	**-9.402**	**-9.902**	**-10.302**	**-10.734**
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-19.530,57**	**-9.010**	**-9.402**	**-9.902**	**-10.302**	**-10.734**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR 1	Ansatz 2022 EUR 2	Ansatz 2023 EUR 3	VE Gesamt EUR 4	Planung 2024 EUR 5	Planung 2025 EUR 6	Planung 2026 EUR 7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	28.615,67	40.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
		63110000 Verwaltungsgebühren	200,00	0	0	0	0	0	0
		63210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	28.415,67	40.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**28.615,67**	**40.000**	**30.000**	**0**	**30.000**	**30.000**	**30.000**
10	-	Personalauszahlungen	-37.531,32	-37.311	-30.300	0	-30.800	-31.200	-31.700
		70110000 Bezüge Beamte	-20.628,97	-20.575	-19.100	0	-19.400	-19.700	-20.000
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-13.258,35	-13.098	-7.600	0	-7.800	-7.900	-8.000
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-1.068,05	-1.064	-1.000	0	-1.000	-1.000	-1.000
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-2.575,95	-2.574	-2.600	0	-2.600	-2.600	-2.700
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-7.846,12	-9.000	-9.000	0	-9.000	-9.000	-9.000
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	-6.397,38	-6.000	-6.000	0	-6.000	-6.000	-6.000
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-1.448,74	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	0,00	-2.500	0	0	0	0	0
		74290000 Sonstige Aufw. für die Inanspruchnahme von Diens	0,00	-2.500	0	0	0	0	0
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-45.377,44**	**-48.811**	**-39.300**	**0**	**-39.800**	**-40.200**	**-40.700**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-16.761,77**	**-8.811**	**-9.300**	**0**	**-9.800**	**-10.200**	**-10.700**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021 1	Ansatz 2022 2	Ansatz 2023 3	Planung 2024 4	Planung 2025 5	Planung 2026 6
1.100.05.05.01: Obdachlosenangelegenheiten							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60
UNPERS	Untergebrachte Obdachlose (Personen)	0,00	15,00	17,00	20,00	20,00	20,00

Haushaltsplan
2023

DEZ.II	**Dezernat II**
BUDGET.600	**Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**
BUDGET.601	**Bürgerservice und Ordnung allgemein**
1.100.10.02.01	**Wohnungsbauförderung**

Beschreibung
Im Rahmen der Wohnungsbauförderung ist der Fachbereich 6 – Bürgerservice und Ordnung - zuständig für die sog. Wohnungsbindung für staatlich geförderte Wohnungen nach dem Wohnungsbindungsgesetz.

Die Erteilung von Wohnberechtigungsbescheinigungen, die Überwachung der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen und die Einhaltung der Kostenmiete gehören zu diesem Aufgabengebiet ebenso wie die Erstellung des Mietspiegels – die Übersicht ortsüblicher Vergleichsmieten für frei finanzierten Wohnungsbau.

Zielgruppe
Mieter und Wohnungseigentümer

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.356,00	900	900	900	900	900
		43110000 Verwaltungsgebühren	1.356,00	900	900	900	900	900
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.648,40	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
		44810000 Ertr. Kostener. Land	1.648,40	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**3.004,40**	**2.600**	**2.600**	**2.600**	**2.600**	**2.600**
11	-	Personalaufwendungen	-12.558,08	-33.152	-30.000	-30.600	-31.200	-31.800
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-9.750,95	-25.817	-23.300	-23.700	-24.200	-24.700
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-754,63	-1.981	-1.800	-1.900	-1.900	-1.900
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-2.052,50	-5.354	-4.900	-5.000	-5.100	-5.200
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	-11,25	0	0	0	0	0
		57312000 Sonstige Abschreibungen auf Forderungen	-11,25	0	0	0	0	0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-12.569,33**	**-33.152**	**-30.000**	**-30.600**	**-31.200**	**-31.800**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-9.564,93**	**-30.552**	**-27.400**	**-28.000**	**-28.600**	**-29.200**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-9.564,93**	**-30.552**	**-27.400**	**-28.000**	**-28.600**	**-29.200**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-9.564,93**	**-30.552**	**-27.400**	**-28.000**	**-28.600**	**-29.200**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-9.564,93**	**-30.552**	**-27.400**	**-28.000**	**-28.600**	**-29.200**
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-9.564,93**	**-30.552**	**-27.400**	**-28.000**	**-28.600**	**-29.200**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.244,60	900	900	0	900	900	900
		63110000 Verwaltungsgebühren	1.244,60	900	900	0	900	900	900
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.648,40	1.700	1.700	0	1.700	1.700	1.700
		64810000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. Land	1.648,40	1.700	1.700	0	1.700	1.700	1.700
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.893,00**	**2.600**	**2.600**	**0**	**2.600**	**2.600**	**2.600**
10	-	Personalauszahlungen	-12.890,67	-33.152	-30.000	0	-30.600	-31.200	-31.800
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-10.083,54	-25.817	-23.300	0	-23.700	-24.200	-24.700
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-754,63	-1.981	-1.800	0	-1.900	-1.900	-1.900
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-2.052,50	-5.354	-4.900	0	-5.000	-5.100	-5.200
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-12.890,67**	**-33.152**	**-30.000**	**0**	**-30.600**	**-31.200**	**-31.800**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-9.997,67**	**-30.552**	**-27.400**	**0**	**-28.000**	**-28.600**	**-29.200**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.10.02.01: Wohnungsbauförderung							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	0,80	0,80	0,80	0,80	0,80
ERTWBS	Erteilte Wohnberechtigungsscheine (Stück)	0,00	70,00	75,00	80,00	85,00	85,00
ÖKWBS	Örtliche Kontrollen (WBS) (Stück)	0,00	65,00	75,00	75,00	80,00	80,00

Haushaltsplan
2023

DEZ.II	**Dezernat II**
BUDGET.600	**Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**
BUDGET.601	**Bürgerservice und Ordnung allgemein**
1.100.12.01.03	**Parkraumbewirtschaftung**

Beschreibung
Parkraumbewirtschaftung ist die zielgerichtete Steuerung des Verhältnisses von Parkplatzsuchverkehr zur Anzahl verfügbarer Parkplätze im öffentlichen Straßenraum. Grundsätze zur Parkraumbewirtschaftung hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein in dem im Jahr 2007 von ihm beschlossenen Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Innenstadt Emmerich am Rhein niedergelegt. Im Innenstadtgebiet sind sieben Parkscheinautomaten aufgestellt. Der Fachbereich 6 – Bürgerservice und Ordnung - ist für die Vereinnahmung der Parkgebühren und die Unterhaltung der Parkscheinautomaten verantwortlich. Auf Grundlage des § 46 StVO werden Ausnahmegenehmigungen von Halte- und Parkverboten erteilt.

Allgemeine Zielsetzung
Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstadt durch monetäre Bewirtschaftung in den zentralen Bereichen, Reduzierung von Binnen- und Parksuchverkehren durch unterschiedliche Funktionen der Parkplätze und ein übersichtliches abgestimmtes Gebührensystem, Bereitstellung von Parkraum für Bewohner und Anlieger in der Innenstadt.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	3.476	3.136	3.135	3.136	3.135
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	3.135	3.136	3.135	3.136	3.135
		41617000 Ertr.SoPo-Aufl. priv. Unternehmen	0,00	341	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	180.333,53	198.000	198.000	198.000	198.000	198.000
		43110000 Verwaltungsgebühren	24.080,00	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000
		43210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	156.253,53	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**180.333,53**	**201.476**	**201.136**	**201.135**	**201.136**	**201.135**
11	-	Personalaufwendungen	-15.306,77	-26.858	-25.300	-25.700	-26.100	-26.500
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-12.164,42	-23.968	-21.800	-22.100	-22.500	-22.800
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-930,26	-781	-1.700	-1.800	-1.800	-1.800
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-2.212,09	-2.109	-1.800	-1.800	-1.800	-1.900
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.431,96	-5.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	-9.165,19	-5.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-266,77	0	0	0	0	0
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-5.969	-4.908	-4.908	-4.908	-4.908
		57115000 AfA auf Maschinen u. technische Anlagen	0,00	-5.969	-4.908	-4.908	-4.908	-4.908
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.458,98	-3.000	-500	-500	-500	-500
		54891001 Aufwand aus Bankgebühren	-2.458,98	-3.000	-500	-500	-500	-500
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-27.197,71**	**-40.827**	**-37.708**	**-38.108**	**-38.508**	**-38.908**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**153.135,82**	**160.650**	**163.428**	**163.028**	**162.628**	**162.228**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**153.135,82**	**160.650**	**163.428**	**163.028**	**162.628**	**162.228**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**153.135,82**	**160.650**	**163.428**	**163.028**	**162.628**	**162.228**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**153.135,82**	**160.650**	**163.428**	**163.028**	**162.628**	**162.228**
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**153.135,82**	**160.650**	**163.428**	**163.028**	**162.628**	**162.228**

Erläuterungen zu Zeile 4 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:
Verwaltungsgebühren (43110000):
Der Ansatz beinhaltet Gebühren für Ausnahmegenehmigungen von der StVO im Hinblick auf das Halten und Parken.

Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (43210000):
Der Ansatz beinhaltet die Einnahmen der Parkscheinautomaten.

Erläuterungen zu Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens (52550000):
Ansatz für die Unterhaltung und den Betrieb der Parkscheinautomaten.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	175.903,42	198.000	198.000	0	198.000	198.000	198.000
		63110000 Verwaltungsgebühren	23.822,50	18.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
		63210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	152.080,92	180.000	180.000	0	180.000	180.000	180.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**175.903,42**	**198.000**	**198.000**	**0**	**198.000**	**198.000**	**198.000**
10	-	Personalauszahlungen	-15.070,24	-26.858	-25.300	0	-25.700	-26.100	-26.500
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-12.189,78	-23.968	-21.800	0	-22.100	-22.500	-22.800
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-930,26	-781	-1.700	0	-1.800	-1.800	-1.800
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-1.950,20	-2.109	-1.800	0	-1.800	-1.800	-1.900
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.486,42	-5.000	-7.000	0	-7.000	-7.000	-7.000
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	-4.219,65	-5.000	-7.000	0	-7.000	-7.000	-7.000
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-266,77	0	0	0	0	0	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-1.915,92	-3.000	-500	0	-500	-500	-500
		74891001 Aufwand aus Bankgebühren	-1.915,92	-3.000	-500	0	-500	-500	-500
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-21.472,58**	**-34.858**	**-32.800**	**0**	**-33.200**	**-33.600**	**-34.000**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**154.430,84**	**163.142**	**165.200**	**0**	**164.800**	**164.400**	**164.000**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.12.01.03: Parkraumbewirtschaftung							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	0,55	0,55	0,55	0,55	0,55

Haushaltsplan
2023

DEZ.II	**Dezernat II**
BUDGET.600	**Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**
BUDGET.602	**Bevölkerungs- und Brandschutz**
1.100.02.03.01	**Bevölkerungs- und Brandschutz**

Beschreibung
Der Bevölkerungsschutz umfasst alle nichtpolizeilichen und nichtmilitärischen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und Ihrer Lebensgrundlagen vor Katastrophen und anderen schweren Notlagen sowie den Auswirkungen von Kriegen und bewaffneten Konflikten.
Der Bevölkerungsschutz umfasst auch Maßnahmen zur Vermeidung, Begrenzung und Bewältigung der genannten Ereignisse.

Der Aufgabenbereich des Brandschutzes ist unterteilt in den abwehrenden und vorbeugenden Brandschutz. Der abwehrende Brandschutz umfasst die Bekämpfung von Schadensfeuer, die Hilfeleistung bei Unglücksfällen wie Verkehrsunfällen, Hochwasser, Stromausfall und Explosionen. Der vorbeugende Brandschutz umfasst die Durchführung der vorgeschriebenen Brandschauen, die Gestellung von Brandsicherheitswachen, die Unterhaltung und Überprüfung der Löschwasservorhaltung, die Brandschutzerziehung in Schulen und Kindergärten sowie die Brandschutzerklärung der Bevölkerung.

Im Rahmen des abwehrenden Brandschutzes hat die Stadt Emmerich am Rhein eine leistungsfähige Feuerwehr vorzuhalten. Der Nachweis hierüber wird über den Brandschutzbedarfsplan der Stadt erbracht. Gem. § 3 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz sind die Gemeinden verpflichtet, Brandschutzbedarfspläne aufzustellen und alle 5 Jahre fortzuschreiben. Die Federführung obliegt dem Fachbereich 6 – Bürgerservice und Ordnung. Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans in der aktuellen Fassung ist durch den Rat am 01.04.2014 beschlossen worden.

Nach Erstellung des neuen Brandschutzbedarfsplans im Jahr 2021 ist bei der Bezirksregierung Düsseldorf auf Grundlage der Beantragung eine Ausnahmegenehmigung für die Befreiung von der Einrichtung und dem Betrieb einer ständig besetzten Feuerwache mit hauptamtlichen Kräften erteilt worden. Diese ist für die Dauer von 6 Jahren befristet.

Zielgruppe
Einwohner/innen, Behörden und Institutionen, Bauherren und Architekten

Allgemeine Zielsetzung
Gewährleistung eines effektiven Bevölkerungsschutzes bei außergewöhnlichen Ereignissen, Krisen und großen Schadenslagen.
Vorhaltung einer leistungsfähigen Feuerwehr, Überprüfung der Gebäude und Einrichtungen nach der Objektliste innerhalb von 6 Jahren.
Jährliche Überprüfungen der Hydranten und Löschbrunnen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.953,51	174.424	176.755	180.587	187.897	195.581
		41410000 Zuw.lfd.Zw. Land	9.554,51	0	0	0	0	0
		41470000 Zuw.lfd.Zw. privater Bereich	399,00	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	161.378	163.176	158.508	157.318	156.502
		41611001 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	9.200	9.733	18.233	26.733	35.233
		41615000 Erträge a. d. SoPO-Auflösung Zusch. verb	0,00	1.195	1.195	1.195	1.195	1.195
		41618000 Erträge aus der SoPO-Auflösung Zuschüsse	0,00	51	51	51	51	51
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	19.222,37	21.000	21.000	21.000	21.000	21.000
		43110000 Verwaltungsgebühren	1.664,45	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
		43210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	17.557,92	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.180,39	10.000	10.800	10.800	10.800	10.800
		44800000 Ertr. Kostener. Bund	0,00	800	800	800	800	800
		44810000 Ertr. Kostener. Land	5.180,39	9.200	10.000	10.000	10.000	10.000
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**34.356,27**	**205.424**	**208.555**	**212.387**	**219.697**	**227.381**
11	-	Personalaufwendungen	-225.371,91	-374.366	-232.400	-235.900	-239.400	-243.000
		50110000 Bezüge Beamte	-118.145,93	-157.412	-139.500	-141.600	-143.700	-145.900
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-82.937,52	-187.876	-69.700	-70.700	-71.800	-72.900
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-6.420,69	-5.714	-5.200	-5.300	-5.300	-5.400
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-17.867,77	-23.364	-18.000	-18.300	-18.600	-18.800
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-170.847,80	-233.233	-462.500	-207.500	-204.500	-207.500
		52420000 Unterh. u. Bew. Infrastrukturvermögen	-23.216,15	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
		52510000 Haltung von Fahrzeugen	-79.343,52	-58.327	-195.000	-75.000	-75.000	-75.000
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	-63.402,48	-146.306	-220.000	-100.000	-100.000	-100.000
		52810000 Sonstige Sachleistungen	0,00	-1.600	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-4.885,65	-12.000	-30.000	-15.000	-12.000	-15.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	-240,00	-267.532	-268.347	-257.993	-262.621	-264.701
		57110000 AfA auf Sachanlagen	0,00	-3.202	-3.106	-3.260	-3.428	-3.450
		57111000 AfA auf immaterielle Vermögensgegenst.	0,00	-375	-851	-534	-375	-375
		57114000 AfA auf das Infrastrukturverm	0,00	-780	-780	-780	-780	-780
		57115000 AfA auf Maschinen u. technische Anlagen	0,00	-41.682	-51.925	-46.014	-47.299	-49.358
		57116000 AfA auf Fahrzeuge	0,00	-199.222	-182.749	-186.630	-189.963	-189.963
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-22.271	-28.936	-20.776	-20.776	-20.776
		57312000 Sonstige Abschreibungen auf Forderungen	-240,00	0	0	0	0	0
15	-	Transferaufwendungen	-7.539,62	-6.400	-6.500	-6.500	-6.500	-6.500
		53180000 Zuweis.lfd.Zw. übrige Bereiche	-7.539,62	-6.400	-6.500	-6.500	-6.500	-6.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-99.460,14	-118.890	-138.900	-136.400	-136.600	-136.800
		54110000 Sonstige Personal- und Versorgungsaufw.	-8.930,00	-8.600	-8.600	-8.600	-8.600	-8.600

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-540,74	-4.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
		54210000 Aufwendungen für ehrenamtl. Tätigkeiten	-45.877,77	-54.000	-69.000	-69.000	-69.000	-69.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-3.200,37	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
		54312000 Porto	-358,36	-300	-300	-300	-300	-300
		54313000 Telefon	-4.694,96	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500
		54314000 Mitgliedsbeiträge	-2.071,00	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100
		54315000 EDV-Aufwendungen	-13.701,01	-19.390	-20.400	-17.900	-18.100	-18.300
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	-2.359,45	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
		54460000 Versicherungen	-17.726,48	-19.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-503.459,47**	**-1.000.421**	**-1.108.647**	**-844.293**	**-849.621**	**-858.501**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-469.103,20**	**-794.997**	**-900.092**	**-631.907**	**-629.925**	**-631.121**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-469.103,20**	**-794.997**	**-900.092**	**-631.907**	**-629.925**	**-631.121**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-469.103,20**	**-794.997**	**-900.092**	**-631.907**	**-629.925**	**-631.121**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-469.103,20**	**-794.997**	**-900.092**	**-631.907**	**-629.925**	**-631.121**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	10.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	10.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-469.103,20**	**-784.997**	**-900.092**	**-631.907**	**-629.925**	**-631.121**

Erläuterungen zu Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Unterhaltung und Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens (52420000):
Aufwendungen für die Reparatur, Wartung und Kontrolle der Hydranten.

Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens (52550000):
Der Ansatz beinhaltet die Aufwendungen für die Ersatzbeschaffungen von Schutzausrüstung und Uniformen, die Unterhaltung des Atemschutzes, die Wartung von Messgeräten und Gerätehauseinrichtungen, die Instandhaltung und Prüfung der Geräte auf den Fahrzeugen, die Beschaffung von Spinden und für die Ersatzbeschaffung defekter Akkus. Im Jahr 2023 wird zusätzlich ein Ansatz in Höhe von 100.000 Euro für den Katastrophenschutz veranschlagt.

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (52910000):
Dieser Ansatz beinhaltet Aufwendungen für amtsärztliche Untersuchungen (7.000 Euro p.a.), Aufwendungen für das Atemschutztraining (5.000 Euro in 2024 und 2026), das Fahrsicherheitstraining (2.000 Euro in 2023 und 2025.), für Veranstaltungen der Kinder- und Jugendfeuerwehr sowie der Ehrenabteilung (3.000 Euro p.a.), für die Mitgliederwerbung (15.000 Euro in 2023) und für die Fremdeinspeisung an Tankstellen (3.000 Euro in 2023).

Erläuterungen zu Zeile 15 - Transferaufwendungen:
Zuweisung für laufende Zwecke an übrige Bereiche (53180000):
Zuschüsse für Kameradschaftsabende.

Erläuterungen zu Zeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen:
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen (54110000):
Aufwandsentschädigungen für Wehrführer und Funktionsträger gemäß der Satzung über die Aufwandsentschädigungen.

Besondere Aufwendungen für Beschäftigte (54120000):
Fortbildungsaufwendungen für die hauptamtlichen Kräfte.

Haushaltsplan
2023

Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten (54210000):
Aufwandsentschädigung für die geleisteten Einsätze (30.000 Euro), Aufwendungen für die Personalfreistellung der jeweiligen Arbeitgeber – Lohnausfall (20.000 Euro), Fahrtkosten (10.000 Euro) und Aufwendungen für Führerscheine etc. (9.000 Euro).

Sonstige Geschäftsaufwendungen (54319000):
Der Ansatz beinhaltet die Aufwendungen für die Hallenbenutzungsgebühren, für die Verpflegung bei Einsätzen und für die Kinderfeuerwehr für Lehr- und Lernmittel.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.953,51	2.600	2.600	0	2.600	2.600	2.600
		61410000 Zuw.u. Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	9.554,51	0	0	0	0	0	0
		61470000 Zuw.u. Zuschüsse für laufende Zwecke von Privaten	399,00	2.600	2.600	0	2.600	2.600	2.600
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.639,76	21.000	21.000	0	21.000	21.000	21.000
		63110000 Verwaltungsgebühren	1.778,05	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
		63210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	14.861,71	18.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	10.404,76	10.000	10.800	0	10.800	10.800	10.800
		64800000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. Bund	0,00	800	800	0	800	800	800
		64810000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. Land	10.404,76	9.200	10.000	0	10.000	10.000	10.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**36.998,03**	**33.600**	**34.400**	**0**	**34.400**	**34.400**	**34.400**
10	-	Personalauszahlungen	-225.558,70	-374.366	-232.400	0	-235.900	-239.400	-243.000
		70110000 Bezüge Beamte	-118.303,39	-157.412	-139.500	0	-141.600	-143.700	-145.900
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-82.966,85	-187.876	-69.700	0	-70.700	-71.800	-72.900
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-6.420,69	-5.714	-5.200	0	-5.300	-5.300	-5.400
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-17.867,77	-23.364	-18.000	0	-18.300	-18.600	-18.800
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-165.697,80	-233.233	-462.500	0	-207.500	-204.500	-207.500
		72420000 Unterh. und Bew. Infrastrukturvermögen	-20.837,17	-15.000	-15.000	0	-15.000	-15.000	-15.000
		72510000 Haltung von Fahrzeugen	-74.643,35	-58.327	-195.000	0	-75.000	-75.000	-75.000
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	-64.488,49	-146.306	-220.000	0	-100.000	-100.000	-100.000
		72810000 Sonstige Sachleistungen	0,00	-1.600	-2.500	0	-2.500	-2.500	-2.500
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-5.728,79	-12.000	-30.000	0	-15.000	-12.000	-15.000
14	-	Transferauszahlungen	-7.419,62	-6.400	-6.500	0	-6.500	-6.500	-6.500
		73180000 Zuweis. und Zuschüsse für laufende Zwecke an übBer	-7.419,62	-6.400	-6.500	0	-6.500	-6.500	-6.500
15	-	Sonstige Auszahlungen	-103.657,49	-118.890	-138.900	0	-136.400	-136.600	-136.800
		74110000 Sonstige Personal- und Versorgungsauszahlungen	-8.905,00	-8.600	-8.600	0	-8.600	-8.600	-8.600
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-583,34	-4.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000
		74210000 Auszahl. für ehrenamtliche und sonstige Tätigk	-49.239,90	-54.000	-69.000	0	-69.000	-69.000	-69.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-2.773,98	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000
		74312000 Porto	-360,34	-300	-300	0	-300	-300	-300
		74313000 Telefon	-4.694,96	-4.500	-4.500	0	-4.500	-4.500	-4.500
		74314000 Mitgliedsbeiträge	-2.071,00	-2.100	-2.100	0	-2.100	-2.100	-2.100
		74315000 EDV-Auszahlungen	-13.701,01	-19.390	-20.400	0	-17.900	-18.100	-18.300
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	-3.601,48	-5.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000
		74460000 Versicherungen	-17.726,48	-19.000	-25.000	0	-25.000	-25.000	-25.000

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
16	=	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-502.333,61**	**-732.889**	**-840.300**	**0**	**-586.300**	**-587.000**	**-593.800**
17	=	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-465.335,58**	**-699.289**	**-805.900**	**0**	**-551.900**	**-552.600**	**-559.400**
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	148.733,97	69.000	85.000	0	85.000	85.000	85.000
		68110000 Investitionszuweisungen vom Land	148.733,97	69.000	85.000	0	85.000	85.000	85.000
23	=	**Summe (investive Einzahlungen)**	**148.733,97**	**69.000**	**85.000**	**0**	**85.000**	**85.000**	**85.000**
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-5.000	0	0	0	0
		78510000 Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	0,00	0	-5.000	0	0	0	0
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-675.818,39	-91.100	-442.800	-50.000	-104.800	-45.800	-45.800
		78310000 Ausz. für den Erwerb von Vermögensgegenst.	-675.818,39	-91.100	-442.800	-50.000	-104.800	-45.800	-45.800
30	=	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-675.818,39**	**-91.100**	**-447.800**	**-50.000**	**-104.800**	**-45.800**	**-45.800**
31	=	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-527.084,42**	**-22.100**	**-362.800**	**-50.000**	**-19.800**	**39.200**	**39.200**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7006008: Ansch. VG>800,- Feuerwehr											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-8.759,46	-85.300	-87.000	0	-49.000	-40.000	-40.000	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-8.759,46	-85.300	-87.000	0	-49.000	-40.000	-40.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-8.759,46**	**-85.300**	**-87.000**	**0**	**-49.000**	**-40.000**	**-40.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-8.759,46**	**-85.300**	**-87.000**	**0**	**-49.000**	**-40.000**	**-40.000**	**0**	**0**

<u>Investitionsprojekt 7.006008:</u>
Pauschalansatz 2023-2026 je 30.000 Euro
sowie die Anschaffung von

- 5 Stromersatzanlagen für die Gerätehäuser von 2023-2026 je 10.000 Euro pro Jahr
- Prüfgerät für Atemschutzgeräte in Höhe von 22.000 Euro (2023)
- Prüfgerät für Atemschutzmasken in Höhe von 9.000 Euro (2024)
- 8 Sirenen in Höhe von insgesamt 25.000 Euro (2023)

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7006014: FW Hüthum Anschaffung LF 10 für LF 16/25											
1	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	67.253,09	0	0	0	0	0	0	0	0
		68110000 Invest.-Zuw.Land	67.253,09	0	0	0	0	0	0	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**67.253,09**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-304.557,66	0	0	0	0	0	0	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-304.557,66	0	0	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-304.557,66**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-237.304,57**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7006015: FW Stadt Anschaffung HLF 20 für LF 16/25											
6	=	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-306.950,34	0	0	0	0	0	0	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-306.950,34	0	0	0	0	0	0	0	0
13	=	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-306.950,34**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	=	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-306.950,34**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7006023: FW Mehrzweckboot Rhein											
6	=	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	-150.000	0	0	0	0	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	0,00	0	-150.000	0	0	0	0	0	0
13	=	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	=	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Beschaffung eines Feuerwehrbootes für den Rhein.

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7006024: FW Neubau Übungsturm											
6	=	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-5.000	0	0	0	0	0	0
		78510000 Ausz Hochbau	0,00	0	-5.000	0	0	0	0	0	0
13	=	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**-5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	=	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**-5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Neubau eines Übungsturmes für die Feuerwehr.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7006025: Pauschale Katastrophenschutz											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	-200.000	0	0	0	0	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	0,00	0	-200.000	0	0	0	0	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**-200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**-200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Pauschale für Katastrophenschutz in 2023.

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
unterhalb Wertgrenze:											
1	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	81.480,88	69.000	85.000	0	85.000	85.000	85.000	0	0
		68110000 Invest.-Zuw.Land	81.480,88	69.000	85.000	0	85.000	85.000	85.000	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**81.480,88**	**69.000**	**85.000**	**0**	**85.000**	**85.000**	**85.000**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-55.550,93	-5.800	-5.800	-50.000	-55.800	-5.800	-5.800	0	0
						davon 2024 -50.000 2025 0 2026 0					
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-55.550,93	-5.800	-5.800	-50.000	-55.800	-5.800	-5.800	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-55.550,93**	**-5.800**	**-5.800**	**-50.000**	**-55.800**	**-5.800**	**-5.800**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**25.929,95**	**63.200**	**79.200**	**-50.000**	**29.200**	**79.200**	**79.200**	**0**	**0**

Investitionsprojekt 7.006010:
Errichtung von zwei Feuerlöschbrunnen pro Jahr in Höhe von je 2.900 Euro.

Investitionsprojekt 7.006018:
Aus Mitteln der Feuerschutzsteuer erhalten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen seit 2002 eine Feuerschutzpauschale. Dabei handelt es sich um eine fachbezogene Investitionspauschale, die ausschließlich für Investitionen im Bereich des Feuerschutzes verwendet werden darf. Die Feuerschutzpauschale wurde in Höhe von 85.000 Euro p.a. eingeplant.

Investitionsprojekt 7.006022:
Anschaffung eines Kommandofahrzeuges in 2024 Höhe von 50.000 Euro.

Haushaltsplan
2023

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.02.03.01: Bevölkerungs- und Brandschutz							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50
EBSG	Einsätze Brandschutz gesamt (Stück)	0,00	300,00	350,00	350,00	375,00	375,00
EBSBB	Einsätze Brandschutz Brandbekämpfung (Stück)	0,00	100,00	100,00	110,00	110,00	110,00
EFLB	Einsätze Feuerlöschboot (Stück)	0,00	15,00	15,00	17,00	17,00	17,00
BSIWA	Brandsicherheitswachen (Stück)	0,00	20,00	40,00	40,00	50,00	50,00
BSCHAU	Brandschauen (Stück)	0,00	40,00	40,00	45,00	50,00	50,00
VERBS	Veranstaltungen Brandschutz (Stück)	0,00	15,00	25,00	30,00	30,00	30,00

Haushaltsplan
2023

DEZ.II	**Dezernat II**
BUDGET.600	**Fachbereich 6 - Bürgerservice u. Ordnung**
BUDGET.603	**Märkte**
1.100.15.02.01	**Märkte**

Beschreibung
Das Produkt Märkte ist eine kostenrechnende Einrichtung und beinhaltet die Organisation und Überwachung der Wochenmärkte und der Kirmesveranstaltungen.

Zielgruppe
Markt- und Kirmesbeschicker, Besucher und Kunden der Kirmessen und Märkte, Anlieger der Veranstaltungsplätze

Allgemeine Zielsetzung
Förderung eines attraktiven Markt- und Kirmesangebotes für Besucher und Kunden dieser Veranstaltungen, größtmögliche Zufriedenheit von Veranstaltungsbeschickern und Besuchern bzw. Kunden, ordnungsgemäße Durchführung von Veranstaltungen, Steigerung der Besucherzahlen sowie Kostendeckung dieser kostenrechnenden Einrichtung.

Schwerpunktsetzung im Planjahr
Verlegung des Wochenmarktes auf den Neumarkt

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	100	100	100	100	100
		41617000 Ertr.SoPo-Aufl. priv. Unternehmen	0,00	100	100	100	100	100
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.298,14	22.000	20.000	20.000	20.000	20.000
		43211000 Benutzungsgebühren Wochenmärkte	12.298,14	15.000	13.000	13.000	13.000	13.000
		43212000 Benutzungsgebühren Jahrmärkte	0,00	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.572,46	7.800	9.000	9.000	9.000	9.000
		44610000 Sonstige privatr. Leistungsentgelte	0,00	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
		44611000 Sonst. privatrecht. Leistungsentgelte Wo	3.572,46	2.800	4.000	4.000	4.000	4.000
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**15.870,60**	**29.900**	**29.100**	**29.100**	**29.100**	**29.100**
11	-	Personalaufwendungen	-32.228,17	-32.118	-29.600	-30.100	-30.500	-30.900
		50110000 Bezüge Beamte	-1.282,94	-1.319	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-24.048,65	-23.929	-21.700	-22.000	-22.300	-22.700
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-1.866,64	-1.858	-1.800	-1.900	-1.900	-1.900
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-5.029,94	-5.012	-4.800	-4.900	-5.000	-5.000
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.491,49	-18.500	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000
		52350000 Aufw. lfd.Verw. verbundene Unternehmen	0,00	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
		52410000 Unterh. und Bew. der Grundstücke und bau	-2.491,49	-5.000	-6.500	-6.500	-6.500	-6.500
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	0,00	-5.500	-7.500	-7.500	-7.500	-7.500
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-621	-621	-621	-621	-621
		57115000 AfA auf Maschinen u. technische Anlagen	0,00	-621	-621	-621	-621	-621
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-262,84	-960	-1.160	-1.160	-1.160	-1.160
		54313000 Telefon	-262,84	-260	-260	-260	-260	-260
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	0,00	-700	-900	-900	-900	-900
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-34.982,50**	**-52.199**	**-53.381**	**-53.881**	**-54.281**	**-54.681**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-19.111,90**	**-22.299**	**-24.281**	**-24.781**	**-25.181**	**-25.581**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-19.111,90**	**-22.299**	**-24.281**	**-24.781**	**-25.181**	**-25.581**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-19.111,90**	**-22.299**	**-24.281**	**-24.781**	**-25.181**	**-25.581**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-19.111,90**	**-22.299**	**-24.281**	**-24.781**	**-25.181**	**-25.581**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	1.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	1.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-19.111,90**	**-21.299**	**-24.281**	**-24.781**	**-25.181**	**-25.581**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.573,28	22.000	20.000	0	20.000	20.000	20.000
		63211000 Benutzungsgebühren Wochenmärkte	11.573,28	15.000	13.000	0	13.000	13.000	13.000
		63212000 Benutzungsgebühren Jahrmärkte	0,00	7.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.592,14	7.800	9.000	0	9.000	9.000	9.000
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
		64611000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	3.592,14	2.800	4.000	0	4.000	4.000	4.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**15.165,42**	**29.800**	**29.000**	**0**	**29.000**	**29.000**	**29.000**
10	-	Personalauszahlungen	-32.253,77	-32.118	-29.600	0	-30.100	-30.500	-30.900
		70110000 Bezüge Beamte	-1.282,74	-1.319	-1.300	0	-1.300	-1.300	-1.300
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-24.074,45	-23.929	-21.700	0	-22.000	-22.300	-22.700
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-1.866,64	-1.858	-1.800	0	-1.900	-1.900	-1.900
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-5.029,94	-5.012	-4.800	0	-4.900	-5.000	-5.000
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.006,32	-18.500	-22.000	0	-22.000	-22.000	-22.000
		72350000 Aufwandserst. lfd. Verwaltungstätig. an verb. Unt	0,00	-8.000	-8.000	0	-8.000	-8.000	-8.000
		72410000 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen	-3.006,32	-5.000	-6.500	0	-6.500	-6.500	-6.500
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	-5.500	-7.500	0	-7.500	-7.500	-7.500
15	-	Sonstige Auszahlungen	-262,84	-960	-1.160	0	-1.160	-1.160	-1.160
		74313000 Telefon	-262,84	-260	-260	0	-260	-260	-260
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	0,00	-700	-900	0	-900	-900	-900
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-35.522,93**	**-51.578**	**-52.760**	**0**	**-53.260**	**-53.660**	**-54.060**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-20.357,51**	**-21.778**	**-23.760**	**0**	**-24.260**	**-24.660**	**-25.060**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.15.02.01: Märkte							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	0,56	0,56	0,56	0,56	0,56
MFLGES	Marktfläche gesamt (m2)	0,00	3.440,00	3.440,00	3.440,00	3.440,00	3.440,00
MBESCH	Marktbeschicker (duschn. mtl.) (Personen)	0,00	36,00	40,00	40,00	40,00	40,00
JMFLG	Jahrmarkt Fläche gesamt (m2)	0,00	5.150,00	5.150,00	5.150,00	5.150,00	5.150,00
JKFLG	Kirmesfläche gesamt (m2)	0,00	5.150,00	5.150,00	5.150,00	5.150,00	5.150,00
JMSCH	Schausteller Jahrmärkte (Stück)	0,00	70,00	70,00	70,00	70,00	70,00

Ö 14

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**06 - 17 0773/2022**	**18.10.2022**

Betreff

Sitzbänke mit Notfallnummern versehen;
hier: Eingabe Nr. 24/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, den Antrag abzulehnen und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob in Einzelfällen die Kennzeichnung von Bänken im Außenbereich, z.B. in Waldgebieten, sinnvoll und zielführend ist.

Sachdarstellung :

Antragsgegenstand ist die Anbringung von so genannten Notrufplaketten auf sämtlichen Sitzbänken im Stadtgebiet Emmerich a. Rh. Auf jeder Plakette wird ein einheitlich generierter Code abgebildet, der im Notfall der Leitstelle und Rettungskräften den Rückschluss auf den konkreten Standort des Hilfesuchenden geben kann.

Das System der Notfallplakette erscheint bei erster Betrachtung eingängig und hilfreich bei der Bestimmung des Standortes des Hilfesuchenden. Bei weiterer Betrachtung ist zu diesem Verfahren allerdings auch festzuhalten, dass es sich hierbei um ein solches Verfahren handelt, bei welchem die jeweiligen Daten manuell erfasst und gepflegt werden müssen. Das bedeutet, dass für jede einzelne Parkbank im Stadtgebiet der konkrete Standort georeferenziert und in die Datenbänke der Rettungskräfte eingestellt werden muss. Bei Standortveränderungen bedarf es folglich der manuellen Änderung der Daten in sämtlichen Datenbanken. Im Notfall selbst führen Übermittlungsfehler, so z.B. Zahlendreher bei den jeweils verwendeten Zahlencodes, oder auch eine einschränkte Handlungsfähigkeit des Hilfesuchenden zu einer fehlerhaften Bestimmung der Örtlichkeit, welche wiederum sein Auffinden erschwert.

Die Kreisleitstelle verfügt über eine Software, über welche diese in der Lage ist, den Anrufer über sein Smartphone zu orten, d.h. die Standortdaten und sogar Bilder der Örtlichkeit können auf diesem Wege unmittelbar an die Leitstelle übertragen werden. Eine konkrete Standortbenennung durch den Anrufer unter Bezugnahme auf die Notfallplakette wird insoweit entbehrlich. Da auch im Falle der Nutzung der Notfallplaketten der Einsatz eines Telefons bzw. Smartphones erforderlich ist, lässt sich aus deren Anbringung kein Vorteil ableiten, der gegenüber der erforderlich werdenden Erfassung und Pflege der Daten überwiegt.

Lediglich für die Standorte im Außenbereich, insbesondere in Waldgebieten, in welchen aufgrund nur unzureichender Einwahlmöglichkeiten in das Mobilfunknetz, eine Ortung nicht bzw. nur eingeschränkt erforderlich ist, wäre die Anbringung der Notfallplaketten im jeweiligen Einzelfall zu prüfen, um im diesen Fall die Möglichkeiten, den Hilfesuchenden aufzufinden, zu optimieren.

Die voraussichtlich entstehenden Kosten für solch eine Maßnahme können im derzeitigen Stadium noch nicht hinreichend eingeschätzt werden, da hierzu eine Betrachtung der konkreten Standorte der jeweiligen Sitzbänke im Einzelfall erforderlich wird. Während sich voraussichtlich die Kosten der Herstellung der einzelnen Schilder als relativ gering darstellen dürften, stellt der Aufwand durch ein regelmäßiges Kontrollerfordernis der Schilder sowie die Pflege der dazugehörigen Datenbank einen wesentlich höheren Kostenfaktor dar.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Abhängig von der konkreten Anzahl der zu bestückenden Sitzbänke.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 4 und 5.

Peter Hinze
Bürgermeister

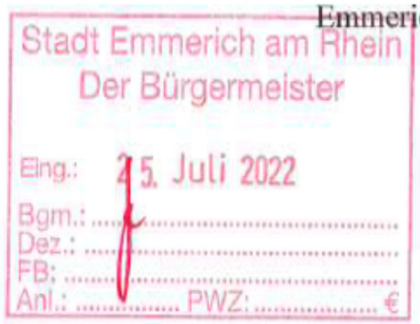
Anlage/n:
Eingabe Nr. 24 2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 14

[redacted]

Emmerich,23.07.2022

Herr Bürgermeister Peter Hinze
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein



Anregung gemäß §24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen und §4 der Hauptsatzung der Stadt Emmerich:

Sitzbänke in der Stadt mit einfachen Notfall Nummern zu versehen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinze,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

Hiermit **stelle ich den Antrag Sitzbänke in Emmerich und anderen Ortsteilen mit einfachen Notfallnummern zu versehen.**

Das Ziel ist, dass die Einsatzkräfte, die die Sitzbank-Notfallnummern gespeichert haben müssen, in kürzester Zeit, ohne lange zu suchen, zum richtigen Einsatzort geleitet werden können.

Begründung:

Was in Rees umgesetzt ist, muss selbstverständlich auch für Emmerich möglich sein. Es geht schließlich darum – in unseren insbesondere großen Rad- und Wanderwegen - wo die Orientierung oft schwer fällt, und es wenige Anhaltspunkte zur Ortsbeschreibung gibt – mittels einer unkomplizierten Sitzbank-Notfallnummer den Standort zu konkretisieren. Bei einem Notruf über 112 oder einer anderen Notrufnummer muss die Notfallnummer der nächstliegenden Parkbank angegeben werden. Ist der Einsatzort präzise über die Sitzbank-Notfallnummer bestimmbar, kann schnell Hilfe geschickt werden und kann Leben retten. Lange, unpräzise und zeitraubende Durchsagen sind entbehrlich und nicht notwendig. Die Vorteile liegen auf der Hand.

MFG
[redacted]

Ihr Standort im Notfall
REE 1.101
Standort bei Notruf angeben!
Notruf 112

Ö 15

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

Emmericher Werbegemeinschaft e.V.

		TOP Vorlagen-Nr.	Datum
Eingabe	**öffentlich**	**06 - 17 0840/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Schaffung kostenfreier Pkw-Parkplätze im Parkplatzbereich des Geistmarktes;
hier: Eingabe Nr. 34/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, unverzüglich die Erhebung von Parkgebühren auf dem Parkplatz ”Geistmarkt” bei gleichzeitiger Einführung einer Bewirtschaftung durch Parkscheibe mit einer Höchstparkdauer von 2 Stunden bis einschließlich 31.01.2023 auszusetzen.

Sachverhalt :

Die Emmericher Werbegemeinschaft e.V. wendet sich mit dem Anliegen an die Stadt Emmerich a.Rh., kurzfristig die Erhebung von Parkgebühren auf dem Parkplatz Geistmarkt zu Gunsten einer Bewirtschaftung mittels Parkscheibe und einer Höchstparkdauer von 2 Stunden, bis zum 01.04.2022 auszusetzen.

Begründet wird dieses Anliegen unter anderem im Wesentlichen mit der aktuellen Baustellensituation in der Innenstadt, welche derzeitig nur eine sehr eingeschränkte Nutzbarkeit der Parkplätze auf dem Neumarkt sowie auf dem Parkplatz ”Paaltjessteege” (Gesamtschule) ermöglicht. Gleichzeitig wird seit einigen Wochen das Parkhaus im Rhein-Center wieder bewirtschaftet, so dass die seit einigen Jahren bestehende Möglichkeit des kostenfreien Parkens im Rhein-Center weggefallen ist.

Von der vorgenannten Maßnahme verspricht sich die Emmericher Werbegemeinschaft hierdurch die Sicherstellung des Weihnachtsgeschäfts für Händler und Gastronomen ebenso wie einen Ausgleich möglicher Mindereinnahmen angesichts der derzeitigen allgemeinen Wirtschaftslage.

Unstreitig standen die innerstädtischen Parkplätze Neumarkt und Paaltjessteege bedingt durch die Baumaßnahmen am Neumarkt sowie an der Gesamtschule in den vergangenen Monaten nur bedingt zur Verfügung. Mittlerweile nähern sich beide Baumaßnahmen ihrem Ende.

Aus den aktuellen Bauzeitenplänen ergibt sich, dass der Parkplatz Paaltjessteege bis auf eine geringfügige Einschränkung im Bereich der Zuwegung zum Schulhof der Gesamtschule nach den Weihnachtsferien, d.h. voraussichtlich ab dem 13.01.2023 - bestenfalls sogar einige Tage früher - , wieder zu Parkzwecken zur Verfügung stehen wird. Die Parkfläche auf dem Neumarkt wird voraussichtlich bis zum 31.01.2023 fertig gestellt und zur Nutzung freigegeben.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt stehen auf den besagten Flächen knapp 150 Parkplätze im innerstädtischen Bereich wieder zur Verfügung und können insbesondere durch die Kunden der Einzelhändler und Gastronomen genutzt werden. Hinzu kommt, dass nach Fertigstellung des Bauvorhabens Neumarkt nochmals 80 Stellplätze in der zugehörigen Tiefgarage für einen Zeitraum von 3 Stunden kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, die durch die Kunden der Einzelhändler genutzt werden können.

Somit wird sich spätestens ab dem 31.01.2023 die von der Emmericher Werbegemeinschaft bemängelte Parksituation auflösen, so dass ab diesem Zeitpunkt kein Sachgrund mehr besteht, auf die Einnahme von Parkgebühren im Bereich des Parkplatzes Geistmarkt zu verzichten. Da auch die Parkplätze Neumarkt und Paaltjessteege dem Besucher ermöglichen, fußläufig nicht nur zu den Geschäften im Innenstadtbereich, sondern auch zur Rheinpromenade zu gelangen, wird durch diese Vorgehensweise sowohl den Interessen der Antragsteller genügt als auch der Zeitraum des teilweisen Verzichts auf die Einnahmen durch die Erhebung von Parkgebühren hinreichend Rechnung getragen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Mindereinnahmen bei der Parkraumbewirtschaftung im betreffenden Zeitraum.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 2.3.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Eingabe Nr. 34/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 15

Emmericher Werbegemeinschaft e. V.

Rheinpromenade 27 • 46446 Emmerich am Rhein • Tel.: 0 28 22 / 93 10 15 • Fax: 0 28 22 / 93 10 20

Die EWG informiert • gemeinsam für Emmerich am Rhein

Wir sind Emmerich & du
Emmericher Werbegemeinschaft e.V.

Emmericher Werbegemeinschaft e. V.
Rheinpromenade 27 /c/o Wifo GmbH, 46446 Emmerich am Rhein

Stadt Emmerich am Rhein
Bürgermeister
Herr Peter Hinze
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 04. Nov. 2022
Bgm.:
Dez.:
FB:
Anl.: PWZ: €

Eingabe/Antrag an den Rat
Nr. 34 / 20 22
Eingang am: 4.11.22
zur Kenntnis an
I
II o. III
FB (o. s.) 6
Vorlage zur Sitzung Vw.-
Vorstand am
Anlage (n):

Emmerich am Rhein, den 03.11.2022

Schaffung kostenfreier Parkplätze am Geistmarkt

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Schaffung kostenfreier PKW-Parkplätze im bereits vorhandenen kostenpflichtigen Parkplatzbereich des Geistmarktes für eine Parkzeit von 2 Stunden / Parkplatznutzer im Rahmen der Nutzung von Parkscheiben.

Begründung:
In den letzten Wochen hat sich die Parkplatzsituation für unsere Kunden in Emmerich dramatisch verschlechtert.
Fast jedes Kundengespräch startet mit der Thematik des Parkplatzproblems.
Der Grund hierfür liegt an den derzeit vielen Baustellen und das seit kurzem verhältnismäßigen sehr teuren Parken im Parkhaus des Rewe Centers.
Gespräche seitens der Stadt mit dem Parkhausbetreiber führten zu keinem Ergebnis.

Aufgrund dieser Parkplatzsituation und der derzeit auch sehr unsicheren wirtschaftlichen Lage, wird folgender Antrag vom Vorstand der Emmericher Werbegemeinschaft gestellt.

Kurzfristige Umstellung der kostenpflichtigen Parkplätze am Geistmarkt für die nächsten Monate bis zum 01.04.2022 zu einer kostenfreien Nutzung mit der Parkzeitdauer von 2 Stunden unter Verwendung von Parkscheiben.

Für unser Kunden und Besucher wäre es so möglich, kostenfrei zu parken.
Das würde den Händler und Gastronomen helfen, besser mit der wirtschaftlichen Lage umzugehen, da die Erreichbarkeit der Innenstadt und der Rheinpromenade sich deutlich verbessern würde.

Mit freundlichen Grüßen

Ufuk Cosguner
Vorsitzender der Emmericher Werbegemeinschaft

Parkplatzproblematik

In den letzten Wochen hat sich die Parkplatzsituation für unsere Kunden
in Emmerich dramatisch verschlechtert.
Fast jedes Kundengespräch fängt mit diesem Thema an.
Der Grund liegt an den vielen Baustellen und das seit kurzem kostenpflichtigen
teuren Parken im Parkhaus des Rewe Centers.
Gespräche seitens der Stadt mit dem Parkhausbetreiber führten zu keinem Ergebnis.

Aufgrund dieser Parkplatzsituation und der derzeit auch sehr unsicheren wirtschaftlichen Lage
Ist folgender Vorschlag seitens der EWG entstanden.

Parkplatz Geistmarkt

Den Parkplatz für die nächsten Monate bis zum Frühjahr Sommer auf Parkscheiben Regelung

mit der Parkzeitdauer von 2 Stunden umzustellen.

Für unser Kunden und Besucher wäre es so möglich kostenfrei zu parken .
Das würde uns Händler und Gastronomen helfen besser durch den Winter zu kommen,
da die Erreichbarkeit der Innenstadt und der Rheinpromenade sich deutlich verbessern würde.

Ö 16

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**13 - 17 0836/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 013 - "Öffentlichkeitsarbeit"

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 013 ”Kommunikation & Archiv” für das Jahr 2023 im Ergebnishaushalt auf 364.789 Euro, im Finanzhaushalt der laufenden Verwaltungstätigkeit auf 349.840 Euro fest.

Sachdarstellung :

Am 18.10.2022 wurde der Entwurf des Haushaltsplanes 2023 durch den Bürgermeister und die Stadtkämmerin in den Rat eingebracht und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen. Seit diesem Zeitpunkt steht die Verwaltung für Rückfragen zur Verfügung.

Im Rahmen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses stellt Tim Terhorst - Leiter der Stabsstelle ”Kommunikation und Archiv” und somit Budgetverantwortlicher, das Budget der Stabsstelle 13 den Ausschussmitgliedern nochmals produktbezogen vor.

Der entsprechende Auszug aus dem Haushaltsplan 2023 liegt als Anlage bei.
Der Haupt- und Finanzausschuss legt die Zuschüsse des Budgets 013 - ”Kommunikation und Archiv” fest und berät die im Budgetbeschluss dargestellten Leistungs- und Finanzziele.

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2023 wird zur weiteren Beratung vorgestellt und zur Kenntnis gegeben.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2023 vorgesehen. Produkt: sh. Anlage

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
13 - 17 0836/2022 _ A 1 _ Budget 013 - Öffentlichkeitsarbeit -

DEZ.I **Dezernat I**
BUDGET.013 **13 - Kommunikation und Archiv**
1.100.01.07.01 **Kommunikation und Archiv**

Beschreibung
Die Stabsstelle Kommunikation und Archiv ist verantwortlich für die öffentliche Gesamtdarstellung der Stadt Emmerich am Rhein gegenüber Bürgerinnen und Bürgern sowie den Medien. Die Stabsstelle fungiert als zentraler Ansprechpartner im Rathaus für regionale und überregionale Pressevertreter, verantwortet die Formulierung und den Versand von Pressemitteilungen und organisiert in diesem Zusammenhang Pressegespräche und Interviews. Außerdem identifiziert die Stabsstelle öffentlichkeitsrelevante Themen und Projekte in den Fachbereichen und unterstützt bei der entsprechenden öffentlichkeitswirksamen Aufbereitung.

Die Stabsstelle ist zudem verantwortlich für den Internetauftritt der Stadt Emmerich am Rhein und die Kommunikation über die sozialen Medien, sowie sämtliche Veröffentlichungen der Stadtverwaltung. Außerdem obliegt der Stabsstelle die Betreuung des elektronischen Beschwerde- und Ideenmanagementsystems (Mängelmelders) für die Stadtverwaltung.

Der Stabsstelle ist darüber hinaus auch das Stadtarchiv zugeordnet, das aktuell im Rheinmuseum untergebracht ist. Das Archiv dokumentiert die Handlungs-, Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse der Stadt Emmerich am Rhein. Dies geschieht durch die Bewertung, Erschließung und Verwahrung von historisch wertvollen Aufzeichnungen, Dokumenten, sowie Fotografien und audiovisuellen Medien.

Als Referent des Bürgermeisters ist der Leiter der Stabsstelle zudem zuständig für die Vor- und Nachbereitung von ausgewählten Terminen und Besprechungen des Bürgermeisters und die Erstellung von Grußwörtern und Ansprachen des Bürgermeisters bzw. seiner Stellvertreter. Als Euregio-Kontaktperson steht er als Ansprechpartner für grenzüberschreitende Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Rathauses zur Verfügung.

Zielgruppe
Einwohner/innen der Stadt Emmerich am Rhein, Presse und andere Medien, politische Entscheidungsträger, Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung

Allgemeine Zielsetzung

Kommunikation

- Schnelle und umfassende Beantwortung von Presseanfragen
- Zielgruppenorientierte Aufbereitung relevanter Themen für sämtliche Kommunikationskanäle (Presse, Internet, soziale Medien)
- Zeitnahe Bearbeitung/Beantwortung von elektronisch eingegangenen Bürgeranfragen (u.a. über den „Mängelmelder“)
- Organisation von Pressegesprächen und Interviews
- Ausarbeitung von Grußwörtern, Ansprachen und Redebeiträgen des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter
- Redaktion sämtlicher städtischen Veröffentlichungen der Stadtverwaltung
- Fachbereichsübergreifende Beratung, Koordination und Abstimmung bei der Erarbeitung redaktioneller Themen, Formate und Konzeptionen

Archiv

- Lagerung und Katalogisierung aller Akten, Pläne und Rechtsdokumente, sobald sie von den Fachbereichen aus der lfd. Bearbeitung an das Archiv abgegeben werden
- Restaurierung, Erhalt und Digitalisierung von Altbeständen
- Umfassende und lückenlose Dokumentation der Stadtgeschichte
- Betreuung der Nutzer, die mit berechtigtem Interesse nach dem Archivgesetz Zugriff auf die Archivdaten nehmen

Schwerpunktsetzung Planjahr(e)

Kommunikation

- Etablierung des neuen Corporate Designs inkl. neuem Stadtlogo in der Stadtgesellschaft zum Zwecke einer einheitlicheren Außendarstellung der Stadt
- Umstellung der städtischen Internetseite auf ein neues Corporate Management System (CMS) inklusive Relaunch der kompletten Seite
- Integration von weiteren Online-Diensten in den Internetauftritt der Stadt Emmerich am Rhein (z.B. mittels Formularassistenten)
- Erprobung und Nutzung weiterer Kommunikationskanäle bzw. –formate (z.B. Instagram, Videos, Podcasts, etc.)

Archiv

- Weitere konzeptionelle Ausrichtung des Stadtarchivs (z.B. unter Hinzuziehung der Archivberatung des LVR)
- Erhalt und Sicherung der vorhandenen Archivbestände durch verstärkte Digitalisierung
- Restaurierung und Reinigung von z.T. schwer beschädigten Beständen
- Steigerung der online verfügbaren Archivbestände für die Öffentlichkeit
- Archivierung der Online-Kanäle (Internet, Facebook) der Stadt Emmerich am Rhein
- Gleichzeitig gilt es das Stadtarchiv und seine Bestände durch eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit ein gesteigertes Interesse für die Bestände zu wecken (z.B. durch Ausstellungen, Publikationen)

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.477,81	13.893	14.148	13.832	13.599	13.599
		41400000 Zuw.lfd.Zw. Bund	0,00	11.790	0	0	0	0
		41420000 Zuw.lfd.Zw. Gemeinden	5.477,81	0	10.860	10.860	10.860	10.860
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	2.103	3.288	2.972	2.739	2.739
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.375,87	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
		43110000 Verwaltungsgebühren	3.375,87	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.500,00	2.100	0	0	0	0
		44800000 Ertr. Kostener. Bund	1.500,00	2.100	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**10.353,68**	**18.493**	**16.648**	**16.332**	**16.099**	**16.099**
11	-	Personalaufwendungen	-248.043,63	-337.053	-282.700	-286.800	-238.800	-242.400
		50110000 Bezüge Beamte	-22.125,04	-22.845	-20.900	-21.200	-21.500	-21.900
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-177.253,56	-248.141	-203.900	-206.900	-169.400	-171.900
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-13.692,09	-17.413	-15.600	-15.800	-12.900	-13.100
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-34.972,94	-48.654	-42.300	-42.900	-35.000	-35.500
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-42.889,97	-68.100	-57.600	-44.600	-44.600	-44.600
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	-1.491,51	-1.000	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
		52810000 Sonstige Sachleistungen	-41.398,46	-47.100	-40.100	-37.100	-37.100	-37.100
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	0,00	-20.000	-15.000	-5.000	-5.000	-5.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-23.404	-18.238	-5.306	-5.672	-6.272
		57111000 AfA auf immaterielle Vermögensgegenst.	0,00	-9.387	-4.472	-5.072	-5.672	-6.272
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-14.017	-13.765	-234	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-9.256,13	-20.880	-22.900	-20.900	-21.100	-21.300
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-645,75	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-2.423,11	-1.700	-1.700	-1.700	-1.700	-1.700
		54312000 Porto	-168,64	-200	-200	-200	-200	-200
		54313000 Telefon	-1.492,60	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
		54314000 Mitgliedsbeiträge	0,00	-500	-500	-500	-500	-500
		54315000 EDV-Aufwendungen	-4.526,03	-15.280	-17.300	-15.300	-15.500	-15.700
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-300.189,73**	**-449.437**	**-381.438**	**-357.606**	**-310.172**	**-314.572**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-289.836,05**	**-430.944**	**-364.789**	**-341.274**	**-294.074**	**-298.474**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-289.836,05**	**-430.944**	**-364.789**	**-341.274**	**-294.074**	**-298.474**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-289.836,05**	**-430.944**	**-364.789**	**-341.274**	**-294.074**	**-298.474**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-289.836,05**	**-430.944**	**-364.789**	**-341.274**	**-294.074**	**-298.474**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-289.836,05**	**-426.944**	**-364.789**	**-341.274**	**-294.074**	**-298.474**

Erläuterungen zu Zeile 2 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen:
Zuwendungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke Gemeinden (41420000):
60 %-Förderung durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) für die Restaurierung und den Bestanderhalt des Stadtarchivs.

Erläuterung zu Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (52810000):
Nach sorgfältiger Bestandserhebung durch den Stadtarchivar in den Jahren 2020/2021 hat sich herausgestellt, dass im Stadtarchiv Emmerich zahlreiche Akten und Bestände durch unzureichende Lagerung und Verpackung über die Jahre hinweg erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden. Schädlingsbefall und Verschmutzung waren die Folge. Um den gesetzlichen Pflichten zur Bestandssicherung nachzukommen, sind im Vergleich zu den Vorjahren zusätzlich 5.000 Euro pro Jahr für die Restaurierung, Reinigung und Digitalisierung von Altbeständen vorzusehen.

Der entsprechende Ansatz für das Sachkonto beträgt insgesamt 41.100 Euro, die sich wie folgt aufteilen:

- Kosten für übliche Sachleistungen im Bereich Kommunikation (Druck, Anzeigen, "Unser Emmerich", Layouts etc.): 12.000 Euro
- Restaurierung und Bestandserhalt des Stadtarchivs: 18.100 Euro
- Erstellung Urkundenbuch: 5.000 Euro (fortlaufender Posten)
- Öffentlichkeitsarbeit Archiv (z.B. Ausstellungen): 2.000 Euro
- Archivierung Website-Content und Facebook-Account: 3.000 Euro

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (52910000):
Für die Implementierung des neuen Corporate Designs werden einmalig 10.000 Euro eingeplant, sodass sich mit der jährlichen Pauschale in Höhe von 5.000 Euro ein Gesamtansatz von 15.000 Euro ergibt.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.477,81	11.790	10.860	0	10.860	10.860	10.860
		61400000 Zuw.u. Zuschüsse für laufende Zwecke vom Bund	0,00	11.790	0	0	0	0	0
		61420000 Zuw.u. Zuschüsse für laufende Zwecke vom Gemeinde	5.477,81	0	10.860	0	10.860	10.860	10.860
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.219,65	2.500	2.500	0	2.500	2.500	2.500
		63110000 Verwaltungsgebühren	3.219,65	2.500	2.500	0	2.500	2.500	2.500
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.500,00	2.100	0	0	0	0	0
		64800000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. Bund	1.500,00	2.100	0	0	0	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**10.197,46**	**16.390**	**13.360**	**0**	**13.360**	**13.360**	**13.360**
10	-	Personalauszahlungen	-248.059,54	-337.053	-282.700	0	-286.800	-238.800	-242.400
		70110000 Bezüge Beamte	-22.121,61	-22.845	-20.900	0	-21.200	-21.500	-21.900
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-177.272,90	-248.141	-203.900	0	-206.900	-169.400	-171.900
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-13.692,09	-17.413	-15.600	0	-15.800	-12.900	-13.100
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-34.972,94	-48.654	-42.300	0	-42.900	-35.000	-35.500
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-40.284,51	-68.100	-57.600	0	-44.600	-44.600	-44.600
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	-1.491,51	-1.000	-2.500	0	-2.500	-2.500	-2.500
		72810000 Sonstige Sachleistungen	-38.793,00	-47.100	-40.100	0	-37.100	-37.100	-37.100
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	-20.000	-15.000	0	-5.000	-5.000	-5.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	-9.260,84	-20.880	-22.900	0	-20.900	-21.100	-21.300
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-645,75	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-2.423,11	-1.700	-1.700	0	-1.700	-1.700	-1.700
		74312000 Porto	-173,35	-200	-200	0	-200	-200	-200
		74313000 Telefon	-1.492,60	-1.200	-1.200	0	-1.200	-1.200	-1.200
		74314000 Mitgliedsbeiträge	0,00	-500	-500	0	-500	-500	-500
		74315000 EDV-Auszahlungen	-4.526,03	-15.280	-17.300	0	-15.300	-15.500	-15.700
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-297.604,89**	**-426.033**	**-363.200**	**0**	**-352.300**	**-304.500**	**-308.300**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-287.407,43**	**-409.643**	**-349.840**	**0**	**-338.940**	**-291.140**	**-294.940**
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	31.000,00	0	0	0	0	0	0
		68180000 Investitionszuschüsse von übrigen Bereichen	31.000,00	0	0	0	0	0	0
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**31.000,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-41.636,80	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000
		78310000 Ausz. für den Erwerb von Vermögensgegenst.	-41.636,80	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-41.636,80**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**-3.000**	**-3.000**	**-3.000**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-10.636,80**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**-3.000**	**-3.000**	**-3.000**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR 1	Ansatz 2022 EUR 2	Ansatz 2023 EUR 3	VE Gesamt EUR 4	Planung 2024 EUR 5	Planung 2025 EUR 6	Planung 2026 EUR 7	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR 8	Gesamt-zah-lungen EUR 9
unterhalb Wertgrenze:											
1	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	31.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0
		68180000 Invest.-Zuw.übrBerei	31.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**31.000,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-41.636,80	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-41.636,80	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-41.636,80**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**-3.000**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-10.636,80**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**-3.000**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**0**

Es werden Modulerweiterungen (Digitalisierung/E-Government/Relaunch) der Homepage in Höhe von je 3.000 Euro jährlich eingeplant.

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021 1	Ansatz 2022 2	Ansatz 2023 3	Planung 2024 4	Planung 2025 5	Planung 2026 6
1.100.01.07.01: Kommunikation und Archiv							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	3,50	3,50	3,50	3,50	3,50
PANF	Presseanfragen/ -auskünfte (Stück)	238,00	220,00	220,00	210,00	200,00	200,00
BPANF	davon beantwort. innerh. eines Werktages (%)	94,20	95,00	95,00	95,00	95,00	95,00
PGE	Pressegespräche (Stück)	22,00	40,00	35,00	30,00	25,00	25,00
PMIT	Pressemitteilungen (Stück)	190,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00
BINT	Besucher der Internetseite (Personen)	521.732,00	350.000,00	360.000,00	370.000,00	380.000,00	390.000,00
BDINT	Besucher im Bereich "Dienstleistungen" (Personen)	44.431,00	45.000,00	50.000,00	55.000,00	60.000,00	65.000,00
GMFACE	"Gefällt mir"-Angaben Facebook-Account (Stück)	4.628,00	5.000,00	5.300,00	5.500,00	5.600,00	5.600,00
VERAN	betreute Veranstaltungen/Projekte (Stück)	20,00	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00
RABMS	Registr. Anfragen/Beschw. im BMS (Stück)	386,00	260,00	600,00	600,00	600,00	600,00
BBMS	durchschn. Dauer d. Bearb. BMS in Tagen (Tage)	16,50	9,00	8,00	8,00	8,00	8,00
ERAKT	Gesamtzahl erschlossene Einheiten/Akten (Stück)	1.212,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
ANTNUT	Eingegangene Anträge zur Nutzung Archivg (Stück)	258,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
ERDIGI	Erstellte Digitalisate (Stück)	2.561,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00

Ö 17

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**14 - 17 0831/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 014 - "Örtliche Rechnungsprüfung"

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt das Budget 014 - ”Örtliche Rechnungsprüfung” und legt den Zuschussbedarf für das Jahr 2023 im Ergebnis- und Finanzhaushalt auf 251.650 Euro fest.

Sachdarstellung :

Am 18.10.2022 wurde der Entwurf der Haushaltssatzung 2023 durch den Bürgermeister und die Stadtkämmerin in den Rat eingebracht und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Dieser Vorlage ist als Anlage der Teilergebnis- und der Teilfinanzplan der örtlichen Rechnungsprüfung, sowie die Produktbeschreibung beigefügt.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2023 vorgesehen. Produkt: siehe Anlage.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
14 - 17 0831/2022 _ A 1 _ Budget 014

DEZ.I Dezernat I
BUDGET.014 14 - Örtliche Rechnungsprüfung
1.100.01.05.01 Örtliche Rechnungsprüfung

Beschreibung
Prüfung des Jahresabschlusses und des Gesamtabschlusses der Stadt. Die Durchführung der Sonderprüfungen gemäß Rechnungsprüfungsordnung, Kassenprüfungen und dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung, sowie die Prüfung von Vergaben.

Zielgruppe
Rat und Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Emmerich am Rhein, Verwaltungsvorstand, Fachbereiche und Eigenbetriebe der Gesamtverwaltung, Kuratorien der zu prüfenden Stiftungen, Kreis Kleve, Einwohnerinnen und Einwohner

Allgemeine Zielsetzung
Gewinnung von Erkenntnissen über die Qualität der Umsetzung von rechtlichen Vorgaben und Entscheidungen sowie die gute und verständliche Darstellung dieser Ergebnisse.

Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Effektivität des Verwaltungshandelns.

Die Stabsstelle Örtliche Rechnungsprüfung verfolgt einen modernen, beratenden Prüfungsansatz.

Schwerpunktsetzung Planjahr(e)
Im Jahre 2023 wird der Schwerpunkt zunächst auf die Prüfung der Jahresabschlüsse der Vorjahre gelegt.

Zur Sicherstellung einer strukturierten und effektiven Rechnungsprüfung ist ein risikoorientierter Prüfplan erarbeitet worden. Er betrachtet konzeptionell alle Bereiche der Stadtverwaltung unter Berücksichtigung der Pflichtprüfungen innerhalb von fünf Jahren. Eine schrittweise Implementierung hat im Jahr 2022 begonnen und wird sich in den Folgejahren fortsetzen.

In den weiteren Planjahren wird die Prüfung des Jahresabschlusses und des Gesamtabschlusses des jeweiligen Vorjahres stets einen Schwerpunkt bilden.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
11	-	Personalaufwendungen	-245.012,98	-245.674	-240.600	-244.200	-247.900	-251.700
		50110000 Bezüge Beamte	-148.947,92	-146.982	-151.500	-153.800	-156.100	-158.500
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-75.900,64	-78.070	-70.300	-71.300	-72.400	-73.500
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-6.135,83	-6.182	-5.600	-5.700	-5.800	-5.900
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-14.028,59	-14.440	-13.200	-13.400	-13.600	-13.800
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.945,38	-40.000	0	0	0	0
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-24.945,38	-40.000	0	0	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.292,19	-15.440	-11.050	-9.850	-9.950	-10.050
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-508,00	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-878,62	-900	-900	-900	-900	-900
		54313000 Telefon	-661,09	-600	-600	-600	-600	-600
		54314000 Mitgliedsbeiträge	-150,00	-150	-150	-150	-150	-150
		54315000 EDV-Aufwendungen	-6.094,48	-11.790	-7.400	-6.200	-6.300	-6.400
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-278.250,55**	**-301.114**	**-251.650**	**-254.050**	**-257.850**	**-261.750**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-278.250,55**	**-301.114**	**-251.650**	**-254.050**	**-257.850**	**-261.750**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-278.250,55**	**-301.114**	**-251.650**	**-254.050**	**-257.850**	**-261.750**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-278.250,55**	**-301.114**	**-251.650**	**-254.050**	**-257.850**	**-261.750**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-278.250,55**	**-301.114**	**-251.650**	**-254.050**	**-257.850**	**-261.750**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	3.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	3.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-278.250,55**	**-298.114**	**-251.650**	**-254.050**	**-257.850**	**-261.750**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
10	-	Personalauszahlungen	-245.110,06	-245.674	-240.600	0	-244.200	-247.900	-251.700
		70110000 Bezüge Beamte	-149.044,36	-146.982	-151.500	0	-153.800	-156.100	-158.500
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-75.901,28	-78.070	-70.300	0	-71.300	-72.400	-73.500
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-6.135,83	-6.182	-5.600	0	-5.700	-5.800	-5.900
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-14.028,59	-14.440	-13.200	0	-13.400	-13.600	-13.800
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.945,38	-40.000	0	0	0	0	0
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-24.945,38	-40.000	0	0	0	0	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-8.292,19	-15.440	-11.050	0	-9.850	-9.950	-10.050
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-508,00	-2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-878,62	-900	-900	0	-900	-900	-900
		74313000 Telefon	-661,09	-600	-600	0	-600	-600	-600
		74314000 Mitgliedsbeiträge	-150,00	-150	-150	0	-150	-150	-150
		74315000 EDV-Auszahlungen	-6.094,48	-11.790	-7.400	0	-6.200	-6.300	-6.400
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-278.347,63**	**-301.114**	**-251.650**	**0**	**-254.050**	**-257.850**	**-261.750**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-278.347,63**	**-301.114**	**-251.650**	**0**	**-254.050**	**-257.850**	**-261.750**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.05.01: Örtliche Rechnungsprüfung							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30
EBJA	Prüftage Jahresabschlüsse (Tage)	112,00	300,00	200,00	150,00	150,00	150,00
JAD	Prüftage Jahresrechnung Dritter (Tage)	21,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
KASS	Prüftage Kassen (Tage)	26,00	150,00	50,00	50,00	50,00	50,00
VERG	Prüfung von Vergaben (Stück)	176,00	130,00	180,00	180,00	180,00	180,00
VERGEB	Prüfung von Vergaben Eigenbetriebe (Stück)	13,00	8,00	12,00	12,00	12,00	12,00
SOND	Prüftage Sonderprüfungen (Tage)	118,00	200,00	100,00	150,00	150,00	150,00

Ö 18

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**15 - 17 0837/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 015 - "Gleichstellung"

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 015 - ”Gleichstellung” für das Jahr 2023 im Ergebnishaushalt auf 44.644 Euro, im Finanzhaushalt der laufenden Verwaltungstätigkeit auf 44.644 Euro fest.

Sachdarstellung :

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit Haushaltsplan und Anlagen wurde in der Sitzung des Rates am 18.10.2022 eingebracht und zur weiteren Beratung an die einzelnen Fachausschüsse verwiesen.

In seiner Sitzung am 06.12.2022 wird der Haupt- und Finanzausschuss das Budget beraten und die Ziele und Schwerpunkte und den Zuschussbedarf für das Budget 015 - ”Gleichstellung” für das Haushaltsjahr 2023 festlegen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2023 vorgesehen. Produkt: sh. Anlage.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
15 - 17 0837/2022 _ A 1 _ Budget 015 - Gleichstellung

DEZ.I **Dezernat I**
BUDGET.015 **15 - Gleichstellung**
1.100.01.03.01 **Gleichstellung**

Beschreibung
Nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes NRW und anderer Vorschriften zur Gleichstellung von Frauen und Männern sind Frauen zu fördern, um bestehende Benachteiligungen abzubauen.
Innerhalb der Verwaltung beinhaltet die Arbeit der Gleichstellungsstelle Konzepte zur Frauenförderung, Mitwirkung bei Personalentscheidungen und bei allen gleichstellungsrelevanten Angelegenheiten sowie eigene Maßnahmen (Veranstaltungen/Beratungen) und Fortbildungsangebote für Führungskräfte.
Außerhalb der Verwaltung werden Veranstaltungen, Projekte und Ausstellungen zu frauenrelevanten Themen, Beratungen von Institutionen, Verbänden und Vereinen mit gleichzeitiger Vernetzung sowie Beratung von Einzelpersonen angeboten.

Zielgruppe
Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Emmerich am Rhein, Vereine, Sozialverbände, öffentliche Einrichtungen, Schulen und Beschäftigte der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein

Allgemeine Zielsetzung
Das Landesgleichstellungsgesetz NRW definiert in § 1 nachfolgende, allgemeine Zielsetzungen:

- Frauenförderung
- Abbau bestehender Benachteiligungen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Schwerpunktsetzung im Planjahr

- Bildung, Unterstützung oder Teilnahme an Netzwerken; Durchführung von Veranstaltungen; Erstellung und Verteilung von Informationsbroschüren; Einzelfallberatung
- Beratung, Unterstützung und Mitwirkung bei der Ausführung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW sowie aller Vorschriften und Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Mann und Frau haben können

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.757,38	0	0	0	0	0
		41420000 Zuw.lfd.Zw. Gemeinden	16.757,38	0	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100	0	0	0	0
		44610000 Sonstige privatr. Leistungsentgelte	0,00	100	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**16.757,38**	**100**	**0**	**0**	**0**	**0**
11	-	Personalaufwendungen	-35.306,29	-37.544	-34.400	-34.900	-35.400	-35.900
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-27.456,12	-28.989	-26.600	-27.000	-27.400	-27.800
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-2.127,87	-2.317	-2.100	-2.100	-2.200	-2.200
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-5.722,30	-6.238	-5.700	-5.800	-5.800	-5.900
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-18.360,85	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
		52810000 Sonstige Sachleistungen	-18.360,85	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.642,82	-4.700	-4.700	-4.300	-4.300	-4.300
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-537,50	-900	-900	-900	-900	-900
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-806,34	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
		54312000 Porto	-43,03	-100	-100	-100	-100	-100
		54313000 Telefon	-383,10	-400	-400	-400	-400	-400
		54315000 EDV-Aufwendungen	-1.872,85	-2.100	-2.100	-1.700	-1.700	-1.700
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-57.309,96**	**-44.744**	**-41.600**	**-41.700**	**-42.200**	**-42.700**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-40.552,58**	**-44.644**	**-41.600**	**-41.700**	**-42.200**	**-42.700**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-40.552,58**	**-44.644**	**-41.600**	**-41.700**	**-42.200**	**-42.700**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-40.552,58**	**-44.644**	**-41.600**	**-41.700**	**-42.200**	**-42.700**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-40.552,58**	**-44.644**	**-41.600**	**-41.700**	**-42.200**	**-42.700**
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-40.552,58**	**-44.644**	**-41.600**	**-41.700**	**-42.200**	**-42.700**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	17.114,38	0	0	0	0	0	0
		61420000 Zuw.u. Zuschüsse für laufende Zwecke vom Gemeinde	17.114,38	0	0	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100	0	0	0	0	0
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100	0	0	0	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**17.114,38**	**100**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
10	-	Personalauszahlungen	-35.327,42	-37.544	-34.400	0	-34.900	-35.400	-35.900
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-27.477,25	-28.989	-26.600	0	-27.000	-27.400	-27.800
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-2.127,87	-2.317	-2.100	0	-2.100	-2.200	-2.200
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-5.722,30	-6.238	-5.700	0	-5.800	-5.800	-5.900
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-18.145,34	-2.500	-2.500	0	-2.500	-2.500	-2.500
		72810000 Sonstige Sachleistungen	-18.145,34	-2.500	-2.500	0	-2.500	-2.500	-2.500
15	-	Sonstige Auszahlungen	-3.691,68	-4.700	-4.700	0	-4.300	-4.300	-4.300
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-537,50	-900	-900	0	-900	-900	-900
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-806,34	-1.200	-1.200	0	-1.200	-1.200	-1.200
		74312000 Porto	-91,89	-100	-100	0	-100	-100	-100
		74313000 Telefon	-383,10	-400	-400	0	-400	-400	-400
		74315000 EDV-Auszahlungen	-1.872,85	-2.100	-2.100	0	-1.700	-1.700	-1.700
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-57.164,44**	**-44.744**	**-41.600**	**0**	**-41.700**	**-42.200**	**-42.700**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-40.050,06**	**-44.644**	**-41.600**	**0**	**-41.700**	**-42.200**	**-42.700**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.03.01: Gleichstellung							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50
BGGES	Beratungsgespräche gesamt (Stück)	128,00	120,00	120,00	120,00	120,00	120,00
BGIH	Beratungsgespräche innerhalb des Hauses (Stück)	42,00	80,00	80,00	80,00	80,00	80,00
BGAH	Beratungsgespräche ausserhalb des Hauses (Stück)	86,00	40,00	40,00	40,00	40,00	40,00
VERA	Veranstaltungen (Stück)	8,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
TEILN	Teilnehmer/innen (Stück)	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00

Ö 19

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**01 - 17 0832/2022**	**16.11.2022**

Betreff

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 100 - "Fachbereich 1 - Zentrale Dienste"

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 100 ”Fachbereich 1 - Zentrale Dienste” für das Jahr 2023 im Ergebnishaushalt auf 6.726.825 Euro (zzgl. Veränderungsliste) und im Finanzhaushalt auf 5.625.000 Euro (zzgl. Veränderungsliste) fest.

Sachdarstellung :

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit Haushaltsplan und Anlagen wurde in die Sitzung des Rates am 18.10.2022 eingebracht und zur weiteren Beratung an die einzelnen Fachausschüsse verwiesen.

In seiner Sitzung am 06.12.2022 wird der Haupt- und Finanzausschuss das Budget beraten und die Ziele und Schwerpunkte sowie den Zuschussbedarf für das Budget 100 ”Fachbereich 1 -Zentrale Dienste” für das Haushaltsjahr 2023 festlegen.

Das Budget umfasst die Produktbereiche

10101 Betreuung Rat, Ausschüsse, Fraktionen
(431.800 Euro)

10201 Verwaltungsführung
(396.500 Euro)

10601 Zentrale Dienste
(5.850.925 Euro)

20101 Statistik und Wahlen
(47.600 Euro)

Der entsprechende Auszug aus dem Haushaltsplanentwurf 2023 liegt der Vorlage als Anlage bei. Über die Veränderungsliste können noch Modifizierungen - insbesondere Mittelübertragungen aus dem laufenden Haushaltsjahr - in das Budget 100 des Haushaltsentwurfes 2023 aufgenommen werden.

Die budgetverantwortliche Leiterin des Fachbereiches 1 - Zentrale Dienste - wird in der Sitzung den Sachstand zu den **wesentlichen Schwerpunktsetzungen** für das Haushaltsjahr 2023 vortragen.

Darüber hinaus widmet sich der Budgetvortrag den **Personalausgaben**. Die Veränderungen des **Stellenplanes**, die in den vorauslaufenden Vorstellungen der Budgetverantwortlichen in den jeweiligen Sitzungen der Fachausschüsse bereits bezogen auf die Einzelbudgets dargestellt und erläutert wurden, werden zusammengefasst vorgestellt.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2023 vorgesehen. Produkt: sh. Anlage.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
01 - 17 0832/2022 _ A 1 _ Budget 100 - Fachbereich 1 Zentrale Dienste-

Haushaltsplan 2023

DEZ.I Dezernat I

BUDGET.100 Fachbereich 1 - Zentrale Dienste

lfd. Nr.		Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	538,30	20.087	36.250	26.253	12.048	5.069
3	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.868,78	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	51.122,74	99.000	105.000	109.000	55.000	35.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.180.545,00	452.000	416.400	461.000	450.800	465.900
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0
9	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**1.236.074,82**	**573.887**	**560.450**	**599.053**	**520.648**	**508.769**
11	-	Personalaufwendungen	-3.230.302,94	-3.732.378	-4.145.100	-4.629.900	-5.174.300	-5.332.100
12	-	Versorgungsaufwendungen	-1.269.413,24	-1.365.000	-1.368.800	-1.364.700	-1.360.800	-1.356.300
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-198.408,30	-184.500	-101.500	-122.000	-122.000	-87.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-200.665	-214.175	-163.719	-158.558	-162.812
15	-	Transferaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.208.090,43	-1.482.080	-1.457.700	-2.019.300	-2.031.000	-2.002.200
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-5.906.214,91**	**-6.964.623**	**-7.287.275**	**-8.299.619**	**-8.846.658**	**-8.940.412**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-4.670.140,09**	**-6.390.736**	**-6.726.825**	**-7.700.566**	**-8.326.010**	**-8.431.643**
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-4.670.140,09**	**-6.390.736**	**-6.726.825**	**-7.700.566**	**-8.326.010**	**-8.431.643**
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-4.670.140,09**	**-6.390.736**	**-6.726.825**	**-7.700.566**	**-8.326.010**	**-8.431.643**
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (48er)	0,00	0	0	0	0	0
28	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (9er)	0,00	0	0	0	0	0
29	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (58er)	0,00	0	0	0	0	0
30	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (9er)	0,00	0	0	0	0	0
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-4.670.140,09**	**-6.390.736**	**-6.726.825**	**-7.700.566**	**-8.326.010**	**-8.431.643**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	70.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-4.670.140,09**	**-6.320.736**	**-6.726.825**	**-7.700.566**	**-8.326.010**	**-8.431.643**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
1		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0	0
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	538,30	0	0	0	0	0	0
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.888,78	2.800	2.800	0	2.800	2.800	2.800
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	93.019,53	99.000	105.000	0	109.000	55.000	35.000
7	+	Sonstige Einzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**97.446,61**	**101.800**	**107.800**	**0**	**111.800**	**57.800**	**37.800**
10	-	Personalauszahlungen	-2.169.202,61	-2.593.378	-2.968.100	0	-3.436.900	-3.881.300	-3.989.100
11	-	Versorgungsauszahlungen	-898.066,82	-1.300.000	-1.300.000	0	-1.300.000	-1.300.000	-1.300.000
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-194.581,47	-184.500	-101.500	0	-122.000	-122.000	-87.000
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
14	-	Transferauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-1.209.150,34	-1.232.080	-1.162.700	0	-1.724.300	-1.736.000	-1.707.200
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-4.471.001,24**	**-5.309.958**	**-5.532.300**	**0**	**-6.583.200**	**-7.039.300**	**-7.083.300**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-4.373.554,63**	**-5.208.158**	**-5.424.500**	**0**	**-6.471.400**	**-6.981.500**	**-7.045.500**
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-696,62	0	0	0	0	0	0
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0	0	0	0	0	0
22	+	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**-696,62**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0	0	0	0
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-201.475,43	-353.262	-150.500	0	-105.500	-105.500	-105.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	-2.046.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0	0	0	0
29	-	Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0	0
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-201.475,43**	**-2.399.262**	**-200.500**	**0**	**-155.500**	**-155.500**	**-155.500**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-202.172,05**	**-2.399.262**	**-200.500**	**0**	**-155.500**	**-155.500**	**-155.500**

DEZ.I Dezernat I
BUDGET.100 Fachbereich 1 - Zentrale Dienste
1.100.01.01.01 Betreuung Rat, Ausschüsse und Fraktionen

Beschreibung
Das Produkt "Betreuung Rat, Ausschüsse und Fraktionen" umfasst die organisatorische und fachliche Unterstützung der gewählten Vertretung und ihrer Gremien. Es beinhaltet u.a.

- die Betreuung der Gremien, d.h.
  - die Organisation (Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung) von Sitzungen politischer Gremien
  - die Unterstützung und Beratung von Fraktionen und Mitgliedern der Gremien
  - die Zahlbarmachung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern
- die Pflege der Personaldaten von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern
- die Zahlbarmachung von Zuwendungen an Fraktionen sowie der Aufwandsentschädigungen für die Vorsitzenden der kommunalen Ausschüsse, ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters und Ortsvorsteher

auf Grundlage der Bestimmungen des Kommunalen Verfassungsrechtes (Gemeindeordnung NRW, Entschädigungsverordnung, Hauptsatzung der Stadt Emmerich am Rhein, Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Emmerich am Rhein).

Zielgruppe
Ratsmitglieder, sachkundige Bürger/innen, Fraktionen, Ortsvorsteher, Einwohner/innen

Allgemeine Zielsetzung

- Optimale Betreuung im Rahmen der rechtlichen Vorgaben
- Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für ordnungsgemäße Sitzungsabläufe
- Wahrung der Rechte der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
- Transparente Darstellung der Gremienarbeit

Schwerpunktsetzung Planjahr(e)

- Schaffung der technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Durchführung digitaler bzw. hybrider Sitzungen gem. §§ 47 a, 58 a GO NRW; Digitalsitzungsverordnung
- Implementierung neue Software Ratsinfosystem 2022 ff.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	68	245	204	0	0
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	68	245	204	0	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**0,00**	**68**	**245**	**204**	**0**	**0**
11	-	Personalaufwendungen	-66.584,97	-86.678	-65.700	-66.700	-67.700	-68.700
		50110000 Bezüge Beamte	-21.192,60	-30.217	-18.200	-18.400	-18.700	-19.000
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-35.274,36	-44.554	-36.900	-37.500	-38.100	-38.600
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-2.698,91	-3.075	-2.900	-3.000	-3.000	-3.100
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-7.419,10	-8.832	-7.700	-7.800	-7.900	-8.000
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-6.500	-6.500	-2.000	-2.000	-2.000
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	0,00	-6.500	-6.500	-2.000	-2.000	-2.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-68	-245	-204	0	0
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-68	-245	-204	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-366.443,21	-365.760	-359.600	-361.600	-361.600	-361.600
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-27.433,52	0	0	0	0	0
		54210000 Aufwendungen für ehrenamtl. Tätigkeiten	-280.538,65	-313.700	-318.000	-320.000	-320.000	-320.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-2.078,80	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
		54315000 EDV-Aufwendungen	-9.364,22	-10.760	-300	-300	-300	-300
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	-5.247,83	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
		54460000 Versicherungen	-2.091,33	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800
		54920000 Fraktionszuwendungen	-39.688,86	-33.000	-33.000	-33.000	-33.000	-33.000
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-433.028,18**	**-459.006**	**-432.045**	**-430.504**	**-431.300**	**-432.300**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-433.028,18**	**-458.938**	**-431.800**	**-430.300**	**-431.300**	**-432.300**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-433.028,18**	**-458.938**	**-431.800**	**-430.300**	**-431.300**	**-432.300**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-433.028,18**	**-458.938**	**-431.800**	**-430.300**	**-431.300**	**-432.300**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-433.028,18**	**-458.938**	**-431.800**	**-430.300**	**-431.300**	**-432.300**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	5.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	5.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-433.028,18**	**-453.938**	**-431.800**	**-430.300**	**-431.300**	**-432.300**

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
10	-	Personalauszahlungen	-65.658,23	-86.678	-65.700	0	-66.700	-67.700	-68.700
		70110000 Bezüge Beamte	-19.960,18	-30.217	-18.200	0	-18.400	-18.700	-19.000
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-35.580,04	-44.554	-36.900	0	-37.500	-38.100	-38.600
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-2.698,91	-3.075	-2.900	0	-3.000	-3.000	-3.100
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-7.419,10	-8.832	-7.700	0	-7.800	-7.900	-8.000
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-6.500	-6.500	0	-2.000	-2.000	-2.000
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	-6.500	-6.500	0	-2.000	-2.000	-2.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	-362.984,20	-365.760	-359.600	0	-361.600	-361.600	-361.600
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-27.433,52	0	0	0	0	0	0
		74210000 Auszahl. für ehrenamtliche und sonstige Tätigk	-277.001,22	-313.700	-318.000	0	-320.000	-320.000	-320.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-2.078,80	-2.500	-2.500	0	-2.500	-2.500	-2.500
		74315000 EDV-Auszahlungen	-9.364,22	-10.760	-300	0	-300	-300	-300
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	-5.326,25	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000
		74460000 Versicherungen	-2.091,33	-2.800	-2.800	0	-2.800	-2.800	-2.800
		74920000 Fraktionszuwendungen	-39.688,86	-33.000	-33.000	0	-33.000	-33.000	-33.000
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-428.642,43**	**-458.938**	**-431.800**	**0**	**-430.300**	**-431.300**	**-432.300**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-428.642,43**	**-458.938**	**-431.800**	**0**	**-430.300**	**-431.300**	**-432.300**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.01.01: Betreuung Rat, Ausschüsse und Fraktionen							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	1,60	1,60	1,60	1,60	1,60
SITZ	Sitzungen Rat und Ausschüsse (Stück)	0,00	68,00	68,00	68,00	68,00	68,00
SITZF	Sitzungen Fraktionen (Stück)	0,00	40,00	40,00	40,00	40,00	68,00
AUFW	Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder (Stück)	0,00	313.000,00	318.000,00	320.000,00	320.000,00	320.000,00

DEZ.I Dezernat I
BUDGET.100 Fachbereich 1 - Zentrale Dienste
1.100.01.02.01 Verwaltungsführung

Beschreibung
Führung und Steuerung der Gesamtverwaltung

Zielgruppe
Einwohner/innen, Mandatsträger/innen, Führungskräfte, Mitarbeiter/innen

Allgemeine Zielsetzung
Zur Steuerung der Gesamtverwaltung werden Konzepte und Rahmenregelungen entwickelt. Zur Verbesserung der Steuerungsfähigkeit werden vornehmlich auf Basis der gesetzlichen Bestimmungen oder der durch den Rat beschlossenen Rahmenbedingungen Ziele für die Aufgabenerfüllung definiert und die Zielerreichung unterjährig überprüft und analysiert.

Schwerpunktsetzung Planjahr(e)
- Weiterentwicklung strategischer Zielplanung: Führung auf Basis vereinbarter strategischer Ziele zwischen Verwaltungsleitung und Fachbereichsleitern / Leitern sonst. Organisationseinheiten
- Fortsetzung kontinuierlicher Führungskräfteschulungen zur Stärkung der Führungskompetenzen derer, die bereits Führungs- bzw. Teilführungsverantwortung wahrnehmen.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	135	419	200	0	0
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	135	419	200	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	34.336,92	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
		44850000 Ertr. Kostener. verU	34.336,92	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**34.336,92**	**35.135**	**35.419**	**35.200**	**35.000**	**35.000**
11	-	Personalaufwendungen	-281.757,86	-351.152	-362.800	-368.100	-373.800	-379.300
		50110000 Bezüge Beamte	-221.785,32	-271.945	-301.700	-306.200	-310.800	-315.400
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-47.751,80	-63.672	-48.000	-48.700	-49.500	-50.200
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-3.713,33	-4.972	-3.800	-3.800	-3.900	-4.000
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-8.507,41	-10.563	-9.300	-9.400	-9.600	-9.700
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.664,52	-19.000	-19.000	-19.000	-19.000	-19.000
		52810000 Sonstige Sachleistungen	-9.664,52	-19.000	-19.000	-19.000	-19.000	-19.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-135	-419	-200	0	0
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-135	-419	-200	0	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-37.535,00	-51.170	-49.700	-48.000	-48.100	-48.200
		54110000 Sonstige Personal- und Versorgungsaufw.	-19.047,84	-28.500	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-1.736,48	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-3.228,68	-3.200	-3.200	-3.200	-3.200	-3.200
		54312000 Porto	-1.677,60	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
		54313000 Telefon	-3.026,73	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
		54315000 EDV-Aufwendungen	-5.618,53	-6.770	-8.800	-7.100	-7.200	-7.300
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	0,00	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
		54910000 Verfügungsmittel	-3.199,14	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500	-3.500
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-328.957,38**	**-421.457**	**-431.919**	**-435.300**	**-440.900**	**-446.500**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-294.620,46**	**-386.322**	**-396.500**	**-400.100**	**-405.900**	**-411.500**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-294.620,46**	**-386.322**	**-396.500**	**-400.100**	**-405.900**	**-411.500**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-294.620,46**	**-386.322**	**-396.500**	**-400.100**	**-405.900**	**-411.500**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-294.620,46**	**-386.322**	**-396.500**	**-400.100**	**-405.900**	**-411.500**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	4.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-294.620,46**	**-382.322**	**-396.500**	**-400.100**	**-405.900**	**-411.500**

Erläuterungen zu Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Sonstige Sachleistungen (52810000):
Aufwendungen für die allgemeine Repräsentation.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	57.564,61	35.000	35.000	0	35.000	35.000	35.000
		64850000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. verb Unter	57.564,61	35.000	35.000	0	35.000	35.000	35.000
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**57.564,61**	**35.000**	**35.000**	**0**	**35.000**	**35.000**	**35.000**
10	-	Personalauszahlungen	-281.701,61	-351.152	-362.800	0	-368.100	-373.800	-379.300
		70110000 Bezüge Beamte	-221.747,33	-271.945	-301.700	0	-306.200	-310.800	-315.400
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-47.733,54	-63.672	-48.000	0	-48.700	-49.500	-50.200
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-3.713,33	-4.972	-3.800	0	-3.800	-3.900	-4.000
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-8.507,41	-10.563	-9.300	0	-9.400	-9.600	-9.700
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.632,80	-19.000	-19.000	0	-19.000	-19.000	-19.000
		72810000 Sonstige Sachleistungen	-8.632,80	-19.000	-19.000	0	-19.000	-19.000	-19.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	-38.443,40	-51.170	-49.700	0	-48.000	-48.100	-48.200
		74110000 Sonstige Personal- und Versorgungsauszahlungen	-19.047,84	-28.500	-25.000	0	-25.000	-25.000	-25.000
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-1.736,48	-4.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-3.435,16	-3.200	-3.200	0	-3.200	-3.200	-3.200
		74312000 Porto	-1.799,16	-1.200	-1.200	0	-1.200	-1.200	-1.200
		74313000 Telefon	-3.026,73	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000
		74315000 EDV-Auszahlungen	-5.618,53	-6.770	-8.800	0	-7.100	-7.200	-7.300
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	0,00	-1.000	-1.000	0	-1.000	-1.000	-1.000
		74910000 Auszahlungen Verfügungsmittel	-3.779,50	-3.500	-3.500	0	-3.500	-3.500	-3.500
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-328.777,81**	**-421.322**	**-431.500**	**0**	**-435.100**	**-440.900**	**-446.500**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-271.213,20**	**-386.322**	**-396.500**	**0**	**-400.100**	**-405.900**	**-411.500**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.02.01: Verwaltungsführung							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	4,15	4,15	4,15	4,15	4,15

Haushaltsplan
2023

DEZ.I Dezernat I
BUDGET.100 Fachbereich 1 - Zentrale Dienste
1.100.01.06.01 Zentrale Dienste

Beschreibung
Die Zentralen Dienste unterteilen sich in die Bereiche Personalwesen, Organisation, Digitalisierung, IT, Allgemeine Service-Dienste und zentrale Vergabestelle.

Zielgruppe
FB-Leiter und die Leiter der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, Personalvertretung, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung, aktive und ehem. Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein, Rat und Gremien, Bürger/innen, Behörden und Institutionen sowie alle Einrichtungen der Stadtverwaltung

Allgemeine Zielsetzung
Personalwesen
- Personalsteuerung und –entwicklung (Personaleinsatz, Personalauswahl, Personalbedarfsplanung, Aufstellung und Überwachung des Personalkostenbudgets etc.)
- Personalgewinnung, -ausbildung und –qualifizierung (Gewinnung und Ausbildung geeigneter Nachwuchskräfte und kontinuierliche Weiterbildung des vorhandenen Personals)
- Personalbetreuung tarifl. Beschäftigte und Beamte (Einstellungen, Umsetzungen, Beförderungen, Ein-, Höher-, sowie Herabgruppierungen, Durchführung personal- und disziplinarrechtlicher Maßnahmen)
- Arbeitssicherheit / Arbeitsschutz (Feststellung arbeitssicherheitstechnischer Mängel, Arbeitsplatzbegehungen, Gefährdungsbeurteilungen, Vorbeugung gesundheitlicher Gefahren, Bereitstellung adäquater Arbeitsmittel, betriebliches Gesundheitsmanagement)

Organisation / Digitalisierung / IT / Allgemeine Service-Dienste
- Ganzheitliche Konzeption zur Gestaltung des digitalen Wandels unter Berücksichtigung normativer Vorgaben und individueller Rahmenbedingungen
- Kontinuierlicher Ausbau des digitalen Angebots durch Auswahl und Priorisierung von Zielen und Maßnahmen
- Forcierung der Verwaltungsmodernisierung
- Weiterentwicklung der Aufbau- und Ablauforganisation
- Geschäftsprozessoptimierung (GPO)
- Erstellung und Fortschreibung von Dienstanweisungen und Dienstvereinbarungen
- Stellenwirtschaft (Stellenbewertung, Stellenbedarfsbemessung, Aufstellung des Stellenplans)
- Datenschutz und Datensicherheit
- Aufgaben der IT (IT-Konzeption, Auswahl und zentrale Bereitstellung von Anwendungen und Systemen, Pflege und Wartung der IT-Infrastruktur, Datensicherung, Beratung und Unterstützung der Anwender, Planung und Konzeption Anwenderschulungen)
- Zentrale Beschaffung von Wirtschaftsgütern (Büromöbel, Materialien) für den Verwaltungsbedarf
- Verwalten von Versicherungsverträgen und Geltendmachung von Versicherungsschutz
- Sicherstellung des Botendienstes sowie Hausdruckerei / Poststelle / Rathausinformation
- Dienstliche Mobilität

Zentrale Vergabestelle
- Sicherstellung normkonformer Vergabeverfahren
- Anpassung örtlicher Vergaberichtlinien

Schwerpunktsetzung Planjahr(e)
Die demographische Entwicklung und die damit verbundene erhöhte Fluktuation von Mitarbeitern bilden aktuell und in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt in der Personalentwicklung (PE).
Altersbedingt werden in den nächsten zehn Jahren rund 30 % der derzeitigen Mitarbeiterschaft durch Pensionierung und Verrentung aus dem Dienst der Stadt Emmerich am Rhein ausscheiden. Die altersbedingte Fluktuation betrifft alle Bereiche (allg. Verwaltungsdienst, Sozial- und Erziehungsdienst sowie den technisch/gewerblichen Bereich) und Ebenen (Sachbearbeiter / Führungskräfte). Darüber hinaus ist mit einer nicht altersbedingten Fluktuationsrate von jährlich mindestens 1 % zu rechnen, so dass bis zu 40 % der heutigen Beschäftigten nicht mehr vorhanden sein werden.

Bei der Rekrutierung des Personals bleibt der Fachkräftemangel –insbesondere auf dem Gebiet der Informationstechnik und bei Ingenieuren/innen– spürbar. Es gilt, die im öffentlichen Dienst zur Verfügung stehenden Instrumente der Personal- und Organisationsentwicklung wirksam einzusetzen.

Oberstes Ziel bleibt es sicherzustellen, dass die Mitarbeiter/innen auch in Zukunft in der Lage sind, die komplexen Aufgaben der Verwaltung wahrzunehmen. Es besteht die Notwendigkeit einer quantitativen und qualitativen Gegensteuerung. Die wesentlichen Instrumente sind Gewinnung und Ausbildung von Nachwuchskräften, kontinuierliche Fortbildung der aktiven Beschäftigten, die Führungskräfteentwicklung sowie die Schaffung von Arbeitsbedingungen, die die Stadt Emmerich am Rhein als attraktiven Arbeitgeber ausweisen.

Es gilt daher,

- bedarfsgerecht im Beamten- und Beschäftigtenverhältnis auszubilden und das vorhandene Portfolio zukunftsgerichtet durch weitere Ausbildungsberufe zu ergänzen (bspw. Fachinformatiker/in, Verwaltungsinformatiker/in) sowie geeignete Rahmenbedingungen zur Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung zu schaffen (Ausbilderqualifizierung, Definition einheitlicher Ausbildungs- und Bewertungsstandards)
- Fortbildung mit der Zielsetzung zu betreiben, die Kompetenzen aller Beschäftigten der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein mit den aktuellen und künftigen Aufgaben in Einklang zu bringen und damit die Grundlage für eine Leistungserbringung auf qualitativ hohem Niveau zu schaffen. (Verwaltungslehrgänge I und II, Aufstiegslehrgänge, Förderung Masterstudium sowie modulare Qualifizierung für geeignete Nachwuchs- und Führungskräfte der Laufbahngruppe 2,
  1. Einstiegsamt zum Erwerb der Befähigung für die Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt)
- die Vermittlung, Erweiterung und den Ausbau von Führungskompetenzen umzusetzen (Konzeption und Durchführung zielgruppenspezifischer Fortbildungsreihen für Führungskräfte der ersten und mittleren Ebene sowie für den Führungskräftenachwuchs)
- die Aufbau- und Ablauforganisation auf die laufenden Veränderungen durch den digitalen Wandel vorzubereiten und belastbar auszugestalten (insbesondere durch Geschäftsprozessoptimierung, Überarbeitung interner Regelungen, Steigerung der Effizienz durch Einsatz von IT)
- den Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements fortzuführen.

Folgende Maßnahmen bilden die weiteren Schwerpunkte:

<u>Personalwesen (2023 ff.)</u>

- Implementierung eines überarbeiteten einheitlichen Beurteilungssystems für Beamte und tariflich Beschäftigte
- Einführung der elektronischen Personalakte
- Erstellung eines ganzheitlichen Konzepts zum Ausbau des betriebl. Gesundheitsmanagements

<u>Organisation / Digitalisierung / IT / Allgemeine Servicedienste (2023 ff.)</u>

- Ausbau der organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen für digitale und mobile Arbeit (u. a. kontinuierlicher Ausbau der E-Akte, Aufbau des Dokumentenmanagementsystems (DMS), Erstellung von Workflows, Einführung der elektronischen Poststelle)
- Auswahl, Priorisierung und Durchführung der Digitalisierungsprojekte für die Jahre 2023 ff. in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle 13 – Kommunikation und Archiv, u. a. basierend auf den normativen Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG)
- Ausbau des Prozessmanagements (Aufbau und Pflege eines Prozesskatalogs, Priorisierung der umzusetzenden OZG-Prozesse unter ständiger Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen)
- Inhaltlicher Ausbau des Mitarbeiterinformationssystems (MIS) als wichtiger Bestandteil des internen Wissensmanagements
- Umsetzung und Fortschreibung des verwaltungsübergreifenden Raumkonzeptes zur Sicherstellung des mittelfristigen Raumbedarfs in der Kernverwaltung (inkl. Bürgerbüro) in Abstimmung mit dem Fachbereich 3 – Immobilien

<u>Datenschutz</u>

Seit dem 25. Mai 2018 ist die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft treten. Aus dieser Verordnung erwachsen Verpflichtungen, die durch den Datenschutzbeauftragten zu koordinieren sind. Es gilt, die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben zu überwachen und die Datenschutzverantwortlichen in den einzelnen Organisationseinheiten zu beraten.

<u>Zentrale Vergabestelle</u>

Unterstützung der Organisationseinheiten bei den Vergabeverfahren für Baumaßnahmen;
der Schwerpunkt 2023 ff. liegt weiterhin im Bereich der Schulgebäude Gesamtschule: Umbau/Sanierung/Erweiterung der Gebäude „Am Brink“ und „Grollscher Weg“.

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	538,30	19.884	35.586	25.849	12.048	5.069
		41420000 Zuw.lfd.Zw. Gemeinden	538,30	0	0	0	0	0
		41611000 Ertr.SoPo-Aufl. Land	0,00	18.949	34.651	25.815	12.048	5.069
		41612000 Ertr.SoPo-Aufl. Gemeinden	0,00	204	204	34	0	0
		41617000 Ertr.SoPo-Aufl. priv. Unternehmen	0,00	731	731	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.868,78	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800
		44610000 Sonstige privatr. Leistungsentgelte	3.868,78	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	44.000	70.000	54.000	0	0
		44850000 Ertr. Kostener. verU	0,00	44.000	70.000	54.000	0	0
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.180.545,00	452.000	416.400	461.000	450.800	465.900
		45821100 Auflösung Pensionsrückstellungen	875.209,00	140.000	134.000	150.000	166.000	180.000
		45821200 Auflösung Beihilferückstellungen	278.636,00	2.000	2.400	31.000	4.800	5.900
		45829000 Auflösung andere Rückstellungen	0,00	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
		45830000 Sonstige n. zahlungsw. ordentl. Erträge	26.700,00	60.000	30.000	30.000	30.000	30.000
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**1.184.952,08**	**518.684**	**524.786**	**543.649**	**465.648**	**473.769**
11	-	Personalaufwendungen	-2.874.060,60	-3.283.905	-3.669.000	-4.146.800	-4.683.700	-4.834.300
		50110000 Bezüge Beamte	-323.763,14	-431.877	-479.300	-588.400	-598.700	-608.700
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-795.724,12	-998.778	-1.217.900	-1.489.100	-1.822.400	-1.888.200
		50220000 Versorgungskassenb. tarifl. Beschäftigte	-59.561,73	-76.421	-94.300	-118.200	-140.000	-148.300
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-185.458,61	-187.829	-250.500	-308.100	-379.600	-396.100
		50410000 Beihilfen/ Unterstütz. für Beschäftigte	-449.184,00	-450.000	-450.000	-450.000	-450.000	-450.000
		50510000 Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	-821.328,00	-878.000	-891.000	-921.000	-999.000	-1.037.000
		50610000 Zuführungen Beihilferückst. Beschäftigte	-239.041,00	-261.000	-286.000	-272.000	-294.000	-306.000
12	-	Versorgungsaufwendungen	-1.269.413,24	-1.365.000	-1.368.800	-1.364.700	-1.360.800	-1.356.300
		51210000 Beitr. Versorgungsk. Versorgungsempfänge	-962.611,24	-1.300.000	-1.300.000	-1.300.000	-1.300.000	-1.300.000
		51510000 Zuf. Pensionsrückst. Versorgungsempf.	-214.495,00	-6.000	-9.400	-8.100	-7.300	-6.500
		51610000 Zuf. Beihilferückst. Versorgungsempf.	-92.307,00	-59.000	-59.400	-56.600	-53.500	-49.800
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-116.613,66	-134.000	-76.000	-76.000	-66.000	-66.000
		52510000 Haltung von Fahrzeugen	-5.676,06	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
		52550000 Unterhaltung des so. bewegl. Vermögens	-91.022,25	-58.000	-50.000	-50.000	-40.000	-40.000
		52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistung	-19.915,35	-70.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-200.462	-213.511	-163.315	-158.558	-162.812
		57111000 AfA auf immaterielle Vermögensgegenst.	0,00	-3.760	-8.235	-5.156	-3.858	-2.938
		57115000 AfA auf Maschinen u. technische Anlagen	0,00	-283	-283	-47	0	0
		57116000 AfA auf Fahrzeuge	0,00	-5.429	-5.429	-4.071	0	0
		57117000 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausst.	0,00	-190.990	-199.565	-154.040	-154.700	-159.874
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-557.881,89	-1.044.650	-1.048.400	-1.589.200	-1.590.800	-1.592.400
		54110000 Sonstige Personal- und Versorgungsaufw.	-90,00	0	0	0	0	0
		54120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-84.166,59	-185.000	-160.000	-150.000	-150.000	-150.000
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-16.537,55	-15.000	-15.000	-10.000	-10.000	-10.000
		54312000 Porto	-5.425,29	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
		54313000 Telefon	-11.533,66	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
		54314000 Mitgliedsbeiträge	-27.160,79	-29.000	-29.000	-29.000	-29.000	-29.000
		54315000 EDV-Aufwendungen	-93.579,58	-212.650	-200.400	-761.200	-762.800	-764.400
		54319000 Sonstige Geschäftsaufwendungen	-177.267,30	-187.000	-182.000	-177.000	-177.000	-177.000
		54450000 sonstige Steuern	-108,00	-500	-500	-500	-500	-500
		54460000 Versicherungen	-125.724,13	-150.500	-151.500	-151.500	-151.500	-151.500

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
		54790000 Sonstige Wertveränderungen	-4.700,00	0	-45.000	-45.000	-45.000	-45.000
		54986000 Aufw.Zuführ. sonstigen Rückstellungen	-11.589,00	-250.000	-250.000	-250.000	-250.000	-250.000
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-4.817.969,39**	**-6.028.017**	**-6.375.711**	**-7.340.015**	**-7.859.858**	**-8.011.812**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-3.633.017,31**	**-5.509.333**	**-5.850.925**	**-6.796.366**	**-7.394.210**	**-7.538.043**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-3.633.017,31**	**-5.509.333**	**-5.850.925**	**-6.796.366**	**-7.394.210**	**-7.538.043**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-3.633.017,31**	**-5.509.333**	**-5.850.925**	**-6.796.366**	**-7.394.210**	**-7.538.043**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-3.633.017,31**	**-5.509.333**	**-5.850.925**	**-6.796.366**	**-7.394.210**	**-7.538.043**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	60.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	60.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-3.633.017,31**	**-5.449.333**	**-5.850.925**	**-6.796.366**	**-7.394.210**	**-7.538.043**

Erläuterung zu Zeile 13 –Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:
Aufwendungen für Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens (52550000):
Unter diesem Ansatz fallen die Ausstattung/Beschaffungen von Arbeitsplatzbegehungen, Ausstattung Büromöbel, Beschilderung sowie Aufwendungen zum Raumkonzept in den Jahren 2023/2024.

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (52910000):
Ansatz für Aufwendungen für Boten- und Kurierfahrten sowie Miete für einen zweiten Wasserspender.

Erläuterung zu Zeile 16 -Sonstige ordentliche Aufwendungen:
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte (54120000):
Hierunter fallen: Betriebliches Gesundheitsmanagement und Arbeitssicherheit, Aus- und Fortbildungskosten, Führungs- und Nachwuchskräfte-Fortbildung/Qualifizierungen u.ä. sowie für 2023 noch Aufwendungen für Coronaschutzmaßnahmen.

Sonstige Geschäftsaufwendungen (54319000):
Hierzu zählen: Beratung und Maßnahmen Organisation und Digitalisierung, Stellenausschreibungen, Stellenbemessung/-bewertungen, Rechtsberatung/Gerichtliche Vertretung, sonstige Aufwendungen

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	538,30	0	0	0	0	0	0
		61420000 Zuw.u. Zuschüsse für laufende Zwecke vom Gemeinde	538,30	0	0	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.888,78	2.800	2.800	0	2.800	2.800	2.800
		64610000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	3.888,78	2.800	2.800	0	2.800	2.800	2.800
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	44.000	70.000	0	54.000	0	0
		64850000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. verb Unter	0,00	44.000	70.000	0	54.000	0	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**4.427,08**	**46.800**	**72.800**	**0**	**56.800**	**2.800**	**2.800**
10	-	Personalauszahlungen	-1.814.896,60	-2.144.905	-2.492.000	0	-2.953.800	-3.390.700	-3.491.300
		70110000 Bezüge Beamte	-323.770,59	-431.877	-479.300	0	-588.400	-598.700	-608.700
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-794.341,52	-998.778	-1.217.900	0	-1.489.100	-1.822.400	-1.888.200
		70220000 Beiträge Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	-59.561,73	-76.421	-94.300	0	-118.200	-140.000	-148.300
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-188.038,76	-187.829	-250.500	0	-308.100	-379.600	-396.100
		70410000 Beihilfe und Unterstützungsleistungen f.Beschäft.	-449.184,00	-450.000	-450.000	0	-450.000	-450.000	-450.000
11	-	Versorgungsauszahlungen	-898.066,82	-1.300.000	-1.300.000	0	-1.300.000	-1.300.000	-1.300.000
		71210000 Beitr. Versorgungsk. Versorgungsempfänger Beamte	-898.066,82	-1.300.000	-1.300.000	0	-1.300.000	-1.300.000	-1.300.000
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-172.957,52	-134.000	-76.000	0	-76.000	-66.000	-66.000
		72340000 Aufwandserst. lfd. Verw-tätig. an s.öff.Bereich	-1.360,00	0	0	0	0	0	0
		72414000 Aufwendungen für Reinigungsmaterial	-6.819,54	0	0	0	0	0	0
		72415000 Aufwendungen für Fremdreinigung	-34.745,85	0	0	0	0	0	0
		72510000 Haltung von Fahrzeugen	-5.432,60	-6.000	-6.000	0	-6.000	-6.000	-6.000
		72550000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens	-98.684,35	-58.000	-50.000	0	-50.000	-40.000	-40.000
		72910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	-25.915,18	-70.000	-20.000	0	-20.000	-20.000	-20.000
15	-	Sonstige Auszahlungen	-787.432,76	-794.650	-753.400	0	-1.294.200	-1.295.800	-1.297.400
		74110000 Sonstige Personal- und Versorgungsauszahlungen	-90,00	0	0	0	0	0	0
		74120000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	-157.786,90	-185.000	-160.000	0	-150.000	-150.000	-150.000
		74230000 Leasing	298,89	0	0	0	0	0	0
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-19.090,63	-15.000	-15.000	0	-10.000	-10.000	-10.000
		74312000 Porto	-8.655,66	-5.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000
		74313000 Telefon	-7.004,00	-10.000	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000
		74314000 Mitgliedsbeiträge	-28.560,79	-29.000	-29.000	0	-29.000	-29.000	-29.000
		74315000 EDV-Auszahlungen	-262.642,75	-212.650	-200.400	0	-761.200	-762.800	-764.400
		74319000 Sonstige Geschäftsauszahlungen	-170.382,94	-187.000	-182.000	0	-177.000	-177.000	-177.000
		74450000 sonstige Steuern	-498,00	-500	-500	0	-500	-500	-500
		74460000 Versicherungen	-133.019,98	-150.500	-151.500	0	-151.500	-151.500	-151.500

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-3.673.353,70**	**-4.373.555**	**-4.621.400**	**0**	**-5.624.000**	**-6.052.500**	**-6.154.700**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-3.668.926,62**	**-4.326.755**	**-4.548.600**	**0**	**-5.567.200**	**-6.049.700**	**-6.151.900**
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-696,62	0	0	0	0	0	0
		68120000 Investitionszuweisungen von Gemeinden und Gemeinde	-696,62	0	0	0	0	0	0
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**-696,62**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-201.475,43	-353.262	-150.500	0	-105.500	-105.500	-105.500
		78310000 Ausz. für den Erwerb von Vermögensgegenst.	-201.475,43	-353.262	-150.500	0	-105.500	-105.500	-105.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	-2.046.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000
		78440000 Ausz Erwerb von Investmentzertifikaten	0,00	-2.046.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-201.475,43**	**-2.399.262**	**-200.500**	**0**	**-155.500**	**-155.500**	**-155.500**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-202.172,05**	**-2.399.262**	**-200.500**	**0**	**-155.500**	**-155.500**	**-155.500**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7001201: Anschaff. VG EDV- Zentral											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-201.475,43	-350.262	-147.500	0	-102.500	-102.500	-102.500	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	-201.475,43	-350.262	-147.500	0	-102.500	-102.500	-102.500	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**-201.475,43**	**-350.262**	**-147.500**	**0**	**-102.500**	**-102.500**	**-102.500**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-201.475,43**	**-350.262**	**-147.500**	**0**	**-102.500**	**-102.500**	**-102.500**	**0**	**0**

Zentraler Ansatz für EDV-Anschaffungen.

Anzahl	Beschreibung	Ansatz
55	Austausch Laptops	82.500,00 €
1	Pauschale für Kleininvestitionen	35.000,00 €
1	Datensicherungsserver Außenstelle	25.000,00 €
1	Erneuerung Speicherplatz Archiv	5.000,00 €

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
7730009: Finanzanl. Erwerb Ant. KVR-Fonds											
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	-2.046.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	0
		78440000 Erw. Investmentzerti	0,00	-2.046.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-2.046.000**	**-50.000**	**0**	**-50.000**	**-50.000**	**-50.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**-2.046.000**	**-50.000**	**0**	**-50.000**	**-50.000**	**-50.000**	**0**	**0**

Erwerb von Anteilen des KVR-Fonds.

lfd. Nr.		Teilfinanzplan B. Planung einzelner Investitionsmaß-nahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp. 2) EUR	Gesamt-zah-lungen EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
unterhalb Wertgrenze:											
1	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-696,62	0	0	0	0	0	0	0	0
		68120000 Invest.-Zuw.Gemein	-696,62	0	0	0	0	0	0	0	0
6	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**-696,62**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	0	0
		78310000 Ausz. Erwerb VG	0,00	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	0	0
13	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**-3.000**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**-696,62**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**-3.000**	**-3.000**	**-3.000**	**0**	**0**

<u>Investitionsprojekt 7.001000:</u>
Pauschalansatz in Höhe von 3.000 Euro für die Jahre 2023-2026.

Haushaltsplan
2023

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.01.06.01: Zentrale Dienste							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	24,12	24,12	23,50	23,50	23,50
STELLG	Stellen gesamt 31.12. (Stück)	0,00	225,02	233,98	230,98	229,98	229,98
STELLB	davon Stellen Beamte (Stück)	0,00	35,13	41,03	40,03	40,03	40,03
STELLT	davon Stellen tariflich Beschäftigte (Stück)	0,00	189,89	192,95	190,95	189,95	189,95
AB3112	aktive Beamte zum 31.12. (Stück)	0,00	48,00	46,00	46,00	46,00	46,00
AT3112	aktive tariflich Beschäftigte zum 31.12. (Stück)	0,00	235,00	216,00	216,00	216,00	216,00
AM3112	aktive Mitarbeiter z. 31.12. (o. Azubis) (Stück)	0,00	281,00	262,00	262,00	262,00	262,00
VERSEM	Zahl d. Versorgungsempf./Hinterbliebenen (Stück)	0,00	32,00	32,00	32,00	32,00	32,00
AUSBP	Zahl der Ausbildungsplätze zum 30.06. (Stück)	0,00	15,00	16,00	16,00	16,00	16,00
AUSBGD	davon gehobener Dienst (Bachelor) (Stück)	0,00	5,00	8,00	8,00	8,00	8,00
AUSBMD	davon mittl.Dienst (Verwalt.fachangest.) (Stück)	0,00	8,00	6,00	6,00	6,00	6,00
AUSBFI	davon Fachinformatiker Systemintegration (Stück)	0,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
AUSBVI	davon Verwaltungsinformatiker (Bachelor) (Stück)	0,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
AUSBAW	Ausbildungsaufw. (inkl. Lohn d. Azubis) (Euro)	0,00	295.000,00	295.000,00	300.000,00	300.000,00	300.000,00
TZFBVQ	Teiln.zentr.Fortb.Verwalt.quali.z.30.06. (Stück)	0,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00
TAI	davon Angestelltenlehrg.I-Qualifik.m.D. (Stück)	0,00	6,00	4,00	4,00	4,00	4,00
TAII	davon Angestelltenlehrg.II-Qualifik.g.D. (Stück)	0,00	9,00	9,00	9,00	9,00	9,00
TIZF	davon "In Zukunft führen" (Stück)	0,00	0,00	2,00	2,00	2,00	2,00
LAWVQ	Lehrgangsaufw. Verwaltungsqualifikation (Euro)	0,00	54.000,00	56.000,00	56.000,00	58.000,00	58.000,00
DAAM31	Durschn.alter akt.Mitarbeiter z.31.12. (Jahr)	0,00	42,17	40,00	38,00	39,00	40,00
FRQUOT	Frauenquote zum 31.12. (%)	0,00	60,00	60,00	60,00	60,00	60,00
TZQUOT	Teilzeitquote zum 31.12. (%)	0,00	40,50	40,50	40,50	40,50	40,50
FRTZ31	davon Frauen in Teilzeit zum 31.12. (Stück)	0,00	75,00	75,00	75,00	75,00	75,00
ELTERN	Beamte und Beschäftigte in Elternzeit (Stück)	0,00	9,00	7,00	6,00	6,00	6,00
TZEZBE	Teilz.Mitarb. in Elternzeit o. Beurlaub. (Stück)	0,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
SBHQUO	Schwerbehindertenquote Gesamtverwaltung (%)	0,00	7,34	6,54	6,54	6,54	6,54
EUVERG	EU-Vergaben (Stück)	0,00	5,00	2,00	8,00	1,00	1,00
KVVB50	nation. Vergaben Kernverw.VOB >50 TEUR (Stück)	0,00	12,00	10,00	15,00	10,00	10,00
KVVB5	nation. Vergaben Kernverw.VOB 5-50 TEUR (Stück)	0,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00
KVVL50	nation. Vergaben Kernverw.VOL >50 TEUR (Stück)	0,00	10,00	8,00	8,00	6,00	6,00
KVVL5	nation. Vergaben Kernverw.VOL 5-50 TEUR (Stück)	0,00	40,00	35,00	35,00	35,00	35,00
KBVB10	nationale Vergaben KBE VOB >10 TEUR (Stück)	0,00	2,00	3,00	3,00	3,00	3,00
KBVL10	nationale Vergaben KBE VOL >10 TEUR (Stück)	0,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00
ITAKVW	IT-Arbeitsplätze Kernverwaltung (Stück)	0,00	247,00	247,00	247,00	247,00	224,00
ITASCH	IT-Arbeitsplätze Schulen (Stück)	0,00	44,00	44,00	44,00	44,00	56,00

DEZ.I Dezernat I
BUDGET.100 Fachbereich 1 - Zentrale Dienste
1.100.02.01.01 Statistik und Wahlen

Beschreibung
Das Produkt "Statistik und Wahlen" beinhaltet die

- Vorbereitung und Durchführung von Wahlen (Europa-, Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen sowie Bürgerentscheide
- Unterstützung der Durchführung der Wahl zum Integrationsrat (Federführung: Stabsstelle 18/ Integration und Demografie)
- Unterstützung der Durchführung der Wahl zur Seniorenvertretung (Federführung: Fachbereich 7/ Arbeit und Soziales)
- Vorbereitung und Bereitstellung von Statistiken (z.B. statistische Erhebungen, Umfragen u. Zählungen)

Auftragsgrundlage bilden die jeweils maßgeblichen Wahl- und Statistikgesetze sowie die hierzu gehörigen Verordnungen, die Gemeindeordnung NRW sowie Ratsbeschlüsse.

Zielgruppe
Wahlberechtigte der Stadt Emmerich am Rhein.
Landesbetrieb Information und Technik NRW (IT.NRW), auskunftssuchende Organisationseinheiten, Behörden, Unternehmen und Privatpersonen

Allgemeine Zielsetzung
Rechtmäßige und bürgerfreundliche Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Bürgerentscheiden im Stadtgebiet.
Rechtlich einwandfreie termingerechte Durchführung statistischer Erhebungen, hoher Zufriedenheitsgrad der Erhebungspflichtigen, Beantwortung von statistischen Anfragen, hoher Zufriedenheitsgrad bei Auskunft suchenden Stellen,

Schwerpunktsetzung Planjahr(e)

2023 Unterstützung bei der Durchführung der Wahl zur Seniorenvertretung (Federführung: FB 7; Arbeit und Soziales)

2024 Vorbereitung und Durchführung der Europawahl im Frühjahr 2024
Vorbereitung der Beschlussfassung der neuen Wahlbezirkseinteilung anlässlich der Kommunalwahlen im Folgejahr *2025*
(Beschlussfassung über neue Wahlbezirkseinteilung spätestens 52 Monate nach Beginn der Wahlperiode der in 2020 gewählten Vertretungen (01.11.2020))

2025 Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl, der allgemeinen Kommunalwahlen (Wahlen zum Kreistag, Landratswahl, Wahlen zum Stadtrat, Bürgermeisterwahl)
sowie Unterstützung bei der Durchführung der Wahl zum Integrationsrat (Federführung Stabsstelle 18 / Integration und Demografie)

Haushaltsplan
2023

lfd. Nr.		Ergebnisplan PSP Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.785,82	20.000	0	20.000	20.000	0
		44820000 Ertr. Kostener. Gem.	16.785,82	20.000	0	20.000	20.000	0
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**16.785,82**	**20.000**	**0**	**20.000**	**20.000**	**0**
11	-	Personalaufwendungen	-7.899,51	-10.643	-47.600	-48.300	-49.100	-49.800
		50110000 Bezüge Beamte	-3.132,93	-10.643	-47.600	-48.300	-49.100	-49.800
		50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-3.712,57	0	0	0	0	0
		50320000 Beiträge gesetzl.SV tarifl. Beschäftigte	-1.054,01	0	0	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.731,25	-25.000	0	-25.000	-35.000	0
		52810000 Sonstige Sachleistungen	-12.731,25	-25.000	0	-25.000	-35.000	0
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-20.372,17	-20.500	0	-20.500	-30.500	0
		54311000 Bürobedarf u.ä.	-53,63	-500	0	-500	-500	0
		54312000 Porto	-20.318,54	-20.000	0	-20.000	-30.000	0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**-41.002,93**	**-56.143**	**-47.600**	**-93.800**	**-114.600**	**-49.800**
18	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-24.217,11**	**-36.143**	**-47.600**	**-73.800**	**-94.600**	**-49.800**
21	**=**	**Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-24.217,11**	**-36.143**	**-47.600**	**-73.800**	**-94.600**	**-49.800**
25	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**=**	**Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)**	**-24.217,11**	**-36.143**	**-47.600**	**-73.800**	**-94.600**	**-49.800**
31	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26 bis 30)**	**-24.217,11**	**-36.143**	**-47.600**	**-73.800**	**-94.600**	**-49.800**
32	-	globaler Minderaufwand	0,00	1.000	0	0	0	0
		56999999 Globaler Minderaufwand	0,00	1.000	0	0	0	0
33	**=**	**Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 31 und 32)**	**-24.217,11**	**-35.143**	**-47.600**	**-73.800**	**-94.600**	**-49.800**

lfd. Nr.		Teilfinanzplan A. Zahlungsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	VE Gesamt EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	35.454,92	20.000	0	0	20.000	20.000	0
		64820000 Erträge aus Kostenerstattungen etc. Gemeinden	35.454,92	20.000	0	0	20.000	20.000	0
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**35.454,92**	**20.000**	**0**	**0**	**20.000**	**20.000**	**0**
10	-	Personalauszahlungen	-6.946,17	-10.643	-47.600	0	-48.300	-49.100	-49.800
		70110000 Bezüge Beamte	-2.225,48	-10.643	-47.600	0	-48.300	-49.100	-49.800
		70120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	-3.666,68	0	0	0	0	0	0
		70320000 Beiträge gesetzl.Sozialvers.tariflich Beschäftigte	-1.054,01	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.991,15	-25.000	0	0	-25.000	-35.000	0
		72810000 Sonstige Sachleistungen	-12.991,15	-25.000	0	0	-25.000	-35.000	0
15	-	Sonstige Auszahlungen	-20.289,98	-20.500	0	0	-20.500	-30.500	0
		74311000 Bürobedarf u.ä.	-53,63	-500	0	0	-500	-500	0
		74312000 Porto	-20.236,35	-20.000	0	0	-20.000	-30.000	0
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-40.227,30**	**-56.143**	**-47.600**	**0**	**-93.800**	**-114.600**	**-49.800**
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-4.772,38**	**-36.143**	**-47.600**	**0**	**-73.800**	**-94.600**	**-49.800**
23	**=**	**Summe (investive Einzahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
30	**=**	**Summe (investive Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
31	**=**	**Saldo der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)**	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan
2023

Kennzahl	Kennzahlen Beschreibung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
		1	2	3	4	5	6
1.100.02.01.01: Statistik und Wahlen							
STELL	Stellenanteile (Stück)	0,00	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
WAHLEN	Wahlen (Stück)	0,00	1,00	1,00	1,00	5,00	0,00
WAHLKW	Wahlber. Kommunalwahl (LR, KT, BM, Rat) (Personen)	0,00	0,00	0,00	0,00	26.000,00	0,00
WAHLBE	Wahlberechtigte Europawahl (Personen)	0,00	0,00	0,00	19.500,00	0,00	0,00
WAHLBB	Wahlberechtigte Bundestagswahl (Personen)	0,00	0,00	0,00	0,00	19.100,00	0,00
WAHLBL	Wahlberechtigte Landtagswahl (Personen)	0,00	19.175,00	0,00	0,00	0,00	0,00
EINBSV	Eintragungsberechtigte Seniorenvertret. (Personen)	0,00	0,00	11.975,00	0,00	0,00	0,00
WAHLBI	Wahlberechtigte Integrationswahl (Personen)	0,00	0,00	0,00	0,00	10.200,00	0,00

Ö 20

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**01 - 17 0771/2022**	**18.10.2022**

Betreff

Initiierung einer Stellenausschreibung für die Betriebsleitung der KKK, inkl. der Rückführung der KKK in die Kernverwaltung;
hier: Antrag Nr. IV/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu.

Sachdarstellung :

Mit Antrag Nr. IV/2022 (Anlage) beantragt die CDU-Ratsfraktion, schnellstmöglich das Stellenbesetzungsverfahren für die neue Leitung des derzeit in der Organisationsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung geführten Betriebes Kultur, Künste, Kontakt (KKK) unter Beteiligung der politischen Entscheidungsträger zu initiieren und im Jahr 2023 die Rückführung dieser Einrichtung in die Kernverwaltung vorzubereiten und einen Vorschlag zur Verortung zu erarbeiten.

Der Rat hat diesen Antrag in seiner Sitzung am 20.09.2022 zur weiteren Behandlung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Die verwaltungsseitige Würdigung des Antrages führt zu folgenden Ergebnissen:

Die Überprüfung der Organisationsform der im Jahre 1994 gegründeten eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Kultur, Künste, Kontakte (KKK) wird verwaltungsseitig grundsätzlich befürwortet, da sich die Rahmenbedingungen, wie auch im Antrag dargestellt seither wesentlich geändert haben.

Der im Antrag formulierte Auftrag an die Verwaltung, im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2023 einen Organisationsvorschlag vorzulegen, ist – auch unter der Prämisse der Hinzuziehung externen Sachverstandes- als zeit- und personalressourcenintensives Projekt zu qualifizieren.
Im laufenden Jahr wurden diverse Organisationsmaßnahmen initiiert, die sich aufgrund ihrer Komplexität bis weit in das kommende Haushaltsjahr hinziehen werden.

So gilt es im Jahr 2023 vordringlich

- die Neustrukturierung der Fachbereiche 5 Stadtentwicklung und 6 Bürgerservice und Ordnung zum Abschluss zu bringen;
- die Aufbauorganisation im Zuge der Schaffung des dritten Dezernates ab dem 01.01.2023 in großen Teilen neu auszurichten;
- die Stabsstelle 19 ”Digitalisierung und IT” zu installieren sowie
- die Organisationsuntersuchung des Fachbereiches 4 Jugend, Schule und Sport intensiv zu begleiten und zu Ende zu führen.

Das Aufgabenpaket des in Fragen der Modifizierung der Aufbauorganisation federführenden Fachbereiches 1 / Zentrale Dienste (SG Organisation) wird im kommenden Jahr darüber hinaus durch die Umsetzung und Fortschreibung des verwaltungsübergreifenden Raumkonzeptes zur Sicherstellung des mittelfristigen Raumbedarfs der Kernverwaltung bestimmt.

Vor diesem Hintergrund stehen für zusätzliche größere Projekte im Haushaltsjahr 2023 keine personellen Kapazitäten zur Verfügung. Im Ergebnis schlägt die Verwaltung daher vor; die etwaige Rückführung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung KKK als einen Untersuchungsschwerpunkt des Jahres 2024 zu definieren.

Nach verwaltungsseitiger Würdigung hat die künftige Organisationsform (mögliche Modelle: Beibehaltung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung oder Rückführung in die Kernverwaltung und Verortung innerhalb der Organisation als Stabsstelle, als eigenständiger Fachbereich oder als Teil eines Fachbereiches) auch Relevanz für das im Rahmen einer Stellenausschreibung zu formulierende Anforderungsprofil der neuen Leitung dieses Bereiches und den Kreis der Bewerberinnen und Bewerber. Daher sollte in der Ausschreibung ein Hinweis auf anstehende Evaluierung der derzeitigen Organisationsform erfolgen.
Derzeit ist die Fortführung des Kulturbetriebes durch die kommissarische Leitung gewährleistet.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Mittel für die externe Begleitung der Untersuchung sind im HH 2024 bereit zu stellen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 5 und 6.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Antrag Nr. IV/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 20

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 23. Aug. 2022
Bgm.:
Dez.:
FB:
Anl.: PWZ: €

CDU-Ratsfraktion - Geistmarkt 1 - 46446 Emmerich am Rhein

An den Bürgermeister der
Stadt Emmerich am Rhein
Herrn Peter Hinze

Eingabe/Antrag an den Rat
Nr. IV / 20 22
Eingang am:
zur Kenntnis an
I
II o. III
FB (o. a.)
Vorlage zur Sitzung Vw.-
Vorstand am
Anlage (n):

CDU RATSFRAKTION EMMERICH AM RHEIN

Dr. Matthias Reintjes
FRAKTIONSVORSITZENDER
Telefon: 0163 / 234 926 1
E-Mail: info@cdu-emmerich.de

22.08.2022

Antrag

Die CDU-Fraktion beantragt:

1. schnellstmöglich eine Stellenausschreibung für die Betriebsleitung / Amtsleitung des *Eigenbetriebs Eigenbetrieb Kultur Künste Kontakte (KKK)* mit den Fraktionen im Rat der Stadt abzustimmen, zu initiieren und diese zu beteiligen.
2. die zeitnahe Rückführung des *Eigenbetriebs Kultur Künste Kontakte (KKK)* im Jahr 2023 in die Kernverwaltung vorzubereiten und einen Vorschlag zur organisatorischen Verortung zu unterbreiten.

Begründung

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Emmerich versteht sich seit jeher als Unterstützer und Förderer der Kultur und Künste auf dem Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein. Aufgrund der absehbaren Vakanz der Betriebsleitung des *Eigenbetrieb Kultur Künste Kontakte (KKK)* und der Notwendigkeit, dass ein Ansprechpartner für Kulturschaffende und das Ehrenamt vor Ort dringend benötigt wird, soll schnellstmöglich eine Stellenausschreibung mit dem Rat der Stadt abgestimmt und initiiert werden.

Der Rat der Stadt Emmerich gründete (u.a. auf Vorschlag der CDU) den Eigenbetrieb KKK im Jahr 1994 mit dem Ziel den Mitarbeitenden größere Eigenverantwortung, eine Budgetierung (statt Kameralistik) sowie eine flexiblere Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen. Durch die Einführung des NKF im Kernhaushalt, die anstehende Umsatzsteuerproblematik, sowie sich oftmals etablierte Doppelstrukturen haben sich viele der vermeintlichen Vorteile von Eigenbetrieben heute erübrigt. Daher lässt sich bereits seit Jahren ein Trend beobachten, dass viele Kommunen heute Eigenbetriebe zurück in die Kernverwaltung überführen.

Aktuelle Doppelstrukturen sind u.a.:

- Doppelte Finanzbuchhaltung, separate Konten
- Eigene Personalverwaltung
- Separate IT-Strukturen
- Gegenseitige Rechnungsstellungen und Verrechnungen
- Erstellung eines Wirtschaftsplans / Jahresabschlussprüfung bei KKK
- Erstellung/Prüfung Gesamtabschluss bei der Stadt

Vorteile einer Rückgliederung sind u.a.:

- Abbau der Doppelstrukturen
- Vermeidung Umsatzsteuerrisiko
- Gebührenkalkulation aus „einer Hand"
- Direktere Steuerung durch Verwaltung und Rat

Die CDU-Fraktion ist daher der Überzeugung, dass eine Rückführung des Eigenbetriebes dazu beiträgt, Synergieeffekte zu erzielen ohne negative Folgen für die Mitarbeitenden sowie das kulturelle Angebot unserer Stadt zu verursachen. Die Verwaltung wird gebeten im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2023 einen Organisationsvorschlag vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Matthias Reintjes
Vorsitzender

Ö 21

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

BGE-Fraktion

		TOP Vorlagen-Nr.	Datum
Antrag	**öffentlich**	**01 - 17 0858/2022**	**22.11.2022**

Betreff

Externe Unterstützung während der Einführungs- und Realisierungsphase im Projekt "Digitalisierung und IT";
hier: Antrag Nr. X/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat befürwortet die mit Antrag Nr. X/2022 formulierte Anregung der temporären externen Unterstützung und stellt die für die Haushaltsjahre 2023 ff benötigten zusätzlichen finanziellen Mittel bereit.

Sachverhalt :

Mit Antrag Nr. X/2022 vom 21.11.2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein wird die Anregung formuliert, die künftige Stabsstelle ”Digitalisierung und IT” temporär durch einen externen IT Dienstleister zu unterstützen.
Verwaltungsseitig wird diese Anregung unterstützt. Sie deckt sich mit der im ”Konzept zur organisatorischen und personellen Weiterentwicklung der Aufgabenbereiche IT, Digitalisierung und Organisation” (vgl. Vorlagenummer 01-0791/2022 Tagesordnungspunkt 3 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.11.2022 bzw. Vorlagennummer 01-0791/2022/1 Tagesordnungspunkt 3 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.02.2022) präferierten Vorgehensweise.

Die Kosten einer externen Begleitung bei der Erstellung eines Konzeptes / einer Strategie für den Weg der digitalen Transformation zu einer intelligenten und nachhaltigen Kommune werden aktuell ermittelt und fließen über die Veränderungsliste in die Haushaltsplanungen 2023 ff. ein.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Mittel für die externe Begleitung sind in den Haushalten 2023 ff bereit zu stellen

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
Antrag Nr. X/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Ö 21

BürgerGemeinschaft Emmerich

...zum Wohle unserer Stadt!

Fraktion BürgerGemeinschaft Emmerich, Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Eingang beim Rat
Nr. ... / 2022
Eingang am: 21.11.22
zur Kenntnis an
I
II o. III
FB (o. a.)
Vorlage zur Sitzung VW.-
Verstand am
Anlage (n):

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister
Eing.: 21. Nov. 2022
Sgnt.:
Dez.:
FB:

Emmerich am Rhein, 21. November 2022

Externe Unterstützung während der Einführungs- und Realisierungsphase im Projekt „Digitalisierung und IT“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinze,

mit Bezug auf die in Kürze zu entscheidende Haushaltskonsolidierungsliste ergänzt durch den Sachvortrag von Herrn Schwarz während der Haushaltsklausur der BGE am 19. November 2022 beantragt die Fraktion zur Maßnahmen-Nr. 3 (Digitalisierung/IT) im Jahr 2023 ff. die externe Unterstützung durch einen IT-Dienstleister für das Projekt „Digitalisierung und IT“. Die Federführung soll in der neu zu schaffenden Stabstelle „Digitalisierung und IT“ liegen.

Es ist aufgrund des sich weiter zuspitzenden IT-Fachkräftemangels in der Pandemie, während des Ukraine-Kriegs und beim laufenden demographischen Wandel nicht zu erwarten, dass die in der Stabstelle „Digitalisierung und IT“ neu einzurichtenden Stellen zeitgerecht zur Verfügung stehen.

Der IT-Branche fehlen derzeit bundesweit 137.000 IT-Fachkräfte. Durchschnittlich bleibt eine IT-Stelle für rund sieben Monate unbesetzt (*Quelle: www.t3n.de vom 20.11.2022*).

Um während der Einführungs- und Realisierungsphase das Projekt „Digitalisierung und IT“ erfolgreich zu entwickeln und wirksam zu gestalten, sollte dieser Prozess für die Dauer von bis zu drei Jahren durch einen externen IT-Dienstleister unterstützt werden, der andere Kommunen in NRW schon erfolgreich begleitet hat.

Für diese Maßnahme sind im Haushalt 2023 sowie in den Folgejahren notwendige Haushaltsmittel über die Veränderungsliste zusätzlich einzuplanen und durch den Rat zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Sigmund
Fraktionsvorsitzender

Ö 22

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**01 - 17 0860/2022**	**22.11.2022**

Betreff

Stellenplan 2022;
hier: 1. Änderung

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die in der Anlage abgebildete 1. Änderung des Stellenplans 2022.

Sachdarstellung :

I. Rechtliche Grundlagen

Gem. § 41 GO NRW obliegt dem Rat die Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung und des Stellenplans. Der Stellenplan ist Anlage des Haushaltsplanes (§ 79 Abs. 2 Satz 2 GO NRW); er kann anlassbezogen unterjährig durch entsprechende Beschlussfassung geändert werden.

Nach § 8 KomHVO NRW hat der Stellenplan die im Haushaltsjahr erforderlichen Stellen der Beamtinnen und Beamten und der nicht nur vorübergehend beschäftigten Bediensteten auszuweisen.

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 wurde in der Sitzung des Rates am 14.12.2021 beschlossen. Die Fortschreibung des Stellenplans in Form der 1. Änderung wird vornehmlich erforderlich durch

- zwischenzeitlich initiierte **Stellen(neu)bewertungen**,
- die **organisatorische Ausgliederung** des IT-Bereichs aus dem Fachbereich 1 - Zentrale Dienste in die neu zu schaffende Stabsstelle 19 - Digitalisierung und IT
- **identifizierte Mehrbedarfe** in den Fachbereichen 2 (Finanzen), 4 (Jugend, Schule und Sport), 6 (Bürgerservice und Ordnung), 7 (Arbeit und Soziales) sowie in den Aufgabenbereichen Digitalisierung und IT (künftige Stabsstelle 19 zzgl. Digitallotsen in sieben Fachbereichen),
- für **Neubesetzung** von Stellen benötigte **Umwandlungen** von bisherigen Beamten-Stellen in tarifliche Angestellten-Stellen oder umgekehrt (Fachbereiche 1, 2, 5 und 6),
- die **Einrichtung eines kw-Vermerkes** (künftig wegfallend) im Fachbereich 6 sowie die damit verbundene Neueinrichtung einer Stelle im Bereich der allgemeinen Ordnungsangelegenheiten,

Unter Ziffer II. werden die sich ergebenden Veränderungen je Organisationseinheit ausgewiesen und erläutert.

Der Personalrat und die Gleichstellungsbeauftragte wurden zur beabsichtigten 1. Änderung des Stellenplanes 2022 beteiligt.

II. Anpassungen des Stellenplans 2022 sortiert nach Organisationseinheiten

FB 1 / Zentrale Dienste

-1,00 Wegfall einer 1,0 A12-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,0 EG11-Stelle (SGL Personal)
1,00 Einrichtung einer 1,0 EG11-Stelle (SGL Personal) dafür Wegfall einer 1,0 A12-Stelle

Die Stelle war bisher durch eine verbeamtete Person besetzt. Die Aufgabe wird künftig durch eine tariflich beschäftigte Person wahrgenommen.

0,00 Umwandlung einer 1,0 EG 9c-Stelle in eine EG 9b-Stelle (Personalsachbearbeiter/in, Stellenneubewertung nach Aufgabenänderung)

0,00 Umwandlung einer 1,0 EG 11-Stelle in eine 1,0 EG 10-Stelle (Sachbearbeiter/in Organisation, Stellenneubewertung nach Aufgabenänderung)

0,20 Einrichtung von jeweils 0,2 VZÄ pro Fachbereich zur Schaffung von Digitallotsen (zunächst Ansiedlung bei EG 9b, Überprüfung nach erfolgter Aufgabenübertragung)

-5,00 Überführung von 5,00 Stellen aus dem Fachbereich 1 - Zentrale Dienste in die neue Stabsstelle 19 - Digitalisierung und IT (1 x 1,00 EG 12, 1 x 1,00 EG 11, 3 x 1,00 EG 10)

FB 1 / IT (künftig: Stabsstelle 19 - Digitalisierung und IT)

5,00 Überführung von 5,00 Stellen aus dem Fachbereich 1 - Zentrale Dienste in die neue Stabsstelle 19 - Digitalisierung und IT (1 x 1,00 EG 12, 1 x 1,00 EG 11, 3 x 1,00 EG 10)

1,00 Einrichtung einer 1,00 EG 11-Stelle (Koordinator Schuldigitalisierung)

Im Rahmen der Neustrukturierung der Aufgabenbereiche IT und Digitalisierung soll eine zentral zuständige Stelle zur digitalen Weiterentwicklung der Emmericher Schullandschaft geschaffen werden (u. a. Fortschreibung und Umsetzung des Medienentwicklungsplans, Umsetzung DigitalPakt, Fördermittelakquise).

2,00 Einrichtung von 2,00 EG9a-Stellen, IT-Support

Die IT-Administration an den Schulen sowie die durch den digitalen Wandel anfallenden zusätzlichen Aufgaben im First-Level-IT-Support sollen durch die Schaffung zweier EG 9a-Stellen bewältigt werden. Durch die Übernahme eines Auszubildenden im Jahr 2023 kann eine der vorgenannten Stelle durch einen Fachinformatiker besetzt werden.

FB 2 / Finanzen

1,00 Einrichtung einer 1,00 A10-Stelle, dafür Wegfall einer 1,00 EG 10-Stelle (Controlling)
-1,00 Wegfall einer 1,00 EG10-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 A10-Stelle (Controlling)

Die Stelle wurde ursprünglich als Beschäftigtenstelle eingeplant, inzwischen jedoch durch Übernahme einer Stadtinspektoranwärterin besetzt. Die Stelle ist somit künftig als Beamtenstelle auszuweisen.

0,00 Umwandlung einer 1,00 A11 Stelle in eine 1,00 A12-Stelle (SGL Forderungsmanagement, Stellenneubewertung nach Aufgabenerweiterung)

0,44 Einrichtung von 0,44 EG 5-Stellenanteilen (Sachbearbeiter/in Geschäftsbuchhaltung)

Die bisherige Stelleninhaberin scheidet zum 31.12.2022 aus dem aktiven Dienst aus. Im Zuge der Nachbesetzung wird das Stellenprofil u. a. um den Aufgabenbereich des digitalen Rechnungseingangs erweitert.

0,20 Einrichtung von jeweils 0,2 VZÄ pro Fachbereich zur Schaffung von Digitallotsen (zunächst Ansiedlung bei EG 9b, Überprüfung nach erfolgter Aufgabenübertragung)

FB 3 / Immobilien

0,20 Einrichtung von jeweils 0,2 VZÄ pro Fachbereich zur Schaffung von Digitallotsen (zunächst Ansiedlung bei EG 9b, Überprüfung nach erfolgter Aufgabenübertragung)

FB 4 / Jugend, Schule und Sport

0,00 Umwandlung von 1,44 EG 9b-Stellenanteilen in 1,44 EG 9c-Stellenanteilen nach Neubewertung (Wirtschaftliche Jugendhilfe)

0,00 Umwandlung von 0,77 EG 9c-Stellenanteilen in 0,77 EG 10-Stellenanteile nach Neubewertung (Kita-Betreuung Verwaltung)

1,00 Einrichtung einer 1,00 S12-Stelle zur Umsetzung der Aufgaben nach dem Landeskinderschutzgesetz

Die sich aus dem Landeskinderschutzgesetz NRW ergebenen Aufgaben sind dauerhaft wahrzunehmen. Die Stelle ist durch eine befristete Förderung bis zum Jahr 2024 kostenneutral.

0,50 Einrichtung von 0,5 VZÄ S12-Stellenanteilen zur Umsetzung zusätzlicher Aufgaben im Bereich Vormundschaften

Das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts tritt zum 01.01.2023 in Kraft. Die Reform beinhaltet zusätzliche dauerhafte Aufgaben sowie Vorgaben zur Organisation des Vormundschaftsbereichs, deren Umsetzung zu dem ausgewiesenen Mehrbedarf führt.

0,20 Einrichtung von jeweils 0,2 VZÄ pro Fachbereich zur Schaffung von Digitallotsen (zunächst Ansiedlung bei EG 9b, Überprüfung nach erfolgter Aufgabenübertragung)

FB 5 / Stadtentwicklung

1,00 Einrichtung einer 1,00 EG12-Stelle (Ingenieur/in), dafür Wegfall einer 1,00 A10-Stelle
-1,00 Wegfall einer 1,00 A10-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 EG12-Stelle (Ingenieur/in)

Die Stelle war bisher durch eine verbeamtete Person besetzt. Die Aufgabe wird inzwischen durch eine tariflich beschäftigte Person wahrgenommen.

0,20 Einrichtung von jeweils 0,2 VZÄ pro Fachbereich zur Schaffung von Digitallotsen (zunächst Ansiedlung bei EG 9b, Überprüfung nach erfolgter Aufgabenübertragung)

FB 6 / Bürgerservice und Ordnung

0,00 Umwandlung einer 1,00 EG 9b-Stelle in eine 1,00 EG 9a-Stelle aufgrund Neubewertung (Wohnungsbauförderung)

0,00 Umwandlung einer 0,60 EG 8-Stelle in eine 0,60 EG 9a-Stelle aufgrund Neubewertung (Sachb. Sondernutzung)

0,00 Umwandlung von 2,00 EG 6-Stellen in 2,00 EG 9a-Stellen nach Aufgabenerweiterung und Neubewertung (Kommunaler Ordnungsdienst, vormals Außendienst ruhender Verkehr)

0,00 Umwandlung von 0,60 EG 5-Stellenanteilen in 0,60 EG 9a-Stellenanteilen nach Aufgabenerweiterung und Neubewertung (Kommunaler Ordnungsdienst, vormals Außendienst ruhender Verkehr)

-1,00 Wegfall einer 1,00 A14-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 EG 14-Stelle (Fachbereichsleitung)

1,00 Einrichtung einer 1,00 EG 14-Stelle (Fachbereichsleitung), dafür Wegfall einer 1,00 A14-Stelle

Die Stelle war bisher durch eine verbeamtete Person besetzt. Die Aufgabe wird inzwischen durch eine tariflich beschäftigte Person wahrgenommen.

-1,00 Wegfall einer 1,00 EG11-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 A12-Stelle (Stellv. Fachbereichsleitung)

1,00 Einrichtung einer 1,00 A12-Stelle (Stellv. Fachbereichsleitung), dafür Wegfall einer 1,00 EG11-Stelle

Die stellvertretende Fachbereichsleitung war bisher als Beschäftigtenstelle ausgewiesen. Nach inzwischen erfolgter Aufgabenänderung und Neubewertung der Stelle wird diese künftig durch eine verbeamtete Person besetzt.

0,00 Einrichtung eines kw-Vermerks an einer 1,00 EG 10-Stelle (Sachb. Allgemeine Ordnungsangelegenheiten)

1,00 Einrichtung einer 1,00 A11-Stelle (Sachb. Allgemeine Ordnungsangelegenheiten)

Eine absehbare Vakanz (altersbedingte Fluktuation) bedingt die frühzeitige Ausschreibung und Nachbesetzung der vorgenannten Stelle. Mit Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers erfolgt die Streichung der mit kw-Vermerk (künftig wegfallend) versehenen Stelle.

1,00 Einrichtung einer 1,00 EG 10-Stelle (Sachgebietsleitung Bürgerbüro / Personenstandswesen)

Die Tätigkeit wurde bislang durch die stellvertretende Fachbereichsleitung ausgeführt. Infolge der Umstrukturierung des Fachbereichs 6 und der Ausweitung des zugrundeliegenden Aufgabenfeldes ergibt sich hier ein entsprechender Mehrbedarf.

0,20 Einrichtung von jeweils 0,2 VZÄ pro Fachbereich zur Schaffung von Digitallotsen (zunächst Ansiedlung bei EG 9b, Überprüfung nach erfolgter Aufgabenübertragung)

FB 7 / Arbeit und Soziales

0,00 Umwandlung von 3,50 EG 9b-Stellenanteilen in 3,50 EG 9c-Stellenanteile nach Neubewertung (Leistungssachbearbeitung SGB XII)

2,00 Einrichtung von 2,00 A9 L2E1-Stellen, (Sachbearbeitung Wohngeld)

Durch die im Jahr 2023 in Kraft tretende Wohngeldreform weitet sich der Kreis der potentiellen Leistungsempfänger in erheblichem Umfang aus. Hierdurch entsteht ein entsprechender Personalmehrbedarf.

1,00 Einrichtung einer 1,00 EG10-Stelle (Teamleitung Asyl)
1,00 Einrichtung einer 1,00 EG3-Stelle (Außendienstmitarbeiter Asyl)
1,00 Einrichtung einer 1,00 S 11b-Stelle (Aufsuchende Sozialarbeit)

Durch die anhaltend steigenden Flüchtlingszahlen hat sich das Arbeits- und Aufgabenaufkommen im Asylbereich deutlich erhöht. Hierdurch entsteht ein Personalmehrbedarf im Bereich der Vor-Ort-Betreuung (Außendienstmitarbeiter), sowie im organisatorisch konzeptionellen Aufgabenbereich (Teamleitung). Um den Integrationsauftrag zielgerichtet erfüllen zu können wird eine zusätzliche Stelle im Bereich der aufsuchenden Sozialarbeit geschaffen.

2,00 Einrichtung von zwei 1,00 EG 9c-Stellen aufgrund personeller Vakanzen („Springerstellen“)

Derzeit sind im Fachbereich 7 in Folge von Stundenreduzierungen, Elternzeiten und weiteren (temporären) Vakanzen mehrere Stellen vollständig oder anteilig nicht besetzt. Im Vorgriff auf ein verwaltungsübergreifendes Konzept zur Ausweisung entsprechender Reserven sollen jetzt zwei Springerstellen zur Reduzierung dieses personellen Engpasses geschaffen werden.

0,20 Einrichtung von jeweils 0,2 VZÄ pro Fachbereich zur Schaffung von Digitallotsen (zunächst Ansiedlung bei EG 9b, Überprüfung nach erfolgter Aufgabenübertragung)

Stabsstelle 13 - Kommunikation und Archiv

0,00 Umwandlung einer 1,00 EG 12-Stelle in eine 1,00 EG 13-Stelle nach Neubewertung, Leiter/in Stabsstelle 13

Das bisherige Aufgabenprofil wurde erweitert und neu bewertet, wodurch die vorstehende Umwandlung notwendig wird.

III. Ausweisung der unter II. genannten Veränderungen im Stellenplan

§ 8 KomHVO NRW gibt die Ausweisung der Stellen der Beamtinnen und Beamten sowie der tariflich Beschäftigten - hier unterteilt in Verwaltungsdienst und Sozial- und Erziehungsdienst- in Stellenplänen und Stellenübersichten als Anlage zum Haushaltsplan verbindlich vor. Stellenplanänderungen sind mitunter mehrfach in den unterschiedlichen verbindlichen Mustern abzubilden.

Infolge dessen führen die unter II. abschließend benannten Änderungen in den nachfolgend benannten Teilplänen / Übersichten zu Modifizierungen:

- Stellenplan 2022 Teil A: Beamtinnen und Beamte - Kommunalverwaltung -,
- Stellenübersicht 2022 Teil A: Aufteilung nach Organisationseinheiten - Beamtinnen und Beamte Kernverwaltung,
- Stellenplan 2022 Teil B: Tarifbeschäftigte, soweit nicht Sozial- und Erziehungsdienst,
- Stellenübersicht 2022 Teil A: Aufteilung nach Organisationseinheiten - Tarifbeschäftigte -,
- Stellenplan 2022 Teil B: Tarifbeschäftigte Sozial- und Erziehungsdienst,
- Stellenübersicht 2022 Teil A: Aufteilung nach Organisationseinheiten - Tarifbeschäftigte Sozial- und Erziehungsdienst -,
- Stellenplan 2022 Teil A: Erläuterung Beamtinnen und Beamte,
- Stellenplan 2022 Teil B: Erläuterung Tarifbeschäftigte (einschl. Sozial- und Erziehungsdienst)

Die mit der 1. Änderung des Stellenplanes 2022 zu beschließenden Änderungen sind in der Anlage farblich kenntlich gemacht.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Entsprechende Haushaltsmittel, die die sich aus der 1. Änderung des Stellenplanes ergebenden finanziellen Auswirkungen (Mehr-/Minderausgaben) berücksichtigen, stehen im Haushalt 2022 (hier: Personalkosten in den jeweiligen Produkten) zur Verfügung.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
01 - 17 0860/2022 _ A 1 _ Stellenplan 2022 - 1. Änd.

Ö 22

Stellenplan 2022
Teil A: Beamtinnen und Beamte
- Kommunalverwaltung -

1. Anpassung Dez 2022

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungs-gruppe	Zahl der Stellen 2022		Zahl der Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2021	Erläuterungen
		insgesamt	davon ausgesondert			
1	2	3	4	5	6	7
Wahlbeamte						
Bürgermeister	B 5	1,0	0,0	1,0	1,0	
Beigeordneter	B 2	1,0	0,0	1,0	1,0	
Laufbahngruppe 2						
Stadtverwaltungsdirektor/-in	A 15	1,0	0,0	1,0	0,0	
Stadtverwaltungsoberrat/-rätin	A 14	2,0	0,0	3,0	3,0	- 1,0: Wegfall einer 1,0 A14-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,0 EG 14-Stelle, FB 6 - FBL
Stadtverwaltungsrat/-rätin	A 13	2,0	0,0	2,0	2,0	davon 1,0 Stellenanteile mit kw-Vermerk, FB 5
Stadtamtsrat/-rätin	A 12	4,0	0,0	3,0	3,0	- 1,0: Wegfall einer 1,0 A12-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,0 EG 11-Stelle, FB 1 - SGL Personal + 1,0: Umwandlung einer 1,0 A11-Stelle in eine 1,0 A12-Stelle nach Neubewertung, FB 2 - SGL Forderungsmanagement + 1,0: Einrichtung einer 1,0 A12-Stelle, dafür Wegfall einer 1,0 EG 11-Stelle, FB 6 - Stv. FBL
Stadtbauamtsrat/-rätin	A 12	0,9	0,0	0,9	0,9	
Stadtamtmann/-amtfrau	A 11	6,3	0,0	6,3	5,8	- 1,0: Umwandlung einer 1,0 A11-Stelle in eine 1,0 A12-Stelle nach Neubewertung, FB 2 - SGL Forderungsmanagement +1,0: Einrichtung einer 1,0 A11-Stelle zur Nachfolge, FB 6 - Allg. Ordnungsangelegenheiten
Brandamtmann	A 11	1,0	0,0	1,0	0,0	
Stadtoberinspektor/-in	A 10	6,5	0,0	5,5	5,5	+1,0: Einrichtung einer 1,0 A10-Stelle, dafür Wegfall einer 1,0 EG10-Stelle, FB 2 - Sachb. Controlling
Stadtbauoberinspektor/-in	A 10	0,0	0,0	1,0	1,0	-1,0: Wegfall einer 1,0 A10-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,0 EG12-Stelle, FB 5 - Bauordnung
Stadtinspektor/-in	A 9	7,0	0,0	5,0	2,0	+2,0: Einrichtung zweier 1,0 A9-Stellen, Aufgabenzuwachs aufgrund Gesetzesänderung, FB 7 - Wohngeld
Laufbahngruppe 1						
Stadtamtsinspektor/-in	A 9	2,6	0,0	2,6	3,6	
Hauptbrandmeister/-in	A 9	2,0	0,0	2,0	2,0	
Stadthauptsektretär/-in	A 8	2,7	0,0	2,7	3,3	
Insgesamt		**40,0**	**0,0**	**38,0**	**34,1**	

Stellenplan 2022
Teil A: Beamtinnen und Beamte
- Sondervermögen mit Sonderrechnung "Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein (KBE)" -

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungs-gruppe	Zahl der Stellen 2022		Zahl der Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2021	Erläuterungen
		insgesamt	davon ausgesondert			
1	2	3	4	5	6	7
Laufbahngruppe 2						
Stadtverwaltungsdirektor/-in	A 15	1	0	1	0	
Stadtamtsrat/rätin	A 12	1	0	1	1	
Laufbahngruppe 1						
Stadtamtsinspektor/-in	A 9	1	0	1	1	
Insgesamt		**3**	**0**	**3**	**2**	

Stellenübersicht 2022
Teil A: Aufteilung nach Organisationseinheiten
- Beamtinnen und Beamte Kernverwaltung -

1. Anpassung Dez 2022

Organisationseinheit	Wahlbeamte						Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt			Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt					Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt				Summe
	B 5	B 4	B 3	B 2	A 16	A 15	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
1	2						3			4					5				6
Verwaltungsführung	1,0			1,0			1,0												**3,0**
Stabsstelle 13																0,5			**0,5**
Stabsstelle 14									1,0			1,3							**2,3**
FB 1								1,0			**0,9**	0,5	1,0	3,0		0,5			**6,9**
FB 2											**1,0**		**1,0**		1,0				**3,0**
FB 4											1,0	1,8							**2,8**
FB 5										1,0 kw		1,0							**2,0**
FB 6											**1,0**	**2,0**		2,0	2,8	1,0			**8,8**
FB 7								1,0			1,0	0,7	4,5	**2,0**	0,8	0,7			**10,7**
Sondervermögen: Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein (KBE)							1,0				1,0				1,0				**3,0**
	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	2,0	2,0	1,0	1,0	5,9	7,3	6,5	7,0	5,6	2,7	0,0	0,0	**43,0**

Stellenübersicht 2022
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
- Beamtinnen und Beamte Kernverwaltung -

Produkt-bereich	Bezeichnung	Wahlbeamte						Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt			Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt					Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt				Summe
		B 5	B 4	B 3	B 2	A 16	A 15	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
1	2	3						4			5					6				7
1	**Innere Verwaltung**	1,0	0	0	1,0	0	0	1,0	1,0	1,0	0	1,9	1,8	2,0	3,0	1	1,0	0	0	**15,7**
2	**Sicherheit und Ordnung**	0	0	0	0	0	0	0	0,0	0	0	1	2,0	0	2,0	2,8	1	0	0	**8,8**
5	**Soziale Leistungen**	0	0	0	0	0	0	0	1,0	0	0	1	0,7	4,5	2	0,8	0,7	0	0	**10,7**
6	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1,8	0	0	0	0	0	0	**2,8**
9	**Räumliche Planung, Entwicklung, Geoinf.**	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
10	**Bauen und Wohnen**	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1,0 kw	0	0	0	0	0	0	0	0	**1,0**
12	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	**1,0**
	Sondervermögen: Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein (KBE)	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	**3,0**
		1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	2,0	2,0	1,0	1,0	5,9	7,3	6,5	7,0	5,6	2,7	0,0	0,0	**43,0**

Stellenplan 2022
Teil B: Tarifbeschäftigte, soweit nicht Sozial- und Erziehungsdienst

1. Anpassung Dez 2022

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2022	Zahl der Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2021	Erläuterungen
1	2	3	4	5
15	1,0	1,0	1,0	
14	4,0	3,0	3,0	+ 1,0: Einrichtung einer 1,00 EG 14-Stelle, dafür Wegfall einer 1,00 A14-Stelle, FB 6 - FBL
13	2,0	1,0	1,0	+1,0: Umwandlung einer 1,00 EG 12-Stelle in eine 1,00 EG 13-Stelle nach Neubewertung; St 13
12	13,0	13,0	9,8	-1,0: Umwandlung einer 1,00 EG 12-Stelle in eine 1,00 EG 13-Stelle nach Neubewertung; St 13 +1,0: Wegfall einer 1,00 A10-Stelle , dafür Einrichtung einer 1,00 EG 12-Stelle, FB 5 - Bauordnung
11	12,0	12,0	10,0	+1,0: Einrichtung einer 1,00 EG 11-Stelle, aufgrund Neustrukturierung IT-Bereich, St 19 - Schuldigitalisierung +1,0: Einrichtung einer 1,00 EG 11-Stelle, dafür Wegfall einer 1,00 A12-Stelle, FB 1 - SGL Personal -1,0: Umwandlung einer 1,00 EG 11-Stelle in eine 1,00 EG 10-Stelle aufgrund neuem Aufgabenzuschnitt, FB 1 - Hpt.-SB Orga -1,0: Wegfall einer 1,00 EG 11-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 A12-Stelle, FB 6 - stv. FBL
10	15,8	13,0	9,0	-1,0: Wegfall einer 1,00 EG 10-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 A10-Stelle, FB 2 - Controlling +1,0: Umwandlung einer 1,00 EG 11-Stelle in eine 1,00 EG 10-Stelle aufgrund neuem Aufgabenzuschnitt, FB 1 - Hpt.-SB Orga +0,77: Umwandlung von EG 9c-Stellenanteilen in EG10-Stellenanteile nach Neubewertung, FB 4 - KiTa-Betreuung +1,00: Einrichtung einer 1,00 EG 10-Stelle, Aufgabenzuwachs aufgrund Neustrukturierung FB 6, FB 6 SGL Bürgerbüro/ Standesamt +1,00: Einrichtung einer 1,00 EG 10-Stelle, Aufgabenausweitung Asyl, FB 7 - TL Asyl davon 1,0 Stelle mit kw-Vermerk, FB 5 davon 1,0 Stelle mit kw-Vermerk, FB 6
9c	35,6	30,4	25,1	+1,44: Umwandlung von EG 9b-Stellenanteilen in EG 9c-Stellenanteile nach Neubewertung, FB 4 - WJH -1,00: Umwandlung einer 1,00 EG 9c-Stelle in eine 1,00 EG 9b-Stelle aufgrund neuem Aufgabenzuschnitt, FB 1 - Hpt.-SB Personal -0,77: Umwandlung von EG 9c-Stellenanteilen in EG 10-Stellenanteile nach Neubewertung, FB 4 - KiTA-Betreuung +3,50: Umwandlung von 3,5 EG 9b-Stellenanteilen in 3,5 EG 9c-Stellenanteilen nach Neubewertung, FB 7 - SGB XII +2,00: Einrichtung von 2,00 EG 9c-Stellen; Springerstellen, FB 7 davon 1,0 Stelle mit kw-Vermerk, FB 7
9b	19,4	23,0	20,6	-1,44: Umwandlung von EG 9b-Stellenanteilen in EG 9c-Stellenanteile nach Neubewertung, FB 4 - WJH -1,00: Umwandlung einer 1,0 EG 9b-Stelle in eine 1,0 EG 9a-Stelle nach Neubewertung, FB 6 - Wohnungsbauförderung +1,40: Einrichtung von 1,40 EG 9b-Stellenanteile für Digitallotsen, alle FBs +1,00: Umwandlung einer 1,00 EG 9c-Stelle in eine 1,00 EG 9b-Stelle aufgrund neuem Aufgabenzuschnitt, FB 1 - Hpt.-SB Personal -3,50: Umwandlung von 3,5 EG 9b-Stellen in 3,5 EG 9c-Stellen nach Neubewertung, FB 7 - SGB XII davon 0,6 Stellenanteile mit kw-Vermerk, FB 1

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2022	Zahl der Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2021	Erläuterungen
9a	20,8	14,6	10,6	+1,00: Umwandlung einer 1,0 EG 9b-Stelle in eine 1,0 EG 9a-Stelle nach Neubewertung, FB 6 - Wohnungsbauförderung +2,00: Einrichtung zweier 1,0 EG 9a-Stellen, aufgrund Neustrukturierung IT-Bereich, St 19 - IT-Support +0,60: Umwandlung einer 0,6 EG 8-Stelle in eine 0,6 EG 9a-Stelle nach Neubewertung, FB 6 - Sondernutzung +2,00: Umwandlung zweier 1,0 EG 6-Stellen in zwei 1,0 EG 9a-Stellen nach Neubewertung, FB 6 - KOD +0,60: Umwandlung einer 0,60 EG 5-Stelle in eine 0,60 EG 9a-Stelle nach Neubewertung, FB 6 - ruhender Verkehr davon 1,0 Stellenanteile mit kw-Vermerk, FB 7
8	16,5	17,1	16,2	-0,60: Umwandlung einer 0,6 EG 8-Stelle in eine 0,6 EG 9a-Stelle nach Neubewertung, FB 6 - Sondernutzung
7	5,0	5,0	5,0	
6	16,5	18,5	17,4	-2,00: Umwandlung zweier 1,0 EG 6-Stellen in zwei 1,0 EG 9a-Stellen nach Neubewertung, FB 6 - KOD
5	12,5	12,7	12,7	+0,44: Einrichtung von 0,44 EG 5-Stellenanteilen, aufgrund neuer Aufgaben, FB 2 - digitaler Rechnungseingang -0,60: Umwandlung einer 0,60 EG 5-Stelle in eine 0,60 EG 9a-Stelle nach Neubewertung, FB 6 - ruhender Verkehr
4	0,9	0,9	0,9	
3	2,0	1,0	1,0	+1,00: Einrichtung einer 1,00 EG 3-Stelle, Aufgabenausweitung Asyl, FB 7 - Außendienst Asyl
2	8,9	8,9	8,9	
1	0,0	0,0	0,0	
Insgesamt	**185,9**	**175,2**	**152,2**	

Stellenübersicht 2022
Teil A: Aufteilung nach Organisationseinheiten
- Tarifbeschäftigte -

1. Anpassung Dez 2022

Organisationseinheit	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	Erläuterungen	Summe	PB
1	2																			
Stabsstelle 13			1,0	1,0						1,0									3,0	1
Stabsstelle 14				1,0															1,0	1
Stabsstelle 15							0,5												0,5	1
Stabsstelle 16				1,0															1,0	14
Stabsstelle 18				1,0															1,0	5
Personalrat								1,0											1,0	1
FB 1				1,0	1,0	3,0		3,4	2,0	3,0			1,9					1x kw-Vermerk 0,6 EG 9b-Stelle	15,3	1
FB 1 - IT (künftig Stabsstelle 19)				1,0	2,0	3,0			2,0										8,0	1
FB 2	1,0			1,0	1,0	1,0	1,0	3,0	1,0	4,5		2,0	1,0						16,5	1
FB 3		1,0		1,0				5,2	1,8	0,6	5,0	4,0	4,0	0,9	1,0	8,9			33,4	1
FB 4 Schule					1,0		1,0	1,0		1,9		5,5	2,0						12,4	3
FB 4 Jugend		1,0				1,8	1,9	0,2	2,1			1,0	1,0						9,0	6, 3
FB 5		1,0	1,0	5,0	5,0	3,0	1,0	1,2		3,0			0,3					1x kw-Vermerk 1,0 EG 10-Stelle	20,5	9,10,12,13,14
FB 6		1,0				2,0		1,2	10,9	2,5		3,0	0,8					1x kw-Vermerk 1,0 EG 10-Stelle	21,4	2, 12, 15
FB 7					2,0	2,0	30,2	3,2	1,0			1,0	1,6		1,0			1x kw-Vermerk 1,0 EG 9c-Stelle 1x kw-Vermerk 1,0 EG 8-Stelle	41,9	5
	1,0	4,0	2,0	13,0	12,0	15,8	35,6	19,4	20,8	16,5	5,0	16,5	12,5	0,9	2,0	8,9	0,0		185,9	
																		Tarifbeschäftigte SuE	20,3	
																		Gesamt	**206,2**	

Stellenübersicht 2022
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
- Tarifbeschäftigte -

Produkt-bereich	Bezeichnung	15,0	14,0	13,0	12,0	11,0	10,0	9c	9b	9a	8,0	7,0	6,0	5,0	4,0	3,0	2,0	1,0	Erläuterungen	Summe
1	2	3,0																		
1	**Innere Verwaltung**	1,0	1,0	1,0	6,0	4,0	7,0	1,5	12,6	6,8	9,1	5,0	6,0	6,9	0,9	1,0	8,9			78,8
2	**Sicherheit und Ordnung**		1,0				2,0		1,2	10,9	2,5		3,0	0,3						20,9
3	**Schulträgeraufgaben**		0,1			1,0		1,0	1,0		1,9		5,5	2,0						12,5
5	**Soziale Leistungen**				1,0	2,0	2,0	30,2	3,2	1,0			1,0	1,6		1,0				42,9
6	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		0,9				1,8	1,9	0,2	2,1			1,0	1,0						8,9
8	**Sportförderung**																			0,0
9	**Räumliche Planung, Entwicklung, Geoinf.**		0,8		1,0	2,1		0,4	0,2		1,0									5,5
10	**Bauen und Wohnen**		0,2	1,0	3,0		3,0	0,6	1,0		2,0			0,3						11,1
12	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**				0,8	2,2		0,1												3,1
13	**Natur- und Landschaftspflege**				0,2	0,3														0,5
14	**Umweltschutz**				1,0	0,4														1,4
15	**Wirtschaft und Tourismus**													0,5						0,5
		1,0	4,0	2,0	13,0	12,0	15,8	35,6	19,4	20,8	16,5	5,0	16,5	12,5	0,9	2,0	8,9	0,0		185,9

Stellenplan 2022
Teil B: Tarifbeschäftigte Sozial- und Erziehungsdienst

1. Anpassung Dez 2022

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2022	Zahl der Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2021	Erläuterungen
1	2	3	4	5
S 18	0,0	0,0	0,0	
S 17	1,0	1,0	1,0	
S 16	0,0	0,0	0,0	
S 15	0,0	0,0	0,0	
S 14	9,0	9,0	9,0	
S 13	0,0	0,0	0,0	
S 12	4,0	2,5	2,0	+1,00: Einrichtung einer 1,00 EG S12-Stelle, Aufgaben LandeskinderschutzG, FB 4 +0,50: Einrichtung einer 0,50 EG S12-Stelle, SBG XIII-Novelle, FB 4 - Vormundschaften
S 11 b	4,3	3,3	2,3	+1,00: Einrichtung einer 1,00 EG S11b-Stelle, Aufgabenzuwachs Asyl, FB 7
S 11 a	0,0	0,0	0,0	
S 10	0,0	0,0	0,0	
S 9	0,0	0,0	0,0	
S 8 b	0,5	0,5	0,5	
S 8 a	0,0	0,0	0,0	
S 7	0,0	0,0	0,0	
S 6	0,0	0,0	0,0	
S 5	0,0	0,0	0,0	
S 4	1,5	1,5	1,5	
S 3	0,0	0,0	0,0	
S 2	0,0	0,0	0,0	
Insgesamt	**20,3**	**17,8**	**16,3**	

Stellenübersicht 2022
Teil A: Aufteilung nach Organisationseinheiten
- Tarifbeschäftigte Sozial- und Erziehungsdienst -

1. Anpassung Dez 2022

Organisationseinheit	S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11 b	S 11 a	S 10	S 9	S 8 b	S 8 a	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2	Erläuterungen	Summe
1	2																				
FB 4 Jugend, Schule und Sport		1,0			9,0		**4,0**	3,3				0,5					1,5				**19,3**
FB 7 Soziales								**1,0**													**1,0**
	0,0	1,0	0,0	0,0	9,0	0,0	4,0	4,3	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5	0,0	0,0		**20,3**

Stellenübersicht 2022
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
- Tarifbeschäftigte Sozial- und Erziehungsdienst -

Produkt-bereich	Bezeichnung	S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11 b	S 11 a	S 10	S 9	S 8 b	S 8 a	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2	Erläuterungen	Summe
1	2	3																				
5	**Soziale Leistungen**								**1,0**													**1,0**
6	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		1,0			9,0		**4,0**	3,3				0,5					1,5				**19,3**
		0,0	1,0	0,0	0,0	9,0	0,0	4,0	4,3	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5	0,0	0,0		**20,3**

Stellenplan 2022

Teil A: Beamte - Erläuterung **1. Anpassung Dez 2022**

Organisationseinheit	Produktbereich	Veränderung	Begründung
Fachbereich 1	**1**	-1,0	Wegfall einer 1,0 A12-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,0 EG11-Stelle, SGL Personal
Fachbereich 2	**1**	1,0	Einrichtung einer 1,0 A10-Stelle, dafür Wegfall einer 1,0 EG10-Stelle, Sachb. Controlling
	1	0,0	Umwandlung einer 1,0 A11-Stelle in eine A12-Stelle nach Neubewertung, SGL Forderungsmanagement
Fachbereich 5	**10**	-1,0	Wegfall einer 1,0 A10-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,0 EG12-Stelle, Bauordnung
Fachbereich 6	**2**	-1,0	Wegfall einer 1,0 A14-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,0 EG14-Stelle, FBL
	2	1,0	Einrichtung einer 1,0 A12-Stelle, dafür Wegfall einer 1,0 EG11-Stelle, Stv. FBL
	2	1,0	Einrichtung einer 1,0 A11-Stelle zur Nachfolge, Sachb. Allg. Ordnungsangelegenheiten
Fachbereich 7	**5**	2,0	Einrichtung zweier 1,0 A9-Stellen, Aufgabenzuwachs aufgrund Gesetztesänderung, Wohngeld
	Gesamt:	**2,0**	

Stellenplan 2022

Teil B: Erläuterung Tarifbeschäftigte (einschl. Sozial- und Erziehungsdienst)

1. Anpassung Dez 2022

Organisationseinheit	Produktbereich	Veränderung Stellenanteile	Begründung
Stabsstelle 13	**1**	0,0	Umwandlung einer 1,00 EG 12-Stelle in eine 1,00 EG 13-Stelle nach Neubewertung, Leiter/in Stabsstelle 13
Fachbereich 1	**1**	1,0	Einrichtung einer EG 11-Stelle, dafür Wegfall einer 1,00 A12-Stelle, SGL Personal
		0,0	Umwandlung einer 1,00 EG 11-Stelle in eine 1,00 EG 10-Stelle aufgrund neuem Aufgabbenzuschnitt, Sachb. Organisation
		0,0	Umwandlung einer 1,00 EG 9c-Stelle in eine 1,00 EG 9b-Stelle aufgrund neuem Aufgabenzuschnitt, Personalsachbearbeiter/in
		0,2	Einrichtung von 0,20 EG 9b-Stellenanteilen, Digitallotse
		1,0	Einrichtung einer 1,00 EG 11-Stelle, Koordinator Schuldigitalisierung (Neustrukturierung IT-Bereich, künftig St 19 - Digitalisierung und IT)
		2,0	Einrichtung zweier 1,00 EG 9a-Stellen, IT-Support (Neustrukturierung IT-Bereich, künftig St 19 - Digitalisierung und IT)
Fachbereich 2	**1**	-1,0	Wegfall einer 1,00 EG 10-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 A10-Stelle, Sachb. Controlling
		0,4	Einrichtung von 0,44 EG 5-Stellenanteilen, Aufgabenerweiterung, FB 2 - Geschäftsbuchhaltung
		0,2	Einrichtung von 0,20 EG 9b-Stellenanteilen, Digitallotse
Fachbereich 3	**1**	0,2	Einrichtung von 0,20 EG 9b-Stellenanteilen, Digitallotse
Fachbereich 4	**6**	0,0	Umwandlung von 1,44 EG9b-Stellenanteilen in 1,44 EG9c-Stellenanteile nach Neubewertung, Wirtschaftliche Jugendhilfe
		0,0	Umwandlung von 0,77 EG 9c-Stellenanteilen in 0,77 EG 10-Stellenanteile nach Neubewertung, KiTa-Betreuung Verwaltung
		1,0	Einrichtung einer 1,00 EG S12-Stelle, Koordination Umsetzung d. Aufgaben LandeskinderschutzG
		0,5	Einrichtung einer 0,50 EG S12-Stelle, Aufgabenzuwachs aus SBG XIII-Novelle, FB 4 - Vormundschaften
		0,2	Einrichtung von 0,20 EG 9b-Stellenanteilen, Digitallotse
Fachbereich 5	**10**	1,0	Wegfall einer 1,00 A10-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 EG 12-Stelle, Bauordnung
	9	0,2	Einrichtung von 0,20 EG 9b-Stellenanteilen, Digitallotse
Fachbereich 6	**2**	0,0	Umwandlung einer 1,00 EG 9b-Stelle in eine 1,00 EG 9a-Stelle nach Neubewertung, Wohnungsbauförderung
		1,0	Einrichtung einer 1,00 EG 14-Stelle, dafür Wegfall einer 1,00 A14-Stelle, FB 6 - FBL
		-1,0	Wegfall einer 1,00 EG 11-Stelle, dafür Einrichtung einer 1,00 A12-Stelle,FB 6 - Stv. FBL
		1,0	Einrichtung einer 1,00 EG 10-Stelle, Aufgabenerweiterung nach Neustrukturierung FB 6, SGL Bürgerbüro/Personenstandswesen
		0,0	Umwandlung einer 0,60 EG 8-Stelle in eine 0,60 EG 9a-Stelle nach Neubewertung, FB 6 - Sondernutzung
		0,0	Umwandlung zweier 1,00 EG 6-Stellen in zwei 1,0 EG 9a-Stellen nach Neubewertung, FB 6 -KOD
		0,0	Umwandlung von 0,60 EG 5-Stellenanteile in 0,60 EG 9a-Stellenanteile nach Neubewertung, FB 6 - KOD
		0,2	Einrichtung von 0,20 EG 9b-Stellenanteilen, Digitallotse
Fachbereich 7	**5**	1,0	Einrichtung einer 1,00 EG 10-Stelle, Aufgabenzuwachs Asyl, FB 7 - Teamleiter/in Asyl
		0,0	Umwandlung von 3,50 EG 9b-Stellenanteilen in 3,50 EG 9c-Stellenanteilen nach Neubewertung, FB 7 - LSB SGB XII
		2,0	Einrichtung zweier 1,00 EG 9c-Stellen, Springerstellen, FB 7
		1,0	Einrichtung einer 1,00 EG 3-Stelle, Aufgabenzuwachs Asyl, FB 7 - Außendienst Asyl
		1,0	Einrichtung einer 1,00 EG S11b-Stelle, Aufsuchende Sozialarbeit
		0,2	Einrichtung von 0,20 EG 9b-Stellenanteilen, Digitallotse
	Gesamt:	**13,3**	

Ö 23

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**04 - 17 0830/2022**	**15.11.2022**

Betreff

Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Suchtberatungsstelle des Caritasverbandes Kleve e.V. ab dem Jahr 2023

Beratungsfolge

Jugendhilfeausschuss	29.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein erhöht den jährlichen Zuschuss für die Suchtberatungsstelle des Caritasverbandes Kleve e.V. ab dem Jahr 2023 auf jährlich 14.061,- €.

Sachdarstellung :

Der Caritasverband Kleve e.V. betreibt die Suchtberatungsstelle in Emmerich am Rhein. Der Caritasverband ist ein wichtiger Kooperationspartner für die Kinder- und Jugendhilfe für das Emmericher Jugendamt. In vielen Bereichen der Jugendhilfe gibt es sehr gute und enge Kooperationen.

Die Suchtberatungsstelle kann auch von Jugendlichen in Anspruch genommen werden. Im Rahmen der Jugendgerichtshilfe gibt es Kooperationen, wenn es den Jugendlichen durch das Amtsgericht zur Auflage gemacht wird, Beratungen in der Suchtberatungsstelle anzunehmen.
Darüber hinaus ist die Beratungsstelle auch für Eltern wichtig, die eine Suchtproblematik haben. Die Kollegen der Beratungsstelle haben dabei auch die Kinder im Blick und können wichtige Kooperationspartner sein, wenn es um Fragen des Kindeswohls geht.

Mit Beschluss vom 13.03.1990 wurde der Suchtberatungsstelle ein Betrag i.H.v. damals 25.000,- DM als jährlicher Zuschuss bewilligt. Der Betrag wurde seitdem nicht erhöht. Die Caritas stellt nun per Schreiben vom 23.09.22 den Antrag, den Zuschuss auf jährlich 14.061,- € zu erhöhen. Dem Antrag soll entsprochen werden.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Ausgaben werden durch das Budget 401 / Produkt 1.100.06.03.03 gedeckt.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
04 - 17 0830/2022 _ A 1 _ Suchtberatungsstelle - Zuschussantrag Caritas

Ö 23

caritas KLEVE

Caritasverband Kleve e.V., Hoffmannallee 66 - 68, 47533 Kleve

Bürgermeister der Stadt Emmerich
Fachbereich Jugend, Schule und Sport
Jugendamt
46446 Emmerich am Rhein

Vorstand
Caritasverband Kleve e.V.
Hoffmannallee 66 - 68, 47533 Kleve
T 02821 7209-0

Ihre Ansprechpartnerin:
Martina Hoferichter
T 02821 7209-150
F 02821 7209-180
E m.hoferichter@caritas-kleve.de
www.caritas-kleve.de

Kleve, 23.09.2022

Förderung der Suchtberatungsstelle Emmerich im Jahr 2023
Aktenzeichen: 51 39 10

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

aufgrund der Vereinbarung mit der Stadt Emmerich bitten wir auch für das Jahr 2023 um einen Sachkostenzuschuss zur Finanzierung der Arbeit unserer Suchtberatungsstelle in Emmerich.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Zuschussbetrag seit mehr als 20 Jahren unverändert ist und in Anbetracht der aktuellen Kostensteigerungen beantragen wir eine Erhöhung des Zuschuss um 10 % von bisher 12.783,00 Euro auf nunmehr **14.061,00 Euro.**

Wir bitten Sie um Bewilligung der beantragten Mittel.

Freundliche Grüße

Rainer Borsch
Vorstand

Ö 24

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**05 - 17 0812/2022**	**10.11.2022**

Betreff

ISEK 2025: Verfügungsfonds;
hier: Verlängerung des Förderzeitraums

Beratungsfolge

Ausschuss für Stadtentwicklung	29.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, den Zeitraum für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im innerstädtischen Bereich zu verlängern.

Sachdarstellung :

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein hat in seiner Sitzung am 21.09.2021 die kommunalen Förderrichtlinien für den Verfügungsfonds beschlossen.

Der Förderzeitraum erstreckt sich gemäß den Förderrichtlinien auf die Jahre 2021 bis einschließlich 2022, maximal jedoch nur bis zur Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel.
Der Zuwendungsbescheid für die beantragten Städtebaufördermittel wurde im Oktober 2022 erteilt. Um die zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen zu können, soll der Förderzeitraum zunächst um ein weiteres Jahr verlängert werden, maximal jedoch nur bis zur Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Im Haushaltsplan 2022 wurden Mittel für den Verfügungsfonds (75.000 Euro jeweils für die Jahre 2022 und 2023) und das Hof- und Fassadenprogramm (125.000 Euro jeweils für die Jahre 2022 und 2023) geplant.
Vor dem Hintergrund, dass die vorgenannten Maßnahmen im Haushaltsjahr 2022 nicht umgesetzt werden, wird der nicht verbrauchte Ansatz aus dem Haushaltsjahr 2022 im Haushaltsjahr 2023 neu eingeplant und die Ansätze damit gebündelt.
Der Ansatz zur Verausgabung beim Verfügungsfonds im Haushaltsjahr 2023 wird sich somit auf 150.000 Euro und der Ansatz beim Hof- und Fassadenprogramm auf 250.000 Euro belaufen.
Gleichzeitig werden die an der Verausgabung gekoppelten Zuwendungen ebenfalls im Haushaltsjahr 2023 nachträglich angesetzt.
Die Zuwendung wird in Form einer Anteilsfinanzierung in Höhe von 70 % gewährt und beläuft sich beim Verfügungsfonds auf 105.000 Euro und beim Hof- und Fassadenprogramm auf 175.000 Euro. Die Auszahlung der Städtebaufördermittel erfolgt voraussichtlich im Jahr 2024.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2023 zum Teil vorgesehen. Über die Veränderungsliste zum endgültigen Haushalt sind folgende Veränderungen einzuplanen:

Produkt 1.100.09.01.01, Sachkonto 53180000
Mehraufwand 75.000 Euro, Verfügungsfonds
Mehraufwand 125.000 Euro, Hof- und Fassadenprogramm

Produkt 1.100.09.01.01, Sachkonto 41410000
Mehrertrag 105.500 Euro, Verfügungsfonds
Mehrertrag 175.000 Euro, Hof- und Fassadenprogramm

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 2.3.

In Vertretung

Dr. Wachs
Erster Beigeordneter

Anlage:
Anlage zu Vorlage 05-17 0812

Richtlinien der Stadt Emmerich am Rhein über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im innerstädtischen Bereich vom _____

PRÄAMBEL

Die Stadt Emmerich am Rhein richtet im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland einen Verfügungsfonds zur Innenstadtaufwertung ein.
Der Verfügungsfonds dient dem Zweck, die Teilhabe engagierter Akteure und die aktive Mitwirkung der Bewohnerschaft zu stärken, private Finanzressourcen zu aktivieren und dadurch die Vitalisierung der Emmericher Innenstadt sowie die Gestaltung des öffentlichen Raumes zu unterstützen. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel können dabei flexibel und lokal angepasst eingesetzt werden.

1. ZUWENDUNGSZWECK UND RECHTSGRUNDLAGE

Die Zuwendungen werden nach Maßgabe der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen (Förderrichtlinien Stadterneuerung 2008) und diesen Richtlinien innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches gewährt.

Die Gewährung von Zuwendungen ist eine freiwillige Leistung der Stadt Emmerich am Rhein und des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Stadterneuerung der Emmericher Innenstadt. Ein Rechtsanspruch der Antragssteller auf Förderung besteht dabei nicht.

Der Verfügungsfonds finanziert sich anteilig aus privaten und öffentlichen Mitteln. Die beantragten Maßnahmen werden mindestens zu 50% aus privaten Mitteln und höchstens zu 50% aus öffentlichen Mitteln finanziert. Zuwendungen können nur gewährt werden, wenn die notwendigen privaten Mittel in den Verfügungsfonds eingezahlt wurden und es die Haushaltslage der Stadt Emmrich am Rhein sowie die in Aussicht gestellten Landeszuschüsse zulassen. Ein lokales Gremium entscheidet über die Verwendung der jährlich verfügbaren Finanzmittel und die Umsetzung der Maßnahmen.

Mit dem Verfügungsfonds sollen primär Projekte realisiert werden, die dem Allgemeinwohl dienen und einen Nutzen für die gesamte Innenstadt erwarten lassen. Sie sollen dazu beitragen, das Miteinander unterschiedlicher Akteure zu fördern und die Kooperation der Innenstadtakteure untereinander zu verbessern. Die kumulative Förderung einer Maßnahme aus mehreren Förderprogrammen ist unzulässig.

Die Mittel des Verfügungsfonds können für Investitionen und die dafür notwendigen vorbereitenden Maßnahmen innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches mit finanziellen Zuwendungen sowohl öffentlicher als auch privater Mittel umgesetzt werden. Der Teil der Mittel, der nicht aus der Städtebauförderung stammt, kann auch für nichtinvestive Maßnahmen, wie Beratungsleistungen oder Veranstaltungen, eingesetzt werden.

2. RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Diese Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds gelten innerhalb des in der Anlage gekennzeichneten räumlichen Geltungsbereiches. Die vorgenommene Abgrenzung ist verbindlich.

3. GEGENSTAND DER FÖRDERUNG

Mit Hilfe der finanziellen Mittel des Verfügungsfonds sollen Maßnahmen in möglichst kurzen Zeiträumen unterstützt werden, die einen nachweisbaren und nachhaltigen Nutzen für die Innenstadt generieren und einen Bezug zu den Zielsetzungen des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) von 2017 aufweisen.

FÖRDERFÄHIGE MAßNAHMEN

- Maßnahmen zur Stärkung der Innenstadt als Handels-, Veranstaltungs- und Marktstandort,
- Maßnahmen zur Sicherstellung der Erreichbarkeit der Handelsfunktionen in der Innenstadt,
- Maßnahmen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes,
- Maßnahmen zur Imagebildung der Innenstadt als zentraler Stadtraum Emmerich am Rhein,
- Maßnahmen zur Aufwertung des Stadtbildes,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten der Innenstadt,
- Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt als Wohnort,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Erlebbarkeit des Wassers,
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit,
- Maßnahmen zur Stärkung der Nahmobilität.
- Investitionsvorbereitende Veranstaltungen in der Innenstadt

NICHT FÖRDERFÄHIGE MAßNAHMEN

- Maßnahmen, die bereits aus anderen Förderprogrammen finanziert wurden
- Pflichtaufgaben der Kommune
- Laufende Betriebs- und Sachkosten des Antragsstellers
- Reguläre Personalkosten des Antragsstellers
- Kosten, die nicht im direkten Zusammenhang mit der Maßnahme stehen
- Unbefristete Maßnahmen

4. FÖRDERBEDINGUNGEN

Finanzielle Zuwendungen für die zuvor aufgeführten Maßnahmen werden nur dann gewährt, wenn die nachfolgenden grundsätzlichen Voraussetzungen erfüllt sind:

- Die Maßnahme erfolgt innerhalb der Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches.
- Mit der Umsetzung der Maßnahme wurde noch nicht begonnen.
- Die Maßnahme dient nicht nur einer Zielgruppe, sondern hat einen integrativen und gemeinschaftsbildenden Nutzen für unterschiedliche Akteure.
- Die Maßnahme fördert das Image und die Identifikation mit der Emmericher Innenstadt.

- Die Maßnahme bewirkt eine nachweisbare und langfristige Verbesserung innerhalb des Stadtumbaugebietes.
- Die Maßnahme dient nicht der Gewinnerzielung.
- Alle erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen liegen vor.

Für investive Maßnahmen, wie Ersteinrichtungen oder bewegliche Gegenstände, ist eine Zweckbindungsfrist von fünf Jahren ab Anschaffungsdatum vom Zuwendungsempfänger einzuhalten und sicherzustellen. Dies beinhaltet sowohl die zweckentsprechende Nutzung als auch die Instandhaltung und Ersatzbeschaffung bei Verlust. Erst nach Ablauf der zeitlichen Bindung kann über die erworbenen Gegenstände frei verfügt werden.

5. ART UND HÖHE DER FÖRDERUNG

Die Zuwendungen werden in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt. Zuschussfähig sind die vom Gremium als förderfähig anerkannten Kosten für Maßnahmen nach Ziffer 3 dieser Richtlinien. Die Förderung ist für die beantragten Maßnahmen zweckgebunden zu verwenden und über einen Verwendungsnachweis zu dokumentieren. Gefördert werden kann ausschließlich der unrentierliche Teil der förderfähigen Kosten. Der Zuschuss ist in der Regel auf eine Höchstsumme von 50.000,00 € begrenzt. Die Bagatellgrenze liegt bei 500,00 € Gesamtkosten.

6. ANTRAGSSTELLUNG UND VERFAHREN

Antragsberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen. Anträge können ganzjährig gestellt werden. Schriftliche Anträge nimmt das Citymanagement entgegen. Es ist das Antragsformular der Stadt Emmerich am Rhein zu verwenden.

ERFORDERLICHE UNTERLAGEN ZUR ANTRAGSSTELLUNG

- Beschreibung der geplanten Maßnahme sowie des Nutzens und der zu erwartenden Effekte für die Innenstadtstärkung
- Räumliche Zuordnung der geplanten Maßnahme
- Dauer und Zeitraum der geplanten Maßnahme
- Vorlage zweier vergleichbarer Kostenangebote bei Maßnahmen über 5.000 €
- Kosten- und Finanzierungsübersicht mit dem Nachweis der Ko-Finanzierung
- Angaben zum Antragssteller (Name I Adresse I Kontaktdaten)

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen erfolgt die Bewilligung durch einen förmlichen Bescheid, aus dem sich die Höhe der bewilligten Zuwendungen und gegebenenfalls besondere Auflagen ergeben. Eine nachträgliche Erhöhung der Zuwendungen bei Überschreitung der veranschlagten Kosten erfolgt nicht. Die Summe der Zuwendungen reduziert sich jedoch, wenn die nachgewiesenen Kosten niedriger als die bewilligten Kosten sind. Auf eine Bewilligung besteht kein Rechtsanspruch.

Mit der Maßnahme darf erst nach Erhalt des schriftlichen Förderbescheids begonnen werden. Nach Erteilung des Förderbescheids dürfen Änderungen der Maßnahme nur mit schriftlicher Zustimmung der Stadtverwaltung erfolgen.

Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Abschluss der Maßnahme. Der Zuwendungsempfänger hat der Stadtverwaltung innerhalb von sechs Wochen nach Durchführung der Maßnahme die Fertigstellung anzuzeigen und die entstandenen Kosten unter Vorlage des Verwendungsnachweises mit allen relevanten Rechnungen im Original nachzuweisen.

Nach Überprüfung und Anerkennung der antragsgemäßen Durchführung und Rechnungsbelege wird der daraus resultierende Zuschuss ausgezahlt. Der Zuwendungsempfänger hat sämtliche Belege mindestens fünf Jahre nach Auszahlung des Zuschusses aufzubewahren.

Im Falle eines Verstoßes gegen diese Richtlinien oder falscher Angaben kann der Bewilligungsbescheid auch nach Auszahlung des Zuschusses widerrufen werden. Dies gilt insbesondere für Verstöße gegen die Zweckbindungsfrist.

Zu Unrecht ausgezahlte Beträge werden mit der Aufhebung des Bewilligungsbescheids zur Rückzahlung fällig und sind vom Zeitpunkt der Auszahlung an mit 5 % über dem jeweiligen Basiszins zu verzinsen.

Auf Nachweis entsprechender Rechnungs- oder Zahlungsbelege können bereits vor Projektabschluss Auszahlungen erfolgen, wenn eine erfolgreiche Projektdurchführung ansonsten gefährdet wäre.

7. ENTSCHEIDUNGSGREMIUM

Über die Bewilligung der beantragten Mittel entscheidet ein Gremium im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets für den Verfügungsfonds. Die Tagungen des Entscheidungsgremiums sollen in einem vierteljährlichen Rhythmus beziehungsweise nach Bedarf stattfinden, bei denen über die Mittelfreigabe in nichtöffentlicher Sitzung entschieden wird. Die Bewilligung einer Maßnahme erfolgt durch einen einfachen Mehrheitsentscheid. Stimmrecht haben nur die Mitglieder des Gremiums.

Das Entscheidungsgremium stellt einen Querschnitt der Emmericher Gesellschaft und Interessensgruppen der Innenstadt dar. Das Gremium ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder bei der Sitzung anwesend ist. Das Entscheidungsgremium berücksichtigt bei seinen Entscheidungen die grundsätzlichen Ziele und Maßnahmen des ISEKs der Innenstadt Emmerich am Rhein.

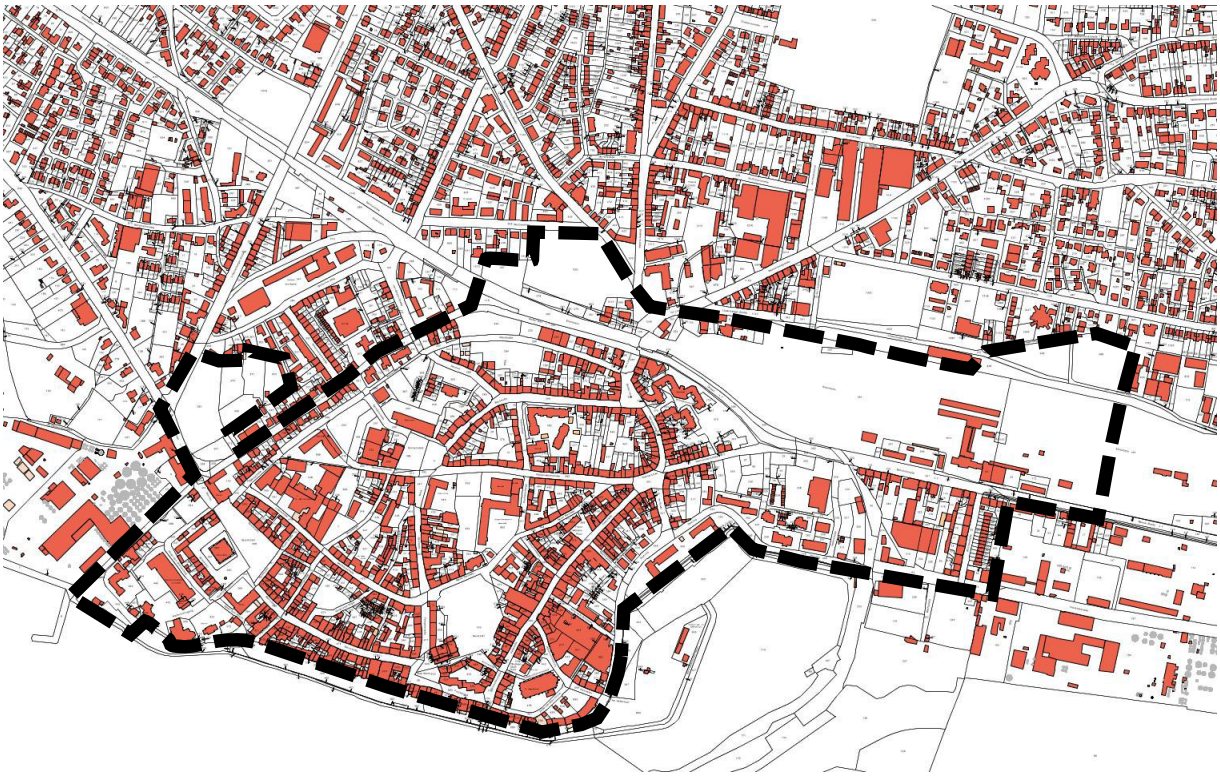
Das Gremium wird gebildet aus den im Rat vertretenen Fraktionen (6 Mitglieder), 2 Mitglieder der Verwaltung, 1 Citymanagement, 1 Wirtschaftsförderung, 2 Mitglieder der Emmericher Werbegemeinschaft (EWG) und jeweils ein Vertreter der Sparkasse Rhein-Maas und der Volksbank Emmerich-Rees. (Insgesamt 14 Mitglieder)

8. INKRAFTTRETEN

Diese Richtlinien treten am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Der Förderzeitraum erstreckt sich dabei auf die Jahre 2021 bis einschließlich 2023, maximal jedoch nur bis zur Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel.

ANLAGE
(Räumlicher Geltungsbereich)

Räumlicher Geltungsbereich der Richtlinien der Stadt Emmerich am Rhein über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im innerstädtischen Bereich.



Ö 25

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**05 - 17 0857/2022**	**22.11.2022**

Betreff

Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen;
hier: Beschluss des Straßen- und Wegekonzeptes der Stadt Emmerich am Rhein als Voraussetzung zur Förderung der Anliegerbeiträge gem. der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Kommunen zur Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen (Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge)

Beratungsfolge

Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt das Straßen- und Wegekonzept (2023) der Stadt Emmerich am Rhein.

Sachdarstellung :

Gemäß § 8a Absatz 1 KAG hat jede Gemeinde oder jeder Gemeindeverband ein gemeindliches Straßen- und Wegekonzept zu erstellen, welches vorhabenbezogen zu berücksichtigen hat, wann technisch, rechtlich und wirtschaftlich sinnvoll geplante Straßenunterhaltungsmaßnahmen möglich sind und wann beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen an kommunalen Straßen erforderlich werden können.

Das Straßen- und Wegekonzept ist über den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung anzulegen und bei Bedarf, mindestens jedoch alle zwei Jahre fortzuschreiben.

Gem. Nr. 4.5 der Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge des Landes NRW können nur nach dem 1. Januar 2021 beschlossene Maßnahmen gefördert werden, soweit sie auf Basis eines vom kommunalen Gremium beschlossenen Straßen- und Wegekonzepts nach § 8a Absatz 1 und 2 KAG erfolgen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
05 - 17 0857/2022 _ A 1 _ Straßen - und Wegekonzept 2023

Ö 25

Straßen- und Wegekonzept

der Stadt Emmerich am Rhein

2023

Stand 21.11.2022

1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Seit dem 1. Januar 2020 ist eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (im Folgenden: KAG) in Kraft. Der Landesgesetzgeber hat in das Kommunalabgabengesetz einen neuen § 8a „Ergänzende Vorschriften für die Durchführung von Straßenausbaumaßnahmen und über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen“ eingefügt.

Gemäß § 8a Absatz 1 KAG hat jede Gemeinde oder jeder Gemeindeverband ein gemeindliches Straßen- und Wegekonzept zu erstellen, welches vorhabenbezogen zu berücksichtigen hat, wann technisch, rechtlich und wirtschaftlich sinnvoll geplante Straßenunterhaltungsmaßnahmen möglich sind und wann beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen an kommunalen Straßen erforderlich werden können. Das Straßen- und Wegekonzept ist über den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung anzulegen und bei Bedarf, mindestens jedoch alle zwei Jahre fortzuschreiben.

Das Straßen- und Wegekonzept beinhaltet dabei keine Vorentscheidungen über eine Straßenausbaumaßnahme. Ziel des Straßen- und Wegekonzeptes ist es, vorhabenbezogen Transparenz über geplante Straßenunterhaltungsmaßnahmen und Straßenausbaumaßnahmen herzustellen.

Gemäß § 8a Absatz 2 Satz 2 KAG sind die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, dieses Muster für die Erstellung des gemeindlichen Straßen- und Wegekonzeptes zu verwenden. Sofern die Gemeinde oder der Gemeindeverband von dem Muster abweichen möchte, ist dies gemäß § 8a Absatz 2 Satz 3 KAG darzulegen und zu begründen. Dies ermöglicht es Kommunen, die bereits über transparente Darstellungen von straßen- und wegebezogenen Maßnahmen verfügen ihre bisherigen Darstellungsformen beizubehalten.

2. Tabellarische Darstellung von Straßenunterhaltungs- und Straßenausbaumaßnahmen

Die in den nachstehenden Tabellen einzutragenden Angaben sind auf das nach § 8a Absatz 1 KAG vorgegebene Minimum beschränkt. Gemeinden können darüber hinaus weitergehende Angaben machen (z.B. im Hinblick auf den zu erwartenden Kostenrahmen der geplanten Maßnahmen).

a) Geplante voraussichtlich beitragsfreie Straßenunterhaltungsmaßnahmen

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Die geplanten Unterhaltungsmaßnahmen unterliegen voraussichtlich nicht der anteiligen Finanzierung durch Grundstückseigentümer.

Lfd. Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Geplante Unterhaltungsmaßnahme	Umsetzung im Jahr
1	Industriestraße	Blücherstraße bis Van-Gimborn-Str.	Wiederherstellung als öffentliche Verkehrsfläche	2023
2	Deichstraße	Dornick bis An der Schleuse	Fuß- und Radweg Deichkrone	2023-2024
3	Netterdensche Straße	L90/Kl.-Netterden bis AS A3	Radweg	2023-2024
4	Am Löwentor		BÜ-Beseitigung	2023-2025
5	Kleiner Löwe		Umgestaltung	2024-2026
6	Geistmarkt		Umgestaltung	2024-2026
7	Lange Straße		Ausbau im Zuge der Deichsanierung	2024
8	Kleiner Wall		Umbau Parkplatz	2024

b) Beabsichtigte beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und benennt die derzeit vorgesehenen grundhaften Erneuerungen oder Verbesserungen an Straßen, Wegen und Plätzen, die eine Beitragspflicht auslösen.

Lfd. Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme	Umsetzung im Jahr
1	Abteistraße		Grundhafte Erneuerung KAG	2022-2023
2	Martinusstraße		Grundhafte Erneuerung KAG	2022-2023
3	Nierenbergerstraße / Duisburger Straße	Wassenbergstr. bis Weseler Str.	Grundhafte Erneuerung KAG	2021-2024
4	Kastanienweg	Eikelnbergerweg bis Akazienweg	Grundhafte Erneuerung KAG	2023
5	Eikelnberger Weg	T2 Kastanienweg bis Frankenstraße	Grundhafte Erneuerung KAG	2023
6	Eltener Straße	Ingenkampstraße bis Bahnübergang an der Ortsausfahrt	Verbesserung der Straßenbeleuchtung der Ortsdurchfahrt, KAG	2023
7	Gasthausdurchgang		Grundhafte Erneuerung KAG	2023
8	Akazienweg		Grundhafte Erneuerung KAG, teilw. BauGB	2023-2024
9	Parkring		Grundhafte Erneuerung KAG	2024
10	Ahornweg		Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2024-2025
11	Buchenweg		Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2024-2025
12	Georgstraße	Teil 2 von Kirche - An der Laak	Grundhafte Erneuerung KAG	2024-2025
13	Netterdensche Str.	Reekscher Weg - Hansastraße	Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2024
14	Mittelstraße		Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2024-2025
15	Siedlungsstraße		Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2024-2025

Lfd. Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme	Umsetzung im Jahr
16	Waldweg		Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2024-2025
17	Germaniastraße		Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2024-2025
18	Hendrikstraße		Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2024-2025
19	Eltener Straße	HsNr. 36 bis 62	Grundhafte Erneuerung KAG	2025
20	Jurgenstraße		Grundhafte Erneuerung KAG	2025
21	Van-den-Berg-Straße		Grundhafte Erneuerung KAG	2025
22	Blackweg		Grundhafte Erneuerung teilw. KAG, teilw. BauGB	2026
23	Fackeldeystraße		Grundhafte Erneuerung, KAG, Außenbereich	Spätere Jahre
24	Blinder Weg	Einschließlich eines Teils Löwenbergerstraße	Grundhafte Erneuerung KAG	Spätere Jahre
25	Hohe Sorge	Hegiusstraße bis Sternstraße	Grundhafte Erneuerung KAG	Spätere Jahre
26	Tackenweide	Teil 1 von Dechant-Sprüngken-Str. bis Duirlingerstraße	Grundhafte Erneuerung KAG	Spätere Jahre
27	Kämpchenstraße	Teil 1 Borgheeser Weg – In der Laar	Grundhafte Erneuerung KAG	Spätere Jahre
28	Am Portenhövel		Grundhafte Erneuerung KAG	Spätere Jahre
29	Stettiner Straße		Grundhafte Erneuerung KAG	Spätere Jahre

Ö 26

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**03 - 17 0864/2022**	**23.11.2022**

Betreff

Benutzungsordnung für die Benutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort "Grollscher Weg" (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums des Willibrord-Gymnasiums (PZ), sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort "Paaltjessteege" und die Mensa der Gesamtschule am Schulstandort "Brink" in der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Rechnungsprüfungsausschuss	06.12.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Benutzungsordnung für die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher Weg (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege und der Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink in Emmerich am Rhein (Anlage 1).

Sachdarstellung :

Der Rat der Stadt Emmerich hat am 21.10.1980 die Benutzungsordnung der Aula der Städt. Realschule (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Europa-Gemeinschaftshauptschule in Emmerich am Rhein beschlossen.

Durch die Neuordnung der Emmericher Schullandschaft sind die Städt. Realschule und die Europa-Gemeinschaftshauptschule zwischenzeitlich ausgelaufen und die Gesamtschule Emmerich am Rhein an drei Standorten (Grollscher Weg, Paaltjessteege, Brink) etabliert worden.
Zum einen machen die geänderten Bezeichnungen der Schulen bzw. der Schulstandorte und zum anderen die Änderung des § 2b UStG (Umsatzsteuergesetz), nach der die Stadt Emmerich am Rhein grundsätzlich als Unternehmer anzusehen ist, wenn sie „selbstständig“ eine nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen ausüben (wirtschaftliche Tätigkeit), eine Neufassung der Benutzungsordnung erforderlich.

Als Anlage 2 wird der Vorlage eine Synopse der alten und neuen Benutzungsordnung beigefügt. Die in dieser Synopse ”grün” gedruckten Textpassagen kennzeichnen redaktionelle Änderungen. Die ”rot” gekennzeichneten Änderungen ergeben sich aufgrund der geänderten Schullandschaft (Um- und Neubau, sowie Benennung), sowie veränderter gesetzlicher Anforderungen und Grundlagen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
03 - 17 0864/2022 _ A 1 _ Benutzungsordnung Stadttheater + Aulen
03 - 17 0864/2022 _ A 2 _ Synopse - Benutzungsordnung Stadttheater + Aulen

BENUTZUNGSORDNUNG

für die Benutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher-Weg (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege und der Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink in der Stadt Emmerich am Rhein vom _____

Aufgrund §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in Kraft getreten am 26. April 2022, hat der Rat in seiner Sitzung am _____ folgende Benutzungsordnung für die Benutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher-Weg (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege und der Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink in der Stadt Emmerich am Rhein vom _____beschlossen:

§1

(1) Die Stadt Emmerich am Rhein unterhält

a) die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher Weg, das Stadttheater
b) das Pädagogische Zentrum des Städtischen Willibrord Gymnasiums
c) die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjesteege
d) die Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink

als öffentlichen Einrichtungen

(2) Die Einrichtungen können benutzt werden für:

a) volksbildende Veranstaltungen
b) schulische Veranstaltungen
c) kulturelle Veranstaltungen (Theater, Konzerte, Vorträge usw.)
d) sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse

(3) Die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher Weg dient als Schulaula und als Stadttheater

(4) Die Veranstaltungen müssen nach Größe, Art, Bedeutung und Zahl der Besucher auf die Ausstattung der Einrichtung abgestimmt sein. Die Zweckbestimmung dieser Einrichtung darf nicht beeinträchtigt und der Schulunterricht nicht gestört werden.

§ 2

(1) Die in § 1 Abs. 1 genannten Einrichtungen stehen den Schulen während der allgemeinen Unterrichtzeiten im Rahmen dieser Benutzungsordnung uneingeschränkt zur Verfügung.
Veranstaltungen außerhalb der allgemeinen Unterrichtszeit sind für die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher Weg mit der Stadt Emmerich am Rhein (Fachbereich 3 - Immobilien) und dem Eigenbetrieb Kultur- Künste-Kontakte (KKK) und für die übrigen Einrichtungen mit dem Fachbereich 3 - Immobilien der Stadt Emmerich am Rhein abzustimmen.

(2) Alle Veranstaltungen (§ 1 Abs. 2) bedürfen der Genehmigung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin. Die Veranstaltungen der Gesamtschule für die Aula an Schulstandort Grollscher Weg, die Aula am Schulstandort Paaltjessteege und die Mensa am Schulstandort Brink und sowie Veranstaltungen des Städt. Willibrord-Gymnasiums für das Pädagogische Zentrum des Willibrord Gymnasiums sind vorrangig zu berücksichtigen.

(3) Der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin stellt jeweils einen Benutzungsplan - getrennt für jede Einrichtung - für die Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 auf. Die Benutzung ist spätestens vier Wochen vor dem beabsichtigten Termin schriftlich zu beantragen.

(4) Die Entscheidung über die Überlassung und die Benutzung der Einrichtung trifft der Bürgermeister/die Bürgermeisterin (zu § 1 Abs. 1a) sowie im Einvernehmen mit der Schulleitung (zu § 1 Abs. 1b bis d). Die Genehmigung kann unter Auflagen erfolgen, wenn dies erforderlich ist.

§ 3

Die Benutzungsordnung ist für alle Nutzer (Veranstalter und Besucher) verbindlich. Die Nutzer unterwerfen sich mit dem Betreten des Gebäudes dieser Benutzungsordnung, sowie allen sonstigen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Betriebssicherheit erlassenen Anordnungen.

§ 4

(1) die Genehmigung zur Benutzung wird auf Antrag erteilt und ist jederzeit widerruflich. Die Benutzung ist nur für den genehmigten Zweck und nur während der genehmigten Zeit gestattet. Welche Räume und Einrichtungsgegenstände überlassen werden, wird in einem hierüber zwischen der Stadt Emmerich am Rhein und dem Antragsteller abzuschließenden Vertrag im Einzelnen bestimmt.

(2) Soweit städtische Belange es erfordern, kann der Bürgermeister/die Bürgermeisterin die Genehmigung widerrufen. Für finanzielle Einbußen, die dem Antragsteller durch den Widerruf entstehen, haftet die Stadt Emmerich am Rhein nicht.

(3) Ein laufendes Benutzungsverhältnis kann zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt werden, wenn dafür ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht oder die Nutzer der Einrichtung in gröblicher Weise gegen Bestimmungen oder eine vertragliche Vereinbarung, die Bestandteil der Genehmigung sind, verstoßen.
In solchen Fällen stehen dem Veranstalter kein Anspruch gegen die Stadt Emmerich am Rhein wegen eines Ihm entstandenen Schadens zu.

(4) Der Veranstalter ist verpflichtet, die Stadt Emmerich am Rhein von etwaigen Ansprüchen freizustellen, die Dritte in Zusammenhang mit der Überlassung der Einrichtung geltend machen können.

§ 5

Zusätzliche Einrichtungsgegenstände, die über die von der Stadt übernommenen Ausstattung der Räume hinausgehen (Geräte, Kulissen, Bühnenaufbauten, Dekorationen, Hinweisschilder, Plakate und andere Werbemittel sowie die Einrichtung von Verkaufsständen) dürfen nur nach besonderen Genehmigung durch den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin eingebracht werden. Diese Veränderungen gehen zu Lasten des Veranstalters.

Bauordnungsrechtliche und Brandschutzrechtliche Vorschriften sind einzuhalten und sind gegebenenfalls bei dem Fachbereich 6 - Bauordnung zu erfragen

§ 6

(1) Veränderungen und Einbauten an vorhandenen Einrichtungen und Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin. Sie gehen zu Lasten des Veranstalters, welcher auch die Kosten für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes tragen.

(2) Aus Sicherheitsgründen dürfen zu der befestigten Bestuhlung keine weiteren Sitzplätze (z. B. Stühle in den Gängen) aufgestellt werden, Stehplätze sind nicht zulässig.

§ 7

Zu jeder Veranstaltung müssen Feuerwehr und falls erforderlich Personal zur Platzanweisung, Garderobe und Kasse vom Veranstalter gestellt werden. Die Entschädigung der vorgenannten Dienste trägt der Veranstalter. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Regelung.

§ 8

Das Personal der Stadtverwaltung, der Unfallhilfsstelle, Beauftragte der Polizei und Feuerwehr sowie sonstige legitimierte Beauftragte von Behörden dürfen in der Ausübung ihrer Arbeit nicht behindert werden. Sie haben, soweit erforderlich, Zutritt zu den vermieteten Räumen.

Die besonders kenntlich gemachten Plätze sind für diesen Personenkreis freizuhalten.

§ 9

Bei Benutzung der Technischen Einrichtungen (Bühne usw.) müssen nach § 39 ff SBauVO (Sonderbauverordnung) technische Fachkräfte anwesend sein. Dies trifft auch für Schulveranstaltungen der Gesamtschule in der Aula am Schulstandort Grollscher Weg zu, sobald die Bühne mitbenutzt wird. Die Bühnegasse muss für den ungehinderten Durchgang frei bleiben. Die Löscheinrichtungen und Geräte müssen ungehindert zugänglich sein.

§ 10

(1) Das Rauchen ist in den Gebäuden untersagt. Die Besucher sind vom Veranstalter auf das Rauchverbot hinzuweisen.

(2) Nicht gestattet sind:
a) die Ablage von Garderoben an anderen als dafür vorgesehenen Stellen
b) der Verzehr von Speisen und Getränken
Ausnahmen bedürfen einer gesonderten Regelung

§ 11

(1) Ist eine Bewirtung der Besucher des Stadttheaters erforderlich, so erfolgt diese ausschließlich durch den Pächter des Erfrischungsraumes. Die Veranstalter haben sich rechtzeitig mit dem Pächter in Verbindung zu setzen, damit eine ordnungsgemäße und ausreichende Bewirtung gesichert ist.

(2) In den übrigen Einrichtungen dürfen nichtalkoholische Speisen und Getränke nur im Benehmen mit der Schulleitung der Gesamtschule angeboten und verzehrt werden.

§ 12

Fundsachen sind unverzüglich bei dem Hausmeister abzugeben. Ihre weitere Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 13

Der Zustimmung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin bedürfen:

a) Funk-, Fernseh- und Tonaufnahmen
b) Fotografieren und Filmen
c) die Durchführung von Werbung jeglicher Art
d) das Aufstellen von Verkaufs- und Unterhaltungsgegenständen

§ 14

(1) Das Betreten des Gebäudes sowie die Nutzung der Einrichtung geschieht grundsätzlich auf eigene Gefahr der Nutzer (Besucher und Veranstalter)

(2) Für Schäden haftet die Stadt nur, wenn hinsichtlich der Beschaffenheit der Einrichtungen oder des Verhaltens des städtischen Personals von Nutzern Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen wird. Für den Verlust von Garderobe und Wertsachen, die an der Garderobe abgegeben werden, wird die Haftung, nur in Verbindung mit einer Garderobenmarke, auf den Höchstbetrag von 1.000 € begrenzt.

§ 15

Der Veranstalter haftet für alle Schäden, die durch ihn, seine Beauftragten, die Veranstaltungsbesucher oder sonstige Dritte im Zusammenhang mit der Nutzung des Gebäudes entstehen.

In diese Haftung sind auch Schäden einbezogen, die am Grundstück, Gebäude oder Inventar, z. B. durch Anbringen von Dekorationen oder Reklamen, durch Einbringen fremder oder Veränderung vorhandener Einrichtungsgegenstände, entstehen.

§ 16

Die Stadt Emmerich am Rhein übernimmt keinerlei Haftung für die vom Veranstalter oder dritten Personen eingebrachten Gegenstände.
Das gilt auch für Garderoben des Veranstalters und der Besucher, soweit diese nicht an den dafür vorgesehenen vom Personal bewachten Garderobenanlagen abgegeben worden sind.

§ 17

Der Veranstalter hat die Pflicht von ihm oder Dritten eingebrachte Gegenstände unverzüglich nach der Veranstaltung aus dem Gebäude zu entfernen. Bei Nichtbeachtung behält sich die Stadt Emmerich am Rhein vor, entweder die zurückgebliebenen Gegenstände auf Kosten und Risiko des Veranstalters diesem zuzustellen oder, wenn die Vermietung der Einrichtung durch die Lagerung beeinträchtigt wird, volles oder anteiliges Benutzungsentgelt für die in Anspruch genommenen Räume zu verlangen.

§ 18

Für das Versagen irgendwelcher Einrichtungen sowie Betriebsstörungen oder sonstige die Veranstaltung beeinträchtigende oder ihre Durchführung verhindernde Ereignisse haftet die Stadt Emmerich am Rhein nicht.

§ 19

Die Stadt Emmerich am Rhein kann vom Veranstalter den vorherigen Abschluss einer Versicherung oder die vorherige Zahlung einer Sicherheitsleistung in angemessener Höhe verlangen. Sie ist berechtigt, entstandene Schäden auf Kosten des Veranstalters zu beseitigen oder beseitigen zu lassen.

§ 20

(1) die zweckentsprechende Nutzung der Einrichtungen gem. § 1 ist für alle in der Trägerschaft der Stadt Emmerich am Rhein stehenden Schulen und Einrichtungen unentgeltlich.

(2) Das Benutzungsentgelt für andere als in Abs. 1 genannten Nutzende wird in einem der Benutzungsordnung als Anlage beigefügten Tarif festgelegt

§ 21

Diese Benutzungsordnung tritt am 01.01.2023 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Benutzungsordnung für die Benutzung der Aula der Städt. Realschule (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-gymnasiums sowie der Aula der Europa-Gemeinschaftshauptschule in Emmerich am Rhein vom 05.11.1980 außer Kraft.

Anlage Benutzungsentgelttarife

zur Benutzungsordnung für die Benutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher-Weg (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege und die Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink in der Stadt Emmerich am Rhein vom 13.12.2022

Für die Benutzung der vorstehend genannten städt. Einrichtungen werden die unten aufgeführten Entgelte erhoben, wobei für die Zuordnung der einzelnen Tarifklassen folgende Kriterien gelten:

Tarifklasse A - Veranstaltungen von ortsansässigen Vereinen und Gesellschaften, die keine gewinnorientierten Ziele verfolgen

Tarifklasse B - Veranstaltungen unterhaltender oder gesellschaftlicher Art mit Bewirtschaftung, die von ortsansässigen Personen, Vereinen oder Organisationen durchgeführt werden.

Tarifklasse C - Gewerbliche Unternehmen oder Personen, die in den städtischen Einrichtungen gegen Entgelt Veranstaltungen durchführen

Die Grundmiete beträgt je Veranstaltung

bei Inanspruchnahme	in Tarifklasse		
	A	B	C
a) Stadttheater			
des Saales und der Bühne	250 €	350 €	500 €
des Saales und der Vorbühne	150 €	250 €	350 €
des Foyers (m. Bewirtschaftung)	200 €	300 €	400 €
der Bühne für Proben bzw. Auf- und Abbau der Dekorationen je Tag	25 €	50 €	75 €
b) Aula Gesamtschule, Paaltjessteege			
Saal und Bühne	75 €	125 €	175 €
der Bühne für Proben bzw. Auf- und Abbau der Dekorationen je Tag	25 €	50€	75 €
c) Mensa Gesamtschule Brink Saal und Bühnenelemente je Tag	25 €	50 €	75 €
d) Päd. Zentrum Willibrord Gymnasium	25 €	50 €	75 €

Die Bedienung der technischen Anlagen erfolgt durch städtische Bedienstete. Die Personalkosten werden nach der tatsächlichen Höhe in Rechnung gestellt.

Die Entgelte erhöhen sich um die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer.

Synopse:

Benutzungsordnung für die Benutzung der Aula der Gesamtschule am Standort Grollscher Weg (Stadttheater), des PZ des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Gesamtschule am Standort Paaltjessteege und der Mensa der Gesamtschule am Standort Brink

BENUTZUNGSORDNUNG

für die Benutzung der Aula der Städt. Realschule (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Europa-Gemeinschaftshauptschule in Emmerich am Rhein vom 5.11.1980

Der Rat der Stadt Emmerich hat am 21.10.1980 aufgrund der §§ 4 und 18 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV NRW S.594) folgende Benutzungsordnung beschlossen:

I. Allgemeine Vorschriften

§1

(1) Die Stadt Emmerich am Rhein unterhält

a) die Aula der Städt. Realschule,

b) das Pädagogische Zentrum des Städtischen Willibrord Gymnasiums
c) die Aula der Europa-Gemeinschaftshauptschule

als öffentlichen Einrichtungen

BENUTZUNGSORDNUNG

für die Benutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher-Weg (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege und der Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink in Emmerich am Rhein vom _____

Aufgrund §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in Kraft getreten am 26. April 2022, hat der Rat in seiner Sitzung am _____ folgende Benutzungsordnung für die Benutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher-Weg (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege und der Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink in der Stadt Emmerich am Rhein vom _____ beschlossen:

§1

(1) Die Stadt Emmerich am Rhein unterhält

a) die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher Weg, (das Stadttheater)
b) das Pädagogische Zentrum des Städtischen Willibrord Gymnasiums
c) die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege
d) die Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink

als öffentlichen Einrichtungen

(2) Die Einrichtungen können benutzt werden für:
a) volksbildende Veranstaltungen
b) schulische Veranstaltungen
c) kulturelle Veranstaltungen (Theater, Konzerte, Vorträge usw.)
d) sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse

(3) Die Aula der Städt. Realschule
dient als Schulaula und Stadttheater

(4) Die Veranstaltungen müssen nach Größe, Art, Bedeutung und Besucherzahl auf die Ausstattung der Einrichtung abgestimmt sein. Die Zweckbestimmung dieser Einrichtung darf nicht beeinträchtigt und der Schulunterricht nicht gestört werden.

§ 2

(1) Die in § 1 Abs. 1 genannten Einrichtungen stehen den Schulen während der allgemeinen Unterrichtzeiten im Rahmen dieser Benutzungsordnung uneingeschränkt zur Verfügung.
Veranstaltungen außerhalb der allgemeinen Unterrichtszeit sind für die Aula der Städt. Realschule mit der Kulturabteilung

und für die übrigen Einrichtungen mit der Abt. Schule und Sport

abzustimmen.

(2) Alle übrigen Veranstaltungen (§1Abs2) bedürfen der Genehmigung des Bürgermeisters.
Die Veranstaltungen der Städt. Realschule für die Aula der Städt. Realschule,
der Europa-Gemeinschaftshauptschule für das Päd. Zentrum sowie des Städt. Willibrord-Gymnasiums für die Aula des Willibrord Gymnasium sind vorrangig zu
berücksichtigen.

(2) Die Einrichtungen können benutzt werden für:
a) volksbildende Veranstaltungen
b) schulische Veranstaltungen
c) kulturelle Veranstaltungen (Theater, Konzerte, Vorträge usw.)
d) sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse

(3) Die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher Weg
dient als Schulaula und Stadttheater

(4) Die Veranstaltungen müssen nach Größe, Art, Bedeutung und Zahl der Besucher auf die Ausstattung der Einrichtung abgestimmt sein. Die Zweckbestimmung dieser Einrichtung darf nicht beeinträchtigt und der Schulunterricht nicht gestört werden.

§ 2

(1) Die in § 1Abs. 1 genannten Einrichtungen stehen den Schulen während der allgemeinen Unterrichtzeiten im Rahmen dieser Benutzungsordnung uneingeschränkt zur Verfügung.
Veranstaltungen außerhalb der allgemeinen Unterrichtszeit sind für die Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher Weg mit dem Eigenbetrieb Kultur- Künste-Kontakte (KKK)
und für die übrigen Einrichtungen mit dem Fachbereich 3 - Immobilien - der Stadt Emmerich am Rhein
abzustimmen.

(2) Alle übrigen Veranstaltungen (§1Abs2) bedürfen der Genehmigung des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin.
Die Veranstaltungen der Gesamtschule für die Aula an Schulstandort Grollscher Weg, die Aula am Schulstandort Paaltjessteege und die Mensa am Schulstandort Brink und sowie Veranstaltungen des Städt. Willibrord-Gymnasiums für das Pädagogische Zentrum des Willibrord Gymnasiums sind vorrangig zu berücksichtigen.

(3) Der Bürgermeister stellt jeweils einen Benutzungsplan – getrennt für jede Einrichtung- für die Veranstaltungen nach §1 Abs. 2 auf. Die Benutzung ist spätestens vier Wochen vor dem beabsichtigten Termin schriftlich zu beantragen.

(4) Die Entscheidung über die Überlassung und die Benutzung der Einrichtung trifft der Bürgermeister (zu § 1 Abs. 1 a) sowie im Einvernehmen mit dem Schuleiter (zu § 1 Abs. 1 b bis d). Die Genehmigung kann unter Auflagen erfolgen, wenn dies erforderlich ist.

§ 3

Die Benutzungsordnung ist für alle Benutzer (Veranstalter und Besucher) verbindlich Die Veranstalter und Besucher unterwerfen sich mit dem Betreten des Gebäudes dieser Benutzungsordnung, sowie allen sonstigen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Betriebssicherheit erlassenen Anordnungen.

II Benutzungsanordnungen

§ 4

(1) die Genehmigung zur Benutzung wird auf Antrag erteilt und ist jederzeit widerruflich. Die Benutzung ist nur für den genehmigten Zweck und nur während der genehmigten Zeit gestattet. Welche Räume und Einrichtungsgegenstände überlassen werden, wird in einem hierüber zwischen der Stadt Emmerich am Rhein und dem Antragsteller abzuschließenden Vertrag im Einzelnen bestimmt.

(2) Soweit städtische Belange es erfordern, kann der Bürgermeister die Genehmigung widerrufen. Für finanzielle Einbußen, die dem Antragsteller durch den Widerruf entstehen, haftet die Stadt Emmerich am Rhein nicht.

(3) Der Bürgermeister/ der Bürgermeisterin stellt jeweils einen Benutzungsplan - getrennt für jede Einrichtung- für die Veranstaltungen nach §1 Abs. 2 auf. Die Benutzung ist spätestens vier Wochen vor dem beabsichtigten Termin schriftlich zu beantragen.

(4) Die Entscheidung über die Überlassung und die Benutzung der Einrichtung trifft der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin (zu § 1 Abs. 1 a) sowie im Einvernehmen mit der Schulleitung (zu § 1 Abs. 1 b bis d). Die Genehmigung kann unter Auflagen erfolgen, wenn dies erforderlich ist.

§ 3

Die Benutzungsordnung ist für alle Nutzer (Veranstalter und Besucher) verbindlich. Die Veranstalter und Besucher unterwerfen sich mit dem Betreten des Gebäudes dieser Benutzungsordnung, sowie allen sonstigen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Betriebssicherheit erlassenen Anordnungen.

§ 4

(1) die Genehmigung zur Benutzung wird auf Antrag erteilt und ist jederzeit widerruflich. Die Benutzung ist nur für den genehmigten Zweck und nur während der genehmigten Zeit gestattet. Welche Räume und Einrichtungsgegenstände überlassen werden, wird in einem hierüber zwischen der Stadt Emmerich am Rhein und dem Antragsteller abzuschließenden Vertrag im Einzelnen bestimmt.

(2) Soweit städtische Belange es erfordern, kann der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin die Genehmigung widerrufen. Für finanzielle Einbußen, die dem Antragsteller durch den Widerruf entstehen, haftet die Stadt Emmerich am Rhein nicht.

(3) Ein laufendes Benutzungsverhältnis kann zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt werden, wenn dafür ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht oder der Benutzer der Einrichtung in gröblicher Weise gegen Bestimmungen oder eine vertragliche Vereinbarung, die Bestandteil der Genehmigung sind, verstößt.
In solchen Fällen stehen dem Veranstalter kein Anspruch gegen die Stadt Emmerich am Rhein wegen eines
ihm entstandenen Schadens zu.

(4) Der Veranstalter ist verpflichtet, die Stadt Emmerich am Rhein von etwaigen Ansprüchen freizuhalten, die Dritte in Zusammenhang mit der Überlassung der Einrichtung geltend machen können.

§ 5

Zusätzliche Einrichtungsgegenstände, die über die von der Stadt übernommenen Ausstattung der Räume hinausgehen (Geräte, Kulissen, Bühnenaufbauten, Dekorationen, Hinweisschilder, Plakate und andere Werbemittel sowie die Einrichtung von Verkaufsständen) dürfen nur nach besonderen Genehmigung durch den Bürgermeister eingebracht werden. Diese Veränderungen gehen zu Lasten des Veranstalters.

Bauordnungsrechtliche und feuerpolizeiliche Vorschriften sind einzuhalten.

§ 6

(1) Veränderungen oder Einbauten an vorhandenen Einrichtungen und Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters. Sie gehen zu Lasten des Veranstalters, die auch die Kosten für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes tragen.

(3) Ein laufendes Benutzungsverhältnis kann zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt werden, wenn dafür ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht oder die Nutzer der Einrichtung in grober Weise gegen Bestimmungen oder eine vertragliche Vereinbarung, die Bestandteil der Genehmigung sind, verstoßen.
In solchen Fällen stehen dem Veranstalter kein Anspruch gegen die Stadt Emmerich am Rhein wegen eines ihm entstandenen Schadens zu.

(4) Der Veranstalter ist verpflichtet, die Stadt Emmerich am Rhein von etwaigen Ansprüchen freizuhalten, die Dritte in Zusammenhang mit der Überlassung der Einrichtung geltend machen können.

§ 5

Zusätzliche Einrichtungsgegenstände, die über die von der Stadt übernommenen Ausstattung der Räume hinausgehen (Geräte, Kulissen, Bühnenaufbauten, Dekorationen, Hinweisschilder, Plakate und andere Werbemittel sowie die Einrichtung von Verkaufsständen) dürfen nur nach besonderen Genehmigung durch den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin eingebracht werden. Diese Veränderungen gehen zu Lasten des Veranstalters.

Bauordnungsrechtliche und Brandschutzrechtliche Vorschriften sind einzuhalten und gegebenenfalls bei dem Fachbereich 6 der Stadt Emmerich am Rhein zu erfragen

§ 6

(1) Veränderungen und Einbauten an vorhandenen Einrichtungen und Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin. Sie gehen zu Lasten des Veranstalters, welcher auch die Kosten für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes tragen.

(2) Aus Sicherheitsgründen dürfen zu dem befestigten Gestühl keine weiteren Sitzplätze (z.B. Stühle in den Gängen) aufgestellt werden, Stehplätze sind nicht zulässig.

§ 7

Zu jeder Veranstaltung müssen Feuerwehr und falls erforderlich Platzanweisung, Garderobe und Kasse vom Veranstalter gestellt werden. Die Entschädigung der vorgenannten Dienste trägt der Veranstalter. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Regelung.

§ 8

Das Personal der Stadtverwaltung, der Unfallhilfsstelle, Beauftragte der Polizei und Feuerwehr sowie sonstige legitimierte Beauftragte von Behörden dürfen in der Ausübung ihrer Arbeit nicht behindert werden. Sie haben, soweit erforderlich, Zutritt zu den vermieteten Räumen.
Die besonders kenntlich gemachten Plätze sind für diesen Personenkreis freizuhalten.

§ 9

Bei Benutzung der Technischen Einrichtungen (Bühne usw.) müssen nach §115 VStättVO technische Fachkräfte anwesend sein. Dies trifft auch für Schulveranstaltungen der Realschule zu, sobald die Bühne mitbenutzt wird. Die Bühnegasse muss für den ungehinderten Durchgang frei bleiben. Die Löscheinrichtungen und Geräte müssen ungehindert zugänglich sein.

§ 10

(1~~) Das Rauchen ist nur in den dazu bestimmten Räumen gestattet~~.
Der Besucher sind von den Veranstaltenden auf das Rauchverbot hinzuweisen.

(2) Aus Sicherheitsgründen dürfen zu der befestigten Bestuhlung keine weiteren Sitzplätze (z.B. Stühle in den Gängen) aufgestellt werden, Stehplätze sind nicht zulässig.

§ 7

Zu jeder Veranstaltung müssen Feuerwehr und falls erforderlich Platzanweisung, Garderobe und Kasse vom Veranstalter gestellt werden. Die Entschädigung der vorgenannten Dienste tragen trägt der Veranstalter. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Regelung.

§ 8

Das Personal der Stadtverwaltung, der Unfallhilfsstelle, Beauftragte der Polizei und Feuerwehr sowie sonstige legitimierte Beauftragte von Behörden dürfen in der Ausübung ihrer Arbeit nicht behindert werden. Sie haben, soweit erforderlich, Zutritt zu den vermieteten Räumen.
Die besonders kenntlich gemachten Plätze sind für diesen Personenkreis freizuhalten.

§ 9

Bei Benutzung der Technischen Einrichtungen (Bühne usw.) müssen nach § 39 ff SBauVO (Sonderbauverordnung) technische Fachkräfte anwesend sein. Dies trifft auch für Schulveranstaltungen der Gesamtschule in der Aula am Schulstandort Grollscher Weg zu, sobald die Bühne mitbenutzt wird. Die Bühnengasse muss für den ungehinderten Durchgang frei bleiben. Die Löscheinrichtungen und Geräte müssen ungehindert zugänglich sein.

§ 10

(1) Das Rauchen ist in den Gebäuden untersagt.
Die Besucher sind von den Veranstaltenden auf das Rauchverbot hinzuweisen.

(2) Nicht gestattet sind:
a) die Ablage von Garderoben an anderen als dafür vorgesehenen Stellen
b) der Verzehr von Speisen und Getränken
Ausnahmen bedürfen einer gesonderten Regelung

§ 11

(1) Ist eine Bewirtung der Besucher des Stadttheaters erforderlich, so erfolgt diese ausschließlich durch den Pächter des Erfrischungsraumes.

Die Veranstalter haben sich rechtzeitig mit dem Pächter in Verbindung zu setzen, damit eine ordnungsgemäße und ausreichende Bewirtung gesichert ist.

(2) Im Pädagogischem Zentrum und in der Aula des Städt-Willibrord-Gymnasiums dürfen Speisen, Getränke und nichtalkohlische Genussmittel nur im Benehmen mit der Schulleitung angeboten und verzehrt werden.

§ 12

Gegenstände, die im Gebäude gefunden werden sind bei dem Hausmeister abzugeben. Die Fundgegenstände werden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen behandelt

§ 13

Der Zustimmung des Bürgermeisters bedürfen:

a) Funk-, Fernseh- und Tonaufnahmen
b) Fotografieren und Filmen
c) die Durchführung von Werbung jeglicher Art
d) das Aufstellen von Verkaufs- und Unterhaltungsgegenständen

(2) Nicht gestattet sind:
a) die Ablage von Garderoben an anderen als dafür vorgesehenen Stellen
b) der Verzehr von Speisen und Getränken
Ausnahmen bedürfen einer gesonderten Regelung

§ 11

(1) Ist eine Bewirtung der Besucher des Stadttheaters erforderlich, so erfolgt diese ausschließlich durch den Pächter des Erfrischungsraumes.

Die Veranstalter haben sich rechtzeitig mit dem Pächter in Verbindung zu setzen, damit eine ordnungsgemäße und ausreichende Bewirtung gesichert ist.

(2) In den übrigen Einrichtungen dürfen nichtalkoholische Speisen und Getränke nur im Benehmen mit der Schulleitung angeboten und verzehrt werden.

§ 12

Fundsachen sind unverzüglich bei dem Hausmeister abzugeben. Ihre weitere Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 13

Der Zustimmung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin bedürfen:

a) Funk-, Fernseh- und Tonaufnahmen
b) Fotografieren und Filmen
c) die Durchführung von Werbung jeglicher Art
d) das Aufstellen von Verkaufs- und Unterhaltungsgegenständen

II. Haftung

§ 14

(1) Das Betreten des Gebäudes sowie die Nutzung der Einrichtung geschieht grundsätzlich auf eigene Gefahr des Benutzers (Besucher und Veranstalter)

(2) Für Schäden haftet die Stadt nur, wenn hinsichtlich der Beschaffenheit der Einrichtungen oder des Verhaltens des städtischen Personals von dem Benutzer Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen wird. Für den Verlust von Garderobe und Wertsachen, die an der Garderobe abgegeben werden, wird die Haftung, auf den Höchstbetrag von 1000 € begrenzt (nur in Verbindung mit einer Garderobenmarke)

§ 15

Der Veranstalter haftet für alle Schäden, die durch ihn, seine Beauftragten, die Veranstaltungsbesucher oder sonstige Dritte im Zusammenhang mit der Benutzung des Gebäudes entstehen.
In diese Haftung sind auch Schäden einbezogen, die am Grundstück, Gebäude oder Inventar, z.B. durch Anbringen von Dekorationen oder Reklamen, durch Einbringen fremder oder Veränderung vorhandener Einrichtungsgegenstände, entstehen.

§ 16

Die Stadt übernimmt keinerlei Haftung für die vom Veranstalter oder dritten Personen eingebrachten Gegenstände.
Das gilt auch für Garderoben von Veranstalter, Mitwirkenden und Besucher, soweit diese nicht an den dafür vorgesehenen vom Personal bewachten Garderobenanlagen abgegeben worden sind.

§ 14

(1) Das Betreten des Gebäudes sowie die Nutzung der Einrichtung geschieht grundsätzlich auf eigene Gefahr der Nutzer (Besucher und Veranstalter)

(2) Für Schäden haftet die Stadt Emmerich am Rhein nur, wenn hinsichtlich der Beschaffenheit der Einrichtungen oder des Verhaltens des städtischen Personals von Nutzern Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen wird. Für den Verlust von Garderobe und Wertsachen, die an der Garderobe abgegeben werden, wird die Haftung, nur in Verbindung mit einer Garderobenmarke, auf den Höchstbetrag von 1.000 € begrenzt.

§ 15

Der Veranstalter haftet für alle Schäden, die durch ihn, seine Beauftragten, die Veranstaltungsbesucher oder sonstige Dritte im Zusammenhang mit der Benutzung des Gebäudes entstehen.
In diese Haftung sind auch Schäden einbezogen, die am Grundstück, Gebäude oder Inventar, z.B. durch Anbringen von Dekorationen oder Reklamen, durch Einbringen fremder oder Veränderung vorhandener Einrichtungsgegenstände, entstehen.

§ 16

Die Stadt Emmerich am Rhein übernimmt keinerlei Haftung für die vom Veranstalter oder dritten Personen eingebrachten Gegenstände.
Das gilt auch für Garderoben von Veranstalter, Mitwirkenden und der Besucher, soweit diese nicht an den dafür vorgesehenen vom Personal bewachten Garderobenanlagen abgegeben worden sind.

§ 17

Der Veranstalter hat die Pflicht. Von ihm oder Dritten eingebrachte Gegenstände unverzüglich nach der Veranstaltung aus dem Gebäude zu entfernen. Bei Nichtbeachtung behält sich die Stadt vor, entweder die zurückgebliebenen Gegenstände auf Kosten und Risiko des Veranstalters diesem zuzustellen oder, wenn die Vermietung der Einrichtung durch die Lagerung beeinträchtigt wird, volles oder anteiliges Benutzungsentgelt für die in Anspruch genommenen Räume zu verlangen.

§ 18

Für das Versagen irgendwelcher Einrichtungen sowie Betriebsstörungen oder sonstige die Veranstaltung beeinträchtigende oder ihre Durchführung verhindernde Ereignisse haftet die Stadt nicht.

§ 19

Die Stadt kann vom Veranstalter den vorherigen Abschluss einer Versicherung oder die vorherige Zahlung einer Sicherheitsleistung in angemessener Höhe verlangen. Sie ist berechtigt, entstandene Schäden auf Kosten des Veranstalters zu beseitigen oder beseitigen zu lassen.

§ 20

(1) die zweckentsprechende Benutzung der Aula der Städt. Realschule (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) im Schulzentrum sowie die Aula des Städt. Willibrord-Gymnasiums ist für alle in der Trägerschaft der Stadt Emmerich am Rhein stehenden Schulen und Einrichtungen unentgeltlich.

(2) Das Benutzungsentgelt für andere als in Abs. 1 genannten Benutzer wird in einem der Benutzungsordnung als Anlage beigefügten Tarif festgelegt

§ 17

Der Veranstalter hat die Pflicht. Von ihm oder Dritten eingebrachte Gegenstände unverzüglich nach der Veranstaltung aus dem Gebäude zu entfernen. Bei Nichtbeachtung behält sich die Stadt Emmerich am Rhein vor, entweder die zurückgebliebenen Gegenstände auf Kosten und Risiko des Veranstalters diesem zuzustellen oder, wenn die Vermietung der Einrichtung durch die Lagerung beeinträchtigt wird, volles oder anteiliges Benutzungsentgelt für die in Anspruch genommenen Räume zu verlangen.

§ 18

Für das Versagen irgendwelcher Einrichtungen sowie Betriebsstörungen oder sonstige die Veranstaltung beeinträchtigende oder ihre Durchführung verhindernde Ereignisse haftet die Stadt Emmerich am Rhein nicht.

§ 19

Die Stadt Emmerich am Rhein kann vom Veranstalter den vorherigen Abschluss einer Versicherung oder die vorherige Zahlung einer Sicherheitsleistung in angemessener Höhe verlangen. Sie ist berechtigt, entstandene Schäden auf Kosten des Veranstalters zu beseitigen oder beseitigen zu lassen.

§ 20

(1) die zweckentsprechende Nutzung der Einrichtungen gem. § 1 ist für alle in der Trägerschaft der Stadt Emmerich am Rhein stehenden Schulen und Einrichtungen unentgeltlich.

(2) Das Benutzungsentgelt für andere als in Abs. 1 genannten Nutzer wird in einem der Benutzungsordnung als Anlage beigefügten Tarif festgelegt

§ 21	§ 21
Diese Benutzungsordnung tritt am 1.November 1980 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Benutzungsordnung für die der Aula der Städt. Realschule (Stadttheater)vom 28.Mai1969 außer Kraft	Diese Benutzungsordnung tritt am 01.01.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Benutzungsordnung für die Benutzung der Aula der Städt. Realschule (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-gymnasiums sowie der Aula der Europa-Gemeinschaftshauptschule in Emmerich am Rhein vom 05.11.1980 außer Kraft

Ö 27

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**03 - 17 0865/2022**	**24.11.2022**

Betreff

Satzung für die Überlassung und Benutzung der städtischen Turnhallen in der Stadt Emmerich am Rhein und die Entgeltordnung für die Turnhallen der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Rechnungsprüfungsausschuss	06.12.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Satzung für die Überlassung der städtischen Sporthallen in der Stadt Emmerich am Rhein (Anlage 1).

Sachdarstellung :

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein hat am 14.10.2003 die Satzung für die Überlassung der städtischen Turnhallen in der Stadt Emmerich am Rhein beschlossen.

Durch die Neuordnung der Emmericher Schullandschaft sind die Städt. Realschule und die Europa-Hauptschule zwischenzeitlich ausgelaufen und die Gesamtschule Emmerich am Rhein an den drei Standorten Grollscher Weg, Paaltjessteege und Brink etabliert worden. Zum einen machen die geänderten Bezeichnungen der Schulen bzw. der Schulstandorte und anderen die Änderung des § 2b UStG (Umsatzsteuergesetz), nach der die Stadt Emmerich am Rhein grundsätzlich als Unternehmer anzusehen ist, wenn sie ”selbstständig” eine nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen ausüben (wirtschaftliche Tätigkeit), eine Neufassung der Satzung erforderlich.

Als Anlage 2 wird der Vorlage eine Synopse der alten und neuen Satzung beigefügt. Die in dieser Synopse ”grün” gedruckten Textpassagen kennzeichnen redaktionelle Änderungen. Die ”rot” gekennzeichneten Änderungen ergeben sich aufgrund der geänderten Schullandschaft (Um- und Neubau, sowie Benennung), sowie veränderter gesetzlicher Anforderungen und Grundlagen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
03 - 17 0865/2022 _ A 1 _ Satzung Überlassung u. Nutzung der städt. Turnhallen
03 - 17 0865/2022 _ A 2 _ Synopse - Überlassung u. Nutzung der städt. Turnhallen

Ö 27

Satzung

für die Überlassung und Benutzung der städtischen Sporthallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom _____

Aufgrund §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in Kraft getreten am 26. April 2022, hat der Rat in seiner Sitzung am _____ folgende Satzung für die Überlassung und Benutzung der städtischen Sporthallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom _____ beschlossen:

§ 1

Diese Satzung gilt für alle Schulsporthallen und sonstigen städtischen Sporthallen.

§ 2

(1) Schul- oder sonstige städtische Sporthallen werden grundsätzlich nur für sportliche Zwecke zur Verfügung gestellt.

Über Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin.

(2) Die Sportstätten werden in nachstehender Rangfolge überlassen, für Veranstaltungen der

a) - städtische Schulen,
b) - Sportvereine, die Mitglied im Stadtsportbund Emmerich sind,
c) - Bildungseinrichtungen (z.B. Volkshochschule, Haus der Familie),
d) - sonstige Sportvereine,
e) - Betriebssportgemeinschaften und
f) - sonstigen privaten Vereinigungen oder nicht organisierten Personengruppen

(3) Voraussetzung für die Überlassung der Sportstätte ist, dass sie für die Ausübung der beantragten Sportart baulich geeignet ist.

(4) Die Bereitstellung der Sportstätte erfolgt nur, wenn eine Gruppenstärke von mindestens acht Personen vorgesehen ist. Ausnahmen sind aber mit dem Einverständnis des Stadtsportbundes möglich.

(5) Die Sportstätten stehen – unter Berücksichtigung der schulischen Belange – von montags – freitags bis 22.00 Uhr für die außerschulische Nutzung zur Verfügung. Ausnahmen sind nur nach Absprache mit dem Stadtsportbund möglich.

In den Schulferien sind die Turnhallen grundsätzlich geschlossen. Über Ausnahmen entscheidet auch hier der Stadtsportbund im Einvernehmen mit der Stadt Emmerich am Rhein.

(6) Die Benutzung der Sporthalle erstreckt sich auf die Zugangswege, die baulichen Anlagen einschließlich der Nebeneinrichtungen und Gerätschaften.

§ 3

(1) Für die Benutzung der städtischen Sporthallen erhebt die Stadt Emmerich am Rhein von den Nutzenden ein Entgelt.

(2) Die Entgeltspflicht bezieht sich auf den Trainings- und Spielbetrieb.

(3) Die Höhe des Entgelts richtet sich nach dem als Anlage beigefügten Entgelttarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

(4) Werden Sportanlagen nach Abschluss eines Nutzungsvertrages aus Gründen, die die Stadt Emmerich am Rhein nicht zu vertreten hat, nicht benutzt, bleibt der Anspruch der Stadt Emmerich am Rhein auf Zahlung des Entgeltes bestehen, wenn die Stadt Emmerich am Rhein nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden ist.

(5) Stehen Sporthallen aufgrund eines nicht von den Nutzern zu vertretenen Grundes für eine Nutzung nicht zur Verfügung, entfällt die Entgeltpflicht für die betroffenen Einheiten.

(6) Bestehende Vereinbarungen werden bei der Berechnung des Nutzungsentgeltes berücksichtigt.

(7) Jugend- und Schulveranstaltungen sowie die sportliche Nutzung durch Vereine, welche Mitglied im Stadtsportbund der Stadt Emmerich am Rhein sind, sind entgeltfrei.

(8) Das Nutzungsverhältnis wird durch den Abschluss eines privatrechtlichen Vertrages (Benutzungsvertrag) begründet. Eine Verpflichtung der Stadt Emmerich am Rhein zum Abschluss eines Nutzungsvertrages besteht nicht.

Bei Abschluss des Nutzungsvertrages teilen die Nutzer der Stadt Emmerich am Rhein über den Stadtsportbund Emmerich mit, ob die Belegung mit Erwachsenen oder Jugendlichen erfolgt.

(9) Änderungen der Belegung sind der Stadt Emmerich am Rhein unverzüglich mitzuteilen.

(10) Ein Verstoß gegen die Mitwirkungspflichten oder die Weitergabe unrichtiger Angaben können zu einem befristeten oder unbefristeten Ausschluss der Nutzung führen.

(11) Abrechnungszeitraum ist das Kalenderjahr

(12) Stichtag für die Berechnung der Nutzungsentgelte ist der 1. Januar eines jeden Jahres.

(13) Das Entgelt wird zu Beginn eines jeden Jahres in Rechnung gestellt und ist jeweils am 15.07. und 15.12. anteilig fällig.

§ 4

(1) Sportstätten werden nur auf Antrag überlassen. Dieser ist an den Stadtsportbund und der Stadt Emmrich am Rhein (Fachbereich 4 Jugend-Schule-Sport) in der Regel schriftlich zu richten.

(2) In der Halle wird das Fußballspielen in der Regel nur von Oktober bis März (einschließlich) zugelassen.

(3) Eine Nichtinanspruchnahme der Halle (einmalig) ist dem zuständigen Hausmeister oder Hallenwart so frühzeitig mitzuteilen, dass eine Aktivierung der Halle unterbleiben kann. Eine längerfristige Unterbrechung der vereinbarten Hallennutzung ist dem Fachbereich 4 - Jugend-Schule-Sport und dem Stadtsportbund schriftlich frühzeitig mitzuteilen. Eine wiederholte Unterlassung dieser Regel zieht den Entzug der Nutzungsgenehmigung nach sich.

(4) Die Belegungspläne für die einzelnen Hallen werden vom Stadtsportbund geführt.

Dieser beruft auch regelmäßig Terminabspracheversammlungen ein, in denen mit den betroffenen Vereinen die Termine für Meisterschaftsspiele usw. möglichst einvernehmlich abgesprochen werden.

(5) Lärmen ist auf dem Gelände zu unterlassen. Das gilt auch für vermeidbare Geräusche bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen. Fahrzeuge aller Art dürfen nur auf den hierfür vorgesehenen Plätzen abgestellt werden.

(6) Musikübungen in den Turnhallen dürfen nur bei geschlossenen Fenstern und Türen stattfinden.

(7) Die Sporthallen (gemeint ist der für den Sport vorgesehene Boden) dürfen nur mit Turnschuhen betreten werden, die ausschließlich für den Hallensport geeignet sind und auch nur dafür benutzt werden. Sollte der Hallenboden in Ausnahmefällen für Zuschauer mit ungeeignetem Schuhwerk freigegeben werden, müssen die Veranstalter dafür Sorge tragen, dass der Boden wirksam abgedeckt wird.

(8) Das Rauchen ist in allen Räumlichkeiten und auf dem Schulgelände untersagt.

(9) Das Zurücklassen von Essens- und Getränkerück-ständen ist in allen Räumlichkeiten nicht erlaubt. Die Entsorgung des anfallenden Mülles ist von den Veranstaltern zu organisieren, bzw. mit der Schulleitung zu vereinbaren.

Speisen und Getränke dürfen nicht zu Erwerbszwecken abgegeben werden. Ausnahmen können nur vom Stadtsportbund einvernehmlich mit der zuständigen Schulleitung zugestanden werden. Sofern in diesen Fällen ordnungsbehördliche Genehmigungen erforderlich werden, sind diese durch die Veranstalter zu beantragen.

(10) Eine Kündigung der vereinbarten Nutzungsvereinbarung durch den Stadtsportbund kann erfolgen, wenn:

- Nutzer wiederholt gegen die Bestimmungen der Satzung verstoßen,
- zahlungspflichtige Nutzer mit den Zahlungen in Rückstand sind,
- wenn ein dringendes öffentliches Interesse oder besondere unvorhergesehene Verhältnisse dies erforderlich machen.

§ 5

(1) Die Nutzung der Hallen darf nur unter Aufsicht eines geeigneten Übungsleiters, zumindest einer erwachsenen Person (Mindestalter 18 Jahre) erfolgen. Diese Aufsichtsperson hat sich vor und nach der Nutzung davon zu überzeugen, dass die Sportstätte ordnungsgemäß übernommen bzw. hinterlassen wurde und ist ebenso für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlich.

(2) Die Aufsichtsperson ist auch verantwortlich dafür, dass die Räumlichkeiten und Sportgeräte vor der Benutzung auf ihre Sicherheit überprüft werden. Schadhafte Geräte dürfen nicht benutzt werden. Mängel oder Schäden sind unverzüglich dem zuständigen Hausmeister oder Hallenwart anzuzeigen. Beanstandungen nimmt auch der Stadtsportbund entgegen.

(3) Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass in einem Notfall die Aufsichtsperson in die Lage versetzt wird, schnell Hilfe herbeizurufen. Dies ist z. B. durch ein Telefon, welches auf jeden Fall den Notruf zulässt und durch ein gutes vernehmbares Signal zu gewährleisten.

§ 6

(1) Werbung ist nach Absprache mit der Schulleitung und dem Stadtsportbund möglich. Nicht zulässig ist die Werbung für alkohol- und nikotinhaltige Produkte. Die Erlöse aus der Werbung sollen sowohl der Schule, als auch dem Sport zugutekommen.
(2) Bekanntmachungen und Hinweise auf Veranstaltungen müssen eindeutig die Veranstalter erkennen lassen.

§ 7

(1) Die Veranstalter bzw. Antragsteller haften für alle aus Anlass der Nutzung entstandenen Schäden. Ausgenommen sind Schäden, die auf Abnutzung oder Materialfehler zurückzuführen sind und trotz des ordnungsgemäßen Gebrauchs der Geräte und Einrichtungen eintreten. Die Veranstalter bzw. Antragsteller – mit Ausnahme der städtischen Schulen– haben für eine ausreichende Haftpflichtversicherung aller ihm zuzurechnenden Teilnehmer zu sorgen. Alle dem Stadtsportbund angehörenden Sportvereine sind bereits auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum Landessportbund durch die Sporthilfe entsprechend versichert.

(2) Eine Haftung der Stadt Emmerich sowie ihrer Bediensteten und Beauftragten für Schäden irgendwelcher Art, die den Veranstalter oder Nutzer aus Anlass der Nutzung erwachsen, wird ausgeschlossen. Eine Haftung entfällt ebenfalls bei Verlust oder Beschädigung persönlichen Eigentums des genannten Personenkreises. Dies gilt auch bei der von der Stadt Emmerich am Rhein zu vertretenden Verletzung ihrer Verkehrssicherungspflicht, sofern nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen wird. Auf Haftungsausschluss sollte der Veranstalter im Interesse aller Teilnehmer hinweisen.

(3) Die Veranstalter bzw. Antragsteller sind verpflichtet, die Stadt Emmerich am Rhein und auch den Stadtsportbund von Ansprüchen frei zu halten, die Dritte im Zusammenhang mit der Überlassung der Sportstätte und der dazugehörigen Einrichtungen und Geräte mittelbar oder unmittelbar gegen die Stadt Emmerich am Rhein oder den Stadtsportbund geltend machen. Ausgenommen sind Schäden, die auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind.

§ 8

(1) Vereinseigene Gegenstände und Geräte dürfen nur mit Einvernehmen der Schulleitung eingebracht und verwahrt werden. Sie sind so unterzubringen, dass sie den Sportbetrieb der Schule nicht stören oder gefährden. Schäden und Mängel an vereinseigenen Geräten und Einrichtungen sind unverzüglich abzustellen. Ersatzansprüche wegen Beschädigung werden ausgeschlossen.

(2) Schulsportgeräte dürfen nur mit Zustimmung der Schulleitung von der Sportstätte entfernt werden und sind nach dem Gebrauch wieder an die für sie bestimmten Plätze zu schaffen. Sperrige und große Schulsportgeräte sind entsprechend den Gebrauchsanweisungen zu sichern.

(3) Die Schulsportgeräte dürfen von den Sportvereinen zu dem dafür jeweils vorgesehenen Zweck benutzt werden.

§ 9

Fundsachen sind unverzüglich bei dem Hausmeister bzw. dem Hallenwart abzugeben. Ihre weitere Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 10

(1) Der Schulleitung und deren Beauftragte, Beauftragte der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein sowie der Vertreter des Stadtsportbundes ist jederzeit Zutritt zu der Sportstätte zu gewähren.

(2) Die Schulleitung und die Stadt Emmerich am Rhein übt in der Sportstätte und allen Nebeneinrichtungen das Hausrecht aus. Sie ist berechtigt, bei groben und wiederholten Verstößen gegen die Satzung einzelne Personen von der weiteren Nutzung auszuschließen und vom Grundstück zu verweisen oder in besonders schweren Fällen die weitere Nutzung am gleichen Tag zu untersagen. Die Schulleitung informiert über diesen Sachverhalt unverzüglich den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin bzw. den zuständigen Fachbereich, der sich anschließend in Absprache mit dem Stadtsportbund eine Entscheidung über die weitere Benutzung vorbehält.

(3) Bei Abwesenheit der Schulleitung übt eine von ihr mit der Vertretung beauftragte Lehrkraft, ansonsten der Hausmeister, Hallenwart oder eine andere beauftragte Person der Stadt Emmerich am Rhein das Hausrecht aus.

§ 11

Diese Satzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.

Gleichzeitig treten die Satzung für die Überlassung und Benutzung der städtischen Turnhallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom 01.01.2004. und die Entgeltordnung für die Turnhallen der Stadt Emmerich am Rhein vom 11.04.2018 außer Kraft.

Anlage

Entgelttarif zur Entgeltordnung für die Turnhallen der

Stadt Emmerich am Rhein

1. Vereine, welche Mitglied im Stadtsportbund der Stadt Emmerich am Rhein sind zahlen für die sportliche Nutzung der Turnhalle kein Entgelt.
2. Nutzungsentgelte für Bildungseinrichtungen
   (z. B Volkshochschule und Haus der Familie)

2.1 Einfachturnhalle	5,00 €/Stunde
2.2 Zweifachturnhalle	5,00 €/Stunde
2.3 Dreifachturnhalle	5,00 €/Stunde

   Das Nutzungsentgelt bezieht sich auf die Turnhalle mit den dazugehörigen Umkleide-, Sanitärräumen.

3. Nutzungsentgelte für sonstige Sportvereine, Betriebssportgemeinschaften und sonstige private Vereinigungen oder nicht organisierte Personengruppen

3.1 Einfachturnhalle	20,00 €/Stunde
3.2 Zweifachturnhalle	40,00 €/Stunde
3.3 Dreifachturnhalle	60,00 €/Stunde

   Das Nutzungsentgelt bezieht sich auf die Turnhalle mit den dazugehörigen Umkleide-Sanitärräumen.

Die Entgelte erhöhen sich um die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer.

Synopse:

Satzung für die Überlassung und Benutzung der städtischen Sporthallen
in der Stadt Emmerich am Rhein

Satzung
für die Überlassung und Benutzung der städtischen Turnhallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom 15.10.2003

Satzung
für die Überlassung und Benutzung der städtischen Sporthallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom ___

Geänderte Fassung
Stand 30.11.2022

Satzung

für die Überlassung und Benutzung der städtischen Turnhallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom 15.10.2003

Der Rat der Stadt Emmerich hat aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S.666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.04.2003 (GV NW S. 254) und der §§ 1, 2 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Okt. 1969 (GV NRW S. 712) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 25.September 2001 (GV NW S.708) in seiner Sitzung vom 14.12.2003 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für alle Schulturnhallen und sonstigen städtischen Turnhallen.

§ 2
Art der Nutzung

(1) Schul- oder sonstige städtische Turnhallen werden grundsätzlich nur für sportliche Zwecke zur Verfügung gestellt.

Über Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister einvernehmlich mit dem Stadtsportbund.

(2) Die Sportstätten werden in nachstehender Rangfolge überlassen, für Veranstaltungen der

a) - städtische Schulen,
b) - Sportvereine, die Mitglied im Stadtsportbund Emmerich sind,
c) Volkshochschule,
d) Haus der Familie)
e) - sonstige Sportvereine,
f) - Betriebssportgemeinschaften und

Satzung

für die Überlassung und Benutzung der städtischen Sporthallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom _____

Aufgrund §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in Kraft getreten am 26. April 2022, hat der Rat in seiner Sitzung am _____ folgende Satzung für die Überlassung und Benutzung der städtischen Sporthallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom _____ beschlossen:

§ 1

Diese Satzung gilt für alle Schulsporthallen und sonstigen städtischen Sporthallen.

§ 2

(1) Schul- oder sonstige städtische Sporthallen werden grundsätzlich nur für sportliche Zwecke zur Verfügung gestellt.

Über Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin einvernehmlich mit dem Stadtsportbund.

(2) Die Sportstätten werden in nachstehender Rangfolge überlassen, für Veranstaltungen der

a) - städtische Schulen,
b) - Sportvereine, die Mitglied im Stadtsportbund Emmerich sind,
c) - Bildungseinrichtungen (z.B. Volkshochschule, Haus der Familie)
d) - sonstige Sportvereine,
e) - Betriebssportgemeinschaften und
f) - sonstigen privaten Vereinigungen oder nicht organisierten Personengruppen

g) - sonstigen privaten Vereinigungen oder nicht organisierten Personengruppen

(3) Voraussetzung für die Überlassung der Sportstätte ist, dass sie für die Ausübung der beantragten Sportart baulich geeignet ist.

(4) Die Bereitstellung der Sportstätte erfolgt nur, wenn eine Gruppenstärke von mindestens 8 Personen vorgesehen ist. Ausnahmen sind nur mit dem Einverständnis des Stadtsportbundes möglich.

(5) Die Sportstätten stehen – unter Berücksichtigung der schulischen Belange – von montags – freitags bis 22.00 Uhr für die außerschulische Nutzung zur Verfügung.
Ausnahmen sind nur nach Absprache mit dem Stadtsportbund möglich.
In den Schulferien sind die Turnhallen grundsätzlich geschlossen.
Über Ausnahmen entscheidet auch hier der Stadtsportbund

(6) Die Benutzung der Turnhalle erstreckt sich auf die Zugangswege, die baulichen Anlagen einschließlich der Nebeneinrichtungen und Gerätschaften.

§ 3
Benutzungsentgelte

Benutzungsentgelte und deren Höhe richten sich nach der Entgeltordnung für die Turnhallen der Stadt Emmerich am Rhein.

Entgeltordnung für die Turnhallen der Stadt Emmerich am Rhein
vom 11.04.2018
Aufgrund des §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 ff) zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.Januar 2018 (GV NRW S.90) in Kraft getreten am 2.Februar 2018, hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein in seiner Sitzung am 10.04.2018 folgende Entgeltordnung in Form einer Satzung beschlossen:

(3) Voraussetzung für die Überlassung der Sportstätte ist, dass sie für die Ausübung der beantragten Sportart baulich geeignet ist.

(4) Die Bereitstellung der Sportstätte erfolgt nur, wenn eine Gruppenstärke von mindestens acht Personen vorgesehen ist. Ausnahmen sind nur mit dem Einverständnis des Stadtsportbundes möglich.

(5) Die Sportstätten stehen – unter Berücksichtigung der schulischen Belange – von montags – freitags bis 22.00 Uhr für die außerschulische Nutzung zur Verfügung.
Ausnahmen sind nur nach Absprache mit dem Stadtsportbund möglich.
In den Schulferien sind die Sporthallen grundsätzlich geschlossen.
Über Ausnahmen entscheidet auch hier der Stadtsportbund im Einvernehmen mit der Stadt Emmerich am Rhein

(6) Die Benutzung der Sporthalle erstreckt sich auf die Zugangswege, die baulichen Anlagen einschließlich der Nebeneinrichtungen und Gerätschaften.

§ 3

~~Benutzungsentgelte und deren Höhe richten sich nach der Entgeltordnung für die Turnhallen der Stadt Emmerich am Rhein.~~

§ 1
Anwendungsbereich

(1) Diese Entgeltordnung gilt für alle von der Stadt Emmerich am Rhein betriebenen Turnhallen

(2) Zu den Turnhallen zählen auch die dazugehörigen Umkleide-, Wasch- und Durchräume.

§ 2
Entgelte

(1) Für die Benutzung der städtischen Turnhallen erhebt die Stadt Emmerich am Rhein von den Benutzern ein Entgelt.

(2) Die Entgeltspflicht bezieht sich auf den Trainings- und Spielbetrieb.

(3) Die Höhe des Entgelts richtet sich nach dem als Anlage beigefügten Entgelttarif, der Bestandteil dieser Entgeltordnung ist.

(4) Werden Sportanlagen nach Abschluss eines Nutzungsvertrages aus Gründen, die die Stadt Emmerich am Rhein nicht zu vertreten hat, nicht benutzt, bleibt der Anspruch der Stadt Emmerich am Rhein auf Zahlung des Entgeltes bestehen, wenn die Stadt Emmerich am Rhein nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden ist.

(5) Stehen Turnhallen aufgrund eines nicht vom Nutzer zu vertretenen Grundes für eine Nutzung nicht zur Verfügung, entfällt die Entgeltpflicht für die betroffenen Einheiten.

(6) Bestehende Vereinbarungen werden bei der Berechnung des Nutzungsentgeltes berücksichtigt.

(7) Jugend- und Schulveranstaltungen sowie die sportliche Nutzung durch Vereine, welche Mitglied im Stadtsportbund der Stadt Emmerich am Rhein sind, sind entgeltfrei.

(1) Für die Benutzung der städtischen Sporthallen erhebt die Stadt Emmerich am Rhein von den Nutzenden ein Entgelt.

(2) Die Entgeltspflicht bezieht sich auf den Trainings- und Spielbetrieb.

(3) Die Höhe des Entgelts richtet sich nach dem als Anlage beigefügten Entgelttarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

(4) Werden Sportanlagen nach Abschluss eines Nutzungsvertrages aus Gründen, die die Stadt Emmerich am Rhein nicht zu vertreten hat, nicht benutzt, bleibt der Anspruch der Stadt Emmerich am Rhein auf Zahlung des Entgeltes bestehen, wenn die Stadt Emmerich am Rhein nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden ist.

(5) Stehen Sporthallen aufgrund eines nicht von den Nutzenden zu vertretenen Grundes für eine Nutzung nicht zur Verfügung, entfällt die Entgeltpflicht für die betroffenen Einheiten.

(6) Bestehende Vereinbarungen werden bei der Berechnung des Nutzungsentgeltes berücksichtigt.

(7) Jugend- und Schulveranstaltungen sowie die sportliche Nutzung durch Vereine, welche Mitglied im Stadtsportbund der Stadt Emmerich am Rhein sind, sind entgeltfrei.

§ 3
Mitwirkungspflicht der Nutzer

1) Zwischen der Stadt Emmerich am Rhein und dem jeweiligen Nutzer wird, wie in § 5 näher beschrieben, ein Nutzungsvertrag geschlossen. Dabei teilen die Nutzer bei Abschluss des Nutzungsvertrages der Stadt Emmerich am Rhein über den Stadtsportbund Emmerich mit, ob die Belegung mit Erwachsenen oder Jugendlichen erfolgt.

(2) Änderungen der Belegung sind der Stadt Emmerich am Rhein unverzüglich mitzuteilen.

(3) Ein Verstoß gegen die Mitwirkungspflichten oder die Weitergabe unrichtiger Angaben können zu einem befristeten oder unbefristeten Ausschluss der Nutzung führen.

§ 4
Zahlungspflicht – Fälligkeit der Zahlung

~~(1) Die Zahlungspflicht entsteht am dem 1. Januar 2018~~
(2) Abrechnungszeitraum ist das Kalenderjahr

(3) Stichtag für die Berechnung der Nutzungsentgelte ist der 1. Januar eines jeden Jahres.

(4) Das Entgelt wird zu Beginn eines jeden Jahres in Rechnung gestellt und ist jeweils am 15.07. und 15.12. anteilig fällig.

§ 5
Benutzungsvertrag

Das Benutzungsverhältnis wird durch den Abschluss eines privatrechtlichen Vertrages (Benutzungsvertrag) begründet. Eine Verpflichtung der Stadt Emmerich am Rhein zum Abschluss eines Benutzungsvertrages besteht nicht. Diese Entgeltordnung ist Bestandteil des Benutzungsvertrages.

§ 6
Inkrafttreten

Diese Entgeltordnung tritt rückwirkend zum 01.01.2018 in Kraft

(8) Das Benutzungsverhältnis wird durch den Abschluss eines privatrechtlichen Vertrages (Benutzungsvertrag) begründet. Eine Verpflichtung der Stadt Emmerich am Rhein zum Abschluss eines Benutzungsvertrages besteht nicht.
Bei Abschluss des Nutzungsvertrages teilen die Nutzer der Stadt Emmerich am Rhein über den Stadtsportbund Emmerich mit, ob die Belegung mit Erwachsenen oder Jugendlichen erfolgt.

(9) Änderungen der Belegung sind der Stadt Emmerich am Rhein unverzüglich mitzuteilen.

(10) Ein Verstoß gegen die Mitwirkungspflichten oder die Weitergabe unrichtiger Angaben können zu einem befristeten oder unbefristeten Ausschluss der Nutzung führen.

(1) Abrechnungszeitraum ist das Kalenderjahr

(2) Stichtag für die Berechnung der Nutzungsentgelte ist der 1. Januar eines jeden Jahres.

(3) Das Entgelt wird zu Beginn eines jeden Jahres in Rechnung gestellt und ist jeweils am 15.07. und 15.12. anteilig fällig.

§ 4
Besondere Benutzungshinweise

(1) Sportstätten werden nur auf Antrag überlassen. Dieser ist an den Stadtsportbund
(in der Regel schriftlich) zu richten.

(2) Fußball ~~(in der Halle) wird~~ in der Regel nur von Oktober bis März (einschließlich) zugelassen.

(3) Eine Nichtinanspruchnahme der Halle (einmalig) ist dem zuständigen Hausmeister oder Hallenwart so frühzeitig mitzuteilen, dass eine Aktivierung der Halle unterbleiben kann. Eine längerfristige Unterbrechung der vereinbarten Hallennutzung ist dem Stadtsportbund schriftlich frühzeitig mitzuteilen. Eine wiederholte Unterlassung dieser Regel zieht den Entzug der Nutzungsgenehmigung nach sich.

(4) Die Belegungspläne für die einzelnen Hallen werden vom Stadtsportbund geführt.
Dieser beruft auch regelmäßig Terminabspracheversammlungen ein, in denen mit den betroffenen Vereinen die Termine für Meisterschaftsspiele usw. möglichst einvernehmlich abgesprochen werden.

(5) Lärmen ist auf dem Gelände zu unterlassen. Das gilt auch für vermeidbare Geräusche bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen.
Fahrzeuge aller Art dürfen nur auf den hierfür vorgesehenen Plätzen abgestellt werden.

(6) Musikübungen in den Turnhallen dürfen nur bei geschlossenen Fenstern und Türen stattfinden.

(7) Die Turnhallen (gemeint ist der für den Sport vorgesehene Boden) dürfen nur mit Turnschuhen betreten werden, die ausschließlich für den Hallensport geeignet sind und auch nur dafür benutzt werden. Sollte der Hallenboden in Ausnahmefällen für Zuschauer mit ungeeignetem Schuhwerk freigegeben werden, muss der Veranstalter dafür Sorge tragen, dass der Boden wirksam abgedeckt wird.

(8) Das Rauchen und

§ 4

(1) Sportstätten werden nur auf Antrag überlassen. Dieser ist an den Stadtsportbund und der Stadt Emmerich am Rhein (Fachbereich 4 Jugend-Schule-Sport) in der Regel schriftlich zu richten.

(2) In der Halle wird das Fußballspielen ~~(in der Halle)~~ in der Regel nur von Oktober bis März (einschließlich) zugelassen.

(3) Eine Nichtinanspruchnahme der Halle (einmalig) ist dem zuständigen Hausmeister oder Hallenwart so frühzeitig mitzuteilen, dass eine Aktivierung der Halle unterbleiben kann. Eine längerfristige Unterbrechung der vereinbarten Hallennutzung ist dem Stadtsportbund schriftlich frühzeitig mitzuteilen. Eine wiederholte Unterlassung dieser Regel zieht den Entzug der Nutzungsgenehmigung nach sich.

(4) Die Belegungspläne für die einzelnen Hallen werden vom Stadtsportbund geführt.
Dieser beruft auch regelmäßig Terminabspracheversammlungen ein, in denen mit den betroffenen Vereinen die Termine für Meisterschaftsspiele usw. möglichsteinvernehmlich abgesprochen werden.

(5) Lärmen ist auf dem Gelände zu unterlassen. Das gilt auch für vermeidbare Geräusche bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen.
Fahrzeuge aller Art dürfen nur auf den hierfür vorgesehenen Plätzen abgestellt werden.

(6) Musikübungen in den Sporthallen dürfen nur bei geschlossenen Fenstern und Türen stattfinden.

(7) Die Sporthallen (gemeint ist der für den Sport vorgesehene Boden) dürfen nur mit Turnschuhen betreten werden, die ausschließlich für den Hallensport geeignet sind und auch nur dafür benutzt werden. Sollte der Hallenboden in Ausnahmefällen für Zuschauer mit ungeeignetem Schuhwerk freigegeben werden, müssen die Veranstalter dafür Sorge tragen, dass der Boden wirksam abgedeckt wird.

(8) Das Rauchen ist in allen Räumlichkeiten und auf dem Schulgelände untersagt.

(9) das Zurücklassen von Essens- und Getränkerückständen ist in allen Räumlichkeiten nicht erlaubt. Die Entsorgung des anfallenden Mülles ist vom Veranstalter zu organisieren, bzw. mit der Schulleitung zu vereinbaren.
Speisen und Getränke dürfen nicht zu Erwerbszwecken abgegeben werden.
Ausnahmen können nur vom Stadtsportbund einvernehmlich mit der zuständigen Schulleitung zugestanden werden.
Sofern in diesen Fällen ordnungsbehördliche Genehmigungen erforderlich werden, sind diese von den Veranstaltern zu beantragen.

(10) Eine Kündigung der vereinbarten Nutzungsvereinbarung durch den Stadtsportbund kann erfolgen, wenn:
- der Benutzer wiederholt gegen die Bestimmungen der Satzung verstoßen hat
- zahlungspflichtige Benutzer mit den Zahlungen in Rückstand sind,
- wenn ein dringendes öffentliches Interesse oder besondere unvorhergesehene Verhältnisse dies erforderlich machen.

§ 5
Aufsicht

(1) Die Benutzung der Hallen darf nur unter Aufsicht eines geeigneten Übungsleiters zumindest eines Erwachsenen (Mindestalter 18 Jahre) erfolgen. Dieser hat sich vor und nach der Nutzung davon zu überzeugen, dass die Sportstätte ordnungsgemäß übernommen bzw. hinterlassen wurde und ist ebenso für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlich.

(2) Er ist auch verantwortlich dafür, dass die Räumlichkeiten und Sportgeräte vor der Benutzung auf ihre Sicherheit überprüft werden. Schadhafte Geräte dürfen nicht benutzt werden.
Mängel oder Schäden sind unverzüglich dem zuständigen Hausmeister oder Hallenwart anzuzeigen. Beanstandungen nimmt auch der Stadtsportbund entgegen.

(9) Das Zurücklassen von Essens- und Getränkerück-ständen ist in allen Räumlichkeiten nicht erlaubt. Die Entsorgung des anfallenden Mülles ist durch den Veranstalter zu organisieren, bzw. mit der Schulleitung zu vereinbaren.
Speisen und Getränke dürfen nicht zu Erwerbszwecken abgegeben werden.
Ausnahmen können nur vom Stadtsportbund einvernehmlich mit der zuständigen Schulleitung zugestanden werden.
Sofern in diesen Fällen ordnungsbehördliche Genehmigungen erforderlich werden, sind diese durch den Veranstalter zu beantragen.

(10) Eine Kündigung der vereinbarten Nutzungsvereinbarung durch den Stadtsportbund kann erfolgen, wenn:
- Nutzer wiederholt gegen die Bestimmungen der Satzung verstoßen,
- zahlungspflichtige Nutzer mit den Zahlungen in Rückstand sind,
- wenn ein dringendes öffentliches Interesse oder besondere unvorhergesehene Verhältnisse dies erforderlich machen.

§ 5

(1) Die Benutzung der Hallen darf nur unter Aufsicht eines geeigneten Übungsleiters, zumindest einer erwachsenen Person (Mindestalter 18 Jahre) erfolgen. Diese Aufsichtsperson hat sich vor und nach der Nutzung davon zu überzeugen, dass die Sportstätte ordnungsgemäß übernommen bzw.
hinterlassen wurde und ist ebenso für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlich.

(2) Die Aufsichtsperson ist auch verantwortlich dafür, dass die Räumlichkeiten und Sportgeräte vor der Benutzung auf ihre Sicherheit überprüft werden. Schadhafte Geräte dürfen nicht benutzt werden.
Mängel oder Schäden sind unverzüglich dem zuständigen Hausmeister oder Hallenwart anzuzeigen. Beanstandungen nimmt auch der Stadtsportbund entgegen.

(3) Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass in einem Notfall der Übungsleiter in die Lage versetzt wird, schnell Hilfe herbeizurufen. Dies ist z. B. durch ein Telefon, welches auf jeden Fall den Notruf zulässt und durch ein gutes vernehmbares Signal zu gewährleisten.

§ 6
Werbung

(1) Werbung ist nach Absprache mit der Schulleitung und dem Stadtsportbund möglich.
Nicht zulässig ist die Werbung für alkohol- und nikotinhaltige Produkte.
Die Erlöse aus der Werbung sollen sowohl der Schule, als auch dem Sport zugutekommen.

(2) Bekanntmachungen und Hinweise auf Veranstaltungen müssen eindeutig den Veranstalter erkennen lassen.

§ 7
Schadenersatz- Haftung

(1) Der Veranstalter bzw. Antragsteller haftet für alle aus Anlass der Benutzung entstandenen Schäden.
Ausgenommen sind Schäden, die auf Abnutzung oder Materialfehler zurückzuführen sind und trotz des ordnungsgemäßen Gebrauchs der Geräte und Einrichtungen eintreten. Der Veranstalter bzw. Antragsteller – mit Ausnahme der städtischen Schulen- hat für eine ausreichende Haftpflichtversicherung aller ihm zuzurechnenden Teilnehmer zu sorgen. Alle dem Stadtsportbund angehörenden Sportvereine sind bereits auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum Landessportbund durch die Sporthilfe entsprechend versichert.

(3) Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass in einem Notfall die Aufsichtsperson in die Lage versetzt wird, schnell Hilfe herbeizurufen. Dies ist z. B. durch ein Telefon, welches auf jeden Fall den Notruf zulässt und durch ein gutes vernehmbares Signal zu gewährleisten.

§ 6

(1) Werbung ist nach Absprache mit der Schulleitung und dem Stadtsportbund möglich.
Nicht zulässig ist die Werbung für alkohol- und nikotinhaltige Produkte.
Die Erlöse aus der Werbung sollen sowohl der Schule, als auch dem Sport zugutekommen.

(2) Bekanntmachungen und Hinweise auf Veranstaltungen müssen eindeutig den Veranstalter erkennen lassen.

§ 7

(1) Der Veranstalter bzw. Antragsteller haftet für alle aus Anlass der Benutzung entstandenen Schäden.
Ausgenommen sind Schäden, die auf Abnutzung oder Materialfehler zurückzuführen sind und trotz des ordnungsgemäßen Gebrauchs der Geräte und Einrichtungen eintreten. Der Veranstalter bzw. Antragsteller – mit Ausnahme der städtischen Schulen- hat für eine ausreichende Haftpflichtversicherung aller ihm zuzurechnenden Teilnehmer zu sorgen. Alle dem Stadtsportbund angehörenden Sportvereine sind bereits auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum Landessportbund durch die Sporthilfe entsprechend versichert.

(2) Eine Haftung der Stadt Emmerich sowie ihrer Bediensteten und Beauftragten für Schäden irgendwelcher Art, die den Veranstaltern, ~~ihren Mitgliedern~~ oder Benutzern aus Anlass der Benutzung erwachsen, wird ausgeschlossen.
Eine Haftung entfällt ebenfalls bei Verlust oder Beschädigung persönlichen Eigentums des genannten Personenkreises. Dies gilt auch bei der von der Stadt Emmerich am Rhein zu vertretenden Verletzung ihrer Verkehrssicherungspflicht, sofern nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen wird.
Auf Haftungsausschluss sollte der Veranstalter im Interesse aller Teilnehmer hinweisen.

(3) Der Veranstalter bzw. Antragsteller ist verpflichtet, die Stadt und auch den Stadtsportbund von Ansprüchen frei zu halten, die Dritte im Zusammenhang mit der Überlassung der Sportstätte und der dazugehörigen Einrichtungen und Geräte mittelbar oder unmittelbar gegen die Stadt oder den Stadtsportbund geltend machen. Ausgenommen sind Schäden, die auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind.

§ 8
Gegenstände der Veranstalter bzw. Benutzer

(1) Vereinseigene Gegenstände und Geräte dürfen nur mit Einvernehmen der Schulleitung eingebracht und verwahrt werden. Sie sind so unterzubringen, dass sie den Sportbetrieb der Schule nicht stören oder gefährden. Schäden und Mängel an vereinseigenen Geräten und Einrichtungen sind unverzüglich abzustellen.
Ersatzansprüche wegen Beschädigung werden ausgeschlossen.

(2) Schulsportgeräte dürfen nur mit Zustimmung der Schulleitung von der Sportstätte entfernt werden und sind nach dem Gebrauch wieder an die für sie bestimmten Plätze zu schaffen. Sperrige und große Schulsportgeräte sind entsprechend den Gebrauchsanweisungen zu sichern.

(3) Die Schulsportgeräte dürfen von den Sportvereinen zu dem dafür jeweils vorgesehenen Zweck benutzt werden.

(2) Eine Haftung der Stadt Emmerich sowie ihrer Bediensteten und Beauftragten für Schäden irgendwelcher Art, die den Veranstalter, oder Nutzer aus Anlass der Benutzung erwachsen, wird ausgeschlossen.
Eine Haftung entfällt ebenfalls bei Verlust oder Beschädigung persönlichen Eigentums des genannten Personenkreises. Dies gilt auch bei der von der Stadt Emmerich am Rhein zu vertretenden Verletzung ihrer Verkehrssicherungspflicht, sofern nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen wird.
Auf Haftungsausschluss sollte der Veranstalter im Interesse aller Teilnehmer hinweisen.

(3) Der Veranstalter bzw. Antragsteller ist verpflichtet, die Stadt und auch den Stadtsportbund von Ansprüchen frei zu halten, die Dritte im Zusammenhang mit der Überlassung der Sportstätte und der dazugehörigen Einrichtungen und Geräte mittelbar oder unmittelbar gegen die Stadt oder den Stadtsportbund geltend machen. Ausgenommen sind Schäden, die auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind.

§ 8

(1) Vereinseigene Gegenstände und Geräte dürfen nur mit Einvernehmen der Schulleitung eingebracht und verwahrt werden. Sie sind so unterzubringen, dass sie den Sportbetrieb der Schule nicht stören oder gefährden. Schäden und Mängel an vereinseigenen Geräten und Einrichtungen sind unverzüglich abzustellen.
Ersatzansprüche wegen Beschädigung werden ausgeschlossen.

(2) Schulsportgeräte dürfen nur mit Zustimmung der Schulleitung von der Sportstätte entfernt werden und sind nach dem Gebrauch wieder an die für sie bestimmten Plätze zu schaffen. Sperrige und große Schulsportgeräte sind entsprechend den Gebrauchsanweisungen zu sichern.

(3) Die Schulsportgeräte dürfen von den Sportvereinen zu dem dafür jeweils vorgesehenen Zweck benutzt werden.

§ 9
Fundsachen

Fundsachen sind unverzüglich beim Schulhausmeister bzw. dem Hallenwart abzugeben.
Ihre weitere Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 10
Hausrecht

(1) Den Schulleitungen und deren Beauftragten, den Beauftragten der Stadtverwaltung sowie Vertretern des Stadtsportbundes Emmerich ist jederzeit Zutritt zu der Sportstätte zu gewähren.

(2) Die Schulleitung und die Stadt Emmerich am Rhein übt in der Sportstätte und allen Nebeneinrichtungen das Hausrecht aus. Sie ist berechtigt, bei groben und wiederholten Verstößen gegen die Satzung einzelne Personen von der weiteren Nutzung auszuschließen und vom Grundstück zu verweisen oder in besonders schweren Fällen die weitere Nutzung am gleichen Tag zu untersagen.
Die Schulleitung informiert über diesen Sachverhalt unverzüglich den Bürgermeister bzw. den zuständigen Fachbereich, der sich anschließend in Absprache mit dem Stadtsportbund eine Entscheidung über die weitere Benutzung vorbehält.

(3) Bei Abwesenheit der Schulleitung übt eine von ihr mit der Vertretung beauftragte Lehrkraft, ansonsten der Hausmeister, Hallenwart oder ein anderer Beauftragter der Stadt Emmerich das Hausrecht aus.

§ 11
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2004 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung vom 01.01.1992 außer Kraft.

§ 9

Fundsachen sind unverzüglich bei dem Hausmeister bzw. dem Hallenwart abzugeben.
Ihre weitere Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 10

(1) Den Schulleitungen und deren Beauftragten, Beauftragte der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein sowie Vertretern des Stadtsportbundes Emmerich ist jederzeit Zutritt zu der Sportstätte zu gewähren.

(2) Die Schulleitung und die Stadt Emmerich am Rhein übt in der Sportstätte und allen Nebeneinrichtungen das Hausrecht aus. Sie ist berechtigt, bei groben und wiederholten Verstößen gegen die Satzung einzelne Personen von der weiteren Nutzung auszuschließen und vom Grundstück zu verweisen oder in besonders schweren Fällen die weitere Nutzung am gleichen Tag zu untersagen.
Die Schulleitung informiert über diesen Sachverhalt unverzüglich den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin bzw. den zuständigen Fachbereich, der sich anschließend in Absprache mit dem Stadtsportbund eine Entscheidung über die weitere Benutzung vorbehält.

(3) Bei Abwesenheit der Schulleitung übt eine von ihr mit der Vertretung beauftragte Lehrkraft, ansonsten der Hausmeister, Hallenwart oder eine andere beauftragte Person der Stadt Emmerich am Rhein das Hausrecht aus.

§ 11
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.
Gleichzeitig treten die Satzung für die Überlassung und Benutzung der städtischen Turnhallen in der Stadt Emmerich am Rhein vom 01.01.2004 und die Entgeltordnung für die Turnhallen der Stadt Emmerich am Rhein vom 11.04.2018 außer Kraft.

Entgelttarif zur Entgeltordnung für die Turnhallen der Stadt Emmerich am Rhein

1. Vereine, welche Mitglied im Stadtsportbund der Stadt Emmerich am Rhein sind zahlen für die sportliche Nutzung der Turnhalle kein Entgelt.

2. Nutzungsentgelte
   Volkshochschule und Haus der Familie

2.1 Einfachturnhalle	5,00 €/Stunde
2.2 Zweifachturnhalle	5,00 €/Stunde
2.3 Dreifachturnhalle	5,00 €/Stunde

   Das Nutzungsentgelt bezieht sich auf die Sportfläche und die dazugehörige Umkleide-, Wasch- und Duschräume.

3. Nutzungsentgelte für sonstige Sportvereine, Betriebssportgemeinschaften und sonstige private Vereinigungen oder nicht organisierte Personengruppen

3.1 Einfachturnhalle	20,00 €/Stunde
3.2 Zweifachturnhalle	40,00 €/Stunde
3.3 Dreifachturnhalle	60,00 €/Stunde

   Das Nutzungsentgelt bezieht sich auf die Sportfläche und die dazugehörigen Umkleide-, Wasch- und Duschräume.

Anlage

Entgelttarif für die Überlassung und Benutzung der städtischen Sporthallen der Stadt Emmerich am Rhein

1. Vereine, welche Mitglied im Stadtsportbund der Stadt Emmerich am Rhein sind zahlen für die sportliche Nutzung der Sporthalle kein Entgelt.

2. Nutzungsentgelte für Bildungseinrichtungen
   (z. B Volkshochschule und Haus der Familie)

2.1 Einfachturnhalle	5,00 €/Stunde
2.2 Zweifachturnhalle	5,00 €/Stunde
2.3 Dreifachturnhalle	5,00 €/Stunde

   Das Nutzungsentgelt bezieht sich auf die Sporthalle mit der dazugehörigen Umkleide- und Sanitärräumen.

3. Nutzungsentgelte für sonstige Sportvereine, Betriebssportgemeinschaften und sonstige private Vereinigungen oder nicht organisierte Personengruppen zzgl. der geltenden Umsatzsteuer (z.Zt. 19%)

3.1 Einfachturnhalle	20,00 €/Stunde
3.2 Zweifachturnhalle	40,00 €/Stunde
3.3 Dreifachturnhalle	60,00 €/Stunde

   Das Nutzungsentgelt bezieht sich auf die Sporthalle
   mit den dazugehörigen Umkleide-, und Sanitärräumen.

   Die Entgelte erhöhen sich um die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer (z.Zt. 19%)

Ö 28

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**03 - 17 0866/2022**	**24.11.2022**

Betreff

Benutzungsordnung für die Benutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Rechnungsprüfungsausschuss	06.12.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Benutzungsordnung für die Benutzung von städtischen Schulräumen- und Einrichtungen in der Stadt Emmerich am Rhein (Anlage 1).

Sachdarstellung :

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein hat am 21. Oktober 1980 die Benutzungsordnung für die Benutzung von Schulräumen- und Einrichtungen in der Stadt Emmerich am Rhein beschlossen.

Durch die Neuordnung der Emmericher Schullandschaft sind die Städt. Realschule und die Europa-Hauptschule zwischenzeitlich ausgelaufen und die Gesamtschule Emmerich am Rhein an den drei Standorten Grollscher Weg, Paaltjessteege und Brink etabliert worden. Zum einen machen die geänderten Bezeichnungen der Schulen bzw. der Schulstandorte und anderen die Änderung des § 2b UStG (Umsatzsteuergesetz), nach der die Stadt Emmerich am Rhein grundsätzlich als Unternehmer anzusehen ist, wenn sie „selbstständig“ eine nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen ausüben (wirtschaftliche Tätigkeit), eine Neufassung der Satzung erforderlich.

Als Anlage 2 wird der Vorlage eine Synopse der alten und neuen Satzung beigefügt. Die in dieser Synopse ”grün” gedruckten Textpassagen kennzeichnen redaktionelle Änderungen. Die ”rot” gekennzeichneten Änderungen ergeben sich aufgrund der geänderten Schullandschaft (Um- und Neubau sowie Benennung) sowie veränderter gesetzlicher Anforderungen und Grundlagen.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
03 - 17 0866/2022 _ A 1 _ Benutzungsordnung Schulräume und -einrichtungen
03 - 17 0866/2022 _ A 2 _ Synopse - Benutzungsordnung Schulräume und -einrichtungen

BENUTZUNGSORDNUNG

für die Nutzung von Schulräumen- und-Einrichtungen der

Stadt Emmerich am Rhein vom _____

Aufgrund §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in Kraft getreten am 26. April 2022, hat der Rat in seiner Sitzung am _____ folgende Benutzungsordnung für die Nutzung von Schulräumen- und Einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein vom _____ beschlossen:

§ 1

(1) Die städt. Schulräume- und Einrichtungen können Interessenten für

a) volksbildende Veranstaltungen
b) schulische Veranstaltungen
c) kulturelle Veranstaltungen und
d) sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse

überlassen werden.

Die Zweckbestimmung dieser Räume darf hierdurch nicht beeinträchtigt und der Schulunterricht nicht gestört werden.
Die Veranstaltungen müssen nach Größe, Art, Bedeutung und Besucherzahl auf die Ausstattung der Schulräume abgestimmt sein.
Für die Durchführung von Veranstaltungen durch politische Parteien, politische Vereinigungen und sonstige politische Gruppierungen oder politisch tätige Einzelpersonen werden diese Einrichtungen nicht zur Verfügung gestellt.

(2) Für Veranstaltungen zu Erwerbszwecken können Schulräume- und Einrichtungen an Einzelpersonen überlassen werden. Hierüber wird im Einzelfall entschieden.

(3) Für die Nutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher-Weg (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege und der Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink in der Stadt Emmerich am Rhein besteht eine eigene Benutzungsordnung.

(4) Für die außerschulische Benutzung von Schulsporthallen und Geräten besteht eine eigene Benutzungsordnung

§ 2

Die Schulräume- und-Einrichtungen stehen montags bis freitags außerhalb der Unterrichtszeiten längstens bis 22.00 Uhr zur Verfügung. Sie können auch über 22.00 Uhr hinaus sowie sonnabends, an Sonn- und Feiertagen und in den Ferien zur Benutzung überlassen werden, soweit es die betrieblichen und personellen Verhältnisse zulassen.
Veranstaltungen sind so rechtzeitig zu beenden, dass die Räume mit Ablauf der Benutzungszeit geräumt sind.

§ 3

(1) Die Benutzung der Schulräume sowie der darin vorhandenen Einrichtungen und Geräte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin.
Voraussetzung hierfür ist, dass die Benutzung spätestens zwei Wochen vor dem beabsichtigten Termin schriftlich beantragt wird.

(2) Die Entscheidung über die Überlassung und Benutzung von Schulräumen trifft der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin im Einvernehmen mit der Schulleitung. Die Genehmigung kann unter Auflagen erfolgen, wenn dies erforderlich ist.

(3) Der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin kann den Nutzern andere als die beantragten Räume zur Verfügung stellen, wenn dies aus Gründen einer zusammengefassten außerschulischen Nutzung und der Kostenersparnis sinnvoll erscheint.

§ 4

(1) Die zweckentsprechende Benutzung der städtischen Schulräume- und Einrichtungen ist für alle in der Trägerschaft der Stadt Emmerich am Rhein stehenden Schulen und Einrichtungen unentgeltlich. Hierunter gehören ebenfalls volksbildende, kulturelle und sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse (u.a. Volkshochschule u.a.).

(2) Sofern Eintrittsgelder zu Veranstaltungen von den in Abs. 1 genannten Nutzern erhoben werden, ist das festgesetzte Benutzungsentgelt zu zahlen.

(3) Für Veranstaltungen zu Erwerbszwecken ist das festgesetzte Benutzungsentgelt, zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer, zu zahlen. Veranstaltungen von Einzelpersonen, die keine zweckentsprechende Nutzung beinhalten, haben ebenfalls das Benutzungsentgelt, zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer, zu entrichten.

(4) Das Benutzungsentgelt für andere als in § 1 Abs. 1 genannte Nutzer wird in einem der Benutzungsordnung als Anlage beigefügten Entgelttarif festgelegt.

(5) Die Heizperiode beginnt am 01.10. und endet am 31.03.

§ 5

(1) Zur Zahlung des Entgeltes sind diejenigen verpflichtet, die die Nutzung beantragt haben.

(2) Das Benutzungsentgelt ist vor Beginn der Veranstaltung oder Nutzung fällig. Verwaltungsseitig wird den Nutzern eine Rechnung mit Angabe der Zahlungsfrist erteilt. Das Benutzungsentgelt ist an die Stadt Emmerich am Rhein zu entrichten.

§ 6

(1) Die Nutzung ist nur für den genehmigten Zweck und nur während der genehmigten Zeit gestattet.

(2) Soweit städtische Belange es erfordern, kann der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin die Genehmigung widerrufen. Für finanzielle Einbußen, die den Nutzern durch den Widerruf entstehen, haftet die Stadt Emmerich am Rhein nicht.

(3) Ein laufendes Benutzungsverhältnis kann zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt werden, wenn dafür ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht, oder die Nutzer des Schulraumes- oder der Einrichtung in grober Weise gegen diese Bestimmungen, die Bestandteil der Genehmigung sind, verstoßen.

§ 7

Das für die Durchführung von Veranstaltungen benötigte Hilfspersonal (Kasse, Platzanweisung, Garderobenbedienung, Aufsicht usw.) wird grundsätzlich vom Veranstaltenden gestellt und vergütet. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Regelung

§ 8

(1) Gebäude und Anlagen der Schulen einschließlich der Zugangswege zu den Schulräumen sowie die vorhandenen Einrichtungen und Geräte des Schulraumes sind schonend und sachgemäß zu behandeln bzw. zu benutzen.

Lärmen ist auf dem Schulgelände zu unterlassen. Das gilt auch für vermeidbare Geräusche bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen. Fahrzeuge dürfen nur auf den hierzu vorgesehenen Plätzen abgestellt werden.

(2) Alle Veranstalter haben die Pflicht, für Sauberkeit und Ordnung zu sorgen.

(3) Das Rauchen in den Schulräumen und auf dem Schulgelände ist untersagt.

(4) Speisen und nichtalkoholische Getränke dürfen nur im Benehmen mit der Schulleitung in den dafür vorgesehenen Räumen angeboten werden.

(5) Werbung jeglicher Art auf dem Schulgelände einschließlich der Schulgebäude ist verboten. Das Anschlagen von Bekanntmachungen und das Einschlagen von Nägeln und Haken ist nicht gestattet. Über Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin im Benehmen mit der Schulleitung.

(6) Jede Ausschmückung von Räumen bedarf der Genehmigung; der Schmuck ist nach Beendigung der Veranstaltung unverzüglich und ohne Rückstände zu entfernen

§ 9

(1) Eine Zerstörung oder Beschädigung der städtischen Anlagen, Einrichtungen und Geräte verpflichtet zum Ersatz des entstandenen Schadens und zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes durch den Veranstalter. Bei Schäden, die während der Nutzung durch die in § 1 (1) umschriebenen Nutzer entstanden sind, wird vermutet, dass diese Schäden durch die jeweiligen Nutzer verursacht und verschuldet wurden.

(2) Eine Haftung der Stadt Emmerich am Rhein sowie ihrer Bediensteten für Schäden irgendwelcher Art, die von den Veranstaltern und Nutzern aus Anlass der Benutzung erwachsen, ist ausgeschlossen. Die Stadt Emmerich am Rhein haftet ferner nicht, wenn Garderobe, Fahrräder, Motorfahrzeuge und sonstige Gegenstände abhandenkommen oder beschädigt werden.

(3) Die Veranstalter sind verpflichtet, die Stadt Emmerich am Rhein von etwaigen Ansprüchen freizuhalten, die Dritte im Zusammenhang mit der Überlassung der Räume und der dazu gehörenden Sondereinrichtungen und Geräte mittelbar oder unmittelbar gegen die Stadt geltend machen.

§ 10

Gegenstände dürfen von den Veranstaltern nur im Einvernehmen mit der Schulleitung in das Schulgebäude eingebracht werden und dort verwahrt werden. Die Gegenstände sind so unterzubringen, dass sie den Schulbetrieb nicht stören oder gefährden. Für den verkehrssicheren Zustand der Gegenstände sind allein die Veranstalter verantwortlich. Ersatzansprüche wegen Beschädigung dieser Gegenstände sind ausgeschlossen.

§ 11

Fundsachen sind unverzüglich dem Schulhausmeister zu übergeben. Ihre weitere Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen des BGB.

§ 12

(1) Vertretern der Stadt Emmerich am Rhein, der Schulleitung und deren beauftragten Personen ist jederzeit Zutritt zu gewähren.

(2) Die Schulleitung übt in den Schulräumen und auf dem Schulgrundstück das Hausrecht aus. Sie ist berechtigt, bei groben und wiederholten Verstößen gegen diese Benutzungsordnung einzelne Personen von der Veranstaltung auszuschließen und vom Grundstück zu verweisen oder in besonders schweren Fällen die weitere Durchführung der Veranstaltung am Benutzungstage zu untersagen.

(3) Bei Abwesenheit der Schulleitung übt eine von dieser mit ihrer Vertretung beauftragte Lehrkraft, sonst der Hausmeister oder eine andere beauftragte Person das Hausrecht aus.

§ 13

Diese Benutzungsordnung tritt am 01.01.2023 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Benutzungsordnung für die Benutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein vom 05. November 1980 außer Kraft

Anlage Benutzungsentgelttarife

zur Benutzungsordnung für die Benutzung von Schulräumen- und Einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein

Die Benutzungsgebühr beträgt für Schulräume- und Einrichtungen:

1. Normalklassen oder Gruppenräume

a) während der Heizperiode je angefangene Stunde	17,50 Euro
b) außerhalb der Heizperiode je angefangene Stunde	12,50 Euro

2. Sonderräume, einschl. Einrichtung (Sprachlabor, Werkstätten, Küchen u.a.)

a) während der Heizperiode je angefangene Stunde	25,00 Euro
b) außerhalb der Heizperiode je angefangene Stunde	20,00 Euro

Synopse:

Benutzungsordnung für die Nutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein

BENUTZUNGSORDNUNG

für die Benutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein vom 05. November 1980

Der Rat der Stadt Emmerich hat am 21. Okt. 1980 aufgrund der §§ 4 und 18 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV NW S. 594) folgende Benutzungsordnung beschlossen:

§ 1
Allgemeines

(1) Die städt. Schulräume und -einrichtungen können Interessenten für
a) volksbildende Veranstaltungen
b) schulische Veranstaltungen
c) kulturelle Veranstaltungen und
d) sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse

überlassen werden. Die Zweckbestimmung dieser Räume darf hierdurch nicht beeinträchtigt und der Schulunterricht nicht gestört werden.
Die Veranstaltungen müssen nach Größe, Art, Bedeutung und Besucherzahl auf die Ausstattung der Schulräume abgestimmt sein.
Für die Durchführung von Veranstaltungen durch politische Parteien, politische[2)] Vereinigungen und sonstige politische Gruppierungen oder politisch tätige Einzelpersonen werden diese Einrichtungen nicht zur Verfügung gestellt.

(2) Für Veranstaltungen zu Erwerbszwecken können Schulräume und -einrichtungen an Einzelpersonen überlassen werden.

BENUTZUNGSORDNUNG

für die Benutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein vom _____

Aufgrund §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in Kraft getreten am 26. April 2022, hat der Rat in seiner Sitzung am _____ folgende Benutzungsordnung für die Nutzung von Schulräumen- und Einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein vom _____ beschlossen:

§ 1

(1) Die städt. Schulräume und -einrichtungen können Interessenten für
a) volksbildende Veranstaltungen
b) schulische Veranstaltungen
c) kulturelle Veranstaltungen und
d) sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse

überlassen werden. Die Zweckbestimmung dieser Räume darf hierdurch nicht beeinträchtigt und der Schulunterricht nicht gestört werden.
Die Veranstaltungen müssen nach Größe, Art, Bedeutung und Besucherzahl auf die Ausstattung der Schulräume abgestimmt sein.
Für die Durchführung von Veranstaltungen durch politische Parteien, politische Vereinigungen und sonstige politische Gruppierungen oder politisch tätige Einzelpersonen werden diese Einrichtungen nicht zur Verfügung gestellt.

(2) Für Veranstaltungen zu Erwerbszwecken können Schulräume und -einrichtungen an Einzelpersonen überlassen werden.

Hierüber wird im Einzelfall entschieden.

[2)] § 1 Abs. 1 i. d. F. d. 2. Änderung vom 20.07.2017;
in Kraft getreten am Tage nach der Bekanntmachung (04.08.2017)

(3) Für die Aula der Städt. Realschule -Stadttheater-, das Pädag. Zentrum (PZ) des städt. Willibrord-Gymnasiums sowie die Aula der Europa-Hauptschule

besteht eine eigene Benutzungsordnung.

(4) Für die außerschulische Benutzung von Schulturnhallen und Geräten besteht eine eigene Benutzungsordnung

§ 2
Benutzungszeiten

Die Schulräume und -einrichtungen stehen montags bis freitags außerhalb der Unterrichtszeiten längstens bis 22.00 Uhr zur Verfügung. Sie können auch über 22.00 Uhr hinaus sowie sonnabends, an Sonn- und Feiertagen und in den Ferien zur Benutzung überlassen werden, soweit es die betrieblichen und personellen Verhältnisse zulassen.
Veranstaltungen sind so rechtzeitig zu beenden, dass die Räume mit Ablauf der Benutzungszeit geräumt sind.

Hierüber wird im Einzelfall entschieden.

(3) Für Nutzung der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Grollscher-Weg (Stadttheater), des Pädagogischen Zentrums (PZ) des Willibrord-Gymnasiums sowie der Aula der Gesamtschule am Schulstandort Paaltjessteege und die Mensa der Gesamtschule am Schulstandort Brink
besteht eine eigene Benutzungsordnung.

(4) Für die außerschulische Benutzung von Schulsporthallen und sonstigen städtischen Sporthallen und Geräten besteht eine eigene Benutzungsordnung

§ 2

Die Schulräume- und Einrichtungen stehen montags bis freitags außerhalb der Unterrichtszeiten längstens bis 22.00 Uhr zur Verfügung. Sie können auch über 22.00 Uhr hinaus sowie sonnabends und an Sonn- und Feiertagen und in den Ferien zur Benutzung überlassen werden, soweit es die betrieblichen und personellen Verhältnisse zulassen.
Veranstaltungen sind so rechtzeitig zu beenden, dass die Räume mit Ablauf der Benutzungszeit geräumt sind.

§ 3
Verfahren

(1) Die Benutzung der Schulräume sowie der darin vorhanden Einrichtungen und [1)]Geräte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters
Voraussetzung hierfür ist, dass die Benutzung spätestens 2 Wochen vor dem beabsichtigten Termin schriftlich beantragt wird.

(2) Die Entscheidung über die Überlassung und Benutzung von Schulräumen trifft [1)] der Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Schulleiter. Die Genehmigung kann unter Auflagen erfolgen, wenn dies erforderlich ist.

(3) Der Bürgermeister kann den Benutzern andere als die beantragten Räume zur[1)] Verfügung stellen, wenn dies aus Gründen einer zusammengefassten außerschulischen Nutzung und der Kostenersparnis sinnvoll erscheint.

§ 4
Höhe des Benutzungsentgeltes

(1) Die zweckentsprechende Benutzung der städtischen Schulräume und -einrichtungen ist für alle in der Trägerschaft der Stadt Emmerich am Rhein stehenden Schulen und Einrichtungen unentgeltlich. Hierunter gehören ebenfalls volksbildende, kulturelle und sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse (u.a. Volkshochschule u.a.).

(2) Sofern Eintrittsgelder zu Veranstaltungen von den in Abs. 1 genannten Benutzern erhoben werden, ist das festgesetzte Benutzungsentgelt zu zahlen.

§ 3

(1) Die Benutzung der Schulräume sowie der darin vorhandenen Einrichtungen und Geräte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin.

Voraussetzung hierfür ist, dass die Benutzung spätestens zwei Wochen vor dem beabsichtigten Termin schriftlich beantragt wird.

(2) Die Entscheidung über die Überlassung und Benutzung von Schulräumen trifft der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin im Einvernehmen mit der Schulleitung. Die Genehmigung kann unter Auflagen erfolgen, wenn dies erforderlich ist.

(3) Der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin kann den Nutzern andere als die beantragten Räume zur Verfügung stellen, wenn dies aus Gründen einer zusammengefassten außerschulischen Nutzung und der Kostenersparnis sinnvoll erscheint.

§ 4

(1) Die zweckentsprechende Benutzung der städtischen Schulräume und -einrichtungen ist für alle in der Trägerschaft der Stadt Emmerich am Rhein stehenden Schulen und Einrichtungen unentgeltlich. Hierunter gehören ebenfalls volksbildende, kulturelle und sonstige Veranstaltungen von öffentlichem Interesse (u.a. Volkshochschule u.a.).

(2) Sofern Eintrittsgelder zu Veranstaltungen von den in Abs. 1 genannten Nutzern erhoben werden, ist das festgesetzte Benutzungsentgelt zu zahlen.

(3) Für Veranstaltungen zu Erwerbszwecken ist das festgesetzte Benutzungsentgelt zu zahlen. Veranstaltungen von Einzelpersonen, die keine zweckentsprechende Benutzung beinhalten, haben ebenfalls das Benutzungsentgelt zu entrichten.

(4) Das Benutzungsentgelt für andere als in § 1 Abs. 1 genannte Benutzer wird in [1)] einem der Benutzungsordnung als Anlage beigefügten Tarif festgelegt.

(5) Die Heizperiode beginnt am 01.10. und endet am 31.03.

1) § 3 Abs. 1, 2, 3 und § 4 Abs. 4 i. d. F. der 1. Änderung vom 16.11.2001; in Kraft getreten am 01.01.2002

§ 5
Zahlungspflichtiger und Zahlung des Benutzungsentgeltes

(1) Zur Zahlung des Entgeltes sind diejenigen verpflichtet, die die Benutzung beantragt haben.

(2) Das Benutzungsentgelt ist vor Beginn der Veranstaltung oder Benutzung fällig.
[1)]Verwaltungsseitig wird den Benutzern eine Rechnung mit Angabe der Zahlungsfrist erteilt. Das Benutzungsentgelt ist an die Stadtkasse Emmerich zu entrichten.

§ 6
Zweckbestimmung der Benutzung und Widerruf der Genehmigung

(1) Die Benutzung ist nur für den genehmigten Zweck und nur während der genehmigten Zeit gestattet.

(3) Für Veranstaltungen zu Erwerbszwecken ist das festgesetzte Benutzungsentgelt zu zahlen. Veranstaltungen von Einzelpersonen, die keine zweckentsprechende Nutzung beinhalten, haben ebenfalls das Benutzungsentgelt, zu entrichten.

(4) Das Benutzungsentgelt für andere als in § 1 Abs. 1 genannte Nutzer wird in einem der Benutzungsordnung als Anlage beigefügten Entgelttarif festgelegt.

(5) Die Heizperiode beginnt am 01.10. und endet am 31.03.

§ 5

(1) Zur Zahlung des Entgeltes sind diejenigen verpflichtet, die die Nutzung beantragt haben.

(2) Das Benutzungsentgelt ist vor Beginn der Veranstaltung oder Nutzung fällig.
Verwaltungsseitig wird den Nutzern eine Rechnung mit Angabe der Zahlungsfrist erteilt. Das Benutzungsentgelt ist an die Stadt Emmerich am Rhein zu entrichten.

§ 6

(1) Die Nutzung ist nur für den genehmigten Zweck und nur während der genehmigten Zeit gestattet.

(2) Soweit städtische Belange es erfordern, kann der Bürgermeister die Genehmigung [1)] widerrufen. Für finanzielle Einbußen, die dem Benutzer durch den Widerruf entstehen, haftet die Stadt Emmerich am Rhein nicht.

(3) Ein laufendes Benutzungsverhältnis kann zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt werden, wenn dafür ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht, oder der Benutzer des Schulraumes oder der -einrichtung in gröblicher Weise gegen diese Bestimmungen, die Bestandteil der Genehmigung sind, verstößt.

§ 7
Hilfspersonal

Das für die Durchführung von Veranstaltungen benötigte Hilfspersonal (Kasse, Platzanweisung, Garderobenbedienung, Aufsicht usw.) wird grundsätzlich vom Veranstalter gestellt und vergütet. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Regelung.

[1)] § 5 Abs. 2 Satz 2 und § 6 Abs. 2 i. d. F. der 1. Änderung vom 16.11.2001; in Kraft getreten am 01.01.2002

§ 8
Besondere Hinweise

(1) Gebäude und Anlagen der Schulen einschließlich der Zugangswege zu den Schulräumen sowie die vorhandenen Einrichtungen und Geräte des Schulraumes sind schonend und sachgemäß zu behandeln bzw. zu benutzen.
Lärmen ist auf dem Schulgelände zu unterlassen. Das gilt auch für vermeidbare Geräusche bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen.
Fahrzeuge dürfen nur auf den hierzu vorgesehenen Plätzen abgestellt werden.

(2) Jeder Veranstalter hat die Pflicht, für Sauberkeit und Ordnung zu sorgen.

(2) Soweit städtische Belange es erfordern, kann der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin die Genehmigung widerrufen. Für finanzielle Einbußen, die den Nutzern durch den Widerruf entstehen, haftet die Stadt Emmerich am Rhein nicht.

(3) Ein laufendes Benutzungsverhältnis kann zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt werden, wenn dafür ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht, oder die Nutzer des Schulraumes oder der Einrichtung in grober Weise gegen diese Bestimmungen, die Bestandteil der Genehmigung sind, verstößt.

§ 7

Das für die Durchführung von Veranstaltungen benötigte Hilfspersonal (Kasse, Platzanweisung, Garderobenbedienung, Aufsicht usw.) wird grundsätzlich vom Veranstaltenden gestellt und vergütet. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Regelung.

§ 8

(1) Gebäude und Anlagen der Schulen einschließlich der Zugangswege zu den Schulräumen sowie die vorhandenen Einrichtungen und Geräte des Schulraumes sind schonend und sachgemäß zu behandeln bzw. zu benutzen.
Lärmen ist auf dem Schulgelände zu unterlassen. Das gilt auch für vermeidbare Geräusche bei dem Betrieb von Kraftfahrzeugen.
Fahrzeuge dürfen nur auf den hierzu vorgesehenen Plätzen abgestellt werden.

(2) Alle Veranstalter haben die Pflicht, für Sauberkeit und Ordnung zu sorgen.

(3) Das Rauchen in den Schulräumen ist untersagt, soweit nicht für einzelne Räume eine besondere Erlaubnis erteilt worden ist.

(4) Speisen, Getränke und nichtalkoholische Genussmittel dürfen nur im Benehmen mit der Schulleitung in den dafür vorgesehenen Räumen angeboten werden.

(5) Werbung jeglicher Art auf dem Schulgelände einschließlich der Schulgebäude ist verboten. Das Anschlagen von Bekanntmachungen und das Einschlagen von Nägeln und Haken ist nicht gestattet. Über Ausnahmen entscheidet der [1)] Bürgermeister im Benehmen mit dem Schulleiter.

(6) Jede Ausschmückung von Räumen bedarf der Genehmigung; der Schmuck ist nach Beendigung der Veranstaltung unverzüglich und ohne Rückstände zu entfernen

1) § 8 Abs. 5 Satz 3 i. d. F. der 1. Änderung vom 16.11.2001; in Kraft getreten am 01.01.2002

§ 9
Schadenersatz, Haftung

(1) Eine Zerstörung oder Beschädigung der städtischen Anlagen, Einrichtungen und Geräte verpflichtet zum Ersatz des entstandenen Schadens und zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes durch den Veranstalter.
Bei Schäden, die während der Benutzung durch den in § 1 (1) umschriebenen Benutzerkreis entstanden, wird vermutet, dass diese Schäden durch den jeweiligen Benutzer verursacht und verschuldet wurden.

(3) Das Rauchen in den Schulräumen und auf dem Schulgelände ist untersagt.

(4) Speisen und nichtalkoholische Getränke, dürfen nur im Benehmen mit der Schulleitung in den dafür vorgesehenen Räumen angeboten werden.

(5) Werbung jeglicher Art auf dem Schulgelände einschließlich der Schulgebäude ist verboten. Das Anschlagen von Bekanntmachungen und das Einschlagen von Nägeln und Haken ist nicht gestattet. Über Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin im Benehmen mit der Schulleitung.

(6) Jede Ausschmückung von Räumen bedarf der Genehmigung; der Schmuck ist nach Beendigung der Veranstaltung unverzüglich und ohne Rückstände zu entfernen

§ 9

(1) Eine Zerstörung oder Beschädigung der städtischen Anlagen, Einrichtungen und Geräte verpflichtet zum Ersatz des entstandenen Schadens und zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes durch den Veranstalter. Bei Schäden, die während der Benutzung durch den in § 1 (1) umschriebenen Nutzer entstanden, wird vermutet, dass diese Schäden durch die jeweiligen Nutzer verursacht und verschuldet wurden.

(2) Eine Haftung der Stadt Emmerich am Rhein sowie ihrer Bediensteten für Schäden irgendwelcher Art, die von Veranstaltern, ~~ihren Mitgliedern~~ und Benutzern aus Anlass der Benutzung erwachsen, ist ausgeschlossen. Die Stadt Emmerich am Rhein haftet ferner nicht, wenn Garderobe, Fahrräder, Motorfahrzeuge und sonstige Gegenstände abhandenkommen oder beschädigt werden.

(3) Der Veranstalter ist verpflichtet, die Stadt Emmerich am Rhein von etwaigen Ansprüchen freizuhalten, die Dritte im Zusammenhang mit der Überlassung der Räume und der dazu gehörenden Sondereinrichtungen und Geräte mittelbar oder unmittelbar gegen die Stadt geltend machen.

§ 10
Gegenstände der Veranstalter

Gegenstände dürfen von Veranstaltern nur im Einvernehmen mit der Schulleitung in das Schulgebäude eingebracht werden und dort verwahrt werden. Die Gegenstände sind so unterzubringen, dass sie den Schulbetrieb nicht stören oder gefährden. Für den verkehrssicheren Zustand der Gegenstände ist der Veranstalter allein verantwortlich. Ersatzansprüche wegen Beschädigung dieser Gegenstände sind ausgeschlossen.

§ 11
Fundsachen

Fundsachen sind unverzüglich dem Schulhausmeister abzugeben. Ihre weitere Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen des BGB.

§ 12
Hausrecht

(1) Vertretern der Stadt, dem Schulleiter und dessen Beauftragten ist jederzeit Zutritt zu gewähren.

(2) Eine Haftung der Stadt Emmerich am Rhein sowie ihrer Bediensteten für Schäden irgendwelcher Art, die von Veranstaltern und Nutzern aus Anlass der Nutzung erwachsen, ist ausgeschlossen. Die Stadt Emmerich am Rhein haftet ferner nicht, wenn Garderobe, Fahrräder, Motorfahrzeuge und sonstige Gegenstände abhandenkommen oder beschädigt werden.

(3) Die Veranstalter sind verpflichtet, die Stadt Emmerich am Rhein von etwaigen Ansprüchen freizuhalten, die Dritte im Zusammenhang mit der Überlassung der Räume und der dazu gehörenden Sondereinrichtungen und Geräte mittelbar oder unmittelbar gegen die Stadt geltend machen.

§ 10

Gegenstände dürfen von den Veranstaltern nur im Einvernehmen mit der Schulleitung in das Schulgebäude eingebracht werden und dort verwahrt werden. Die Gegenstände sind so unterzubringen, dass sie den Schulbetrieb nicht stören oder gefährden. Für den verkehrssicheren Zustand der Gegenstände sind allein die Veranstalter verantwortlich. Ersatzansprüche wegen Beschädigung dieser Gegenstände sind ausgeschlossen.

§ 11

Fundsachen sind unverzüglich dem Schulhausmeister zu übergeben. Ihre weitere Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen des BGB.

§ 12

(1) Vertretern der Stadt Emmerich am Rhein, der Schulleitung und deren beauftragten Personen ist jederzeit Zutritt zu gewähren.

(2) Der Schulleiter übt in den Schulräumen und auf dem Schulgrundstück das Hausrecht aus. Er ist berechtigt, bei groben und wiederholten Verstößen gegen diese Benutzungsordnung einzelne Personen von der Veranstaltung auszuschließen und vom Grundstück zu verweisen oder in besonders schweren Fällen die weitere Durchführung der Veranstaltung am Benutzungstage zu untersagen.

(3) Bei Abwesenheit des Schulleiters übt ein von ihm mit seiner Vertretung beauftragter Lehrer, sonst der Hausmeister oder ein anderer Beauftragter das Hausrecht aus.

§ 13
Inkrafttreten

Diese Benutzungsordnung tritt am 1. November 1980 in Kraft. Gleichzeitig treten die Benutzungsbestimmungen für die außerschulische Nutzung von Schulturnhallen, Schulräumen, Sportplätzen und Geräten der Stadt Emmerich vom 1.10.1976 außer Kraft.

(2) Die Schulleitung übt in den Schulräumen und auf dem Schulgrundstück das Hausrecht aus. Sie ist berechtigt, bei groben und wiederholten Verstößen gegen diese Benutzungsordnung einzelne Personen von der Veranstaltung auszuschließen und vom Grundstück zu verweisen oder in besonders schweren Fällen die weitere Durchführung der Veranstaltung am Benutzungstage zu untersagen.

(3) Bei Abwesenheit der Schulleitung übt eine von dieser mit ihrer Vertretung beauftragte Lehrkraft, sonst der Hausmeister oder eine andere beauftragte Person das Hausrecht aus.

§ 13

Diese Benutzungsordnung tritt am 01.01.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Benutzungsordnung für die Benutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein vom 05. November 1980 außer Kraft

Anlage

GEBÜHRENTARIF [1)]

zur Benutzungsordnung für die Benutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein

Die Benutzungsgebühr beträgt für Schulräume und -einrichtungen

1. Normalklassen oder Gruppenräume

a) während der Heizperiode je angefangene Stunde	17,50 Euro
b) außerhalb der Heizperiode je angefangene Stunde	12,50 Euro

2. Sonderräume, einschl. Einrichtung (Sprachlabor, Werkstätten, Küchen u.a.)

a) während der Heizperiode je angefangene Stunde	25,00 Euro
b) außerhalb der Heizperiode je angefangene Stunde	20,00 Euro

[1]Gebührentarif i. d. F. der 1. Änderung vom 16.11.2001;
in Kraft getreten am 01.01.2002

Anlage Benutzungsentgelttarife

für die Benutzung von Schulräumen und -einrichtungen der Stadt Emmerich am Rhein

Die Benutzungsgebühr beträgt für Schulräume und – Einrichtungen

1. Normalklassen oder Gruppenräume

a) während der Heizperiode je angefangene Stunde	17,50 Euro
b) außerhalb der Heizperiode je angefangene Stunde	12,50 Euro

2. Sonderräume, einschl. Einrichtung (Sprachlabor, Werkstätten, Küchen u.a.)

a) während der Heizperiode je angefangene Stunde	25,00 Euro
b) außerhalb der Heizperiode je angefangene Stunde	20,00 Euro

Die Entgelte erhöhen sich um die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer

Ö 29

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**nicht öffentlich**	**04 - 17 0774/2022/1**	**10.11.2022**

Betreff

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung;
hier: Entwurf der Endfassung

Beratungsfolge

Schulausschuss	24.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein stimmt der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes bis zu dem Jahrgang 2027/2028 zu.

Sachdarstellung :

Gem. § 80 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen haben Gemeinden, die Schulträgeraufgaben zu erfüllen haben, eine Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Die Schulentwicklungsplanung berücksichtigt dabei,

1. das gegenwärtige und zukünftige Schulangebot nach Schulformen, Schularten, Orte des gemeinsamen Lernens, Schulgrößen und Schulstandorte,

2. die mittelfristige Entwicklung des Schüleraufkommens, das ermittelte Schulwahlverhalten der Eltern und die daraus abzuleitenden Schülerzahlen nach Schulformen, Schularten, Orten des Gemeinsamen Lernens und Jahrgangsstufen,

3. die mittelfristige Entwicklung des Schulraumbestands nach Schulformen, Schularten, Orten des Gemeinsamen Lernens und Schulstandorten.

Aufgrund von deutlichen Veränderungen bei der Anzahl der Schülerinnen und Schülern in den verschiedenen Schulen hat die Verwaltung vorzeitig die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung in Auftrag gegeben. Zusätzlich muss in Zukunft ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen berücksichtigt werden, der Auswirkungen auf den Raumbedarf der betroffenen Schulen haben wird. Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes wird hierauf besonders eingehen.

Die Schulplanungskommission hat in ihrer Sitzung vom 3. November 2022 den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung einiger in der Sitzung angesprochener Punkte einstimmig angenommen.

Die nachfolgenden Änderungen wurden bereits in dem Entwurf der Schulentwicklungsplanung (Anlage) eingearbeitet.

- AO-SF-Quoten an der Leegmeerschule wurden textlich angepasst.

- Der Beschluss zur Bildung kleinerer Klassen an der Leegmeerschule aufgrund des Status ‚Schule des gemeinsamen Lernens' wurde von 2 auf alle Eingangsklassen geändert.

- Für den Bereich Elten wurden Neubaugebiete aufgenommen.

Die in der Schulplanungskommission angesprochene Darstellung von Seiteneinsteigern hat keine Konsequenzen für die Schulentwicklungsplanung. In der Raumplanung werden bereits pro Zug ein Mehrzweckraum, ein Raum für individuelle Angebote und zwei Differenzierungsräume berücksichtigt, in denen auch entsprechende Angebote für Seiteneinsteiger darstellbar sind.

Die Fa. GEBIT wird den Entwurf in der Sitzung vorstellen und erläutern.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans hat keine direkten finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen. Die darauf aufbauenden Ausstattungs- und Aufbauplanungen müssen nach deren Genehmigungen in die zukünftigen HH-Planungen aufgenommen werden.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
04 - 17 0774/2022/1 _ A 1 _ Fortschreibung SEP

Ö 29

Empirische Analysen
Sozialwissenschaftliche Studien
Planungsunterstützung

GEBIT MÜNSTER

Schulentwicklungsplanung Emmerich am Rhein

Impressum

GEBIT Münster GmbH & Co.KG
Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie
Corrensstr. 80
48149 Münster
Telefon: 0251 / 20 888 250
Telefax: 0251 / 20 888 251
Email: info@gebit-ms.de
http://www.gebit-ms.de

Frauke Gier
Sabrina Schneider

Inhalt

1. Einführung 5
1.1 Gesetzliche Grundlagen der Schulentwicklungsplanung 5
1.2 Konzept der Schulentwicklungsplanung Emmerich am Rhein 5
1.2.1 Analyse der Zusammensetzung der Schüler*innenschaft 6
1.2.2 Fortschreibung der Zahl der Schüler*innen 7
1.2.2.1 Datengrundlage 7
1.2.2.2 Eingangs- und Durchgangsquoten 8
1.2.2.3 Berücksichtigung von Neubaugebieten 10
1.2.2.4 Risiken der Prognose 11
1.2.3 Betreuung an Grundschulen 12
1.2.4 Ermittlung des Raumbedarfs an den Grundschulen 13

2. Grundschulen 17
2.1 St. Georg-Schule Hüthum 18
2.1.1 Schüler*innen sowie Klassen St. Georg-Schule Hüthum 19
2.1.2 Betreuung an der St. Georg-Schule Hüthum 20
2.1.3 Raumbestand und Raumbedarf St. Georg-Schule Hüthum 21
2.1.4 Zusammenfassung St. Georg-Schule Hüthum 27
2.2 Luitgardisschule Elten 28
2.2.1 Schüler*innen sowie Klassen Luitgardisschule Elten 29
2.2.2 Betreuung an der Luitgardisschule Elten 30
2.2.3 Raumbestand und Raumbedarf Luitgardisschule Elten 31
2.2.4 Zusammenfassung Luitgardisschule Elten 37
2.2.5 Grundschulverbund St. Georg-Schule, Katholische Grundschule mit Gemeinschaftsstandort der Stadt Emmerich am Rhein 38
2.3 Michaelschule 40
2.3.1 Schüler*innen sowie Klassen Michaelschule 41
2.3.2 Betreuung an der Michaelschule 41
2.3.3 Raumbestand und Raumbedarf Michaelschule 42
2.3.4 Zusammenfassung Michaelschule 48
2.4 Leegmeerschule 49
2.4.1 Schüler*innen sowie Klassen Grundschule Leegmeerschule 50
2.4.2 Betreuung an der Leegmeerschule 52
2.4.3 Raumbestand und Raumbedarf Grundschule Leegmeerschule 53
2.4.4 Zusammenfassung Leegmeerschule 59
2.5 Liebfrauenschule 60
2.5.1 Schüler*innen sowie Klassen Liebfrauenschule 61
2.5.2 Betreuung an der Liebfrauenschule 63
2.5.3 Raumbestand und Raumbedarf Liebfrauenschule 63
2.5.4 Zusammenfassung Liebfrauenschule 70
2.6 Grundschule Rheinschule 71
2.6.1 Schüler*innen sowie Klassen Grundschule Rheinschule 72
2.6.2 Betreuung an der Grundschule Rheinschule 74
2.6.3 Raumbestand und Raumbedarf Grundschule Rheinschule 74
2.6.4 Zusammenfassung Grundschule Rheinschule 81
2.7 Zusammenfassung innerstädtische Grundschulen (Liebfrauenschule, Leegmeerschule und Rheinschule) 82

3. Zusammenfassung Grundschulen 84
3.1 Schüler*innen und Klassen an Grundschulen insgesamt 84
3.2 Schüler*innen mit Migrationshintergrund 88
3.3 Inklusion 88
3.4 Betreuung an Grundschulen 89

3.5 Raumbedarfe und Maßnahmen an den Grundschulen vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz 90

4. Weiterführende Schulen 92

4.1 Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein 93

4.1.1 Prognose Schüler*innen und Klassen Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein 94

4.2 Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein 97

4.2.1 Prognose Schüler*innen und Klassen Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein 99

5. Zusammenfassung weiterführende Schulen 101

5.1 Schüler*innen und Klassen an den weiterführenden Schulen insgesamt 101

5.2 Schüler*innen mit Migrationshintergrund 104

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis 105

Tabellen 105

Abbildungen 107

1. Einführung

Die letzte Schulentwicklungsplan der Stadt Emmerich am Rhein, der Anfang 2019 veröffentlicht wurde, umfasste die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24. Die GEBIT Münster wurde Ende 2021 mit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung beauftragt. Der Auftrag umfasst vor dem Hintergrund des kommenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz an den Grundschulen insbesondere auch eine Raumanalyse im Bereich der OGS. Hierbei ist auch die Entwicklung der Betreuungszahlen an Grundschulen in den Blick zu nehmen. Für die weiterführenden Schulen wurde demgegenüber nur die Analyse der Schüler*innenzahlen und die Schüler*innenprognose beauftragt.

Die Ergebnisse der Analysen werden in diesem Bericht ausführlich dargestellt. Im Einführungskapitel werden die gesetzlichen Grundlagen der Schulentwicklungsplanung erläutert. In dem darauffolgenden Abschnitt wird das Konzept der Schulentwicklungsplanung Emmerich am Rhein in seinen einzelnen Bausteinen ausführlich erläutert. Hierzu gehört die Darstellung der Datengrundlage und der angewandten Verfahren bei der Fortschreibung von Schüler*innenzahlen. Die Ergebnisse für die einzelnen Schulen werden in den anschließenden Kapiteln vorgestellt.

1.1 Gesetzliche Grundlagen der Schulentwicklungsplanung

Nach §80 Schulgesetz NRW ist der Schulträger zur Schulentwicklungsplanung verpflichtet. Die Schulentwicklungsplanung dient dabei *„der Sicherung eines gleichmäßigen, inklusiven und alle Schulformen und Schularten umfassenden Bildungs- und Abschlussangebots in allen Landesteilen*" (§80, Abs. 1). Sie ist mit den Planungen benachbarter Schulträger wie mit der örtlichen Jugendhilfeplanung abzustimmen.

Gemäß §80 Abs. 5 Schulgesetz sind hierbei folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. gegenwärtiges und zukünftiges Schulangebot
2. mittelfristige Entwicklung des Schüler*innenaufkommens sowie das ermittelte Schulwahlverhalten der Eltern und
3. die mittelfristige Entwicklung des Schulraumbestandes.

Diese Aspekte sind jeweils nach Schulformen, Schularten und Orten des gemeinsamen Lernens zu differenzieren und Schüle*innenzahlen sowie Klassen pro Jahrgang auszuweisen.

1.2 Konzept der Schulentwicklungsplanung Emmerich am Rhein

Die Stadt Emmerich am Rhein ist Trägerin von 6 Grundschulen und 2 weiterführenden Schulen.

Grundschulen in städtischer Trägerschaft
Rheinschule, Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Emmerich am Rhein
Leegmeerschule, Kath. Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein
Liebfrauenschule, Kath. Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein
St. Georg-Schule Hüthum, Kath. Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein

Grundschulen in städtischer Trägerschaft
Michaelschule, Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Emmerich am Rhein
Luitgardisschule Elten, Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Emmerich am Rhein
Weiterführende Schulen in städtischer Trägerschaft
Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein, Sekundarstufen I und II
Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein, Sekundarstufen I und II

Um die verschiedenen Anforderungen an die Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen, werden im Rahmen der Planung mehrere Bausteine bearbeitet. Neben der Analyse der Schüler*innenschaft und der Fortschreibung der Schüler*innenzahlen der verschiedenen Grund- und weiterführenden Schulen ist insbesondere das Thema Betreuung an den Grundschulen und damit verbunden die Raumanalyse im Bereich der OGS zentraler Bestandteil.

1.2.1 Analyse der Zusammensetzung der Schüler*innenschaft

Um die konkreten Bedingungen, unter denen die einzelnen Schulen arbeiten, besser beurteilen zu können, wird für alle Schulen zunächst eine Analyse der Zusammensetzung der Schüler*innenschaft nach verschiedenen Kriterien vorgenommen. Grundlage für diese Analyse sind die Daten des IT.NRW aus der amtlichen Schulstatistik, die jährlich von den Schulen gemeldet werden.

- *Migrationshintergrund*
  Ausgewiesen wird der Anteil der Schüler*innen, die im Ausland geboren sind, der Anteil der Schüler*innen mit mindestens einem Elternteil, das im Ausland geboren ist sowie der Anteil der Schüler*innen, die Zuhause vorwiegend eine andere Sprache als Deutsch sprechen. Insbesondere Letzteres gibt Hinweise darauf, wie hoch der Sprachförderbedarf und damit der Differenzierungsbedarf an den Schulen ist. Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund insgesamt weist alle Schüler*innen aus, bei denen mindestens eines der drei Kriterien erfüllt ist.

- *Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf*
  Auch die Betrachtung des Anteils der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf gibt Hinweise auf weitergehende Differenzierungsbedarfe an den Schulen. Ausgewiesen wird der Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf an den Schüler*innen insgesamt. Hierbei werden nur die Schüler*innen erfasst, bei denen im Rahmen eines sogenannten AO-SF-Verfahrens[1] ein sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf festgestellt wurde. Des Weiteren wird jeweils ausgewiesen, wie hoch der Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ist, bei denen Lern- und Entwicklungsstörungen festgestellt wurden. Hierzu gehören die Förderschwerpunkte Lernen, emotionale soziale Entwicklung sowie Sprache.

[1] Ausbildungsordnung Sonderpädagogische Förderung NRW (AO-SF): Verordnung über die sonderpädagogische Förderung, den Hausunterricht und die Schule für Kranke" (Ausbildungsordnung gemäß §52 SchulG).

Bei weiterführenden Schulen wird zudem untersucht, wie hoch der Anteil der Schüler*-innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ist, die zieldifferent beschult werden. Hierzu gehören Schüler*innen mit den Förderschwerpunkten Lernen sowie geistige Entwicklung. Während bei zielgleicher Beschulung, z.B. bei Vorliegen des Förderschwerpunkts emotionale und soziale Entwicklung oder körperlich-motorische Entwicklung – die Schüler*innen zu Bildungsabschlüssen der allgemeinen Schulen geführt werden, orientiert sich die zieldifferente Beschulung an den individuellen Förderplänen, die für jede*n einzelne*n Schüler*in erstellt werden. Die Schüler*innen können eigene Abschlüsse im Bildungsgang Lernen bzw. geistige Entwicklung erreichen.

- *Auswärtige Schüler*innen*
  Mit Blick auf die weiterführenden Schulen wird analysiert, wie hoch der Anteil auswärtiger Schüler*innen ist und welches die wichtigsten Herkunftsorte der Schüler*innen sind.
- *Übergänge aus den Grundschulen in weiterführende Schulen*
  Ausgewiesen wird hier der Anteil der Schüler*innen des 4. Jahrgangs einer Grundschule, die im Folgejahr an eine bestimmte Schulform der Sekundarstufe I gewechselt sind. Hierbei wird auch ein Wechsel an eine weiterführende Schule in einer anderen Kommune berücksichtigt. Diese Daten geben u.a. Hinweise auf den Bildungshintergrund der Schüler*innen. Sie dienen auch als Grundlage für die Fortschreibung der Schüler*innenzahlen der weiterführenden Schulen (vgl. Kapitel 1.2.2.2, S. 8 ff.).
- *Grundschulempfehlungen der Schüler*innen im 5. Jahrgang der weiterführenden Schulen*
  Der Anteil der Schüler*innen mit unterschiedlichen Grundschulempfehlungen im 5. Jahrgang der weiterführenden Schulen gibt Auskunft über die eher homogene oder heterogene Zusammensetzung der Schüler*innenschaft an den weiterführenden Schulen.

1.2.2 Fortschreibung der Zahl der Schüler*innen

1.2.2.1 Datengrundlage

Grundlage für die Fortschreibung der Zahl der Schüler*innen bilden Daten zu den relevanten Geburtsjahrgängen aus dem Einwohnermelderegister der Stadt sowie Daten zu den Schüler*innen nach Jahrgängen an den einzelnen Schulen in den vergangenen Schuljahren. Die Stadt Emmerich am Rhein stellte Daten des Melderegisters mit Stichtag 30. September 2021 zur Verfügung. Zu diesem Zeitpunkt waren alle Kinder, die im Schuljahr 2027/2028 eingeschult werden, bereits geboren. Je nach Wohnort der Kinder innerhalb von Emmerich am Rhein wurden die Kinder einzelnen Grundschulen zugeordnet. Spätere Zuzüge nach oder Wegzüge aus Emmerich am Rhein sind hierbei entsprechend zunächst nicht berücksichtigt.

Die Daten zur Zahl der Schüler*innen an den Schulen in Emmerich am Rhein stammen vom IT.NRW. Für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 lagen die amtlichen Schuldaten vor. Die Daten zu den Schuljahren 2021/22 sowie die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2022/23 wurden vom Schulträger geliefert.

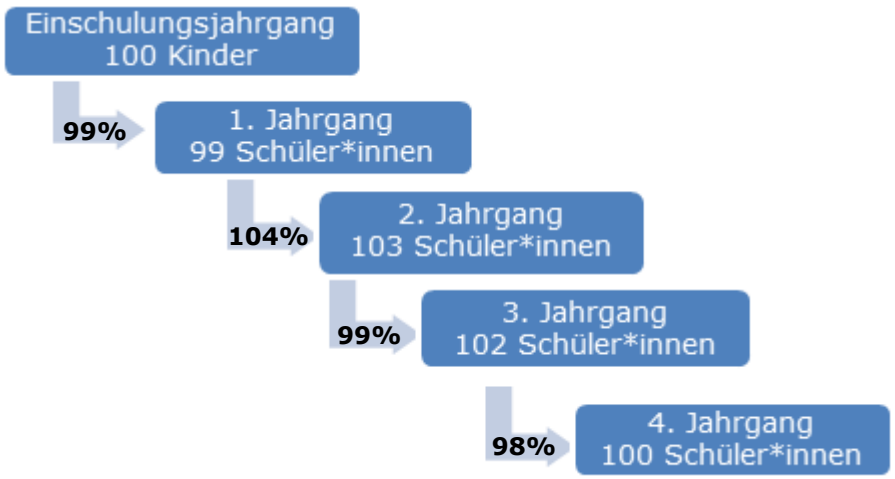
1.2.2.2 Eingangs- und Durchgangsquoten

Abbildung 1 zeigt das Verfahren zur Berechnung von Eingangs- und Durchgangsquoten.[2] Eingangsquoten ergeben sich aus der Analyse der Einschulungen in der Vergangenheit. Werden beispielsweise 100 Schulpflichtige einer bestimmten Grundschule zugeordnet, im entsprechenden Jahrgang werden aber nur 99 Schüler*innen eingeschult, liegt die Eingangsquote bei 99 %. Dieser Abgleich der jeweils zum Stichtag geborenen Kinder im Einzugsbereich einer Grundschule und der tatsächlichen Zahl der eingeschulten Kinder wird für mehrere Jahre vorgenommen und die durchschnittliche Eingangsquote jeder Grundschule für den Zeitraum von 2019/20 bis 2022/23 fortgeschrieben.

Zwar sind in Emmerich am Rhein keine Grundschulbezirke eingerichtet, d.h. die Eltern können ihr Kind unabhängig von ihrem Wohnort in der Stadt an einer Grundschule anmelden, für die Zuordnung der Geburtsjahrgänge zu den Grundschulen musste jedoch eine Zuordnung der Wohnorte zu Einzugsbereichen der Grundschulen vorgenommen werden.

In einem zweiten Schritt wurden sogenannte Durchgangsquoten ermittelt. So kann beispielsweise die Schuleingangsphase – Jahrgang 1 und 2 der Grundschule – in ein bis drei Jahren absolviert werden. In späteren Jahrgängen kann es zu Klassenwiederholungen kommen. Hinzu kommen Wegzüge oder auch Zuzüge von Kindern in einzelnen Jahrgängen. In unserem Beispiel wurden 99 Kinder eingeschult. Im folgenden Schuljahr sind 103 Kinder im 2. Jahrgang. Die Durchgangsquote vom 1. in den 2. Jahrgang liegt demnach bei 104 %. Nach dem Wechsel in den 3. Jahrgang sind 102 Schüler*innen vorhanden. Die Durchgangsquote vom 2. in den 3. Jahrgang liegt demnach bei 99 %. Entsprechend wird auch die Durchgangsquote vom 3. in den 4. Jahrgang sowie für die folgenden Jahrgänge in den weiterführenden Schulen berechnet. Jede Schule wird dabei einzeln betrachtet, da hier durchaus Unterschiede zwischen einzelnen Schulen – auch der gleichen Schulform – zu berücksichtigen sind. Auch hier werden die Mittelwerte mehrerer Jahre gebildet und bilden die Grundlage der Fortschreibung.

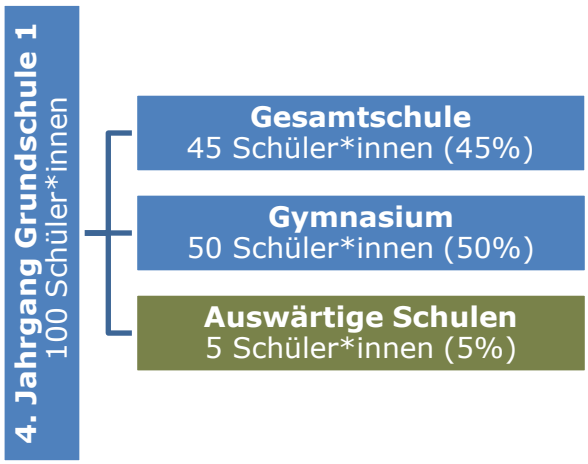
Abbildung 1: Grundlagen der Prognose der Zahl der Schüler*innen an Grundschulen



[2] Die in den folgenden Abbildungen enthaltenen Zahlen dienen lediglich als Beispiele für die Erläuterung des Verfahrens. Sie entsprechen nicht den tatsächlichen Zahlen in Emmerich am Rhein.

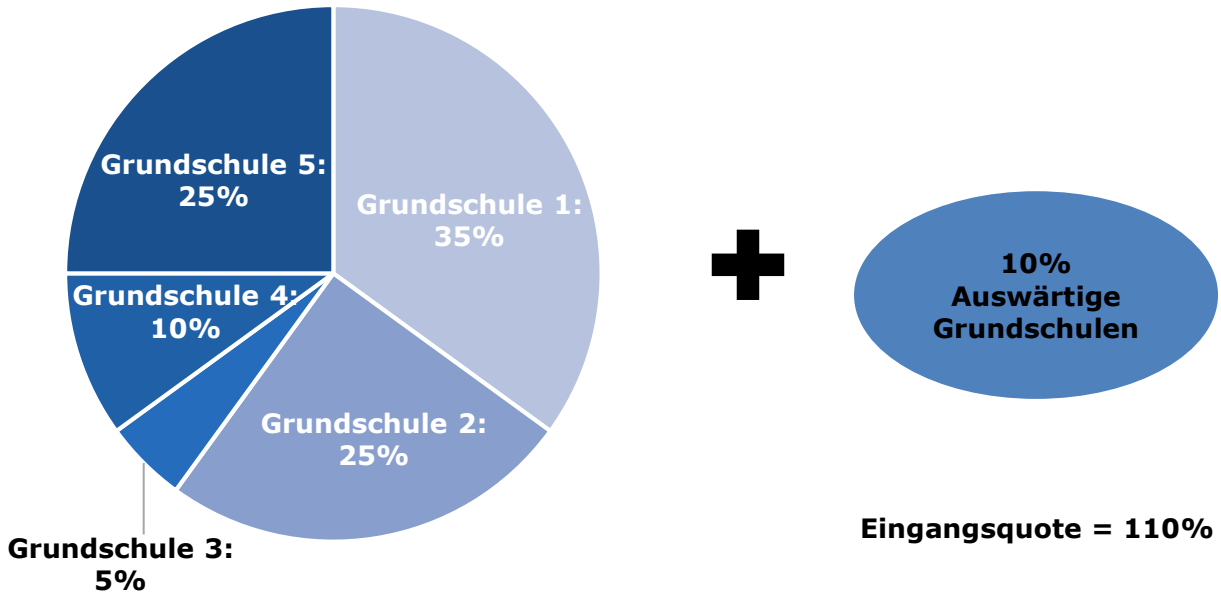
Aus den Daten zu den Übergängen an weiterführende Schulen wird ersichtlich, wie hoch der Anteil der Schüler*innen einer Grundschule ist, die nach dem 4. Jahrgang auf eine bestimmte Schulform gewechselt sind (Abbildung 2). Wie bei den Eingangsquoten wurden auch für die Übergangsquoten Durchschnittswerte mehrerer Jahre ermittelt und für die Prognose fortgeschrieben.

Abbildung 2: Grundlagen der Prognose von Übergängen in die Sekundarstufe I



Die Eingangsquoten in den 5. Jahrgang der weiterführenden Schulen ergeben sich aus den Übergängen aus den einzelnen Grundschulen zuzüglich der Schüler*innen, die aus Grundschulen anderer Kommunen angemeldet werden (Abbildung 3).

Abbildung 3: Grundlagen der Prognose von Eingangsquoten in die Sekundarstufe I



1.2.2.3 Berücksichtigung von Neubaugebieten

An die Schulentwicklungsplanung wird immer wieder die Frage herangetragen, inwieweit sich Neubaugebiete auf die zukünftige Entwicklung der Grundschulen auswirken werden. Hierbei ist zunächst zu berücksichtigen, dass der Umzug in ein Neubaugebiet häufig für einen innerstädtischen Umzug steht und nicht notwendigerweise für einen Zuzug in die Stadt. Im Hinblick auf Grundschulen kann dies bedeuten, dass ein Kind, das mit seinen Eltern in ein Neubaugebiet zieht, nun in den Einzugsbereich einer anderen Grundschule wechselt, aber ohnehin eine Grundschule in der Stadt besucht hätte. Innerstädtische Umzüge sind jedoch nicht nachvollziehbar. Zudem ziehen nicht nur Familien mit Kindern bis zum Grundschulalter in Neubaugebiete, sondern auch Familien mit älteren Kindern oder Kinderlose. Der innerstädtische Umzug von Familien mit Kindern, die bereits weiterführende Schulen besuchen, hat ebenfalls keinen Effekt auf die Zahl der Schüler*innen an einzelnen Schulen.

Um die Effekte von Neubaugebieten auf die Grundschulen in Emmerich am Rhein abschätzen zu können, wurde zunächst recherchiert, mit welchen Neubaugebieten in den kommenden Jahren zu rechnen ist. Nach Auskunft des Fachbereichs 5 „Stadtentwicklung" gibt es in Emmerich am Rhein 10 Baugebiete, die sich zurzeit in Umsetzung befinden (Tabelle 1) und voraussichtlich in den nächsten 5 Jahren bezogen werden. Bei weiteren Bauvorhaben ist das Planungsverfahren noch nicht abgeschlossen, so auch bezüglich des Geländes „Schneegans".

Tabelle 1: Neubaugebiete in Umsetzung in Emmerich am Rhein

Baugebiet	Schuleinzugs-bereich	Wohn-einheiten	Belegungs-dichte	Bezugsjahre
Katjesquartier	Leegmeerschule	13	2,5	ca. 2023
		8	2,5	ca. 2024
		59	2,0	
Nierenbergerstraße	Leegmeerschule	50	2,5	ca. 2024-2025
Amalienstraße	Liebfrauenschule	20	2,5	ca. 2024-2025
Bredenbachstraße	Liebfrauenschule	51	2,5	ca. 2024-2025
Kaserne Reihenhaus I	St. Georg-Schule	35	2,5	ca. 2022
Kaserne Reihenhaus II	St. Georg-Schule	50	2,5	ca. 2025-2026
Kaserne Einfamilien-/Doppelhaushälften	St. Georg-Schule	120	2,5	ca. 2026-2027
Pesthof I	Rheinschule	25	2,5	ca. 2023-2024
Eltener Feld	Luitgardisschule	6	2,5	ca. 2023
Eltener Mühle / Alex-Kerkhoff-Str.	Luitgardisschule	20	2,5	ca. 2024

Grundsätzlich ist dabei zu beachten, dass noch nicht für jedes Baugebiet Informationen vorhanden sind. Die Dauer der Besiedlung variiert zudem stark und kann nicht zuverlässig prognostiziert werden. Sie kann bei einheitlicher Vermarktung und kleineren Gebieten 1 bis 2 Jahre betragen, sich aber auch schrittweise über viele Jahre erstrecken. Es muss daher mit Annahmen zu den Bezugsjahren, dem Anteil des Zuzugs und der Belegungsdichte gearbeitet werden.

Die Zahl der zukünftigen Bewohner*innen der Neubaugebiete wird durch die Multiplikation der Zahl der Wohneinheiten mit der erwarteten Belegungsdichte ermittelt. Erfahrungsgemäß macht ein Grundschuljahrgang 1,7 % der Bevölkerung in Neubaugebieten aus. Im ersten Bezugsjahr werden entsprechend jeweils 1,7 % der erwarteten Bewohner*innen je einem der 4 Grundschuljahrgänge zugeordnet. Im zweiten Jahr erfolgt nur noch ein Zugang in den 1. Jahrgang der zugehörigen Grundschule. Hierbei wird in jedem Folgejahr der Anteil des Grundschuljahrgangs um 0,1 % reduziert.

1.2.2.4 Risiken der Prognose

Die Fortschreibung der Zahl der Schüler*innen beruht auf der Zahl der bereits in Emmerich am Rhein lebenden Kinder, die in den kommenden Jahren eingeschult werden sowie auf den Eingangs- und Durchgangsquoten der vergangenen Jahre. Eine starke Zu- oder Abwanderung kann die Größe der Geburtsjahrgänge und damit auch die Zahl der Lernanfänger*innen verändern. Aktuell sind die unter anderem die Folgen des Krieges in der Ukraine auf die Zahl der Schüler*innen im Emmerich am Rhein noch nicht zu quantifizieren. Unklar bleibt, ob und wie lange die Geflüchteten in Deutschland verbleiben und wie sie sich regional verteilen. Insgesamt ist anzunehmen, dass die Zahl der Geflüchteten weiter zunehmen wird. Stand Ende März 2022 wurden in Emmerich am Rhein 20 ukrainische Kinder im schulpflichtigem Alter gemeldet. Zum Schuljahr 2022/23 wurde darüber hinaus von den Schulen eine vermehrte Zuwanderung aus anderen Ländern wie z.B. Rumänien und dem Libanon wahrgenommen.

Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind mit Risiken der Prognose verbunden. Schließungen von Kindertagesstätten und Schulen haben den Lernstand der Schüler*innen beeinflusst und haben so ggf. Einfluss auf den längeren Verbleib in der Schuleingangsphase.

Risiken können sich zudem aus Veränderungen des Schulwahlverhaltens der Eltern ergeben. Eltern wählen eine Grundschule oder eine weiterführende Schule aus einer jeweils bestehenden Schullandschaft und vor dem Hintergrund ihrer subjektiven Bewertung von Schulformen und einzelnen Schulen. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Prognose auf der Basis der tatsächlich aufgenommenen Schüler*innen basiert und nicht auf der Anzahl der Anmeldungen.

Die Klassenbildung erfolgt nach den Vorgaben der Verordnung zur Durchführung von §93 Schulgesetz NRW in der Fassung vom 23. Mai 2019. Hier wird u.a. für Grundschulen festgelegt, ab welcher Zahl von Schüler*innen eine neue Klasse gebildet wird. Ergibt die Prognose 56 Kinder, wird von 2 Klassen ausgegangen. Kommt in der Realität nur ein*e Schüler*in mehr, müsste eine dritte Eingangsklasse gebildet werden. Umgekehrt würde das Ausbleiben nur einer Schüler*in bei der Prognose von 57 Kindern in der Eingangsklasse einer Grundschule den Wegfall einer Klasse bedeuten. Solche Grenzfälle sind daher genau zu beobachten. Sollten sich darüber hinaus diese gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, wird auch dies die Prognose beeinflussen.

Vor dem Hintergrund der Risiken der Prognose erscheint eine regelmäßige Fortschreibung der Prognose umso wichtiger.

1.2.3 Betreuung an Grundschulen

Ein weiterer Aspekt, der im Rahmen der Schulentwicklungsplanung betrachtet wird, ist die Betreuungssituation an Grundschulen. An den Grundschulen in Emmerich gibt es zurzeit 2 verschiedene Betreuungsangebote:

- **Offene Ganztagsschule (OGS)**
  Die OGS ist ein außerunterrichtliches Ganztags- und Betreuungsangeboten nach §9 Abs. 3 Schulgesetz NRW. Die Anmeldung bindet für die Dauer eines Schuljahres und verpflichtet zur regelmäßigen und täglichen Teilnahme an den außerunterrichtlichen Angeboten. Im entsprechenden Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung werden für die OGS zahlreiche Qualitätskriterien definiert.[3] Verpflichtend ist das Angebot eines Mittagessens, Hausaufgabenbetreuung sowie Förder- und Freizeitangebote. Ausdrücklich vorgesehen sind auch Förderangebote für Schüler*innen mit besonderen Bedarfen und die *„Förderung der Interessen der Schülerinnen und Schüler durch zusätzliche themen- und fachbezogene oder fächerübergreifende, auch klassen- und jahrgangsstufen-übergreifende Angebote*"[4].

  Eine Sozialstaffelung der Beiträge ist in der Gebührensatzung ausdrücklich vorgesehen. Zudem gehen auch Lehrkräftestunden in die OGS mit ein.

- **„Schule von 8 bis 1"/ „Schule Plus"**
  Die „Schule von 8 bis 1" sieht eine Betreuung von 8 bis 13 Uhr an allen Unterrichtstagen vor. Hierdurch sind auch Freistunden abgedeckt.

Für jede Grundschule wird jeweils dargestellt, wie viele Kinder in den vergangenen Jahren an den verschiedenen Angeboten teilgenommen haben und wie hoch die jeweilige Betreuungsquote ist. Angesichts des kommenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich ab 2026 geht es hier auch um die Frage, wie sich die Betreuungsquoten an den einzelnen Schulen entwickeln werden. Eine rechnerische Prognose ist jedoch kaum möglich, da für die Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs zahlreiche Faktoren eine Rolle spielen. Hierzu gehört die Entwicklung der Erwerbstätigkeit insbesondere der Mütter, das verfügbare Betreuungsnetzwerk der Familien, aber auch die Kosten, die für die Inanspruchnahme eines Betreuungsangebots anfallen.

Die GEBIT Münster geht mittel- bis langfristig von einer durchschnittlich 80 %-igen Betreuungsquote an den Grundschulen aus. In dieser Quote sind sowohl OGS als auch die 8-1-Betreuung und andere Formen der Betreuung berücksichtigt. Wann eine solche Quote erreicht wird, wird sich an den einzelnen Schulen unterschiedlich darstellen. Zudem wird sich voraussichtlich auch das Verhältnis der Nachfrage nach den verschiedenen Betreuungsangeboten (OGS im Vergleich zur 8-1-Betreuung) schulspezifisch darstellen. Umso wichtiger erscheint es, ein Raumprogramm zugrunde zu legen, durch welches auch eine solche höhere Betreuungsquote räumlich abgedeckt werden kann.

---

[3] Gebundene und offene Ganztagsschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich und Sekundarstufe I. RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung 23.12.201

[4] Ebenda; 3 Merkmale von Ganztagsschulen und außerunterrichtlichen Ganztags- und Betreuungsangeboten

1.2.4 Ermittlung des Raumbedarfs an den Grundschulen

Um den Raumbedarf im Bereich der OGS an den Grundschulen zu ermitteln, wurde bereits im vergangenen Schulentwicklungsplan aus dem Jahr 2019 eine Erhebung der Nutzung der vorhandenen Schul- und Betreuungsräume durchgeführt. Auf der Basis der vom Gebäudemanagement der Stadt Emmerich am Rhein zur Verfügung gestellten Raumlisten haben die Schulen die Nutzung der einzelnen Schulräume angegeben. Da Schulräume häufig für verschiedene Funktionen genutzt werden, konnten bis zu vier verschiedene Nutzungen angegeben werden.

In den Angaben der Schulen zur Nutzung der einzelnen Schulräume wurden zunächst verschiedene Kategorien von Räumen identifiziert:

- Klassen- bzw. Kursräume
- Mehrzweckräume an Grundschulen (z.B. Musik-, Kunst-, Computerräume, sonstige Mehrzweckräume)
- Fachräume und zugehörige Sammlungs-und Vorbereitungsräume an weiterführenden Schulen
- Differenzierungsräume (Differenzierungs- und Sprachförderräume sowie Räume zur sonderpädagogischen bzw. individuellen Förderung)
- OGS-Räume sowie Räume für die Betreuung im Rahmen von „Schule Plus"
- Schüleraufenthaltsräume und Betreuungsräume an weiterführenden Schulen
- Speiseräume / Mensa
- Räume der Verwaltung (Büros, Schulsozialarbeit, Elternsprech- und Besprechungsräume, Lehrkräftezimmer u.ä.)
- Lager- und Abstellräume, Lehrmittelräume, Sanitätsräume
- Fremdgenutzte Räume

Für jede dieser Raumkategorien wird jeweils die Anzahl der Räume, die durchschnittliche Quadratmeterzahl, Minimum und Maximum der vorhandenen Fläche pro Raum sowie die Gesamtfläche pro Raumkategorie ausgewiesen. Da Haupt- und weitere Nutzung jedes Raumes erfasst wurden, wird zudem ersichtlich, wie viele Räume einer Kategorie originär für den jeweiligen Zweck vorhanden sind und welcher Raumbedarf durch die Nutzung anderer Räume abgedeckt wird. Die damalige Raumauswertung wurde den Schulen zur Prüfung zur Verfügung gestellt und dient nach kleineren Überarbeitungen auch dieser Schulentwicklungsplanung als Grundlage.

Um diesen Ist-Bestand zu bewerten und festzustellen, ob darüber hinaus ein zusätzlicher Raumbedarf besteht, bedarf es eines Raumstandards. Ein solcher allgemeinverbindlicher Standard liegt jedoch nicht vor. Das Raumprogramm des Landes NRW von 1995[5] wurde 2010 außer Kraft gesetzt. In diesem Raumprogramm waren zudem weder Räume für Betreuung noch für Differenzierungsangebote enthalten, die heute von den Schulen als eine Voraussetzung für ihre pädagogische Arbeit betrachtet werden.

[5] Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Förderschulen, Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 19.10.1995.

Seit der Außerkraftsetzung dieses Raumprogramms gilt für den Schulträger, dass Raumprogramme *„nach ihrem individuellen Erfordernis, nach dem pädagogischen und dem organisatorischen Konzept der Schule zu erstellen sind"*.[6] Als Orientierungshilfe für die öffentlichen Schulträger werden seither lediglich Pauschalgrößen für schulisch genutzte Flächen genannt. Die Gestaltung der Schulflächen ist in das pflichtgemäße Ermessen des Schulträgers gestellt.

Vor diesem Hintergrund galt es im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ein lokales Raumprogramm festzulegen. Hierbei wurde sich von Seiten des Schulträgers für das Raumprogramm der Stadt Köln entschieden, welches bereits auch den Neubauplänen der Liebfrauenschule zugrunde gelegt wurde. Dieses Raumprogramm ist in Tabelle 2 dargestellt. Insgesamt wird dabei von einer umfassenden multifunktionalen Raumnutzung ausgegangen, Räume sollen an Grundschulen möglichst variabel für Unterrichts- und Betreuungsbereich genutzt werden können. Nicht für jede Nutzung muss ein eigener Raum zur Verfügung stehen. Z.B. kann die Mensa, wenn sie dafür ausgelegt ist, auch als Aufenthalts- und Versammlungsraum dienen. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass nicht alle Räume jegliche multifunktionale Nutzung zulassen. Zudem hängt eine solche Nutzung auch teils vom zur Verfügung stehenden Mobiliar (z.B. leicht zu verschiebendes Mobiliar) ab. Gleichzeitig wird eine multifunktionale Raumnutzung von Brandschutzvorgaben beeinflusst – bspw. die Nutzung von Fluren zur unterrichtlichen Differenzierung. Dabei ist die Schulbauleitlinie so konzipiert, dass grundsätzlich alle Schüler*innen am Ganztagsbetrieb teilnehmen können und stattet die Schulen entsprechend für den kommenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz aus. Separaten Räume für die 8-1-Betreuung sind nicht vorgesehen.

[6] Schneider, Vera-Lisa (2012): Orientierungsgrößen von schulisch genutzten Flächen. In: Schneider, Vera-Lisa, Eva Adelt, Anneka Beck und Oliver Decka (Hrsg.): Materialien zum Schulbau. Pädagogische Architektur im Ganztag, Teil 1, 8. Jahrgang, Heft 23, S. 38.

Tabelle 2: Raumstandard Grundschulen

Unterricht	
Klassenraum	1 / Klasse, 72 m²
Mehrzweckraum	1 / Zug, 72 m²
Nebenraum zu Mehrzweckraum	1 / Zug, 15 m²
Differenzierungsraum für individuelle und sonderpäd. Förderung, DaZ, Gruppenarbeit	2 / Zug, 36 m²
Selbstlernzentrum / Schüler*innenbücherei	72 m²
Aula	2-3 Züge: 150 m² 4 Züge: 160 m²
Räume für individuelle Angebote (z.B. Ruheraum, ergänzende Ganztagsangebote, Therapieangebote)	1 / Zug, 72 m²
Ganztag / Betreuung	
Ganztag Aufenthalt (Spielraum, Aufenthaltsraum u.ä.)	1 / Zug, 72 m²
Speiseraum	2 Züge: 80 m² 3 Züge: 120 m² 4 Züge: 160 m²
Küche / Lager / Verwaltung / Personaltoiletten / Büro Leitung[7]	2 Züge: 60 m² 3 Züge: 75 m² 4 Züge: 85 m²
Verwaltung	
Sekretariat	1, 2 Züge: 20 m² 3 Züge: 27 m² 4 Züge: 32 m²
Schulleitung	1, 20 m²
Stellv. Schulleitung	1, 16 m²
Büro Schulsozialarbeit	1, 16 m²
Lehrkräftezimmer	2 Züge: 58 m² 3 Züge: 86 m² 4 Züge: 115 m²
Lehrkräftearbeitsplätze	30 m² für 2 Züge + 10 m² pro weiteren Zug
Besprechungsraum (Beratung, Schüler/innen-/Elterngespräche etc.)	1, 12 m²

[7] Das Raumprogramm sieht eine pauschale Fläche vor. Die benötigte Fläche ist abhängig von der Organisationsform des Essens und sollte individuell geprüft werden.

Funktionsräume	
Sanitätsraum	1, 16 m²
Kopierraum	1, 8 m²
Lehrmittelraum	1, 2 Züge: 35 m² 3 Züge: 40 m² 4 Züge: 50 m²
Hausmeister*in	1, 16 m²

Auf Grundlage des Raumprogramms und vor dem Hintergrund der Prognoseergebnisse wird für jede Schule eine Raumbilanzierung als Abgleich zwischen dem IST- und dem SOLL-Raumbestand durchgeführt. Diesbezüglich ist anzumerken, dass ein Raumprogramm – auch unter Einbezug und Berücksichtigung möglichst aller qualitativen Anforderungen – immer eine quantitative Leitlinie ist. Festlegungen auf Raumanzahl und Raumgröße erlauben einen rechnerischen Abgleich mit den Bestandsgebäuden und können so einen schnellen Blick auf die Raumsituation und den Raumbedarf vor Ort geben. Dieser Blick muss allerdings immer durch eine anschließende praxisorientierte Analyse an dem jeweiligen Schulstandort ergänzt werden. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse den Schulen vorgestellt, sodass diesen die Möglichkeit der Rückmeldung und der Äußerung von zusätzlichen Raumbedarfen aus ihrer Perspektive gegeben wurde.

Die Umsetzung der vereinbarten Richtwerte zur räumlichen Versorgung der Schulen ist dabei immer abhängig von den jeweiligen baulichen Gegebenheiten der Schule sowie den finanziellen Möglichkeiten des Schulträgers. Zudem ist zu betonen, dass im Hinblick auf die Maßnahmenplanung die räumliche Versorgung für den Unterricht Vorrang beispielsweise gegenüber der Versorgung mit Verwaltungs- und Funktionsräumen hat.

Raumbedarfe im Bereich der Betreuung sind immer im Kontext der aktuellen Betreuungssituation an der Schule zu betrachten. Geht es um Erweiterungsmaßnahmen im Bereich der Betreuung, sind so offene Ganztagsschulen mit einer hohen Betreuungsquote und/oder Wartelisten für einen Betreuungsplatz prioritär zu berücksichtigen.

2. Grundschulen

Im Folgenden werden die Ergebnisse für die einzelnen Grundschulen in Emmerich am Rhein dargestellt. Hierbei werden zunächst die Zusammensetzung der Schüler*innenschaft und die Übergänge in die Sekundarstufe I genauer betrachtet. Damit können erste Rahmenbedingungen identifiziert werden, unter denen die jeweilige Grundschule arbeitet.

Nach der Darstellung dieser Rahmenbedingungen wird jeweils die vergangene und zukünftig erwartete Entwicklung der Schüler*innenzahlen an der jeweiligen Grundschule vorgestellt. Die Fortschreibung der Schüler*innenzahlen erfolgt dabei nach dem in Kapitel 1.2.2 (S. 7ff.) beschriebenen Verfahren.

Der Berechnung der Klassenzahl liegen die Vorschriften zur Ausführung des §93 Schulgesetz NRW zugrunde. Hiernach gelten folgende Richtwerte:

Tabelle 3: Klassenfrequenzrichtwerte Grundschulen

Schülerzahl	Anzahl Eingangsklassen
bis 29	1
30 bis 56	2
57 bis 81	3
82 bis 104	4

Grundsätzlich gilt in der Primarstufe, dass einmal gebildete Klassen unabhängig von später eintretenden Schüler*innenzahlveränderungen fortgeführt werden. Eine Teilung oder Zusammenlegung von Klassen bedarf der Genehmigung durch die Schulaufsicht. Es wird daher in der Fortschreibung der Schüler*innenzahlen ab dem 2. Jahrgang auch eine Überschreitung der Obergrenze zugelassen. Zudem ist die jährlich berechnete Kommunale Klassenrichtzahl ausschlaggebend dafür, wie viele Eingangsklassen an den Grundschulen einer Kommune tatsächlich insgesamt gebildet werden dürfen.

Nach der Darstellung der Schüler*innenzahlenentwicklung folgt die Betrachtung der Betreuungszahlen an den Grundschulen. Am Ende jedes Grundschulkapitels folgt die Analyse des Raumbestands und des Raumbedarfs. Das Kapitel endet jeweils mit einer zusammenfassenden Empfehlung für die jeweilige Schule.

2.1 St. Georg-Schule Hüthum

Die katholische Grundschule St. Georg-Schule liegt im Stadtteil Hüthum, der westlich an die Innenstadt von Emmerich am Rhein grenzt. In der Vergangenheit wurde die St. Georg-Schule zweizügig geführt.

Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund liegt an der Schule etwas unter dem gesamtstätischen Durchschnitt, wie Tabelle 4 aufzeigt. Rund ein Viertel der Schüler*-innen wächst in einem Haushalt auf, in dem vorwiegend eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird.

Tabelle 4: Migrationshintergrund St. Georg-Schule Hüthum

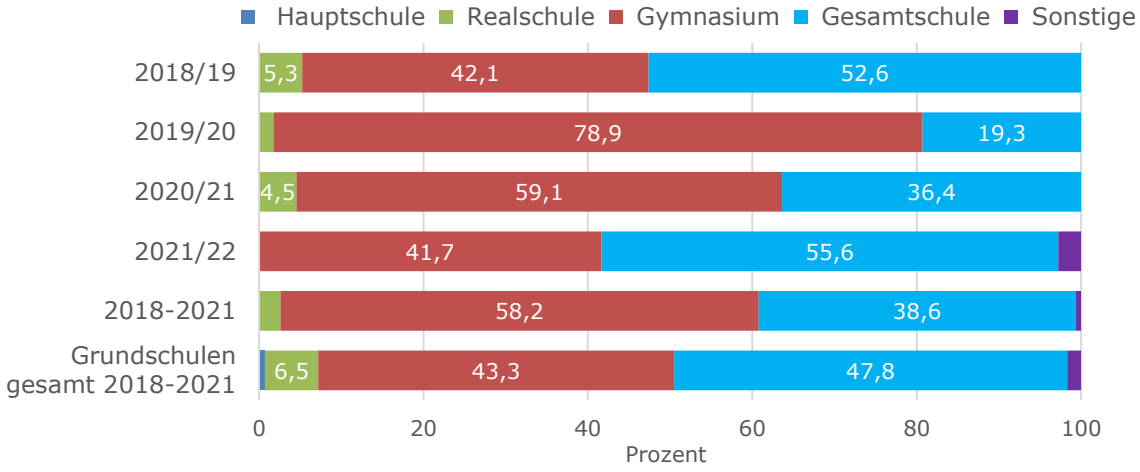
St. Georg-Schule Hüthum				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrations-hintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	37,3	12,7	37,3	24,6
2019/20	34,1	12,1	34,1	23,5
2020/21	36,1	11,6	33,5	25,8
2021/22[8]	37,8	15,9	k.A.	k.A.
Grundschulen insgesamt 2021/22	48,9	26,8	k.A.	k.A.

In der Vergangenheit wurden an der Schule nur vereinzelt Schüler*innen mit einem son-derpädagogischen Unterstützungsbedarf unterrichtet.

In Abbildung 4 sind die Übergänge aus der St. Georg-Schule an weiterführende Schulen dargestellt. Insgesamt fällt auf, dass diese in den vergangenen Jahren stark schwanken. Gingen 2019/20 fast 80 % an ein Gymnasium über, sind es ein Jahr später nur noch rund 40 %. An der Grundschule wechselten die meisten der Schüler*innen im Durchschnitt der vergangene Jahren an eine Gesamtschule oder ein Gymnasium und blieben damit vor Ort.

[8] Die Daten für das Schuljahr 2021/22 wurden von der Stadt übermittelt. Es stehen für dieses Jahr nur Daten zu Schüler*innen mit Migrationshintergrund bzw. ausländischen Schüler*innen zur Verfügung.

Abbildung 4: Übergänge in weiterführende Schulen St. Georg-Schule Hüthum



2.1.1 Schüler*innen sowie Klassen St. Georg-Schule Hüthum

In den kommenden Jahren sind an der St. Georg-Schule Hüthum steigende Schüler*innenzahlen zu erwarten (Tabelle 5). Hat die Schule in den vergangenen Jahren jeweils 2 Eingangsklassen gebildet, werden im Schuljahr 2023/24 einmalig 3 Eingangsklassen erwartet. Damit steigt die maximale Zahl an Klassen zwischenzeitlich auf 9.

Tabelle 5: Schüler*innen sowie Klassen St. Georg-Schule Hüthum (Basisprognose)

St. Georg-Schule Hüthum												
Schul-jahr	Ein-schul. jg.	Ein-gangs-quote	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
			SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	47	61,7	29	**2**	39	**2**	26	**1**	40	**2**	134	**7**
2019/20	43	81,4	35	**2**	35	**2**	38	**2**	24	**1**	132	**7**
2020/21	69	69,6	48	**2**	34	**2**	35	**2**	38	**2**	155	**8**
2021/22	58	91,4	53	**2**	45	**2**	34	**2**	32	**2**	164	**8**
2022/23	56	82,1	46	**2**	54	**2**	45	**2**	32	**2**	177	**8**
2023/24	76	80,5	61	**3**	47	**2**	54	**2**	43	**2**	205	**9**
2024/25	52	80,5	42	**2**	62	**3**	47	**2**	51	**2**	202	**9**
2025/26	61	80,5	49	**2**	43	**2**	61	**3**	45	**2**	198	**9**
2026/27	56	80,5	45	**2**	50	**2**	43	**2**	58	**3**	196	**9**
2027/28	50	80,5	40	**2**	46	**2**	50	**2**	41	**2**	177	**8**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

Im Einzugsbereich der Grundschule befindet sich das Kasernengelände, auf dem in den kommenden Jahren verschiedene Baugrundstücke bezugsfertig werden (vgl. Kapitel 1.2.2.3). Potenziell werden aus diesem Neubaugebiet auch Schüler*innen an die Grundschulen Liebfrauen und Leegmeerschule gehen. Für die Prognose wurden sie zunächst gänzlich der St. Georg-Schule zugewiesen. Tabelle 6 zeigt, wie viele Schüler*innen hier in den einzelnen Schuljahren zusätzlich aus den Neubaugebieten erwartet werden könnten. Dabei wird zwischen zwei Szenarien unterschieden: 50 % Zuzug und 75 % Zuzug von Auswärtigen in die Neubaugebiete.

Tabelle 6: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen St. Georg-Schule Hüthum aus den Baugebieten

50 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	0,7	-	-	-
2023/24	0,7	-	-	-
2024/25	0,6	-	-	-
2025/26	1,1	0,5	0,5	0,5
2026/27	2,8	1,8	1,8	1,8
2027/28	3,9	1,3	1,3	1,3
75 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	1,1	-	-	-
2023/24	1,0	-	-	-
2024/25	0,9	-	-	-
2025/26	1,7	0,8	0,8	0,8
2026/27	4,2	2,7	2,7	2,7
2027/28	5,9	1,9	1,9	1,9

Der Bezug der Neubaugebiete wirkt sich bei beiden Zuzugsszenarien nicht auf die Zahl der Klassen aus; es erhöhen sich durch den leichten Anstieg der Schüler*innenzahlen lediglich die Klassenfrequenzen. Liegt die Klassenfrequenz bei der Basisprognose maximal bei 27,0 in den höheren Jahrgängen, sind es bei der 75 %-Zuzugsvariante einmalig 28,5 und bei der 50 %-Zuzugsvariante einmalig 28,0.

Die aktuellen Schüler*innenzahlen für das Schuljahr 2022/23 zeigen bereits einen leicht höheren Anstieg der Schüler*innenzahlen als prognostiziert. Statt 177 Schüler*innen werden inzwischen insgesamt 193 Kinder beschult. Während sich in der 1. Klasse ein Kind mehr befindet als prognostiziert, sind es in den übrigen Jahrgängen zwischen 4 und 5 Kinder. Inzwischen befinden sich im 2. Jahrgang durchschnittlich 29 Kinder pro Klasse. Laut Einschätzung der Schule liegt dies insbesondere in dem Zuzug in das Neubaugebiet Kasernengelände begründet. Die Belegungsdichte in diesem Baugebiet fällt damit bislang tendenziell etwas höher aus, als zunächst angenommen. Diese Entwicklung und die weiteren Auswirkungen des Baugebietes auf die Grundschulen in Emmerich am Rhein sollten daher mit dem sukzessiven Bezug weiterer Wohneinheiten beobachtet werden.

2.1.2 Betreuung an der St. Georg-Schule Hüthum

Die St. Georg-Schule Hüthum ist eine Offene Ganztagsschule, an der auch eine 8-1-Betreuung („Schule Plus") angeboten wird. Die Betreuungsquote schwankte in den letzten Jahren insgesamt zwischen rund 60 und 70 %. Während die OGS-Betreuungsquote im Schuljahr 2021/22 bei 32 % lag, wurden rund 35 % in der Schule Plus betreut. Die Betreuungszahlen für das Schuljahr 2022/23 ergeben darüber hinaus bereits eine Betreuungsquote von 39 % in der OGS und verdeutlichen damit die gestiegene Nachfrage dieser Betreuungsform. Die Schule Plus beläuft sich 2022/23 auf eine Betreuungsquote von 30 %.

Tabelle 7: Betreuung St. Georg-Schule Hüthum

St. Georg-Schule Hüthum								
	OGS			8-1-Betreuung[9]			Betreuung gesamt	
Schul-jahr	Anzahl SuS	Gruppen	Betreu-ungs-quote	Anzahl SuS	Gruppen	Betreu-ungs-quote	Anzahl SuS	Betreu-ungs-quote
2018/19	33	1,3	24,6	50	2,0	37,3	83	61,9
2019/20	41	1,6	31,1	46	1,8	34,8	87	65,9
2020/21	45	1,8	29,0	60	2,4	38,7	105	67,7
2021/22	52	2,1	31,7	57	2,3	34,8	109	66,5

2.1.3 Raumbestand und Raumbedarf St. Georg-Schule Hüthum

In den folgenden Tabellen ist der Ist-Bestand der Schulräume an der St. Georg-Schule dargestellt. Zunächst werden die Hauptnutzung und die Mehrfachnutzung der Schulräume vorgestellt.

Die Raumbilanz – der Abgleich zwischen Ist-Bestand und Raumstandard – ist in Tabelle 10 dargestellt.

Tabelle 8: Raumbestand St. Georg-Schule Hüthum – Hauptnutzung von Schulräumen

St. Georg-Schule Hüthum						
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Raumgröße in qm			
			Summe	Mittel-wert	Minimum	Maximum
Unterricht	Klassenraum	8	515,16	64,39	61,42	65,97
	Musikraum					
	Kunstraum					
	Computerraum					
	sonst. Mehrzweckraum					
	Sonderpädagogische Förderung					
	Sprachförderung (DaZ)					
	sonst. individuelle Förderung / Gruppenarbeit[10]	2	27,94	13,97	13,68	14,26
	Schüler*innenbücherei					
	JeKits					
	Aula / Forum[11]	1	37,52	69,24	37,52	37,52

[9] Die Daten der Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 standen zum Stichtag 1.1. zur Verfügung, die Daten zum Schuljahr 2021/22 zum Stichtag 30.6..

[10] Bei den Räumen handelt es sich um Nebenräume von Klassen, die nur über diese zugänglich sind.

[11] Bühne in der Turnhalle.

St. Georg-Schule Hüthum						
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Raumgröße in qm			
			Summe	Mittel-wert	Minimum	Maximum
Betreuung	Gruppenraum OGS	4	276,95	68,05	64,78	72,80
	Gruppenraum 8-1					
	Spielraum					
	Ruheraum					
	Hausaufgabenbetreuung					
	Speiseraum Betreuung					
	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung im Rahmen der Betreuung					
	sonst. Raum Betreuung					
	Büro Betreuung					
Funktionsräume	Lehrkräftezimmer	1	59,36	59,36	59,36	59,36
	Lehrkräftearbeitsraum					
	Büro Schulleitung	1	14,83	14,83	14,83	14,83
	Büro stellv. Schulleitung					
	Sekretariat	1	14,95	14,95	14,95	14,95
	Besprechungsraum	1	26,10	26,10	26,10	26,10
	Elternsprechzimmer					
	Schulsozialarbeit	1	18,05	18,05	18,05	18,05
	sonst. Büro					
	Sanitätsraum					
	Kopierraum	1	11,04	11,04	11,04	11,04
	Serverraum	1	8,46	8,46	8,46	8,46
	Lehrmittelraum	1	59,36	59,36	59,36	59,36
	Abstellraum / Lager	2	64,24	32,12	21,89	42,35
	Hausmeister*in	2	20,81	10,41	7,20	13,61
Außer-schu-lische Nutzung	Musikschule					
	Vereine	3	63,74	21,25	11,51	40,61
	VHS					
	sonst. außerschulische Nutzung					

Tabelle 9: Raumbestand St. Georg-Schule Hüthum – weitere Nutzung von Schulräumen

St. Georg-Schule Hüthum																			
	weitere Nutzungen																		
Hauptnutzung	Sonderpädagogische Förderung	Sprachförderung (DaZ)	Gruppenarbeit / sonst. Individuelle Förderung	Gruppenraum 8-1	Spielraum	Ruheraum	Hausaufgabenbetreuung	Speiseraum Betreuung	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung	Büro Betreuung	Lehrkräftearbeitsraum	Teeküche Personal	sonst. Büro	Hausmeister*in	Sanitätsraum	Lehrmittelraum	Abstellraum / Lager	Musikschule	Vereine
Klassenraum	1	1	1																
Gruppenarbeit / sonst. Individuelle Förderung	2															2			
Aula / Forum																			1
Gruppenraum OGS / 13 Plus					3	1	1	1	1	1									
Lehrkräftezimmer											1				1	1			
Besprechungsraum												1							
Abstellraum / Lager														1					
Vereine																	3	1	
Gesamt	3	1	1	1	3	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	1	1

Tabelle 10: Raumbilanz St. Georg-Schule Hüthum

St. Georg-Schule Hüthum							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Unterricht	Klassenräume	8	9	61,4	72,0	-1	▪ Bei maximal 9 prognostizierten Klassen, bestünde ein Bedarf an einem Klassenraum.
	Mehrzweckräume	-	2	-	72,0	-2	
	Differenzierungsräume zur sonderpäd. Förderung / Sprachförderung (DaZ) / Gruppenarbeit / sonst. individuelle Förderung	2	4	13,7	36,0	(-2) -4	▪ Die Räume unterschreiten die Mindestgröße und sind Nebenräume von Klassen, die nur über diese zugänglich sind. Daher ergibt sich eher ein Bedarf an 4 Räumen. ▪ Zusätzlich werden verschiedene weitere Räume als Differenzierungsräume genutzt.
	Schüler*innenbücherei	-	1	-	72,0	-1	
	Aula / Veranstaltungsort	1	-	37,5	150,0	+/-0	▪ Bei dem Raum handelt es sich um eine Bühne, die in der Turnhalle liegt. Diese wird als Aula genutzt.
	Räume für individuelle Angebote (z.B. Ruheraum, ergänzende Ganztagsangebote, Therapieangebote)	-	2	-	72,0	(-2)	▪ Es gibt jedoch einen rechnerischen Überhang im Bereich der Aufenthaltsräume für den Ganztag.

St. Georg-Schule Hüthum							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Betreuung	Ganztag Aufenthalt (Spielraum, Aufenthaltsraum u.ä.)	4	2	64,8	72,0	(+2)	▪ Die vorhandenen Räume für den Ganztag gleichen den Fehlbedarf an Räumen für individuelle Angebote tendenziell aus. Ein Ganztagsraum wird jedoch derzeit als Speiseraum und Raum für die Essenszubereitung genutzt.
	Speiseraum	-	-	-	80,0	-1	▪ Ein Gruppenraum wird auch als Speiseraum genutzt, unterschreitet jedoch die Mindestgröße für einen Speiseraum.
	Küche / Lager / Verwaltung / Personaltoiletten / Büro Leitung	-	-	-	60,0	-60 m²	▪ Ein Gruppenraum wird auch als Raum für die Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung genutzt. Originäre Räume sind an der Schule nicht eingerichtet.
Verwaltung	Sekretariat	1	1	15,0	20,0	+/-0	
	Büro Schulleitung	1	1	14,8	20,0	+/-0	
	Büro stellvertretende Schulleitung	-	1	-	16,0	(-1) +/-0	▪ Zukünftig befindet sich das Büro der stellvertretenden Schulleitung am geplanten Teilstandort Elten.
	Büro Schulsozialarbeit	1	1	18,1	16,0	+/-0	
	Lehrkräftezimmer	1	1	59,4	58,0	+/-0	▪ Eine Teeküche befindet sich im benachbarten Besprechungsraum.
	Lehrkräftearbeitsplätze	-	-	-	30,0	-30 m²	▪ Lehrkräftearbeitsplätze sind im Lehrkräftezimmer eingerichtet.
	Besprechungsraum (Beratung, Schüler/-innen-/Elterngespräche etc.)	1	1	26,1	12,0	+/-0	

St. Georg-Schule Hüthum							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Funk-tions-räume	Sanitätsraum	-	1	-	16,0	-1	▪ Eine Sanitätsliege befindet sich im Lehrkräftezimmer
	Kopierraum	1	1	11,0	8,0	+/-0	
	Lehrmittelraum	-	1	-	35,0	-1	
	Hausmeister*in	2	1	11,5	16,0	+/-0	▪ Insgesamt steht eine Fläche von 41 m² zur Verfügung. ▪ Bei einem Raum handelt es sich um eine Werkstatt im Keller.

2.1.4 Zusammenfassung St. Georg-Schule Hüthum

An der Schule ist in den kommenden Jahren mit einem Anstieg der Schüler*innenzahlen zu rechnen. In einem Schuljahr werden 3 Eingangsklassen erwartet, sodass die Zahl der Klassen auf insgesamt 9 steigen würde. Aufgrund eines vermehrten Zuzugs ist der Anstieg der Schüler*innenzahlen bereits heute etwas höher als erwartet.

Räumlich ist die Schule lediglich für eine Zweizügigkeit ausgestattet, maximal können 8 Klassen beschult werden. Auch dann ergeben sich noch deutliche Raumbedarfe.

- Im Unterrichtsbereich fehlt es der Schule gänzlich an Mehrzweckräumen. Die vorhandenen Differenzierungsräume unterschreiten die Mindestgröße und sind nur über 2 Klassenräume zugänglich. An frei zugänglichen Differenzierungsräumen fehlt es der Schule gänzlich. Darüber hinaus gibt es keine Schüler*innenbücherei.
- Im Bereich des Ganztags steht einem Bedarf an Räumen für individuelle Angebote ein Plus an OGS-Gruppenräumen gegenüber. Allerdings fehlt ein originärer Speiseraum, Küchen- und Lagerkapazitäten sowie ein Büro für die OGS-Koordination. Derzeit wird das Essen in einem Gruppenraum mit einer Küchenzeile eingenommen.
- Im Verwaltungsbereich fehlt es an einem Büro für die stellvertretende Schulleitung, dieses wird sich zukünftig am Standort Elten befinden. Es gibt keine separaten Lehrkräftearbeitsplätze.
- Im Funktionsbereich zeigt sich in Bedarf an einem separaten Sanitätsraum und einem Lehrmittelraum.

Insgesamt zeichnet sich an der St. Georg-Schule die Notwendigkeit von Erweiterungsmaßnahmen ab. Neben den aufgezeigten Raumbedarfen ist dabei zu beachten, dass eine multifunktionale Raumnutzung, wie sie im Raumprogramm insbesondere im Rahmen des Ganztags vorgesehen ist, durch die Struktur und Lage der Schulgebäude und Räume eingeschränkt ist. Hierauf sollte bei Planungen Rücksicht genommen werden. Darüber hinaus sind die Schüler*innenzahlen an der Schule zuletzt aufgrund eines vermehrten Zuzugs mehr angestiegen als erwartet. Umverteilungen der Schüler*innen auf den zukünftigen Teilstandort werden in den kommenden Jahren voraussichtlich notwendig werden. Im Hinblick auf die Planungen von Erweiterungsbaumaßnahmen sollten diese Tendenzen weiter beobachtet werden und ggf. flexibel nutzbare Unterrichtsräume eingeplant werden, um möglichst anpassungsfähig vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung der Schule über den Prognosezeitraum hinaus reagieren zu können.

2.2 Luitgardisschule Elten

Die Gemeinschaftsgrundschule Luitgardisschule Elten wird aufgrund ihrer Lage ca. 8 km außerhalb von Emmerich am Rhein hauptsächlich von Eltener Kindern besucht. Da die Schule zugleich an der niederländischen Grenze liegt, besuchen Kinder aus Elten teilweise auch eine Schule in den Niederlanden.

Tabelle 11 zeigt den Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund an der Schule. Er liegt zwischen 30 und 40 % und damit unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Insbesondere der Anteil der Kinder, die in einem Haushalt aufwachsen, in dem eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird, ist deutlich geringer. Der ausländischen Kinder ist zuletzt im Schuljahr 2021/22 etwas gestiegen.

Tabelle 11: Migrationshintergrund Luitgardisschule Elten

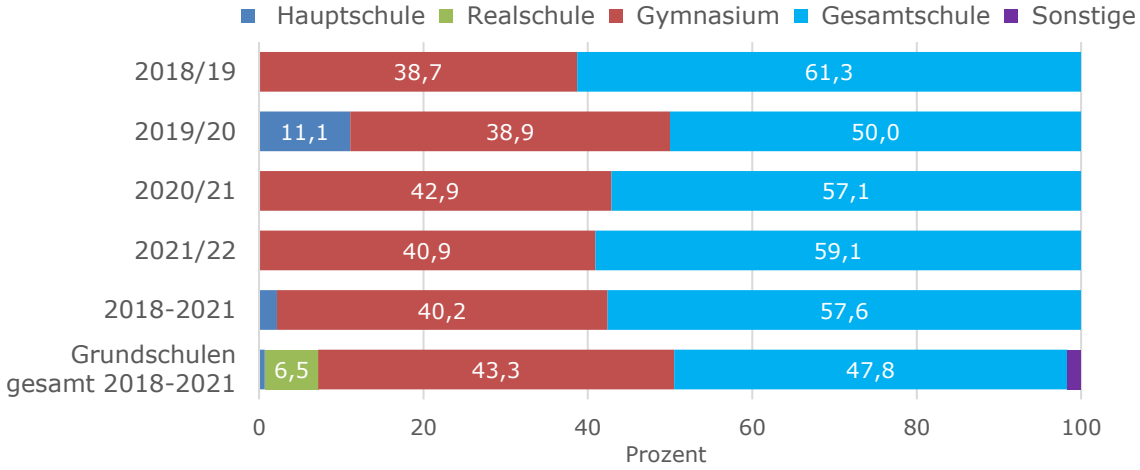
Luitgardisschule Elten				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrations-hintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	32,2	13,3	32,2	24,4
2019/20	31,9	10,6	31,9	20,2
2020/21	40,2	14,7	39,2	26,5
2021/22[12]	37,4	19,8	k.A.	k.A.
Grundschulen insgesamt 2021/22	48,9	26,8	k.A.	k.A.

An der Luitgardisschule Elten werden derzeit keine Schüler*innen im Gemeinsamen Lernen unterrichtet.

Abbildung 5 zeigt die Übergänge von der Luitgardisschule Elten an weiterführende Schulen. Wie in der gesamten Stadt zeigt sich, dass die Schüler*innen fast ausschließlich an ein Gymnasium oder eine Gesamtschule wechseln und damit vorwiegend vor Ort bleiben. Jeweils knapp 60 % gehen jährlich an die Gesamtschule über, der Rest setzt die Schullaufbahn am Gymnasium fort.

[12] Die Daten für das Schuljahr 2021/22 wurden von der Stadt übermittelt. Es stehen für dieses Jahr nur Daten zu Schüler*innen mit Migrationshintergrund bzw. ausländischen Schüler*innen zur Verfügung.

Abbildung 5: Übergänge in weiterführende Schulen Luitgardisschule Elten



2.2.1 Schüler*innen sowie Klassen Luitgardisschule Elten

Die in der Vergangenheit durchgängig einzügig geführte Luitgardisschule Elten hat in den kommenden Jahren insbesondere aufgrund veränderter Eingangsquoten sinkende Schüler*innenzahlen zu verzeichnen (Tabelle 12). Bereits in den letzten Jahren wurde die Mindestgröße von 92 Schüler*innen zur Fortführung der Grundschule nach § 83 Schulgesetz NRW (§83, Abs. 1) unterschritten. Diese Tendenz wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Im Schuljahr 2022/23 hat die Bezirksregierung eine Ausnahmegenehmigung für die Bildung einer Eingangsklasse mit 13 Schüler*innen erteilt.

Tabelle 12: Schüler*innen sowie Klassen Luitgardisschule Elten

Luitgardisschule Elten												
Schul-jahr	Ein-schul. jg.	Ein-gangs-quote	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
			SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	28	96,4	27	**1**	23	**1**	21	**1**	19	**1**	90	**4**
2019/20	46	52,2	24	**1**	28	**1**	22	**1**	20	**1**	94	**4**
2020/21	39	66,7	26	**1**	29	**1**	25	**1**	22	**1**	102	**4**
2021/22	39	41,0	16	**1**	31	**1**	21	**1**	23	**1**	91	**4**
2022/23	23	56,5	13	**1**	18	**1**	26	**1**	20	**1**	77	**4**
2023/24	36	53,7	19	**1**	15	**1**	15	**1**	25	**1**	74	**4**
2024/25	45	53,7	24	**1**	22	**1**	13	**1**	14	**1**	73	**4**
2025/26	39	53,7	21	**1**	27	**1**	19	**1**	12	**1**	79	**4**
2026/27	32	53,7	17	**1**	24	**1**	23	**1**	18	**1**	82	**4**
2027/28	49	53,7	26	**1**	19	**1**	20	**1**	22	**1**	87	**4**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse Prognose.

Die aktuellen Schüler*innenzahlen zum Schuljahr 2022/23 an der Luitgardisschule Elten fallen leicht höher aus als prognostiziert. Insgesamt werden 8 Schüler*innen mehr beschult als erwartet: 4 Schüler*innen mehr im 1. Jahrgang, 1 mehr im 2. Jahrgang und 3 mehr im 3. Jahrgang.

Im nächsten Jahr wird im Einzugsbereich der Grundschule das kleinere Neubaugebiet „Eltener Feld" bezugsfertig. Hier sollen 6 Wohneinheiten geschaffen werden. 2024 werden zudem 20 Wohneinheiten im Baugebiet „Eltener Mühle/Alex-Kerkhoff-Straße" bezogen. Wie die folgende Tabelle aufzeigt, ist hier sowohl bei der Annahme einer 50 %-igen Zuzugsquote als auch einer 75 %-igen Zuzugsquote nicht mit größeren Auswirkungen auf die Anzahl der Schüler*innen und Klassen zu rechnen.

Tabelle 13: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen an der Luitgardisschule Elten aus den Baugebieten

50 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	-	-	-	-
2023/24	0,1	0,1	0,1	0,1
2024/25	0,5	0,4	0,4	0,4
2025/26	0,5	-	-	-
2026/27	0,5	-	-	-
2027/28	0,4	-	-	-
75 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	-	-	-	-
2023/24	0,2	0,2	0,2	0,2
2024/25	0,8	0,6	0,6	0,6
2025/26	0,8	-	-	-
2026/27	0,7	-	-	-
2027/28	0,7	-	-	-

2.2.2 Betreuung an der Luitgardisschule Elten

An der Luitgardisschule Elten findet neben dem Angebot der Offenen Ganztagsschule auch eine 8-1-Betreuung statt. Die Betreuungsquote ist insgesamt an der Schule in den letzten Jahren auf 77 % gestiegen. Dabei wurden zuletzt 34 % in der Schule Plus und über 40 % in der OGS betreut.

Die Betreuungszahlen für das Schuljahr 2022/23 verweisen im Bereich der OGS auf eine gesunkene Nachfrage (38 %), während die Schule Plus auf eine Betreuungsquote von 35 % kommt.

Tabelle 14: Betreuung Luitgardisschule Elten

Luitgardisschule Elten								
	OGS			8-1-Betreuung[13]			Betreuung gesamt	
Schuljahr	Anzahl SuS	Gruppen	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Gruppen	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Betreuungsquote
2018/19	30	1,2	33,3	22	0,9	24,4	52	57,8
2019/20	40	1,6	42,6	27	1,1	28,7	67	71,3
2020/21	43	1,7	42,2	25	1,0	24,5	68	66,7
2021/22	39	1,6	42,9	31	1,2	34,1	70	76,9

2.2.3 Raumbestand und Raumbedarf Luitgardisschule Elten

In den folgenden Tabellen ist der Ist-Bestand der Schulräume der Luitgardisschule Elten dargestellt. Zunächst werden die Hauptnutzung und die Mehrfachnutzung der Schulräume vorgestellt.

Die Raumbilanz – der Abgleich zwischen Ist-Bestand und Raumstandard – ist in Tabelle 17 dargestellt.

Die Schule befindet sich im Gebäude der ehemaligen Europa-Hauptschule. Hier stehen potenziell weitere Räume zur Verfügung, die bei Bedarf von der Schule genutzt werden können.

Tabelle 15: Raumbestand Luitgardisschule Elten – Hauptnutzung von Schulräumen

Luitgardisschule Elten						
			Raumgröße in qm			
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Summe	Mittelwert	Minimum	Maximum
Unterricht	Klassenraum	4	271,64	67,91	67,91	67,91
	Musikraum	1	67,91	67,91	67,91	67,91
	Kunstraum					
	Computerraum	1	67,91	67,91	67,91	67,91
	sonst. Mehrzweckraum	2	135,82	67,91	67,91	67,91
	Sonderpädagogische Förderung					
	Sprachförderung (DaZ)					
	sonst. individuelle Förderung / Gruppenarbeit	2	135,82	67,91	67,91	67,91
	Schüler*innenbücherei	1	67,91	67,91	67,91	67,91
	JeKits					
	Aula / Forum					

[13] Die Daten der Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 standen zum Stichtag 1.1. zur Verfügung, die Daten zum Schuljahr 2021/22 zum Stichtag 30.6..

Luitgardisschule Elten						
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl**	**Raumgröße in qm**			
			Summe	**Mittel-wert**	**Minimum**	**Maximum**
Betreuung	Gruppenraum OGS	2	137,24	68,62	68,62	68,62
	Gruppenraum 8-1					
	Spielraum					
	Ruheraum					
	Hausaufgabenbetreuung					
	Speiseraum Betreuung	1	104,70	104,70	104,70	104,70
	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung im Rahmen der Betreuung					
	sonst. Raum Betreuung					
	Büro Betreuung	1	15,09	15,09	15,09	15,09
Funktionsräume	Lehrkräftezimmer	1	65,99	65,99	65,99	65,99
	Lehrkräftearbeitsraum					
	Büro Schulleitung	1	31,11	31,11	31,11	31,11
	Büro stellv. Schulleitung					
	Sekretariat	1	30,38	30,38	30,38	30,38
	Besprechungsraum					
	Elternsprechzimmer	1	15,09	15,09	15,09	15,09
	Schulsozialarbeit					
	sonst. Büro					
	Sanitätsraum[14]	1	8,04	8,04	8,04	8,04
	Kopierraum					
	Serverraum	2	31,15	15,58	7,77	23,38
	Lehrmittelraum	2	45,45	22,73	15,09	30,36
	Abstellraum / Lager	8	113,43	14,18	3,39	33,23
	Hausmeister*in	1	30,38	30,38	30,38	30,38
Außer-schu-lische Nutzung	Musikschule					
	Vereine					
	VHS					
	sonst. außerschulische Nutzung[15]	12	681,32	56,77	13,85	94,20

[14] Bei dem Raum handelt es sich um die ehemalige Hausmeisterloge in der Eingangshalle, die nicht optimal als Sanitätsraum genutzt werden kann. Derzeit befindet sich eine Sanitätsliege im Lehrkräftezimmer.

[15] Räume im Gebäude der ehemaligen Hauptschule, die nicht von der Grundschule genutzt werden.

Tabelle 16: Raumbestand Luitgardisschule Elten – weitere Nutzung von Schulräumen

Luitgardisschule Elten						
	weitere Nutzungen					
Hauptnutzung	Sprachförderung (DaZ)	Gruppenraum 8-1	Hausaufgabenbetreuung	Sonst. Raum Betreuung	Kopierraum	Sonst. außerschulische Nutzung
Klassenraum			4			
Sonst. Mehrzweckraum						1
Schüler*innenbücherei	1			1		
Gruppenraum OGS / 13 Plus		2				
Lehrmittelraum					1	
Gesamt	1	2	4	1	1	1

Tabelle 17: Raumbilanz Luitgardisschule Elten

Luitgardisschule Elten							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Unterricht	Klassenräume	4	4	68,0	72,0	+/-0	
	Mehrzweckräume	4	1	68,0	72,0	+3	
	Differenzierungsräume zur sonderpäd. Förderung / Sprachförderung (DaZ) / Gruppenarbeit / sonst. individuelle Förderung	2	2	68,0	36,0	+/-0	▪ Die Räume haben Klassenraumgröße.
	Schüler*innenbücherei	1	1	68,0	72,0	+/-0	
	Aula / Veranstaltungsort	-	-	-	150,0	-	▪ Als Veranstaltungsort wird die Eingangshalle oder die Turnhalle genutzt.
	Räume für individuelle Angebote (z.B. Ruheraum, ergänzende Ganztagsangebote, Therapieangebote)	-	1	-	72,0	(-1)	▪ Die vorhandenen Räume für den Ganztag gleichen den Fehlbedarf an Räumen für individuelle Angebote tendenziell aus.

Luitgardisschule Elten							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Betreuung	Ganztag Aufenthalt (Spielraum, Aufenthaltsraum u.ä.)	2	1	69,0	72,0	(+1)	
	Speiseraum	1	-	104,70	40,0	+65 m²	
	Küche / Lager / Verwaltung / Personaltoiletten / Büro Leitung	-	-	-	45,0	(-1) +/-0	▪ Die Küche befindet sich im Speiseraum und umfasst ca. 15 m². Sie unterschreitet damit die Sollgröße.
Verwaltung	Sekretariat	1	1	30,3	20,0	+/-0	
	Büro Schulleitung	1	1	31,1	20,0	+/-0	
	Büro stellvertretende Schulleitung	-	1	-	16,0	-1	
	Büro Schulsozialarbeit	-	1	-	16,0	-1	
	Lehrkräftezimmer	1	1	66,0	30,0	(+36 m²)	
	Lehrkräftearbeitsplätze	-	-	-	30,0	(-30 m²) +/-0	▪ Es gibt zwar keinen separaten Lehrkräftearbeitsraum, die Fläche des Lehrkräftezimmers insgesamt ist aber ausreichend.
	Besprechungsraum (Beratung, Schüler/-innen-/Elterngespräche etc.)	1	1	15,1	12,0	+/-0	

Luitgardisschule Elten							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Funk-tions-räume	Sanitätsraum	-	1	8,0	16,0	-1	▪ Die ehemalige Hausmeisterloge wird nicht mehr als Sanitätsraum genutzt. Es befindet sich eine Sanitätsliege im Lehrkräftezimmer.
	Kopierraum	-	1	-	8,0	(-1) +/-0	▪ Ein Lehrmittelraum wird auch als Kopierraum genutzt, die Fläche insgesamt ist hier ausreichend.
	Lehrmittelraum	2	1	15,1	25,0	+1	▪ Insgesamt steht eine Fläche von 45 m² zur Verfügung.
	Hausmeister*in	1	1	30,4	16,0	+/-0	

2.2.4 Zusammenfassung Luitgardisschule Elten

- In den kommenden Jahren werden für die Luitgardisschule Elten zunächst sinkende Schüler*innenzahlen prognostiziert. Zum Ende des Prognosezeitraums ist wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Ab dem kommenden Schuljahr wird sie als Teilstandort im Grundschulverbund St. Georg-Schule, katholische Grundschule mit Gemeinschaftsstandort geführt.
- Räumlich ist die Schule insgesamt gut ausgestattet. Vor dem Hintergrund der Raumkapazitäten ist auch die Unterbringung weiterer Klassen im Gebäude möglich. Die sich zeigenden Raumbedarfe im Verwaltungs- und Funktionsbereich können im Bestand gelöst werden.
- Im Bereich der Betreuung ist die Schule ausreichend ausgestattet. Bei steigender OGS-Quote gilt es die Küchenkapazitäten vor dem Hintergrund der Organisationsform des Essens zu prüfen. Die Küche befindet sich derzeit im ausreichend großen Speiseraum.
- Im Verwaltungsbereich fehlt es an einem Büro für die Schulsozialarbeit. Hierfür könnte ggf. das ehemalige Büro des Schulleiters der Hauptschule genutzt werden, in dem derzeit Lehrmittel untergebracht sind und das sich im Verwaltungstrakt der Schule befindet. Ein weiteres Büro für die Schulleitung wird künftig nicht mehr benötigt. Dieses befindet sich am zukünftigen Hauptstandort des Grundschulverbunds in Hüthum.
- Es gibt keinen separaten Sanitätsraum an der Schule. Die Schule wünscht sich die Unterbringung der Sanitätsliege ebenfalls im Büro des ehemaligen Schulleiters der Hauptschule.
- Darüber hinaus wünscht sich die Schule eine Sanierung und Renovierung der Schüler*-innentoiletten. Die Türen seien zu schwer zu öffnen für die Schüler*innen, was bereits zu Verletzungen geführt habe. Darüber hinaus seien die Toilettenanlagen sehr dunkel und die Urinale würden nicht benötigt.
- Derzeit gibt es an der Schule darüber hinaus weiteres Raumpotenzial in Form von nicht genutzten Räumen der ehemaligen Hauptschule (Werkraum und Fachraum Naturwissenschaften). Diese wurden nicht zurückgebaut.

2.2.5 Grundschulverbund St. Georg-Schule, Katholische Grundschule mit Gemeinschaftsstandort der Stadt Emmerich am Rhein

Ab dem kommenden Schuljahr 2022/23 werden die katholische St. Georg-Schule in Hüthum und die Luitgardisschule Elten in Elten gemeinsam als Grundschulverbund geführt. Auf diese Weise wird das Fortbestehen der Luitgardisschule Elten vor dem Hintergrund sinkender Schüler*innenzahlen gesichert. Schulrechtlich kann die Schule nur noch als Teilstandort eines Grundschulverbundes mit einer anderen Grundschule bestehen.

In der folgenden Tabelle 18 ist das Gesamtschüler*innenpotenzial der Schulen in den kommenden Jahren dargestellt – zunächst ohne Berücksichtigung der geplanten Baugebiete. Hierbei wird für die Klassenbildung die prognostizierte Gesamtzahl der Schüler*innen der beiden Schulen herangezogen. An den beiden Schulen zeigt sich insgesamt ein Schüler*innenpotenzial für eine durchgehende Dreizügigkeit.

Tabelle 18: Schüler*innen sowie Klassen Grundschulverbund Hüthum-Elten (Basisprognose)

Grundschulverbund Hüthum-Elten										
Schuljahr	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	56	**3**	62	**3**	47	**2**	59	**3**	224	**11**
2019/20	59	**3**	63	**3**	60	**3**	44	**2**	226	**11**
2020/21	74	**3**	63	**3**	60	**3**	60	**3**	257	**12**
2021/22	69	**3**	76	**3**	55	**3**	55	**3**	255	**12**
2022/23	59	**3**	72	**3**	71	**3**	52	**3**	254	**12**
2023/24	80	**3**	62	**3**	69	**3**	68	**3**	279	**12**
2024/25	66	**3**	84	**3**	60	**3**	65	**3**	275	**12**
2025/26	70	**3**	70	**3**	80	**3**	57	**3**	277	**12**
2026/27	62	**3**	74	**3**	66	**3**	76	**3**	278	**12**
2027/28	66	**3**	65	**3**	70	**3**	63	**3**	264	**12**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

Berücksichtigt man die zusätzlichen Schüler*innen, die in die Neubaugebiete ziehen, wird im Schuljahr 2023/24 sogar die Bildung von 4 Eingangsklassen notwendig, sodass maximal 13 Klassen zu bilden wären (Tabelle 19). Die Grenze zur Bildung einer 4 Eingangsklasse wird jedoch sowohl bei der Annahme einer Zuzugsquote von 50 % als auch von 75 % nur knapp überschritten. Für den Fall, dass an dem Grundschulverbund eine Mehrklassenbildung notwendig wird, müsste diese voraussichtlich an dem Standort in Elten realisiert werden, da der Standort St. Georg keine Kapazitäten für eine Mehrklassenbildung aufweist.

Tabelle 19: Schüler*innen sowie Klassen Grundschulen Luitgardis und St. Georg (50 % Zuzug)

Luitgardisschule Elten und St. Georg-Schule										
Schul-jahr	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	56	**3**	62	**3**	47	**2**	59	**3**	224	**11**
2019/20	59	**3**	63	**3**	60	**3**	44	**2**	226	**11**
2020/21	74	**3**	63	**3**	60	**3**	60	**3**	257	**12**
2021/22	69	**3**	76	**3**	55	**3**	55	**3**	255	**12**
2022/23	60	**3**	72	**3**	71	**3**	52	**3**	255	**12**
2023/24	82	**4**	63	**3**	69	**3**	68	**3**	282	**13**
2024/25	67	**3**	86	**4**	61	**3**	65	**3**	279	**13**
2025/26	72	**3**	72	**3**	83	**4**	59	**3**	286	**13**
2026/27	65	**3**	78	**3**	70	**3**	81	**4**	294	**13**
2027/28	70	**3**	70	**3**	76	**3**	69	**3**	285	**12**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

2.3 Michaelschule

Die Michaelschule ist eine Gemeinschaftsgrundschule, die sich im Ortsteil Praest, im östlichen Teil der Stadt Emmerich am Rhein befindet.

Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund an der Michaelschule schwankte in den letzten Jahren zwischen 10 und 30 % und liegt insgesamt deutlich unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt (Tabelle 20). Zuletzt sprach rund ein Fünftel der Kinder zu Hause eine andere Sprache als Deutsch.

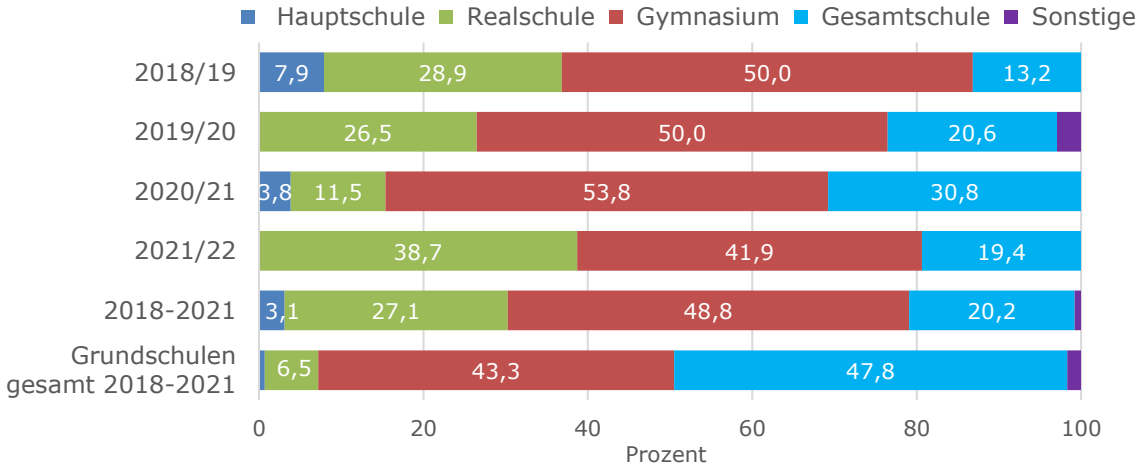
Tabelle 20: Migrationshintergrund Michaelschule

Michaelschule				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrations-hintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	29,5	14,0	28,7	20,9
2019/20	10,6	3,5	10,6	7,1
2020/21	22,9	8,6	21,0	19,0
2021/22[16]	24,1	13,0	k.A.	k.A.
Grundschulen insgesamt 2021/22	48,9	26,8	k.A.	k.A.

Die Schule ist keine Schule des Gemeinsamen Lernens.

In Abbildung 6 sind die Übergänge aus der Michaelschule an weiterführende Schulen dargestellt. Rund 50 % wechseln demnach regelmäßig an ein Gymnasium. Die Anteile der Übergänge an Haupt-, Real- und Gesamtschule schwanken im Zeitverlauf deutlich. Aufgrund der Lage der Schule zwischen Emmerich und Rees setzen relativ viele Schüler*innen ihre Schullaufbahn an der Realschule und dem Gymnasium der Stadt Rees fort.

Abbildung 6: Übergänge in weiterführende Schulen Michaelschule



[16] Die Daten für das Schuljahr 2021/22 wurden von der Stadt übermittelt. Es stehen für dieses Jahr nur Daten zu Schüler*innen mit Migrationshintergrund bzw. ausländischen Schüler*innen zur Verfügung.

2.3.1 Schüler*innen sowie Klassen Michaelschule

Wie Tabelle 21 zeigt, wurden in der Vergangenheit an der Michaelschule 1 bis 2 Eingangsklassen gebildet. Die Zahl Schüler*innen insgesamt ist in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Ab dem Schuljahr 2025/26 werden vor dem Hintergrund größerer Geburtenjahrgänge wieder etwas größere Einschulungsjahrgänge erwartet und jeweils 2 Eingangsklassen gebildet. Damit steigt die Zahl der Klassen bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf 7. Die Schule geht künftig von einer steigenden Tendenz zum längeren Verbleib in der Schuleingangsphase aus.

Tabelle 21: Schüler*innen sowie Klassen Michaelschule

Michaelschule												
Schuljahr	Einschul. jg.	Eingangsquote	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
			SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	37	86,5	32	**2**	33	**2**	27	**1**	37	**2**	129	**7**
2019/20	31	64,5	20	**1**	33	**2**	34	**2**	26	**1**	113	**6**
2020/21	26	69,2	18	**1**	20	**1**	34	**2**	33	**2**	105	**6**
2021/22	35	100,0	35	**2**	18	**1**	20	**1**	35	**2**	108	**6**
2022/23	31	80,6	25	**1**	36	**2**	18	**1**	20	**1**	99	**5**
2023/24	32	79,7	25	**1**	25	**1**	37	**2**	18	**1**	105	**5**
2024/25	33	79,7	26	**1**	25	**1**	26	**1**	37	**2**	114	**5**
2025/26	43	79,7	34	**2**	26	**1**	26	**1**	26	**1**	112	**5**
2026/27	41	79,7	33	**2**	34	**2**	27	**1**	26	**1**	120	**6**
2027/28	41	79,7	33	**2**	33	**2**	35	**2**	27	**1**	128	**7**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

Die aktuellen Schüler*innenzahlen zum Schuljahr 2022/23 entsprechen nahezu den prognostizierten. Insgesamt wird ein*e Schüler*in mehr an der Michaelschule beschult als prognostiziert.

2.3.2 Betreuung an der Michaelschule

Die Michaelschule ist eine Offene Ganztagsschule. Zusätzlich werden Kinder in der 8-1-Betreuung betreut. Maximal lag die Betreuungsquote an der Michaelschule bei rund 73 %, wobei dabei bis zu 57 % die Schule Plus besuchten. Damit liegt die OGS-Betreuungsquote deutlich unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt in Emmerich am Rhein. Im Schuljahr 2021/22 ist die Nachfrage der Schule Plus im Vergleich zur OGS noch einmal gestiegen. Die Betreuungsquoten für 2022/23 ergeben wieder eine Quote von 28 % in der OGS und 48 % in der Schule Plus.

Die Schule selbst geht zukünftig weniger von einer Steigerung der OGS-Betreuungsquote als vielmehr von einer Steigerung der Nachfrage des Angebots Schule Plus aus.

Tabelle 22: Betreuung Michaelschule

Michaelschule								
	OGS			8-1-Betreuung[17]			Betreuung gesamt	
Schuljahr	Anzahl SuS	Gruppen	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Gruppen	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Betreuungsquote
2018/19	32	1,3	24,8	61	2,4	47,3	93	72,1
2019/20	28	1,1	24,8	54	2,2	47,8	82	72,6
2020/21	28	1,1	26,7	45	1,8	42,9	73	69,5
2021/22	21	1,3	19,4	50	2,0	46,3	71	65,7

2.3.3 Raumbestand und Raumbedarf Michaelschule

In den folgenden Tabellen ist der Ist-Bestand der Schulräume der Michaelschule dargestellt. Zunächst werden die Hauptnutzung und die Mehrfachnutzung der Schulräume vorgestellt.

Die Schule besteht aus einem Altbau und zwei Anbauten. Während des Schulbesuchs wurde von Seiten der Schule auf die Risse in den Wänden der Anbauten hingewiesen. Inzwischen musste ein OGS-Raum vor diesem Hintergrund gesperrt werden.

Die Raumbilanz – der Abgleich zwischen Ist-Bestand und Raumstandard – ist in Tabelle 25 dargestellt.

Tabelle 23: Raumbestand Michaelschule – Hauptnutzung von Schulräumen

Michaelschule						
			Raumgröße in qm			
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Summe	Mittelwert	Minimum	Maximum
Unterricht	Klassenraum[18]	10	539,46	53,95	17,35	68,25
	Musikraum					
	Kunstraum					
	Computerraum					
	sonst. Mehrzweckraum					
	Sonderpädagogische Förderung					
	Sprachförderung (DaZ)					
	sonst. individuelle Förderung / Gruppenarbeit					
	Schüler*innenbücherei					
	JeKits					
	Aula / Forum					

[17] Die Daten der Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 standen zum Stichtag 1.1. zur Verfügung, die Daten zum Schuljahr 2021/22 zum Stichtag 30.6..

[18] Der kleinste Raum ist laut Gebäudemanagement Lehrmittelraum, der zu einem Klassenraum gehört. In der Summe stehen daher 9 Klassenräume zur Verfügung.

Michaelschule						
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Raumgröße in qm			
			Summe	Mittel-wert	Minimum	Maximum
Betreuung	Gruppenraum OGS[19]	2	103,66	51,83	41,16	62,50
	Gruppenraum 8-1					
	Spielraum					
	Ruheraum					
	Hausaufgabenbetreuung					
	Speiseraum Betreuung					
	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung im Rahmen der Betreuung					
	sonst. Raum Betreuung					
	Büro Betreuung					
Funktionsräume	Lehrkräftezimmer	1	40,51	40,51	40,51	40,51
	Lehrkräftearbeitsraum					
	Büro Schulleitung	1	19,95	19,95	19,95	19,95
	Büro stellv. Schulleitung					
	Sekretariat	1	12,89	12,89	12,89	12,89
	Besprechungsraum					
	Elternsprechzimmer					
	Schulsozialarbeit					
	sonst. Büro					
	Sanitätsraum					
	Kopierraum	1	13,24	13,24	13,24	13,24
	Serverraum					
	Lehrmittelraum[20]	3	126,28	42,09	8,67	102,80
	Abstellraum / Lager	1	5,50	5,50	5,50	5,50
	Hausmeister*in	1	10,52	10,52	10,52	10,52
Außer-schu-lische Nutzung	Musikschule					
	Vereine	1	5,29	5,29	5,29	5,29
	VHS					
	sonst. außerschulische Nutzung					

[19] Bei dem größeren Raum handelt es sich um den Speiseraum, in dem auch eine Küche enthalten ist.

[20] Der größte der Räume ist laut Gebäudemanagement der Pausenraum.

Tabelle 24: Raumbestand Michaelschule – weitere Nutzung von Schulräumen

Michaelschule									
	weitere Nutzungen								
Hauptnutzung	sonst. Mehrzweckraum	sonderpädagogische Förderung	Gruppenarbeit / sonst. Individuelle Förderung	Gruppenraum 8-1	Lehrkräftearbeitsraum	Sanitätsraum	Serverraum	Lehrmittelraum	Abstellraum / Lager
Klassenraum	1	1	2	3					
Lehrkräftezimmer						2		1	
Kopierraum					1		1		
Lehrmittelraum									3
Gesamt	**1**	**1**	**2**	**3**	**1**	**2**	**1**	**1**	**3**

Tabelle 25: Raumbilanz Michaelschule

Michaelschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Unterricht	Klassenräume	9	7	61,3	72,0	(+2)	▪ Bis zum Ende des Prognosezeitraums werden wieder maximal 7 Klassen erwartet. Zwischenzeitlich werden zum Teil nur 5 Klassen prognostiziert, sodass überzählige Klassenräume anderweitig genutzt werden können.
	Mehrzweckräume	-	2	-	72,0	(-2)	▪ Es ergibt sich ein rechnerischer Überhang bei den Klassenräumen.
	Differenzierungsräume zur sonderpäd. Förderung / Sprachförderung (DaZ) / Gruppenarbeit / sonst. individuelle Förderung	-	4	-	36,0	-4	▪ Multifunktional werden Klassenräume zur unterrichtlichen Differenzierung genutzt, so auch ein kleiner Klassennebenraum/Lehrmittelraum.
	Schüler*innenbücherei	-	1	-	72,0	-1	
	Aula / Veranstaltungsort	-	-	-	150,0	(-1)	▪ Die Turnhalle wird als Versammlungsraum genutzt.
	Räume für individuelle Angebote (z.B. Ruheraum, ergänzende Ganztagsangebote, Therapieangebote)	-	2	-	72,0	-2	

Michaelschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Betreuung	Ganztag Aufenthalt (Spielraum, Aufenthaltsraum u.ä.)	1	2	41,2	72,0	-1	▪ Der Raum unterschreitet die Mindestgröße deutlich. ▪ Zusätzlich werden 2 Klassenräume als Betreuungsräume genutzt.
	Speiseraum	1	-	62,5	80,0	-18 m²	
	Küche / Lager / Verwaltung / Personaltoiletten / Büro Leitung	-	-	-	60,0	-60 m²	▪ Eine Küchenzeile befindet sich im Speiseraum.
Verwaltung	Sekretariat	1	1	12,9	20,0	+/-0	▪ Der Raum unterschreitet die Mindestgröße.
	Büro Schulleitung	1	1	20,0	20,0	+/-0	
	Büro stellvertretende Schulleitung	-	1	-	16,0	-1	
	Büro Schulsozialarbeit	-	1	-	16,0	-1	
	Lehrkräftezimmer	1	1	40,5	58,0	+/-0	▪ Der Raum unterschreitet die Mindestgröße deutlich.
	Lehrkräftearbeitsplätze	-	-	-	30,0	-30 m²	▪ Multifunktional wird der Kopierraum als Lehrkräftearbeits-raum genutzt.
	Besprechungsraum (Beratung, Schüler/-innen-/Elterngespräche etc.)	-	1	-	12,0	-1	

Michaelschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Funk-tions-räume	Sanitätsraum	-	1	-	16,0	-1	▪ Eine Sanitätsliege steht in einem Klassenraum.
	Kopierraum	1	1	13,2	8,0	+/-0	
	Lehrmittelraum	3	1	8,7	35,0	(+3) +/-0	▪ Insgesamt steht eine Fläche von 127 m² zur Verfügung. Bei dem größten der Räume handelt es sich jedoch um den Pausenraum.
	Hausmeister*in	1	1	10,5	16,0	+/-0	

2.3.4 Zusammenfassung Michaelschule

In den kommenden Jahren ist zunächst mit einem Rückgang der Schüler*innen- und Klassenzahlen an der Michaelschule zu rechnen. Bis 2024/25 wird nur noch eine Eingangsklasse erwartet, ab 2026/27 sind es wieder 2 Eingangsklassen.

Dringender Handlungsbedarf besteht an der Schule derzeit im Hinblick auf den OGS-Anbau. Ein Raum musste inzwischen gesperrt werden und die Handlungsbedarfe bezüglich der übrigen Räumlichkeiten werden derzeit vom Fachbereich Immobilien geprüft. Während des Schulbesuchs wies die Schule auf weitere Wandrisse in den Anbauten hin.

Die konkret ermittelten Raumbedarfe ergeben sich unter der Voraussetzung, dass alle Räume von der Schule wieder genutzt werden können. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Betreuungsquote an der Schule und den zunächst sinkenden Klassenzahlen, würden Maßnahmen zunächst mittel- bis langfristig vor dem Hintergrund der tatsächlichen Inanspruchnahme der OGS notwendig.

Sollten Räume nicht mehr genutzt werden können und müssten entsprechende Baumaßnahmen erfolgen, sollten die in der Raumbilanzierung aufgeführten Raumbedarfe möglichst mit bedacht werden.

- Im Unterrichtsbereich fehlt es an Differenzierungsräumen und einer Schüler*innenbücherei. Darüber hinaus gibt es keine Räume für individuelle Angebote.
- Im Betreuungsbereich unterschreitet der Speiseraum die Mindestgröße, es fehlt an Küchenkapazitäten und Betreuungsräumen. Derzeit ist die OGS-Betreuungsquote jedoch nur gering und es gibt keine Warteliste.
- Im Verwaltungsbereich fehlt ein Büro für die stellvertretende Schulleitung, ein Büro für die Schulsozialarbeit, das Lehrkräftezimmer unterschreitet die Mindestgröße, es gibt keinen originären Lehrkräftearbeitsplatz und keinen Besprechungsraum.
- Darüber hinaus gibt es keinen separaten Sanitätsraum.

2.4 Leegmeerschule

Bei der Leegmeerschule handelt es sich um eine katholische Bekenntnisschule. Sie ist eine der drei Schulen im Innenstadtbereich von Emmerich am Rhein und seit 2015/16 Schule des Gemeinsamen Lernens.

Etwa die Hälfte der Schüler*innen der Leegmeerschule hat einen Migrationshintergrund und spricht zu Hause vorwiegend eine andere Sprache als Deutsch (Tabelle 26). Damit liegt die Schule im gesamtstädtischen Durchschnitt der Grundschulen in Emmerich. Der Anteil der ausländischen Schüler*innen ist zuletzt im Schuljahr 2021/22 gestiegen.

Tabelle 26: Migrationshintergrund Leegmeerschule

Leegmeerschule				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrations-hintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	50,0	16,7	49,2	44,0
2019/20	53,4	18,1	52,0	46,2
2020/21	53,7	18,6	52,3	46,3
2021/22[21]	53,4	26,9	k.A.	k.A.
Grundschulen insgesamt 2021/22	48,9	26,8	k.A.	k.A.

In den letzten Schuljahren hatten durchschnittlich 7 % der Schüler*innen der Leegmeerschule einen sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf, wie Tabelle 27 aufzeigt. Alle dieser Schüler*innen hatten in den Schuljahren 2018/19 bis 2020/21 einen Förderschwerpunkt im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen (Förderschwerpunkte Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache).

Tabelle 27: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf Leegmeerschule

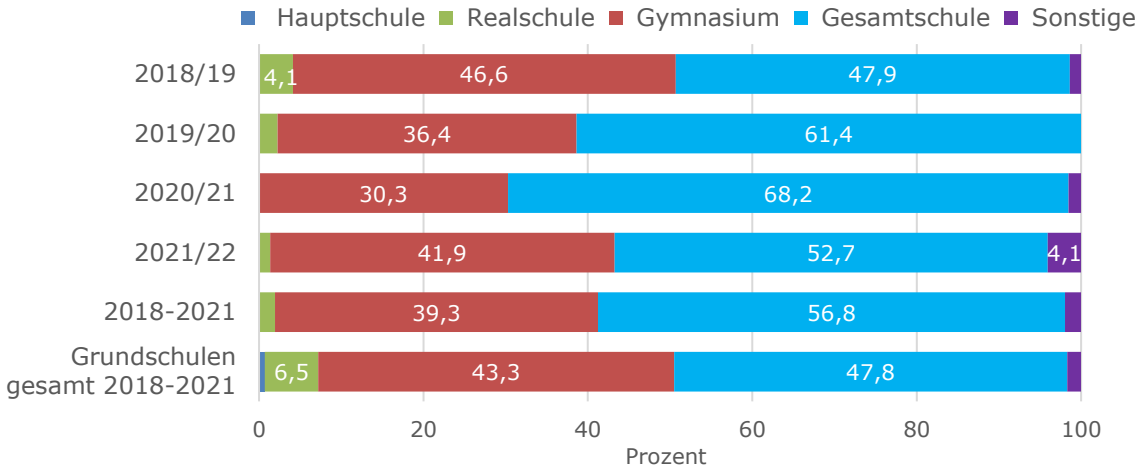
Leegmeerschule		
	Anteile in Prozent	
Schuljahr	Schüler*innen mit sonderpäd. Unterstützungsbedarf	Förderschwerpunkt Lern- und Entwicklungsstörungen
2018/19	6,3	81,3
2019/20	7,6	95,2
2020/21	7,4	95,2
2021/22[22]	6,2	k.A.

[21] Die Daten für das Schuljahr 2021/22 wurden von der Stadt übermittelt. Es stehen für dieses Jahr nur Daten zu Schüler*innen mit Migrationshintergrund bzw. ausländischen Schüler*innen zur Verfügung.

[22] Für das Schuljahr 2021/22 stehen nur Daten des Schulträgers zum Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf insgesamt zur Verfügung.

Abbildung 7 zeigt die Übergänge von Schüler*innen der Grundschule Leegmeerschule an eine weiterführende Schulen. Der Großteil der Schüler*innen wechselt wie im gesamtstädtischen Durchschnitt auf die Gesamtschule oder das Gymnasium in Emmerich am Rhein. In den letzten Jahren gingen zwischen 50 und 70 % an eine Gesamtschule und zwischen 30 und 50 % auf ein Gymnasium über. Nur wenige Schüler*innen besuchen nach der Grundschule eine Hauptschule oder eine Realschule.

Abbildung 7: Übergänge in weiterführende Schulen Leegmeerschule



2.4.1 Schüler*innen sowie Klassen Grundschule Leegmeerschule

In Tabelle 28 ist die Entwicklung der Schüler*innenzahlen an der Leegmeerschule zunächst ohne Betrachtung des Neubaugebiets dargestellt. Es zeigt sich, dass an der Schule jedes Jahr mehr Schüler*innen eingeschult werden als im zugehörigen Einzugsbereich leben. Als Schule des Gemeinsamen Lernens nimmt die Schule Kinder aus dem gesamten Stadtgebiet auf. Die Eingangsquote ist in den letzten Jahren gestiegen.

Zukünftig steigt die Zahl der Schüler*innen an der Leegmeerschule bei Fortschreibung der durchschnittlichen Eingangsquote deutlich. Während in der Vergangenheit durchgängig 3 Eingangsklassen an der Schule gebildet wurden, sind es prognostisch in drei zukünftigen Schuljahren 4 Eingangsklassen. Würde die entsprechende Zahl an Eingangsklassen an der Leegmeerschule gebildet, steigt die Zahl der Klassen auf maximal 14. Im Schuljahr 2027/28 wird zudem der Klassenfrequenzhöchstwert im 2. Schuljahr überschritten.

Gleichzeitig ist die Schule eine Schule des Gemeinsamen Lernen, an der die durchschnittliche Aufnahmezahl auf 23 Schüler*innen je Eingangsklasse laut Beschluss des Schulausschusses vom 15.1.2014 begrenzt werden sollte. Dieser Richtwert würde 2026/27 laut Einzelprognose der Schule überschritten werden. Auch hier gilt es jedoch, dass Gesamtschüler*innenpotenzial im innerstädtischen Bereich zu betrachten (vgl. Kapitel 2.7, S. 82.).

Tabelle 28: Schüler*innen sowie Klassen Leegmeerschule

Leegmeerschule												
Schul-jahr	Ein-schul. jg.	Ein-gangs-quote	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
			SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	45	144,4	65	**3**	74	**3**	69	**3**	44	**2**	252	**11**
2019/20	49	124,5	61	**3**	78	**3**	70	**3**	68	**3**	277	**12**
2020/21	55	125,5	69	**3**	75	**3**	67	**3**	74	**3**	285	**12**
2021/22	41	175,6	72	**3**	77	**3**	68	**3**	73	**3**	290	**12**
2022/23	42	173,8	73	**3**	85	**3**	70	**3**	71	**3**	299	**12**
2023/24	40	147,1	59	**3**	86	**3**	77	**3**	73	**3**	295	**12**
2024/25	64	147,1	94	**4**	70	**3**	78	**3**	80	**3**	322	**13**
2025/26	56	147,1	82	**4**	111	**4**	63	**3**	81	**3**	337	**14**
2026/27	35	147,1	51	**2**	97	**4**	100	**4**	66	**3**	314	**13**
2027/28	64	147,1	94	**4**	60	**2**	88	**4**	104	**4**	346	**14**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

In den kommenden Jahren werden im Einzugsbereich der Leegmeerschule zwei Neubaugebiete bezugsfertig (vgl. Kapitel 1.2.2.3): 80 Wohneinheiten im „Katjesquartier" und 50 Wohneinheiten im Baugebiet „Nierenbergerstraße". Kleinere zusätzliche Überschneidungsgebiete zeigen sich voraussichtlich im Hinblick auf Baugebiete, die der Liebfrauenschule zugeordnet wurden.

In Tabelle 29 ist dargestellt, wie viele Kinder zusätzlich aus dem „Katjesquartier" und dem Baugebiet „Nierenbergerstraße" an der Leegmeerschule in den kommenden Schuljahren zu erwarten sind. Hierbei werden 2 Szenarien betrachtet: 50 % Zuzug und 75 % Zuzug von Auswärtigen in die Neubaugebiete.

In beiden Szenarien wirkt sich der Bezug der Neubaugebiete nicht auf die Zahl der Klassen aus. Es erhöhen sich jedoch die Klassenfrequenzen in den höheren Jahrgängen. In der Basisprognose liegt die maximale Klassenfrequenz in einem Schuljahr (2027/28) in E2/E3 bereits bei 30 Kindern pro Klasse. Bei der Annahme einer 75 %-igen Zuzugsquote in die Neubaugebiete liegt die maximale Klassenfrequenz im gleichen Schuljahr bei 32,5 Kindern pro Klasse.

Tabelle 29: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen an der Leegmeerschule aus den Baugebieten

50 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	-	-	-	-
2023/24	0,3	0,3	0,3	0,3
2024/25	2,0	1,7	1,7	1,7
2025/26	2,4	0,5	0,5	0,5
2026/27	2,2	-	-	-
2027/28	2,1	-	-	-
75 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	-	-	-	-
2023/24	0,4	0,4	0,4	0,4
2024/25	2,9	2,6	2,6	2,6
2025/26	3,6	0,8	0,8	0,8
2026/27	3,3	-	-	-
2027/28	3,1	-	-	-

Die aktuell gemeldeten Schüler*innenzahlen zum Schuljahr 2022/23 entsprechen in der Summe nahezu den prognostizierten, lediglich die Verteilung auf die verschiedenen Jahrgänge fällt etwas anders aus. In den Jahrgängen 1, 3 und 4 finden sich ein bis 3 Schüler*innen mehr. In Jahrgang 2 werden 8 Schüler*innen weniger beschult als angenommen.

2.4.2 Betreuung an der Leegmeerschule

Auch die Leegmeerschule ist eine Offene Ganztagsschule, an der zusätzlich eine 8-1-Betreuung angeboten wird. Während in der Schule Plus zuletzt nur 13 % der Kinder betreut wurden, waren es in der OGS zuletzt mit fast 120 Kindern rund 40 %.

Im Schuljahr 2022/23 erreicht die OGS eine Betreuungsquote von 44,8 %, während die Schule Plus eine Quote von 16,5 % aufweist.

Tabelle 30: Betreuung Leegmeerschule

Leegmeerschule								
	OGS			**8-1-Betreuung[23]**			**Betreuung gesamt**	
Schuljahr	**Anzahl SuS**	**Gruppen**	**Betreuungsquote**	**Anzahl SuS**	**Gruppen**	**Betreuungsquote**	**Anzahl SuS**	**Betreuungsquote**
2018/19	99	4,0	39,3	29	1,2	11,5	128	50,8
2019/20	110	4,4	39,7	40	1,6	14,4	150	54,2
2020/21	119	4,8	41,8	44	1,8	15,4	163	57,2
2021/22	116	4,6	40,0	37	1,5	12,8	153	52,8

[23] Die Daten der Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 standen zum Stichtag 1.1. zur Verfügung, die Daten zum Schuljahr 2021/22 zum Stichtag 30.6..

2.4.3 Raumbestand und Raumbedarf Grundschule Leegmeerschule

In den folgenden Tabellen ist der Ist-Bestand der Schulräume der Leegmeerschule dargestellt. Zunächst werden die Hauptnutzung und die Mehrfachnutzung der Schulräume vorgestellt. Die Betreuungsräume befinden dabei sich in den benachbarten Räumen des Treffpunkts der Heilig-Geist-Kirche. Die Hälfte der Treffpunkt-Räume wurden derzeit zur Nutzung durch die Schule angemietet.

Die Raumbilanz – der Abgleich zwischen Ist-Bestand und Raumstandard – ist in Tabelle 33 dargestellt. Wie in Kapitel 2.7 dargestellt, sollten an der Leegmeerschule vor dem Hintergrund des Ausbaus der Liebfrauenschule, auch weiterhin 12 Klassen beschult werden. Entsprechend bezieht sich die Raumbilanzierung auf eine Dreizügigkeit der Schule.

Tabelle 31: Raumbestand Grundschule Leegmeerschule – Hauptnutzung von Schulräumen

Grundschule Leegmeerschule						
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl**	**Raumgröße in qm**			
			Summe	**Mittel-wert**	**Minimum**	**Maximum**
Unterricht	Klassenraum	12	826,23	68,85	58,41	87,24
	Musikraum					
	Kunstraum					
	Computerraum	1	17,50	17,50	17,50	17,50
	sonst. Mehrzweckraum					
	Sonderpädagogische Förderung	1	48,52	48,52	48,52	48,52
	Sprachförderung (DaZ)					
	sonst. individuelle Förderung / Gruppenarbeit	3	61,14	20,38	15,80	29,48
	Schüler*innenbücherei					
	JeKits					
	Aula / Forum					
Betreuung	Gruppenraum OGS[24]	4	179,20	44,80	15,82	62,85
	Gruppenraum 8-1	1	64,58	64,58	64,58	64,58
	Spielraum	1				
	Ruheraum					
	Hausaufgabenbetreuung					
	Speiseraum Betreuung	1	37,05	37,05	37,05	37,05
	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung im Rahmen der Betreuung	1	9,34	9,34	9,34	9,34
	sonst. Raum Betreuung					
	Büro Betreuung	1	20,68	20,68	20,68	20,68

[24] Ein Raum Garderobe und ein Raum „Treffpunkt"

Grundschule Leegmeerschule						
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Raumgröße in qm			
			Summe	Mittel-wert	Minimum	Maximum
Funktionsräume	Lehrkräftezimmer	1	37,69	37,69	37,69	37,69
	Lehrkräftearbeitsraum					
	Büro Schulleitung	1	24,73	24,73	24,73	24,73
	Büro stellv. Schulleitung	1	12,76	12,76	12,76	12,76
	Sekretariat	1	16,85	16,85	16,85	16,85
	Besprechungsraum	1	7,51	7,51	7,51	7,51
	Elternsprechzimmer					
	Schulsozialarbeit	1	26,66	26,66	26,66	26,66
	sonst. Büro	1	7,27	7,27	7,27	7,27
	Sanitätsraum	1	10,69	10,69	10,69	10,69
	Kopierraum	1	15,04	15,04	15,04	15,04
	Serverraum					
	Lehrmittelraum					
	Abstellraum / Lager					
	Hausmeister*in	1	16,05	16,05	16,05	16,05
Außer-schu-lische Nutzung	Musikschule					
	Vereine					
	VHS					
	sonst. außerschulische Nutzung					

Tabelle 32: Raumbestand Grundschule Leegmeerschule – weitere Nutzung von Schulräumen

Grundschule Leegmeerschule														
	weitere Nutzungen													
Hauptnutzung	sonst. Mehrzweckraum	Sprachförderung (DaZ)	Gruppenarbeit / sonst. Individuelle Förderung	Schüler*innenbücherei	Spielraum	Ruheraum	Hausaufgabenbetreuung	Speiseraum Betreuung	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung	sonst. Raum Betreuung	Lehrkräftearbeitsraum	Besprechungsraum	Elternsprechzimmer	Lehrmittelraum
Klassenraum	2	1			3		11			1				
sonst. Mehrzweckraum						1								
Sonderpädagogische Förderung			1									1	1	
Gruppenraum OGS / 13 Plus				1	3	1		3	2					
Gruppenraum 8-1	1				1	1								
Speiseraum Betreuung					1									
Büro Betreuung										1				
Teeküche Personal										2				
Büro stellv. Schulleitung											1	1		
Besprechungsraum													1	1
Schulsozialarbeit			1								1	1		
Gesamt	**3**	**1**	**2**	**1**	**8**	**3**	**11**	**3**	**2**	**4**	**2**	**3**	**2**	**1**

Tabelle 33: Raumbilanz Grundschule Leegmeerschule

Grundschule Leegmeerschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Unterricht	Klassenräume	12	12	61,3	72,0	+/-0	
	Mehrzweckräume	1	3	17,5	72,0	(-2) -3	▪ Der Computerraum ist lediglich 18 m² groß. Zählt man diesen nicht als Mehrzweckraum, ergibt sich ein Bedarf an 3 Mehrzweckräumen.
	Differenzierungsräume zur sonderpäd. Förderung / Sprachförderung (DaZ) / Gruppenarbeit / sonst. individuelle Förderung	4	6	15,8	36,0	-2	▪ Die vorhandenen Räume unterschreiten die Mindestgröße. ▪ Zusätzlich wird der Eingangsbereich im Neubau als Differenzierungsfläche genutzt.
	Schüler*innenbücherei	-	1	-	72,0	-1	▪ Ein Gruppenraum wird multifunktional als Schüler*innenbücherei genutzt.
	Aula / Veranstaltungsort	-	-	-	150,0	(-1)	▪ Als Veranstaltungsort nutzt man die Turnhalle.
	Räume für individuelle Angebote (z.B. Ruheraum, ergänzende Ganztagsangebote, Therapieangebote)	-	3	-	72,0	(-3) -2	▪ Durch den rechnerischen Überhang im Ganztagsbereich verbleibt ein Fehlbedarf von 2 Räumen.

Grundschule Leegmeerschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Betreuung	Ganztag Aufenthalt (Spielraum, Aufenthaltsraum u.ä.)	5	3	15,8	72,0	(+2) +1	▪ Nicht gezählt wird die Garderobe. ▪ Ein Raum unterschreitet die Mindestgröße deutlich.
	Speiseraum	1	-	37,1	120,0	(-83 m²)	▪ Der vorhandene Raum unterschreitet die Sollgröße. Zusätzlich wird das Essen in den Gruppenräumen eingenommen.
	Küche / Lager / Verwaltung / Personaltoiletten / Büro Leitung	2	-	9,3	76,0	-46 m²	▪ Insgesamt steht eine Fläche von 30 m² zur Verfügung.
Verwaltung	Sekretariat	1	1	16,9	27,0	+/-0	
	Büro Schulleitung	1	1	24,7	20,0	+/-0	
	Büro stellvertretende Schulleitung	1	1	12,8	16,0	+/-0	
	Büro Schulsozialarbeit	1	1	26,7	16,0	+/-0	
	Lehrkräftezimmer	1	1	37,7	86,0	+/-0	▪ Der Raum unterschreitet die Mindestgröße deutlich.
	Lehrkräftearbeitsplätze	1	-	7,3	40,0	-33 m²	▪ Gezählt wurde das sonstige Büro. ▪ Zusätzlich wird unter anderem das Büro der Schulsozialarbeit als Lehrkräftearbeitsraum genutzt.
	Besprechungsraum (Beratung, Schüler/-innen-/Elterngespräche etc.)	1	1	7,3	12,0	+/-0	

Grundschule Leegmeerschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Funk-tions-räume	Sanitätsraum	1	1	10,7	16,0	+/-0	
	Kopierraum	1	1	15,0	8,0	+/-0	
	Lehrmittelraum	-	1	-	40,0	-40 m²	▪ Lehrmittel werden im Besprechungsraum gelagert. Dieser ist lediglich 7 m² groß.
	Hausmeister*in	1	1	16,1	16,0	+/-0	

2.4.4 Zusammenfassung Leegmeerschule

- Die Leegmeerschule hat in den letzten Jahren tendenziell 3 Züge gebildet. Künftig wird eine Zwei- bis Vierzügigkeit mit bis zu 14 Klassen insgesamt prognostiziert, die auf das steigende Schüler*innenpotenzial in der Innenstadt von Emmerich am Rhein verweisen (siehe auch Kapitel 2.7). Wird die Liebfrauenschule entsprechend räumlich erweitert, sodass dieses Mehrpotenzial dort versorgt werden kann, wird die Legmeerschule entlastet.

- Im Unterrichtsbereich ist die Schule räumlich für die Beschulung von maximal 12 Klassen ausgestattet. Auch dann ergeben sich noch Raumbedarfe. So fehlt es der Schule an Mehrzweckräumen und Differenzierungsfläche. Die Schule wünscht sich hier die Renovierung der vorhandenen Differenzierungsräume, um diese besser nutzen zu können. Darüber hinaus werden die Verkehrsflächen zum Teil als Differenzierungsflächen genutzt. Eine originäre Schüler*innenbücherei gibt es nicht, hierfür wird einer der Gruppenräume genutzt.

- Deutliche Raumbedarfe zeigen sich im Betreuungsbereich. Einem Bedarf an Räumen für individuelle Angebote steht ein Plus an Ganztagsräumen gegenüber. In der Summe verbleibt ein Defizit von 2 Räumen, da ein vorhandener Raum nur 16 m² misst. Darüber hinaus fehlt es an Speiseraum- und Küchenkapazitäten.

- Im Bereich der Verwaltung unterschreitet das Lehrkräftezimmer die Mindestgröße und es gibt keinen Lehrkräftearbeitsplatz. Hier ist bereits eine Erweiterung des Lehrkräftezimmers geplant.

- Darüber hinaus fehlt es an einem Lehrmittelraum.

- Die Schule wünscht sich zudem eine Sanierung der Lehrkräftetoiletten und betrachtet die Sporthallenkapazitäten als nicht ausreichend.

Insgesamt zeigen sich an der Schule insbesondere Raumbedarfe im Betreuungsbereich, die im Zusammenhang mit Raumbedarfen im Unterrichtsbereich stehen. Eine Lösung könnte die Anmietung der weiteren Räume des Treffpunkts der Heilig-Geist-Kirche und deren Sanierung darstellen. Werden diese entsprechend ertüchtigt und ausgestattet, könnten sie neben OGS-Gruppenräumen und Speiseraum auch als Mehrzweckräume und Förderräume genutzt werden.

2.5 Liebfrauenschule

Auch die Liebfrauenschule ist eine katholische Grundschule im Innenstadtbereich von Emmerich am Rhein.

Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund an der Liebfrauenschule ist in den letzten Jahren gestiegen (Tabelle 34). Im Schuljahr 2020/21 entsprach er mit rund 50 % etwa dem gesamtstädtischen Durchschnitt der Grundschulen in Emmerich am Rhein. Rund 40 % der Schüler*innen der Liebfrauenschule wächst in einem Haushalt auf, in dem eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird. Zuletzt ist der Anteil der ausländischen Schüler*innen im Schuljahr 2021/22 noch einmal angestiegen. Die Schule selbst betont während des Schulbesuchs den hohen Bedarf an Sprachförderung an der Schule.

Tabelle 34: Migrationshintergrund Liebfrauenschule

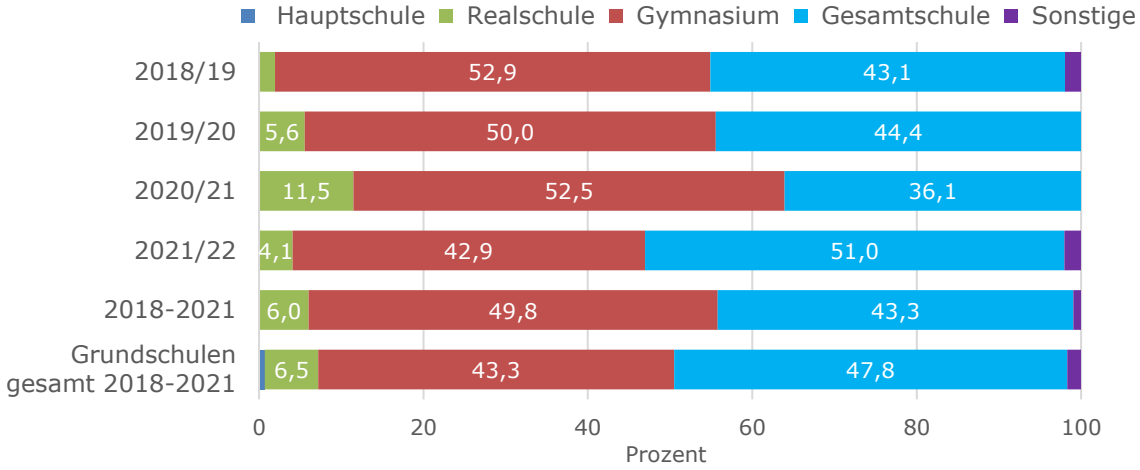
Liebfrauenschule				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrations-hintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	36,4	15,4	35,6	29,2
2019/20	40,4	16,5	39,6	33,7
2020/21	46,9	17,7	46,2	41,2
2021/22[25]	47,4	25,2	k.A.	k.A.
Grundschulen insgesamt 2021/22	48,9	26,8	k.A.	k.A.

Die Liebfrauenschule ist keine Schule des Gemeinsamen Lernens. Es werden jedoch vereinzelt Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf, der nicht im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen liegt, an der Schule unterrichtet.

Auf welche Schulformen die Schüler*innen der Liebfrauenschule nach der 4. Klasse übergehen, schwankt im Zeitverlauf, wie Abbildung 8 aufzeigt. Auch an dieser Schule wechseln die meisten Schüler*innen auf die Gesamtschule oder das Gymnasium in Emmerich am Rhein. Zwischen 36 und 50 % gingen in den letzten Jahren nach der Grundschule auf eine Gesamtschule, zwischen 43 und 53 % auf ein Gymnasium. Ein geringer Teil von höchstens 12 % wechselte in den letzten Jahren auf eine Realschule.

[25] Die Daten für das Schuljahr 2021/22 wurden von der Stadt übermittelt. Es stehen für dieses Jahr nur Daten zu Schüler*innen mit Migrationshintergrund bzw. ausländischen Schüler*innen zur Verfügung.

Abbildung 8: Übergänge in weiterführende Schulen Liebfrauenschule



2.5.1 Schüler*innen sowie Klassen Liebfrauenschule

Tabelle 35 zeigt die Entwicklung der Schüler*innenzahl an der Liebfrauenschule. Auch an dieser Schule werden jedes Schuljahr mehr Kinder eingeschult, als in ihrem Einzugsbereich wohnen. Dies verweist auf die enge Verflechtung der Schulen in der Innenstadt, die es insgesamt im Hinblick auf das Schüler*innenpotenzial zu betrachtet gilt (vgl. 2.7, S. 82). Tendenziell ist die Eingangsquote in den letzten Jahren gestiegen.

In der Vergangenheit hat die Schule durchgängig 3 Eingangsklassen gebildet, wobei einzelne Schüler*innen abgelehnt werden mussten. Auch zukünftig werden vornehmlich 3 Eingangsklassen bei einem Rückgang der Schüler*innenzahlen erwartet. Da im Schuljahr 2026/27 lediglich 2 Eingangsklassen gebildet werden, sinkt die Zahl der Klassen auf 11. Allerdings wird die Grenze zur Bildung von 3 Eingangsklassen im letzten Prognosejahr nur knapp überschritten.

Im kommenden Schuljahr wird der Klassenfrequenzhöchstwert in E2 und E3 voraussichtlich überschritten.

Tabelle 35: Schüler*innen sowie Klassen Liebfrauenschule

Liebfrauenschule												
Schul-jahr	Ein-schul. jg.	Ein-gangs-quote	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
			SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	58	105,2	61	**3**	63	**3**	61	**3**	68	**3**	253	**12**
2019/20	67	107,5	72	**3**	66	**3**	59	**2**	58	**2**	255	**10**
2020/21	44	143,2	63	**3**	79	**3**	67	**3**	51	**2**	260	**11**
2021/22	62	132,3	82	**3**	66	**3**	72	**3**	65	**3**	285	**12**
2022/23	62	100,0	62	**3**	88	**3**	63	**3**	67	**3**	280	**12**
2023/24	53	118,7	63	**3**	67	**3**	84	**3**	59	**3**	273	**12**
2024/25	51	118,7	61	**3**	68	**3**	64	**3**	78	**3**	271	**12**
2025/26	57	118,7	68	**3**	66	**3**	65	**3**	60	**3**	259	**12**

Liebfrauenschule												
Schul-jahr	Ein-schul. jg.	Ein-gangs-quote	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
			SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2026/27	43	118,7	51	**2**	73	**3**	63	**3**	60	**3**	247	**11**
2027/28	49	118,7	58	**3**	55	**2**	69	**3**	59	**3**	241	**11**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

Im Einzugsbereich der Liebfrauenschule werden in den kommenden Jahren voraussichtlich zwei Neubaugebiete bezogen (vgl. Kapitel 1.2.2.3). Das Baugebiet „Amalienstraße" umfasst 50 Wohneinheiten, das Baugebiet „Bredenbaustraße" 51 Wohneinheiten. Darüber hinaus könnten ggf. auch vereinzelt Kinder aus dem Baugebiet „Kasernengelände", an der Liebfrauenschule angemeldet werden. Grundsätzlich befindet sich dieses Baugebiet jedoch im Einzugsbereich der St. Georg-Schule Hüthum.

Tabelle 36 zeigt, wie viele Kinder zusätzlich aus den Baugebieten „Amalienstraße" und „Bredenbaustraße" an der Liebfrauenschule in den kommenden Schuljahren zu erwarten sein könnten. Auch hier werden wieder die Varianten 50 % und 75 % Zuzug von Auswärtigen betrachtet.

Die zusätzlich erwarteten Kinder führen in beiden Szenarien nicht zu einem Anstieg der Zahl der Klassen, sondern wirken sich lediglich geringfügig auf die Klassenfrequenzen aus. Die maximale Klassenfrequenz wird in allen Varianten im kommenden Schuljahr in E2/E3 mit 29,3 Schüler*innen erreicht. Bei der 75 %-Zuzugsvariante wird darüber hinaus der Klassenfrequenzhöchstwert vom 29 Schüler*innen pro Klassen im Schuljahr 2027/28 im gleichen Jahrgang erreicht.

Tabelle 36: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen an der Liebfrauenschule aus den Baugebieten

50 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	-	-	-	-
2023/24	-	-	-	-
2024/25	0,8	0,8	0,8	0,8
2025/26	1,5	0,8	0,8	0,8
2026/27	1,4	-	-	-
2027/28	1,3	-	-	-
75 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	-	-	-	-
2023/24	-	-	-	-
2024/25	1,1	1,1	1,1	1,1
2025/26	2,2	1,1	1,1	1,1
2026/27	2,1	-	-	-
2027/28	1,9	-	-	-

Auch an der Liebfrauenschule entsprechen die aktuell gemeldeten Schüler*innenzahlen zum Schuljahr 2022/23 insgesamt nahezu der Prognose. Allerdings verteilen sich auch hier die Schüler*innenzahlen etwas anders auf die verschiedenen Jahrgänge. In den Jahrgängen 1 und 4 werden mehr Schüler*innen beschult als angenommen, in Jahrgang 2 sind es 9 weniger.

2.5.2 Betreuung an der Liebfrauenschule

An der Offenen Ganztagsschule findet zusätzlich eine 8-1-Betreuung statt. Zuletzt ist die Betreuungsquote insgesamt auf 60 % gesunken, was in einem Rückgang der 8-1-Betreuungsquote in den Schuljahren 2020/21 und 2021/22 bergründet liegt. Der Anteil der Kinder in der OGS ist in den letzten Jahren gestiegen – inzwischen besuchen über 120 Kinder in 5 Gruppen die OGS.

Im Schuljahr 2022/23 ist die OGS-Quote noch einmal auf 51 % gestiegen (141 Kinder in der Betreuung), während die Quote in der 8-1-Betreuung bei 18 % liegt (51 Kinder).

Tabelle 37: Betreuung Liebfrauenschule

Liebfrauenschule								
	OGS			8-1-Betreuung[26]			Betreuung gesamt	
Schuljahr	Anzahl SuS	Gruppen	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Gruppen	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Betreuungsquote
2018/19	99	4,0	39,1	51	2,0	20,2	150	59,3
2019/20	106	4,2	41,6	57	2,3	22,4	163	63,9
2020/21	112	4,5	43,1	47	1,9	18,1	159	61,2
2021/22	124	5,0	43,5	46	1,8	16,1	170	59,6

2.5.3 Raumbestand und Raumbedarf Liebfrauenschule

In den folgenden Tabellen ist der Ist-Bestand der Schulräume der Liebfrauenschule dargestellt. Zunächst werden die Hauptnutzung und die Mehrfachnutzung der Schulräume vorgestellt.

Die Auswertungen beziehen sich auf das aktuelle Bestandsgebäude, ohne die zusätzlichen Räume in der Frankenstraße und die drei Containerräume.

Die Raumbilanz – der Abgleich zwischen Ist-Bestand und Raumstandard – ist in Tabelle 40 dargestellt. Die Bilanzierung bezieht sich auf eine 3,5-Zügigkeit der Schule, vor dem Hintergrund der Annahme, dass das steigende Schüler*innenpotenzial im innerstädtischen Bereich an der Liebfrauenschule räumlich abgebildet wird (vgl. Kapitel 2.7).

[26] Die Daten der Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 standen zum Stichtag 1.1. zur Verfügung, die Daten zum Schuljahr 2021/22 zum Stichtag 30.6..

Tabelle 38: Raumbestand Liebfrauenschule – Hauptnutzung von Schulräumen

Liebfrauenschule						
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl**	**Raumgröße in qm**			
			Summe	**Mittel-wert**	**Minimum**	**Maximum**
Unterricht	Klassenraum	12	797,64	66,47	56,76	82,47
	Musikraum					
	Kunstraum					
	Computerraum					
	sonst. Mehrzweckraum					
	Sonderpädagogische Förderung					
	Sprachförderung (DaZ)					
	sonst. individuelle Förderung / Gruppenarbeit[27]	3	191,21	63,74	42,45	80,00
	Schüler*innenbücherei					
	JeKits					
	Aula / Forum					
Betreuung	Gruppenraum OGS	2	129,33	64,67	64,38	64,95
	Gruppenraum 8-1					
	Spielraum					
	Ruheraum					
	Hausaufgabenbetreuung					
	Speiseraum Betreuung					
	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung im Rahmen der Betreuung					
	sonst. Raum Betreuung					
	Büro Betreuung					

[27] Bei den Räumen handelt es sich um Flurbereiche.

Liebfrauenschule						
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Raumgröße in qm			
			Summe	Mittel-wert	Minimum	Maximum
Funktionsräume	Lehrkräftezimmer	2	48,46	24,23	10,80	37,66
	Lehrkräftearbeitsraum					
	Büro Schulleitung	1	20,66	20,66	20,66	20,66
	Büro stellv. Schulleitung					
	Sekretariat	1	17,33	17,33	17,33	17,33
	Besprechungsraum					
	Elternsprechzimmer					
	Schulsozialarbeit					
	sonst. Büro					
	Sanitätsraum					
	Kopierraum	1	22,35	22,35	22,35	22,35
	Serverraum[28]					
	Lehrmittelraum	1	10,31	10,31	10,31	10,31
	Abstellraum / Lager[29]	4	49,40	12,35	2,30	23,80
	Hausmeister*in	1	19,81	19,81	19,81	19,81
Außer-schu-lische Nutzung	Musikschule					
	Vereine					
	VHS					
	sonst. außerschulische Nutzung	6	58,23	9,71	1,28	16,57

[28] Ein Serverraum befindet sich auf dem Dachboden.

[29] Ein Raum auch Putzmittelraum.

Tabelle 39: Raumbestand Liebfrauenschule – weitere Nutzung von Schulräumen

Liebfrauenschule																					
	weitere Nutzungen																				
Hauptnutzung	Sonderpädagogische Förderung	Sprachförderung (DaZ)	Gruppenarbeit / sonst. Individuelle Förderung	Schüler*innenbücherei	Aula / Forum	Gruppenraum OGS / 13 Plus	Gruppenraum 8-1	Spielraum	Hausaufgabenbetreuung	Speiseraum Betreuung	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung im Rahmen der Betreuung	Lehrkräftearbeitsraum	Teeküche Personal	Büro stellv. Schulleitung	Elternsprechzimmer	Schulsozialarbeit	sonst. Büro	Sanitätsraum	Serverraum	Lehrmittelraum	Abstellraum / Lager
Klassenraum			11		1	1	2		9												
Gruppenarbeit / sonst. Individuelle Förderung				2			1	1													
Gruppenraum OGS / 13 Plus		1	2							2	1										
Lehrerzimmer	1											2	1			1				1	
Büro Schulleitung														1	1		1				
Sekretariat																					1
Hausmeister*in																		1			1
Kopierraum																			1	1	1
Gesamt	1	1	13	2	1	1	3	1	9	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	2	3

Tabelle 40: Raumbilanz Liebfrauenschule – Bestandsgebäude

Liebfrauenschule – Bestandsgebäude							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Unterricht	Klassenräume	12	14	56,8	72,0	-2	▪ 2 Räume sind nur rund 57 m² groß, die restlichen über 60 m². ▪ Vor dem Hintergrund der Annahme, dass die Schule auf 3,5 Züge ausgebaut wird, wird ein Soll von 14 Klassenräume angenommen. ▪ Momentan kann die Schule nur 3 Züge beschulen.
	Mehrzweckräume	-	3	-	72,0	-3	
	Differenzierungsräume zur sonderpäd. Förderung / Sprachförderung (DaZ) / Gruppenarbeit / sonst. individuelle Förderung	(3) 0	6	42,5	36,0	(-3) -6	▪ Bei den angegebenen Räumen handelt es sich um Flurbereiche. Zählt man diese nicht hinzu, ergibt sich ein Defizit von 6 Räumen. ▪ Darüber hinaus werden verschiedene weitere Räume wie die OGS-Gruppenräume als Differenzierungsräume genutzt.
	Schüler*innenbücherei	-	1	-	72,0	-1	▪ Multifunktional werden die Differenzierungsräume als Schüler*innenbüchereien genutzt.
	Aula / Veranstaltungsort	-	-	-	150,0	(-1)	▪ Als Veranstaltungsort nutzt man den Schulhof und die Turnhalle.
	Räume für individuelle Angebote (z.B. Ruheraum, ergänzende Ganztagsangebote, Therapieangebote)	-	3	-	72,0	-3	

Liebfrauenschule – Bestandsgebäude							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Betreuung	Ganztag Aufenthalt (Spielraum, Aufenthaltsraum u.ä.)	2	3	37,7	72,0	-1	▪ 1 Raum unterschreitet die Sollgröße bei Weitem, sodass sich eher Bedarf an 1,5 Räumen ergibt.
	Speiseraum	-	-	-	120,0	-120 m²	▪ Das Essen wird in den Gruppenräumen eingenommen.
	Küche / Lager / Verwaltung / Personaltoiletten / Büro Leitung	-	-	-	76,0	-76 m²	
Verwaltung	Sekretariat	1	1	17,3	27,0	+/-0	▪ Der Raum unterschreitet die Standardgröße deutlich.
	Büro Schulleitung	1	1	20,7	20,0	+/-0	
	Büro stellvertretende Schulleitung	-	1	-	16,0	-1	▪ Schulleitung und stellvertretende Schulleitung teilen sich ein Büro.
	Büro Schulsozialarbeit	-	1	-	16,0	-1	▪ Die Schulsozialarbeit nutzt eines der Lehrkräftezimmer.
	Lehrkräftezimmer	2	1	insgesamt: 48,5	86,0	-38 m²	▪ Die beiden Räume unterschreiten die Standardgröße insgesamt deutlich.
	Lehrkräftearbeitsplätze	-	-	-	40,0	-1	▪ Lehrkräftearbeitsplätze befinden sich in den beiden Lehrkräftearbeitsräumen.
	Besprechungsraum (Beratung, Schüler/-innen-/Elterngespräche etc.)	-	1	-	12,0	-1	

Liebfrauenschule – Bestandsgebäude							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Funk-tions-räume	Sanitätsraum	-	1	-	16,0	-1	▪ Eine Sanitätsliege befindet sich im Hausmeister*-innenraum.
	Kopierraum	1	1	22,4	8,0	+/-0	
	Lehrmittelraum	1	1	10,3	40,0	+/-0	▪ Der Raum unterschreitet die Standardgröße deutlich.
	Hausmeister*in	1	1	19,8	16,0	+/-0	

2.5.4 Zusammenfassung Liebfrauenschule

- Die Liebfrauenschule entwickelte sich in der Vergangenheit zwei- bis dreizügig und hat bis zu 12 Klassen gebildet. Dies ist prognostisch auch zukünftig der Fall. Wird die Schule entsprechend um einen halben Zug erweitert, hat sie jedoch den Platz, um bis zu 14 Klassen zu bilden. Auf diese Weise kann das größere Schüler*innenpotenzial in der Innenstadt an der Liebfrauenschule versorgt werden (siehe auch Kapitel 2.7).
- An der Liebfrauenschule zeigen sich deutliche Raumbedarfe in allen Bereichen. Für die Beschulung von mehr als 12 Klassen würde es an Klassenräumen fehlen. Darüber hinaus gibt es keine Mehrzweckräume, Differenzierungsräume und keine Schüler*innenbücherei.
- Im Betreuungsbereich mangelt es, wenn man die Räume in der Frankenstraße / Containerräume nicht berücksichtigt, an Räumen für individuelle Angebote, Räumen für den Ganztag, an einem Speiseraum sowie an Küchenkapazitäten und einem Büro für die OGS-Koordination.
- Im Bereich der Verwaltung unterschreitet das Sekretariat die Mindestgröße deutlich, es gibt kein eigenes Büro für die stellvertretende Schulleitung, kein Büro für die Schulsozialarbeit, keinen Lehrkräftearbeitsraum, keinen Besprechungsraum und die beiden Lehrkräftezimmer unterschreiten die Mindestgröße insgesamt deutlich.
- Darüber hinaus gibt es keinen separaten Sanitätsraum und der Lehrmittelraum unterschreitet die Mindestgröße.

Zusammengefasst zeigen sich an der Schule im aktuellen Bestandsgebäude deutliche Raumbedarfe in allen Bereichen. Mit der geplanten Errichtung des Neubaus sollen diese behoben werden und Container sowie die Räume in der Frankenstraße abgelöst werden. Im Hinblick auf die Neubaupläne gilt es dabei, die Entwicklung der innerstädtischen Grundschulen insgesamt mit zu berücksichtigen (vgl. Kapitel 2.7).

2.6 Grundschule Rheinschule

Wie die Liebfrauenschule und die Leegmeerschule befindet sich auch die Rheinschule im innerstädtischen Bereich von Emmerich am Rhein. Die Schule ist wie die Leegmeerschule eine Schule des Gemeinsamen Lernens und Gemeinschaftsgrundschule.

Über 70 % der Schüler*innen der Rheinschule haben einen Migrationshintergrund, damit liegt die Schule deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt der Grundschulen (Tabelle 41). Nahezu alle Kinder mit Migrationshintergrund sprechen zu Hause vorwiegend eine andere Sprache als Deutsch. Der Anteil ausländischer Kinder ist zuletzt im Schuljahr 2021/22 deutlich angestiegen. Neben Kindern aus der Ukraine, gibt es laut Schule einen vermehrten Zuzug auch von Kinder aus anderen Ländern wie Rumänien und dem Libanon.

Tabelle 41: Migrationshintergrund Rheinschule

Rheinschule				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrations-hintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	74,0	42,5	73,5	67,4
2019/20	76,3	41,2	75,1	68,9
2020/21	76,6	39,5	75,4	73,1
2021/22[30]	74,6	50,8	k.A.	k.A.
Grundschulen insgesamt 2021/22	48,9	26,8	k.A.	k.A.

Der Anteil der Schüler*innen mit einem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf ist an der Rheinschule in den letzten Jahren gestiegen (Tabelle 42). Im Schuljahr 2021/21 lag er bei über 20 %. Nahezu alle Schüler*innen mit einem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf hatten einen Förderschwerpunkt im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen.

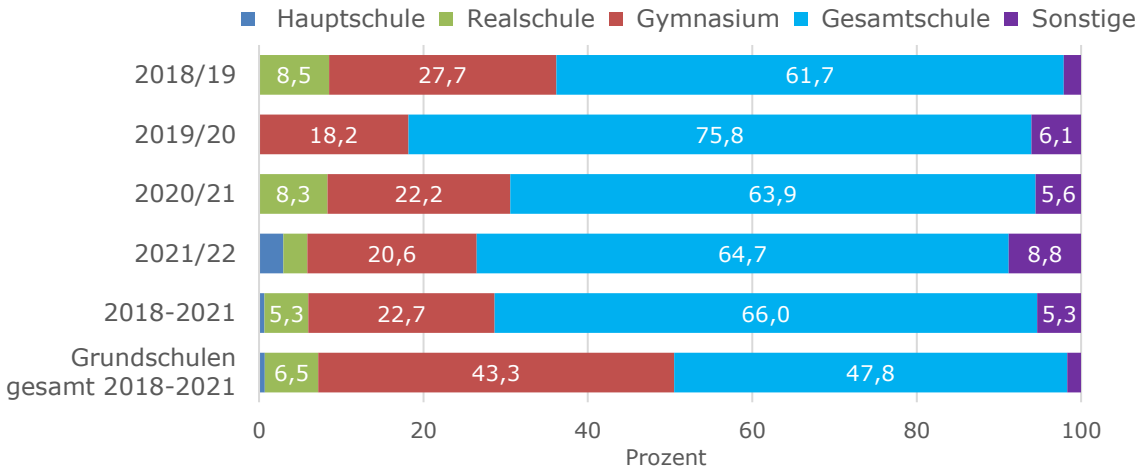
[30] Die Daten für das Schuljahr 2021/22 wurden von der Stadt übermittelt. Es stehen für dieses Jahr nur Daten zu Schüler*innen mit Migrationshintergrund bzw. ausländischen Schüler*innen zur Verfügung.

Tabelle 42: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf Rheinschule

Rheinschule		
	Anteile in Prozent	
Schuljahr	Schüler*innen mit sonderpäd. Unterstützungsbedarf	Förderschwerpunkt Lern- und Entwicklungsstörungen
2018/19	10,5	100,0
2019/20	14,1	100,0
2020/21	19,8	97,0
2021/22[31]	22,1	k.A.

Abbildung 9 weist die Übergänge von der Rheinschule auf weiterführende Schulen aus. Rund zwei Drittel wechselten im Durchschnitt der vergangenen Jahre an die örtliche Gesamtschule und rund ein Viertel an das Gymnasium in Emmerich am Rhein. Einige wenige Schüler*innen besuchen nach der Grundschule eine Realschule, eine Hauptschule wird nur vereinzelt gewählt.

Abbildung 9: Übergänge in weiterführende Schulen Rheinschule



2.6.1 Schüler*innen sowie Klassen Grundschule Rheinschule

Wie Tabelle 43 zeigt, war die Rheinschule in der Vergangenheit durchgängig zweizügig. In den kommenden Jahren steigt die Zahl der Schüler*innen an der Schule, es werden jedoch weiterhin vornehmlich 2 Eingangsklassen gebildet. Im Schuljahr 2026/27 wird der Grenzwert zur Bildung von 3 Klassen knapp überschritten. Dann würden maximal 9 Klassen an der Schule unterrichtet.

Die Klassenfrequenzhöchstwerte werden in verschiedenen Jahren in E2/E3 überschritten.

[31] Für das Schuljahr 2021/22 stehen nur Daten des Schulträgers zum Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf insgesamt zur Verfügung.

Die Schule ist zudem Schule des Gemeinsamens Lernens. Laut Beschluss des Schulausschusses vom 15.1.2014 sollte die Aufnahmezahl in den Eingangsklassen auf 23 Schüler*innen beschränkt werden. Laut Einzelprognose der Schule wäre dies in 3 Jahren nicht möglich. Insgesamt gilt es jedoch, dass Gesamtschüler*innenpotenzial im innerstädtischen Bereich zu betrachten (vgl. Kapitel 2.7, S. 82.).

Tabelle 43: Schüler*innen sowie Klassen Rheinschule

Rheinschule												
Schul-jahr	Ein-schul. jg.	Ein-gangs-quote	E1		E2 / E3		3. Jg.		4. Jg.		Gesamt	
			SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	63	77,8	49	**2**	52	**2**	38	**2**	42	**2**	181	**8**
2019/20	59	62,7	37	**2**	63	**2**	35	**2**	42	**2**	177	**8**
2020/21	62	56,5	35	**2**	47	**2**	52	**2**	33	**2**	167	**8**
2021/22	82	65,9	54	**2**	36	**2**	42	**2**	49	**2**	181	**8**
2022/23	76	55,3	42	**2**	65	**2**	29	**2**	43	**2**	179	**8**
2023/24	67	60,2	40	**2**	51	**2**	52	**2**	29	**2**	172	**8**
2024/25	82	60,2	49	**2**	48	**2**	41	**2**	52	**2**	190	**8**
2025/26	86	60,2	52	**2**	59	**2**	38	**2**	41	**2**	190	**8**
2026/27	97	60,2	58	**3**	63	**2**	47	**2**	38	**2**	206	**9**
2027/28	84	60,2	51	**2**	70	**3**	50	**2**	47	**2**	218	**9**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

Im nächsten Jahr wird im Einzugsbereich der Grundschule das kleinere Neubaugebiet „Pesthof I" bezugsfertig. Hier sollen 25 Wohneinheiten geschaffen werden. Wie Tabelle 44 aufzeigt, ist hier sowohl bei der Annahme einer 50 %-igen Zuzugsquote als auch einer 75 %-igen Zuzugsquote nicht mit größeren Auswirkungen auf die Anzahl der Schüler*innen und Klassen zu rechnen.

Tabelle 44: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen an der Rheinschule aus den Baugebieten

50 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	-	-	-	-
2023/24	0,2	0,2	0,2	0,2
2024/25	0,4	0,2	0,2	0,2
2025/26	0,4	-	-	-
2026/27	0,4	-	-	-
2027/28	0,3	-	-	-
75 % Zuzug				
Schuljahr	**E1**	**E2**	**3. Jg.**	**4. Jg.**
2022/23	-	-	-	-
2023/24	0,3	0,3	0,3	0,3
2024/25	0,6	0,3	0,3	0,3
2025/26	0,6	-	-	-
2026/27	0,5	-	-	-
2027/28	0,5	-	-	-

Die aktuellen Schüler*innenzahlen für das Schuljahr 2022/23 weichen insgesamt um 8 Schüler*innen von den prognostizierten Zahlen ab. Im 1. Jahrgang finden sich 13 Schüler*innen mehr als prognostiziert, während es im 2. Jahrgang 15 weniger sind. Laut der Schule ist dies darauf zurück zu führen, dass in diesem Schuljahr vermehrt Schüler*innen bereits in der 1. Klasse länger in der Schuleingangsphase verblieben sind. Im 3. Jahrgang finden sich 9 Schüler*innen mehr als erwartet, im 4. Jahrgang ein*e Schüler*in.

2.6.2 Betreuung an der Grundschule Rheinschule

Die Rheinschule ist eine Offene Ganztagsschule. Eine zusätzliche 8-1-Betreuung wird nicht angeboten. Die Schule hat entsprechend im gesamtstädtischen Vergleich mit über 60 % die höchste OGS-Betreuungsquote. Es wurden zuletzt 110 Kinder in rechnerisch 5 Gruppen in der OGS betreut. 2022/23 werden 53,5 % der Schüler*innen in der OGS beschult.

Tabelle 45: Betreuung Grundschule Rheinschule

Grundschule Rheinschule								
	OGS			8-1-Betreuung[32]			Betreuung gesamt	
Schuljahr	Anzahl SuS	Gruppen	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Gruppen	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Betreuungsquote
2018/19	101	4,0	55,8	-	-	-	101	55,8
2019/20	96	3,8	54,2	-	-	-	96	54,2
2020/21	95	3,8	56,9	1	0,6	0,0	96	57,5
2021/22	112	4,5	61,9	-	-	-	112	61,9

2.6.3 Raumbestand und Raumbedarf Grundschule Rheinschule

In den folgenden Tabellen ist der Ist-Bestand der Schulräume der Rheinschule dargestellt. Zunächst werden die Hauptnutzung und die Mehrfachnutzung der Schulräume vorgestellt.

Die Raumbilanz – der Abgleich zwischen Ist-Bestand und Raumstandard – finden sich in Tabelle 48. Wie in Kapitel 2.7 dargestellt, sollten an der Rheinschule vor dem Hintergrund des Ausbaus der Liebfrauenschule auch weiterhin 8 Klassen beschult werden. Die Raumbilanzierung wird aus diesem Grund für eine weitere Zweizügigkeit der Schule vorgenommen.

[32] Die Daten der Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 standen zum Stichtag 1.1. zur Verfügung, die Daten zum Schuljahr 2021/22 zum Stichtag 30.6..

Tabelle 46: Raumbestand Rheinschule – Hauptnutzung von Schulräumen

Rheinschule						
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Raumgröße in qm			
			Summe	Mittel-wert	Minimum	Maximum
Unterricht	Klassenraum	8	574,12	71,77	66,17	102,30
	Musikraum					
	Kunstraum					
	Computerraum					
	sonst. Mehrzweckraum					
	Sonderpädagogische Förderung	5	195,6	35,9	16,0	71,8
	Sprachförderung (DaZ)	6	271,8	50,1	20,0	71,8
	sonst. individuelle Förderung / Gruppenarbeit					
	Schüler*innenbücherei					
	JeKits					
	Aula / Forum	1	436,40	436,40	436,40	436,40
Betreuung	Gruppenraum OGS					
	Gruppenraum 8-1					
	Spielraum					
	Ruheraum					
	Hausaufgabenbetreuung					
	Speiseraum Betreuung					
	Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung im Rahmen der Betreuung	2	31,66	15,83	15,58	16,08
	sonst. Raum Betreuung					
	Büro Betreuung	1	14,57	14,57	14,57	14,57
Funktionsräume	Lehrkräftezimmer	1	39,00	39,00	39,00	39,00
	Lehrkräftearbeitsraum	1	19,99	19,99	19,99	19,99
	Büro Schulleitung	1	19,99	19,99	19,99	19,99
	Büro stellv. Schulleitung					
	Sekretariat	1	19,90	19,90	19,90	19,90
	Besprechungsraum					
	Elternsprechzimmer					
	Schulsozialarbeit	1	59,56	59,56	59,56	59,56
	sonst. Büro					
	Sanitätsraum					
	Kopierraum					
	Serverraum	1	19,52	19,52	19,52	19,52
	Lehrmittelraum	3	38,74	12,91	5,85	27,00
	Abstellraum / Lager	2	19,97	9,99	8,89	11,08
	Hausmeister*in	1	9,70	9,70	9,70	9,70

Rheinschule						
Art des Raums	Hauptnutzung	Anzahl	Raumgröße in qm			
			Summe	Mittel-wert	Minimum	Maximum
Außer-schu-lische Nutzung	Musikschule					
	Vereine					
	VHS					
	sonst. außerschulische Nutzung					

Tabelle 47: Raumbestand Rheinschule – weitere Nutzung von Schulräumen

Rheinschule																				
	weitere Nutzungen																			
Hauptnutzung	Computerraum	sonst. Mehrzweckraum	Sprachförderung (DaZ)	Gruppenarbeit / sonst. Individuelle Förderung	Schüler*innenbücherei	Gruppenraum OGS / 13	Spielraum	Ruheraum	Hausaufgabenbetreuung	Speiseraum Betreuung	sonst. Raum Betreuung	Lehrkräftearbeitsraum	Teeküche Personal	Besprechungsraum	Elternsprechzimmer	Sanitätsraum	Kopierraum	Lehrmittelraum	Abstellraum / Lager	Musikschule
Klassenraum			3						8		8									1
Kunstraum																			1	
Sonderpädagogische Förderung	2		4	4	1	2														
Gruppenarbeit / sonst. Individuelle Förderung			1			3	4	1		1				1						
Aula / Forum		1		1			1													
Büro Betreuung														1						
Lehrkräftezimmer												1								
Lehrkräftearbeitsraum				1									1		1					
Büro Schulleitung														1						
Schulsozialarbeit		1		1										1						
Serverraum																		1		
Lehrmittelraum																1	1		2	
Gesamt	**2**	**2**	**8**	**7**	**1**	**5**	**5**	**1**	**8**	**1**	**8**	**1**	**1**	**4**	**1**	**1**	**1**	**1**	**3**	**1**

Tabelle 48: Raumbilanz Rheinschule

Rheinschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Unterricht	Klassenräume	8	8	66,17	72,0	+/-0	
	Mehrzweckräume	-	2	-	72,0	(-2) +/-0	▪ Darüber hinaus werden die Aula und das Büro der Schulsozialarbeit als Mehrzweckräume genutzt, sodass die Fläche insgesamt ausreicht.
	Differenzierungsräume zur sonderpäd. Förderung / Sprachförderung (DaZ) / Gruppenarbeit / sonst. individuelle Förderung	11	4	16,0	36,0	+7	▪ Mehrere der Räume haben Klassenraumgröße.
	Schüler*innenbücherei	-	1	-	72,0	-1	
	Aula / Veranstaltungsort	1	-	436,4	150,0	+/-0	
	Räume für individuelle Angebote (z.B. Ruheraum, ergänzende Ganztagsangebote, Therapieangebote)	-	2	-	72,0	-2	

Rheinschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Betreuung	Ganztag Aufenthalt (Spielraum, Aufenthaltsraum u.ä.)	-	2	-	72,0	(-2) +/-0	▪ 5 der Differenzierungsräume werden am Nachmittag als Gruppenräume, Spielräume und als Ruheraum genutzt. Darüber hinaus dient die Aula als Spielraum.
	Speiseraum	-	-	-	80,0	-80 m²	▪ Das Essen wird in einem Differenzierungsraum eingenommen.
	Küche / Lager / Verwaltung / Personaltoiletten / Büro Leitung	3	-	14,5	60,0	-14 m²	▪ Gezählt wurden das Büro Betreuung sowie die Räume für die Essenszubereitung, -ausgabe und -lagerung (inklusive des ehemaligen Werkraums, der inzwischen Teil der Küche ist). Insgesamt steht eine Fläche von 46 m² zur Verfügung, die aus Sicht der Schule nun ausreichend sei. Allerdings würden Lagermöglichkeiten für die Spielgeräte der OGS benötigt. Derzeit nutze man hierfür einen Toilettenraum.
Verwaltung	Sekretariat	1	1	20,0	20,0	+/-0	
	Büro Schulleitung	1	1	20,0	20,0	+/-0	
	Büro stellvertretende Schulleitung	-	1	-	16,0	-1	
	Büro Schulsozialarbeit	1	1	59,6	16,0	+/-0	
	Lehrkräftezimmer	1	1	39,0	58,0	-19 m²	▪ Der Raum unterschreitet die Mindestgröße deutlich.
	Lehrkräftearbeitsplätze	1	-	20,0	30,0	-10 m²	▪ Als Lehrkräftearbeitsraum wird auch das Lehrkräftezimmer genutzt. Im Lehrkräftezimmer befindet sich auch die Teeküche, sodass die nutzbare Fläche kleiner ausfällt.
	Besprechungsraum (Beratung, Schüler/-innen-/Elterngespräche etc.)	-	1	-	12,0	-1	▪ Als Besprechungsräume werden unter anderem ein Differenzierungsraum und das Büro der Schulsozialarbeit genutzt.

Rheinschule							
Art des Raums	**Hauptnutzung**	**Anzahl IST**	**Anzahl SOLL**	**qm Minimum IST**	**qm Minimum SOLL**	**Bilanz / Anmerkungen**	
Funk-tions-räume	Sanitätsraum	-	1	-	16,0	-1	▪ Eine Sanitätsliege befindet sich in einem Lehrmittelraum.
	Kopierraum	-	1	-	8,0	-1	▪ Ein Lehrmittelraum dient auch als Kopierraum.
	Lehrmittelraum	3	1	8,9	35,0	(+3) +/-0	▪ Insgesamt steht eine Fläche von 39 m² zur Verfügung.
	Hausmeister*in	1	1	9,7	16,0	+/-0	

2.6.4 Zusammenfassung Grundschule Rheinschule

- Die Rheinschule hat sich in den letzten Jahren zweizügig entwickelt. Auch künftig ist mehrheitlich eine Zweizügigkeit zu erwarten. Im Schuljahr 2026/27 wird die Grenze zur Dreizügigkeit prognostisch leicht überschritten.
- An der Rheinschule können maximal 8 Klassen beschult werden.
- Im Unterrichtsbereich ergibt sich zwar rechnerisch ein Bedarf an Mehrzweckräumen, derzeit werden hierfür jedoch bereits die Aula und das ausreichend große Büro der Schulsozialarbeit genutzt. Darüber hinaus steht einem Bedarf an einer Schüler*innenbücherei sowie Räumen für individuelle Angebote einem Plus an klassenraumgroßen Differenzierungsräumen gegenüber.
- Räume im Ganztag stehen ebenfalls bereits durch multifunktionale Raumnutzungen zur Verfügung, allerdings fehlt es an Speiseraumkapazitäten. Die Schule wünscht sich darüber hinaus eine bessere Lösung zur Unterbringung der Außenspielgeräte der OGS.
- Es gibt kein Büro für die stellvertretende Schulleitung, das Lehrkräftezimmer unterschreitet die Mindestgröße und es ist kein originärer Besprechungsraum vorhanden. Die Schule wünscht sich darüber hinaus den Tausch der Büros der Schulleitung und des Sekretariats.
- Im Bereich der Funktionsräume gibt es keinen separaten Kopierraum und Sanitätsraum. Für beide Zwecke wird der Lehrmittelraum genutzt.

Zusammenfassend ist die Schule im Hinblick auf die Gesamtfläche im Unterrichts- und Betreuungsbereich unter Berücksichtigung der Aula passend ausgestattet. Bereits derzeit werden die Räume stark multifunktional genutzt. Um die Aula jedoch entsprechend im Rahmen der Betreuung optimal nutzen zu können, ist eine Ertüchtigung dieser sowie die Ausstattung mit flexiblem Mobiliar empfehlenswert. Darüber hinaus ergeben sich Raumbedarfe im Verwaltungsbereich. Eine Lösung bezüglich des fehlenden Büros für die stellvertretende Schulleitung sollte im Bestand geprüft werden (ggf. Nutzung des Serverraums durch Raumtrennung). Dem zusätzlichen Bedarf an Besprechungsmöglichkeiten sowie Lehrkräftearbeitsplätzen könnte im Rahmen der Aula-Ertüchtigung Rechnung getragen werden. Aus Sicht der Schule könnte darüber hinaus das Lehrkräftezimmer, welches die Mindestgröße unterschreitet, besser genutzt werden, wenn auch hier anderes Mobiliar zur Verfügung stünde.

2.7 Zusammenfassung innerstädtische Grundschulen (Liebfrauenschule, Leegmeerschule und Rheinschule)

In Tabelle 49 werden die innerstädtischen Schulen prognostisch gemeinsam – zunächst ohne Berücksichtigung der Neubaugebiete – betrachtet.

In einer ersten Variante wird die Gesamtzahl der Eingangsklassen aus der Addition der Eingangsklassen laut Einzelprognosen der Schulen gebildet. In einer 2. Variante wird die Klassenbildung auf der Grundlage der insgesamt prognostizierten Schüler*innen an den innerstädtischen Schulen vorgenommen. Dabei wird angenommen, dass die Schüler*innen auf die innerstädtischen Schulen verteilt werden.

In beiden Varianten werden in drei Schuljahren 9 Eingangsklassen erwartet. In der 2. Variante werden jedoch im Schuljahr 2023/24 7 statt 8 Eingangsklassen prognostiziert. In beiden werden insgesamt maximal 34 Klassen erwartet. Für die 2. Variante ist die Gesamtzahl der Klassen in den einzelnen Schuljahren noch einmal in

Tabelle 50 aufgeführt. Rot markiert ist die Anzahl der Klassen, die zu einer Überschreitung der räumlichen Kapazitätsgrenzen in den derzeitigen Bestandsgebäuden führt.

Tabelle 49: Schüler*innen sowie Klassen innerstädtische Schulen (Basisprognose)

Innerstädtische Grundschulen			
	E1		
Schuljahr	SuS	Klassen Variante 1	Klassen Variante 2
2018/19	175	**8**	**8**
2019/20	170	**8**	**8**
2020/21	167	**8**	**8**
2021/22	208	**8**	**8**
2022/23	177	**8**	**8**
2023/24	162	**8**	**7**
2024/25	204	**9**	**9**
2025/26	202	**9**	**9**
2026/27	160	**7**	**7**
2027/28	203	**9**	**9**

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

Tabelle 50: Klassen innerstädtische Schulen - Variante 2

Innerstädtische Grundschulen					
Schul-jahr	E1	E2 / E3	3. Jg.	4. Jg.	Gesamt
	Kl.	Kl.	Kl.	Kl.	Kl.
2018/19	**8**	**8**	**8**	**7**	**31**
2019/20	**8**	**8**	**7**	**7**	**30**
2020/21	**8**	**8**	**8**	**7**	**31**
2021/22	**8**	**8**	**8**	**8**	**32**
2022/23	**8**	**8**	**8**	**8**	**32**
2023/24	**7**	**8**	**8**	**8**	**31**

Innerstädtische Grundschulen					
Schul-jahr	E1	E2 / E3	3. Jg.	4. Jg.	Gesamt
	Kl.	Kl.	Kl.	Kl.	Kl.
2024/25	9	7	8	8	32
2025/26	9	9	7	8	33
2026/27	7	9	9	7	32
2027/28	9	7	9	9	34

Schwarz markierte Zahlen geben den Ist-Bestand wieder.
Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Prognose.

Die zusätzlichen im Rahmen des Bezugs der Neubaugebiete erwarteten Schüler*innen haben voraussichtlich keine Auswirkungen auf die Zahl der zu bildenden Klassen, sondern wirken sich lediglich geringfügig auf die Klassenfrequenzen aus. Zwei weitere Baugebiete („Hohe Sorge" und „Gelände Schneegans") konnten aufgrund des derzeitig nicht abgeschlossenen Planungsverfahrens nicht in die Berechnungen einbezogen werden.

In den aktuellen Bestandsgebäuden aller 3 Schulen ist, wie die Raumbestandsanalysen gezeigt haben, keine Beschulung von mehr Klassen möglich. Da an der Liebfrauenschule bereits Erweiterungsbaumaßnahmen geplant sind, ist der Ausbau der Schule auf eine 3,5-Zügigkeit eine Möglichkeit, die benötigten Mehrklassenbildungen räumlich abbilden zu können. Gleichzeitig würden auf diese Weise die beiden Schulen des Gemeinsamen Lernens, die Leegmeerschule und die Rheinschule, entlastet. Grundsätzlich gilt es nichtsdestotrotz, die Raumbedarfe an allen drei Schulen im Innenstadtbereich sowie den weiteren Grundschulen in den Blick zu nehmen.

3. Zusammenfassung Grundschulen

Insgesamt ist in Emmerich am Rhein in den nächsten Jahren mit einem Anstieg der Zahl der Schüler*innen an den Grundschulen zu rechnen, der sich jedoch auf die einzelnen Grundschulen unterschiedlich auswirkt. Geprägt ist die Grundschullandschaft zudem von Zu- und Wegzügen, die die Größe der Einschulungsjahrgänge in den kommenden Jahren noch weiter verändern können. Die in dieser Planung bereits berücksichtigten Baugebiete können sich zudem ggf. stärker auswirken als bisher angenommen. Aus diesem Grund empfiehlt sich eine regelmäßige Aktualisierung der Schüler*innenprognosen. Erschwert werden die Prognosen der einzelnen Schulen zudem durch teils stark schwankende Eingangsquoten in die Schulen. Die Fortschreibung des Mittelwerts der Eingangsquoten kann daher die zukünftige Entwicklung nur grundsätzlich darstellen.

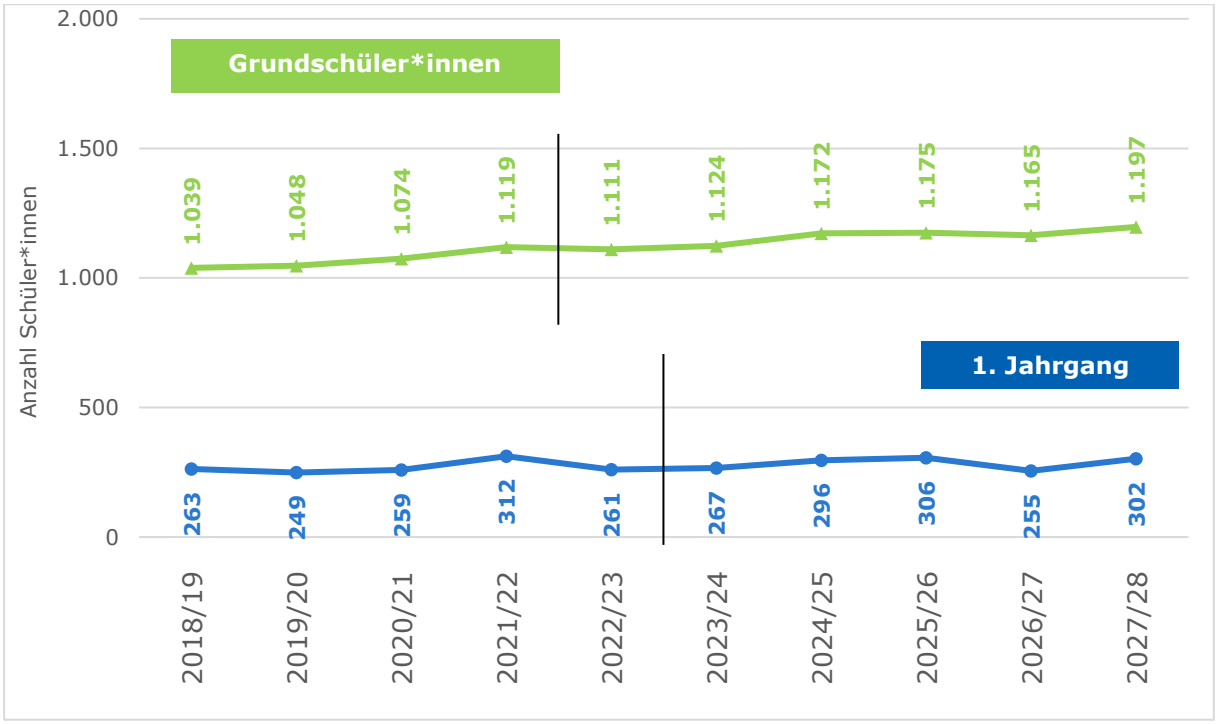
Aufgrund der sinkenden Schüler*innenzahlen an der ehemaligen Luitgardisschule Elten wird sie zum kommenden Schuljahr 2023/24 ein Teilstandort des neuen Grundschulverbund St. Georg-Schule, Katholische Grundschule mit Gemeinschaftsstandort der Stadt Emmerich am Rhein. Im Gegensatz zu diesem Rückgang der Schüler*innenzahlen steigt die Zahl der Schüler*innen im innerstädtischen Bereich mit der Liebfrauenschule, der Leegmeerschule sowie der Rheinschule an. Bereits in den vergangenen Jahren mussten hier Schüler*innen an der Leegmeerschule abgewiesen werden. Mit einem weiteren Anstieg der Schüler*innenzahlen in den nächsten Jahren verschärft sich diese Situation.

3.1 Schüler*innen und Klassen an Grundschulen insgesamt

Die folgende Abbildung 10 zeigt die Entwicklung der Zahl der Schüler*innen insgesamt sowie die Entwicklung der Einschulungsjahrgänge. Betrachtet man zunächst den 1. Jahrgang, zeigen sich in den kommenden Jahren – wie auch schon in der Vergangenheit – Schwankungen der Zahl der einzuschulenden Kinder. Nach einem leichten Rückgang in den kommenden beiden Schuljahren steigt die Zahl der Schüler*innen erneut und erreicht 2027/28 in etwa das Niveau von 2021/22.

Die Gesamtzahl der Schüler*innen nimmt bis zum Ende des Prognosezeitraums weiter zu. Im Schuljahr 2027/28 sind es rund 80 Schüler*innen mehr als im Schuljahr 2021/22.

Abbildung 10: Grundschüler*innen insgesamt (Basisprognose)



In der folgenden Tabelle 51 sind die Zahlen der Schüler*innen noch einmal für die einzelnen Jahrgänge ausgewiesen.

Tabelle 51: Schüler*innen an Grundschulen insgesamt nach Jahrgängen (Basisprognose)

Schüler*innen an Grundschulen					
Schul-jahr	Schuleingangsphase		3. Jg.	4. Jg.	Gesamt
	E1	E2+E3			
2018/19	263	284	242	250	**1.039**
2019/20	249	303	258	238	**1.048**
2020/21	259	284	280	251	**1.074**
2021/22	312	273	257	277	**1.119**
2022/23	261	346	251	253	**1.111**
2023/24	267	291	319	247	**1.124**
2024/25	296	295	269	312	**1.172**
2025/26	306	332	272	265	**1.175**
2026/27	255	341	303	266	**1.165**
2027/28	302	283	312	300	**1.197**

In Tabelle 52 ist die Anzahl der Klassen an Grundschulen dargestellt. Diese steigt von 50 Klassen im Schuljahr 2021/22 sukzessive auf maximal 53 Klassen am Ende des Prognose-zeitraums an.

Tabelle 52: Klassen an Grundschulen insgesamt nach Jahrgängen

Klassen an Grundschulen					
Schul-jahr	Schuleingangsphase		3. Jg.	4. Jg.	Gesamt
	E1	E2+E3			
2018/19	13	13	11	12	**49**
2019/20	12	13	12	10	**47**
2020/21	12	12	13	12	**49**
2021/22	13	12	12	13	**50**
2022/23	12	13	12	12	**49**
2023/24	13	12	13	12	**50**
2024/25	13	13	12	13	**51**
2025/26	14	13	13	12	**52**
2026/27	12	14	13	13	**52**
2027/28	14	12	14	13	**53**

Derzeit gibt es in Emmerich am Rhein 10 relevante Baugebiete, die sich in der Umsetzung befinden (vgl. Kapitel 1.2.2.3). Tabelle 53 zeigt auf, mit wie vielen zusätzlichen Kindern aus diesen Baugebieten an den Grundschulen in den kommenden Schuljahren in den einzelnen Jahrgängen zu rechnen sein könnte. Hierbei wird einmal davon ausgegangen, dass die Baugebiete zu 50 % von Auswärtigen bezogen werden und einmal von einem Zuzug von 75 %.

Tabelle 53: Zusätzlich erwartete Kinder aus Neubaugebieten

50 % Zuzug				
Schuljahr	E1	E2	3. Jg.	4. Jg.
2022/23	0,7	-	-	-
2023/24	1,3	0,6	0,6	0,6
2024/25	4,3	3,1	3,1	3,1
2025/26	5,8	1,8	1,8	1,8
2026/27	7,3	1,8	1,8	1,8
2027/28	8,1	1,3	1,3	1,3
75 % Zuzug				
Schuljahr	E1	E2	3. Jg.	4. Jg.
2022/23	1,1	-	-	-
2023/24	1,9	0,9	0,9	0,9
2024/25	6,4	4,6	4,6	4,6
2025/26	8,8	2,7	2,7	2,7
2026/27	10,9	2,7	2,7	2,7
2027/28	12,1	1,9	1,9	1,9

Die zusätzlichen Schüler*innen aus den Neubaugebieten machen in beiden berechneten Szenarien nicht die Bildung von zusätzlichen Klassen notwendig, sondern erhöhen lediglich die Klassenfrequenzen an den betroffenen Schulen.

Inzwischen liegen die Schüler*innenzahlen zum Schuljahr 2022/23 vor. Diese konnten nicht mehr in die Schüler*innenprognose eingearbeitet werden, werden aber in Tabelle 54 im Vergleich zu den prognostizierten Schüler*innenzahlen dargestellt.

Tabelle 54: Schüler*innenzahlen im Schuljahr 2022/23

Schüler*innen an Grundschulen					
	1. Jg.	**2. Jg.**	**3. Jg.**	**4. Jg.**	**Gesamt**
Prognose	262[33]	346	251	253	**1.111**
Gemeldete Zahlen zum 1.10.2022	287	318	271	264	**1.140**

Insgesamt zeigen sich Abweichungen zur Prognose. Insgesamt besuchen im aktuellen Schuljahr rund 29 Schüler*innen mehr eine Grundschule in Emmerich am Rhein als prognostiziert. Mehr Schüler*innen als erwartet finden sich an der St. Georg-Schule, an der Luitgardisschule Elten und der Rheinschule. Laut Einschätzung des Schulträgers liegt dies vor allem in einer vermehrten Zuwanderung begründet. Der Anteil der ausländischen Kinder an den Schüler*innen ist im Schuljahr 2022/23 auf 31 % weiter gestiegen, im letzten Schuljahr waren es noch 27 %. Wie sich diese Tendenz fortsetzt, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Wie in Kapitel 1.2.2.4 (S.11) dargelegt, ist eine starke Zuwanderung mit entsprechenden Risiken der Prognose verbunden und eine kontinuierliche Fortschreibung der Prognose empfehlenswert.

Während inzwischen in den Jahrgängen 1, 3 und 4 mehr Schüler*innen beschult werden, sind es im 2. Jahrgang weniger als prognostiziert. In den Schulbesuchen wurde auch der längere Verbleib in der Schuleingangsphase bereits in der 1. Klasse als Grund für die Abweichungen der aktuellen Schüler*innenzahl von der berücksichtigten Anmeldezahl zum Schuljahr 2022/23 benannt.

[33] Inkl. Zuzug aus Neubaugebieten.

3.2 Schüler*innen mit Migrationshintergrund

Wie Tabelle 55 zeigt, ist der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund an den Grundschulen in Emmerich am Rhein von 2018 bis 2021 insgesamt nur geringfügig gestiegen und lag im Schuljahr 2020/21 bei fast 50 %. Allerdings stieg der Anteil der ausländischen Schüler*innen zuletzt im Schuljahr 2021/22.

Tabelle 55: Migrationshintergrund an Grundschulen

Grundschulen insgesamt				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrations-hintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	45,1	19,7	44,6	37,4
2019/20	45,1	18,6	44,4	37,6
2020/21	48,8	19,3	47,4	41,7
2021/22[34]	48,9	26,8	k.A.	k.A.

3.3 Inklusion

Zwei der Grundschulen in Emmerich am Rhein sind Schulen des Gemeinsamen Lernens: die Leegmeerschule und die Rheinschule. An den anderen Schulen werden nur vereinzelt Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf unterrichtet.

Der Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ist in den letzten Schuljahren leicht angestiegen und lag 2021/22 bei 5,2 % (Tabelle 56). Im Durchschnitt haben rund 93 % der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf einen Förderschwerpunkt im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen (Förderschwerpunkte emotionale soziale Entwicklung, Lernen und Sprache).

Tabelle 56: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf an Grundschulen

Grundschulen insgesamt		
	Anteile in Prozent	
Schuljahr	Schüler*innen mit sonderpäd. Unterstützungsbedarf	Förderschwerpunkt Lern- und Entwicklungsstörungen
2018/19	3,6	86,5
2019/20	4,6	93,8
2020/21	5,2	92,9
2021/22[35]	5,2	k.A.

[34] Die Daten für das Schuljahr 2021/22 wurden von der Stadt übermittelt. Es stehen für dieses Jahr nur Daten zu Schüler*innen mit Migrationshintergrund bzw. ausländischen Schüler*innen zur Verfügung.

[35] Für das Schuljahr 2021/22 stehen nur Daten des Schulträgers zum Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf insgesamt zur Verfügung.

3.4 Betreuung an Grundschulen

Alle Grundschulen in Emmerich am Rhein sind offene Ganztagsschulen. Zusätzlich können die Kinder an allen Schulen außer der Rheinschule am Angebot Schule Plus teilnehmen.

Tabelle 57 zeigt die Anzahl der Schüler*innen und die Betreuungsquoten für diese beiden Angebote von 2018 bis 2021.

Insgesamt ist die Betreuungsquote in den letzten Jahren auf über 60 % gestiegen. Dabei wurden rund 20 % in der Schule Plus und 40 % in der OGS betreut.

Tabelle 57: Betreuung an Grundschulen insgesamt

Betreuung Grundschulen insgesamt						
	OGS		8-1-Betreuung[36]		Betreuung gesamt	
Schuljahr	Anzahl SuS	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Betreuungsquote	Anzahl SuS	Betreuungsquote
2018/19	394	37,9	213	20,5	607	58,4
2019/20	421	40,2	222	21,4	645	61,5
2020/21	442	41,2	222	20,7	664	61,8
2021/22	464	41,5	221	19,7	685	61,2

Wie die Betrachtung der einzelnen Schulen gezeigt hat, sind die Betreuungsquoten jedoch sehr unterschiedlich (Tabelle 58). Der höchste Anteil der Schüler*innen in der OGS findet sich an der Rheinschule. Hier werden die Kinder mehrheitlich in der OGS betreut. An den übrigen innerstädtischen Grundschulen Leegmeerschule und der Liebfrauenschule sowie der Luitgardisschule Elten lag die OGS-Betreuungsquote bei rund 40%. Am geringsten ist die OGS-Betreuungsquote an der Michaelschule. Gleichzeitig ist hier die Nachfrage nach der Schule Plus am höchsten.

Tabelle 58: Betreuung an einzelnen Grundschulen im Schuljahr 2021/22

Betreuung an Grundschulen			
Grundschule	OGS	8 bis 1	Gesamt
Rheinschule	61,9	0,0	61,9
Liebfrauenschule	43,5	16,1	59,6
Luitgardisschule Elten	42,9	34,1	76,9
GESAMT	**41,5**	**19,7**	**61,2**
Leegmeerschule	40,0	12,8	52,8
St. Georg-Schule Hüthum	31,7	34,8	69,4
Michaelschule	19,4	46,3	65,7

[36] Die Daten der Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 standen zum Stichtag 1.1. zur Verfügung, die Daten zum Schuljahr 2021/22 zum Stichtag 30.6..

3.5 Raumbedarfe und Maßnahmen an den Grundschulen vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz

Mit dem kommenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gilt es für die Stadt Emmerich am Rhein, die Grundschulen passend für die Umsetzung dieses Rechtsanspruchs auszustatten. Hierbei gilt es einerseits, die räumlichen Voraussetzungen für eine mittel- bis langfristig höhere Betreuungsquote als bisher zu schaffen. Andererseits bedeuten Betreuungsquoten bspw. von 80 % auch ein intensives Zusammenarbeiten von Lehrkräften und OGS-Kräften sowie eine multifunktionale Nutzung von Räumlichkeiten in Schule über den ganzen Tag.

Wie hoch Betreuungsquoten an den einzelnen Grundschulen im Laufe der Umsetzung des Rechtsanspruchs steigen werden, kann aus heutiger Sicht nicht beantwortet werden. Grundsätzlich ist mit steigenden OGS-Betreuungsquoten zu rechnen, die an einzelnen Schulen auch auf bis zu 80 % oder ggf. höher steigen können. Betreuungsquoten von bis zu über 70 % werden in Emmerich – betrachtet man die OGS und Schule Plus gemeinsam – auch heute schon erreicht (siehe auch Tabelle 58, S. 89). In der OGS werden 2021/22 rund 42 % alle Grundschüler*innen betreut.

Wenn der größte Anteil der Schüler*innen langfristig jedoch ganztägig an der Schule ist, bedeutet dies einen Bedarf an spezifischen Ganztagsräumen, Speiseräumen und entsprechender Küche und Lagerräumen sowie weitere, multifunktional ganztägig nutzbare Räume. Die Schulbauleitlinie der Stadt Köln bietet hierfür in ihrem Raumprogramm bereits eine Grundlage, anhand derer der Raumbedarf entsprechend der Zügigkeit einer Schule bemessen wird und geht dabei von einem hundertprozentigen Ganztag aus (siehe auch Kapitel 1.2.4, S. 13). Anhand dieses Programms wurden die Grundschulen in Emmerich am Rhein bemessen.

Dabei ist grundsätzlich darauf zu verweisen, dass für eine Offene Ganztagsschule mit hohen Betreuungsquoten von 80 % oder mehr nicht nur originäre Ganztagsräume wie Betreuungsräume oder Speiseräume eine Rolle spielen. Auch Differenzierungsräume, Mehrzweckräume, Räume für individuelle Angebote und Schüler*innenbüchereien sind Bestandteil eines Raumnutzungskonzepts im Ganztag, ebenso wie Klassenräume.

Wie bereits dargestellt, weisen die Grundschulen der Stadt Emmerich am Rhein Raumbedarfe in unterschiedlichem Umfang auf. Betrachtet man den Ganztagsbereich, setzt sich dieses Bild fort.

An der **St. Georg-Schule** fehlt es insbesondere an einem originären Speiseraum und einer entsprechenden Küche. Momentan dient einer der vier vorhandenen Gruppenräume als Speiseraum mit Küchenzeile. Weitere Räume, die auch dem Ganztag zu Gute kämen, fehlen jedoch (wie Mehrzweckräume und Differenzierungsräume). Die bauliche Struktur der Schule erschwert zudem eine multifunktionale Raumnutzung. An der Schule, künftig Hauptstandort des neu eingerichteten Grundschulverbunds, werden 2022/23 knapp 39 % der Schüler*innen in der OGS betreut.

Räume für den Aufenthalt im Ganztag ist an der **Luitgardisschule Elten**, künftig Teilstandort des neu eingerichteten Grundschulverbunds, ausreichend vorhanden und auch der Speiseraum ist ausreichend groß. Die Küche ist in diesen jedoch integriert. Damit ist der Standort Luitgardis auch für höhere Betreuungsquoten grundsätzlich ausgestattet. Die Betreuungsquote in der OGS liegt 2022/23 bei knapp 38 %.

An der **Michaelschule** werden 2022/23 28 % der Schüler*innen betreut. Es fehlt an der Schule sowohl an einem ausreichend großen Speiseraum als auch einer separaten Küche. Auch ein Aufenthaltsraum für den Ganztag fehlt; der vorhandene Raum ist zu klein. Raumsperrungen verringern den Raumbestand für die OGS an der Schule aktuell weiter. Differenzierungsräume und Räume für individuelle Angebote fehlen auch an dieser Schule. Gleichzeitig ergibt sich bei der derzeitigen Betreuungsquote knapp eine OGS-Gruppe, sodass insbesondere die Erweiterung des Speiseraums eher mittel- bis langfristig umzusetzen ist. Dies hängt jedoch auch davon ab, wie schnell die Betreuungsquote ggf. weiter steigt. Zudem zeigt sich an der Schule ein aktueller Handlungsbedarf im Hinblick auf die Gebäudesituation (gesperrter Raum).

An der **Leegmeerschule** werden knapp 45 % aller Schüler*innen in der OGS betreut; etwa 5 Gruppen. Während grundsätzlich ausreichend Aufenthaltsräume im Ganztag zur Verfügung stehen, ist der Speiseraum deutlich zu klein. Auch die Küche entspricht nicht der Sollgröße. Darüber hinaus ergibt sich im Unterrichtsbereich, der auch dem Ganztag zu Gute kommen sollte, Bedarf an Mehrweck- und Differenzierungsräumen. Eine Lösung könnte hier die Anmietung der weiteren Räume des Treffpunkts Heilig-Geist-Kirche und deren Sanierung sein.

An der **Liebfrauenschule** werden 2022/23 knapp 51 % der Schüler*innen in der OGS betreut und etwa 6 Gruppen gebildet. An der Schule fehlt ein originärer Speiseraum und eine entsprechende Küche, auch Aufenthaltsräume, Mehrzweckräume oder Räume für individuelle Angebote fehlen im Bestandsgebäude. Hierfür sind bereits Containerräume errichtet und Räume in der Frankenstraße angemietet worden, um den Bedarfen zu begegnen. Der geplante Neubau sollte die Schule zukunftsfähig im Bereich der Betreuung und des Unterrichts ausstatten.

An der **Rheinschule** ist die Betreuungsquote in der OGS in der Vergangenheit am höchsten gewesen; 2022/23 werden 53,5 % der Schüler*innen in der OGS betreut; etwa 4 Gruppen. Durch multifunktionale Nutzung ist die Schule insgesamt gut ausgestattet, die Aula bedarf jedoch der Ertüchtigung hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit.

Die GEBIT Münster empfiehlt, die Grundschulen mittel- bis langfristig entsprechend des Raumprogrammes der Stadt Köln auszustatten und eine gute multifunktionale Nutzung möglichst vieler Räume stets mitzudenken. Auf diese Weise stehen der Schule für die Bedarfe Unterricht, Differenzierung, Betreuung und Mittagsversorgung Räume originär zur Verfügung. Ebenso steigt die Nutzbarkeit aller Räume, wenn sie multifunktional mitgedacht werden. Die ausgewiesenen Raumbedarfe sind z.T. umfassend und werden nicht in kurzer Zeit umzusetzen sein. Aus diesem Grund sollte im Austausch mit den Schulen geprüft werden, wie die multifunktionale Nutzbarkeit der vorhandenen Räumlichkeiten erhöht werden kann, bis eine Erweiterung von Räumlichkeiten umgesetzt werden kann. Bei der Erweiterungsplanung bedarf es einer transparenten Raum- und Zeitplanung zwischen Schulträger und Schulen, die auch die gegenwärtigen Betreuungsquoten an den einzelnen Schulen in den Blick nimmt; insbesondere wenn ein sukzessiver Ausbau geplant ist.

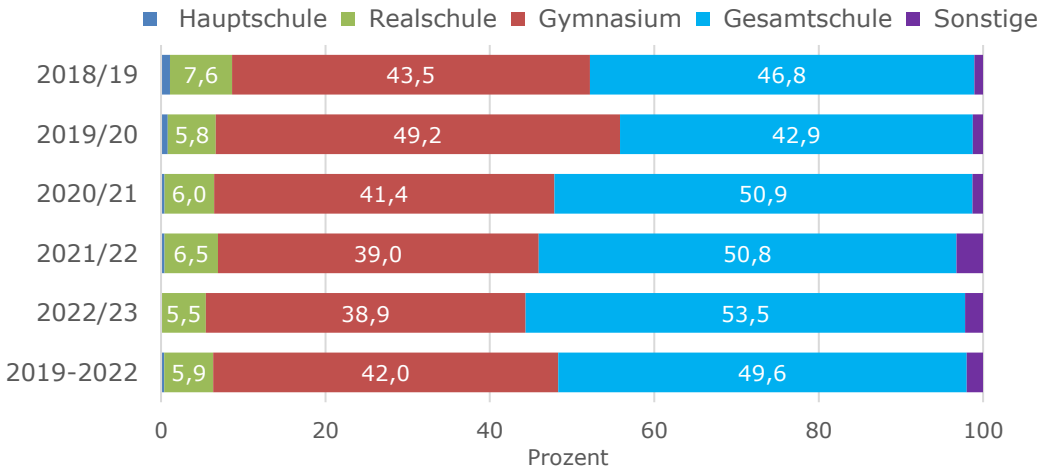
4. Weiterführende Schulen

Die Stadt Emmerich am Rhein ist Trägerin von zwei weiterführenden Schulen: der Städtischen Gesamtschule Emmerich am Rhein und des Städtischen Willibrord-Gymnasiums Emmerich am Rhein. In der Vergangenheit wurden die Hauptschule und die Realschule aufgelöst und die Gesamtschule gegründet.

Wie in Kapitel 1.2.2.2 (S. 8 ff.) beschrieben, wurden für jede Grundschule Quoten für den Übergang der Grundschüler*innen des 4. Jahrgangs in die beiden weiterführenden Schulen berechnet. In der folgenden Abbildung 11 sind die Übergangsquoten der Schuljahre 2018/19 bis 2022/23 sowie die fortgeschriebenen Mittelwerte von 4 Jahren ausgewiesen. Hierbei werden auch Übergänge in auswärtige Schulen berücksichtigt.

Betrachtet man die Entwicklung der Übergangsquoten in die einzelnen Schulformen, zeigen sich im Zeitverlauf nur geringfügige Veränderungen (Abbildung 11). Überwiegend rund 50 % der Schüler*innen gingen in den vergangenen Jahren an eine Gesamtschule über, rund 40 % an ein Gymnasium. Insgesamt wechselten rund 90 % an eine der beiden weiterführenden Schulen vor Ort. Als auswärtiges Gymnasium wurde insbesondere das Gymnasium Aspel in Rees gewählt. Rund 6 % setzten ihre Schullaufbahn an einer Realschule, insbesondere jener in Rees, fort. An eine Hauptschule wechselten nur vereinzelt Schüler*innen.

Abbildung 11: Übergänge in weiterführende Schulen aus Grundschulen in Emmerich am Rhein



Anhand der durchschnittlichen Übergangsquoten aus den Grundschulen wurden die Eingänge in die einzelnen weiterführenden Schulen fortgeschrieben. Der Wechsel auswärtiger Schüler*innen auf eine weiterführende Schule in Emmerich am Rhein wird in den berechneten Eingangsquoten berücksichtigt.

Die rechnerische Klassenbildung erfolgt nach den Vorschriften der Verordnung zur Durchführung des §93 Schulgesetz für die einzelnen Schulformen.

4.1 Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein

Die fünfzügige Gesamtschule ist eine gebundene Ganztagsschule. Sie liegt im Innenstadtbereich von Emmerich am Rhein.

Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund an der Gesamtschule ist in den vergangenen Jahren geringfügig gestiegen und war im Schuljahr 2021/22 mit rund 53 % höher als jener am Gymnasium. Im Schuljahr 2020/21 sprachen 37 % der Schüler*innen zu Hause eine andere Sprache als Deutsch, 23 % waren selbst im Ausland geboren. Dieser Anteil ist 2021/22 noch einmal auf knapp 27 % gestiegen.

Tabelle 59: Schüler*innen mit Migrationshintergrund Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein

Städtische Gesamtschule				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrationshintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	43,1	22,6	42,2	34,1
2019/20	44,2	23,1	43,2	36,0
2020/21	48,0	22,7	47,3	37,0
2021/22	53,1	26,7	k.A.	k.A.
Weiterführende Schulen insgesamt 2021/22	49,2	23,4	k.A.	k.A.

Die Städtische Gesamtschule ist Schule des Gemeinsamen Lernens. Im Schuljahr 2021/22 lag der Anteil der Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf bei rund 8 %. In den vergangenen Jahren war dieser Anteil relativ konstant. Dabei wurden von 2018 bis 2020 zwischen 27 und 44 % der Schüler*innen mit besonderen Förderbedarf zieldifferent beschult.

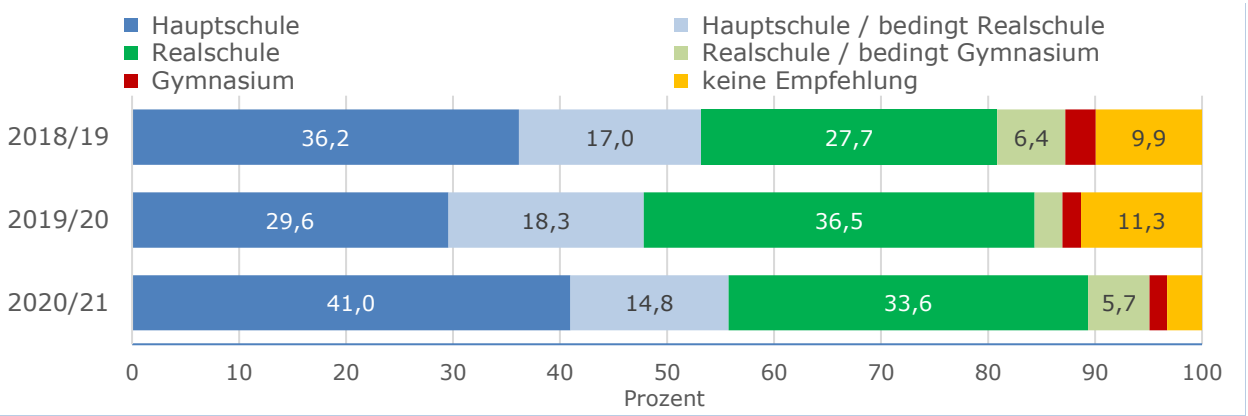
Tabelle 60: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein

Städtische Gesamtschule			
Schuljahr	Anteil SuS mit sonderpäd. Unterstützungsbedarf an SuS gesamt	Anteil Förderschwerpunkt Lern- und Entwicklungsstörungen an SuS mit sonderpäd. Unterstützungsbedarf	Anteil zieldifferent Beschulter an SuS mit sonderpäd. Unterstützungsbedarf
2018/19	9,3	87,7	43,8
2019/20	8,2	91,9	27,0
2020/21	8,6	92,2	36,4
2021/22	8,4	-[37]	-[37]

[37] Für das Schuljahr 2021/22 lagen keine Daten zu den Förderschwerpunkten der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf vor.

Abbildung 12 zeigt die Verteilung der Grundschulempfehlungen der an der Gesamtschule aufgenommenen Schüler*innen. Der größte Anteil der Schüler*innenschaft kam in den vergangenen Jahren mit einer (bedingten) Realschulempfehlung oder einer Hauptschulempfehlung an die Schule. Ein Anteil von weniger als 10 % der Schüler*innen im 5. Jahrgang hatte eine (bedingte) Empfehlung für den Besuch eines Gymnasiums. Darüber hinaus kamen insbesondere in den Schuljahren 2018/19 und 2019/20 rund 10 % ohne Empfehlung an die Schule. Keine Empfehlungen werden u.a. für Schüler*innen mit einem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf im Bereich geistige Entwicklung und Lernen ausgesprochen. Im Zeitverlauf zeigen sich dabei insgesamt Schwankungen.

Abbildung 12: Grundschulempfehlungen der Schüler*innen im 5. Jahrgang Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein



Auswärtige Schüler*innen kamen in den vergangenen Schuljahren vereinzelt aus dem benachbarten Rees an die Schule.

4.1.1 Prognose Schüler*innen und Klassen Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein

Mit dem Aufwachsen der Gesamtschule ist die Zahl der Schüler*innen in der Sekundarstufe I in den vergangenen Schuljahren gestiegen. Dabei wurden in der Vergangenheit jeweils 5 Eingangsklassen gebildet. Im kommenden Schuljahr sind es erstmalig 6 Eingangsklassen. Aufgrund von Schulformwechsler*innen und Wiederholer*innen steigen die Klassenfrequenzen in den höheren Jahrgängen tendenziell an.

Mit dem Anstieg der Schüler*innenzahlen in den Grundschulen wird sich zukünftig auch die Zahl der Schüler*innen in der Sekundarstufe I sukzessive erhöhen. Waren es im Schuljahr 2021/22 noch 850 Schüler*innen, sind es 2031/32 bereits 966. Bei dieser Entwicklung wird weiterhin eine Bildung von 5 bis 6 Eingangsklassen an der Gesamtschule erwartet. Aufgrund von Schulformwechsler*innen und Wiederholer*innen kommt es auch zukünftig in den höheren Jahrgängen zu höheren Klassenfrequenzen und zu Mehrklassenbildungen. Theoretisch bestünde hier die Möglichkeit, bereits zu Beginn mehr Eingangsklassen zu bilden, anstatt eine Mehrklassenbildung in den höheren Jahrgängen vorzunehmen. Da dies aber einer entsprechenden Genehmigung durch die Bezirksregierung bedarf, wird ein solches Szenario zunächst in der Prognose nicht berücksichtigt. Die durchschnittliche Klassenfrequenz liegt im 5. Jahrgang prognostisch so bei zwischen 25 und 27 Schüler*innen pro Klasse.

Die Zahl der Klassen steigt vor diesem Hintergrund von derzeit 32 Klassen in der Vergangenheit auf zukünftig 36 Klassen an, wobei hier auch eine mögliche Mehrklassenbildung in höheren Jahrgängen berücksichtigt ist.

Vergleicht man die Ist-Zahlen für das Schuljahr 2022/23 mit den Prognosezahlen, ergibt sich eine gewisse Abweichung. Die Zahl der Fünftklässler*innen ist inzwischen um 3 Schüler*innen angestiegen. Im 6. Jahrgang werden 13 Schüler*innen mehr beschult, als prognostiziert; im 7. Jahrgang 4 Schüler*innen weniger. Im 8. Jahrgang werden wiederum 4 Schüler*innen mehr beschult und im 9. Jahrgang 12. Im 10. Jahrgang ist es ein*e Schüler*in weniger, die beschult wird. Die Abweichung umfasst insgesamt 27 Schüler*innen, die mehr in der Sekundarstufe I beschult werden. Hinzu kommen zudem 17 Schüler*innen in einer Vorbereitungsklasse.

Tabelle 61: Schüler*innen und Klassen - Sekundarstufe I
Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein

Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein – Sekundarstufe I														
Schuljahr	5. Jg.		6. Jg.		7. Jg.		8. Jg.		9. Jg.		10. Jg.		Gesamt	
	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	Kl.	Kl.
2018/19	141	5	116	5	150	5	165	6	212	7			784	28
2019/20	115	5	132	5	138	5	149	5	176	6	188	7	898	33
2020/21	122	5	130	5	136	5	148	5	166	6	148	6	850	32
2021/22	130	6	126	5	134	5	150	5	149	5	162	6	851	32
2022/23	154	6	133	6	136	5	141	5	159	6	134	5	857	33
2023/24	133	5	158	6	144	6	143	5	150	5	143	6	871	33
2024/25	127	5	137	5	171	6	152	6	152	6	135	5	874	33
2025/26	157	6	130	5	148	6	180	7	162	6	137	6	914	36
2026/27	136	5	161	6	140	5	156	6	191	7	146	6	930	35
2027/28	133	5	140	5	174	6	148	6	166	6	172	7	933	35
2028/29	158	6	137	5	151	6	183	7	157	6	149	6	935	36
2029/30	156	6	162	6	148	5	159	6	194	7	141	6	960	36
2030/31	127	5	160	6	175	6	156	6	169	6	174	7	961	36
2031/32	161	6	130	5	173	6	184	7	166	6	152	6	966	36

* Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Schüler*innenprognose.

Wie in Tabelle 62 abgebildet, traten im Schuljahr 2020/21 erstmals Schüler*innen in die Sekundarstufe II der Gesamtschule ein. Die Eingangsquote lag in den letzten beiden Schuljahren im Durchschnitt bei 30 %. Im kommenden Schuljahr werden das erste Mal Schüler*innen in allen Jahrgangsstufen der Sekundarstufe II unterrichtet. Entsprechend liegt nur ein bzw. kein Referenzwert für die weiteren Durchgangsquoten vor. Als Durchgangsquote für die Einführungsphase in die Qualifikationsphase 1 wurde entsprechend der Wert für das Schuljahr 2020/21 fortgeschrieben, die Durchgangsquote der Qualifikationsphase 1 zur Qualifikationsphase 2 wurde als 100 %-ig angenommen.

Ist die Sekundarstufe II im kommenden Schuljahr vollständig aufgewachsen, ergeben sich rechnerisch 8 Kurse. Die rechnerische Anzahl der Kurse vor dem Hintergrund der Verordnung zur Durchführung des §93 Schulgesetz NRW kann von der Zahl der tatsächlich gebildeten Kurse abweichen. In den folgenden Jahren sinkt die Zahl der Schüler*innen zunächst, um dann gegen Ende des Prognosezeitraums wieder geringfügig zu steigen.

Dann liegt die Zahl der Schüler*innen jedoch unter dem Niveau von 2022/23. Ab 2024/25 werden wieder maximal 7 Kurse erwartet.

Vergleicht man die Prognosedaten mit den Ist-Zahlen für das Schuljahr 2022/23, sind 6 Schüler*innen weniger in die Einführungsphase aufgenommen worden, während es in der Q1 2 Schüler*innen mehr sind und in der Q2 8 Schüler*innen weniger. Insgesamt beläuft sich die Differenz auf 12 Schüler*innen weniger als prognostiziert.

Tabelle 62: Schüler*innen und Kurse - Sekundarstufe II
Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein

Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein – Sekundarstufe II						
Schuljahr	EP	Q1	Q2	Sek II gesamt		Gesamt Sek I + Sek II
	SuS	SuS	SuS	SuS	Ks.	SuS
2018/19					**0**	784
2019/20					**0**	898
2020/21	43			43	**2**	893
2021/22	57	40		97	**5**	948
2022/23	65	53	40	158	**8**	**1.015**
2023/24	44	60	53	157	**8**	**1.028**
2024/25	47	41	60	148	**7**	**1.022**
2025/26	45	44	41	130	**6**	**1.044**
2026/27	45	42	44	131	**6**	**1.061**
2027/28	48	42	42	132	**6**	**1.065**
2028/29	57	45	42	144	**7**	**1.079**
2029/30	49	53	45	147	**7**	**1.107**
2030/31	47	46	53	146	**7**	**1.107**
2031/32	58	44	46	148	**7**	**1.114**

* Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Schüler*innenprognose.

4.2 Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein

Die zweite weiterführende Schule in der Stadt Emmerich am Rhein ist das vierzügige Willibrord-Gymnasium. Die Schule ist seit dem Schuljahr 2016/17 eine gebundene Ganztagsschule.

Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund an der Schule wuchs in den vergangenen Jahren auf 43 % im Schuljahr 2021/22 an, liegt jedoch weiterhin unter dem an der Gesamtschule. Durchschnittlich 15 % der Schüler*innen wurden in den vergangenen Schuljahren selbst im Ausland geboren. 2021/22 ist der Anteil auf 18 % angestiegen. Im Schuljahr 2020/21 sprachen rund 24 % zu Hause eine andere Sprache als Deutsch.

Tabelle 63: Schüler*innen mit Migrationshintergrund Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein

Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein				
	Anteile in Prozent			
Schuljahr	Migrations-hintergrund insgesamt	im Ausland geboren	mind. ein Elternteil im Ausland geboren	zu Hause gesprochene Sprache nicht Deutsch
2018/19	28,9	14,3	25,9	24,1
2019/20	32,1	14,8	30,4	21,2
2020/21	37,2	15,8	35,5	23,9
2021/22	43,1	18,2	k.A.	k.A.
Weiterführende Schulen insgesamt 2021/22	49,2	23,4	k.A.	k.A.

Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf werden am Gymnasium inzwischen nur noch vereinzelt beschult, seit dem Schuljahr 2019/20 sind es nur noch rund 2 %. Seit dieser Zeit haben alle Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf an der Schule einen Förderschwerpunkt im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen.

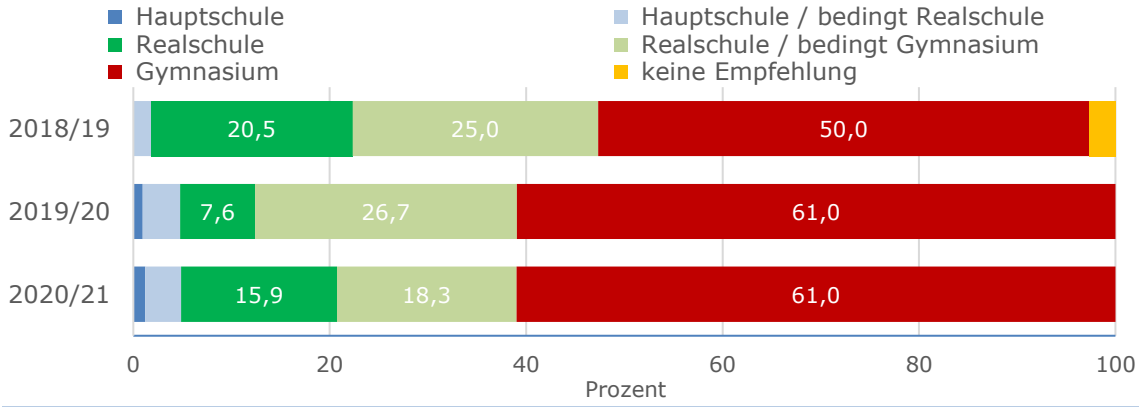
Tabelle 64: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein

Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein		
Schuljahr	Anteil SuS mit sonderpäd. Unterstützungsbedarf an SuS gesamt	Anteil Förderschwerpunkt Lern- und Entwicklungsstörungen an SuS mit sonderpäd. Unterstützungsbedarf
2018/19	2,9	95,5
2019/20	1,2	100,0
2020/21	1,2	100,0
2021/22	0,9	-[38]

Alle Fünftklässler*innen des Gymnasiums stammen aus Emmerich am Rhein selbst.

Abbildung 13 zeigt die Schulformempfehlungen der Schüler*innen des Willibrord-Gymnasiums im 5. Jahrgang. Neben einer (bedingten) Empfehlung zum Besuch eines Gymnasiums hatten zwischen 7 und 20 % der Fünftklässler*innen eine Realschulempfehlung. Vereinzelt gingen auch Schüler*innen mit einer bedingten Realschulempfehlung und einer Hauptschulempfehlung an die Schüle über. Im Zeitverlauf zeigen sich insgesamt deutliche Schwankungen.

Abbildung 13: Grundschulempfehlungen der Schüler*innen im 5. Jahrgang Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein



[38] Für das Schuljahr 2021/22 lagen keine Daten zu den Förderschwerpunkten der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf vor.

4.2.1 Prognose Schüler*innen und Klassen Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein

In den vergangenen Schuljahren ist die Zahl der Schüler*innen in der Sekundarstufe I am Willibrord-Gymnasium zurückgegangen. Wurden bis 2019/20 4 Eingangsklassen gebildet, sind es ab 2020/21 noch 3. Mit dem Aufwachsen des G9 und den Anstieg der Zahl der Grundschüler*innen erhöht sich zukünftig auch hier wieder die Zahl der Schüler*innen an dem Gymnasium. Maximal werden im Schuljahr 2029/30 dann 571 Schüler*innen erwartet, im Schuljahr 2021/22 waren es 449 Schüler*innen. Die Zahl der Klassen steigt zukünftig auf maximal 22 an.

Vergleicht man die Prognosedaten mit den Ist-Zahlen für das Schuljahr 2022/23, sind 6 Schüler*innen mehr im Jahrgang 5 aufgenommen worden, während es im Jahrgang 6 2 Schüler*innen weniger sind und in Jahrgang 7 6 Schüler*innen mehr. In Jahrgang 8 werden 6 Schüler*innen weniger beschult und in Jahrgang 9 2 Schüler*innen weniger. Insgesamt beläuft sich die Differenz auf 3 Schüler*innen mehr als prognostiziert.

Tabelle 65: Schüler*innen und Klassen - Sekundarstufe I Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein

Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein – Sekundarstufe I														
Schul-jahr	5. Jg.		6. Jg.		7. Jg.		8. Jg.		9. Jg.		10. Jg.		Gesamt	
	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	Kl.	Kl.
2018/19	112	4	89	3	101	4	107	4	93	4			502	19
2019/20	105	4	112	4	89	3	100	4	101	4			507	19
2020/21	82	3	104	4	108	4	85	3	101	4			480	18
2021/22	85	3	82	3	98	4	99	4	85	3			449	17
2022/23	85	3	85	3	79	3	93	4	97	4			439	17
2023/24	90	3	85	3	82	3	75	3	91	4	97	4	520	20
2024/25	90	3	90	3	82	3	78	3	74	3	91	4	505	19
2025/26	109	4	90	3	87	3	78	3	77	3	74	3	515	19
2026/27	93	3	109	4	87	3	83	3	77	3	77	3	526	19
2027/28	99	4	93	3	105	4	83	3	82	3	77	3	539	20
2028/29	103	4	99	4	90	3	100	4	82	3	82	3	556	21
2029/30	106	4	103	4	96	4	86	3	98	4	82	3	571	22
2030/31	84	3	106	4	100	4	91	4	85	3	98	4	564	22
2031/32	104	4	84	3	103	4	95	4	89	4	85	3	560	22

* Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Schüler*innenprognose.

In der Sekundarstufe II sinkt die Zahl der Schüler*innen und Kurse aufgrund des Aufwachsen des G9 zunächst bis 2026/27. Danach wird zwar ein Anstieg der Schüler*innenzahlen prognostiziert, das Niveau aus den Jahren 2018/19 bis 2020/21 wird jedoch nicht mehr erreicht. Wurden damals 13 Kurse gebildet, sind es zukünftig rechnerisch bei Zugrundelegung der Verordnung zur Durchführung des §93 Schulgesetz maximal 11 Kurse. Die Zahl der tatsächlich gebildeten Kurse kann, insbesondere vor dem Hintergrund der Kooperation von Gymnasium und Gesamtschule bei der Kursbildung von der rechnerischen Anzahl abweichen.

Vergleicht man die Prognosedaten mit den Ist-Zahlen für das Schuljahr 2022/23, sind 7 Schüler*innen weniger in die Einführungsphase aufgenommen worden, während es in der Qualifikationsphase 1 4 Schüler*innen weniger sind und in der Qualifikationsphase 2 2. Insgesamt beläuft sich die Differenz auf 13 Schüler*innen weniger als prognostiziert.

Tabelle 66: Schüler*innen und Kurse - Sekundarstufe II
Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein

Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein – Sekundarstufe II						
Schuljahr	EP	Q1	Q2	Sek II gesamt		Gesamt Sek I + Sek II
	SuS	SuS	SuS	SuS	Ks.	SuS
2018/19	100	72	90	262	**13**	764
2019/20	86	90	100	244	**12**	751
2020/21	93	79	89	261	**13**	741
2021/22	90	93	70	253	**13**	702
2022/23	78	85	88	251	**12**	690
2023/24		73	80	153	**7**	673
2024/25	88		69	157	**8**	662
2025/26	83	83		166	**8**	681
2026/27	67	78	78	223	**11**	749
2027/28	70	63	73	206	**10**	745
2028/29	70	66	59	195	**10**	751
2029/30	75	66	62	203	**10**	774
2030/31	75	70	62	207	**10**	771
2031/32	89	70	66	225	**11**	785

* Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Schüler*innenprognose.

5. Zusammenfassung weiterführende Schulen

Auch an den weiterführenden Schulen zeichnet sich ein Anstieg der Schüler*innenzahlen ab. Die derzeitigen Zuzüge, die nicht mehr in der Prognose berücksichtigt werden konnten, beeinflussen zusätzlich auch hier die Schüler*innenzahlen. Hinzu kommt, dass sich die damit verbundenen Auswirkungen auf die Grundschulen sich im späteren Verlauf auf die weiterführenden Schulen auswirken werden. Derzeit ist hiervon vor allem die Gesamtschule betroffen. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Gegebenheiten empfiehlt sich eine regelmäßige Aktualisierung der Schüler*innenprognosen.

5.1 Schüler*innen und Klassen an den weiterführenden Schulen insgesamt

Abbildung 14 stellt die Entwicklung der Schüler*innenzahlen an den beiden weiterführenden Schulen in Emmerich am Rhein insgesamt dar. Die Abbildung zeigt zunächst einen Rückgang der Schüler*innenzahlen in der Sekundarstufe I in den vergangenen Jahren. Hierbei war 2019/20 das erste Schuljahr, in dem die Sekundarstufe I der Gesamtschule komplett aufgewachsen war. In der Sekundarstufe II zeigte sich in der Vergangenheit ein Anstieg der Schüler*innenzahlen, bedingt durch das Aufwachsen der Oberstufe an der Gesamtschule. Im Jahr 2020/21 trat der erste Jahrgang in die Sekundarstufe II ein.

Zukünftig wird sich die Zahl der Schüler*innen in der Sekundarstufe I durch das Aufwachsen des G9 aber auch durch den Anstieg der Schüler*innenzahlen an den Grundschulen kontinuierlich erhöhen. Betrachtet man die Schüler*innen im 5. Jahrgang zeigen sich zukünftig deutliche Schwankungen.

Auch die Schüler*innenzahlen in der Sekundarstufe II schwanken in den kommenden Jahren. Zunächst ist die Oberstufe an der Gesamtschule erst im kommenden Schuljahr 2022/23 komplett aufgewachsen. Hinzu kommt das Aufwachsen des G9, das erst im Schuljahr 2026/27 abgeschlossen ist. Entsprechend steigt die Zahl der Schüler*innen bis 2026/27 an und pendelt sich bis zum Ende des Prognosezeitraums auf dem Niveau ein. Die Zahl der Schüler*innen im Jahr 2022/23 wird dabei perspektivisch nicht mehr erreicht.

Abbildung 14: Schüler*innen an weiterführenden Schulen insgesamt

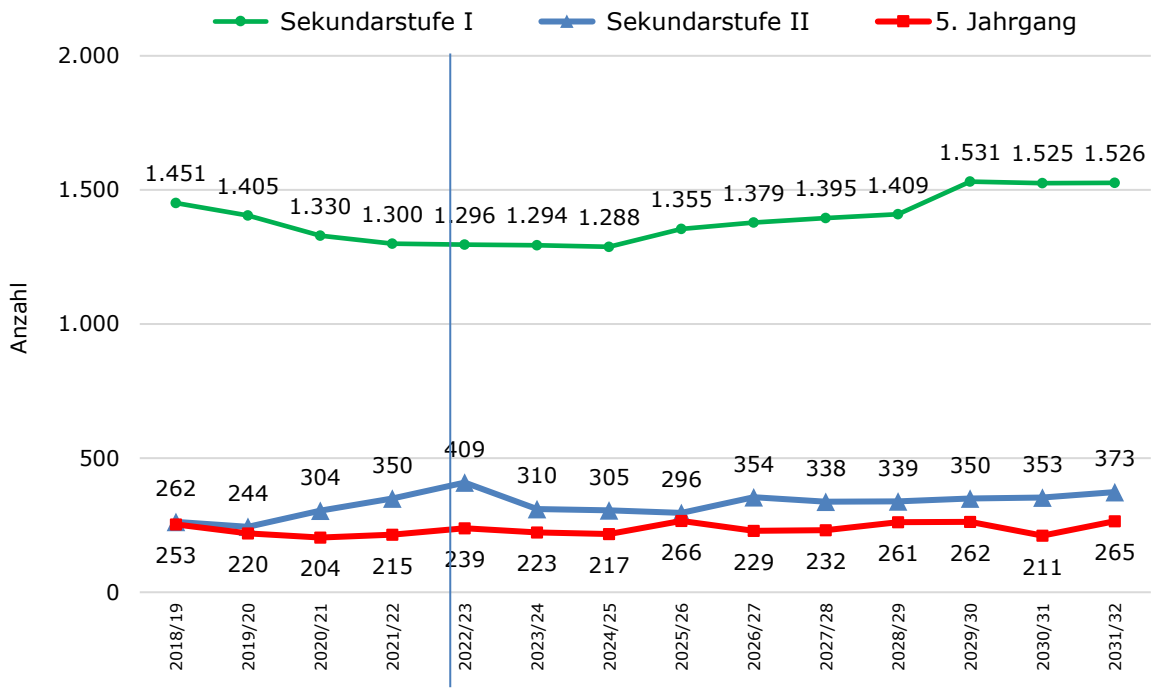


Tabelle 67 stellt neben der Anzahl der Schüler*innen in den einzelnen Jahrgängen in der Sekundarstufe I auch noch einmal die Anzahl der Klassen dar. Insgesamt steigt die Zahl der Klassen in den kommenden Schuljahren kontinuierlich auf 58 Klassen an. Die Zahl der Eingangsklassen schwankt zukünftig zwischen 8 und 10 Klassen.

Tabelle 67: Schüler*innen und Klassen - Sekundarstufe I

Sekundarstufe I gesamt														
Schul-jahr	5. Jg.		6. Jg.		7. Jg.		8. Jg.		9. Jg.		10. Jg.		Gesamt	
	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.	SuS	Kl.
2018/19	253	9	205	8	251	9	272	10	305	11	165	7	1.451	54
2019/20	220	9	244	9	227	8	249	9	277	10	188	7	1.405	52
2020/21	204	8	234	9	244	9	233	8	267	10	148	6	1.330	50
2021/22	215	9	208	8	232	9	249	9	234	8	162	6	1.300	49
2022/23	239	9	218	9	215	8	234	9	256	10	134	5	1.296	50
2023/24	223	8	243	9	226	9	218	8	241	9	143	6	1.294	53
2024/25	217	8	227	8	253	9	230	9	226	9	135	5	1.288	52
2025/26	266	10	220	8	235	9	258	10	239	9	137	6	1.355	55
2026/27	229	8	270	10	227	8	239	9	268	10	146	6	1.379	54
2027/28	232	9	233	8	279	10	231	9	248	9	172	7	1.395	55
2028/29	261	10	236	9	241	9	283	11	239	9	149	6	1.409	57
2029/30	262	10	265	10	244	9	245	9	292	11	223	9	1.531	58
2030/31	211	8	266	10	275	10	247	10	254	9	272	11	1.525	58
2031/32	265	10	214	8	276	10	279	11	255	10	237	9	1.526	58

* Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Schüler*innenprognose.

Inzwischen liegen die Schüler*innenzahlen zum Schuljahr 2022/23 vor. Wie bereits die Betrachtung der einzelnen Schulen gezeigt hat, weichen diese von den prognostizieren Zahlen, insbesondere an der Gesamtschule ab. Die Sekundarstufe I besuchen im Schuljahr 2022/23 47 Schüler*innen mehr als prognostiziert, die sich auf die beiden Schulen und unterschiedlich auf die verschiedenen Jahrgänge verteilen. Gründe liegen aus Sicht des Schulträgers wie bei den Grundschulen auch hier in einem derzeit vermehrten Zuzug, insbesondere auch bedingt durch den vergleichsweise günstigen Wohnraum in Emmerich am Rhein.

Tabelle 68 zeigt die Anzahl der Schüler*innen in der Sekundarstufe II nach Jahrgangsstufen sowie die Anzahl der Kurse insgesamt. Maximal werden im kommenden Schuljahr 19 Kurse erwartet, bis zum Ende des Prognosezeitraums sind es noch 16 Kurse.

Tabelle 68: Schüler*innen und Kurse - Sekundarstufe II

Sekundarstufe II insgesamt						
Schuljahr	**EP**	**Q1**	**Q2**	**Sek II gesamt**		**Gesamt Sek I + Sek II**
	SuS	**SuS**	**SuS**	**SuS**	**Ks.**	**SuS**
2018/19	100	72	90	262	**12**	**1.713**
2019/20	86	90	68	244	**11**	**1.649**
2020/21	136	79	89	304	**14**	**1.634**
2021/22	147	133	70	350	**15**	**1.650**
2022/23	143	138	128	409	**19**	**1.705**
2023/24	44	133	133	310	**14**	**1.604**
2024/25	135	41	129	305	**14**	**1.593**
2025/26	128	127	41	296	**14**	**1.651**
2026/27	112	120	122	354	**17**	**1.733**
2027/28	118	105	115	338	**15**	**1.733**
2028/29	127	111	101	339	**15**	**1.748**
2029/30	124	119	107	350	**15**	**1.881**
2030/31	122	116	115	353	**15**	**1.878**
2031/32	147	114	112	373	**16**	**1.899**

* Grün markierte Zahlen sind Ergebnisse der Schüler*innenprognose.

Ein Vergleich der aktuell gemeldeten Schüler*innenzahlen zum Schuljahr 2022/23 zeigt, dass tatsächlich weniger Schüler*innen die Sekundarstufe II besuchen als prognostiziert. An beiden Schulen gemeinsam sind es, verteilt auf die Einführungsphase und die Qualifikationsphasen I und II 25 Schüler*innen weniger.

5.2 Schüler*innen mit Migrationshintergrund

Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund liegt an der Gesamtschule mit rund 50 % etwas über dem Anteil am Gymnasium. An beiden Schulen ist der Anteil in den vergangenen Jahren etwas gestiegen.

Tabelle 69: Schüler*innen mit Migrationshintergrund an weiterführenden Schulen insgesamt

Migrationshintergrund insgesamt		
Schuljahr	**Städtische Gesamtschule**	**Städtisches Willibrord-Gymnasium**
2018/19	43,1	28,9
2019/20	44,2	32,1
2020/21	48,0	37,2
2021/22	53,1	43,1

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabellen

Tabelle 1: Neubaugebiete in Umsetzung in Emmerich am Rhein 10
Tabelle 2: Raumstandard Grundschulen 15
Tabelle 3: Klassenfrequenzrichtwerte Grundschulen 17
Tabelle 4: Migrationshintergrund St. Georg-Schule Hüthum 18
Tabelle 5: Schülerinnen und Schüler sowie Klassen St. Georg-Schule Hüthum (Basisprognose) 19
Tabelle 6: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen St. Georg-Schule Hüthum aus den Baugebieten 20
Tabelle 7: Betreuung St. Georg-Schule Hüthum 21
Tabelle 8: Raumbestand St. Georg-Schule Hüthum – Hauptnutzung von Schulräumen 21
Tabelle 9: Raumbestand St. Georg-Schule Hüthum – weitere Nutzung von Schulräumen 23
Tabelle 10: Raumbilanz St. Georg-Schule Hüthum 24
Tabelle 11: Migrationshintergrund Luitgardisschule Elten 28
Tabelle 12: Schüler*innen sowie Klassen Luitgardisschule Elten 29
Tabelle 13: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen an der Luitgardisschule Elten aus den Baugebieten 30
Tabelle 14: Betreuung Luitgardisschule Elten 31
Tabelle 15: Raumbestand Luitgardisschule Elten – Hauptnutzung von Schulräumen 31
Tabelle 16: Raumbestand Luitgardisschule Elten – weitere Nutzung von Schulräumen 33
Tabelle 17: Raumbilanz Luitgardisschule Elten 34
Tabelle 18: Schüler*innen sowie Klassen Grundschulverbund Hüthum-Elten (Basisprognose) 38
Tabelle 19: Schüler*innen sowie Klassen Grundschulen Luitgardis und St. Georg (50 % Zuzug) 39
Tabelle 20: Migrationshintergrund Michaelschule 40
Tabelle 21: Schüler*innen sowie Klassen Michaelschule 41
Tabelle 22: Betreuung Michaelschule 42
Tabelle 23: Raumbestand Michaelschule – Hauptnutzung von Schulräumen 42
Tabelle 24: Raumbestand Michaelschule – weitere Nutzung von Schulräumen 44
Tabelle 25: Raumbilanz Michaelschule 45
Tabelle 26: Migrationshintergrund Leegmeerschule 49
Tabelle 27: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf Leegmeerschule 49
Tabelle 28: Schüler*innen sowie Klassen Leegmeerschule 51
Tabelle 29: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen an der Leegmeerschule aus den Baugebieten 52
Tabelle 30: Betreuung Leegmeerschule 52
Tabelle 31: Raumbestand Grundschule Leegmeerschule – Hauptnutzung von Schulräumen 53
Tabelle 32: Raumbestand Grundschule Leegmeerschule – weitere Nutzung von Schulräumen 55
Tabelle 33: Raumbilanz Grundschule Leegmeerschule 56
Tabelle 34: Migrationshintergrund Liebfrauenschule 60
Tabelle 35: Schüler*innen sowie Klassen Liebfrauenschule 61
Tabelle 36: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen an der Liebfrauenschule aus den Baugebieten 62

Tabelle 37: Betreuung Liebfrauenschule 63
Tabelle 38: Raumbestand Liebfrauenschule – Hauptnutzung von Schulräumen..... 64
Tabelle 39: Raumbestand Liebfrauenschule – weitere Nutzung von Schulräumen .. 66
Tabelle 40: Raumbilanz Liebfrauenschule – Bestandsgebäude..... 67
Tabelle 41: Migrationshintergrund Rheinschule 71
Tabelle 42: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf Rheinschule 72
Tabelle 43: Schüler*innen sowie Klassen Rheinschule..... 73
Tabelle 44: Zu erwartende zusätzliche Schüler*innen an der Rheinschule aus den Baugebieten 73
Tabelle 45: Betreuung Grundschule Rheinschule 74
Tabelle 46: Raumbestand Rheinschule – Hauptnutzung von Schulräumen 75
Tabelle 47: Raumbestand Rheinschule – weitere Nutzung von Schulräumen 77
Tabelle 48: Raumbilanz Rheinschule 78
Tabelle 49: Schüler*innen sowie Klassen innerstädtische Schulen (Basisprognose) 82
Tabelle 50: Klassen innerstädtische Schulen - Variante 2 82
Tabelle 51: Schüler*innen an Grundschulen insgesamt nach Jahrgängen (Basisprognose)..... 85
Tabelle 52: Klassen an Grundschulen insgesamt nach Jahrgängen..... 86
Tabelle 53: Zusätzlich erwartete Kinder aus Neubaugebieten..... 86
Tabelle 54: Schüler*innenzahlen im Schuljahr 2022/23 87
Tabelle 55: Migrationshintergrund an Grundschulen 88
Tabelle 56: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf an Grundschulen 88
Tabelle 57: Betreuung an Grundschulen insgesamt 89
Tabelle 58: Betreuung an einzelnen Grundschulen im Schuljahr 2021/22 89
Tabelle 59: Schüler*innen mit Migrationshintergrund Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein 93
Tabelle 60: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein 93
Tabelle 61: Schüler*innen und Klassen - Sekundarstufe I Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein 95
Tabelle 62: Schüler*innen und Kurse - Sekundarstufe II Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein 96
Tabelle 63: Schüler*innen mit Migrationshintergrund Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein 97
Tabelle 64: Sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein 98
Tabelle 65: Schüler*innen und Klassen - Sekundarstufe I Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein 99
Tabelle 66: Schüler*innen und Kurse - Sekundarstufe II Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein 100
Tabelle 67: Schüler*innen und Klassen - Sekundarstufe I 102
Tabelle 68: Schüler*innen und Kurse - Sekundarstufe II.....103
Tabelle 69: Schüler*innen mit Migrationshintergrund an weiterführenden Schulen insgesamt 104

Abbildungen

Abbildung 1: Grundlagen der Prognose der Zahl der Schüler*innen an Grundschulen 8
Abbildung 2: Grundlagen der Prognose von Übergängen in die Sekundarstufe I 9
Abbildung 3: Grundlagen der Prognose von Eingangsquoten in die Sekundarstufe I 9
Abbildung 4: Übergänge in weiterführende Schulen St. Georg-Schule Hüthum 19
Abbildung 5: Übergänge in weiterführende Schulen Luitgardisschule Elten..... 29
Abbildung 6: Übergänge in weiterführende Schulen Michaelschule..... 40
Abbildung 7: Übergänge in weiterführende Schulen Leegmeerschule 50
Abbildung 8: Übergänge in weiterführende Schulen Liebfrauenschule 61
Abbildung 9: Übergänge in weiterführende Schulen Rheinschule 72
Abbildung 10: Grundschüler*innen insgesamt (Basisprognose) 85
Abbildung 11: Übergänge in weiterführende Schulen aus Grundschulen in Emmerich am Rhein 92
Abbildung 12: Grundschulempfehlungen der Schüler*innen im 5. Jahrgang Städtische Gesamtschule Emmerich am Rhein 94
Abbildung 13: Grundschulempfehlungen der Schüler*innen im 5. Jahrgang Städtisches Willibrord-Gymnasium Emmerich am Rhein 98
Abbildung 14: Schüler*innen an weiterführenden Schulen insgesamt.....102

Ö 30

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**04 - 17 0827/2022**	**15.11.2022**

Betreff

Entscheidung gem. § 83 Abs. 2 GO NRW;
hier: Kosten im Bereich Hilfen zur Erziehung

Beratungsfolge

Jugendhilfeausschuss	29.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein stimmt dem Mehraufwand/einer Mehrauszahlung in Höhe von 495.000,- € für den Aufgabenbereich Hilfen zur Erziehung zu und stellt diese Mittel bereit.

Sachdarstellung :

Das Jugendamt Emmerich am Rhein gewährt gem. §§ 27 ff SGB VIII unterschiedliche Hilfen zur Erziehung. Im Rahmen von Quartalsberichten wird sowohl die Entwicklung der Ausgaben als auch der Fallzahlen beobachtet. Bereits seit dem Jahr 2020 steigen die Fallzahlen kontinuierlich. Vom 31.12.21 bis zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung ist die Gesamtzahl der Fälle von 242 auf 268 Fälle gestiegen. Alleine die Fallzahl ist nicht ausschlaggebend für die Kostensteigerung, sondern auch die Komplexität einzelner Fälle und generell die gestiegenen Kosten bei den Trägern (Personal- und Sachkosten). Man muss also nicht nur die Anzahl der Fälle, sondern auch deren Umfang betrachten.

Die kalkulierten Ansätze werden in diesem Jahr nicht ausreichend sein. Dies sind u.a die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die deutlich in den Familien zu spüren sind. Kostensteigerungen liegen vor allem bei den Sachkonten Heimpflege (53321100), Hilfe für junge Volljährige (53321300) und Eingliederungshilfe (53321400). Alle Jugendlichen, die in diesem Jahr in stationären Hilfen waren (Heimpflege oder Familienpflege) haben einen Antrag auf Hilfe für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII gestellt, der auch bewilligt wurde. Die jungen Menschen haben viel verpasst und sind nicht in der Lage ein eigenständiges Leben zu führen. Das Jugendamt Emmerich am Rhein hat immer schon Hilfen für junge Volljährige gewährt, doch niemals so eine hohe Anzahl. Das Sachkonto umfasst sowohl ambulante als auch stationäre Hilfen.

Im Rahmen der Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII werden Integrationshilfen länger gewährt, weil die Kinder durch Schulschließungen betroffen waren und die Teilhabebeeinträchtigung im Homeschooling nicht abgebaut werden konnte. Eine Integration im Klassenverband ist nur möglich, wenn die Kinder/ Jugendlichen die Schule tatsächlich besuchen. Durch die Lockdowns wurden Unsicherheiten teilweise noch verstärkt.

Vereinzelt kam es auch zu zusätzlichen Unterbringungen in der Heimpflege gem. § 34 SGB VIII, weil die Entwicklung in der Familie in der Coronapandemie ungünstig war. Hier spielen aber mehr die generell komplexer werdenden Fälle eine Rolle. Die Einrichtungen, die belegt werden, sind sehr kostenintensiv (Einzelfälle mit Tagessätzen über 200,- €).

Hinzukommen die steigenden Zahlen im Bereich der UMAs (unbegleitete minderjährige Ausländer, Sachkonto 53321900). Die Kosten lagen hier in den letzten Jahren sehr niedrig und wurden auch für 2022 nur mit 110.000,- € kalkuliert. Aktuell kommen jedoch wöchentlich neue Zuweisungen. Teilweise werden auch durch die Bundespolizei UMAs aufgegriffen. Der Ansatz ist bereits jetzt überschritten und steigt weiter.
Zu Jahresbeginn waren es drei Fälle und jetzt ist die Zahl bei sieben. Die Quote, die die Stadt Emmerich erfüllen muss, liegt derzeit bei 12 Fällen (Stand 11.11.22).

Folgende Zusatzkosten werden insgesamt erwartet:

Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz 22	Ansatz neu	Differenz
53321100	Heimpflegeaufwendungen Minderjährige	2.000.000,00 €	2.100.000,00 €	100.000,00 €
53321300	Heimpflegeaufwendungen junge Volljährige	300.000,00 €	500.000,00 €	200.000,00 €
53321400	Hilfen bei seelischer Behinderung	1.000.000,00 €	1.200.000,00 €	200.000,00 €
53321900	Kosten für UMAs	110.000,00 €	220.000,00 €	110.000,00 €
			Summe	**610.000,00 €**

Jedoch gibt es auch Sachkonten, die nicht voll ausgeschöpft werden, so dass nicht der komplette Betrag überplanmäßig zur Verfügung gestellt werden muss. Bei den übrigen Hilfen kann ein Betrag i.H.v. 115.000,- € eingespart werden, so dass ein Mehrbedarf von 495.000,- € verbleibt.

Die Kosten der UMAs werden durch das Land erstattet. Der Erstattungsbetrag beläuft sich auf die komplette Mehrausgabe i.H.v. 110.000,- €.

Für das kommende Jahr werden die Ausgaben für die UMAs deutlich steigen. Der Betrag wird entsprechend über die Veränderungsliste gemeldet. Die Ausgaben werden in voller Höhe durch das Land erstattet. Der Anstieg der Fallzahlen macht sich vor allem bei der Arbeit des ASD bemerkbar, da die Jugendlichen im Rahmen von Hilfeplangesprächen begleitet werden müssen und ein neuer Fall zu Anfang immer einen höheren Aufwand bedeutet. Dies gilt aber für alle Fälle im Bereich der Hilfen zur Erziehung.
Auch bei der Wirtschaftlichen Jugendhilfe entsteht ein Mehraufwand. Ein Neufall bedeutet auch dort erstmal Mehraufwand. Bei den UMAs kommt noch die Kostenerstattung hinzu.

Die Gemeindeordnung NRW ermöglicht Kommunen überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben. Der für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII notwendige Mehraufwand ist überplanmäßig bereitzustellen.
Aufgrund der Entwicklung von Fallzahlen und Kosten und dem Rechtsanspruch auf die Hilfen sind diese Mehrauszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 1 GO NRW unabweisbar. Sie bedürfen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW der vorherigen Zustimmung des Rates, wenn diese überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erheblich sind.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Es entsteht eine Mehrbelastung für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von maximal 495.000,- €.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Ö 31

STADT
EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

		TOP Vorlagen-Nr.	_____ Datum
Verwaltungsvorlage	**öffentlich**	**06 - 17 0861/2022**	**22.11.2022**

Betreff

Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein

Beratungsfolge

Rechnungsprüfungsausschuss	06.12.2022
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022
Rat	13.12.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die als Anlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen im Gebiete der Stadt Emmerich am Rhein - ”Emmericher Sicherheits- und Ordnungsverordnung” (ESOV)

Sachdarstellung :

Die Ordnungsbehörden können gemäß § 27 Abs. 1 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG) zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung Verordnungen erlassen.

Zur Wahrung der öffentlichen Ordnung auf Straßen, Plätzen und in Anlagen sowie zur Unterbindung nicht mehr gemeinverträglichen Verhaltens haben nahezu alle deutschen Städte von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. In der Verordnung werden für den Gemeingebrauch öffentlicher Flächen klare Verhaltensregeln geschaffen. Gleichzeitig werden gemäß § 33 Abs. 1 OBG vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeiten definiert, die mit Geldbuße geahndet werden können.

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen im Gebiete der Stadt Emmerich am Rhein wurde durch Beschluss des Rates vom 23. Februar 2021 erlassen. Die Laufzeit der Verordnung endet am 31. Dezember 2022.

Die Ordnungsbehördliche Verordnung wurde zuletzt nur durch redaktionelle Anpassungen abgeändert. Eine umfassende Prüfung und Bearbeitung des Inhalts der Verordnung sollte im Rahmen der befristeten Gültigkeit durchgeführt werden. Aufgrund des Ausfalls auf der Leitungsebene des Fachbereiches und dem damit, sowie anderweitig entstandenen Mehraufwand, sowie der Vielzahl der Aufgaben des Fachbereichs anlässlich der Pandemie konnte dies nicht erfolgen.

Seit 1. Oktober 2022 ist die Stelle der Fachbereichsleitung neu besetzt. Aufgrund des zeitlichen Ablaufs der Ordnungsbehördlichen Verordnung eine umfassende Prüfung zeitlich noch nicht durchführbar gewesen.

Mit dieser Vorlage ist eine Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zunächst nur unter dem Gesichtspunkt notwendiger Änderungen zur Konkretisierung und hinreichenden Bestimmung der Vorschriften vorgesehen. Änderungen der Verordnung wurden in der in der Anlage beiliegenden Neufassung farblich markiert.

Es erfolgten notwendige Anpassungen, die im Rahmen der praktischen Arbeit im Außendienst festgestellt wurden (z.B. Hinzufügung des § 2 Abs. 1 Nr. 6 ”Spucken auf öffentliche Verkehrsflächen” oder § 3 Abs. 2 Nr. 9 ”Graslandfeuerindex”), sowie Anpassungen, die bestimmte Tatbestände konkretisieren und diese hinreichend bestimmen.

Im Rahmen der Erfahrungswerte, die der neu geschaffene Kommunale Ordnungsdienst bei der Überprüfung der Einhaltung dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung erlangt, wird die Verwaltung die Verordnung weiterhin stetig überarbeiten, sowie im Rahmen der Laufzeit eine umfassende Prüfung der Vorschriften durchführen.

Vor diesem Hintergrund wird die Gültigkeit der Ordnungsbehördlichen Verordnung bis zum 31.12.2024 befristet.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 6.2.

Peter Hinze
Bürgermeister

Anlage/n:
06 - 17 0861/2022 _ A 1 _ aktuelle Fassung - Ordnungsbehördliche VO
06 - 17 0861/2022 _ A 2 _ Entwurf Satzungstext - Ordnungsbehördliche VO

05 Sicherheit und Ordnung
32 - 2 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
Fachbereich 6 - Bürgerservice und Ordnung

Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Emmerich am Rhein

Aufgrund des § 27 Abs. 1, Abs. 4 S. 1 und § 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz (OBG)), in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528 / SGV NRW 2060), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Digitalisierung wirtschaftsbezogener Verwaltungsleistungen vom 30. Juni 2020 (GV. NRW. S. 456a) wird von der Stadt Emmerich am Rhein als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Emmerich am Rhein vom 23. Februar 2021 folgende Verordnung erlassen:

§ 1
Allgemeine Begriffsbestimmung

(1) Verkehrsflächen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Flächen ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse. Zu den Verkehrsflächen gehören insbesondere Straßen, Fahrbahnen, Wege, Gehwege, Radwege, Bürgersteige, Plätze, Parkflächen, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Böschungen, Rinnen und Gräben, Brücken, Unterführungen, Treppen und Rampen vor der Straßenfront der Häuser, soweit sie nicht eingefriedet sind.

(2) Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse, insbesondere alle der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehenden oder bestimmungsgemäß zugänglichen

1. Grün-, Erholungs-, Spiel- und Sportflächen, Gärten, Friedhöfe, sowie die Ufer und Böschungen von Gewässern;

2. Kinderspiel- und Sporteinrichtungen, öffentliche Toilettenanlagen, Fernsprecheinrichtungen, Wartehäuschen an Haltestellen der öffentlichen Verkehrsbetriebe, Ruhebänke, Tische, Abfallbehälter

3. Denkmäler und unter Denkmalschutz stehende Baulichkeiten, Kunstgegenstände, Entwässerungs-, Katastrophenschutz- und Baustelleneinrichtung, sowie Verkehrsschilder, Hinweiszeichen und Lichtanlagen.

§ 2
Allgemeine Verhaltenspflicht

(1) Auf Verkehrsflächen und in Anlagen haben sich alle so zu verhalten, dass andere nicht gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden.
Hierzu zählen insbesondere:

1. aufdringliches Betteln mittels Anfassen, Festhalten, Versperren des Weges oder bedrängendes Verfolgen;

2. Anpöbeln;

3. störender Alkoholgenuss;

4. Verrichtung der Notdurft.

(2) Absatz 1 findet nur insoweit Anwendung, als die darin enthaltenen Verhaltenspflichten und Benutzungsgebote nicht der Regelung des Verkehrs im Sinne der Straßenverkehrsordnung (StVO) auf Verkehrsflächen und in Anlagen dienen. Insoweit ist § 1 Abs. 2 der StVO einschlägig.

§ 3
Schutz der Verkehrsflächen

(1) Die Anlagen und Verkehrsflächen sind schonend zu behandeln und dürfen nur ihrer Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden. Die vorübergehende Nutzungseinschränkung von Anlagen durch entsprechende Hinweistafeln ist zu beachten.

(2) Es ist untersagt,

1. in den Anlagen und Verkehrsflächen unbefugt Sträucher und Pflanzen aus dem Boden zu entfernen, zu beschädigen oder Teile davon abzuschneiden, abzubrechen, umzuknicken oder in einer anderen Weise zu verändern;

2. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen unbefugt Bänke, Tische, Einfriedungen, Spielgeräte, Verkehrszeichen, Straßen- und Hinweisschilder und andere Einrichtungen zu entfernen, zu versetzen, zu beschädigen oder anders als bestimmungsgemäß zu benutzen;

3. in den Anlagen zu übernachten;

4. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen, insbesondere auf Grünflächen, Gegenstände abzustellen oder Material zu lagern;

5. die Anlagen zu befahren; dies gilt nicht für Unterhaltungs- und Notstandsarbeiten, sowie das Befahren mit Kinderfahrzeugen und Fortbewegungsmitteln wie Krankenfahrstühle, sofern Personen nicht behindert werden;

6. Sperrvorrichtungen und Beleuchtungen zur Sicherung von Verkehrsflächen und Anlagen unbefugt zu beseitigen, zu beschädigen oder zu verändern, sowie Sperrvorrichtungen zu überwinden;

7. Hydranten, Straßenrinnen und Einflussöffnungen oder Straßenkanäle zu verdecken oder ihre Gebrauchsfähigkeit sonst wie zu beeinträchtigen;

8. gewerbliche Betätigung, die einer Erlaubnis nach § 55 Abs. 2 Gewerbeordnung (GewO) bedürfen, vor öffentlichen Gebäuden, insbesondere Kirchen, Schulen und Friedhöfen im Einzugsbereich von Ein- und Ausgängen auszuüben. Die Vorschriften des Straßen- und Wegegesetzes NRW (StrWG) und die aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Satzungen bleiben hiervon unberührt.

§ 4
Tiere

(1) Auf Verkehrsflächen und in Anlagen innerhalb der im Zusammenhang bebauter Ortsteile (im Sinne von § 34 Bundesbaugesetz) sind Hunde an der Leine zu führen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Landeshundegesetzes NRW (LHundG).

(2) Wer auf Verkehrsflächen oder in Anlagen Tiere, insbesondere Pferde und Hunde mit sich führt, hat die durch die Tiere verursachte Verunreinigung unverzüglich und schadlos zu beseitigen.

(3) Wildlebende Katzen und Stadttauben dürfen nicht gefüttert werden.

(4) Von den Regelungen in Absatz 1 und 2 ausgenommen sind Blinde und hochgradig Sehbehinderte, die Blindenhunde mit sich führen.

§ 5
Verunreinigungsverbot

(1) Jede Verunreinigung der Verkehrsflächen und Anlagen ist untersagt. Unzulässig ist insbesondere

1. das Wegwerfen und Zurücklassen von Unrat, Lebensmittelresten, Papier, Glas, Konservendosen oder sonstigen Verpackungsmaterialien, sowie von scharfkantigen, spitzen, gleitfähigen oder anderweitig gefährlichen Gegenständen;

2. das Ausschütten jeglicher Schmutz- und Abwässer, sowie das Ableiten von Regenwasser auf Straßen und Anlagen, wobei die ordnungsgemäße Einleitung in die Kanalisation unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften ausgenommen ist;

3. das Reinigen von Fahrzeugen, Gefäßen und anderen Gegenständen, es sei denn, es erfolgt mit klarem Wasser. Zusätze von Reinigungsmitteln sind nicht erlaubt. Motor- und Unterbodenwäsche oder sonstige Reinigungen, bei denen Öl, Altöl, Benzin oder ähnliche Stoffe in das öffentliche Kanalnetz oder in das Grundwasser gelangen können, sind verboten;

4. das Ablassen und die Einleitung von Öl, Altöl, Benzin oder sonstigen flüssigen, schlammigen und/oder feuergefährlichen Stoffen auf die Straße oder in die Kanalisation. Gleiches gilt für das Ab- oder Einlassen von Säuren/Basen, säure-/ basehaltigen oder giftigen Flüssigkeiten. Falls derartige Stoffe durch Unfall oder aus einem anderen Grunde auslaufen, hat der Verursacher alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Eindringen dieser Stoffe in das Grundwasser oder in die Kanalisation zu verhindern. Dem Ordnungsamt - außerhalb der Dienststunden der Polizei - ist zudem sofort Mitteilung zu machen;

5. der Transport von Flugasche, Flugsand oder ähnlichen Materialien auf offenen Lastkraftwagen, sofern diese Stoffe nicht abgedeckt oder in geschlossenen Behältnissen verfüllt worden sind.

(2) Hat jemand öffentliche Verkehrsflächen oder öffentliche Anlagen - auch in Ausübung eines Rechts oder einer Befugnis - verunreinigt oder verunreinigen lassen, so muss die Person unverzüglich für die Beseitigung dieses Zustandes sorgen. Insbesondere haben diejenigen, die Waren zum sofortigen Verzehr anbieten, Abfallbehälter aufzustellen und darüber hinaus in einem Umkreis von 50 m die Rückstände einzusammeln.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden nur Anwendung, soweit durch die Verunreinigungen der öffentliche Verkehr nicht erschwert wird und somit § 32 der Straßenverkehrsordnung (StVO) nicht anwendbar ist.

§ 6
Abfallbehälter / Sammelbehälter

(1) Im Haushalt oder in Gewerbebetrieben angefallener Abfall nicht in Abfallbehälter gefüllt werden, die auf Verkehrsflächen oder in Anlagen aufgestellt sind.

(2) Das Einbringen von gewerblichem Recyclingabfall in Sammelbehälter, die in Anlagen oder auf Verkehrsflächen aufgestellt sind, ist verboten.

(3) Das Abstellen von Altkleidern, Dosen, Glas, Papier, Sperrmüll oder dergleichen neben Recyclingcontainern ist verboten.

(4) Die gefüllten Abfallbehälter dürfen frühestens am Abend vor der Entleerung durch die Müllabfuhr bereitgestellt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass eine Störung der öffentlichen Sicherheit ausgeschlossen ist. Nach der Entleerung sind die Abfallbehälter unverzüglich von der Straße zu entfernen. Es ist verboten, explosive, feuergefährliche oder giftige Stoffe in die Abfallbehälter einzufüllen. Die für die Sperrgutabfuhr bereitgestellten Gegenstände sind so aufzustellen und erforderlichenfalls zu verpacken, sodass eine Behinderung des Verkehrs und eine Verunreinigung der Straße ausgeschlossen sind. Nicht von der Sperrgutabfuhr mitgenommene Gegenstände müssen umgehend, spätestens jedoch bis Einbruch der Dunkelheit, von der Straße entfernt werden.

(5) Verunreinigungen durch nicht abgeholte Haushaltsabfälle, sperrige Abfälle, Altstoffe und Gartenabfälle sind von der bereitgestellten Person unverzüglich und schadlos zu beseitigen.

(6) Die Absätze 1 und 5 finden nur Anwendung, soweit durch die Verunreinigung der öffentliche Verkehr nicht erschwert wird und somit § 32 StVO nicht anwendbar ist.

§ 7
Wohnwagen, Zelte und Verkaufswagen

(1) Das Ab- und Aufstellen von Wohnwagen, Zelten und Verkaufswagen in Anlagen ist verboten.

(2) Ausnahmen können in Einzelfällen gestattet werden, wenn diese dem öffentlichen Interesse, z.B. zur Deckung des Freizeitbedarfs der Bevölkerung, dient.

§ 8
Kinderspielplätze

(1) Kinderspielplätze dienen nur der Benutzung durch Kinder bis 14 Jahre, soweit nicht durch Schilder eine Altersgrenze festgelegt ist.

(2) Andere Aktivitäten, insbesondere Skateboard fahren und Fahren mit Inlineskatern, sowie Ballspiele jeglicher Art, sind auf den Kinderspielplätzen verboten, es sei denn, dass hierfür besondere Flächen ausgewiesen sind.

(3) Die Benutzung von Kinderspielplätzen ist nur tagsüber bis zum Einbruch der Dunkelheit erlaubt.

(4) Auf Kinderspielplätzen dürfen Tiere nicht mitgeführt werden.

(5) Das Rauchen und das Trinken von Alkohol auf Kinderspielplätzen ist verboten.

§ 9
Hausnummern

(1) Jedes Haus ist vom Eigentümer / von der Eigentümerin oder den Nutzungsberechtigten auf eigene Kosten mit der dem Grundstück gemäß § 126 Abs. 3 BauGB in der jeweils geltenden Fassung zugeteilten Hausnummer zu versehen. Diese Hausnummer muss von der Straße erkennbar sein und lesbar erhalten werden.

(2) Die Hausnummer ist unmittelbar neben dem Hauseingang etwa in Höhe der Oberkante der Haustür deutlich sichtbar anzubringen. Bei mehreren Eingängen ist jeder Eingang mit der Hausnummer zu versehen. Liegt der Haupteingang nicht an der Straßenseite, muss die Hausnummer an der zur Straße gelegenen Hauswand oder Einfriedung des Grundstückes, und zwar an der dem Haupteingang zunächst liegenden Stelle, angebracht werden. Ist ein Vorgarten vorhanden, der das Wohngebäude zur Straße hin verdeckt oder die Hausnummer nicht erkennen lässt, so ist die Hausnummer zunächst rechts vom Einzug des Grundstücks an der Grundstückseinfriedung oder in einer anderen geeigneten Weise deutlich sichtbar anzubringen.

(3) Bei Umnummerierung darf das bisherige Hausnummernschild während einer Übergangszeit von einem Jahr nicht entfernt werden. Es ist mit roter Farbe so durchzustreichen, dass die alte Hausnummer noch deutlich lesbar bleibt.

§ 10
Öffentliche Hinweisschilder

(1) Grundstückseigentümer/-innen, Erbbauberechtigte, sonstige dringliche Berechtigte, Nießbraucher/-innen und Besitzer/-innen müssen dulden, dass Zeichen, Aufschriften und sonstige Einrichtungen, wie beispielsweise Straßenschilder, Hinweisschilder für Gas-, Elektrizitäts-, Wasserleitungen und andere öffentliche Einrichtungen, Vermessungszeichen und Feuermelder an den Gebäuden und Einfriedungen oder in anderer Weise an den Gebäuden angebracht, verändert oder verbessert werden, wenn dies zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die betroffene Person ist vorher zu benachrichtigen.

(2) Es ist untersagt, die in Absatz 1 genannten Zeichen, Aufschriften und sonstigen Einrichtungen zu beseitigen, zu verändern oder zu verdecken.

§ 11
Erlaubnisse und Ausnahmen

Der Bürgermeister kann auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen, wenn die Interessen des Antragstellers die durch die Verordnung geschützten öffentlichen und privaten Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen.

§ 12
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. die allgemeinen Verhaltenspflichten gemäß § 2 dieser Verordnung,
2. die Bestimmungen zum Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen gemäß § 3 dieser Verordnung,
3. die Bestimmungen hinsichtlich der Haltung und Fütterung von Tieren gemäß § 4 dieser Verordnung,
4. das Verunreinigungsverbot gemäß § 5 dieser Verordnung,
5. das Verbot hinsichtlich des Einfüllens, Abstellens und Liegenlassens von Müll gemäß § 6 dieser Verordnung,
6. das Ab- und Aufstellverbot von Verkaufswagen, Wohnwagen und Zelten gemäß § 7 dieser Verordnung,
7. die Bestimmungen hinsichtlich der Benutzung der Kinderspielplätze gemäß § 8 dieser Verordnung,
8. die Hausnummerierungspflicht gemäß § 9 dieser Verordnung,
9. die Duldungspflicht gemäß § 10 dieser Verordnung

verletzt.

(2) Verstöße gegen die Vorschriften dieser Verordnung können mit einer Geldbuße nach den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 24. Mai 1968 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), geahndet werden, soweit sie nicht durch Bundes- oder Landesrecht mit Strafen oder Geldbußen bedroht sind.

§ 13
Inkrafttreten und Aufhebung von Vorschriften

(1) Diese Verordnung tritt nach dem Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2022.

(2) Gleichzeitig tritt die ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und Anlagen im Gebiete der Stadt Emmerich am Rhein vom 16. Dezember 2015 außer Kraft.

Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen im Gebiete der Stadt Emmerich am Rhein

Aufgrund der §§ 27 Abs. 1, Abs. 4 Satz 1; 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (OBG NRW) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.5.1980 (GV NW S. 528 / SGV NW 2060), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Digitalisierung wirtschaftsbezogener Verwaltungsleistungen vom 30.06.2020 (GV. NW.S. 456a) wird von der Stadt Emmerich am Rhein als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Emmerich am Rhein vom … folgende Verordnung erlassen:

§ 1 Allgemeine Begriffsbestimmung

(1) Verkehrsflächen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Flächen ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse. Zu den Verkehrsflächen gehören insbesondere Straßen, Fahrbahnen, Wege, Gehwege, Radwege, Bürgersteige, Plätze, Parkflächen, Seiten-, Rand-, und Sicherheitsstreifen, Böschungen, Rinnen und Gräben, Brücken, Unterführungen, Treppen und Rampen vor der Straßenfront der Häuser, soweit sie nicht eingefriedet sind.

(2) Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse insbesondere alle der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehenden oder bestimmungsgemäß zugänglichen

1. Grün-, Erholungs,- Spiel- und Sportflächen, Gärten, Friedhöfe sowie die Ufer und Böschungen von Gewässern;
2. Kinderspiel- und Sporteinrichtungen, öffentliche Toilettenanlagen, Fernsprecheinrichtungen, Wartehäuschen an Haltestellen der öffentlichen Verkehrsbetriebe, Ruhebänke, Tische, Abfallbehälter;
3. Denkmäler und unter Denkmalschutz stehende Baulichkeiten, Kunstgegenstände, Standbilder, Plastiken, Anschlagtafeln, Beleuchtungs-, Versorgungs-, Kanalisations-, Entwässerungs-, Katastrophenschutz- und Baustelleneinrichtungen sowie Verkehrsschilder, Hinweiszeichen und Lichtanlagen.

§ 2 Allgemeine Verhaltenspflicht

(1) Auf Verkehrsflächen und in Anlagen haben sich alle so zu verhalten, dass andere nicht gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden.
Hierzu zählen insbesondere:

1. aufdringliches Betteln mittels Anfassen, Festhalten, Versperren des Weges oder bedrängendes Verfolgen;
2. Anpöbeln
3. Störungen in Verbindung mit Alkoholkonsum oder anderen Rauschmitteln
4. Verrichtung der Notdurft
5. Lärmen, das geeignet ist, die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft zu belästigen, z.B. durch Rufen, Schreien, sonstiges Erzeugen überlauter Geräusche

6. Spucken auf öffentliche Verkehrsflächen

Die Benutzung der Verkehrsflächen und Anlagen darf nicht vereitelt oder beschränkt werden.

(2) Absatz 1 findet nur insoweit Anwendung, als die darin enthaltenen Verhaltenspflichten und Benutzungsgebote nicht der Regelung des Verkehrs im Sinne der Straßenverkehrsordnung (StVO) auf Verkehrsflächen und in Anlagen dienen. Insoweit ist § 1 Abs. 2 der StVO einschlägig.

§ 3 Schutz der Verkehrsflächen

(1) Die Anlagen und Verkehrsflächen sind schonend zu behandeln und dürfen nur ihrer Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden. Die vorübergehende Nutzungseinschränkung von Anlagen durch entsprechende Hinweistafeln ist zu beachten.

(2) Es ist insbesondere untersagt,

1. in den Anlagen und Verkehrsflächen unbefugt Sträucher und Pflanzen aus dem Boden zu entfernen, zu beschädigen oder Teile davon abzuschneiden, abzubrechen, umzuknicken oder in einer anderen Weise zu verändern;
2. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen unbefugt Bänke, Tische, Einfriedungen, Spielgeräte, Verkehrszeichen, Straßen- und Hinweisschilder und andere Einrichtungen zu entfernen, zu versetzen, zu beschädigen oder anders als bestimmungsgemäß zu benutzen;
3. in den Anlagen zu übernachten, sowie auf Verkehrsflächen und Anlagen stehende Wohnwagen, Wohnmobile, Kraftfahrzeuge oder Anhänger als Unterkunft zu nutzen;
4. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen, insbesondere auf Grünflächen, Gegenstände abzustellen oder Material zu lagern;
5. die Anlagen zu befahren; dies gilt nicht für Unterhaltungs- und Notstandsarbeiten sowie das Befahren mit Kinderfahrzeugen und Fortbewegungsmitteln wie Krankenfahrstühle, sofern Personen nicht behindert werden;
6. Sperrvorrichtungen und Beleuchtungen zur Sicherung von Verkehrsflächen und Anlagen unbefugt zu beseitigen, zu beschädigen oder zu verändern sowie Sperrvorrichtungen zu überwinden;
7. Hydranten, Straßenrinnen und Einflussöffnungen oder Straßenkanäle zu verdecken oder ihre Gebrauchsfähigkeit sonst wie zu beeinträchtigen;
8. gewerbliche Betätigung, die einer Erlaubnis nach § 55 Abs. 2 Gewerbeordnung GewO) bedürfen, vor öffentlichen Gebäuden, insbesondere Kirchen, Schulen und Friedhöfen im Einzugsbereich von Ein- und Ausgängen auszuüben;
9. auf öffentlichen Flächen und in Anlagen bei einem Graslandfeuerindex (GLFI – Deutscher Wetterdienst) von 4 (hohe Gefahr) oder 5 (sehr hohe Gefahr) zu grillen.

Die Vorschriften des Straßen- und Wegegesetzes NRW (StrWG NRW) und die aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Satzungen bleiben hiervon unberührt.

§ 4 Tiere

(1) Entsprechend § 2 Absatz 2 des Hundegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz – LHundG NRW) vom 18. Dezember 2002 sind Hunde an einer zur Vermeidung von Gefahren geeigneten Leine zu führen

1. auf den Straßen Rheinpromenade, Steinstraße, Alter Markt, Neumarkt und Kaßstraße sowie anderen innerörtlichen Bereichen, Straßen und Plätzen mit vergleichbarem Publikumsverkehr,
2. in der Allgemeinheit zugänglichen Park-, Garten- und Grünanlagen einschließlich Kinderspielplätzen,
3. bei öffentlichen Versammlungen, Aufzügen, Volksfesten und sonstigen Veranstaltungen mit Menschenansammlungen,
4. in öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kindergärten.

Die Vorschriften des Landeshundegesetzes NRW bleiben im Übrigen unberührt.

(2) Wer auf Verkehrsflächen und in Anlagen Hunde oder andere Tiere mit sich führt oder freilaufen lässt, hat dafür zu sorgen, dass diese weder Personen noch Tiere gefährden oder belästigen, noch Sachen, insbesondere Gehwege, Plätze und Blumenanlagen, beschmutzen oder beschädigen können.

(3) Wer auf Verkehrsflächen oder in Anlagen Tiere, insbesondere Pferde und Hunde, mit sich führt, hat die durch die Tiere verursachte Verunreinigung unverzüglich und schadlos zu beseitigen. Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind blinde Personen sowie hochgradig Sehbehinderte, die ausgebildete Blindenhunde mit sich führen.

(4) Wildlebende Katzen, Stadttauben, wildlebende Vögel und Wasservögel dürfen nicht gefüttert werden.

§ 5 Verunreinigungsverbot

(1) Jede Verunreinigung der Verkehrsflächen und Anlagen ist untersagt. Unzulässig ist insbesondere

1. das Wegwerfen und Zurücklassen von Unrat, Lebensmittelresten, Papier, Glas, Konservendosen oder sonstigen Verpackungsmaterialien sowie von scharfkantigen, spitzen, gleitfähigen oder anderweitig gefährlichen Gegenständen;
2. das Ausschütten jeglicher Schmutz- und Abwässer sowie das Ableiten von Regenwasser auf Straßen und Anlagen, wobei die ordnungsgemäße Einleitung in die Kanalisation unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften ausgenommen ist;
3. das Reinigen von Fahrzeugen, Gefäßen u.a. Gegenständen, es sei denn, es erfolgt mit klarem Wasser. Zusätze von Reinigungsmitteln sind nicht erlaubt. Motor- und Unterbodenwäsche oder sonstige Reinigungen, bei denen Öl, Altöl, Benzin o.ä. Stoffe in das öffentliche Kanalnetz oder in das Grundwasser gelangen können, sind verboten;
4. das Ablassen und die Einleitung von Öl, Altöl, Benzin, Benzol oder sonstigen flüssigen, schlammigen und/oder feuergefährlichen Stoffen auf die Straße oder in die Kanalisation. Gleiches gilt für das Ab- oder Einlassen von Säuren/Basen, säure-/basehaltigen oder giftigen Flüssigkeiten. Falls derartige Stoffe durch Unfall oder aus einem anderen Grunde auslaufen, hat der Verursacher alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Eindringen dieser Stoffe in das Grundwasser oder in die Kanalisation zu verhindern. Dem Ordnungsamt - außerhalb der Dienststunden der Polizei - ist zudem sofort Mitteilung zu machen;

5. der Transport von Flugasche, Flugsand oder ähnlichen Materialien auf offenen Lastkraftwagen, sofern diese Stoffe nicht abgedeckt oder in geschlossenen Behältnissen verfüllt worden ist.

(2) Hat jemand öffentliche Verkehrsflächen oder öffentliche Anlagen - auch in Ausübung eines Rechts oder einer Befugnis - verunreinigt oder verunreinigen lassen, so muss die Person unverzüglich für die Beseitigung dieses Zustandes sorgen. Insbesondere haben diejenigen, die Waren zum sofortigen Verzehr anbieten, Abfallbehälter aufzustellen und darüber hinaus in einem Umkreis von 50 m die Rückstände einzusammeln.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden nur Anwendung, soweit durch die Verunreinigungen nicht der öffentliche Verkehr erschwert wird und somit § 32 StVO nicht anwendbar ist.

§ 6 Abfallbehälter / Sammelbehälter

(1) Im Haushalt oder in Gewerbebetrieben angefallener Abfall darf nicht in Abfallbehälter gefüllt werden, die auf Verkehrsflächen oder in Anlagen aufgestellt sind.

(2) Das Einbringen von gewerblichem Recyclingabfall in Sammelbehälter, die in Anlagen oder auf Verkehrsflächen aufgestellt sind, ist verboten.

(3) Das Abstellen von Altkleidern, Dosen, Glas, Papier, Sperrmüll oder dergleichen neben Recyclingcontainern ist verboten.

(4) Die gefüllten Abfallbehälter dürfen frühestens am Abend vor der Entleerung durch die Müllabfuhr bereitgestellt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass eine Störung der öffentlichen Sicherheit ausgeschlossen ist. Nach der Entleerung sind die Abfallbehälter unverzüglich von der Straße zu entfernen. Es ist verboten, explosive, feuergefährliche oder giftige Stoffe in die Abfallbehälter einzufüllen. Die für die Sperrgutabfuhr bereitgestellten Gegenstände sind so aufzustellen und erforderlichenfalls zu verpacken, sodass eine Behinderung des Verkehrs und eine Verunreinigung der Straße ausgeschlossen sind. Nicht von der Sperrgutabfuhr mitgenommene Gegenstände müssen umgehend, spätestens jedoch bis Einbruch der Dunkelheit, von der Straße entfernt werden.

(5) Verunreinigungen durch nicht abgeholte Haushaltsabfälle, sperrige Abfälle, Altstoffe und Gartenabfälle sind von der bereitstellenden Person unverzüglich und schadlos zu beseitigen.

(6) Die Absätze 1 bis 5 finden nur Anwendung, soweit durch die Verunreinigung nicht der öffentliche Verkehr erschwert wird und somit § 32 StVO nicht anwendbar ist.

§ 7 Wohnwagen, Zelte und Verkaufswagen

(1) Das Ab- und Aufstellen von Wohnwagen, Zelten und Verkaufswagen in Anlagen ist verboten.

(2) Ausnahmen können in Einzelfällen gestattet werden, wenn diese dem öffentlichen Interesse, z.B. zur Deckung des Freizeitbedarfs der Bevölkerung dient.

§ 8 Kinderspielplätze

(1) Kinderspielplätze dienen nur der Benutzung durch Kinder bis 14 Jahre, soweit nicht durch Schilder eine andere Altersgrenze festgelegt ist.

(2) Andere Aktivitäten, insbesondere Skateboardfahren und Fahren mit Inlineskatern, sowie Ballspiele jeglicher Art, sind auf den Kinderspielplätzen verboten, es sei denn, dass hierfür besondere Flächen ausgewiesen sind.

(3) Die Benutzung von Kinderspielplätzen ist nur tagsüber bis zum Einbruch der Dunkelheit erlaubt.

(4) Auf Kinderspielplätzen dürfen Tiere nicht mitgeführt werden.

(5) Das Rauchen, das Trinken von Alkohol und der Konsum von Rauschmitteln auf Kinderspielplätzen ist verboten.

§ 9 Hausnummern

(1) Jedes Haus ist vom Eigentümer / von der Eigentümerin oder den Nutzungsberechtigten auf eigene Kosten mit der dem Grundstück gemäß § 126 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der jeweils geltenden Fassung zugeteilten Hausnummer zu versehen. Diese Hausnummer muss von der Straße erkennbar sein und lesbar erhalten werden.

(2) Die Hausnummer ist unmittelbar neben dem Hauseingang etwa in Höhe der Oberkante der Haustür deutlich sichtbar anzubringen. Bei mehreren Eingängen ist jeder Eingang mit der Hausnummer zu versehen. Liegt der Haupteingang nicht an der Straßenseite, muss die Hausnummer an der zur Straße gelegenen Hauswand oder Einfriedung des Grundstückes und zwar an der dem Haupteingang zunächst liegende Stelle, angebracht werden. Ist ein Vorgarten vorhanden, der das Wohngebäude zur Straße hin verdeckt oder die Hausnummer nicht erkennen lässt, so ist sie an der an der Einfriedung neben dem Eingangstor bzw. der Eingangstür zu befestigen oder ggf. separat anzubringen.

(3) Bei Umnummerierung darf das bisherige Hausnummernschild während einer Übergangszeit von 1 Jahr nicht entfernt werden. Es ist mit roter Farbe so durchzustreichen, dass die alte Hausnummer noch deutlich lesbar bleibt.

§ 10 Öffentliche Hinweisschilder

(1) Grundstückseigentümer/-innen, Erbbauberechtigte, sonstige dingliche Berechtigte, Nießbraucher/-innen und Besitzer/-innen müssen dulden, dass Zeichen, Aufschriften und sonstige Einrichtungen, wie beispielsweise Straßenschilder, Hinweisschilder für Gas-, Elektrizitäts-, Wasserleitungen und andere öffentliche Einrichtungen, Vermessungszeichen und Feuermelder, an den Gebäuden und Einfriedungen oder in anderer Weise an den Gebäuden angebracht, verändert oder verbessert werden, wenn dies zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die betroffene Person ist vorher zu benachrichtigen.

(2) Es ist untersagt, die in Abs. 1 genannten Zeichen, Aufschriften und sonstigen Einrichtungen zu beseitigen, zu verändern oder zu verdecken.

§ 11 Erlaubnisse und Ausnahmen

Der Bürgermeister kann auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen, wenn die Interessen des Antragstellers die durch die Verordnung geschützten öffentlichen und privaten Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. die allgemeinen Verhaltenspflichten gemäß § 2 dieser Verordnung,
2. die Bestimmungen zum Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen gemäß § 3 dieser Verordnung,
3. die Bestimmungen hinsichtlich der Haltung und Fütterung von Tieren gemäß § 4 der Verordnung,
4. das Verunreinigungsverbot gemäß § 5 dieser Verordnung,
5. das Verbot hinsichtlich des Einfüllens, Abstellens und Liegenlassens von Müll gem. § 6 dieser Verordnung,
6. das Ab- und Aufstellverbot von Verkaufswagen, Wohnwagen und Zelten gemäß § 7 dieser Verordnung,
7. die Bestimmungen hinsichtlich der Benutzung der Kinderspielplätze gemäß § 8 dieser Verordnung,
8. die Hausnummerierungspflicht gemäß § 9 dieser Verordnung,
9. die Duldungspflicht gemäß § 10 dieser Verordnung

verletzt.

(2) Verstöße gegen die Vorschriften dieser Verordnung können mit einer Geldbuße nach den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 24. Mai 1968 in der Fassung vom 07.07.1986 geahndet werden, soweit sie nicht Bundes- oder Landesrecht mit Strafen oder Geldbußen bedroht sind.

§ 13 Inkrafttreten und Aufhebung von Vorschriften

(1) Diese Verordnung tritt nach dem Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31.12.2024

(2) Gleichzeitig tritt die ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und Anlagen im Gebiete der Stadt Emmerich am Rhein vom 23.02.2021 außer Kraft.